Frankfurter Zeitung 19./X.1918.

L 40.000
51
1918
19.X.–27.XII.
Unsere Politik
45.

Polen.

Aufhebung der österreichisch-ungarischen Okkupation.

Warschau, 16. Oktober (W. B.) Wie die Warschauer Blätter melden, teilte der Delegierte des K. u. K. Außenministeriums in Warschau, von Ugron, mit, die österreichisch-ungarische Regierung sei bereit, die Verwaltung des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes sofort zu übergeben, dem polnischen Staat bei der Einrichtung der Verwaltung jegliche Hilfe zuteil werden zu lassen und, wenn die polnische Regierung dies wünsche, ihr Verwaltungspersonal zur Verfügung zu stellen, sowie zur Aufrechterhaltung der Ordnung die aus Regimentern polnischer Nationalität zusammengesetzten Besatzungen und die Gendarmerie unter Führung österreichisch-ungarischer Kommandanten im Lande zu belassen. Den Eisenbahnverkehr und den Post- und Telegraphendienst werde die K. u. K. Regierung mit eigenem Personal verwalten, bis die polnische Regierung in der Lage sei, ihre Aufgaben mit eigenem Personal zu erfüllen. Das Schreiben drückt sodann die Erwartung aus, daß Polen Oesterreich-Ungarn mit Lebensmitteln, Kohlen und Rohstoffen unterstützen werde und fährt fort: Auf dieser Grundlage würden die militärischen Lieferungsorganisationen im Generalgouvernement Lublin sofort aufgehoben und der freie Handel und der Verkehr mit Lebensmitteln unverzüglich wieder hergestellt werden.

Die Regierungsfrage. — Die Rolle der Emigranten. — Galizien und Posen.

Warschau, 17. Oktbr. (W. B.) Der Sachverhalt des Scheiterns der Verhandlungen zur Bildung eines Koalitionskabinetts wurde, wie die Blätter melden, von dem Verhandlungsführer, Prinzen Janusz Radziwill gegenüber Pressevertretern entgegen anders lautenden Mitteilungen dahin richtiggestellt, daß nicht das Festhalten an seiner Kandidatur für die Ministerpräsidentschaft eine Einigung unmöglich gemacht habe, sondern der Umstand, daß der Interparteiliche Klub für die Ministerposten ausgesprochene Kampfkandidaturen aufgestellt habe. Nach „Kurier Warszawski" verlangte die Linke die Besetzung des Arbeits- und des Justizministeriums und den Eintritt Pilsudskis ins Kabinett. Mit einer Kandidatur Pilsudskis zum Kriegsminister würde auch „Gazeta Poranna" einverstanden sein, wenn er sich von Politik fernhielte. Im selben Artikel bezeichnet das Blatt außerdem noch Dmowski und Paderewski als Führer Polens. Welche Rolle gegenwärtig der politische Einfluß der polnischen Emigration spielt, scheint aus einer Mitteilung im „Kurier Warszawski" hervorzugehen, welcher aus, dem Regentschaftsrate nahestehenden, Kreisen meldet, daß mit Rücksicht auf den zukünftigen Friedenskongreß Neigung bestehe, mit dem polnischen Nationalkomitee in Paris Verständigung zu suchen.

Gestern sind die Vertreter Galiziens in Warschau eingetroffen und vom Regentschaftsrat mit einem Begrüßungsessen gefeiert worden; weitere Galizier, sowie Seyda, Korfanty und Trampczynski werden aus Posen erwartet.

Der Neue Abend
19./X. 1918

3

Berlin. (Drahtbericht des „Neuen Abend".)

Die Meinungsverschiedenheiten, die sich gestern bei der Beratung der leitenden Stellen über die Note an Wilson ergeben haben und die heute noch nicht gänzlich überbrückt sind, sind fast alle darauf zurückzuführen, daß man sich in bedauerlicher Unklarheit über die Wilsonschen wahren Absichten befindet. Ferner ist man sich im unklaren darüber, ob Wilson die Macht dazu hat, seine persönlichen Absichten, die von denen der Entente abweichen, auch wirklich in die Tat umzusetzen. Wenn einzelne Blätter andeuten zu können glauben, daß hier noch ein Umschwung der Ansichten möglich sei, so ist das eine bewußte Irreführung, die nur dazu dienen kann, das Ansehen der neuen Volksregierung zu untergraben. Der Beschluß der Regierung, den Friedensfaden unter allen Umständen fortzuführen, ist nicht mehr umzustoßen, und kein einziger Staatssekretär denkt überhaupt daran. Fraglich ist allein, wie sich die Dinge entwickeln werden, wenn Wilson eine militärische Kapitulation oder gar bedingungslose Übergabe zur Bedingung weiterer Verhandlungen verlangen sollte.

Keine Rückfragen an Wilson.

Manche Parlamentarier wollen dies aus seiner letzten Note, mehr noch aus halbamtlichen Kommentaren der Entente herauslesen. Würde sich dies bestätigen, so wäre dies eine Kriegsverlängerung, über deren Dauer die Ansichten geteilt sind. Während gestern Mittag in der deutschen Antwortnote noch Rückfragen an Wilson vorgesehen waren, um dessen Absichten zu ergründen, ist man inzwischen aus taktischen Gründen davon abgekommen. Man wird statt dessen die Frage des Waffenstillstandes, Wilsons Forderungen entsprechend, als rein militärische Frage anerkennen und sich bereit erklären, mit Foch darüber zu verhandeln. Damit wird auch in diesem Punkte eine Fortsetzung der Diskussion gewährleistet. Ob dieser Ausweg ein glücklicher ist, wird sich bald beweisen. Zunächst werden sich die Parteien vertraulich äußern, ehe die Note veröffentlicht wird.

Der Neue Abend
19/X. 1918

4

Oesterreich-Ungarn und Amerika.

Berlin. (Drahtbericht des „Neuen Abend".)

Der Wiener Berichterstatter der „Vossischen Zeitung" drahtet seinem Blatte in positiver Form, daß zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten bereits eine Übereinstimmung erzielt sei. Die Absicht Wilsons sei, den Anschluß der deutschen Gebiete Österreichs an das Deutsche Reich zu verhindern.

Das Telegramm hat hier begreiflicherweise sehr großes Aufsehen erregt. Die „Alldeutsche Presse" glaubt sich zu der Bemerkung berechtigt, der Sonderfriede Österreich-Ungarns stehe vor der Türe.

* * *

Vossische Zeitung 19./X. 1918.

5

Volksminister an die Front!

Politische Aufklärung des Heeres.

In parlamentarischen Kreisen, die der Regierung nahestehen, ist eine starke Strömung vorhanden, die in steigendem Maße darauf dringt, daß Redner aller Parteien, insbesondere aber die neuen Volksminister, Volksstaatssekretäre und Volksunterstaatssekretäre an die Westfront gehen, um dort den Truppen den wahren Stand der inner- und außenpolitischen Dinge in aller Offenheit auseinanderzusetzen. Dieses Verlangen entspringt der richtigen Erkenntnis, daß Volkskriege zur Verteidigung des heimatlichen Bodens stets in der Geschichte die engste Verbindung zwischen der Regierung der Heimat und den Kämpfern an der Front zur Voraussetzung hatten.

Wir können uns der Auffassung jener parlamentarischen Kreise nur anschließen. Wir sind sogar der Ansicht, daß keine Zeit verloren gehen darf. Es muß so schnell wie möglich die politische Aufklärung gerade in die Kreise getragen werden, die ihr Leben und ihre Gesundheit zur Verteidigung des Vaterlandes einsetzen. Diese Aufklärung kann aber am wirksamsten von jenen Männern gegeben werden, die als die Repräsentanten der neuen Volksregierung gelten, also von den Volksministern, den Volksstaatssekretären und den Volksunterstaatssekretären.

Es ist gerade jetzt von äußerster Bedeutung, daß nach der prinzipiellen Beschlußfassung über die Antwort an Wilson die Männer der Regierung über das, was sie in nächster Zeit zu tun gedenken, den Soldaten und ihren Führern Aufschluß geben. In allen anderen kriegführenden Ländern handeln schon seit Jahren die Minister und die Abgeordneten in gleicher Weise. Die neuen Männer der Regierung in Deutschland müssen nun beweisen, daß auch bei uns Regierung, Volk und Heer eins sind. Deshalb noch einmal: Volksminister an die Front!

Fremdenblatt
19./X. 1918

Tiroler Sorgen.

Von Franz R. v. Höpler.

Wir bringen diesen Aufsatz, ohne in allen Punkten mit der Auffassung des Verfassers übereinzustimmen, als bezeichnend und erklärend für die derzeitige Stimmung in Tirol und in weiten Kreisen der deutschen Alpenländer.

Die Mächte schicken sich an, über den Frieden zu verhandeln; man wird handeln und feilschen, wie nur je bei Friedensverhandlungen und das „vae victis!" wird nach Geltung ringen. Es wäre Selbsttäuschung, wollten wir uns in der Sicherheit wiegen, daß der Grundsatz, wonach jedes Volk sein zukünftiges Los selbst zu bestimmen habe, auch tatsächlich triumphieren werde, und wollten wir danach unser Schicksal allein Wilson und dem lieben Gott überlassen. Wenn jemals, so heißt es in diesen kommenden Tagen auf der Hut sein, um nicht allzu große Einbuße an völkischem Besitz zu erleiden. Auch der Tiroler hat sich große Sorge bemächtigt; wie weit wird man dem Feind entgegenkommen — das ist für sie die quälende Frage. Die Aspirationen Italiens haben ja mit dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gar nichts gemein, sein Kampfruf war „Tirol bis zum Brenner", eine unverschämte Forderung, die sich weder nach geographischen, noch ethnographischen oder historischen Gesichtspunkten rechtfertigen läßt. Tirol ist eine geographische Einheit, der Brenner war niemals Grenze, ist dazu geographisch auch ganz ungeeignet; die Grenzen Tirols liegen, wie dies bei allen Hochgebirgsländern der Fall ist, nicht in der Wasserscheide, sondern in den Talsperren der Wasserläufe, die ja selbst heute der Technik des Verkehrs Hemmnisse bereiten, in früheren Zeiten aber als natürliche Sperren völkertrennend und staatenbildend waren. Die geographische Einheit hatte die politische zur Folge, die immer nur vorübergehend unterbrochen werden konnte. Mit der völkischen Einheit steht es allerdings schlechter, auch sie bestand dereinst — wenn man von den Resten der ladinischen Altbevölkerung absieht — in deutschem Sinne; sie ging verloren — eine schwere Schuld des offiziellen Oesterreich — die Sühne trifft, wie so oft, uns Deutschösterreicher! Und dennoch, würde man heute die italienisch sprechenden Bauern Tirols fragen, ob sie Tiroler bleiben oder Bürger Italiens werden wollen, sie würden sich für Tirol entscheiden — vorausgesetzt, daß sie selber sprächen und nicht die Advokaten, Possidenti und sonstigen Signori, die, zum größten Teil eingewanderten Elementen entstammend, durch Generationen ihr Unwesen im Lande treiben durften, das Volk zermürbten, ihm sein Volkstum raubten und, wenn auch nicht militärisch, so doch politisch, Welschtirol vor aller Welt fürs Königreich eroberten! Aber heute ist es zu spät, zu klagen und zu eifern; das Rad der Geschichte kann man nicht zurückdrehen, doch lenken kann man es! Die Geschichte wird nicht vom blinden Zufall gemacht, auf die Dauer auch nicht von der Dummheit der Regierenden, sie wandelt ihre Bahn, die von der Entwicklung der Rassen und Völker in ihrem Leben und Streben vorgezeichnet ist. Man kann ein Volk wohl berauben, aber töten kann man es nicht, es stirbt nur, wenn es innerlich krank ist; hat es aber den Willen, zu leben, dann wird es sich auch das holen, was es zum Leben braucht!

Sehen wir uns die Landkarte an: Südlich der uralten Völkerstraße des Brenner, unfern von dem Punkt, wo Eisch und Eisack sich vereinen, liegt Bozen, ein wichtiger Knotenpunkt der Wirtschaft und des Verkehrs; hier vereint sich die Straße, die von Norden aus Deutschland kommt, mit jener, die westwärts durch das Vintschgau Etsch und Inn verbindet, und jener, die ostwärts nach Villach, dem wichtigen Kreuzungspunkt führt. Bozen ist nichts anderes als der westliche Eckpfeiler des Deutschtums südlich der Hauptkette der Ostalpen und somit ein wesentliches Glied an unserem Volkskörper, das wir weder entbehren, noch steter feindlicher Gefahr aussetzen können. Südlich von Bozen reicht das deutsche Sprachgebiet längs der Etsch bis nördlich des alten „Deutschmetz", heute „Mezzo corona". Dem Gebirgskamm, der die schmale Talsohle westlich und — in erweiterlem Bogen — östlich begleitet, folgt im großen und ganzen die Sprachgrenze; würde diese zur Reichsgrenze, dann käme Bozen im vollsten Sinne des Wortes unter die italienischen Kanonen zu liegen, ein unerträglicher Zustand, geeignet, neue Gefahren und Verwicklungen zu zeitigen!

Betrachten wir nun die politische Lage; wie liegt denn die Sache heute für uns Deutschösterreicher? Haben wir noch Grund, ja haben wir überhaupt den Beruf, mit dem Feinde über Ansprüche aufs Görzische und dessen Hinterland oder dalmatinische Inseln zu streiten? Das liebliche Görz kann uns als Stadt eines jugoslawischen Staates völlig kühl lassen, und wenn Triest nicht uns gehören kann, wenn wir nicht dort frei und ohne jede politische Hemmnisse wirtschaftlich schalten und walten können (und wer glaubt heute noch daran?), nun, dann kann es uns doch gleichgiltig sein, ob es italienisch oder slawisch wird. Mögen andere sich darüber streiten, unsere Sache ist es, zu verhindern, daß unser Besitz, unser altes, herrliches Tirol, Gegenstand des Schachers werde, damit anderer Wünsche erfüllt werden! Was noch vor kurzem paradox war, heute ist es uns politische Wirklichkeit: wichtiger als Triest ist uns der Besitz und die Sicherheit der letzten Tiroler Hütte, denn das ist unser Land! Darum ist Tirols Sorge unser aller Sorge, sein Ruf darf nicht allein erschallen, die Stimme ganz Deutschösterreichs muß sich mit ihm vereinen. Noch ist es Zeit, zu sprechen; das alte Reich ging in die Geschichte ein, aber auch in dem kommenden Bau werden wir Deutschen ein Stein sein, der mehr trägt, als jene ahnen, die die Zukunft des Habsburgerreiches im Slawentum erblicken. Man hüte sich, diesen Stein zu lockern, nicht wir werden es sein, die der stürzende Bau erschlägt!

Hamburger Fremdenblatt

19./X.1918.

7

Umtriebe in Polen.

Sich wiederholende Gewalttätigkeiten gegen Deutsche in Polen, zu denen die Ermordung des Feldpolizeikommissars Dr. Schulze in Warschau gehörte, sind Anzeichen einer zunehmenden allgemeinen Unsicherheit im Lande. Sie ist verursacht durch die aus Rußland Zurückwandernden, die ihre dort gewonnenen bolschewistischen Ideen nun im Lande verbreiten und zur Herrschaft bringen möchten. Sie sind nach der Darstellung polnischer Blätter, insbesondere des Kurjer Warszawski, ganz außerordentlich eifrig am Werke. Sie geben Flugschriften aus, die für Stadt und Land bestimmt sind. Der Ton, den sie anschlagen, läßt keinen Zweifel mehr, daß es sich um das gleiche wie in Rußland handelt. Die Gefahr ist ernsthaft und groß. „Das von den Bolschewiken gesäte Korn, — so lautet eine für die Landbevölkerung bestimmte Flugschrift, — geht auf." Diese prahlerischen Worte sind zwar noch zu vorzeitig, doch wäre es falsch, auf das, was vorzugehen beginnt, nicht rechtzeitig sorgfältig aufzupassen und sich nicht vorzubereiten, um dem gefährlichen Feinde zu begegnen. Dies um so mehr, als in Warschau verschiedene wohlbekannte Führer des Bolschewismus sich niedergelassen haben, die von dort aus ihre Agitation über das ganze Land hin ausdehnen, unter ihnen der berüchtigte Dr. Rothaub, Simonow und die durch ihre Reden in bolschewistischen Versammlungen bekannte Maciejewska. Eine wesentliche Unterstützung erhalten diese aus Ueberzeugung ihre Sache vertretenden bolschewistischen Agitatoren durch Deserteure der früheren russischen Armee oder Verbrecher, die, durch die russische Revolution aus den Gefängnissen befreit, jetzt zurückgekehrt sind und ihr früheres Handwerk wieder aufnehmen.

Besonders gefährlich wird diese den Frieden zerstörende Strömung dadurch, daß sich ihr auch aus den Kreisen der aus Rußland zurückkehrenden Intelligenz Mitglieder zur Verfügung stellen, die unzufrieden sind, weil sie in Rußland aus den Darstellungen ihrer Landsleute schlossen, in der Heimat seien bereits Stellen in großer Zahl für sie offen, die aber nun bei ihrer Ankunft sehen, daß alles erst noch im Werden ist. Einen außerordentlich günstigen Boden aber erhält die ganze Bewegung dadurch, daß nach den aus den Bezirken einlaufenden Meldungen der Rückgang des moralischen Niveaus der Land- und Stadtbevölkerung allgemein ist. Die bedeutenden, vom Schmuggel und Kettenhandel herrührenden Gewinne haben überall eine ungesunde Atmosphäre erzeugt. Diebstähle und Glücksspiele sind an der Tagesordnung. Von da aber bis zur Bandenbildung und zur allgemeinen Beteiligung an dem Terrorismus, den jetzt die bolschewistischen Führer gegen Deutsche und Bourgeois verkündet haben, ist nur ein Schritt. So sind die aus Rußland ankommenden Rückwanderer sehr unwillkommene Gäste im Lande, und das Gespenst des roten Revolutionskampfes will störend hineingreifen in den geplanten Neubau des Reiches.

Die polnische Regierung steht der Gefahr hilflos gegenüber. Es rächt sich jetzt, daß man nicht zur guten Zeit an die Bildung eines polnischen Heeres gegangen ist, das jetzt den Schutz des Landes übernehmen könnte. Nach einer Erklärung des Ministers Stecki hoffen die Regierenden, allen Schaden noch bannen zu können durch weitgehende Reformen, die auf eine gewisse Verschiebung der Besitzverhältnisse zugunsten der Aermeren gestützt sind, die eine Verfassung auf aufrichtig demokratischen Grundlagen zum Ziele haben und das materielle und geistige Wohl des Volkes in möglichst weitgehender Weise berücksichtigen. Ob damit aber wirklich das Heilmittel gefunden ist, mag nach den Vorgängen in Rußland billig bezweifelt werden. Jedenfalls hat jetzt die Regierung die Möglichkeit, die Probe aufs Exempel zu machen. Bisher versteckte sie ihre Hilflosigkeit gegenüber dem einreißenden Uebel hinter dem Vorwande, sie habe keine Möglichkeit, die Wirksamkeit ihrer Gedanken zu erweisen, da die deutschen Behörden ihr hindernd im Wege ständen, indem sie die Exekutivgewalt im Lande für sich beanspruchten. Nachdem nunmehr die gesamte innere Verwaltung den polnischen Behörden durch die deutsche Reichsregierung ausgeliefert ist, haben sie freie Hand, zu schalten und zu walten. Im Interesse des Landes wäre ihnen zu wünschen, daß sie die unwillkommenen Rückwanderer meistern und als wertvolle Glieder in den Neubau ihres Staates einfügen könnten.

Frankfurter Zeitung 20./X. 1918.

10

Die Sowjetrepublik und die Weltlage.

Die starken Verspätungen, mit der die russischen Blätter in Deutschland eintreffen, lassen kein klares Bild über die Vorgänge und Stimmungen bilden, die der Umschwung in der Weltlage in der Sowjetrepublik hervorruft. Immerhin verdienen auch solche Dinge Beachtung, die durch die rasende Entwicklung der letzten Tage schon überholt sein mögen. Die amtliche Stellungnahme der bolschewistischen Regierung ist bisher am klarsten zum Ausdruck gekommen in einer Sitzung, die der Zentralexekutivausschuß gemeinsam mit dem Moskauer Sowjet und anderen Arbeiterorganisationen am 4. Oktober abgehalten hat. In dieser Sitzung wurde ein Brief Lenins über die Lage verlesen, worauf Radek und Trotzkij Ansprachen hielten. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in der die Richtlinien der bolschewistischen Politik für die nächste Zukunft vorgezeichnet werden.

Die Resolution spricht das Vertrauen aus, daß die Erfolge des „räuberischen Entente-Imperialismus" ebenso hinfällig sein werden wie es die deutschen Erfolge waren. „Die feste Ueberzeugung in die Richtigkeit dieser Rechnung erlaubten uns seinerzeit, die entsetzlichen Bedingungen des Brest-Litowsker Vertrages anzunehmen, in denen wir nicht eine Minute lang das letzte Wort der Geschichte erblickten. Indem wir das Schicksal der Ukraine, Polens, Litauens, des Baltikums und Finlands eng mit dem Schicksal der Proletarier-Revolution verknüpfen, lehnen wir jeden Gedanken an irgend eine Anlehnung an den Imperialismus der Entente ab, um etwa dadurch den Brest-Litowsker Vertrag abzuändern. Die Ketten, die den Völkern von den englisch-amerikanischen und den japanisch-amerikanischen Räubern auferlegt werden, sind nicht besser als die österreichisch-deutschen Ketten." Zum Schluß erklärt die Resolution, daß die Sowjetrepublik mit allen Mitteln die Revolution in Deutschland gegen ihre imperialistischen Feinde zu unterstützen bereit ist und spricht die Erwartung aus, daß das revolutionäre Proletariat der Ententeländer im gleichen Lager stehen werde wie die russischen und deutschen Revolutionäre. Der Revolutionskriegsrat wird beauftragt, das Programm der Roten Armee „entsprechend der internationalen Lage" zu erweitern und das Volkskommissariat für Versorgungswesen, sofort die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Arbeitermassen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns im Kampf „gegen äußere und innere Räuber und Gewaltäter" zu unterstützen.

Eine authentische Interpretation dieser nicht ganz leicht verständlichen Resolution gibt ein Aufsatz Radeks in der „Iswestija". Radek erklärt, bisher hätten die deutschen Diplomaten fortwährend auf den provisorischen Charakter der russischen Sowjetregierung hingewiesen und kein Hehl daraus gemacht, daß sie sich an die Bestimmungen des Brester Friedens nur so lange für gebunden erachten als die bolschewistische Regierung bestehen würde, die ihn abschloß; jetzt aber stelle der Zentral-Exekutivausschuß fest, daß er die gegenwärtige deutsche Regierung für ein außerordentlich provisorisches Gebilde halte. Bisher habe die Sowjetregierung ihr Proletariat zu einer Konzession nach der anderen bewegen müssen, um nur das Zentrum der Revolution vor dem Untergang zu retten, jetzt aber stehe man vor der Tatsache des Zusammenbruchs des deutschen Imperialismus, mit dem der deutsche Arbeiter fertig werden würde. Radek sieht die Möglichkeit voraus, daß infolge des deutschen Rückzugs im Osten, den er für unausbleiblich hält, und infolge des bevorstehenden Friedensschlusses der Türkei die ukrainische Regierung bei der Entente Anschluß suchen und finden werde, da die Engländer durch die Dardanellen Truppen nach Südrußland senden würden. Die menschewistische Taktik, die eine Annäherung an die Entente empfehle, sei aber unbedingt abzulehnen, da das Sowjetrußland nicht zur Waffe des Ententekapitals gegen Deutschlands werden dürfe in dem Augenblick, da die Ereignisse die deutsche Arbeiterklasse vor die Notwendigkeit stellen, die Gewalt an sich zu reißen. Im Gegenteil müsse man den deutschen Arbeitern erklären, daß sie im Osten eine treue Hut für ihre Revolution finden würden. Ein „Rotes Berlin" werde von den russischen Arbeitern nicht nur an der Wolga und am Dnjepr, sondern im Notfall auch am Rhein geschützt werden. Der Brester Friede werde durch den Zerfall des deutschen Imperialismus schrittweise aufgehoben werden. In der Ukraine werde die Arbeiter- und Bauernrevolution sofort ihr Haupt erheben, sobald sich die Deutschen zurückziehen.

Auch aus anderen Aufsätzen der bolschewistischen Presse geht hervor, daß man in Moskau mit dem sofortigen Ausbruch einer deutschen Revolution rechnet und entschlossen ist, in diesem Falle den Deutschen zu helfen. Man scheint insbesondere zu hoffen, daß dann die Deutschen das russische Transportwesen reorganisieren würden, wofür man sich durch große Lebensmittellieferungen erkenntlich zeigen würde.

Die Erwartungen der russischen Bolschewiki sind aber illusorisch. Ganz abgesehen davon daß jedermann weiß, wie wenig die bolschewistische Regierung imstande ist, von ihren eigenen Zentren den Hunger fernzuhalten, hat die deutsche Arbeiterschaft überhaupt keine Neigung zu einem bolschewistischen Experiment, das nur das Chaos und vollständigen Zusammenbruch herbeiführen könnte. Nicht nur die sozialdemokratische Partei, sondern auch die Führer der Unabhängigen lehnen den Bolschewismus entschieden ab, die Kreise aber, die etwa als deutsche Bolschewisten anzusehen wären, sind sehr geringfügig.

Arbeiterzeitung
20/X. 1918

Keinen Krieg für Wilhelm II.

Die „Fränkische Tagespost" (16. Oktober) schreibt: Es ist uns unmöglich, mit der Proklamierung der nationalen Verteidigung, mit der Zusammenfassung aller deutschen Kraft auf die Wilsonschen Zumutungen zu antworten. Wir wollen über die Stimmungen und über den Zustand unserer Armeen, für die es freilich noch andere Quellen als die Berichte der Obersten Heeresleitung gibt, hier nicht sprechen. Wir müssen aber feststellen, daß die nationale Verteidigung und die Zusammenfassung aller Kräfte zur Abwehr der Wilsonschen Forderung nicht möglich ist, weil Armee und Volk annehmen würden, daß man die letzten heroischen Anstrengungen von ihnen verlangt, nicht um das Vaterland zu retten, sondern um Wilhelm II. seinen Thron zu sichern. So unerfreulich es auch dem Deutschen mit republikanischer Gesinnung ist und bleibt, daß die Entthronung des Kaisers durch fremde Mächte erzwungen werden könnte, so wenig entspricht es der Stimmung auch der monarchischen Deutschen heute, daß sich das deutsche Volk in einen aller Vermutung nach aussichtslosen Kampf begibt, in einen Kampf, in dem weitere Hunderttausende geopfert werden könnten und in dem deutsches Land so zerstört werden könnte, wie Nordfrankreich leider verwüstet ist — und alles das, nur um Wilhelm II. in seiner Machtvollkommenheit zu erhalten.

Wieder muß man von verpaßten Gelegenheiten sprechen, und vor allem muß das das Reichsoberhaupt. Er mußte wissen, was kommen wird, und er hätte sich Berater erziehen sollen, die ihm sagen sollten, was kommen werde. Wäre Wilhelm II. dem Beispiel größter Monarchen gefolgt, hätte er sich scheinbar freiwillig wie Karl V., der sich einen Weltbeherrscher nennen konnte, der Macht entäußert, er wäre anders in der Geschichte dagestanden, als wenn er, dem Geheiß Wilsons folgend, Krone und Marschallstab niederlegen muß und als Privatmann irgendwo sein Leben zu beschließen haben wird. Hätte sich Wilhelm II. vor vierzehn Tagen für das deutsche Volk geopfert, damit bessere Friedensbedingungen erzielt werden können, er hätte unter dem Dank seiner Gegner, selbst mit dem der Sozialdemokraten, die er so oft gehöhnt hat, die Stufen seines Thrones hinuntersteigen können. Für Wilhelm II. gilt, wie für den ihm in so vielen Dingen ähnlichen Friedrich Wilhelm IV., das Wort Johann Jacobys: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Die Sozialdemokratie hat es daran nicht fehlen lassen, ihm die Wahrheit zu sagen, aber es trifft für Wilhelm II. der Satz zu, den der Cid von den Königen spricht:

Sagt man ihnen wohl die Wahrheit;
Aber sie, sie hören nicht.

So gilt das Wort, das man Kindern zuruft, auch von Wilhelm II.: Wer nicht hören will, der muß fühlen!

Berner Bund 20/X. 1918

Die deutsche Antwort

Ein schwerer Entschluß. — Der Friedenswille. — Die deutsche Oeffentlichkeit. — Die Auffassung der Note Wilsons.

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

K. Berlin, 13. Oktober.

Der schwerste, bedeutsamste Schritt seit der Entfesselung dieses Weltkrieges ist getan. Die deutsche Regierung hat, nach eingehendsten Verhandlungen mit allen in Frage kommenden politischen und militärischen Instanzen des Reiches, dem Kriegskabinett, dem Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem preußischen Staatsministerium, den Staatssekretären mit und ohne Portefeuille, dem interfraktionellen Ausschuß des Reichstags, sowie im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung sämtliche Bedingungen, die Präsident Wilson vom 8. Januar dieses Jahres an für das Zustandekommen eines allgemeinen und dauernden Friedens aufgestellt hat, angenommen — bedingungslos angenommen, ohne jede Verklausulierung angenommen. Ein Entschluß, wie er für die kommende Entwicklung und Gestaltung aller mit dem Krieg zusammenhängenden Probleme, vornehmlich aber für das zukünftige Geschick Deutschlands und seiner Verbündeten folgenschwerer nicht gedacht werden kann! Ein Entschluß aber auch, der zum erstenmal seit Kriegsbeginn befähigt ist, der Welt den so schmerzlich ersehnten Frieden wieder zurückzugeben, und der deshalb — was besonders unterstrichen werden soll — den aufrichtigen Dank auch der neutralen Staaten verdient. Selbst wenn er in erster Linie durch die jüngsten Ereignisse auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen und in Anbetracht der gegenwärtigen militärischen Lage Deutschlands, also unter bestimmender Begutachtung des Großen Hauptquartiers, zustande gekommen sein wird, so bildet er andererseits auch wieder die konsequente und entscheidende Weiterführung des von der deutschen Regierung und dem deutschen Parlament verschiedentlich bekundeten Friedenswillens. Man würde also zu weit gehen, wenn man nur von einer durch militärische Umwälzung geschaffenen Zwangslage sprechen wollte. Auch eine nicht minder starke und beachtenswerte Druckverschiebung innerer psychischer Art, wie sie sich namentlich in den letzten innerpolitischen Wandlungen dokumentierte, hat den Entschluß mitbedingt. Die künftige Entwicklungskurve der Friedensbewegung war schon in dem Moment vorbestimmt, als die Parlamentarisierung Deutschlands vollzogen wurde und die Männer des deutschen Volkes in die Regierung eintraten. Der Prozeß hat sich nur weiterhin folgerichtig abgerollt.

Aus diesem Grunde ist auch die Wirkung des Entschlusses auf die deutsche Oeffentlichkeit, soweit man dies jetzt schon beurteilen kann, durchaus nicht verblüffend, aufreizend, oder gar zu gefährlichem Widerspruch herausfordernd. Gewiß ist man da und dort, wie vor allem in den Kreisen der Alldeutschen, der Konservativen und der Vaterlandspartei, nicht mit dem Vorgehen der Regierung einverstanden. Die konservative Partei hat in einem Aufruf an das Volk auf das Bedenkliche einer Räumung der besetzten Gebiete hingewiesen und jede Verantwortlichkeit mit dieser Politik öffentlich abgelehnt. Gewiß spricht man da und dort von Schmach und Schwäche, von tiefster Erniedrung und Demütigung und fragt man zähneknirschend, ob denn wirklich kein anderer Ausweg mehr möglich gewesen sei. Gewiß verkennt man selbst in den linksbürgerlichen Schichten die ungeheure Bedeutung dieser Antwort an Wilson nicht und klammert man sich an jede, wenn auch vielfach recht dialektisch aufgestutzte Hoffnung. Ernst ist die Stimmung, tiefernst sogar und der ganzen Tragweite bewußt, aber sie ist nicht verzweifelt oder mit Explosionsstoff geladen. Man fühlt eher da und dort, so zum Beispiel in den kleinbürgerlichen Kreisen des Mittelstandes, etwas wie eine Erleichterung von schwerstem Druck heraus. Die Hoffnung auf Frieden überwiegt bei manchem die Dunkelheit der Stunde.

Andere wiederum, und nicht zuletzt die Intellektuellen, bauen auf die Anständigkeit und politische Klugheit Wilsons, in dessen Beurteilung seit kurzem überhaupt ein merklicher Wandel zu beobachten ist. Man behandelt ihn mehr und mehr als ernsthaften Denker und als Politiker von überragender und ausschlaggebender Bedeutung. Und seit selbst die deutsche Regierung seine Grundsätze als annehmbar erklärt hat und mit ihm in Verbindung getreten ist, zögert auch das Volk nicht, seine Ansichten über den amerikanischen Präsidenten gründlich zu revidieren. Seine Aeußerungen und Prinzipien werden der Reihe nach vorgenommen und durchgesprochen und — wie dies vor allem bei seiner letzten Rückfrage der Fall war — mit dem ganzen Spürsinn und Fleiß der deutschen Philologie auf die feinsten und kleinsten Deutungsmöglichkeiten und -unterschiede durchtüftelt. Jede Wendung, jede einzelne Partikel wird peinlich auf ihren tieferen Sinn befragt und auf eventuelle Versprechungen und Lichtpunkte ausgebeutet. Wohl noch nie im politischen Leben ist dem einzelnen Wort eine derartige Beachtung zugemessen worden. Aus dieser Tätigkeit wird nun der Schluß gezogen, daß Präsident Wilson es auf einen Rechtsfrieden abgesehen hat, daß auch er nur einen Friedenszustand schaffen will, der für alle Völker von Dauer sein soll und der also auch in bezug auf Deutschland all jene Bildungen und Entscheidungen vermeiden will, die irgend welche Konfliktkeime für die Zukunft in sich tragen. Wilson wolle also Deutschlands Entwicklung nicht unterbinden, sondern ihm eine freie Entfaltung im Weltganzen zugestehen, und er werde sich auch hinsichtlich der elsaß-lothringischen und der polnischen Frage von dieser Einsicht leiten lassen. Würden diese Gebiete mit einer fast ausschließlich deutschen oder doch von deutschen Elementen stark durchsetzten Bevölkerung an Frankreich oder Polen geschlagen, so würde für diese Länder nur eine neue Art von Irredenta geschaffen, die unmöglich im Sinne einer dauernden Friedensgewähr liegen könne.

Immerhin verkennt man nicht, daß die deutsche Regierung mit ihrem Zugeständnis an Wilson diese Fragen der rein innerpolitisch deutschen Erledigung entrückt und sie der internationalen Lösung anheimgestellt hat. Obwohl man dies als eine wesentliche Gefahr für die Integrität des deutschen Gebietes erkennt, hofft man doch, aus den oben erwähnten Gründen, auf eine für Deutschland nicht allzu ungünstige Entscheidung. Die Polen haben schon jetzt ihre Forderungen auf altpreußische Gebiete mit vorwiegend deutscher Bevölkerung ausgedehnt und sie damit derart überspannt, daß ihnen auch vor einem Deutschland feindlich gesinnten Forum kaum eine Verwirklichung beschieden sein dürfte. Die Räumung des besetzten Gebietes aber wird als ein Akt des Vertrauens dargestellt, der durch nichts überboten werden könne. Selbstverständlich habe der Waffenstillstand schon vorher einzutreten. Damit sei aber der Krieg überhaupt liquidiert.

(Inzwischen ist die zweite Antwort Wilsons eingetroffen; sie hat die Betrachtungen und Erwartungen in Deutschland natürlich heruntergestimmt, wird aber in den nächsten Tagen eine Rückäußerung finden, so daß die Friedensbesprechungen fortgeführt werden. Die Red.).

21./X. 1917

17

Trinksprüche in Konstantinopel.

Der Kaiser über das deutsch-türkische Bündnis.

Konstantinopel, 19. Oktober.

Die an militärischen und landschaftlichen Eindrücken überreichen Tage, die der Kaiser als Gast des Sultans auf türkischem Boden verlebte, fanden ihren Abschluß in einem Fest, das der Sultan seinem Gaste in Dolma-Bagtsche gab und bei dem eindrucksvolle, von starker Zuversicht auf den Erfolg der gemeinsamen Sache getragene Ansprachen zwischen dem Kaiser und dem Sultan gewechselt wurden.

Der Trinkspruch des Kaisers hat den folgenden Wortlaut:

„Eurer Majestät sage Ich für die freundlichen Worte und das Willkommen Meinen aufrichtigsten Dank. Es war mir ein Herzensbedürfnis, nach all den großen Geschehnissen der letzten Jahre Eure Majestät, Meinen erhabenen Freund und Verbündeten, in der unvergleichlichen Hauptstadt des Osmanischen Reiches besuchen zu dürfen, um so die Gefühle treuer waffenbrüderlicher und bundesfreundlicher Gesinnung, die Mich und Mein Volk dem edlen osmanischen Volke gegenüber beseelen, persönlich zum Ausdruck zu bringen. Mit Freuden bin Ich darum der gütigen Einladung Eurer Majestät gefolgt. Gestern war es Mir vergönnt, an der Stätte zu weilen, wo die osmanischen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande in heldenhaftem Kampf unvergängliche Ruhmestaten vollbracht, den Anschlag der Feinde auf das Herz des Reiches siegreich vereitelt und unserer gemeinsamen Sache einen Dienst von nicht zu ermessender Tragweite geleistet. Mit Bewunderung und Dankbarkeit sah Ich, welcher Schwierigkeiten die osmanische Tapferkeit und Zähigkeit Herr zu werden wußte. Anafarta, Arîburun und Sedd ül Bar werden für alle Zeiten Ruhmesblätter bilden in der an Großtaten so reichen Geschichte der osmanischen Armee. Zu einer solchen Armee durch Meine Ernennung zum Feldmarschall in persönliche Beziehungen getreten zu sein, ist Mir eine stolze Freude und Genugtuung, für die Ich Eurer Majestät hier nochmals Meinen besonderen Dank aussprechen zu dürfen bitte.

„Binnen kurzem jährt sich zum dritten Male der Tag, da das türkische Reich, durch Freundschaft und gemeinsame Interessen schon lange mit uns verbunden, zur Verteidigung seiner heiligsten Güter an unserer Seite in den Kampf eintrat. Mit hoher Genugtuung entnehme Ich den Worten Eurer Majestät, daß das osmanische Volk und seine Wehrmacht mit der gleichen Entschlossenheit und Zuversicht, wie das deutsche Volk und Heer, den Kampf bis zu einem glücklichen, die Rechte und Lebensinteressen unserer Staaten sichernden Ende durchzufechten gewillt ist. In unerschütterlicher Bündnistreue werden Deutsche und Osmanen, Schulter an Schulter mit Oesterreichern, Ungarn und Bulgaren, ausharren, bis die Feinde die Nutzlosigkeit weiteren Blutvergießens eingesehen haben. In der dann folgenden Friedenszeit aber werden unsere Völker, durch Kampf und Not nur noch fester aneinander geschmiedet, sich gemeinsam den friedlichen Werken der Kultur widmen. Wenn Ich heute auf die Tage zurückschaue, die Ich durch die Güte Eurer Majestät auf dem osmanischen Boden verleben durfte, so ist es eine Fülle unvergeßlicher Eindrücke, die Ich in die Heimat mitnehme. Die Herzlichkeit des Empfanges, der Mir von Eurer Majestät, Eurer Majestät Regierung und der Bevölkerung zuteil wurde, rührte Mich tief. Unvergängliche Denkmäler osmanischer Kunst und Geschichte, die Mir schon bei früheren Besuchen vertraut und lieb geworden waren, haben unter der strahlenden Sonne des Bosporus auch diesmal wieder ihren alten Zauber auf Mich geübt. Auf Schritt und Tritt aber habe Ich Mich davon überzeugen können, wie seit Meinem letzten, genau 19 Jahre zurückliegenden Besuche das in seiner Einheit verjüngte und erstarkte osmanische Volk unter der weisen Leitung Eurer Majestät zielbewußt in allen Zweigen des öffentlichen und Wirtschaftslebens dem Fortschritt auf der Bahn verheißungsvoller Entwicklung huldigt."

Gestern abend gegen 10 Uhr 20 begab sich der Kaiser in Begleitung des Sultans im Galawagen nach dem Sirkedschibahnhof, wo der Sonderzug zur Abreise bereitstand. Der Thronfolger, sämtliche Kaiserlichen Prinzen, der Großwesir, der Scheich-ül-Islam, der deutsche und der österreichisch-ungarische Botschafter und der bulgarische Gesandte, die Präsidenten vom Senat und Kammer, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden hatten sich am Bahnhof eingefunden, um den Kaiser zu begrüßen. In allen Straßen, die der Kaiser mit dem Gefolge durchfuhr, jubelte trotz der vorgerückten Stunde eine zahlreiche Volksmenge dem Herrscher bei der Vorbeifahrt zu. Vor Abgang des Zuges unterhielt sich der Sultan in herzlicher Weise mit dem Kaiser und wünschte ihm eine glückliche Reise.

Enver Pascha und Halki Pascha begleiteten den Kaiser bis Kütschük Tschelmedje.

Berner Tagblatt 21./10.1918. 19

Wilson und Oesterreich-Ungarn.

Es ist zum Verzweifeln! Glaubt die friedenssehnsüchtige Welt, der große Schritt über den tiefen Graben der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit sei getan und der gerade Weg zur Friedensdiskussion, die nach Wilson ja eine „offene und ehrliche Aussprache" sein soll, sei betreten, so muß sie schmerzlich überrascht sein, zu sehen, wie man immer noch, trotz der öffentlich geführten Aussprache, Winkelzüge ausführt, daß kein rechtes Vertrauen in des andern Gerechtigkeitssinn aufkommen kann. Die Wilsonsche Antwort an Oesterreich-Ungarn hat bei ihrem Bekanntwerden in Bern eine wahre Bestürzung, durchaus nicht etwa nur in Kreisen, die Deutschland keine Niederlage wünschen, sondern bei allen Freunden eines Gerechtigkeitsfriedens, hervorgerufen, mehr noch als die ebenfalls unbefriedigende Antwort Wilsons an Deutschland.

Wilson durchkreuzt die Pläne der österreichischen Regierung auf Errichtung eines Bundesstaates und desavouiert Kaiser Karl, dessen Manifest Papier bleiben dürfte. Er bestreitet der Regierung das Recht, eine Neuordnung der staatlichen Verhältnisse vorzunehmen und will die Tschechoslowaken einfach in ihren extremen Ansprüchen auf absolute Selbständigkeit und Lostrennung unterstützen. Seine bezügliche Zusicherung in der Friedensrede vom 8. Januar 1918 erklärt er außer Kraft. Daß der Präsident den Tschechoslowaken das Recht auf eigene Staatlichkeit einräumt, bevor sich dieser sonderbare Staat, dessen Grenzen schwer zu bestimmen sein dürften, auch nur gebildet hat und bevor sich der Wille des Volkes in einer einwandfrei durchgeführten Abstimmung dokumentiert, ist immerhin noch verzeihlicher, als die Zurücknahme eines einmal abgegebenen Wortes. Die tschechoslowakische Frage an sich vermag die Friedensdiskussion kaum ernstlich zu gefährden, handelt es sich doch da nur um ein zu schaffendes Staatswesen von untergeordneter Bedeutung, das späterhin doch gezwungen sein wird, sich mit den umliegenden österreichischen Völkern in Beziehung zu setzen. Was wir für viel gefährlicher und bedenklicher halten, ist das Ausweichen Wilsons von seinem Kriegszielprogramm, wie es die Zentralmächte in der Gesamtheit angenommen haben. Die Plattform, auf der sich die Friedensdiplomaten vorwärts bewegen konnten, schien geschaffen, und nun kommt der eine, der maßgebliche Partner, und zieht den Agierenden den Boden unter den Füßen weg. Dieser Zwischenfall, um nicht mehr zu sagen, hat grundsätzliche und allgemeine Bedeutung. Man erinnere sich und wisse, daß der Präsident auch heute noch nicht zugestanden hat, daß er sich grundsätzlich an sein Programm gebunden erachte, nachdem es, offenbar zu seiner Ueberraschung, glatt angenommen wurde. Der Schachzug gegen Oesterreich und dieses Auskneifen, mit dem Hinweis auf einen neuen, durch ihn selbst geschaffenen Zustand, wie die Anerkennung der Tschechoslowaken als Nation, muß Deutschland mißtrauisch machen. Wie nun, wenn Wilson, jedesmal, wenn man sich verständigt glaubt, wieder auskneift und selbst gar keine Zugeständnisse macht? Heute besitzt Deutschland und Oesterreich nicht die mindeste Garantie, daß Wilson wirklich der ehrliche Makler ist, für den er sich ausgibt. Er verlangt von seinem Gegner immerfort Garantien und Verzichtleistungen, er selbst aber findet nicht ein einziges Wort des Zugeständnisses in seinen Noten. Ein einziges gutes Wort aber würde da Berge versetzen. Möchte Wilson doch ja endlich dieses gute Wort finden! Will er, daß die Menschheit einer bessern, gegen den Krieg versicherten Zukunft entgegengeht, dann muß er sich schon bemühen, goldene Brücken des Vertrauens zu schaffen. Auf der schmalen Kante des Mißtrauens schreiten die Völker nicht in den Himmel auf Erden.

* * *

Zur Antwort Wilsons an Oesterreich.

Paris, 20. Okt. (Havas.) Die Zeitungen konstatieren, daß die Antwort Wilsons an Oesterreich eine Ablehnung sei. Sie verunmöglicht die Lösung der Nationalitätenfrage durch einen Kompromiß mit den Grundsätzen Wilsons. Diese Antwort spricht das Todesurteil der habsburgischen Diktatur aus. Mehrere Zeitungen sagen, daß man sich vorbereiten muß, auf den Ruinen Oesterreichs neu aufzubauen.

Rom, 21. Okt. (Stefani.) Die Agentur Stefani veröffentlicht folgende Note: Die Antwort Wilsons auf die österreichisch-ungarische Note ist in dem sie leitenden Gedanken völlig klar. Sie kommt einer Weigerung gleich, heute in der österreichisch-ungarischen Regierung den legitimen Vertreter der Völker Oesterreich-Ungarns anzuerkennen. Die in der Proklamation Karls I. gemachten Versprechungen über die einfache Autonomie der verschiedenen Nationalitäten, die der einen oder andern Hälfte der Doppelmonarchie angehören, genügen nicht, um die Lage zu ändern. Diese Erklärung Wilsons bestätigt die legitimen Aspirationen der für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker. Sie kann diesen Aspirationen nur Kraft geben und so die Bewegung beschleunigen, die Oesterreich-Ungarn der Auflösung entgegentreibt.

Der Neue Abend
21./X. 1918

20

Die amtliche Auffassung über die Note Wilsons.

Die Wiener amtlichen Stellen haben die Note Wilsons durchaus nicht ungünstig aufgenommen. Es wird festgestellt, daß seine Forderungen sich zum Teile mit dem Inhalte des kaiserlichen Manifestes decken. Darüber hinaus ist die Note unklar und die österreichisch-ungarische Antwort wird festzustellen haben, was weiter geschehen kann.

Wenn Wilson sagte, daß der tschechische Nationalrat, der im Auslande gebildet wurde, von der Entente als kriegführende Macht anerkannt worden sei und deshalb über alles Weitere zu verhandeln habe, so steht dem gegenüber, daß der Prager tschechische Nationalrat sich gestern als die einzige Stelle bezeichnete, die berechtigt sei, im Namen des tschechischen Volkes zu sprechen.

Von einigen Zeitungen ist der letzte Absatz der Wilsonschen Note dahin mißdeutet worden, daß Wilson nur mit den Tschecho-Slowaken und Jugoslawen über Österreich verhandeln wolle. Wilson spricht im letzten Absatz der Note davon, daß nicht mehr die bloße Autonomie „dieser Völker" als Grundlage für den Frieden anerkannt werden könne, sondern daß „sie selbst Richter darüber sein sollen, was in Österreich zu geschehen habe". Die Ausdrücke „diese Völker" und „sie" könne sich nach allgemeiner Auffassung nur auf alle Völker Österreichs beziehen, obwohl der vorletzte Absatz der Wilson-Note nur von den Tschecho-Slowaken und Jugoslawen spricht. Die Völker müßten nun durch Verhandlungen untereinander über die Zukunft Österreichs schlüssig werden.

In amtlichen Wiener Kreisen bedauert man es, daß durch die Antwort Wilsons die Waffenstillstandsfrage hinausgeschoben wurde. Man ist der Meinung, daß nach Eintritt einer Waffenruhe alle Fragen, die in Österreich und Ungarn zu lösen sind, viel leichter behandelt werden könnten als unter dem Druck des Kriegszustandes.

Österreich-Ungarn wird so rasch wie möglich eine Antwort an Wilson abschicken.

Reichspost

21./X. 1918

Friedensverschleppung durch Wilson.

Wilsons Antwort an Oesterreich-Ungarn.

Washington, 19. Oktober. (Reuter.)

Folgendes ist der Text der Antwort der Vereinigten Staaten auf die österreich-ungarische Note vom 4. Oktober, die in Amsterdam und anderswo am 5. und 6. Oktober veröffentlicht wurde, wie sie vom Staatsdepartement durch den schwedischen Gesandten in Washington an den Minister des Aeußern von Schweden gerichtet wurde:

Staatsdepartement, am 18. Oktober 1918.

Mein Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 7. d. M. zu bestätigen, worin Sie eine Mitteilung der k. u. k. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermittelten. Ich habe jetzt den Auftrag vom Präsidenten, Sie zu ersuchen, so freundlich zu sein und durch Ihre Regierung der k. u. k. Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreich-ungarischen Regierung mitzuteilen, daß er sich mit dem vorliegenden Vorschlag dieser Regierung nicht befassen kann, weil seit seiner Botschaft vom 8. Jänner gewisse Ereignisse von größter Bedeutung eingetreten sind, die notwendigerweise die Kompetenz und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten geändert haben. Unter den 14 Bedingungen, die der Präsident damals formulierte, kam die folgende vor: „Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die freieste Möglichkeit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.“ Seit dieser Satz geschrieben und vor dem Kongresse der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slovaken und dem deutschen sowie dem österreich-ungarischen Reiche besteht und daß der tschecho-slovakische Nationalrat eine de facto kriegführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slovaken zu leiten. Sie hat auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Freiheitsbestrebungen der Jugoslaven anerkannt. Der Präsident ist daher nicht mehr in der Lage, die bloße „Autonomie“ dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung die Aspirationen und die Auffassung der Völker von ihren Rechten und von ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneuerte Versicherung meiner höchsten Wertschätzung.

Gez. Robert Lansing.

Arbeiterzeitung 21./X. 1918

Wilsons Antwort.

Die Antwort Wilsons auf die Note der österreichisch-ungarischen Regierung liegt nun vor, und mit den Hoffnungen, daß Wilson die „Monarchie" pardonieren und sich für ihren unversehrten Bestand erklären werde, ist es gründlich aus. Wilson nimmt den Vorschlag nicht nur nicht an, er lehnt ihn nicht einmal ab, vielmehr erklärt er, daß er sich mit ihm „nicht befassen kann". Der Vorschlag geht eben von Oesterreich-Ungarn aus, also von Oesterreich, dessen Bestand annoch die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder sind, und von Ungarn, den Ländern der heiligen ungarischen Krone; aber für Wilson existiert weder Oesterreich noch Ungarn mehr, also auch nicht Oesterreich-Ungarn: denn er hat den tschecho-slovakischen und den südslavischen Staat bereits anerkannt, erachtet, durch seine Anerkennung, sein Dasein für begründet, meint also, daß er mit „Oesterreich-Ungarn" nicht mehr verhandeln könne, weil eben ein Verhandeln mit der „Monarchie" auf Grund der vierzehn Punkte auch ein Verhandeln über die „autonome Entwicklung" der Nationen in Oesterreich-Ungarn wäre, also auch über die „Entwicklung" der Tschecho-Slovaken und der Südslaven, deren Unabhängigkeit schon feststeht und begründet ist, über die also Wilson nicht mehr verhandeln kann. Ein in Hinsicht der tatsächlichen Lage recht verwickelter Gedankengang, in Hinsicht der Rechtslage, wie sich sie Wilson vorstellt, aber eigentlich ganz logischer Gedankengang! Also erklärt Wilson, da er die Tschecho-Slovaken als kriegführende Macht anerkannt und ihren Nationalrat mit der „entsprechenden Autorität" ausgestattet, daß sich die „Monarchie" mit ihrem Anbot und Ansuchen an „diese Völker", nämlich an die Tschecho-Slovaken und an die Südslaven, wenden möge; sie, nicht Wilson, haben darüber zu entscheiden, was geschehen müsse, damit sie sich befriedigt fühlen, ihre Unabhängigkeit erfüllt erachten. Vor allem habe sich also die österreichisch-ungarische Regierung mit den Tschecho-Slovaken und den Südslaven auseinanderzusetzen, mit ihnen Frieden zu schließen; dann erst könne sie sich an Wilson wenden. Das Problem scheint also im Augenblick und vor allem, mit diesen zwei Völkern zum Frieden zu gelangen, mit ihnen in aller Form, also als Macht zu Macht, den Friedensvertrag zu vereinbaren und den Friedensschluß anzubahnen.

Das „Communiqué", das über die am Samstag abgehaltene Sitzung des tschechischen Nationalausschusses ausgegeben wurde, ist nach dieser Wilsonschen Note weiß Gott mehr als eine Mitteilung über die Sitzung einer privaten Körperschaft; man hat darin geradezu eine Ergänzung der Antwort des amerikanischen Präsidenten zu sehen. Hier fällt nun ein großer Widerspruch auf. Der Präsident weist die „Monarchie" auf die Verhandlungen mit den Tschechen; er erklärt sie geradezu als Vorbedingung für Verhandlungen mit ihm. Die Tschechen aber erklären, „daß es mit Wien für das tschechische Volk keine Verhandlungen über seine Zukunft gibt". Der Widerspruch wird sich vielleicht dahin auflösen, daß die Tschechen Verhandlungen mit ihnen als einer Nation in Oesterreich ablehnen, wogegen Wilson meint, daß sie ideell eigentlich schon außerhalb Oesterreichs stehen, daß also nicht Verhandlungen mit ihnen über ihre Zukunft, eigentlich über unsere geführt werden sollen. Wilsons Erklärungen über die Kundgebung der Tschechen werfen aber auch die Berechnungen und Hoffnungen der Ungarn über den Haufen! Wenn für Oesterreich die Unabhängigkeit der Tschechen nun, nach diesen Erklärungen, schon eine entschiedene Frage zu sein habe, so für Ungarn die slovakische: auch mit Ungarn verhandelt Wilson nicht, auch sie können weder auf Waffenstillstand noch Frieden rechnen, bevor sie nicht mit den Tschecho-Slovaken darüber ins reine gekommen sind, bevor sie, mit anderen Worten, die Slovaken (und auch ihre Südslaven!) nicht herausgegeben haben. Die mit solcher unanständiger Eile instradierte Lossagung Ungarns, ihre papierene Unabhängigkeit wird demnach die erhofften Früchte nicht tragen, wird sie von der Sorge ihrer „Nationalitäten" nicht befreien. Das „tausendjährige" Ungarn ist in den Schmelztiegel ebenso geworfen wie Oesterreich.

Fremdenblatt
21./X. 1918

24

Wien, 21. Oktober.

Präsident Wilson hat sich entschlossen, vor dem Eintreffen der deutschen Note auf unseren Waffenstillstands- und Friedensvorschlag zu antworten. Gestern nachmittags hat Reuter aus Washington das Schriftstück verbreitet, welches der Präsident Wilson an die österreichisch-ungarische Regierung gerichtet hat. In diesem Dokument geht Herr Wilson auf die eigentliche Frage, die Oesterreich-Ungarn an ihn gerichtet hat, nicht ein, denn er spricht nichts über Waffenstillstand und Frieden. Er begnügt sich damit, bekannt zu geben, daß er sich mit dem Vorschlag unserer Regierung nicht befassen könne, weil seit der Aufstellung seiner vierzehn Punkte vom Jänner 1918 gewisse Ereignisse von größter Bedeutung eingetreten seien, welche die Kompetenz und die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten geändert haben. Als solche Ereignisse bezeichnet er die Anerkennung des Kriegszustandes zwischen den Tschecho-Slowaken und dem Deutschen und österreichisch-ungarischen Reich durch Amerika und die weitere Anerkennung der nationalen Freiheitsbestrebungen der Jugoslawen. Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt daher, daß er die „Autonomie" dieser Völker nicht mehr als Grundlage des Friedens anerkennen könne, sondern daß er gezwungen sei, darauf zu bestehen, daß diese Völker und nicht er darüber Richter sein sollen, welche Aktion der österreichisch-ungarischen Regierung die Bestrebungen dieser Nationen befriedigen wird.

Es ist erinnerlich, daß die Vereinigten Staaten den außerhalb Böhmens tagenden tschecho-slowakischen Nationalrat und die außerhalb Böhmens kämpfenden tschecho-slowakischen Legionen als kriegführende Macht anerkannt haben. Es handelt sich also hier um Splitter des tschechischen Volkes, welche in der Diaspora leben und doch unmöglich als die wahre Vertretung des tschechischen Volkes angesehen werden können. In der Tat hat ja auch in Prag vorgestern eine tschechische Nationalversammlung getagt, welche vom tschechischen Volk eingesetzt wurde und deren Beschlüsse in Widerspruch mit der Auffassung des Herrn Wilson zu stehen scheinen. In Prag hat der tschechische Nationalkonvent die absolute Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Staates erklärt, gleichzeitig aber auch seinen Willen kundgegeben, mit Wien über die Neuordnung seines Verhältnisses zu den übrigen Staaten der Monarchie nicht zu verhandeln, sondern darauf zu bestehen, daß die tschechische Frage internationalen Charakter besitze und daher auf der Friedenskonferenz entschieden werden müsse. Wenn also Herr Wilson sich der Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten tatsächlich enthalten will und es uns überläßt, mit unseren Völkern die künftige Gestaltung der Monarchie zu regeln, so würde er sich auf einen Standpunkt stellen, den die österreichisch-ungarische Regierung immer eingenommen hat. Es ist allerdings schwierig, bei der nicht ganz klaren Ausdrucksweise, welcher dieser Note des Präsidenten Wilson, wie auch seinen früheren Kundgebungen eigentümlich ist, ein bestimmtes Urteil über seine Absichten zu fällen. Es wird daher notwendig sein, den Präsidenten **Wilson neuerlich zu fragen, wie er sich zur Hauptfrage der Herbeiführung des Waffenstillstandes und des Friedens stelle, und man wird nicht fehl gehen mit der Annahme, daß die jüngste Kundgebung des Herrn Wilson von uns bald beantwortet werden wird.** Die Erklärung, welche Präsident Wilson am 18. Oktober veröffentlicht hat, läßt, wie gesagt, verschiedentliche Deutungen zu. Und sie ist jedenfalls kein Eingehen auf unseren Vorschlag. Wir werden also abwarten müssen, ob der Präsident der Vereinigten Staaten in weiteren Enuntiationen deutlicher und präziser sich über seine wahren Absichten äußern wird.

Berliner Lokalanzeiger 21./X.1918.

Eine furchtbare Warnung.

Die grausame Enttäuschung, die Wilson durch seine im heutigen Morgenblatt veröffentlichte, an die österreichische Regierung nach sechszehn Tagen gerichtete Antwort auf das Waffenstillstandsangebot des Grafen Burian dem Kaiser Karl und seinem Ministerium, den Ungarn sowohl als den Oesterreichern bereitet hat, sollte in Deutschland wie eine furchtbare ernste Warnung wirken. Der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt darin, daß er an den sich auf Oesterreichs Staatsordnung beziehenden Artikel seines Friedensprogramms vom 8. Januar nicht mehr gebunden sei, weil inzwischen Ereignisse eingetreten seien, die ihn der Freiheit des Handelns beraubten. Das Ereignis aber, das ihn der Freiheit des Handelns beraubt, ist von ihm selbst aus eigenem freien Entschluß herbeigeführt worden. Denn es ist nichts anderes als die Anerkennung der Tschecho-Slowaken als kriegführende Macht durch seine Regierung. Wenn Herr Wilson also der Freiheit seines Handelns beraubt ist, so hat er sich selbst die ihn bindenden Fesseln aus freiem Entschluß angelegt. Er hat eine Staatshandlung vollzogen, die mit einem der fundamentalen Grundsätze seines Friedensprogramms unvereinbar war. Kann man einem Mann, der je nach der Entwicklung der Ereignisse die wichtigsten von ihm gefaßten Entschlüsse revidiert, das Vertrauen schenken, daß er nach dem Abschluß des Waffenstillstandes oder während der Friedensverhandlungen nicht mehr die anderen Grundsätze seines Programms ändert, erweitert und, gestützt auf diese von ihm selbst beliebten Aenderungen, behauptet, daß ihm die Freiheit seines Handelns beschränkt worden sei? Durch die Note vom 18. Oktober wird auch den Blindesten die ungeheure Gefahr klargemacht, die darin besteht, daß wir im Vertrauen auf die unerschütterliche Rechtsbeständigkeit des Wilsonschen Programms uns an den Verhandlungstisch setzen. Denn Wilson und die militärischen Ratgeber der Entente wünschen, daß wir wehrlos am Verhandlungstisch erscheinen. Nichts anderes bedeutet die Forderung von Garantien dafür, daß durch die Waffenstillstandsbedingungen „die militärische Ueberlegenheit der amerikanischen und alliierten Streitkräfte im Felde" aufrechterhalten bleiben müsse. Jedenfalls ist ohne die Kenntnis des Umfangs der geforderten Sicherheiten nicht zu entscheiden, ob wir nach ihrer Annahme noch

~~wehrstandsfähig~~ bleiben. Wäre das nicht der Fall, dann wäre die Zukunft Deutschlands ganz allein von dem guten Willen eines Mannes abhängig, der die Freiheit seines Handelns nicht nur durch seine mit dem infernalischsten Haß gegen das deutsche Volk erfüllten Verbündeten bedroht sieht, sondern sich für berechtigt hält, sie selbst in jedem Augenblick zu beschränken. Wer gibt uns irgendwelche Sicherheit dafür, daß der Präsident Wilson sich nicht durch irgendeine neue ungeprüfte Verleumdung des Herrn Northcliffs, der durch französische und englische Staatsakte der Mantel der Amtlichkeit umgehängt wird, veranlaßt sieht, zum Beispiel auch den Artikel seines Programms zu ändern, auf Grund dessen uns wenigstens die Gleichberechtigung unter den Völkern des Völkerbundes zugesichert und die Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung verbürgt wird? Diese Ueberlegungen müssen auch den Mann, der die von uns am vorigen Donnerstag veröffentlichte Rede gehalten hat, und die Männer, die vor wenigen Tagen erklärten, „daß sich das deutsche Volk mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen niemals abfinden wird", veranlassen, Waffenstillstandsbedingungen abzulehnen, die uns wehrlos machen. Was man dem deutschen Volke zuzumuten wagt, welche Bedingungen man für erreichbar hält, das wissen unsere Leser zur Genüge aus der Wiedergabe der in der feindlichen Presse erhobenen Forderungen.

Mg.

Berliner Lokalanzeiger 21./X. 1918.

Aufruf der Berliner Professoren.

Gestern (Sonntag) mittag um 12 Uhr fand auf Einladung des Rektors eine Versammlung der Professoren der Universität statt. Auf dieser ist einstimmig die folgende Kundgebung beschlossen worden:

„In schwerer Stunde wenden wir Professoren der Universität Berlin uns einmütig an das deutsche Volk und geben unserer wohlerwogenen Ueberzeugung Ausdruck, daß wir Deutsche nur dann uns wider die übermächtigen Gegner behaupten können, wenn wir eine **geschlossene innere Einheit** bilden. Wir lassen daher alle Gegensätze der Anschauungen in diesen Tagen verstummen und stellen uns bewußt und fest in den Dienst der sich anbahnenden neuen politischen Ordnung und der sie vertretenden Regierung.

Wir sprechen dies in der Gewißheit aus, daß es heute der einzige uns übrig gebliebene Weg ist, auf dem die unerschöpflichen innersten Kräfte unseres Volkes zu allseitiger äußerster Anspannung entfesselt werden können, damit uns das **Vaterland, Kaiser und Reich unversehrt erhalten bleiben,** damit die Lebensadern unserer Entwickelung nicht unterbunden werden und damit uns die Bahn eines Fortschrittes, der unserer geschichtlichen Eigenart entspricht, offen bleibe.

Es geht in diesen Tagen um das Bestehen, die Freiheit und die Ehre unseres Volkes. Wir können es nicht besser ausdrücken als durch das tapfere Wort in dem letzten Aufruf der sozialdemokratischen Partei: „Mit einem Frieden der Vergewaltigung, der Demütigung und der Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nie und nimmer mehr abfinden."

Es gilt heute alle Kräfte zur Einheit sammeln, es gilt freudig leiden und entbehren, aber es gilt auch **stark sein und hoffen** und nicht in niedriger Undankbarkeit an der unerschöpflichen kraft unseres Volkes verzweifeln. Das wollen wir alle öffentlich wie in unserem privaten Verkehr zu bezeugen nicht müde werden, nicht nur in Worten, sondern auch mit Taten. Wenn wir Deutsche alle uns zu solcher Einheit in Wahrhaftigkeit und Tatkraft zusammenfinden, dann werden wir nicht erliegen. Dies ist unsere Zuversicht und Hoffnung. Und Gott wird mit uns sein.

Die Professoren der Berliner Universität.
Der Rektor: Seeberg."

Berliner Lokalanzeiger 21./X. 1918.

Der Wortlaut unserer Antwort.

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. M. lautet wie folgt:

Berlin, 21. Oktober.

Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlags zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien, und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet hat.

Die Deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseebootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

gez. Solf,
Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Kölnische Zeitung 21./X.1918.

Die Folgen der Note.

Wilson ist in der glücklichen Lage, Partei und Richter zugleich sein zu können, und er hält es begreiflicherweise unter so günstigen Umständen mit dem Spruche: wer das Kreuz hat, segnet sich. Und Wilson segnet sich und seine Freunde: Die Tschechen erhalten, was sie wollen, wenigstens in der Hauptsache; und ebenso die Südslawen. In Österreich, der westlichen Hälfte der Donaumonarchie, ist man Wilsons Anschauungen weit entgegengekommen, und hat durch das die Umformung des Staates einleitende kaiserliche Manifest den Völkern dieser Reichshälfte ihre volle Freiheit zuerkannt. Kaiser Karl war in dieser Hinsicht vollkommen Herr seiner Entschlüsse, weil er sich nicht an die österreichische Verfassung gebunden hatte. Diese Reform machte aber an den Grenzen Ungarns halt, einmal wegen des politischen Widerstandes, den die Madjaren einem Eingriff in den Bau ihres Staates entgegengesetzt haben würden, dann auch, weil König Karl die ungarische Verfassung beim Regierungsantritt beschworen hat, sie also auch aus diesem Grunde nicht umstürzen konnte. Unbefriedigt standen infolgedessen die Tschechen und die Südslawen dem kaiserlichen Umwandlungsmanifest gegenüber, denn dieses gestand ihnen nur die Hälfte ihrer Wünsche zu; die andre Hälfte, nämlich die Vereinigung mit ihren Stammesgenossen auf ungarischem Boden, blieb es schuldig, trotzdem die politische Entwicklung unsrer Tage unverkennbar nach diesem Ziele hindrängt. Über den toten Punkt, der so eingetreten war, hilft den Tschechen und Südslawen jetzt Wilsons Note hinüber, das Reformwerk, das in seinem — der geschichtlichen Entwicklung entgegengesetzten — Laufe stehengeblieben war, erhält einen kräftigen Anstoß von außen. Wilsons Note bedeutet zunächst das Ende des heutigen Ungarns. Auch die Madjaren werden künftig höchstwahrscheinlich nur über das von ihnen selbst bewohnte Gebiet herrschen; die Slowaken, das sind die im Norden Ungarns ansässigen Tschechen, ebenso die Südslawen erhalten von Wilson ausdrücklich das Recht, selbst zu bestimmen, „welche Aktion auf seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen" zu befriedigen, also zu erfolgen hat. Das ist ein Blankowechsel, dessen Sinn sehr weitgehend sein kann. Seine Mindestfolge für Ungarn wird das Ausscheiden der Tschechen und Südslawen aus dem ungarischen Staate sein. Da aber die Selbstbestimmung der Völker die maßgebende Losung, und da weiter, was dem einen recht, dem andern billig ist, so dürften auch die Deutschen Ungarns sich auf sich selbst besinnen, die Sachsen in Siebenbürgen und die Schwaben in Westungarn; auch rumänische Ansprüche stehen nunmehr gewiß zu erwarten. Die Selbständigmachung der Deutschen Ungarns würde das deutsche Element in der Donaumonarchie stärken, wie schon Aurel Popovici in seinem Werke „Großösterreich" ausführte, denn sie würden ihren natürlichen Anschluß an die Deutschösterreicher finden und so deren Stellung stärken. Indessen erhebt sich hier die Frage, ob nicht Wilsons Zugeständnis an die „Aspirationen" der Tschechen und Südslawen eine Einschnürung Deutschösterreichs bedeutet, denn es ist ja bekannt, daß die Tschechen zwar das nationale Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch nehmen, um ihren tschechoslowakischen Staat aus den tschechischen Gebieten Österreichs und Ungarns bilden zu können, daß sie aber diesen selben in ihren Augen heiligen Grundsatz mit Füßen treten, sobald es sich um die deutschen Gebiete in den Sudetenländern — Böhmen, Mähren und Schlesien — handelt. Davon abgesehen aber, kann Wilson, noch viel weitergehend, die Sprengung Österreichs beabsichtigen, nämlich die Schaffung von völlig unabhängigen Nationalstaaten ohne ein sie zu einem Bundesstaat zusammenfassendes Band. Wie gesagt, Wilson hat das Kreuz, und er segnet sich und seine Freunde. Wir wollen ihm nicht vorgreifen, aber wie er den Frieden macht, davon wird dieses Friedens Dauer in künftigen Zeiten ganz sicherlich abhängen.

Hamburger Fremdenblatt

21./X. 1918. 30

Konstituierung der tschecho-slowakischen Regierung in Paris.

ss. **Genf**, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Minister der provisorischen Regierung des Landes der Tschecho-Slowaken richtete am 14. Oktober ein Schreiben an Pichon, in dem er diesen daran erinnert, daß die Erklärung der Vereinigten Staaten vom 3. September 1918 den Nationalrat der Tschecho-Slowaken mit Sitz in Paris als die Regierung der Tschecho-Slowaken anerkennt. Diese Anerkennung wurde bestätigt durch England, Frankreich und Italien. Angesichts dieser Anerkennungserklärungen wird hinzugefügt, daß sich die Regierung der Tschecho-Slowaken am 26. September 1918 mit Sitz in Paris konstituiert hat. Massaryk wurde zum Präsidenten der provisorischen Regierung und Finanzminister ernannt. Benes ist Minister des Aeußern und des Innern, Stefanik Kriegsminister. Das Ministerium beschloß, als Vertreter bei den Alliierten zu beglaubigen Osusky als Geschäftsträger der tschecho-slowakischen Gesandtschaft in London bei der britischen Regierung, Sychrjva als Geschäftsträger in Rom bei der italienischen Regierung und Pregler als Geschäftsträger in Washington, Bogdan Pawlu, gegenwärtig in Omsk, als Vertreter in Rußland. Die Vertreter bei der japanischen und der serbischen Regierung werden später bezeichnet werden. Benes bemerkte weiter, diese Entscheidungen seien in vollkommenem Einvernehmen mit den politischen Führern des Landes der Tschechen getroffen worden. Er erinnerte daran, daß am 2. Oktober 1918 der tschecho-slowakische Deputierte Stanek im Rate von Paris erklärt habe, daß das oberste Organ der tschecho-slowakischen Armee berufen sei, die Nation bei den Alliierten und auf der Friedenskonferenz zu vertreten. Ferner habe der Deputierte Zahranik am 9. Oktober im Namen derselben Vereinigung erklärt, daß die Tschecho-Slowaken jede Verbindung mit Oesterreich-Ungarn endgültig abgebrochen hätten. Kraft dieser Entscheidung der Nation und der Armee der Tschecho-Slowaken übernimmt daher der Rat der provisorischen nationalen Regierung die Leitung der politischen Geschäfte des Landes der Tschecho-Slowaken und knüpft mit den Alliierten offizielle Beziehungen an.

In Bestätigung des Empfanges dieser Mitteilung erklärte Pichon: Die Sympathien Frankreichs für die Tschecho-Slowaken bedürfen keiner offiziellen Bestätigung. Alle freien Völker und Frankreich in erster Linie haben die Vaterlandsliebe, die Tapferkeit und den Opfermut der tschecho-slowakischen Nation und Armee gebührend bewundert. Die Regierung der Republik schätzt sich glücklich, das Uebereinkommen vom 26. September 1918 und ihre Erklärung vom 28. Juni d. J. betreffend das Anrecht dieser Nation auf Unabhängigkeit und die Anerkennung des nationalen Rates für die de facto bestehende Regierung zu bestätigen. Angesichts dieser erfolgreichen und historischen Selbstbehauptung als Staat erkennt die französische Regierung die provisorische nationale Regierung des Landes der Tschecho-Slowaken an.

Frankfurter Zeitung 21./X.1918. 32

Man hat sich in Washington reichlich Zeit gelassen, bis man das Begehren der österreichisch-ungarischen Regierung um Frieden und Waffenstillstand beantwortete. In Wien und Budapest hat man diesem Zögern allerlei Deutungen, teilweise recht ungünstiger Art gegeben. Dann aber überwog die Meinung, die österreichisch-ungarische Regierung kenne bereits im voraus den Inhalt der Antwort und habe sozusagen die Bürgschaft Wilsons für das Weiterbestehen Oesterreich-Ungarns und gegen die übertriebenen Ansprüche der Tschechen und Südslawen schon in der Tasche. Wie der jetzt vorliegende Wortlaut der Wilsonschen Antwort zeigt, war das ein Irrtum, und wer in Wien Herrn Wilson bis zu einem gewissen Grade als künftigen Beschützer Oesterreichs ansehen mochte, der wird nun doch stark enttäuscht sein. Graf Burian hat sich in seiner Bitte um Frieden auf die von Wilson am 8. Januar aufgestellten vierzehn Punkte für einen dauernden Frieden berufen, deren Annahme die österreichisch-ungarische Regierung aussprach. Jetzt erklärt Präsident Wilson, daß diese vierzehn Bedingungen, soweit Oesterreich in Betracht komme, nicht mehr gelten, da durch die Anerkennung der Tschechoslowaken als kriegführender Nation die Sachlage völlig verändert sei. Im Januar hat Herr Wilson erklärt, daß den Völkern Oesterreich-Ungarns die Gelegenheit zu selbständiger Entwicklung gewährt werden solle (should be accorded the first opportunity to autonomous development) Jetzt sagt er, er sei nicht mehr in der Lage, die bloße Autonomie der Tschechen und Südslawen „als Grundlage für den Frieden anzuerkennen", sondern er sei gezwungen, darauf zu sehen, daß diese Völker und nicht er Richte darüber seien, welche Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Regierung genügen werden, um ihre Ansprüche und ihre Auffassung von ihren Rechten als Mitglied der Familie der Nationen zu befriedigen.

Mit dieser Antwort verzichtet der Präsident dem Anschein nach darauf, ein Schiedsrichteramt zwischen Oesterreich-Ungarn als Staatsmacht und den Völkern auszuüben, die im Begriffe sind, es zu zerschlagen. Andererseits aber erkennt er als Grenze der Ansprüche dieser Völker nur das an, was sie selbst sich als Grenze setzen. Dabei ist zu beachten, daß hier nur die Tschechoslowaken und die Südslawen genannt sind. Wie es also mit den Ansprüchen der Rumänen, Ukrainer und Polen steht, bleibt eine offene Frage ebenso wie die andere, wie es mit den Deutschen Oesterreichs und Ungarns steht. Vielleicht wird sich gerade hieran erweisen müssen, wie weit die Gerechtigkeit des Präsidenten Wilson geht, ob sie nur bis zu den Nationen reicht, welche den Staat und die Monarchie auflösen wollen oder schon aufgelöst haben, oder auch zu denen, die ihn bisher erhalten haben. Aber es ist ein großer Irrtum des Herrn Wilson, wenn er den ganzen Nationalitätenkampf in der Donaumonarchie so auffaßt, als handle es sich dabei um eine Auseinandersetzung zwischen den Völkern und der Staatsgewalt. Die Staatsgewalt hat im Grunde aufgehört zu bestehen und dennoch gibt es keinen Frieden, weil eben die Auswüchse der einen nur auf Kosten der andern befriedigt werden können, und weil besonders die Tschechen nicht nur das von Tschechen bewohnte Gebiet als ihr Königreich verlangen, sondern auch die 2¼ bis 3 Millionen Deutsche, die in Böhmen und Mähren wohnen, sich unterwerfen wollen. Sie wollen aber darüber hinaus auch die zu Ungarn gehörige Slowakei. Erkennt der amerikanische Präsident das Höchstmaß der tschechischen Ansprüche als die Grenze dessen an, was er für billig hält, dann ist es damit noch nicht getan. Sowohl die Deutschen wie Ungarn, werden sich diesem Spruche nicht fügen, und das, was er für die Grundlage des Friedens hält, wird im Gegenteil die Ursache eines furchtbaren Bürgerkrieges werden. Es ist das Unglück, daß Herr Wilson, dem das Geschick jetzt eine so ungeheure Macht in die Hand gegeben hat, offenbar von den europäischen Dingen, besonders was die nationalen Verhältnisse betrifft, nur eine sehr unklare und unzulängliche Vorstellung hat.

Die amerikanische Antwort legt die Entscheidung in die Hand der österreichischen Völker selbst. Damit ist der Staat Oesterreich, aber eigentlich auch Ungarn, so gut wie aufgegeben. Wir fürchten, den Ländern an der mittleren Donau stehen schlimme Tage bevor, wenn nicht etwa doch noch bei den beteiligten Völkern in letzter Stunde die Erkenntnis erwacht, daß wertvoller als die Hinausrückung der nationalen Grenzen die Wahrung gemeinsamer materieller und kultureller Besitztümer ist, die bei einer unfriedlichen Auseinandersetzung vermutlich ein ähnliches Schicksal erleiden könnten, wie wir es jetzt an dem Beispiel Rußlands sehen.

Frankfurter Zeitung 21./X. 1918

Frankfurt, 21. Oktober.

Die Welt ist in ihren tiefsten Festen erschüttert. Die uns verbündete Großmacht Oesterreich-Ungarn steht mitten im Zerfall. Unser deutsches Vaterland kämpft bereits auf dem letzten Walle gegen eine Katastrophe, von deren drohender Furchtbarkeit die meisten Menschen erstaunlicherweise sich immer noch keine ernsthafte Vorstellung machen. Mit einem unserer Gegner verhandeln wir über einen Rechtsfrieden. Ob auch nur dieser eine seinen laut verkündeten Grundsätzen Treue halten wird, wissen wir nicht. Daß aber unter seinen Alliierten der Wille, Deutschland zu vernichten, immer unverhüllter, immer rücksichtsloser, immer entschlossener in den Vordergrund tritt, das können wir jeden Tag weniger übersehen. Noch sind wir nicht wehrlos, nicht militärisch und nicht politisch, und es stünde uns schlecht an, an uns selbst zu verzweifeln. Wohl aber ist heute die Pflicht der Menschen, die Geschehnisse dieser Tage und die sich eröffnenden Aussichten bis in die schlimmsten Möglichkeiten hinein ernst zu nehmen. Das alte Habsburgerreich wird nicht von außen zerschlagen. Wenn es sich auflöst, tut es das, weil seinen Völkern der Wille zum gemeinsamen Leben fehlt. Unser Deutsches Reich ist nur von einem Volke bewohnt, und der Wille zur Einheit ist uns allen, zuweilen mehr, als wir wissen, selbstverständliche Grundlage unseres politischen Handelns, unseres ganzen Daseins. Eben deshalb rüstet sich der Vernichtungswille unserer Feinde, gerade gegen diese deutsche Einheit Sturm zu laufen. Wenn die Meldung eines holländischen Blattes zutrifft, hätte kürzlich selbst der Führer des englischen Liberalismus die Wiederauflösung des Deutschen Reiches in Einzelstaaten als Kriegsziel aufgestellt. Wir halten Herrn Asquith für zu klug, um ihm die Meinung zuzutrauen, ein Volk wie das deutsche könne gegen seinen Willen in Stücke geschlagen und in Stücken erhalten werden. Hat er jenes Ziel aufgestellt, so dürfte er zu seiner Erreichung weniger an Mittel der Gewalt als an die der Intrige gedacht haben. Wenn es jetzt zur Auflösung der alten Donaumonarchie kommt und die Deutsch-Oesterreicher bei ihren Volksgenossen im Reiche Anschluß suchen, so mögen sich daraus Verschiebungen des geographischen, konfessionellen, politischen Schwergewichts im Reiche ergeben, welche unseren Gegnern den Gedanken an jene Intrigen und an Versuche innerer Zersetzung im deutschen Volke nahelegen können. Unsere Sicherheit gegenüber solchen Versuchen muß in der Klarheit liegen, mit der wir allen Möglichkeiten ins Auge sehen, und in dem festen Willen, ein Volk zu bleiben.

Dieser Wille, die deutsche Einheit, für die unsere Väter sechs Jahrzehnte hindurch gekämpft und gelitten haben, fest zu bewahren, ist uns allen gemeinsam. Er wird auch nicht durch einzelne partikularistische Stimmungen aufgehoben oder gefährdet, die gerade während des Krieges und als Folge mancher Kriegsnöte wieder lebhafter ihre Stimme erhoben haben. Diese vier Kriegsjahre haben an unserer Nervenkraft so gezehrt, daß wir wie im Einzelleben, in Familie und Beruf, so auch im Volksleben Verärgerungen und Stimmungen zugänglich geworden sind, die in normalen Zeiten wieder verschwinden und die jedenfalls so tiefe Wurzeln nicht herausreißen werden wie die unseres Willens zur deutschen Einheit. In der vergangenen Woche hat der bayerische Ministerpräsident darüber manches Gute gesagt und vor allem ein starkes und lebendiges Bekenntnis zum Reiche abgelegt. Bei anderen Sätzen seiner Rede haben wir allerdings die Empfindung gehabt, daß er dem Ernst unserer Lage, der welthistorischen Größe alles dessen, was wir heute erleben, nicht ganz gerecht wurde. Herr von Dandl hat sich in erster Linie um den bundesstaatlichen Charakter des Reiches besorgt gezeigt; und auch aus der Stellungnahme Bayerns im Bundesrate geht hervor, daß man aus der Frage, ob einzelne Verfassungsartikel abgeändert werden oder nicht, ernsthafte Gefahren für das Gewicht und die Selbständigkeit der Bundesstaaten erwachsen sieht. Das ist nun doch eine allzu enge und ängstliche Betrachtungsweise. Die Stellung der Bundesstaaten im Reiche beruht nicht auf geschriebenen Paragraphen, sie ist viel tiefer begründet, in geistig politischen und in wirtschaftlichen Tatsachen. Gerade die süddeutschen Staaten scheinen uns heute am wenigsten Grund zu Befürchtungen zu haben. Je demokratischer Deutschland wird, desto mehr verteilt sich das Schwergewicht des geistigen, des politischen Lebens, das bisher mehr in Preußen lag, über das ganze Reich, desto stärker wird der Süden mit seiner alteingewachsenen demokratischen Tradition zur Geltung kommen. Daß heute die Regierung des Reiches vorwiegend aus Süddeutschen besteht, daß sogar das preußische Staatsministerium sich gewöhnt hat, unter süddeutschem Vorsitz zu tagen, ist natürlich ein Uebergangszustand (den niemand zum dauernden machen will), aber ein bezeichnender Uebergang. Ist früher zuweilen gesagt worden, daß Bismarck es fertig gebracht habe, entgegen alten Volksströmungen Deutschland in Preußen aufgehen zu lassen, so erleben wir heute mit der Entwicklung zum demokratischen Volksstaat etwas, das mit ähnlichem Recht als ein Aufgehen Preußens in Deutschland bezeichnet werden darf.

Herr von Dandl hat in jener Rede auch von den schweren, harten Zeiten gesprochen, denen wir entgegengehen. Es wird in der Tat in Deutschland sehr intensiv gearbeitet werden müssen, um die Folgen dieses Krieges zu überwinden. Intensiveres Arbeiten, das bedeutet aber unweigerlich gleichmäßigere Verteilung der Arbeitsintensität über das ganze Reichsgebiet. Landschaften und Volksteile, die bisher gemächlicher zu leben verstanden und vorzogen, werden ein ganz neues Tempo des Arbeitens und Wirtschaftens einschlagen müssen. Auch aus dieser Entwicklung wird sich ein Anwachsen der wirtschaftlichen Bedeutung gerade Bayerns ergeben. Solche natürliche und lebendige Faktoren sind es, auf die das Gewicht der deutschen Bundesstaaten fest gegründet ist, und das ängstliche Anklammern an einzelne Paragraphen erscheint uns demgegenüber fast wie ein Mangel an Selbst- und Kraftbewußtsein.

Ist aber nicht die ganze Sorge um einzelstaatliche Gerechtsame in Deutschland heute durchaus fehl am Ort, wo die Sorge um Unversehrtheit und nacktes Dasein des Reiches selbst uns alle bis in die letzten Tiefen erfüllen und aufwühlen muß? Gerade was die Sorge um Unversehrtheit deutschen Bodens angeht, kann ja nicht übersehen werden, daß die Geltendmachung dynastischer Sonderinteressen ernste Gefahren für uns heraufbeschworen hat. Ohne das Wiederaufleben dieser Interessen im vergangenen Jahre würde Elsaß-Lothringen wohl unter der Kanzlerschaft des Dr. Michaelis die Autonomie erhalten haben und das Grenzland würde uns heute mit Herz und Verstand ganz anders verbunden sein, als es nun der Fall ist. Das darf nicht verschwiegen werden, und es mag uns allen zur Warnung dienen, partikularistischen Sonderinteressen und Stimmungen in dieser Zeit lebensgefährlichsten Endkampfes nicht zu breiten Raum zu lassen. Es geht heute um die Existenz des Reiches, es geht um die Grundlage der Existenz jedes Einzelnen von uns. Aber wir sind fest davon überzeugt, daß es weder der Gewalt noch den Intrigen unserer Feinde gelingen wird, den Bau des Deutschen Reiches zu erschüttern.

Frankfurter Zeitung 22.X.1918

Das neue Deutschland.

Die Neuorientierung in Bayern.

w München, 21. Oktbr. (Priv.-Tel.) Ueber die vorläufigen Grundlagen, auf denen die Parteien des bayerischen Landtags in der Frage des demokratischen Aufbaus der Verfassung untereinander und mit der Regierung eine Verständigung zu erzielen versuchen, sind trotz der Schweigepflicht, die sich die Teilnehmer an den Verhandlungen auferlegt haben, in zwei Münchener Mittagsblättern Andeutungen gelangt, die Veranlassung zu einigen ergänzenden Mitteilungen geben. Nach unserer Kenntnis stellt sich der gegenwärtige Stand der Beratungen wie folgt dar:

Das Zentrum würde bereit sein, der Einführung der Verhältniswahl für das ganze Land, und zwar unter Zugrundelegung der acht bayerischen Kreise als Wahlkreise, zuzustimmen. Es verlangt jedoch vor allem einen Schutz des platten Landes gegen das durch ihr Wachstum bedingte Uebergewicht der großen Städte. Die Parteien der Linken sind nicht abgeneigt, die in dieser Beziehung gewünschte Sicherung zuzubilligen. Dies könnte geschehen, indem aus den fünf größeren Städten, München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Ludwigshafen besondere Wahlkreise gebildet würden, sodaß also Bayern im Ganzen deren 13 zählen würde.

Die Parlamentarisierung denkt man sich in der Form der Aufnahme von etwa fünf Ministern ohne Portefeuille aus den Reihen der Abgeordneten in die Regierung, und zwar nach Maßgabe der Parteistärke. Es käme demnach für die Dauer der Kriegszeit zunächst ein Konzentrationsministerium in Frage, und erst die später auf Grund eines geläuterten Wahlrechts erfolgten Wahlen würden über die zukünftige Zusammensetzung einer Regierung im Sinne des reinen Parlamentarisierungsgedankens entscheiden.

Was die Reform der Reichsratskammer anlangt, so wird man sich voraussichtlich im wesentlichen nach den Vorschlägen der Regierung mit der Vermehrung der Sitze durch etwa 30 Vertreter der verschiedenen Städte einverstanden erklären, deren Aufnahme auf Grund von Präsentation durch die Korporationen und formaler Ernennung durch den König zu erfolgen hätte. Es verdient jedoch wiederholt betont zu werden, daß alle diese Punkte zunächst nichts weiter als die Grundlage von Verhandlungen darstellen, deren Verlauf durchaus noch nicht feststeht, und deren Abschluß kaum vor Mitte der Woche zu erwarten ist.

Forderungen der württembergischen Sozialdemokraten.

w Stuttgart, 21. Oktbr. (Priv.-Tel.) Eine von der Sozialdemokratie einberufene Massenversammlung nahm eine Entschließung an, in der es heißt, sie erblicke in der neuen parlamentarischen Reichsregierung den ersten entscheidenden Schritt zur Umwandlung des alten junkerlich-bürokratischen Obrigkeitsstaates zum demokratischen Volksstaat und zur Anbahnung des Sozialismus, der allein die Möglichkeit gewähren werde, dem deutschen Volk nach diesem Krieg erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Von der Regierung erwarte sie die rasche und sichere Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung eines demokratischen Weltfriedens und verlange strenge Zurrechenschaftziehung der Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern gebracht hätten und damit verantwortlich seien für die Opfer und Leben, die während und nach dem Kriege zu tragen seien. Die Versammlung forderte weiter die Fortsetzung der demokratischen Erneuerung Deutschlands und für Württemberg die Aufhebung der Ersten Kammer, die Einführung der allgemeinen Verhältniswahl für alle volljährigen Staatsangehörigen und die Errichtung eines verantwortlichen Ministeriums aus den gewählten Vertrauensmännern des Volkes.

*

Berlin, 21. Oktbr. (W. B.) Der Kaiser empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers die neu ernannten Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Erzberger, Haußmann, Trimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Giesberts, Robert Schmidt und Dr. August Müller.

Das Schicksal Oesterreichs.

G Wien, 21. Oktbr. (Priv.-Tel.) Man kann es hier nicht verhehlen, daß man durch die Note Wilsons peinlich überrascht worden ist, nachdem man über die Grundzüge derselben schon längst anders und gut unterrichtet zu sein glaubte. Es war bekannt geworden, daß Präsident Wilson sich mit der bloßen Autonomie der österreichischen Völker nicht mehr zufrieden geben würde, doch hoffte man, daß man seinen Wünschen geschickt entgegenkomme, indem man über die Autonomie hinaus durch das Manifest den Völkern die vollständige freie Verfügung über ihr künftiges Schicksal und selbst über ihre Zugehörigkeit zur Monarchie überließ. (Nun erklärt sich auch nachträglich die Preisgabe des österreichischen Zusammenhanges in der Rede Hussareks, die man für eine rednerische Entgleisung halten mußte.) Mit einem hatte man hier bestimmt nicht gerechnet: Daß Präsident Wilson unberührt durch alles Entgegenkommen dem tschecho-slowakischen Nationalität und den südslawischen Rebellen eine Blankovollmacht zur Verfügung über Oesterreich-Ungarns Schicksal ausstellen würde. Es liegt darin ein solcher Siegerhochmut und eine gewollte Demütigung der besiegten reichstreuen Völker und vor allem der Dynastie, daß man annehmen sollte, es würde ein Aufflammen der Entrüstung bei allen noch nicht vom Staat Abgefallenen sich erheben. Aber dem ist nicht so.

Man scheint sich in Oesterreich-Ungarn mit dem Gedanken der bedingungslosen Kapitulation schon vertraut gemacht zu haben. Außerdem sieht die Reichshauptstadt unter dem Druck der Aushungerung. So wird also, wie immer die Dinge laufen, mit der baldigen Unterwerfung Oesterreich-Ungarns zu rechnen sein. Die Tschechen haben von ihrer Vollmacht schon den Gebrauch gemacht, daß sie ihre vollständige Unabhängigkeit und ihren souveränen Staat auf historischer staatsrechtlicher Grundlage proklamierten. Damit ist natürlich gar nichts getan, denn ob sich die Deutsch-Böhmen fügen werden, steht noch dahin. Freilich, die Nationalversammlung der Deutschen, die heute Nachmittag zusammentritt, wird gemäßigte Beschlüsse fassen, die insbesondere den Anschluß an das Deutsche Reich nicht einschließen. Dafür dürfte die Rücksicht auf die besondere Lage des Deutschen Reiches in den Friedensverhandlungen maßgebend gewesen sein. Jedenfalls entsteht Deutsch-Oesterreich und was in Zukunft daraus wird, braucht jetzt noch nicht erörtert zu werden. Oesterreich hat soweit aufgehört, daß man nur sagen kann, es wirken die Behörden noch kraft des Gesetzes der Trägheit, soweit man nicht den Gehorsam einfach verweigert.

*

b Budapest, 21. Oktbr. (Priv.-Tel.) Der südslawische Nationalrat veröffentlicht nach einer Agramer Meldung ein Manifest, in welchem auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes die Schaffung eines einheitlichen selbständigen südslawischen Nationalstaates auf allen Territorien, wo Slowenen, Kroaten und Serben wohnen, ohne Rücksicht auf staatliche oder provinziale Grenzen, lediglich unter Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit, gefordert wird. Der südslawische Nationalrat erklärt die in dem kaiserlichen Manifest niedergelegten Grundzüge als nicht befriedigend, nimmt die in diesem Manifest zugebilligte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht zur Kenntnis und lehnt auch alle zukünftigen wie immer gearteten von ungarischer Seite kommenden [illegible] von vornherein ab.

Die neue Antwort Wilsons.

Wir bringen nachstehende Wiedergabe der Note Wilsons, deren Wortlaut es nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß bei der Uebermittlung oder Uebersetzung einzelne Wendungen unklar wiedergegeben worden sind.

Haag, 24. Oktober.

Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau.

Das Auswärtige Amt in Washington hat folgendes veröffentlicht:

Vom Staatssekretär an den Geschäftsträger der Schweiz, ad interim mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt:

Auswärtiges Amt, den 23. Oktober 1918.

Mein Herr!

Unter Verücksichtigung der von Ihnen übermittelten Note der deutschen Regierung vom 20. Oktober beehre ich mich, Sie zu benachrichtigen, daß der Herr Präsident mich beauftragt hat, folgendes darauf zu antworten:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und deutliche Erklärung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie rückhaltlos die Vorbedingungen für den Frieden annimmt, welche er in seiner Botschaft vom 8. Januar 1918 an den Kongreß der Vereinigten Staaten niedergelegt hat sowie die Grundsätze einer Friedensregelung, welche in seinen folgenden Botschaften und namentlich in der vom 27. September verkündet wurden; daß die deutsche Regierung wünscht, über die einzuleitenden Schritte und deren Anwendung Besprechungen zu eröffnen und daß dieser Wunsch und dieses Ziel nicht seitens derjenigen ausgesprochen wurde, die bisher Deutschland Politik diktierten und im Namen Deutschlands den gegenwärtigen Krieg führten, sondern seitens eines Ministeriums, das für die Mehrheit des Reichstags und für eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht; nachdem weiter der Präsident gleichfalls das weitere Versprechen der deutschen Regierung erhalten hat, daß die Gesetze der Menschlichkeit und der zivilisierten Welt sowohl zu Wasser wie zu Lande durch die deutschen Streitkräfte beachtet werden, empfindet der Präsident, daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet sind, mit der Frage eines Waffenstillstandes näherzutreten.

Er hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzutragen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen. Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden, den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlage übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angedeuteten Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren würde und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bilden, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion erspießt.

Der Präsident fühlt, daß es nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderung zu sein scheint, von denen der deutsche Staatssekretär des Aeußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so scheint es (hier fehlen zwei Worte, wahrscheinlich: doch nicht), daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein würden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen worden ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind, aber der gegenwärtige Krieg war es nicht, und es handelt sich um den gegenwärtigen Krieg, mit dem wir es jetzt zu tun haben. Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen; daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhänge, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte die als schroff gelten können, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und abermals zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten, als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Falls die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt verhandeln muß mit den militärischen Meistern und mit den monarchistischen Autokraten Deutschlands, oder falls es wahrscheinlich ist, daß sie später hinsichtlich der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches mit diesen zu verhandeln haben wird, so muß sie nicht Friedensverhandlungen sondern Uebergabe verlangen. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung

gez.: Lansing.

Frankfurter Zeitung 22/X. 1918. 38

Wilson und Oesterreich-Ungarn.

Neutrale Urteile.

t Haag, 21. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die Wilsonsche Antwort an Oesterreich hat in Holland, soweit bis jetzt Presseäußerungen vorliegen, eine begreifliche Bestürzung hervorgerufen. Das Haager „Vaderland" sagt in einer Extraausgabe, daß Wilson sein anfänglich gegebenes Wort zurücknehme, nachdem seine Antwort an Deutschland mit allen ihren Bedingungen in Kraft bleibe. „Welche Sicherheit", so fragt das „Vaderland", „hat nun Deutschland und Oesterreich, daß die anderen Bedingungen, auf Grund deren man sich bereit erklärt hatte, Frieden zu schließen, noch gelten. Wilson kann ja bei jeder Einzelbedingung behaupten, daß sich die Umstände geändert hätten." — Der „Haager Nieuwe Courant" erklärt gleichfalls in einer Extraausgabe, „Der Rechtsgedanke kommt bei diesem Idealisten Wilson) ins Gedränge gegenüber den Bestrafungs- und Rache-Ideen der Befürworter einer absoluten Vernachtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, deren armselige Ueberreste dann durch einen Völkerbund unterdrückt werden sollen. In Wirklichkeit bedeutet es, daß ganz Mitteleuropa in einen riesigen Balkan umgewandelt wird und daß dien eutral gebliebenen Nachbarn das ganze Elend dieses Zustandes zu erwarten haben."

dt Bern, 21. Oktbr. (Priv.-Tel.) Zur Antwort Wilsons an Oesterreich schreibt die Genfer „Feuille": „Wir nehmen ihre 14 Punkte an. — Ohne Einschränkung? — Ohne Einschränkung. — Gut, abr ich nehme sie nicht mehr an." Das ist der verstimmende Ausgang, den der Schiedsrichter ebr Welt sich nicht scheut, der Unterredung zwischen ihm und seinen Feinden zu geben. Was werden wir morgen, was übermorgen erfahren? Man muß sich klar machen: Die Grundsätze, auf die Wilson sich beruft, sind nur Fassade oder vielmehr, es sind nicht strenge Rechtsgrundsätze, sondern Kapitulationen, die je nach den Kriegsnotwendigkeiten hin- und herschwanken und deren einziger Zweck zu sein scheint, diese zu rechtfertigen. Darum beschmutzen sie sich selbst, wenn sie an sich unwiderlegbar sind wie das Selbstbestimmungsrecht, durch die unvollständige und widerspruchsvolle Anwendung, die man je nach den Interessen des Augenblicks ausübt, mit Sophismn; sonst wäre es unmöglich, sich das Stillschweigen zu erklären, das über die Bestrebungen der der Entente unterworfenen Völker bewahrt wird, deren Dasein überhaupt auf Grund der Wiedergutmachung des Unrechts vergessen zu sein scheint. Seine Antworten an die Mittelmächte erscheinen demzufolge nicht als Friedens-, sondern als Kriegshandlungen. Der Präsident nimmt überdies die Erklärung der Ansicht einiger Politiker für den authentischen Ausdruck des Willens der Nationen, für die er sich interessiert; von Volksabstimmung ist dabei keine Rede."

Der „Bund" bemerkt, die Antwort Wilsons sei ganz im Sinne der Ausführungen der Ententepresse gehalten. Es werde in Anbetracht der Grenzen, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Völkermischung schwer sein, einen einheitlichen Slawenstaat zu bilden. Was die verschiedenen Stämme am meisten zusammenhalte, seien die wirtschaftlichen Vorteile und Notwendigkeiten.

Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt: „Obwohl die sonst nichts verschweigenden tschechischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat bis jetzt eine Erklärung vermieden habe, ist es doch Tatsache, daß in Böhmen eine große republikanische Strömung besteht. Die österreichisch-ungarische Regierung sieht sich somit durch die Antwort Wilsons vor noch größere Schwierigkeiten gestellt.

Die tschecho-slowakische Nation.

Wien, 20. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die Blätter melden aus Prag: Gestern tagte unter dem Vorsitz von Kramarsch der tschechische Nationalausschuß und der tschechische Abgeordnetenverband Die Beratungen waren vertraulich Es wurde eine Resolution gefaßt, worin sich der Nationalausschuß für die Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Instanzen und für den Schutz der Slowaken aussprach

Die gestern Abend wieder neu erschienenen „Narodny Listi" schreiben über die Beratungen: „In erster Linie wurden neuerdings und bestimmt die Ziele der tschecho-slowakischen Nation, welche einzig und allein in einem mit den polnischen und südslawischen Staaten verbündeten und selbständigen tschecho-slowakischen Staate gipfeln, festgelegt. Es wurde klar ausgesprochen, daß die Grundlage des tschecho-slowakischen Staates nicht durch Abtretung von Teilen seines historischen Landes gestört werden könne. Auch solle der tschecho-slowakische Staat in weitestem Sinne demokratisch sein, welcher grundsätzlich der Begriff voller Gerechtigkeit gegenüber allen Bewohnern dieses Staates ohne Unterschied der Nationalität in sich begriffe. Der Nationalausschuß und mit ihm ausnahmslos das ganze tschechische Volk verharren unverbrüchlich auf dem Standpunkte, daß es mit Wien für die tschecho-slowakische Nation keinerlei Verhandlungen über ihre Zukunft gebe. Die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Oesterreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst werden.

Berliner Lokalanzeiger 22./X. 1918.

Eine neutrale Stimme.

Telegraphische Meldung.

Haag, 20. Oktober. Eine Extraausgabe des Nieuwe Courant vertritt die Ansicht, daß Wilson bei Abfassung der Note an Oesterreich unter dem Druck seiner Bundesgenossen und der öffentlichen Meinung Amerikas handelte. Doch ließe sich seine Antwort wohl in Uebereinstimmung mit dem Manifest Kaiser Karls bringen; bis auf Ungarn mit seinen Slowaken. Es werde deutlich, daß Wilson die bedingungslose Uebergabe der Zentralmächte erstrebe im Gegensatz zum früheren Rechtsfrieden. Aus solchem Zustand würden die Neutralen nur Elend zu erwarten haben. Es sei begreiflich, daß Dänemark für sich die Schleswigzone retten wolle und daß nun Deutschland fürchte, Holland würde Aehnliches verlangen. Das sei natürlich ausgeschlossen. Für einen Gebietsraub auf Kosten eines Nachbarstaates würde die Regierung keine Mehrheit finden. Zum schnellen Frieden werde es jetzt nur kommen, wenn Deutschland und Oesterreich militärisch und ökonomisch à bout de leurs forces seien. Wilsons Antwort habe die Deutschen so gekränkt, daß sie zum äußersten entschlossen seien und auch die Minderheitssozialisten einen schmachvoll auferlegten Frieden abwehren wollen. Nieuwe Courant schließt wörtlich: Nimmt daraus die deutsche Regierung die Kraft zu einer Haltung ohne Unsicherheit, dann besteht noch einige Hoffnung auf Vermeidung eines Vernichtungsfriedens, der die europäische Atmosphäre Geschlechter hindurch unsicher machen würde.

Berliner Lokalanzeiger 22./X. 1918.

„Niemand wünscht eine Verständigung."

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

1. **Rotterdam**, 21. Oktober. Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London: Der Korrespondent des Daily Chronicle in Washington, der mit den Ansichten des Präsidenten sehr genau vertraut sein soll, drahtet folgendes: Niemand in den Vereinigten Staaten, mit dem ich gesprochen habe, wünscht eine Verständigung oder würde sich mit weniger zufrieden geben, als mit einer militärischen Entscheidung, welche die Militärgewalt Deutschlands bricht. Aber zu gleicher Zeit hegt man Besorgnis über die chauvinistische öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten, welche glaubt, daß brutale Kraft allein genügen wird, den Krieg zu einer baldigen Entscheidung zu bringen. Dies könnte für den moralischen Standpunkt der Vereinigten Staaten weit gefährlicher als irgendein anderer Faktor sein. Die amerikanische Regierung tut ihr möglichstes, um die moralischen Kräfte mit der physischen Gewalt zusammenwirken zu lassen. Weiter meint man, daß, wenn man auch gern wünschte, daß die Bewegung der deutschen Sozialdemokratie siegte, man doch hoffe, daß durch den Bolschewismus Deutschland nicht in ein Chaos gestürzt wird. — Oberst Repington schreibt in der Morning Post: Wir freuen uns alle, daß die Weisheit unserer Diplomatie unsere Freundschaft mit Holland trotz der vielen ernsten Fragen, welche sich natürlich aus den harten Tatsachen ergeben, unberührt gelassen hat. Aber die Vorsicht der holländischen Regierung würde nicht aus den Augen lassen, daß während des Rückzuges der deutschen Armee noch manche schwierige Frage entstehen könne. Es können Kämpfe und Schlachten an der holländischen Grenze geliefert werden, und die holländische Armee müsse dann stark genug sein, um die deutschen Truppen, welche versuchen wollten, die Grenze zu überschreiten, zu entwaffnen. Die Lage von Mastricht und der Eisenbahnen, welche dort zusammenlaufen, erfordere große Aufmerksamkeit,

Vossische Zeitung 22./X. 1918.

Die Dobrudscha-Frage.

Drahtmeldung.

Bukarest, 20. Oktober.

Auf eine Anfrage des ententefreundlichen Deputierten Cuza in der Dobrudschafrage (über die Stellungnahme der Vereinigten Staaten und Frankreichs zu der Dobrudschafrage ist in der „Vossischen Zeitung" vom 21. Oktober abends ausführlich berichtet worden) erwiderte Ministerpräsident Marghiloman: „Während die Räumung der besetzten griechischen und serbischen Gebiete sofort erfolgte, wurden die besetzten Gebiete Rumäniens von der bulgarischen Armee nicht geräumt. Cuza sagt uns, daß wir ruhig sein dürfen, weil in einer Verlautbarung, deren amtlichen Charakter ich nicht kenne, der Presse mitgeteilt wird, daß die Entente entschiedene und beruhigende Erklärungen für Rumänien gegeben habe. Ich bestreite nicht, daß der hiesige englische oder französische Gesandte bereit ist, zu versichern, daß Rumänien in der Dobrudscha nicht geschädigt werden wird, weil sie dies im guten Glauben wünschen. Ihre Regierungen aber sprechen nicht. Sollte der französische Gesandte im Namen seiner Regierung erklären, daß Rumänien bei der Revision des Friedens die ganze Dobrudscha erhalten werde, so würde ich selbstverständlich eine solche Erklärung mit Dank entgegennehmen, solange dies aber nicht geschehen ist, müssen wir kaltes Blut bewahren. Cuza behauptet, daß seine und seiner Freunde Politik in kurzem über unsere Politik den Sieg davontragen werde. Ich stelle an Cuza und an das ganze Land folgende Frage: Wenn man auf uns gehört hätte, wenn wir uns nicht in diesen unglücklichen Krieg gestürzt hätten, insbesondere nicht in jenem Augenblick, den nur eine unbesonnene Direktive wählen konnte, und in dem wir nichts anderes darstellten als eine weitere Schaufel Kohlen, die man in die Glut warf, damit das Feuer nicht erlösche, wo würden wir heute sein? Welche Rolle würde unser Land spielen, das vor allem erlittenen Unglück bewahrt geblieben wäre, das heute seine vollständige Armee und den reichsten Staatsschatz in Europa hätte. Welches war die gute Politik, diejenige, die gemacht wurde, oder diejenige, die wir anempfohlen? Ich hoffe, daß man unsere Mahnungen befolgen wird, und daß uns alle ohne Unterschied unterstützen werden, damit wir im Besitz unseres ganzen früheren und um Beßarabien vermehrten Gebietes bleiben." Die Ausführungen Marghilomans wurden in der Kammer mit lang anhaltendem, stürmischem Beifall aufgenommen.

Wie ferner gemeldet wird, hielt Bratianu im liberalen Klub zu Jassy dieser Tage eine Rede über die politische Lage, in der er erklärte, daß gegenwärtig der geeignetste Augenblick zur Ergreifung der öffentlichen Macht für die liberale Partei gekommen sei. Unbedingt notwendig sei es aber, bevor ein Kabinett der Liberalen gebildet werde, die gegenwärtig im Gange befindlichen Prozesse niederzuschlagen. Um den Boden für die liberale Regierung vorzubereiten, bedürfe es einer aus Beamten bestehenden Uebergangsregierung unter der Führung einer Persönlichkeit, die außerhalb des Parteilebens stehe. Bratianu meinte den ehemaligen rumänischen Gesandten in London, Mischu. Diese Persönlichkeit müsse sich unter ihrem direkten Einfluß befinden. Die erste Aufgabe dieser Regierung werde die Niederschlagung der Prozesse gegen sie sein, sodann werden sie die Macht wieder übernehmen können.

Vossische Zeitung 22./X. 1918.

Die ukrainische Ministerkrisis.

Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters.

* Kiew, 20. Oktober.

Die angekündigte Ministerkrisis in der Ukraine ist nunmehr, wie bereits kurz gemeldet, eingetreten. Gestern nachmittag überreichte das gesamte Kabinett Lisogub dem Hetman sein Demissionsgesuch. Der Hetman erteilte darauf Herrn Lisogub aufs neue den Auftrag, eine Regierung zu bilden. Der Ministerpräsident nahm den Auftrag an und bleibt also, wie wir schon als wahrscheinlich mitgeteilt haben, im Amt. Dagegen werden mehrere andere Aemter ihren Inhaber wechseln. Die bereits genannten sozialföderalistischen Politiker treten als Angehörige des Ukrainischen Nationalbundes in die Regierung ein. Steönitzky wird Unterrichtsminister für Wassilenko, Slovinsky Arbeitsminister für Wagner, Lotozky Kultusminister für Senkowski, und Tschekalenko Landwirtschaftsminister für Kolokozow. Im Handelsministerium tritt der bisherige Minister Hutnik zurück und wird durch seinen Gehilfen, Borodnjewski ersetzt.

Sonderbar ist die Lage im Ministerium des Innern. Der bisherige Minister Kistjakowski ist zwar allenthalben als ein in seiner Art tüchtiger und energischer Mann geschätzt. Dagegen hat er sich durch die rücksichtslose Führung der Polizeigewalt, durch harte und oft willkürlich erscheinende Verhaftungen, die allzusehr nach zaristischen Gewohnheiten schmeckten, in den demokratischen Kreisen so verhaßt gemacht, daß er unmöglich bleiben konnte. Die Frage nach seinem Ersatz konnte jedoch noch nicht gelöst werden. Die Persönlichkeiten, die der Nationalbund vorschlug, fanden nicht die Zustimmung der Regierung, deren Kandidaten wieder vom Nationalbund abgelehnt wurden. So kam man schließlich zu dem merkwürdigen Ausweg, den Posten vorläufig unbesetzt zu lassen und die Verwaltung des Ressorts zwischen zwei Gehilfen, also Unterstaatssekretären, aufzuteilen, von denen einer durch die Regierung, einer durch den Nationalbund gestellt wird.

Von den alten Ministern bleibt trotz diesen Veränderungen noch eine ganze Reihe im Amte, so der Außenminister Doroschenko, der Finanzminister Rjepezki, der Kriegsminister Rogoß, der Justizminister Romanow, der Verpflegungsminister Gerbel u. a., darunter mehrere, die die bereits mitgeteilte, eine gewisse verhüllte Ententeneigung bekundende Erklärung (vgl. „Vossische Zeitung" vom 21. Okt. morg.) unterschrieben haben. Die Zusammensetzung der Regierung stellt demnach ein Kompromiß dar, aber wenn das neue Ministerium sich arbeitskräftig erweist, so würde das nichts schaden, vielmehr im Gegenteil zu einem Ausgleich der in der Ukraine vorhandenen Strömungen und Interessen führen können. Die gesetzgeberische Vorbereitung des ukrainischen Parlaments, die Ausgestaltung der Wehrmacht und die Agrarreform gehören zu den ersten Aufgaben, die der Lösung harren.

Auch in der Krim ist die lange schon schwebende Ministerkrise nunmehr akut geworden. Die Regierung Solkjewitsch ist von den Geschäften zurückgetreten. Als Nachfolger Sulkjewitschs war Salomon Koyen, ein angesehener Karsime, in Aussicht genommen, den namentlich die deutschen Kolonisten und Tataren gern an der Spitze der Regierung gesehen hätten. Koyen hat jedoch mit Entschiedenheit abgelehnt. Nun soll der Gouvernements-Semstwo, der aus den soeben abgeschlossenen Wahlen zu den Stadt- und Kreissemstwos hervorgeht, die neue Regierung bilden, die sich auch in der Krim stärker als bisher auf breite Volksschichten stützen soll.

Dr. Max Osborn, Kriegsberichterstatter.

* * *

Österr. Volkszeitung 22/X. 1918

Die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn.

Kronrat und gemeinsamer Ministerrat.

Die Beratungen über die Antwort Oesterreich-Ungarns an Wilson haben bereits begonnen. Nach erneuerten Konferenzen des Grafen Burian mit den Ministerpräsidenten in einer gemeinsamen Ministerbesprechung hat gestern unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat stattgefunden, an dem die gemeinsamen Minister, die beiden Ministerpräsidenten und der Chef des Generalstabes Freiherr v. Arz teilgenommen haben. Es ist noch nicht bekannt, wann die Antwort an Wilson fertiggestellt wird, doch besteht die Absicht, sie nach Tunlichkeit zu beschleunigen. Der Kaiser hat gestern den Grafen Julius Andrassy, der nach seiner Rückkehr aus Bern nach Wien Unterredungen mit dem Grafen Burian gehabt hat, in Audienz empfangen.

Die Ueberreichung der Note in Wien.

Der schwedische Gesandte in Wien hat gestern im Ministerium des Aeußern die Antwort der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Note der österreichisch-ungarischen Regierung vom 4. d. überreicht. Der Wortlaut dieser Antwort stimmt, abgesehen von der nachstehenden Berichtigung eines Fehlers bei der telegraphischen Uebermittlung des englischen Textes, mit jenem überein, welcher auf Grund einer Reutermeldung vom 19. d. veröffentlicht worden ist. Im ersten Satz des zweiten Absatzes der Antwortnote des Staatsdepartements der Vereinigten Staaten hat es statt „Kompetenz“ richtig „Haltung“ zu heißen.

Bevorstehende entgegenkommende Antwort.

Wie man uns von maßgebender Seite mitteilt, wird auf Wilsons Note von unserer Regierung raschestens eine Antwort erfolgen, in der der Präsident in freundschaftlicher Weise aufmerksam gemacht werden wird, daß er über unsere Verhältnisse nicht genau orientiert ist. Wenn man sich auch nicht verhehlt, daß die Antwort des amerikanischen Präsidenten große Enttäuschung und lebhaftes Befremden hervorzurufen geeignet ist, weil sie auf unser Friedensanbot gar nicht eingeht, sondern ganz abseits gelegene Fragen berührt, so ist sie doch so gehalten, daß sie weitere Verhandlungen ermöglicht.

Man verweist in Wiens unterrichteten Kreisen auf gewisse politische und sachliche Widersprüche der Note Wilsons mit seiner bisherigen Haltung. Die Note enthält auch einen Gegensatz zu dem Beschlusse des tschechischen Nationalrates in Prag. In Wien müsse man als Vertretung des tschechischen Volkes den Narodny Vybor ansehen und nicht den Nationalrat in Paris, welcher nur die tschechoslowakische Legion vertrete. Zudem habe erst am Samstag der Narodny Vybor in Prag sich als die einzige Vertretung des tschechischen Volkes erklärt. Mit Masaryk in Paris werde nicht verhandelt werden. Es bestehe ferner kein Grund, die Frage, welche im Innern der Monarchie zwischen den Völkern selbst ausgetragen werden muß, in Verbindung mit der Frage des Waffenstillstandes zu bringen, da naturgemäß der Ausbau des Staatenbundes einige Zeit erfordere, während der rasche Abschluß des Waffenstillstandes eine allen Völkern Oesterreichs gleich nahegehende Frage sei. In diesem Sinne werde die Regierung antworten, daß der von Wilson geforderte Ausbau des Völkerstaates bereits in vollem Flusse sei und daher kein Grund zur Verzögerung des Waffenstillstandes von seiten Wilsons vorliegen könne.

Masaryk der Anreger der Wilsonnote?

In unterrichteten Kreisen hält man dafür, daß Masaryk, der Präsident des Tschechoslowakischen Nationalrates in Paris, Absendung und Inhalt der vorliegenden Wilsonnote beeinflußt habe. Der Pariser Nationalrat sah scheinbar eine Gefahr für sich, bei der Regelung der nationalen Verhältnisse in Oesterreich durch eine in Böhmen selbstgebildete Instanz übergangen zu werden. Dieser Gefahr sollte durch die Feststellungen Wilsons begegnet werden.

Die Auffassung in Ungarn.

Budapest, 21. Oktober. (Privat.) Wilsons Antwort an die Monarchie wird in Ungarn mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Die meisten Politiker erklärten, daß auf Basis der Wilsonschen Vorschläge Verhandlungen überhaupt nicht möglich erscheinen. Man hält es für unwahrscheinlich, daß dies das letzte Wort Wilsons sein werde, zumal er auf Grund durchaus falscher und tendenziöser Informationen seine Bedingungen an die Monarchie stellte. Die Wilsonnote klärt die Situation nicht, im Gegenteil, sie wirft eine Reihe neuer Probleme auf, denen man wie einem Rätsel gegenübersteht.

In Budapest haben die hier lebenden slowakischen Bürger gestern eine Versammlung abgehalten, in welcher gegen die Einmengung der Tschechen in die Angelegenheiten der ungarländischen Slowaken Protest erhoben worden ist. Es wurde ferner beschlossen, unter dem Namen „Bruderverband der Völker Ungarns“ eine Vereinigung zu gründen und Volksversammlungen abzuhalten, in welchen für eine Verständigung der Slowaken und Ungarn Stellung genommen werden soll. — In Temesvar fand eine Versammlung der in Südungarn wohnenden Schwaben statt, in welcher ausgesprochen wurde, daß die Schwaben unbedingt an der vollständigen Gebietsunversehrtheit Ungarns festhalten, dessen Grenzen durch die Natur vorgezeichnet sind.

Der Eindruck in Berlin.

Berlin, 21. Oktober. Die Blätter bezeichnen die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn als ein Ereignis, dessen Tragweite vorläufig kaum zu übersehen ist.

Man rechnet damit, daß Wilsons mit Konsequenz vertretene Ideen der restlosen Selbstbestimmung der Nationen nichts anderes im Auge haben als den Zerfall Oesterreichs.

Ueber das Schicksal Ungarns, das sich durch die Loslösung Oesterreichs zu entziehen glaubte, dürfte ebenfalls kein Zweifel mehr bestehen.

Man nimmt an, daß den Deutschösterreichern nunmehr gar kein anderer Weg übrig bleiben wird, als der Anschluß an das Deutsche Reich.

Arbeiterzeitung
22./X. 1918

Auch den Kronprinzen nicht!

Die „Fränkische Tagespost" schreibt (19. Oktober):

Wenn die Verfassungsgrundlagen nicht aufs äußerste erschüttert wären, müßte man nach dem Rücktritt Wilhelms II., der allgemein als selbstverständlich angenommen wird, die Thronbesteigung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm als Wilhelm III. in Preußen erwarten und damit annehmen, daß er auch der künftige deutsche Kaiser sein werde. Aber wenn man mit dem Rücktritt Wilhelms II. rechnet, so erscheint die Thronbesteigung seines Sohnes zwar nicht gerade als eine Unmöglichkeit — denn unmöglich ist ja bei uns nichts —, aber doch als ein politischer Fehler, der heute weniger denn je gewagt werden sollte.

Auch der Kronprinz ist, wie sein Vater, ein sehr temperamentvoller Herr, der sich mehr durch plötzliche Stimmungen und rasche Eingebungen wie durch unverantwortliche Ratgeber zu oft auffallenden Aeußerungen bewegen ließ. Oft vermißte man den nüchternen Verstand, ruhige und gründliche Ueberlegung und die verantwortlichen Ratgeber. In der letzten Zeit vor dem Kriege haben die Aeußerungen des Kronprinzen noch mehr peinliches Aufsehen hervorgerufen als die Reden des Kaisers.

Es gibt noch immer Leute in Deutschland, für die auch in der gegenwärtigen überaus schwierigen und verwickelten Lage das monarchische Erbrecht wichtiger erscheint als die Ueberlegung, daß heute an die Spitze des Reiches nur ein Mann gehört, der weiten Blick und kräftigen Entschluß mit strengstem und stets wachem Verantwortlichkeitsgefühl verknüpft. Als Oberhaupt des Reiches ist der beste, der tüchtigste, der ernsteste Mann am Platze, der sich in jedem Augenblick der Verantwortlichkeit vor seinem Volke bewußt ist. Nicht das ist das Wichtigste, daß der, der an die Spitze des Reiches gestellt wird, aus der Familie Hohenzollern oder einer gleichwertigen stammt. Zum Heil des Volkes und zur Rettung Deutschlands ist es notwendig, daß man die Voraussetzung der Abstammung als durchaus gleichgültig empfindet. Aber da man doch mit der Möglichkeit rechnen muß, daß selbst in diesen harten Stunden das Prinzip der Erbmonarchie als wichtiger empfunden werden könnte als die Notwendigkeit, den tüchtigsten und besten Mann an die Spitze des Reiches zu stellen, so wollen wir einiges, was die Persönlichkeit des Kronprinzen beleuchtet, hier in Erinnerung bringen.

Der Kronprinz hat sich bekannt gemacht durch das Vorwort zu dem Werke „Deutschland in Waffen", das vierzehn Monate vor Kriegsausbruch erschien. Aus diesem Vorwort sei ein Absatz angeführt:

> Wir leben heutzutage freilich in einer Zeit, die mit besonderer Genugtuung die stolze Höhe ihrer Kultur betont, die nur zu gern sich ihres internationalen Weltbürgertums rühmt und sich in schwärmerischen Träumen von der Möglichkeit eines ewigen Weltfriedens gefällt. Diese Lebensauffassung ist undeutsch und steht uns nicht an. Der Deutsche, der sein Volk liebt, der an die Größe und Zukunft der Heimat glaubt und ihr Ansehen nimmer gemindert wissen will, darf sich nicht in trügen Schlaf singen lassen von dem Friedenswiegenlied der Utopisten.

Kronprinz Wilhelm hat in die Reichspolitik mehrmals einzugreifen gesucht, was zu Konflikten mit seinem Vater und mit dem Reichskanzler Bethmann Hollweg führte. Sein Leibjournalist war der Alldeutsche Liman, der auch eine begeisterte Biographie des Thronfolgers verfaßte. Das Leibblatt des Kronprinzen waren die extrem alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten", von denen man auch annimmt, daß der Kronprinz selbst an ihnen mitgearbeitet, ihnen jedenfalls Informationen erteilt habe. Ueber seine Auffassung der militärischen Pflichten hat man mancherlei gehört: einerseits Reden in den höchsten Tönen über die schönsten Jahre, die er bei der Truppe verlebt habe und andererseits die Behauptung, daß er sich eigentlich sehr wenig um den militärischen Dienst gekümmert habe, weil er häufig vom Standort seiner Truppe abwesend war. Aus seinem Regimentsbefehl bei seiner gar plötzlichen Versetzung von Danzig nach Berlin schrieb er:

> ...Es wird mir verflucht schwer, das Herz will mir brechen, daß ich nun nicht mehr an Eurer Spitze durchs Leben reiten soll ... Wenn einmal der König ruft und das Signal „Marsch, marsch!" wird geblasen, so denkt an den, dessen sehnlichster Wunsch es stets war, diesen Augenblick des höchsten soldatischen Glücks an Eurer Seite miterleben zu dürfen.

Als die ganze Welt durch die Uebergriffe des Obersten v. Reuter und seiner Offiziere in Zabern aufgeregt wurde, telegraphierte der Kronprinz an den General v. Daimling: Immer feste drauf. Friedrich Wilhelm, Kronprinz. Und eine zweite Depesche lautete kurz: Bravo! Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Daß der Kronprinz die weitere Aufführung des Gerhart Hauptmannschen Festspiels für die Hundertjahrfeier der Befreiungskriege in Breslau durch seinen Tadel verhinderte, indem er es ein Drahtpuppenspiel nannte, daß seine Rektoratsrede an der Königsberger Universität nur bei alldeutschen Studenten Beifall fand, daß er vor dem Kriege in der Hofloge des Reichstages gegen den Reichskanzler demonstrierte, weil dieser nicht so mit dem Säbel rasselte, wie es die Alldeutschen wünschten, daß er sich dem Sport mit etwas allzu großem Eifer hingab, daß er ein Sechstagrennen mit seinem Besuch beehrte, und andere ähnliche wichtige Ereignisse seien aus seinem Leben erwähnt.

Ueber den Kronprinzen in der Zeit seiner Armeeführung erzählt man sich gar manches, doch können wir dies nicht auf die Zuverlässigkeit prüfen. Wir wollen deshalb von dem, was wir hierüber gehört haben, schweigen. Was man von ihm authentisch weiß, genügt zur Feststellung, daß ein freies Volk, das sich sein Oberhaupt selbst zu wählen hat, kaum auf den Gedanken kommen dürfte, sich als höchste Spitze Friedrich Wilhelm, den gegenwärtigen Kronprinzen des Deutschen Reiches, zu erküren. Wir sind nicht gottesgläubig und wir sind nicht kaiserfromm, trotzdem möchten wir diese Betrachtungen mit einem Satze aus einer der letzten Reden Kaiser Wilhelms schließen:

„Gott hat entschieden mit dem deutschen Volke noch etwas vor."

Wilhelm II. an den Zaren.

In der „Münchner Post", 18. Oktober, lesen wir: Das russische Blatt „Iswestia" veröffentlicht auszugsweise einen Brief Kaiser Wilhelms II., den dieser im Jahre 1895 an den russischen Zaren geschrieben hat. Das Schreiben enthält folgende Stelle:

> Mein Reichstag zeigt eine verflucht üble Führung, indem er zwischen den Sozialisten, die von den Juden unterstützt werden, und den ultramontanen Katholiken hin und her schwankt. Meiner Ansicht nach müßten beide Parteien einzeln gehängt werden.

Diese Auslassungen des Kaisers werden in sozialdemokratischen Kreisen keinerlei Ueberraschung hervorrufen. Man weiß hier seit langem, wie der Kaiser denkt, und wundert sich über gar nichts mehr. Wenn nun von gewisser Seite versucht wird, die Veröffentlichung der „Iswestia" als eine Fälschung hinzustellen, indem man von einem „angeblichen Brief Kaiser Wilhelms" redet, so muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß bis zum Beweis des Gegenteils jedermann den Brief für echt halten wird.

Alle Versuche, die Veröffentlichung solcher Dokumente zu unterdrücken, sind um so zweckloser, als der in weitesten Kreisen des deutschen Volkes — und zwar bis hoch in die sogenannten obersten Schichten hinauf — bestehende brennende Wunsch, der Kaiser und sein Sohn mögen durch ihren Rücktritt die Lösung der furchtbaren Krise erleichtern, in der sich Deutschland befindet, gar keiner weiteren Verstärkung mehr fähig ist.

Berner Bund 22./X. 1918.

Maximilian Harden über das, was geschehen muß

Berlin, 20. d. (Wolff) Maximilian Harden sprach gestern vor vielen Tausenden, oft von Beifall und Widerspruch unterbrochen, über das Thema: Was ist und was geschehen muß. Der Redner führte aus: „Wir sind allein, Bulgarien besetzt, das Schicksal der Türkei besiegelt. Auch Oesterreich-Ungarn gab den Kampf auf. Ein grausiger Witz der Weltgeschichte, daß der Krieg, der geführt wurde, um das unhaltbare Oesterreich zu halten, damit endet, daß Oesterreich sich selbst für unhaltbar erklärt. Aber das alles kann uns nicht verängstigen. Verbannen wir alle Vorstellung von Furcht, das deutsche Volk kann niemand vernichten. Mit solchen Reden sollen wir nur graulich gemacht werden. Freilich, schnelle Entschlußfähigkeit ist Not. Die Note Wilsons ist vielleicht taktisch nicht gut abgefaßt, aber an einer Ungeschicklichkeit im Ton darf eine so ernste Sache nicht scheitern. Es gilt die Konsequenzen des Schrittes vom 5. Oktober auf uns zu nehmen. Wenn die Festung nicht mehr zu halten ist, ist's nicht unehrenhaft, wenn der Kommandant die Festung übergibt. Ludendorff hat dem Waffenstillstandsangebot in klarer Erkenntnis der Notwendigkeiten pflichtgemäß zugestimmt und wir müssen jetzt die Konsequenzen ziehen oder erklären, daß wir entschlossen sind, weiterzukämpfen. Niemals kann es eine Schande sein, die Folgen einer Handlung, für die man haftbar ist, auf sich zu nehmen.

Opfer müssen gebracht werden, auch vom deutschen Kaiser. Dies Opfer ist zweifacher Art. Erstens: Er muß sich darauf beschränken, die Verkörperung der Nation zu sein und seinen Nachfolgern jede Möglichkeit versperren, ihr zu schaden. Er darf nicht fürderhin in das Gewühl des Streites um Kunst, Kultur und Politik hinabsteigen. Er erkläre feierlich, sich dem neuen Deutschland einordnen zu wollen als sein erster Bürger. Zweitens muß er das Kreuz auf sich nehmen, den notwendigen Frieden schnell zu schließen. Der militärische Oberbefehlshaber muß angewiesen werden, die feindlichen Heerführer um die Waffenstillstandsbedingungen zu ersuchen. Die Schwere dieses Entschlusses muß der deutsche Kaiser auf sein Haupt nehmen. Es gibt kein anderes Mittel als den völligen Bruch mit den Feinden oder vollste Anerkennung dessen, was ist.

Was sollen wir nun als Antwort auf die Note Wilsons sagen? Zuerst, daß wir damit einverstanden sind, die Waffenstillstandsfrage als militärische Angelegenheit anzusehen, die von den militärischen Instanzen zu bestimmen ist. Der Vorschlag einer gemischten Kommission sei von uns auch deswegen gemacht worden, um festzustellen, inwieweit die feindlichen Beschuldigungen betreffend unnötige Verwüstungen in Frankreich zutreffen. Nur so könnten die Beschuldigungen an nachprüfbaren Tatsachen gemessen werden. In Anerkennung der militärischen Ueberlegenheit des Gegners beabsichtigen wir, die Truppen hinter die heute gültigen Grenzen des Deutschen Reiches zurückzuziehen. In derselben Minute hätte aller Krieg zu Wasser und zu Lande und unter Wasser aufzuhören.

Das deutsche Volk ist in Zukunft fest entschlossen, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die Kriegserklärung bedarf unter allen Umständen der Zustimmung des Reichstags. Das Heer wird auf die Verfassung vereidigt. Mit solchen und ähnlichen Erklärungen würden wir nach der Ansicht des Redners einen Frieden erreichen, der nicht das deutsche Volk unterwirft, sondern der einer großen Menschheitsidee zum Siege verhilft, für den, trotzdem er äußerlich manchen Hoffnungen und Wünschen nicht entsprechen kann, doch kein Tropfen edlen Menschenblutes umsonst geflossen ist.

Ostdeutsche Rundschau
22./X. 1918

53

Wilsons Antwort.

Was Herr Wilson am 8. Jänner d. J. über die Völker Oesterreich-Ungarns gesagt hat, gilt nicht mehr. Damals war von einer Autonomie die Rede. Jetzt wird davon nichts mehr gesprochen. Seither ist nämlich der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem Deutschen sowie dem österreichisch-ungarischen Reiche seitens der Vereinigten Staaten anerkannt worden. Als dies seinerzeit verkündet wurde, glaubte man bei uns im allgemeinen, es handle sich um eine militärische Sache. Jetzt wissen wir, was damals Lloyd George und Wilson mit der Anerkennung der tschechoslowakischen Armee als einem Bestandteil ihrer Armeen sagen wollten. Sie haben damit den tschechoslowakischen Staat als kriegführende Partei anerkannt. Für einen solchen paßt nun allerdings die Autonomie im Sinne des kaiserlichen Manifestes vom 17. Oktober nicht. Wenn ein Staat mit einem anderen Krieg führt, kriegführen kann, dann gehört er doch sicher nicht mehr zu diesem Staate, auch nicht in der losesten Verbindung. So ein Staat hat seine vollste Unabhängigkeit. Man wird doch auch nicht sagen können, daß die Bürger eines solchen Staates sich Untertanen jenes Staates fühlen können, mit dem sie im Kriege stehen. Wilson und Lloyd George haben also durch die Anerkennung der tschechoslowakischen Brigaden nicht bloß die Rechtmäßigkeit des Krieges dieser Brigaden gegen Oesterreich-Ungarn, sondern auch den Kriegszustand zwischen allen in Oesterreich und Ungarn wohnenden Tschecho-Slowaken mit Kramarsch, Klofac, Stanek an der Spitze und dem österreichisch-ungarischen Staate anerkannt. Aus solcher Feststellung allerdings müssen die weitestgehenden Folgerungen gezogen werden. Die Antwort Wilsons gibt nun unseren Tschecho-Slowaken und gleichzeitig auch den Jugoslaven das Recht, selbst zu bestimmen, wie weit ihre Ansprüche gehen, wie sie ihre Rechte auf Selbstbestimmung auffassen.

Die rege drahtlose Verbindung, von der Herr Stanek in seiner letzten Rede im Abgeordnetenhause höhnisch gesprochen hat, hat nun den tschecho-slowakischen Nationalrat in Prag jedenfalls rechtzeitig in Kenntnis der Antwort Wilsons gesetzt. Denn er war früher als die österreichisch-ungarische Regierung in der Lage, sein Sprüchlein zu Wilsons Antwort zu sagen. Der Nationalrat der Tschechen hat sich beeilt zu verkünden, wie er sich zum bisherigen österreichisch-ungarischen Staate stellt. Er verlangt die vollständige staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des tschechischen Vaterlandes. Die Trennung von Oesterreich wird vollständig vollzogen. Es soll keine Gemeinsamkeiten geben, die an das bisherige Verhältnis erinnern könnten. Das ist der Wille der Tschechen, das haben sie übrigens durch ihre Maueranschläge und sonstige Verlautbarungen in der letzten Zeit im Lande Böhmen oft und laut gesagt. Nur wir Deutsche hier in Wien durften es nicht weitersagen. Daran hat uns die bekannte geistreiche Wiener Zensur bisher immer gehindert. Es ist wieder so ein recht gescheiter Auftrag an die Staatsanwälte gegeben worden, der die Anwendung eines bestimmten, den wirklichen Tatsachen entsprechenden Wortes verhindern soll. Die Tatsache selbst ist damit nicht verhindert worden, die liegt jetzt klar da. Trotz Manifest und sonstigen schönen Worten werden eben die Tschechen ihren tschecho-slowakischen Staat einrichten, wie sie wollen, und sie wollen eben eine — — Republik.

Ostdeutsche – Rundschau 54

22./X. 1918

Deutsche Stimmen zur Wilsonnote an Oesterreich-Ungarn.

Berlin, 21. Oktober. Die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn hat hier genau so überrascht wie wahrscheinlich in Wien und vor allem in Pest.

Die Blätter äußern sich vorerst sehr dürftig und allgemein über dieses Ereignis, **dessen Tragweite vorläufig kaum zu übersehen ist.**

Man rechnet damit, daß Wilsons mit Konsequenz vertretene Ideen der restlosen Selbstbestimmung der Nationen nichts anderes im Auge haben als den **Zerfall Oesterreichs.**

Ueber das Schicksal Ungarns, das sich durch die Loslösung Oesterreichs zu entziehen glaubte, dürfte ebenfalls kein Zweifel mehr bestehen.

Mit besonderem Interesse rechnet man hier auf den **Zusammentritt des deutschösterreichischen Nationalrates.**

Man nimmt an, daß den Deutschösterreichern nunmehr gar kein anderer Weg übrig bleiben wird, als der Anschluß an das Deutsche Reich.

Welchen Weg die österreichische Regierung einschlagen wird, darüber gibt man sich angesichts der überraschenden Entwicklung der Lage noch keinen Vermutungen hin.

Welche Absichten von den Feinden verfolgt werden, darüber ist man in den letzten Tagen hier schon nach den Aeußerungen der französischen Presse informiert. Sie scheinen darauf auszugehen, **auf den Ruinen der alten Doppelmonarchie ein Ebenbild der Balkanstaaten zu errichten.**

Berliner Mehrheitsblätter schreiben u. a.: „Mit wem und wie Wilson in Oesterreich nun eigentlich verhandeln will, ist vorläufig nicht abzusehen." — „Die jetzige Stellungnahme des Präsidenten Wilson bedeutet zunächst die Zerschlagung Oesterreichs und eine **ebenso schwere Gefährdung Ungarns.** Wie denkt nun eigentlich Graf Karolyi über die Folgen seiner Verbandsgefolgschaft?" — „Eine **Lostrennung eines Königreiches Böhmen** kann **den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie** bedeuten."

Der „Lokalanzeiger" meint, man ersehe aus diesem Verhalten, **daß die Wilson-Reden nicht viel mehr waren als Flitter, die die Mittelmächte in die Irre führen sollten.**

Die „Tägliche Rundschau" führt aus: „Eine **tiefere Demütigung** ist wohl noch niemals einem Staate angesonnen, eine **größere Verhöhnung des göttlichen und menschlichen Rechtes selten ausgesprochen worden. Das ist der Anfang des Völkerbundes, der sich auf das Recht begründet und die Menschlichkeit zu reiner Sittlichkeit emporführen soll."**

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: „Der Präsident unterstützt lediglich die **Aspirationen derjenigen Völkerschaften, die sich gegen den Bestand des österreichisch-ungarischen Staates richten,** will aber die, die eine Autonomie dieser Staaten bejahen, nicht anerkennen."

Berner Tagblatt 22./10. 1918. 55

Balkan-Politik.

Von bulgarischer Seite wird uns geschrieben:

Im „Berner Tagblatt" vom 15. Oktober schreibt Herr Z. Péric, Professor an der Belgrader Universität, in einem Artikel über „Neue Balkan-Politik" und will Deutschland und Oesterreich aus lauter „Gerechtigkeitsgründen" den guten Rat erteilen, diese Staaten möchten in der zukünftigen Friedenskonferenz die Ansprüche Bulgariens nicht unterstützen, weil Bulgarien im letzten Augenblicke die Zentralmächte durch seinen Waffenstillstand verraten und ihnen, seinen Verbündeten, dadurch große militärische und politische Schäden zugefügt habe.

Heute, nachdem die Einzelheiten in der bulgarischen, sowie in der Zentralmächte-Presse dargelegt wurden, muß man die Umstände begreifen, die den Waffenstillstand Bulgariens herbeiführten. Kein vernünftig und gerecht denkender Mensch wird auch nur einen Moment an der Tatsache zweifeln, daß das Vorgehen der bulgarischen Regierung nichts anderes als eine dringende Notwendigkeit war, um das Land vor der Vernichtung zu retten. Andererseits beweisen die Entwicklung und das Fortschreiten der Ereignisse seither am deutlichsten, daß der Austritt Bulgariens aus dem Vierbund demselben keine Erschütterung gebracht hat, denn der Friedensvorschlag Burians war bereits vor Bulgariens Austritt aus dem Viererbund gemacht worden und erst einige Tage nach dem Ausscheiden Bulgariens machten die andern Verbündeten Waffenstillstandsvorschläge.

Und nun als Strafe für Bulgarien und Entgelt für Serbien, das sich seit vier Jahren mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Kriegszustand befindet, meint Prof. Péric, daß die Zentralmächte Serbien bei der künftigen Friedenskonferenz unterstützen sollen, weil es seiner Meinung nach, von weit größerem Interesse für Oesterreich ist, welches von vielen Serben und Kroaten bewohnt wird, ein Groß-Serbien mit Ausgang in Saloniki, als ein Groß-Bulgarien zu befürworten! Im übrigen weist Herr Péric selbst auf die agressiven Wünsche und Forderungen Serbiens hin. Es steht nun einmal fest, daß Serbien mit seinen imperialistischen Gelüsten die Völker in den heutigen Menschenmord hineingetrieben hat. Serbien war es, das seine Eroberungslust nach allen Seiten hin ausdehnte. Es aspiriert auf Macedonien, West-Bulgarien, Albanien, Alt-Serbien, Bosnien, Herzegowina, Slowenien usw. usw. Auf Macedonien will es Berechtigung haben, weil die Macedonier Slaven sind, die allerdings ebensogut Serben wie Bulgaren sein könnten! Albanien benötigt es, um freien Ausgang auf das Adriatische Meer zu gewinnen, auf Bosnien und die Herzegowina erhebt es Anspruch, da diese u. a. auch von Serben bewohnt sind —, Kroatien und Slowenien sollte es haben, um den Jugoslavischen Staat bilden zu können.

Bulgarien wollte nicht groß sein und kann es auch nicht sein. Wenn es das Glück hätte, seine Nation zu vereinigen. d. h. wenn es ganz Macedonien und die Dobrudscha bekäme, würde es kaum 7 Millionen Einwohner aufzuweisen haben. (Bulgarien zählte in seinen alten Grenzen schon 5 Millionen Einwohner.) Während Serbien nur, die Serbo-Kroaten auf der Balkan-Halbinsel inbegriffen, ein Staat mit 9 Millionen Bevölkerung sein würde. Rumänien hat sich durch die Einverleibung Beßarabiens von 7 Millionen auf 10 Millionen Einwohner vergrößert. Es ist demnach eine Uebertreibung, wenn man von einem Groß-Bulgarien oder von bulgarischer Hegemonie spricht.

Deutsche und Oesterreicher, die während dreier Jahre gemeinsam mit dem Volke Macedoniens gekämpft haben, unterstützen Bulgarien in bezug auf sein Anrecht auf Macedonien. Sie, die zusammen mit dem macedonischen Volke für deren Befreiung kämpften, lernten durch den täglichen Umgang mit demselben, ihren Wunsch am besten kennen und würden wir daher auch keinen Augenblick daran zweifeln, daß sie für die Wahrheit und das gerechte Bestreben des bulgarischen Volkes eintreten werden.

Heute will die ganze Welt Frieden und zwar den gerechten Frieden, der allen Nationen die Freiheit sichern und freie Verfügung über ihr Schicksal garantieren muß. Da muß man sich dann allerdings wundern, wie Herr Prof. Péric die Verteilung Macedoniens vornehmen will und den Anschluß jener Teile Macedoniens an Serbien berechtigt findet, die nach dem Bukarester Vertrag von 1913 an Serbien abgetreten worden waren. Dieser Vertrag ist nach allgemeiner Anerkennung der größte Unsinn und nicht nur allein dies, sondern zugleich eine Tat der größten Ungerechtigkeit gewesen. Er wurzelt in dem Prinzip des Uebergewichts von Serbien, Griechenland und Rumänien über Bulgarien, das, wie damals, auch heute dem Nationalitätenprinzip huldigt und das je und je für keine Eroberungen, sondern für die Befreiung seiner Mitbürger und deren Vereinigung mit seinem Mutterlande Bulgarien gekämpft hat.

Das letzte Wort hat aber das Volk in Macedonien selbst zu sagen.

Dr. M. Markoff.

Der Neue Abend
22. IX. 1918

56

Hofrat Lammasch über die Antwort Wilsons.

Über die Antwort des Präsidenten Wilson an die österreichisch-ungarische Monarchie äußerte sich Herrenhausmitglied Dr. Lammasch folgendermaßen: Ich betrachte die Antwort nicht als so ungünstig, als sie vielfach aufgefaßt wird. Wenn Wilson erklärt, daß er sich mit dem Vorschlage unseres Auswärtigen Amtes vom 4. d. M. nicht befassen könne, weil seit seiner Botschaft vom 8. Jänner gewisse Ereignisse von größter Bedeutung eingetreten sind usw., so hat sich seither auch unser Standpunkt geändert, und das kaiserliche Manifest spricht nicht mehr von der bloßen „Autonomie der Völker", sondern die österreichische Regierung hat bereits viel weitergehende Zugeständnisse erklärt und damit gleich Wilson einen fortgeschritteneren Standpunkt eingenommen.

Wilson verlangt, daß die Tschechoslowaken und die Jugoslawen Richter über die Aktionen zu ihrer nationalen Befriedigung sein sollen. Nach meiner Auffassung verweist er damit diese Völker auf den Weg der Verhandlungen mit den übrigen Völkern und den Regierungen der Monarchie, was bekanntlich Tschechen und Südslawen bisher ablehnten, und er schließt die Verhandlungen zu ihrer nationalen Zufriedenstellung vom Friedenskongresse aus. Damit ist die bezügliche Forderung der Tschechen und Südslawen obsolet geworden.

Diese sehr wesentliche Verschiedenheit erscheint mir besonders bemerkenswert und jedenfalls eine Verschiebung zu unseren Gunsten. Es kann auch, wie ich die Verhältnisse kenne, mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die nächste Antwort Wilsons entgegenkommender sein wird, sobald die von ihm gewünschten Verhandlungen begonnen sein werden. Ich halte es für geboten, daß unser Auswärtiges Amt ehemöglichst die Note Wilsons beantwortet und daß diese Antwort so gehalten wird, daß die Verhandlungen ohne Zeitverlust in Fluß bleiben. Überdies erachte ich es für wünschenswert und vorteilhaft, wenn Vertreter unseres Volkes, die mit Amerika Beziehungen unterhielten und deren Namen in den Vereinigten Staaten nicht unbekannt sind, sich raschestens in die Schweiz und nach Holland begeben, um von dort aus in direkten Drahtverkehr mit den Staatsmännern in Washington zu treten und sie, was von slawischer Seite längst geschah, über unsere Verhältnisse genau und, man darf wohl auch sagen, richtiger zu unterrichten.

Frankfurter Zeitung 23./X. 1918.

Die neue Note Burians.

G Wien, 22. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die deutsche Antwortnote hat hier in allen politischen Kreisen den besten Eindruck gemacht. Man rühmt ihre würdige Zurückhaltung, ihr sachliches Entgegenkommen und ihre einwandfreie Unzweideutigkeit. Nur der unverhüllte böse Wille könne einem Eingehen auf ihre Vorschläge widerstreben. Dann wisse aber die ganze Welt, wie es mit der Gerechtigkeit der Entente sei. — Die Antwortnote Lansings an Oesterreich übte erst heute ihre volle Wirkung auf die Bevölkerung aus, die sich in Preisstürzen an der Börse und in tiefer Niedergeschlagenheit kundgab.. Die Antwort des noch das Amt führenden Ministers des Auswärtigen soll in Bälde abgehen. Soviel darüber verlautet, enthält sie zum Teil eine Kritik an dem Verhalten Wilsons, zum Teil aber auch einige sachliche Richtlinien. Die Regierung will aussprechen, daß sie nicht gesonnen sei, mit den in Paris befindlichen tschecho-slowakischen Faktoren in Verbindung zu treten, sondern nur mit dem tschecho-slowakischen Volk in Oesterreich. Außerdem will sie darauf hinweisen, daß der Umbau eines Staatengebildes nicht so rasch vor sich gehe, daß die Frage des Waffenstillstandes von der vorherigen Lösung dieser Frage abhängig gemacht werden könne. Das würde nur die Herbeiführung des Friedens ad calendas graecas vertagen. Die Regierung will der amerikanischen Regierung mitteilen, daß durch das Manifest des Kaisers der Weg zur inneren Reform beschritten worden und diese Aktion gegenwärtig im Fluß begriffen sei. Sie sehe daher kein Hindernis für die Bemühungen über einen Waffenstillstand.

*

h Budapest, 22. Oktbr. (Priv.-Tel.) Die Antwort Wilsons hat hier in allen politischen Kreisen aufs tiefste verstimmt, weil die Zumutung, mit den tschechischen und jugoslawischen Führern zu verhandeln, als schwere Demütigung empfunden wird. Durch die Antwort Wilsons wird sowohl für Ungarn wie für den zukünftigen österreichischen Bundesstaat eine sehr schwierige Lage geschaffen. Die schon bisher herrschende Spannung wird wesentlich erhöht, das Friedenswerk jedoch, wie man hofft, wennn auch wesentlich erschwert, so doch nicht unmöglich gemacht werden.

Berner Bund 23./X. 1918.

Zum Notenwechsel

Deutschland und Österreich-Ungarn

Deutschland und Oesterreich-Ungarn wandten sich mit ihrem Friedensangebot an den Präsidenten Wilson, der Notenwechsel ist zurzeit dahin gediehen, daß Deutschland eine Antwort aus Amerika erwartet, Oesterreich dagegen sich anschickt, eine Antwort dahin abzusenden. Die beiden Mittelmächte wandten sich an Wilson, weil sie sich grundsätzlich auf sein Programm verpflichten wollten und von ihm vor allen andern Bedingungen für einen gerechten Frieden erwarteten. Bei den Verbündeten Amerikas hat dieses Vorgehen einige Verstimmung hervorgerufen, sie ließen verlauten, daß auch sie gleich wie Herr Wilson hätten begrüßt werden sollen. Und heute wiederholen sie gegenüber der deutschen Note, daß über die Räumung und den Waffenstillstand der Generalissimus Foch zu befragen sei und daß er darüber zu entscheiden habe. Wilson selbst hatte auch auf die militärischen Gutachten abgestellt, so daß in diesem Punkt die letzte deutsche Antwort keine Klärung schafft, die der Entente genügen wird. Andererseits verlangen konservative deutsche Preßstimmen, daß der Waffenstillstand vor der Räumung abgeschlossen werden sollte, obwohl sie wissen müssen, daß eine solche Forderung aussichtslos ist. Soll es zu einem Einvernehmen kommen, so müssen hierüber weitere Aussprachen folgen, unterdessen nehmen auf dem Kriegsschauplatz Räumung und Rückzug gegenüber dem Vormarsch der Alliierten ihren Lauf.

Auch die politische Neuordnung in den Ländern des ehemaligen Vierbundes hat sich weiter zu entwickeln, sie braucht nicht einmal zuzugeben, daß es bloß auf den Druck von außen geschehe. Die demokratische Bewegung ist infolge des Krieges in allen Ländern, auch bei der Entente, in Fluß gekommen, die meisten und die größten Widerstände hat sie natürlich bei den Mittelmächten zu überwinden. Sie macht sich bereits in Bulgarien geltend, da das Ministerium mit Reformen an die Sobranje gelangen wird, und die Türkei will langsam einschwenken. Der Krieg brachte die Erkenntnis, daß die lebendige, sich stets verjüngende und zuverlässige Kraft nur beim Volke ruht. Die gründliche deutsche Wissenschaft bestätigt dies in der einstimmig beschlossenen Kundgebung der Berliner Professoren, daß die Deutschen sich gegen die übermächtigen Gegner nur behaupten können, wenn sie eine geschlossene innere Einheit bilden und nicht in Undankbarkeit an der unerschöpflichen Kraft des Volkes verzweifeln. Die Kundgebung stellt sich bewußt und fest in den Dienst der neuen Ordnung, will sich aber ebenso wenig wie die andern deutschen Volkskreise mit einem Frieden der Vergewaltigung und Demütigung abfinden.

Die bevorstehende Sitzung des Reichstages soll die verfassungsmäßige Neuordnung anbahnen, die dem Volk und seiner Vertretung die Rechte gibt, die Voraussetzung einer parlamentarischen Regierung und der Stellung im Völkerbunde sind.

In Oesterreich-Ungarn glaubte man, das Manifest Kaiser Karls habe die Forderungen des Wilsonschon Programms vollständig erfüllt, indem es den einzelnen Volksstämmen die Freiheit gab, sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechts auf ihrem Siedlungsgebiet einzurichten. Da im Programm Wilsons die Wiederherstellung eines unabhängigen Polenreiches verlangt war, gewährt das Manifest den Polen in Galizien ausdrücklich das Recht, sich mit dem unabhängigen polnischen Staat zu vereinigen. Andere Völkerschaften Oesterreichs hatte Wilson nicht genannt, daher dachte man, es sei mit dem Selbstbestimmungsrecht den Forderungen des Programms Genüge geschehen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten war anderer Auffassung; er wies auf den unabhängigen Tschechenstaat hin, der sich inzwischen in Paris eine Regierung gegeben habe. Zur Bekräftigung dieses Standpunktes treten die Südslawen auf und wollen einen südslawischen Nationalstaat bilden, der an keine provinzialen oder staatlichen Grenzen gebunden wäre, also auch nach Ungarn übergreifen würde. Hier aber zog das kaiserliche Manifest die Schranke, indem es erklärte, daß die Integrität der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt werden dürfe. Da die feierliche Kundgebung des Nationalrats der Südslawen Fiume, Triest, Görz, Krain usw. in ihren Nationalstaat einbezieht, wird sie den Widerspruch der Italiener hervorrufen, die sowieso in den Fragen, die ihre Ansprüche betreffen, etwas mißtrauisch sind. Es werden also statt der Beschwichtigung heftige Auseinandersetzungen um die Nationalitäten-Siedelungen entbrennen, in Oesterreich selbst und draußen. Die Entente-Presse bezeichnet das Manifest Kaiser Karls, wie das Entgegenkommen der deutschen Note, als verspätete Maßnahme oder Ausflüchte, denen man kein Vertrauen schenken dürfe. Dennoch wird auch Oesterreich auf die Note Wilsons antworten, da es in derselben keine glatte Ablehnung erblickt und bestrebt sein wird, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Reichspost Abend
23./X. 1918
62

Friedensbehinderung durch Wekerle.

Wilson hat in seiner Antwortnote an Oesterreich-Ungarn erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe die Tschecho-Slovaken als kriegführende Nation und ebenso deren Regierung anerkannt und müsse deshalb Oesterreich-Ungarn mit der Auseinandersetzung über die Stellung der Tschecho-Slovaken an diese selbst verweisen.

Nun erklärte gestern Ministerpräsident Dr. Wekerle im ungarischen Abgeordnetenhause:

Wir werden in unserer Antwortnote an Wilson jedenfalls hervorheben, daß wir einen tschechoslovakischen Gegner nicht kennen. (Zustimmung rechts.) Eine tschecho-slovakische Vereinigung kennen wir überhaupt nicht, nur eine tschechische Vereinigung.

Wenn diese Erklärung geschähe, so wäre sie nicht mehr als eine Frozzelei Wilsons und noch dazu die allerunangebrachteste. Es gibt wahrhaftig in der ganzen Monarchie keinen Menschen, der nicht wüßte, wer der „tschecho-slovakische Gegner" ist. Wir wissen dies so gut, daß der Versuch, vor diesem Gegner den Kopf in den Sand zu stecken, in Amerika eher als ein Spott denn als eine Geberde der Ungeschicklichkeit aufgefaßt werden muß.

Soll wirklich die Antwort Oesterreich-Ungarns eine solche Frozzelei enthalten? Es erregte schon schlimme Bedenken, als man offiziös hören mußte, unser Auswärtiges Amt werde mit dem „Narodni Vybor" in Prag verhandeln und anerkenne sonst niemanden. Eine Erklärung, so wie sie Wekerle ankündigte, würde die letzten Möglichkeiten einer Verständigung mit Amerika zerstören.

Die einseitigen Einflüsse Dr. Wekerles, die sich schon im ganzen Verlaufe der jetzigen Krise als so überaus unglücklich erwiesen haben und eine Hauptschuld an allem Unglücke tragen, müssen energisch bekämpft werden. Die österreichischen Abgeordneten sollen auf die Antwortnote an Wilson Einfluß nehmen. Das berufene Organ hiefür ist der österreichische Delegationsausschuß für Aeußeres.

Die Geheimsitzung des Ausschusses für Aeußeres.

Der Ausschuß für Aeußeres der österreichischen Delegationen wurde, wie verlautet, über Wunsch des Ministers des Aeußeren Graf Burian für heute nachmittag zu einer geheimen Sitzung einberufen, in welcher Graf Burian die Mitglieder des Ausschusses um ihre Mitarbeit bei der Beratung der Antwort Wilsons ersuchen wird. Tschechen und Südslaven nehmen gegenüber diesem Vorschlage eine ablehnende Haltung ein, da sie die k. u. k. Regierung nicht mehr als Vertretung anerkennen.

Haberfeldtreiben gegen den Frieden.

Je entgegenkommender und friedenswilliger sich die Mittelmächte zeigen, um so brutaler wird die Sprache, die ihnen aus den Feindesländern antwortet. Es ist, als hätte man sich drüben in den Kopf gesetzt, die Behauptungen jener Warner bei uns zu rechtfertigen, die da sagten, die gelegentlichen friedensfreundlichen, von Recht, Gerechtigkeit und Völkerbund triefenden Reden der feindlichen Staatsmänner, ihre Versicherungen, daß sie keineswegs gegen die Völker der Mittelmächte Krieg führen, sondern nur gegen den „preußischen Militarismus", von dessen Herrschaft sie das geknechtete deutsche Volk und dadurch die übrige Welt befreien wollen, hätten einzig allein den Zweck verfolgt, die innere Front der Mittelmächte zu zersetzen und ihren Verteidigungswillen zu zermürben. Wenn dies zuträfe, so wären die Mittelmächte das Opfer des teuflischsten Betruges der Weltgeschichte, neben dem der furchtbare Hereinfall der Karthager auf den Römertrug am Schlusse des dritten punischen Krieges und der Hereinfall der Trojaner auf die Griechenlist mit dem hölzernen Roß und auf Sinons Schwindelerzählung wie matte Exempel erschienen.

Die Frage, um die sich alles dreht, ist jetzt, ob **Wilson der Mann seiner vertrauenerweckenden Worte** oder das willige Instrument der Rache- und Vernichtungspolitiker im Verbande, der Mann der Northcliffe-Presse ist. Wäre er das letztere, dann wären die Hoffnungen der Völker auf einen Dauerfrieden der erbarmungswürdigste Selbstbetrug und bloß das Mittel des Verbandes, den Endsieg über deutsche Arglosigkeit und treuherzige Biederkeit zu gewinnen, die Grube, die feindliche List dem vertrauensseligen deutschen Idealismus gegraben.

Und was sagen zu diesen Ausbrüchen der Kriegstobsucht und des Rachekollers der vereinigten verbändlerischen Hetzpresse und Geheimdiplomatie die Verbandsvölker? Wo bleiben die Gegenaktionen der Pazifisten, wo die der so einflußreichen Sozialisten, auf die man uns mit augenzwinkernden Versprechungen vertröstet hat? Einstweilen ist weit und breit nichts von solchen durchgreifenden Unternehmungen zu sehen und wenn sie nicht bald fühlbar werden und sich durchsetzen, kann es zu spät sein. Denn dann werden im Deutschen Reiche die zurzeit kaltgestellten „Machtpolitiker", ausgestattet mit dem Glorienschein, die Verhältnisse richtiger beurteilt zu haben, wieder Oberwasser gewinnen und, wenn der Verbandswille es wirklich bis zu einem Kampf auf Leben und Tod treibt, geradezu als die Retter in der Not erscheinen.

Amerikanische und englische Erwiderungen auf die deutsche Note.

TK. Berlin, 23. Oktober.

Nach einer „Vorwärts"-Meldung aus Genf berichten die „Times" aus Washington, daß eine Agitation gegen einen Verständigungsfrieden im Gange ist. Ueberall entstehen Klubs für die bedingungslose Uebergabe und die Zeitungen stimmen das gleiche Motto an. Gefühle zugunsten einer Verständigung zu äußern, würde höchst unangenehme Folgen haben, wie dies ein reicher Bewohner von Chikago erfuhr. Die Verwerfung der Verständigung drückt den typisch amerikanischen Entschluß aus, ein begonnenes großes Geschäft rücksichtslos weiter zu betreiben. — Einer Rotterdamer Meldung des „B. Tagb." zufolge schreibt der „Daily Chronicle": Niemand in den Vereinigten Staaten wird mit einem Kompromiß oder mit weniger zufrieden sein, als mit der militärischen Entscheidung, die die militärische Macht Deutschlands bricht.

Washington, 21. Oktober. (Reuter.)

Nach der Veröffentlichung der deutschen Antwort brachte der Republikaner Poindexter eine Entschließung ein, worin der Kongreß aufgefordert wird, weitere Verhandlungen mit Deutschland zu verbieten, bis die deutschen Streitkräfte sich bedingungslos ergeben.

London, 22. Oktober.

Reuter meldet: In maßgebenden Kreisen wird die deutsche Antwort nicht als geschäftlicher, sondern als rein argumentativer Vorschlag betrachtet. Der in Regierungs-, diplomatischen und politischen Kreisen zur deutschen Antwort eingenommene Standpunkt ist der, daß daß sie keine Antwort, sondern nur eine Art von Rederei sei, dazu bestimmt, das Fehlen einer Antwort zu verdecken. Eine hochgestellte amtliche Persönlichkeit hat sich dahin ausgesprochen, sie sei eine schlecht verhüllte Unaufrichtigkeit. Die Regierung habe die Antwort im einzelnen noch nicht erwogen, obwohl der Premierminister und seine Amtsgenossen heute längere Beratungen abhielten.

„Daily Mail" schreibt über die deutsche Antwort: Die deutsche Note ist überhaupt keine Antwort. Der angebliche Eifer Deutschlands für den Frieden läßt die Alliierten ganz kalt. Deutschland muß sich ergeben. — „Daily Chronicle" schreibt: Es liegt auf der Hand, daß die Antwort unannehmbar ist. — „Daily Telegraph" sagt: Es ist klar, daß Deutschland wünscht, daß wir das Gerede über den Frieden fortsetzen. Die Interessen der Alliierten liegen aber gerade in entgegengesetzter Richtung. Es ist Zeit, daß die Verhandlungen abgebrochen werden.

Vossische Zeitung 24./X. 1918.

Entente-Ränke gegen Wilson.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* Genf, 23. Oktober.

Es tritt jetzt immer klarer hervor, daß man in Frankreich durch die Kampagne gegen die angeblich von deutschen Truppen auf ihrem Rückzug angerichteten Zerstörungen die öffentliche Meinung der Alliierten, namentlich aber Amerikas, für einen Gewaltfrieden oder für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen sucht. Indirekt richtet sich diese Kampagne auch gegen Wilson, dem man offenbar im stillen nicht verzeiht, daß er sich überhaupt in eine Unterhandlung mit dem Feinde eingelassen hat. Dadurch erklärt sich die gestrige Kundgebung in der französischen Kammer, wie auch die, die fast gleichzeitig im Senat stattfand. So sandte der Präsident Dubost den befreiten Städten seinen Gruß, auch an Metz und Straßburg, „die ihrer Befreiung entgegengehen", und verlangte, daß der Sieg die Bestrafung und Züchtigung für die begangenen Grausamkeiten mit sich bringen solle. Der Minister des Auswärtigen Pichon schloß sich dem Redner an und versprach den Opfern der okkupierten Gebiete die verdiente Genugtuung. Mehrere Senatoren des Nord-Departements schilderten die dort von dem Feinde angeblich begangenen Missetaten, und schließlich nahm der Senat eine Resolution des Senators Haye an, wonach Delegierte ernannt werden sollen, um festzustellen, in welchem Zustande sich die früher von den Deutschen besetzten Städte befinden. Aus einem Antrag der Sozialdemokraten erkennt man sehr wohl, worauf die von der Regierung unterstützte Kriegspartei hinaus will, nämlich daß es sich im Grunde um die Bekämpfung der Grundsätze Wilsons handelt. Diese Ansicht trat schon in Artikeln des „Populaire", „Journal du Peuple" und „Humanité" hervor, zu denen sich jetzt noch sehr bemerkenswerte Auslassungen der „Bataille" stellen. Dieses Blatt schreibt wörtlich:

„Es kann kein Zweifel bestehen, daß man bei uns und selbst in Amerika Regierungsströmungen gegen die Prinzipien Wilsons zu schaffen sucht. Wird es gelingen, das öffentliche Gefühl in den Ländern der Entente zu fälschen und die Völker für einen militaristischen und chauvinistischen Rachekrieg günstig zu stimmen? Wir wollen aber zeigen, daß wir den gesunden Menschenverstand unserer Volksmassen kennen. Jedenfalls finden uns diese Versuche nicht unvorbereitet. Wir sind überzeugt, daß wir triumphieren werden. Indem wir den Präsidenten Wilson unterstützen, und uns zur Verteidigung seiner Prinzipien gruppieren, werden wir den starken Einfluß aller derjenigen beseitigen, die das Ende des Krieges nur durch Gewalt wollen, wie auch jener, die sich auf den Präsidenten der Vereinigten Staaten berufen, nur um seine Gedanken zu entstellen. Es genügt, diese Tatsache festzustellen, um sofort zu sehen, welche Gefahr dem Frieden der Völker droht."

Vossische Zeitung 24./X. 1918.

Polizei gegen Auswärtiges Amt

Eine verbotene Friedensversammlung.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hatte für gestern eine Versammlung im Lehrervereinshaus einberufen, in der Professor Dr. Quidde, München, über „Weltfrieden und Völkerbund" sprechen sollte. Der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft Pastor Francke teilte mit, daß Professor Quidde durch Landtagsverhandlungen am Erscheinen verhindert sei. An seiner Stelle sollte Helene Stöcker sprechen. Die Polizei wolle die Versammlung nicht stattfinden lassen, wegen angeblicher Nichtanmeldung. Diese Behauptung sei aber durchaus unrichtig. Die Versammlung sei dreimal, zuletzt mit Rohrpost angemeldet worden. Eine Bescheinigung darüber allerdings sei nicht ausgestellt (Pfuirufe! Das ist der neue Kurs! So sieht das freie Deutschland aus!) Redner erklärte, daß man es darauf ankommen lassen wolle und doch tagen werde. Ein Vertreter des Auswärtigen Amts bemühe sich noch nachträglich, die Erlaubnis zu erwirken, zumal die Regierung die Friedenskundgebung des heutigen Abends zu verwerten gedenke, damit man auch im Ausland wisse, daß es hier Kreise gibt, die sich von Anfang an gegen alle Kriegshetze ablehnend verhielten.

Pastor Francke und mehrere Vorstandsmitglieder begaben sich darauf nach dem Polizeipräsidium, um das Stattfinden der Versammlung zu ermöglichen. Nach einer halben Stunde kamen sie zurück und erklärten, daß das letzte und äußerste versucht worden sei, aber vergebens. Die Erlaubnis sei nicht erteilt worden. (Pfuirufe) Der Vorsitzende erteilte darauf Fräulein Dr. Stöcker das Wort, worauf der Polizeileutnant die Versammlung aufforderte, den Saal zu verlassen. Auch ein Versuch der Teilnehmer, die Versammlung als geselliges Zusammensein stattfinden zu lassen, wurde von der Polizei verhindert.

Als die Versammlungsteilnehmer den sehr stark besuchten Saal verließen, erschollen Zurufe: „Was sagt Exzellenz Scheidemann dazu?" — „Die Regierung bietet Frieden an und verbietet, darüber zu sprechen", „Die Polizei gegen den Reichskanzler!" Einige hundert Versammlungsteilnehmer versuchten, in Haverlands Festsälen in der Neuen Friedrichstraße die Versammlung fortzusetzen, sie fanden aber, als sie hinkamen, das Lokal schon polizeilich besetzt.

•

Die virtuose Technik, die der Herr Polizeipräsident von Berlin — heute nicht zum ersten Male — in der Auflösung einwandfreier Versammlungen entwickelt, hat immerhin auch ihr Gutes. Sie wird die maßgebenden Instanzen wohl darauf aufmerksam machen, daß bei der schnellen Neuorientierung im Reich und in Preußen das Berliner Polizeipräsidium offenbar vergessen worden ist. Nach dem vorliegenden Bericht zum mindesten hat es den Anschein, daß zwischen Herrn von Oppen und der Reichsleitung erhebliche Meinungsverschiedenheiten nicht nur bezüglich der Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes, sondern auch bezüglich der Friedensfrage bestehen. Der Herr Polizeipräsident führt Krieg, sogar gegen das Auswärtige Amt. Man darf wohl hoffen, daß seine vorgesetzte Behörde auf den Standpunkt der Reichsleitung treten und für die einst so beliebte „Homogenität" auch bei den nachgeordneten Stellen sorgen wird.

Reichspost
24./X. 1918

Die Räumungsfrage im Südosten.

Die Entwicklung der politischen Verhältnisse beeinflußt heute mehr denn je auch die militärische Lage auf den Kriegsschauplätzen. Die Tatsache, daß wir dem Frieden entgegengehen, wirkt auch auf die Entschließungen der militärischen Führer zurück und wenn beispielsweise die Deutschen heute in Nordfrankreich und Belgien einen strategischen Rückzug durchführen, dessen Umfang vielleicht über die augenblicklichen Notwendigkeiten hinausgeht, so erklärt sich dies vor allem durch die von Deutschland ohnedies zugestandene Räumung der besetzten Gebiete. Aehnliches sehen wir auch an unserer Balkanfront. Dort haben wir zunächst unter dem Gesichtspunkt militärischer Erwägungen und Sicherungen das Vordringen des Feindes möglichst zu verlangsamen gesucht und schließlich seinen Stoß in Widerstandslinien aufgefangen, die sich in Serbien vom Timok zur westlichen Morawa und in Albanien in der Linie des Mati und Drin erstrecken. Bis in diese vorher bestimmten Abwehrfronten erfolgte die Zurücknahme der Truppen planmäßig von Abschnitt zu Abschnitt in solcher Weise, daß alles vorhandene Material geborgen und die militärisch wichtigen Objekte für die Verwertung durch den Feind unbrauchbar gemacht werden konnten. Für die weiteren Entschließungen unserer Heeresleitung sind nun aber ebenso, wie dies bei Deutschland der Fall ist, die Bedingungen mit maßgebend, unter denen die Friedensbesprechungen fortgesetzt werden. Wir wären gewiß ohneweiters imstande, die von uns besetzten Widerstandslinien in Serbien und Albanien gegen die feindlichen Angriffe zu behaupten, aber da die Gebiete jenseits unserer Grenze von uns ohnedies geräumt werden sollen, so mußte man sich die Frage vorlegen, ob man für deren vorläufige militärische Festhaltung noch die durch eine solche bedingten Opfer bringen soll. Auch Erwägungen ökonomischer Natur sowie das Auftreten von Banden hinter unserer Front treten hinzu, um diesem Gedanken Nachdruck zu verleihen, und hieraus ergab sich schließlich der Entschluß zur eventuellen Räumung des serbischen und montenegrinisch-albanischen Gebietes. Für die dann erforderliche unmittelbare Sicherung unserer Landesgrenzen sind alle erforderlichen Maßnahmen bereits in umfassender Weise getroffen und die Räumung selbst wird jedenfalls in einer Form erfolgen, die den besetzten Gebieten alle erdenkliche Schonung verbürgt. So dürfte beispielsweise, ebenso wie dies in Belgien zum Teil geschieht, beim Abzug der Truppen die Zivilbevölkerung selbst mit der Aufrechthaltung der Ordnung betraut werden, womit ihr auch die Verantwortung für den Schutz der von uns geschaffenen und zum Nutzen der Bevölkerung unversehrt zurückgelassenen Wohlfahrtseinrichtungen zufällt.

Neues Wiener Tagblatt
24./X. 1918

Die Delegationen.

Vertrauliche Sitzung des Ausschusses für Auswärtiges.

Der Delegationsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hielt gestern nachmittag auf Einladung und in Anwesenheit des Ministers des Aeußern Grafen Burian eine Beratung ab, welche für vertraulich erklärt wurde. In dieser Sitzung legte der Minister des Aeußern den Entwurf der Antwortnote Oesterreich-Ungarns an den Präsidenten Wilson vor. Die Tschechen waren wohl in der Sitzung erschienen, erklärten aber im eigenen Namen und im Namen der Südslawen, aus prinzipiellen Gründen meritorisch an den Beratungen nicht teilnehmen zu können, da ihre eigenen Staaten bereits existent seien. Die Parteien nahmen zur auswärtigen Lage und zur Person des Ministers des Aeußern Stellung. Die Verhandlungen des Ausschusses ergaben keinerlei Ergebnis.

Im Verlaufe der Beratung erklärte Delegierter Dr. v. Langenhan namens seiner deutschnationalen Parteifreunde zu der letzten Note des Präsidenten Wilson folgendes: „Die Deutschen in Oesterreich haben durch die Konstituierung ihrer eigenen Nation als selbständigen Staat das volle uneingeschränkte Recht aller andern Nationen des bisherigen Oesterreich anerkannt, ihren eigenen Staat zu bilden. Sie sind bereit, mit diesen selbständig gewordenen Nationen auf der Grundlage völliger Freiheit über die Bildung eines Staatenbundes zu verhandeln, behalten sich jedoch ebenso die weitere Handlungsfreiheit und die Entscheidung über ihre äußere Politik bezüglich der Herstellung eines Anschlusses an das Deutsche Reich für den Fall vor, als sich die Unmöglichkeit herausstellen sollte mit den übrigen Nationalstaaten zu einem Bundesverhältnis zu gelangen.

Von den Deutschen in Oesterreich wird also der Erfüllung des Wunsches des Präsidenten Wilson keinerlei Schwierigkeit in den Weg gelegt. Die Deutschen wünschen vielmehr, daß die jetzige österreichische Regierung den einzelnen sich staatlich konstituierenden Nationen den Weg ebne, um die Selbstverwaltung in die Hand zu nehmen und an die Bildung einer eigenen nationalen Regierung zu schreiten. Die Deutschen wünschen dies, damit der Verständigung der Nationen untereinander die Bahn eröffnet werde und damit auch von seiten der österreichischen Regierung alle Hindernisse beseitigt werden, die einer weiteren Annäherung zwischen den kriegführenden Mächten, und damit einer Beschleunigung des Friedenswerkes noch entgegenstehen. Wir wünschen jedoch dem Herrn Präsidenten von Nordamerika gegenüber zu betonen, daß auch wir natürlicherweise ein Anrecht auf nationale Selbstbestimmung besitzen wie die slawischen Nationen. Wir weisen darauf hin, daß es den Wilsonschen Punkten nicht entsprechen würde, wenn über das Geschick mehrerer Millionen Deutscher nur einseitig nach dem Willen einer andern Nation entschieden werden würde. Die Vertretung der Deutschösterreicher bei der Friedenskonferenz wird diesen Standpunkt eingehend begründen."

Arbeiterzeitung
24./X. 1918

Das Friedenshindernis.

Die „Fränkische Tagespost“ (19. Oktober) schreibt:

Wer den letzten Heeresbericht gelesen hat, muß sich an den Kopf greifen, daß man den Krieg noch weiterführt. Glaubt jemand in Deutschland, daß man das verlorene Terrain zurückgewinnen kann? Wo wir heute stehen, standen wir bald nach Kriegsbeginn. Jeder Tag kostet Tausende von Menschenleben, weil man nicht den Mut hat, eine Bedingung des Waffenstillstandes zu erfüllen, die man erfüllen muß und die man in acht Tagen erfüllen wird, ohne daß der Widerspruch des deutschen Volkes der Regierung Schwierigkeiten bereiten wird. Mit aller Deutlichkeit steht es in den Waffenstillstandsforderungen Wilsons, die man nicht ablehnen kann, daß Wilhelm II. nicht mehr deutscher Kaiser sein kann, wenn der Waffenstillstand in Kraft treten soll. Der Waffenstillstand muß aber in Kraft treten, das sagt auch dem verblendetsten Alldeutschen der Heeresbericht vom gestrigen Tage. Müssen jeden Tag Tausende fallen, Tausende verwundet werden, Tausende in Gefangenschaft geraten, weil es niemanden in Deutschland gibt, der dem Kaiser sagt, was er tun muß? Heute ist jedes Soldatenleben, das zugrunde geht, Blutschuld Wilhelms II. Man hat darüber gestritten, wer den Krieg verursacht hat; kein Mensch kann aber bestreiten, daß, wer heute von unseren Soldaten fällt, durch Wilhelms II. Schuld gefällt wird.

Wo sind die großmächtigen Männer, die das Bismarck-Wort im Munde führen: „Wir fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!“? Sind es wirklich nur gewöhnliche Herrendiener und elende Hofschranzen, die sich dem Kaiser nicht zu sagen trauen, was seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit ist: das deutsche Volk von ihm zu befreien? Er soll ja das Hindernis des Friedens, das Hindernis des Waffenstillstandes, das Hindernis jeder Verhandlung mit dem Gegner sein. Ein Mann braucht das doch nur dem Kaiser zu sagen und er muß — mag er Eigenschaften haben, welche er wolle —, er muß zusammenbrechen unter dem Gefühl seiner Verantwortlichkeit. Wo ist denn der Hindenburg, der doch die Majestät von außen und innen kennt und der sich über die Kriegslage keinen Täuschungen hingeben kann? Wo ist dieser Hindenburg, daß er nicht vor den Kaiser tritt und ihm sagt, was seine letzte Aufgabe als „oberster Kriegsherr“ ist? Wo ist der Prinz Max von Baden, der dem Kaiser sagt, was die Pflicht gebeut?

Und wenn Hindenburg und Max das nicht können, dann soll es Scheidemann tun und dem Kaiser sagen, daß Tausende im Gefängnis gesessen sind wegen Majestätsbeleidigung, daß nun aber das Volk keine größere Sehnsucht hat, als die Majestät für die Menschenleben zur Verantwortung zu ziehen, die sie auf dem Gewissen hat.

Hat man keine Ahnung von der Stimmung des Volkes, hat man keine Spur geschichtlichen Sinnes mehr in der Umgebung des Kaisers? Der Kaiser könnte selbst einem Sozialdemokraten leid tun, daß er niemals die richtigen Berater gehabt hat und am allerwenigsten dann, als sie ihm am meisten not taten. Was wäre Wilhelm II. gewesen in den Büchern der Geschichte und in der Stimmung des deutschen Volkes, das ihm dankbar gesinnt gewesen wäre, wenn er ohne Aufforderung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Amt und Würde niedergelegt hätte und stolzen Hauptes als ein Verzichter auf eigenen Vorteil und als ein Kämpfer für Deutschlands Interessen bei den Friedensverhandlungen in das Privatleben getreten wäre! Er hätte die Kaiserkrone verloren und eine Bürgerkrone wäre ihm geworden. Wer wird ihn jetzt den Vater des Vaterlandes nennen, wenn er auf nochmaliges Geheiß von Wilson, weil es nun gar nicht mehr anders geht, seelisch zusammengebrochen das Schloß seiner Väter verläßt!

Wilhelm II. kämpft um jeden Tag seiner Herrschaft und zerstört damit die Aussichten seiner Kindeskinder, Herrscher zu werden.

Zu sterben für das Vaterland hat man uns seit fünfzig Monaten jeden Tag als höchste Pflicht zugerufen; niemand fand mehr Worte und Gelegenheit hiezu als Wilhelm II. Es sind genug gestorben für das Vaterland; jetzt gilt es, daß die anderen für das Vaterland leben und wirken. Damit das endlich möglich werde, muß Wilhelm II. aufhören, deutscher Kaiser und König von Preußen zu sein.

Frankfurter Zeitung 25/X. 1918.

Wilsons neue Antwort.

Bisher hat Präsident Wilson mit der deutschen Regierung ein Zwiegespräch darüber geführt, ob überhaupt die Vorbedingungen gegeben seien, den deutschen Vorschlag zum Frieden und Waffenstillstand an die Verbündeten der Vereinigten Staaten weiterzugeben. Diese Vorbedingungen sieht er jetzt soweit als erfüllt an, daß er in seiner letzten Antwort vom Mittwoch mitteilt, er sehe, „daß er sich nicht mehr weigern könne, den Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten verbündet seien, die Frage eines Waffenstillstandes vorzulegen". Damit ist allerdings die Frage des Waffenstillstandes in einer Weise in den Vordergrund geschoben, die vielleicht dem Fortschreiten zum Frieden hinderlich ist. Das, worauf es ankommt, ist doch für alle Kriegführenden nicht ein Waffenstillstand, sondern der Friede. Es ist zu einem Teil wenigstens die Folge der ersten Note der deutschen Regierung, daß die Frage des Waffenstillstandes mehr, als gut ist, sich vorgedrängt hat und der Anschein erweckt wird, als sei sie die entscheidende, während sie doch in Wirklichkeit auch für uns gar nicht die Hauptsache ist. Daß es letzten Endes auf die Stellung zum Frieden selbst ankommt, geht aus Wilsons Antwort unzweideutig hervor. Der Präsident hat seinen Alliierten seine Korrespondenz mit der deutschen Regierung übermittelt mit dem Antrage, ihre militärischen Ratgeber mögen zusammen mit denen der Vereinigten Staaten den alliierten Regierungen Vorschläge über die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes unterbreiten, „vorausgesetzt, daß sie vom militärischen Standpunkt aus einen Waffenstillstand als möglich ansehen." Dafür ist aber die kardinale Voraussetzung, in der alles weitere gewissermaßen verankert ist, daß die Ententeregierungen überhaupt geneigt sind, den Frieden unter den angedeuteten Bedingungen d. i. unter Anerkennung der vierzehn Punkte Wilsons zu schließen. Die Note Wilsons sagt das ausdrücklich, und somit wird doch die Friedensfrage, wie es auch der Natur der Dinge entspricht, zur entscheidenden für alle weiteren Schritte.

Man darf ja doch nicht außer Acht lassen, daß die Bedingungen, mit denen sich die deutsche Regierung grundsätzlich einverstanden erklärt hat, nur die Bedingungen Wilsons sind. Die anderen Regierungen der Entente haben noch nirgends eine amtliche Erklärung abgegeben, und es sind Zweifel angebracht, ob sie jeden einzelnen der von Wilson vertretenen Punkte zu ihrem eigenen Programm machen. Tun sie das aber nicht, sind sie mit den Wilsonschen Bedingungen nicht zufrieden, so ist alles weitere wertlos. Daran könnte auch ein Waffenstillstand nichts ändern und man würde ihn daher gar nicht abschließen. Zunächst also wird die Entente unter sich eine Verständigung darüber suchen müssen, ob sie grundsätzlich mit den Bedingungen Wilsons einverstanden ist. Erst wenn diese Frage bejaht würde, wäre die andere zu stellen, ob „die militärischen Ratgeber" der Entente einen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten. und wenn auch diese bejaht würde, müßte man sich darüber äußern, unter welchen Bedingungen die Generäle der Entente bereit sind, einen Waffenstillstand zu schließen. Die amerikanische Note macht allgemeine Andeutungen über diese Bedingungen, die so sein sollen, daß sie der Entente „die unbeschränkte Macht sichern sollen, die Einzelheiten des Friedens, den die deutsche Regierung gut heißt, zu verbürgen und durchzusetzen". Es scheint uns nun, daß es für die Förderung des Friedens selbst viel ersprießlicher wäre, sich über diese Einzelheiten, für deren Durchsetzung und Sicherung die Note des Herrn Wilson der Entente unbedingt die Macht geben will, klar zu werden. Wenn wir von Herrn Wilson erfahren, wie er und seine Alliierten die von ihm niedergelegten Grundsätze beispielsweise in der elsaß-lothringischen, polnischen und kolonialen Frage — wobei die anderen keineswegs geringer geschätzt werden sollen — praktisch anwenden wollen, dann werden die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung sein, sondern wir werden sie je nach dem Ausfall dieser Antwort so oder so einschätzen. Es ist also, meinen wir, die Aufgabe der deutschen Regierung, sich und uns über diese Hauptfragen Klarheit zu verschaffen. Es wäre richtig gewesen, das in früheren Stadien der Verhandlungen zu tun. Für zu spät aber halten wir es auch jetzt noch nicht.

Daß Präsident Wilson die voraussichtlichen Bedingungen für einen Waffenstillstand so ansieht, wie es vorstehend angedeutet ist, nämlich, daß nach dem etwaigen Ablauf des Waffenstillstandes Deutschland gar nicht mehr die Möglichkeit haben soll, den Krieg wieder anzufangen und daß die Entente nachher die unbeschränkte Möglichkeit haben soll, die Einzelheiten des Friedens festzusetzen, entspricht ungefähr dem, was schon in der vorigen Note ausgesprochen war und was inzwischen die Zeitungen der Entente deutlich genug ausgesprochen haben. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, ob jede der von chauvinistischen Blättern mitgeteilten Einzelheiten richtig wiedergegeben ist. Aber der Charakter jener Bedingungen ist deutlich genug erkennbar: man will uns für einen Waffenstillstand Bedingungen auferlegen, die sich von denen nicht innerlich unterscheiden, unter denen Bulgarien aus dem Kampfe ausgeschieden ist, es sind Bedingungen, die ein freies und tapferes Volk nur auf sich nehmen kann, wenn es unbedingt muß, und es hat keinen Zweck, sich darüber zu täuschen, daß diese Noten und Antworten Wilsons wohl das Demütigendste sind, was Deutschland seit den Tagen Napoleons I. erfahren hat. Wir werden also ernstlich mit uns zu Rate gehen müssen, was zu tun wäre, wenn man uns wirklich Bedingungen dieser Art stellte. Noch sind wir an diesem Punkt nicht angekommen und es wäre wichtiger, den Blick auf den Frieden, als auf den Waffenstillstand zu richten, der an sich eine Nebenfrage ist, zur Hauptfrage aber durch eine falsche Art der Behandlung der Dinge gemacht werden könnte.

Dabei ist nun aber noch das sehr zu beachten, was Wilson in längeren Ausführungen über die Bedeutung dieser „außerordentlichen Sicherungen" sagt. Er führt aus, diese Garantien müßten verlangt werden, weil die innere Umwandlung Deutschlands noch immer nicht die Sicherheit biete, daß jetzt wirklich die Grundsätze einer wahren Volksregierung durchgeführt seien, oder daß die Umwandlung von Dauer sein werde. Es sei auch noch nicht klar, ob man bis zum „Kern der gegenwärtigen Schwierigkeiten" durchgedrungen sei. Diesen „Kern" sieht Wilson in der Macht des Königs von Preußen, die Politik des Deutschen Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, die seiner Meinung nach noch immer unerschüttert ist, und darin, daß die entscheidende Initiative immer noch bei denen liege, die bisher die Herren in Deutschland waren. Zu diesen hätten die Nationen der Welt kein Vertrauen, und die Regierung der Vereinigten Staaten könne bei einem Frieden, der das Unrecht dieses Krieges gut machen solle, nur mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. Müsse man jedoch „mit den militärischen Herrschern und der monarchistischen Autokratie" verhandeln, oder bestehe die Aussicht, daß man später wieder werde mit ihnen verhandeln müssen, dann gebe es keine Friedensverhandlung, sondern lediglich eine Unterwerfung. Diese Worte sind zwar nicht vollkommen eindeutig. Aber wenn sie einen Sinn haben, so kann es doch nur der sein, daß die im ersten Teil der Note gekennzeichneten Bedingungen eines Waffenstillstandes, die allerdings von einer Unterwerfung sich kaum unterscheiden werden, nur für den Fall gestellt werden, daß mit den militärischen Beherrschern und der monarchistischen Autokratie verhandelt werden muß. Daß wir dem Präsidenten Wilson über diese Dinge jetzt Rede stehen, ist die traurige Folge einer erbärmlichen Politik und eines elenden Systems. Es wäre vergeblich, und es würde sich auch nicht geziemen, dem Präsidenten klar zu machen zu versuchen, daß tatsächlich der König von Preußen nicht mehr die Macht hat, die er ihm zuschreibt und daß in der Tat der Friede nicht mit einer „monarchischen Autokratie", sondern mit den Vertretern des deutschen Volkes gemacht wird. Was die Worte Wilsons bedeuten, ist klar. Sie betreffen die Stellung des Kaisers. Das ist in der Tat der „Kern". Das Auftreten des Kaisers vor allem in Reden, hat nun einmal das Ausland zu der Meinung gebracht, daß der Kaiser der Vertreter einer Machtpolitik der gepanzerten Faust sei, und die Alternative die Wilson Deutschland stellt, ist die Folge dieser Auffassung Es ist daher nicht ohne historische Logik, wenn sich das, was Wilson ankündigt, in erster Reihe an die Adresse des Kaisers richtet. Wenn es sich nun wirklich darum handelt, ob Deutschland kapitulieren soll, oder ob man mit ihm frei über den Frieden verhandeln wird, dann steht die Entscheidung über diese Alternative zunächst beim Kaiser. Von seinem Entschluß wird für Deutschlands Zukunft und vor allem für die Entwicklung der Friedensfrage vieles abhängen. Dieser Entschluß könnte so manches, was in den letzten Jahrzehnten gesagt und getan worden ist, vergessen machen, und wir möchten hoffen, daß er bald und weise gefaßt würde.

Berner Bund

25/X. 1918

Die Franzosen zur deutschen Antwort

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 22. Oktober.

Die deutsche Antwort gibt, was die französische Presse anbetrifft, den einen den Eindruck, daß Deutschland vollständig kapituliert hat, während die andern das genaue Gegenteil herauslesen. Alle sind darin einig, daß Deutschland einen Waffenstillstand und den Frieden wünscht. Zur Regelung dieses Waffenstillstands hatte Deutschland eine gemischte Kommission vorgeschlagen. Wilson hatte dies abgelehnt und gesagt, der Waffenstillstand müsse von den militärischen Ratgebern der Entente geregelt werden und das von den alliierten Armeen erstrittene Uebergewicht wahren. In seiner Note vom 21. Oktober verzichtet nun Deutschland auf seinen Vorschlag der gemischten Kommission, wünscht aber, daß bei der Festsetzung der Bedingungen des Waffenstillstands dem Verhältnis der gegenwärtig sich gegenüberstehenden Kräfte an der Front Rechnung getragen werde. Der „Petit Parisien" hat als einziger den Mut einzugestehen, daß er die Bedeutung dieses Satzes nicht versteht. Andere haben gleich ihre Interpretation bei der Hand. So meint Gustave Hervé in der „Victoire", daß dieser Passus verschleierte Annahme des Standpunktes Wilsons bedeute, und daß er die Anerkennung der militärischen Ueberlegenheit der Entente impliziere. Der gleichen Ansicht ist die „Humanité", die seit dem letzten Sozialistenkongreß unter der Leitung der neuen Mehrheit steht. Die Mehrzahl der übrigen Blätter ist genau der gegenteiligen Ansicht. Sie sagen, Deutschland wünsche, daß der augenblicklichen militärisch-geographischen Lage Rechnung getragen werde, daß also die bisherigen militärischen Erfolge und die Eroberungen im Westen auch noch in die Wagschale fallen. Deutschland wolle auf gleicher Stufe mit seinen Feinden verhandeln. Es stelle sich so, als ob nicht es allein, sondern beide Parteien einen Waffenstillstand wünschten und nötig hätten. Es wolle seine Bedingungen von den bisherigen militärischen Operationen beeinflussen lassen. In Wirklichkeit lägen aber die Dinge so, daß Deutschland besiegt sei, daß es nur durch einen Waffenstillstand der Invasion und der Katastrophe entgehen könne, und daß es sich darum den Waffenstillstand diktieren lassen müsse.

Dem übrigen Inhalt der deutschen Note wird hier weniger Bedeutung beigemessen. Man bemerkt immerhin, daß Deutschland jetzt von dem seinerzeit von Hindenburg verkündeten Grundsatz abrückt, daß der grausam geführte Krieg im Grunde der humanste sei, weil die Grausamkeit seine Dauer beschränke. Es sei auch richtig, daß die deutschen Truppen in den letzten Tagen weniger Ausschreitungen begangen haben; aber der Befehl der Mäßigung sei erst mit der Einsicht der Niederlage gekommen, und die Reue der letzten Stunde könne ein Schreckensregiment von mehr als vier Jahren nicht ungeschehen machen. Alle Staatsmänner der Entente haben den Schrei der jüngst befreiten Zivilisten in den Ohren: „Wenn es eine Gerechtigkeit gibt, muß den Deutschen das Leid vergolten werden, das sie uns zugefügt haben.

In dem letzten Teil der Note, der die Neuordnung der innern deutschen Angelegenheiten berührt, wird hervorgehoben, wie mutig sich die hochgestellten Verantwortlichen hinter dem neuen Kurs verbergen. Hier wird übrigens der neue deutsche Kurs für nicht sehr einschneidend gehalten. Noch ist an der Basis des Bismarckschen Werkes nicht gerüttelt, noch hat der Bundesrat seine alte Macht und Preußen seine Vormachtstellung, ganz abgesehen davon, daß die Parteiführer, die jetzt in der deutschen Regierung sitzen, die Maßregeln der alten deutschen Regierung gutgeheißen und mit ihren Kreditvoten unterstützt haben. Alles in allem: die deutsche Note gibt der Mehrheit der Franzosen nicht den Eindruck, daß Deutschland reif für den Frieden sei. Und man ist in vielen Kreisen der Ansicht, daß eine Fortsetzung der militärischen Operationen nötig sei, um Deutschland auf den Punkt zu bringen, auf den es im Interesse eines dauerhaften Friedens gebracht werden müsse.

National-Zeitung. 25/10. 1918.

78

gern. Und diesmal, wo unser eine historische Mission harrt, werden wir nicht zu spät kommen. Es ist bei den Erklärungen des Bundespräsidenten Calonder nicht geblieben. Als Präsident Wilson seine 14 Thesen verkündigt hatte, wurden die ersten Völkerrechtslehrer der Schweiz in Bern versammelt, um die Richtlinien für eine Liga der Nationen auszuarbeiten. Der Entwurf ist vollendet. Er ist einer Kommission hervorragender Männer zur Beratung übergeben worden; wenn sie gesprochen, wollte der Bundesrat der Oeffentlichkeit seine Absichten unterbreiten. So war es im Juni den eidg. Räten mitgeteilt worden.

Seither hat die Weltlage eine andere Gestaltung angenommen, der heute Rechnung getragen werden muß. Nicht mehr bei den Diplomaten, sondern bei den Vertretern der Nationen und bei den Völkern selbst liegt das Wort. Deshalb müssen wir die Beratungen über den Völkerbund im Kommissionszimmer wohl abbrechen. Unterbreite der Bundesrat dem Parlament und dem Volke die Ziele, deren Erfüllung er von der Schaffung der Liga der freien Nationen erwartet. So wird eine geeinigte und gefestigte Schweiz ihre Menschheitsideale zu den Grundlagen einer neuen Weltordnung führen können.

Zu den Wilson-Noten.

Eine Erklärung der Deutsch-Oesterreicher.

Wien, 24. Oktober. (W. K. B.) Wie die Blätter melden, befaßte sich die gestrige vertrauliche Sitzung des Ausschusses für Aeußeres der österreichischen Delegation mit dem vom Außenminister Burian vorgelegten Entwurf zur Antwortnote Oesterreich-Ungarns an den Präsidenten Wilson. Die Tschechen waren wohl anwesend, erklärten aber im eigenen Namen und im Namen der Südslawen, aus prinzipiellen Gründen an den meritorischen Beratungen nicht teilzunehmen.

Der Delegierte Langenhan gab im Namen seiner deutschnationalen Parteifreunde eine Erklärung ab, in der betont wird, die Deutschen in Oesterreich hätten durch Konstituierung ihrer eigenen Nation als selbständigen Staat das volle, uneingeschränkte Recht aller andern Nationen des bisherigen Oesterreichs anerkannt, ihren eigenen Staat zu bilden. Sie seien bereit, mit diesen selbständig gewordenen Nationen auf der Grundlage völliger Freiheit über die Bildung des Staatenbundes zu verhandeln, behalten sich jedoch ebenso weitere Handlungsfreiheit und die Entscheidung über ihre äußere Politik vor bezüglich der Herstellung des Anschlusses an das Deutsche Reich für den Fall, als sich die Unmöglichkeit herausstellen sollte, mit den übrigen Nationalstaaten zu einem Bundesverhältnis zu gelangen.

Von den Deutschen in Oesterreich werden also der Erfüllung des Wunsches des Präsidenten Wilson keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Sie wünschen vielmehr, daß die jetzige österreichische Regierung den einzelnen sich staatlich konstituierenden Nationen den Weg ebne, um die Selbstverwaltung in die Hand zu nehmen und zur Bildung von eigenen nationalen Regierungen zu schreiten, damit einer Verständigung der Nationen untereinander die Bahn eröffnet und auch von Seiten der österreichischen Regierung alle Hindernisse beseitigt werden, welche der weiteren Annäherung zwischen den kriegführenden Mächten und damit der Beschleunigung des Friedenswerkes noch im Wege stehen. Die Deutschen betonen jedoch gegenüber dem Präsidenten Wilson, daß auch sie natürlicherweise ein Anrecht auf nationale Selbstbestimmung besitzen, wie die slawischen Nationen. Es würde den Wilsonschen Punkten nicht entsprechen, wenn über das Geschick von mehreren Millionen Deutschen nur einseitig nach dem Willen anderer Nationen entschieden würde. Die Vertreter der Deutsch-Oesterreicher bei dem Friedenskongreß werden diesen Standpunkt eingehend begründen.

Amerikanische Forderungen.

Neues Wiener Tagblatt
25./X. 1918

80

Kaiser und Präsident.

Wilsons Antwort auf die deutsche Note stellt das seit langem erwartete Problem und rückt die Person des deutschen Kaisers in den Mittelpunkt der Entscheidungen. Die Antwort Wilsons greift mit rauher Hand in das Eigenleben des deutschen Volkes und fordert brutal einen Verzicht auf die Freiheit der Entschließung. Wilson sagt heute ohne Umschweife, daß Waffenstillstand und Friede nur um den Preis eines großen persönlichen Opfers zu haben sind, das Deutschland aus eigener Entschlußkraft kaum je gebracht hätte. Mit andern Worten, er will nichts andres als die Abdankung der „Herren des Deutschen Reiches". Die Forderung, die Wilson heute sehr unverhohlen stellt und als den „Kern der Schwierigkeiten" bezeichnet, war bereits in dem ersten Antwortschreiben auf das deutsche Waffenstillstandsangebot angedeutet. Der Unterschied zwischen der ersten Forderung und dem jetzigen Begehren lag in der Form; im Wesen zielten Wilsons Pfeile stets nach demselben Ziel. Nun war zweierlei möglich: die deutsche Regierung, die heute eine Regierung des Volkes ist, hatte die Wahl, in dieser „Kernfrage" nachzugeben und die Verhandlungen dadurch zu erleichtern oder aber jede Erörterung gerade über diesen Punkt rundweg abzulehnen. Die Stimmung im heutigen Deutschland, der Sieg des demokratischen Denkens, und die tiefe Wandlung, die sich im Innern vorbereitet, konnten es der Volksregierung kaum ratsam erscheinen lassen, in der dynastischen Frage völlig unnachgiebig zu sein; so wahr es ist, daß der monarchische Gedanke in einem sehr großen Teile des deutschen Volkes tiefe Wurzeln hat, so unzweifelhaft ist's doch auch, daß dem politisch denkenden Deutschland die Mängel des persönlichen Regiments schärfer zum Bewußtsein gelangt sind. Es wäre also trotz aller geschichtlichen Ueberlieferungen, die das deutsche Kaiserhaus und den Enkel des Reichsgründers mit dem Volke verknüpfen, der deutschen Regierung unmöglich gewesen, das Verlangen Wilsons in diesem Punkte von vornherein abzulehnen und damit die Fortsetzung der Friedenserörterung zu gefährden. Es entsprach anderseits aber den Tatsachen, wenn sie diese Frage, die das nationale Ehrgefühl allzunahe berührte, mit dem Hinweis auf die gewaltige Umwandlung Deutschlands und die faktische Einschränkung der monarchischen Gewalt zu erledigen suchte.

Es ist zweifellos, daß diese Antwort nicht nur an den Präsidenten Wilson gerichtet war, sondern auch an das Gewissen des deutschen Monarchen. Es liegt im Wesen seiner Weltanschauung begründet, daß der auserkorene Herrscher ein Werkzeug Gottes sei. Kaiser Wilhelms Verhältnis zum Volk war das des sorgenden Vaters zu seinen Kindern. Wie sollte sich ein Ausgleich finden lassen zwischen dieser Auffassung und der Gedankenwelt der Demokratie, die nun in Deutschland zum Durchbruch kam? Wie sollte Kaiser Wilhelm neben der Regierung mit Scheidemann noch bestehen können, ohne innerlich ein unerträgliches Kompromiß zu schließen? Zwischen diesen zwei Welten schien es unmöglich, eine Brücke zu schlagen. So wurde Kaiser Wilhelms Schicksal zur Tragödie. Zeit seines Lebens gewohnt, den strengsten sittlichen Maßstab an sein Tun zu legen und stets auf der stolzen Höhe der monarchischen Sendung zu wandeln, kann er die düstere Frage, die nun an ihn herantritt, nicht ohne schweren inneren Kampf entscheiden. Wir wissen nicht, wie viel gerade dieser Mann leiden muß, der sich von jeder subjektiven Schuld frei weiß und sein fürstliches Amt nach bestem Wissen und Können verwaltet hat; aber in der Entscheidung, vor der der Kaiser steht, wird gewiß auch die Erwägung mitspielen, daß der Fürst der erste Diener seines Volkes ist, und vielleicht wird der Kaiser der Frage nähertreten, ob er durch eine heroische Tat die Leiden seines Volkes abkürzen könne. Er würde als der letzte Kaiser der überlieferten Auffassung, als der letzte Romantiker scheiden, als tragischer Held, innerlich blutend zwar, aber äußerlich unverletzt.

Auf die Antworten der deutschen Regierung, die der Wunde ausweichen, hat sich Wilson nunmehr bemüßigt gesehen, ganz brutal zu sagen, was er meint. Was wird nun geschehen? Der Kaiser und seine Ratgeber stehen vor der Frage, ob es möglich ist, die Zukunft und das ganze Schicksal des deutschen Volkes an diese eine Frage zu hängen und den ungeheuren Kampf des deutschen Volkes um seinen ferneren Bestand noch schwieriger zu gestalten. Die deutsche Regierung wird den Faden der Verhandlung nicht abreißen lassen dürfen, sie wird sich vor die harte Notwendigkeit gestellt sehen, auch diese Frage mit ihrem Verantwortlichkeitsgefühl ins reine zu bringen.

Jeder Deutsche wird dieser schweren Entscheidung nur mit dem innigsten Mitgefühl entgegensehen können; es handelt sich nicht bloß um die Person des Kaisers, nicht bloß um den Sieg eines politischen Prinzips: eine fremde Hand greift gewaltsam in Deutschlands Geschichte, in jene große, stolze Geschichte, die bisher nur vom Willen der Deutschen gelenkt ward, und legt dem Selbstgefühl des Volkes die allerhärteste Probe auf.

Neue Freie Presse
25./X. 1918

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note.

Wien, 24. Oktober.

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note wird heute in einer Depesche aus Washington veröffentlicht.

Die Note enthält im ersten Teile die Erklärung des Präsidenten Wilson, daß er es nicht ablehnen könne, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen.

Der Waffenstillstand könnte jedoch nur ein solcher sein, „der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbundenen Mächte in der Lage beließe, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden ist, übermittelt mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen."

Der Präsident kommt dann auf die Frage der autokratischen Regierungsform zurück und sagt: „In der Ueberzeugung, daß der ganze Weltfriede jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Versuche das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind, und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei dem Unternehmen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gutzumachen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen."

Den Wortlaut der Note veröffentlichen wir auf der folgenden Seite.

Reichspost Abendbl.
25./X. 1918

Demokratie und Selbstbestimmung oder — Weltsklaverei?

Wilsons Notenspiel mit dem Frieden.

Wilsons Taktik gegenüber den Mittelmächten verrät die bekannte Methode: „Wenn du dies und jenes machst, so verspreche ich, daß ich dir gelegentlich einmal etwas — versprechen werde". Man kann dem Frieden nicht mehr Barrikaden entgegenstellen, als es der auf diesem Gebiete ganz ungewöhnlich erfindungsreiche Pazifist und Gerechtigkeitsapostel Wilson tut. Er macht es mit dem Frieden wie der Gendarm in Schönherrs „Karrnerleut", mit dem Stück Brot, das er dem hungernden Knaben hinhält. Je mehr sich die Mittelmächte den Friedensbedingungen der Feinde anzubequemen glaubten, je vorbehaltloser sie sich Wilsons Vorschriften beugten, um so höher hält Wilson das Friedensbrot, um so weiter in die Ferne rückt er das Ziel. Als Oesterreich-Ungarn seine Bedingungen und Grundsätze annahm, erklärte er, er habe es sich anders überlegt, er müsse jetzt neue Bedingungen stellen; gegenüber dem Deutschen Reich rückt er von Note zu Note mit schwereren Bedingungen heraus, ohne sich selber durch irgendeine den Frieden verbürgende Zusage zu binden. Die Geschichte wird über den „Friedensstifter" Wilson ihr Urteil sprechen, aber sie sprach es auch über das schmachvolle Spiel der Römer mit den Karthagern, ohne daß die letzteren davon etwas hatten.

Einstweilen hält Wilson bei der Forderung, daß das Deutsche Reich seinen Kaiser und die Hohenzollern entferne. Indem er sich einen Wunsch der republikanischen Partei im Deutschen Reiche zu eigen macht, hofft er wohl, die innere Front Deutschlands endgültig zu zerschlagen, um dann den Verneinigten desto leichter diktieren zu können. Wenn es sich wirklich so verhielte, daß der Kaiser und seine Dynastie durch einen Verzicht dem deutschen Volke einen annehmbaren Frieden zu verschaffen vermöchten, dann würde die Sache schwerlich an dem Willen der in Betracht kommenden Faktoren scheitern. König Ferdinand von Bulgarien hat gezeigt, daß auch Herrscher mit persönlichen Opfern nicht zögern, wenn sie das Wohl des Landes erheischt. Aber im Deutschen Reiche liegen die Dinge doch so, daß vor allem gefragt werden muß, ob denn die Erfüllung der demütigenden Forderung Wilsons auch wirklich den Frieden verbürge oder ob der Zweck der Forderung nur eine weitere Schwächung Deutschlands sei. Dies ist wohl zu überlegen. Warum nimmt sich Wilson heraus, Deutschland eine andere Regierungsform aufzupressen? Wie ganz anders haben sich die Mittelmächte gegenüber Rußland benommen! Was Wilson verlangt, widerspricht dem Selbstbestimmungsrecht und widerspricht seinen eigenen feierlich verkündeten Grundsätzen. Wie soll man fürder seinen Worten noch trauen!

Die Wahrscheinlichkeit wird immer größer, daß die Völker, während sie sich den üppigsten demokratischen Träumen hingeben, einer fürchterlichen Weltsklaverei entgegengehen.

Es ist nicht zu verwundern, wenn die rechtsstehende Berliner Presse empfiehlt, die Verhandlungen abzubrechen. Die Blätter der Mehrheitsparteien stellen fest, daß die Note wenigstens die Fortsetzung der Verhandlungen ermögliche. Die „Nordd. Allg. Zeitung" führt aus: „Der Aussprache über die innerdeutschen Angelegenheiten wird sich Deutschland nicht zu entziehen brauchen, wenn Wilson bereit ist, auch in dieser Frage einen seiner vornehmsten Grundsätze, den des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu wahren."

Berlin, 25. Oktober.

Die „Germania" sagt: Im ganzen geht unsere Meinung dahin, daß, während insbesondere die zweite Note Wilsons als Erschwerung erscheinen mußte, die neueste sich auf der Linie grundsätzlichen Entgegenkommens bewegt. Wie weit es zu Taten führt, bleibt abzuwarten.

Der „Vorwärts" schreibt: Nachdem wir das Programm Wilsons angenommen haben, wäre es widersinnig, sich mit der Waffe in der Hand ihm zu widersetzen. Unsere Gegner aber, die die Entwaffnung des deutschen Volkes verlangen, werden sich darüber klar sein müssen, daß man ein großes Volk auf die Dauer nicht wehrlos machen kann.

Die „Neuesten Nachrichten" sagen: Wilson will unsere Unterwerfung.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: Erst will er uns erniedrigen, dann vernichten.

Die „Post" nennt die Forderungen Wilsons schimpflich.

In der „Kreuzzeitung" heißt es: Wilson hat zum letzten Faustschlag ausgeholt. Es gibt nur eine Antwort.

„Die Entfernung des Kaisers".

Berlin, 25. Oktober.

Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages hat gestern dem Reichskanzler einen Beschluß überreicht, worin es heißt: In der neuen Note Wilsons wird die bedingungslose Kapitulation, die Entfernung des Kaisers, die Entlassung unserer Heerführer sowie die volle Unterwerfung unter einen Gewaltfrieden gefordert. Auf Geschlechter hinaus würde die Annahme dieser Bedingungen jeden Deutschen politischer Entrechtung und wirtschaftlicher Sklaverei ausliefern. Die deutsche Ehre gebietet, daß die Regierung eine solche Zumutung zurückweise; die Sicherheit des Reiches erfordert, daß sie das deutsche Volk zum letzten Kampfe aufrufe.

Tägliche Rundschau 26/X. 1918.

Kundgebung Deutscher Frauen:

In der Stunde höchster Gefahr, in der unserem Vaterlande Schmach und Erniedrigung droht, treten deutsche Frauen hinter die im schwersten Ringen stehende Front und erklären:

Wie stehen zu euch in grenzenlosem Vertrauen; wir halten durch bis zum äußersten! Neben die Männer, die ihr Blut geben, treten wir Frauen, bereit, dem Vaterlande die ganze Kraft unseres Herzens, die treue Arbeit unserer Hände zu weihen. Mut und Lebenswillen des einzelnen zu erhalten, die innere Kraft unseres Volkstums zu wahren, ist die Aufgabe, an der wir unverbrüchlich festhalten.

Unser Glaube an des deutschen Vaterlandes Bestehen ist unerschütterlich!

Allgemeiner Wohlfahrtsverband Deutscher Lehrer und Lehrerinnen. — Baltische Frauenvereinigung. — Bund Deutscher Offiziersfrauen. — Deutsch-Christliche Vereinigung studierender Frauen. — Deutscher Frauenbund. — Deutsch-Evangelischer Frauenbund, Ortsgruppe Berlin. — Deutscher Frauenbund für die Ostmarken. — Flottenbund Deutscher Frauen, Ortsgruppe Berlin. — Frauenbund gegen Alkoholschäden, Steglitz. — Frauenverein „Bienenkorb". — Frauenverband des Deutschen Luftflottenvereins. — Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft, Abt. Groß-Berlin. — Frauenortsgruppe Berlin des Vereins für das Deutschtum im Ausland. — Mädchenortsgruppe Berlin und Charlottenburg des Vereins für das Deutschtum im Ausland. — Gewerkverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands. — Katholischer Frauenbund, Zweigverein Berlin. — Kriegsbund der Offiziersfrauen von Groß-Berlin. — Künstlerinnenklub Neue Zeit. — Nationalliberale Frauengruppe. — Vereinigung konservativer Frauen. — Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin. — Zentrale der Deutschen Landfrauen mit folgenden angeschlossenen Vereinen: Alice, Frauenverein, Hessischer Landesverein vom Roten Kreuz. — Badischer Frauenverein. — Bayerischer Frauenverein vom Roten Kreuz. — Braunschweigischer Landesverband der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine. — Deutsch-Evangelischer Frauenbund. — Deutscher Landpflegeverband. — Evangelische Frauenhilfe. — Evangelischer Verband zur Pflege der weiblichen Jugend. — Gesellschaft für landwirtschaftliche Frauenbildung. — Katholischer Frauenbund. — Preußischer Landesverband der landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine. — Reifensteiner Verband für wirtschaftliche Frauenschulen. — Ständiger Ausschuß zur Förderung der Arbeiterinneninteressen. — Verband deutscher Hausfrauenvereine. — Verband kirchlich-sozialer Frauengruppen. — Zentralverband der Katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands. —

Die Entrüstung in Westpreußen.

Am Sonntag, den 20. d. M., fand in Marienwerder eine wirkungsvolle vaterländische Kundgebung statt, in der nach Ansprachen des Generallandschaftssyndikus Hoffmann, des Landtagsabgeordneten Geheimrats Goerdeler und des Superintendenten Jaekel unter begeisterter Zustimmung der zahlreichen Anwesenden folgende Entschließung zur Annahme gelangte:

Ueber 1000 in Marienwerder versammelte deutsche Männer und Frauen erheben einmütig flammenden Widerspruch gegen die unbegründeten Ansprüche der Polen auf Losreißung deutscher Landesteile und insbesondere unserer Heimatprovinz Westpreußen.

Außerdem wurden Telegramme an Seine Majestät den Kaiser, an Hindenburg und an den Reichskanzler des Inhalts abgesandt, daß die Bewohner Westpreußens zur Hergabe des Letzten an Gut und Blut entschlossen seien, wenn die Feinde durch Antastung unserer Ehre und Freiheit uns zum Endkampfe zwingen würden.

Arbeiterzeitung

Ein anderes Kriegsziel.

Sie wollen alle dasselbe, und darum muß der Krieg weitergeführt werden! Das ist so die Logik der Reden, die über Krieg und Frieden vernommen werden, und von dem furchtbaren Mißverständnis, als das sich der Krieg darstellt, ist das nun wohl der Gipfel. Was sagt Deutschland? Wir sind von einer Welt von Feinden angegriffen worden, sie haben sich alle zusammengetan, um uns und unsere Verbündeten zu vernichten; wir können also nur einen Frieden schließen, der es den Gegnern unmöglich macht, uns noch einmal zu überfallen, der uns die Sicherheit gibt, daß die Gegner fortan Ruhe geben. Da aber die Gegner auf einen solchen Frieden nicht eingehen wollen, müssen wir weiterkämpfen, bis wir ihnen einen solchen uns sichernden und dauernden Frieden aufzwingen können. Was sagt England? Das haben wir gestern in der Rede des Staatssekretärs Grey gehört. Der Krieg ist von Deutschland heraufbeschworen worden, also müssen die Alliierten Bürgschaften erhalten, daß Deutschland sie nicht wieder anfallen könne: „Nachdem wir die furchtbare Erfahrung gemacht haben, was ein Krieg bedeutet, haben wir beschlossen, daß er nicht enden soll, ehe wir sicher sein können, daß die Generationen und Völker der Zukunft nicht wieder einer so furchtbaren Prüfung ausgesetzt werden sollen." Das ist genau dasselbe, was Deutschland sagt; Grey will denselben Frieden wie Bethmann und beide berufen sich auf die gleiche Notwendigkeit. Wenn sie es so meinten, wie sie es sagen, könnte morgen die Verhandlung über den Frieden beginnen.

Ob es Herr Grey ehrlich meint, wenn er Englands Kriegsziel lediglich als das tiefe Bedürfnis erklärt, zu verhüten, daß die Menschheit mit der Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe noch einmal heimgesucht werde, wissen wir natürlich nicht; möglich ist schon, daß die Einsicht in die Kriegslage dabei mitgewirkt hat, daß sich die ursprünglichen Pläne und Absichten nun in ein so ideales Ziel verwandelt haben. Aber daß man diese Rede des englischen Staatssekretärs als einen Beweis anführen könnte, daß jener Vernichtungswille, gegen den man bis zum letzten Atemzug kämpfen müsse, in England noch lebendig sei, das scheint uns doch unmöglich; der Wille zur Vernichtung drückt sich wohl anders aus als in der advokatorischen Beweisführung, daß England an dem Ausbruch des Krieges unschuldig sei und nichts von ihm begehre, als daß es für die Folge von der ständigen Kriegsgefahr, die in dem „preußischen Militarismus" liegen soll, befreit werde. Es ist richtig, daß die englischen Staatsmänner anders geredet haben, als sie meinten, Deutschland in einem Stoß überrennen zu können, und richtig, daß sie hofften, nach der Niederlage der Mittelmächte große Beute zu machen. Aber erwägt man, wie der Stand der Dinge jetzt ist und welche Friedensmöglichkeiten in ihm liegen, so sind natürlich nicht die früheren Reden entscheidend; entscheidend sind allein die Reden, die jetzt gehalten werden: weil nur aus ihnen zu erkennen ist, was sich England vom Kriege noch verspricht, was zu erreichen es von ihm erhofft. In alten Zeitungsschnitzeln die „Dokumente" für den absoluten und unbeugsamen Vernichtungswillen Englands zu suchen, mag ein Stoff für die ausufernden Traktätlein sein, die jetzt in Deutschland fabriksmäßig erzeugt werden; wenn man aber herausfinden will, ob es in England noch ein Siegesbewußtsein gibt, die Hoffnung, die Kriegslage ernstlich zu wenden, noch besteht, so muß man sich natürlich daran halten, was in England jetzt erklärt wird, und was die verantwortlichen Leute erklären. Man hat immer eingewendet, die Gegner müßten zu dem Bewußtsein der Tatsachen gebracht werden. Aber die Tatsachen *sind* ihnen bewußt geworden: in dem Unterschied ihrer Reden von heute und ihrer Reden zu Beginn des Krieges, in der Herabstimmung ihrer Kriegsziele von der Vernichtung des Gegners zu einer Vereinbarung, wie der Frieden fortan in die beste Hut gebracht werden könnte, ist dieses Bewußtsein der Tatsachen, wie sie der Krieg geschaffen hat, deutlich zu spüren. Das Kriegsziel der Vernichtung hat sich in ein Kriegsziel der friedlich-schiedlichen Vereinbarung gewandelt: der Unterschied ist wahrlich nicht gering. Daß man in dieser Herabstimmung nicht die Erweckung moralischer Grundsätze zu erkennen habe, ist selbstverständlich; wenn die Gegner gesiegt hätten, wären ihre Ziele wohl nicht herabgestimmt worden, hätten sich eher noch gesteigert. Das ist überhaupt das dialektische Gesetz des Krieges: daß die Niederlage den Eroberungskrieg in einen Verteidigungskrieg, der Sieg den Verteidigungskrieg in einen Eroberungskrieg verwandelt; und daß die Verwandlung ihr Feigenblatt erhält, wie etwa, daß die Eroberungen, die erstrebt werden, nun „reale Garantien" heißen, die Verteidigung sich als das Streben nach einer sittlichen Ordnung verkleidet, tut dabei nichts zur Sache. Da es, solange Krieg ist, eine moralische Verpflichtung ist, dem Gegner nicht nur nicht zu glauben, sondern ihm auch das Schlimmste zuzutrauen, so könnte man, wenn es auf den Wert der Worte ankäme, aus dem Kriege gar nie herauskommen. Deshalb ist es besser, die Dinge ins Auge zu fassen, und die sind diese: Den Plan, der sie geleitet hat, hat die Koalition der Gegner aufgegeben; sie hofft nicht mehr darauf, die Mittelmächte, wie das Wort lautet, zu vernichten, und nicht, weil sie es hofft, setzt sie den Krieg fort. Sie hofft nur noch, aus dem Kriege gleichsam mit heiler Haut herauszukommen, nicht als Besiegte und Gedemütigte ihn zu verlassen; sie will nicht, daß ihr der Friede diktiert werde, sie will, daß er mit ihr vereinbart wird. Das Kriegsziel zu Beginn des Krieges hat der Krieg verschlungen und ein anderes, das in den Kriegstatsachen liegt, wird allmählich sichtbar.

Aber daß bei dieser Herabstimmung und Umstimmung der Geister die Notwendigkeit, den Krieg fortzusetzen, anders zu beurteilen ist, liegt auf der Hand. Wenn schließlich alle dasselbe wollen, nämlich das eine, daß dieser Krieg mit einem Frieden beendigt wird, der die Sicherheit gibt, daß derlei Entsetzliches sich nie wiederholen kann, so bleibt nur noch das Wie übrig, und das zu finden kann doch nicht außerhalb des Bereiches des menschlichen Scharfsinns liegen. Vielleicht könnte man, statt immer gegeneinander zu schmähen, einmal vernünftig miteinander reden.

Neue Freie Presse

26./X. 1918

Der Stand der Friedensfrage.

In Erwartung der Aeußerungen der Ententemächte über die Bedingungen des Waffenstillstandes.

Wien, 25. Oktober.

Präsident Wilson hat in seiner letzten Antwortnote erklärt, er könne sich nicht mehr weigern, mit den Regierungen der Entente die Frage eines Waffenstillstandes aufzuwerfen. Der Präsident hat den Notenwechsel den Ententeregierungen übermittelt und an diesen ist es jetzt, zu erklären, ob sie mit den Wünschen Wilsons einverstanden sind, woran wohl nicht zu zweifeln ist. Nun werden die Ententeregierungen ihre militärischen Vertreter auffordern, die Bedingungen zu unterbreiten, die sie für einen Waffenstillstand für notwendig halten.

Der nächste Schritt dürfte somit darin bestehen, daß Feldmarschall Foch und Marschall Haig sagen, was sie als die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes betrachten. Es wird daher in Deutschland erwogen, ob man nicht diese Aeußerungen abwarten solle, bevor man die Note Wilsons beantworte. Ferner wird die Möglichkeit überlegt, ob nicht vorläufig eine Erklärung des Reichskanzlers im Reichstage genügen würde.

Eine neutrale Stimme kennzeichnet das Verfahren Wilsons dahin, daß er immer N + 1 verlangt, das heißt in jeder Note einen Schritt weiter geht als in der früheren. Die Note des Präsidenten Wilson enthält dreierlei neue Bedingungen des Friedens. Schonend hat er in der ersten Note die Frage der deutschen Regierungsform gestreift. In der zweiten hat er die Forderung verschärft, indem er die Vernichtung der willkürlichen Macht oder mindestens „ihre Herabminderung zu tatsächlichem Unvermögen" verlangte. Nun ist die dritte Stufe erreicht. Präsident Wilson, der in seinem Programm nicht ein Wort vom deutschen Kaiser gesprochen hat, geht jetzt so weit, daß er gar keine Friedensverhandlungen dulden will, für den Fall als er jetzt oder in Zukunft mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten zu verhandeln hätte. Diese Forderung ist, wie bereits auseinandergesetzt wurde, unklar, weil weder der Kreis, um den es sich hiebei handelt, bestimmt ist, noch aus der Fassung hervorgeht, ob Präsident Wilson nur meint, daß er nicht unmittelbar mit diesen Personen verhandeln wolle, oder ob sich seine Forderung auch auf die mittelbare Verhandlung durch Bevollmächtigte erstreckt.

Ebenso wie diese Forderung, welche die gesamte Friedensfrage betrifft und in Widerspruch zu dem Selbstbestimmungsrechte steht, sind die anderen Punkte der Note Wilsons. Welcher Empörungsschrei ist durch die Entente gegangen, als Oesterreich-Ungarn von Serbien nach der Attentatspolitik verlangte, es solle Sicherheiten geben, daß die Gehässigkeiten aufhören und die Gärungen sich nicht ausbreiten. Wie hat man Rußland beklagt, das den Sieger zwingen wollte, bedingungslos das eroberte Gebiet zu räumen, und sich am Schlusse noch weigerte, überhaupt einen Friedensvertrag zu unterfertigen. Nun verlangt Wilson, der Waffenstillstand solle so beschaffen sein, daß die Entente in die Lage versetzt werde, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und Deutschland die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich zu machen. In der früheren Note hieß es nur: Bürgschaften für die Fortdauer der militärischen Ueberlegenheit. So geht es immer N + T. Denn wenn ein Land Sicherheiten geben muß, daß es die Feindseligkeiten überhaupt nicht mehr eröffnen kann, bedeutet das die Entwaffnung. Wie scharf ist England im achtzehnten Jahrhundert aufgetreten, als Ludwig XIV., dieser Friedensstörer, gedemütigt werden sollte. England hat damals seine Verbündeten verraten und sich in eine förmliche Verschwörung mit Frankreich eingelassen, nur damit das Gleichgewicht aufrecht bleibe und keine Macht ganz zur Bedeutungslosigkeit herabsinke. Heute, in der Zeit der Gerechtigkeit und des Völkerbundes, sind diese Grundsätze vergessen.

Präsident Wilson hat jedoch noch einen anderen Plan für den Waffenstillstand. Er sagt in seiner dunkeln Art, der Waffenstillstand müsse außerdem die Interessen der beteiligten Völker im vollen Maße wahren, und ferner, er müsse den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichern, die Einzelheiten des angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen. Das ist eine Stelle von besonderer Tragweite. Deutschland hat bekanntlich das gesamte Programm Wilsons angenommen und es ist mit ihm dahin übereingekommen, daß es sich bei der Friedenskonferenz nur mehr um die Erörterung der Einzelheiten handeln könne. Diese Besprechung hat jedoch noch gar nicht stattgefunden. Die Frage der Kolonien, von Elsaß-Lothringen, von Posen, die Wiederherstellung von Frankreich und Belgien, hinter der sich eine Kriegsentschädigung verbirgt, das alles ist noch zu regeln, und es wird sicherlich nicht leicht sein, rasch mit allen diesen Problemen fertig zu werden. Trotzdem verlangt Amerika, daß schon im Waffenstillstande, also noch vor den Friedensverhandlungen, der Entente die Sicherheit gegeben werde, daß sie die unbeschränkte Macht habe, die noch nicht bekannten Einzelheiten des noch nicht vorhandenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen. Das ist eine Behandlung, die wohl noch selten einer europäischen Macht zugemutet wurde.

Im Augenblick berührt trotz alledem die erste Frage das deutsche Volk am stärksten. Der Haß gegen Kaiser Wilhelm und gegen die Feldherren springt aus den Worten des Präsidenten hervor, und das künstlich geschaffene Gespenst des „Kaisers", der autokratisch sein Land regiert und an diesem Kriege schuld trägt, verfolgt auch ihn. Vielleicht hängt diese persönliche Gereiztheit zum Teile mit den Ereignissen zusammen, die sich unmittelbar vor der Erklärung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges abgespielt haben. Es wurde berichtet, daß Präsident Wilson wenige Tage vor der deutschen Kundgebung eine Friedensaktion beginnen wollte. Trotzdem wurde der Beschluß des Unterseebootkrieges aus militärischen Gründen nicht rückgängig gemacht. Das deutsche Volk steht vor schweren und schmerzlichen Fragen. Der Weg zum Frieden ist jedoch nicht verrammelt. Die Ententemächte werden sich äußern und der Dornenweg zum Ziele des Friedens wird weitergegangen werden müssen. In England spricht man von der Auslieferung der Unterseeboote und der Handelsflotte und in Frankreich von der Räumung von Elsaß-Lothringen. Der Friede ist sicher durch die Mitteilung des Präsidenten Wilson über den Waffenstillstand nähergekommen. Aber der Beginn der Zeiten des Völkerbundes und der Gerechtigkeit ist ein qualvolles Schauspiel.

Reichspost Abendbl. 26./X. 1918

Die Leitsätze für die Selbstbestimmung der Juden.

Die jüdischen Parteien der Bukowina (jüdische Landespartei, jüdische sozialdemokratische Landesorganisation, Landesorganisation der jüdischsozialistischen Arbeiterpartei „Poale Zion" und zionistische Landesorganisation) haben, wie uns ihr Czernowitzer Zentralbureau mitteilt, am 23. d. in Czernowitz eine gemeinsame Vertrauensmännerversammlung abgehalten und die Vorbereitungen für die Konstituierung der Juden als Nation getroffen. Es wurde in Czernowitz ein Zentralbureau der vereinigten jüdischen Parteien errichtet. In einem Aufrufe „an das jüdische Volk" werden die von den vier jüdischen Parteien am 14. d. vereinbarten Leitsätze der jüdischen Nationalpolitik bekanntgegeben. Da es von großem Interesse ist, zu erfahren, wie sich die Judenparteien die praktische Durchführung der nationalen Selbstbestimmung ihres Volkes vorstellen, soll das wesentliche der Verfassung des künftigen jüdischen Nationalstaates hier mitgeteilt werden:

1. Die jüdische Nation proklamiert ihr Selbstbestimmungsrecht und wird ihre Konstituierung gemäß der Besonderheit ihrer Siedlung auf der Grundlage des Personalitätsprinzipes durch die Nationalversammlung (jüdische Konstituante) vornehmen.

2. Die jüdische Konstituante wird auf Grund des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechtes mit proportionellem Wahlsystem gebildet. Wahlberechtigt sind sämtliche volljährige Juden männlichen Geschlechtes, die in dem zu schaffenden jüdischen Kataster eingetragen sind. Der Kataster wird auf Grund der bestehenden Geburtsmatriken angelegt, wobei es jedermann freisteht, sich durch freie Erklärung aus demselben streichen, bezw. in denselben neu eintragen zu lassen.

3. Die Konstituante hat die Verfassung und Verwaltungsorganisation der jüdischen Nation festzusetzen und die Beziehungen zum künftigen Staatsverbande und zu den Mehrheitsnationen, in deren Mitte die jüdische Nation lebt, im Wege der Verständigung und freien Vereinbarung von Nation zu Nation zu regeln.

4. Die nationale Selbstverwaltung umfaßt neben den kulturellen Angelegenheiten, welche in die ausschließliche Kompetenz der Nation fallen, auch die national wirtschaftlichen sowie jene Angelegenheiten, die sich aus der Stellung der jüdischen Nation als Minderheitsnation ergeben.

5. Die jüdische Verwaltung sorgt für die Verwirklichung und Durchführung nachstehender Forderungen: Gesetzlich zu gewährleistende politische und bürgerliche Gleichstellung; proportionale Vertretung in allen öffentlichen Körperschaften, welche gemeinsame Angelegenheiten zu erledigen haben; volle Freizügigkeit innerhalb des künftigen Staatsverbandes sowie in die neu entstehenden Staatengebilde ohne Beeinträchtigung der politischen, wirtschaftlichen und nationalen Rechte.

6. In außenpolitischer Hinsicht fordert die jüdische Nation: Die internationale Gewährleistung der bürgerlichen Vollberechtigung der Juden in allen Ländern und nationale Minderheitsrechte in den Ländern, in denen sie in Massen leben, insbesondere in den bestehenden und sich neubildenden Staaten Osteuropas; der freien und uneingeschränkten Einwanderungen in alle Länder, insbesondere nach Palästina; des Ausbaues der jüdischen Siedlungen in Palästina und der autonomen Verwaltung derselben.

Schließlich wird erklärt: „Wir appellieren an die Mehrheitsnationen, mit denen wir in Frieden und Freundschaft leben wollen, unsere Rechte zu achten und jene Vereinbarungen, die aus der gemeinsamen Siedelung notwendig werden, im Geiste der Versöhnlichkeit zu treffen. Wir sind eine Nation, die jüdische Nation, und als solche erheben wir unsere Forderung."

Unter den Unterzeichnern des Aufrufes befinden sich u. a. der RAbg. Dr. Straucher, die Landtagsabgeordneten Dr. Fokschaner und Dr. Neumann-Wender, der Handelskammerpräsident Tittinger, die Sozialistenführer Dr. Pistiner, Dr. Friedmann, Dr. Oberländer, Leib Buchbinder, Feiwel Sternberg, Hersch Elßner u. a.

Abgesehen vom außenpolitischen Teile des Programmes, der natürlich nur im Wege internationaler Abmachungen, etwa auf der Friedenskonferenz oder im künftigen Völkerbund zu verwirklichen ist, wobei vorausgesetzt werden muß, daß den übrigen Nationen ähnliche internationale Bürgschaften gewährt werden, kann von den „Leitsätzen" gesagt werden, daß sie eine ernste Arbeit darstellen und sich gar wohl zur Grundlage für eine Auseinandersetzung der jüdischen Nation mit den nichtjüdischen Völkern der Monarchie eignen. Es besteht auf unserer Seite nicht das geringste Bedürfnis, uns in die eigensten Angelegenheiten der jüdischen Nation einzumischen, wir hatten nur immer den begreiflichen Wunsch, daß diese Enthaltsamkeit eine wechselseitige werde. Solange es den jüdischen Parteien nicht gelingt, möglichst die gesamte Judenschaft als jüdischen Nationskörper zusammenzufassen, werden leider die Nötigungen zu Reibungen nicht verschwinden. Schon aus diesem Grunde wünschen wir den Zusammenschlußbestrebungen der genannten vier Judenparteien vollen durchgreifenden Erfolg auf der ganzen Linie, nicht nur in der Bukowina, sondern in allen Kronländern; mit Hilfe des Personalitätsprinzips, das in die Leitsätze aufgenommen wurde, läßt sich ja eine solche Zusammenfassung der gesamten österreichischen Judenheit unschwer bewerkstelligen.

Als besonders bemerkenswert sei schließlich der Umstand verzeichnet, daß das von den jüdischen Parteien (zwei liberalen und zwei sozialdemokratischen!) beschlossene Wahlrecht für die Konstituante die Frauen vom Mitwählen ausschließt. Der Fall ist überaus lehrreich und regt zum Nachdenken darüber an, warum denn gerade die von jüdischen Elementen beherrschten politischen Organisationen unserer Liberalen und Sozialdemokraten gar so eifrig nach dem Frauenwahlrecht für Reichsrat, Landtag und Gemeindestube rufen, nach jenem Frauenwahlrecht, das wir durchaus nicht etwa scheuen, das aber im jüdischen Nationalstaat von Liberalen und Sozialdemokraten abgelehnt wird.

Österr. Volkszeitung
26./X. 1918

Die österreichisch-italienischen Gebiete erklären sich als reichsitalienische.

Italienischer Protest gegen die Sonderstellung Triests.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab Abg. Dr. Conci namens der vorgestern errichteten italienischen „Fascio nazionale", der sich jedoch die beiden Friauler Abgeordneten Dr. Bugatto und Dr. Faidutti und die italienischen Sozialdemokraten nicht angeschlossen haben, eine Erklärung ab, wonach deren Mitglieder auf Grund der vom Präsidenten Wilson aufgestellten und von den Zentralmächten angenommenen Forderungen alle bisher zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörigen italienischen Gebiete als schon aus der territorialen Zugehörigkeit zu derselben virtuell ausgeschieden ansehen. Deshalb könne den italienischen Abgeordneten keineswegs die Aufgabe zufallen, mit der Regierung oder mit den Vertretern der österreichischen Nationalitäten zum Zweck einer Neugestaltung des Staates in Verhandlungen zu treten. Da die innerhalb der jetzigen Grenzen der Monarchie befindlichen italienischen Gebiete nunmehr als virtuell zum italienischen Staate gehörig anzusehen sind, legen sie insbesondere gegen die Ausnahmsstellung Verwahrung ein, die für die Stadt Triest geschaffen werden sollte.

Arbeiterzeitung
27./X. 1918

91

Die Degradierung des Kaisers.

Berlin, 26. Oktober. Im „Vorwärts" wird der Antrag der Mehrheitsparteien über die Stellung der Zivilgewalt über die Militärgewalt mitgeteilt. Danach wird die Reichsverfassung im Artikel 11 wie folgt abgeändert:

Zur Erklärung eines Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich. Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages.

Im Artikel 15 werden folgende Absätze hinzugefügt: Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.

Im Artikel 53 wird folgender Satz hinzugefügt: Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

Im Artikel 64 werden im ersten Satz des Absatzes 2 hinter dem Worte „Kaiser" eingeschaltet: Unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers. (Der Artikel lautet jetzt: Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten.)

Im Artikel 66 werden folgende Absätze hinzugefügt: Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Der „Vorwärts" bemerkt zu dem Antrag noch folgendes:

1. Der Antrag ist schon seit acht Tagen in Vorbereitung, durch die neueste Note Wilsons also nicht veranlaßt.

2. Die Ereignisse der allerletzten Zeit haben diese Verfassungsänderung besonders dringend werden lassen, denn ein Staat darf sich seine Politik nicht einmal von siegreichen Generalen vorschreiben lassen, noch weniger von solchen, die nicht in allen Lagen die erforderliche Einsicht ihres Amtes bekundet haben.

Berlin, 26. Oktober. Der Reichstag verhandelte heute in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Abänderung der Reichsverfassung in dem Sinne, daß zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich ist. Hiezu hatten die Mehrheitsparteien die oben erwähnten Abänderungsanträge eingebracht.

Die Aenderungen beschlossen.

Staatssekretär Gröber erklärte: Die Reichsleitung wird für die Annahme dieser Anträge im Bundesrat eintreten. (Bravorufe.) Die Verantwortung für Krieg und Frieden ist so ungeheuer, daß sie nicht auf die Schulter einer einzelnen Person gelegt werden kann. Die grenzenlosen Opfer an Gut und Blut müssen vom ganzen Volke getragen werden. Daher kann der Krieg auch nur als Volkskrieg mit Zustimmung des Volkes geführt werden. Die Anträge sind weit mehr politischer als militärischer Natur. Im persönlichen Treuverhältnis zwischen Heer und Kriegsherrn wird keine Aenderung eintreten. Ein Zusammenbruch des ganzen Gebäudes unseres Heerwesens ist nicht zu befürchten.

Die Anträge wurden von den Fortschrittlern, Nationalliberalen und Sozialdemokraten befürwortet, von den Konservativen bekämpft. Dr. Landsberg (Sozialdemokrat) wies darauf hin, daß durch diese Anträge die Regierungsgewalt in entscheidenden Punkten in die Hand des Volkes gelegt wird. Die Armee habe den Beruf, die Freiheit des Volkes zu schützen, nicht aber zu vernichten. Jeder von uns will das Beste, um von Deutschland ein namenloses Unheil abzuwenden. Bricht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, dann sind wir nur noch Objekt der Friedensverhandlungen. Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Inland der Bürgerkrieg tobt. Die Mehrheit des Reichstages ist gewillt und kräftig genug, der Freiheit des deutschen Volkes eine Gasse zu brechen.

Bernstein (unabhängiger Sozialdemokrat) sagte: Je radikaler wir vorgehen, desto besser wird der Friede. Nichts ist verbrecherischer, als den Frieden zu hintertreiben, wie dies die Herren von der Rechten und ihre Organe tun.

Kriegsminister Scheuch erklärte: Wir können in den Anträgen nichts finden, was das feste Gefüge des Heeres erschüttern könnte. Besonders ist das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizier nicht berührt.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge in dritter Lesung mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Das Resultat der Abstimmung wurde von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen. Hiedurch ist die Abänderung der Reichsverfassung zum Zwecke der Demokratisierung und Parlamentarisierung größtenteils beendet.

Der Präsident erhielt am Schluß der Sitzung vom Hause die Ermächtigung, die nächste Sitzung erforderlichen Falles einzuberufen.

Haase für Wilhelms Abdankung.

In seiner Rede am Mittwoch im Reichstag erklärte Haase: Die Kronen rollen auf das Pflaster, die Krone des Zaren Nikolaus, die Krone des Bulgarenkönigs . . . Kronen die man schon zu erhaschen glaubte, sind wie Staub im Winde schnell davongeeilt, die Krone von Finnland, Litauen u. s. w. Rings um uns herum tun sich Republiken auf und da soll Deutschland allein, umgeben von Republiken, noch einen Kronenträger haben oder Träger vieler Kronen und Krönlein? . . . Es sind bürgerliche Blätter wie die „Münchener Neuesten Nachrichten", das nationalliberale „Leipziger Tageblatt", die es als Selbstverständlichkeit bezeichnet haben, daß der Träger der preußischen Krone, der deutsche Kaiser sein Amt niederlegt. Eine Reihe anderer Blätter haben viel deutlicher noch gefordert, daß die Dynastie in Deutschland republikanischen Einrichtungen Platz machen müsse . . .

Wichtig sind noch folgende Bemerkungen in den Darlegungen des Redners der Unabhängigen: In der elsaß-lothringischen Frage kann nicht die Sprachgrenze, nicht die Stammeszugehörigkeit, sondern nur der Wille der Bevölkerung entscheidend sein. Mit unseren französischen Freunden kämpfen wir dagegen an, daß Frankreich durch das Schwert Elsaß-Lothringen zurückerobern will. Die elsaß-lothringische Bevölkerung muß selbst darüber entscheiden, welchem Staate sie angehören will. Das gleiche gilt für die deutsch-polnischen Grenzgebiete. Deutsche und Polen müssen gemeinsam alles vermeiden, was die beiden Nationen durcheinanderhetzen kann. Es wäre ein Unglück, wenn durch nationalistische Aspirationen die Verbindung Ostpreußens mit den anderen Teilen des Reiches unterbunden würde. Entscheidend muß sein, was die Bevölkerung will, nicht was einzelne Polen hoffen und wünschen. Wir blicken trübe in die Zukunft wegen der schweren Leiden des Volkes und wegen der fortdauernden unerschwinglichen Kriegslasten. Aber gleichviel wie der Krieg endet, das deutsche Volk wird nicht untergehen. Rettung aus Not, Elend und Unterdrückung kann es freilich im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht finden. Die gesamte Produktion läßt sich ungeheuer steigern, wenn an Stelle der Wirtschaft des Profits die sozialistische Wirtschaftsordnung tritt. Deutschland ist dazu viel reifer als Rußland. Von der Kühnheit und Entschlossenheit der deutschen Arbeiter, freilich auch der Arbeiter anderer Länder, hängt es ab, ob die Umwälzung bald erfolgt oder wir noch schwerere Elendszeiten durchmachen müssen. Letzten Endes wird aus dem Elend doch die volle Befreiung der Menschheit hervorgehen.

Das neue Deutschland.

Bern, 25. Oktober. Die „Populaire" schreibt: Der beste Beweis des neuen Zustandes in Deutschland wurde uns heute durch die Nachricht von der Freilassung Liebknechts gebracht. Ein Freudenschrei in der ganzen Sozialistenwelt wird die Befreiung Liebknechts begrüßen.

Ostdeutsche — Rundschau 94

27. IX. 1918

Die Gärung im deutschen Volke.

(Berliner Brief.)

Von der Erregung, der Scham und dem Zorn, den die Wilsonnoten und unsere demütigenden Antworten darauf in unserer gebildeten Oeffentlichkeit hervorgerufen haben, macht man sich an den Stellen, die montags den zweiten der unterwürfigen Bettelbriefe an das Weiße Haus gleichmütig haben abgehen lassen, sicherlich keine hinreichende Vorstellung. Es ist daher unser aller heiligste Pflicht, dieser Art von „Regierung" die gnügende Kenntnis dessen zu vermitteln, was im Volke vor sich geht!

Es muß der Welt gesagt werden, daß die Lügen von der Verschleppung von friedlichen Bewohnern der besetzten Gebiete schändliche Mache des Verbandes sind und daß diese Bewohner zur Rettung ihres nackten Lebens von deutschen Soldaten menschenfreundlich, vor serbischen und amerikanischen Kanonen geborgen und von Deutschland über die Schweiz nach Frankreich auf seine Kosten zurückbefördert werden in ehrenvollem Gegensatz zu den von Frankreich verschleppten Elsässern, von der Behandlung der ostpreußischen Zivilbevölkerung ganz zu schweigen. Die Organisierung der nationalen Verteidigung in Deutschland aber ist aufzubauen auf ein Referendum aller stimmberechtigten Glieder des Deutschen Reiches. Große Zeiten fordern große Mittel! (eine desbezügliche Anregung ist am 8. Oktober dem Reichskanzler und den Maßgebenden unterbreitet worden). Eingedenk unserer Vorfahren, unserer kämpfenden Brüder zum Sporn, unseren Enkeln zum Vorbild werde zu diesen Maßnahmen gegriffen, um einwandfrei festzustellen, ob die Mehrheit des deutschen Volkes gewillt ist, die schmachvollen Bedingungen Wilsons und des Verbandes anzunehmen, oder ob es entschlossen ist, den Kampf auf Leben und Tod aufzunehmen und gegebenenfalls ruhmvoll unterzugehen. Warum sollte da nicht auch der, den es am meisten angeht, der Feldgraue, mitstimmen dürfen?

Dann aber muß alles, was die Wehre tragen kann, an den Feind, insbesondere diejenigen Kriegsverwendungsfähigen, die seit Kriegsbeginn sich im Lande herumdrücken. Zoll für Zoll mag die Heimaterde verteidigt werden. Jeder Waffenfähige, ob alt ob jung, eile zur Fahne. Mag der Nibelungen Not über uns kommen. Hagen-Geist! Wir sind Manns genug, sie zu bestehen. Das ist der Geist, der uns unbezwinglich machen wird. Wagen wir nicht, ihn zu wecken und stolpern wir bei solchem Referendum des deutschen Volkes über verfassungsmäßige Zwirnsfäden, so sind wir der großen Zeit nicht würdig, in der wir leben. Geächtet sei der Internationalismus, ob golden oder rot, ob Bruderliebe oder Mammon oder Solidarität ihn kittet.

Steht Wilson solchem Entschluß gegenüber, so wird er sich hüten, den Bogen zu überspannen und der Welt einen Kulturfaktor von der Bedeutung des deutschen Volkes zu rauben. Wir gedienten Leute alle, soweit sie noch kriechen können, gehören in den Waffenrock, die anderen in die Bureaus. Jetzt gilt's auf die Zähne zu beißen und es der Weltgeschichte zu beweisen, daß das Wort Civis germanus sum inneren Wert hat und nicht nur ein Requisit der Festkommerse und Liebesmahle ist. Große Zeiten fordern große Mittel! Beseelt dieser Geist den Mann, den York, den wir brauchen, dann werden wir alle lieber zollerisch sterben als wilsonisch verderben wollen.

Neue Freie Presse
28./X. 1918

Bereitwilligkeit Oesterreich-Ungarns zu Sonderverhandlungen.

Informationen von unterrichteter Seite.

Wien, 28. Oktober.

Aus unterrichteten Kreisen kamen uns folgende erläuternde Bemerkungen zur Antwortnote Oesterreich-Ungarns an die amerikanische Regierung zu:

Die amerikanische Regierung hat durch ihre Antworten auf die Noten der Zentralmächte und der Türkei, in denen die verbündeten Mächte den Wunsch nach Herbeiführung eines Waffenstillstandes und sich daran knüpfenden Friedensverhandlungen ausgedrückt haben, zu erkennen gegeben, daß die Entente die Waffenstillstandsfrage nicht gemeinsam, sondern im Wege von abgesonderten Verhandlungen mit den Zentralmächten und der Türkei zu behandeln wünsche.

Die Verbündeten würden, falls die Entente auf ihrem Wunsch besteht, genötigt sein, auch auf diese Bedingungen einzugehen, so daß dann eventuell Oesterreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei in abgesonderte Verhandlungen eintreten würden.

Unsere Note ist nicht als direktes Anbot eines Sonderfriedens aufzufassen, sondern als die Erklärung unserer Bereitwilligkeit, in abgesonderte Verhandlungen einzutreten, falls die Entente dies wünschen sollte.

Eine durchgreifende Umgestaltung der staatsrechtlichen Struktur unseres Reiches, wie sie als Folge der Annahme der durch den Präsidenten Wilson gestellten Bedingungen einzutreten hat, ist jedoch nur nach Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse in vernünftiger Weise zur Durchführung zu bringen. Es ist daher notwendig, vorerst den Waffenstillstand abzuschließen und sodann die bereits eingeleiteten Reformen ins Leben zu rufen.

Mittlerweile hat eine großzügige italienische Offensive eingesetzt, die man wohl im gegenwärtigen Momente als ganz zwecklos bezeichnen muß. Denn wenn Italien auf dem Boden des Wilsonschen Programms steht, dann kann es seine Wünsche ohne weiteres Blutvergießen zur Erfüllung bringen. Es dürfte sich daher den Italienern nur darum handeln, im letzten Augenblick durch eventuelle Erfolge einen Anspruch auf Befriedigung von Bestrebungen, die weit über den Rahmen Wilsons hinausgehen, zu erheben.

Bei dieser Gelegenheit kann mit hoher Befriedigung darauf hingewiesen werden, wie tapfer unsere Armeen, in deren Reihen sich alle unsere Völker befinden, kämpfen. Unsere braven Truppen zeigen eine Begeisterung, die im krassen Widerspruche mit der Zerfahrenheit im Hinterland steht.

Die Zeit
28/X. 1918

97

Die Antwort Oesterreich-Ungarns an Wilson.

KB Wien, 28. Oktober. Der Minister des Aeußern Graf Andrassy hat gestern den österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm beauftragt, die königlich schwedische Regierung zu ersuchen, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nachstehende Antwort auf deren Note vom 18. d. zu übermitteln:

„In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichteten Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. d. und im Sinne des Entschlusses des Herrn Präsidenten, mit Oesterreich-Ungarn abgesondert über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens zu sprechen, beehrt sich die österreichisch-ungarische Regierung, zu erklären, daß sie ebenso wie den früheren Kundgebungen des Herrn Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker Oesterreich-Ungarns, speziell über jene der Tschecho-Slowaken und der Jugoslawen, zustimmt.

Da sonach Oesterreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von denen der Herr Präsident den Eintritt in Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, steht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginn dieser Verhandlungen nichts mehr im Wege.

Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten, und bittet den Herrn Präsidenten Wilson, die diesfälligen Einleitungen treffen zu wollen."

Tägliche Rundschau 28./X.1918

Kundgebungen der Berliner Unabhängigen Sozialdemokraten.

Liebknecht bei seinen Genossen.

Fünf Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten, die unter dem Deckmantel von Wahlversammlungen für die bevorstehende Reichstagsstichwahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreis einberufen worden waren, fanden gestern in Berlin, und zwar in den Sophien-Sälen, im Stadttheater Moabit, in den Andreas-Festsälen, in Habels Saal in der Bergmannstraße und in den Musikersälen in der Kaiser-Wilhelm-Straße statt, die bis auf den letzten Platz gefüllt waren. In den letzten Tagen waren anschließend an diese Bekanntmachung Handzettel in Arbeiterquartieren verteilt worden, welche u. a. die Aufforderung enthielten, anschließend an die Versammlungen Demonstrationszüge zu veranstalten. Diese Zettel haben jedoch ihren Zweck verfehlt. Es kam nirgends zu derartigen Zügen, wenigstens nicht in größerem Maßstabe. Hier und da wurden kleinere Trupps von Arbeitern, die dem Schloß zustrebten, von den Schutzmannsposten zurückgewiesen. Die größte Anziehungskraft aber war für die Versammelten der Besuch von Liebknecht, der in allen fünf Sälen erschien und, stürmisch bejubelt von den Anwesenden, hier kurze Ansprachen hielt. Er ging dabei nicht auf die Reichstagsstichwahl im 1. Berliner Reichstagswahlkreis ein, sondern schilderte kurz die Lage Deutschlands, das er durch eine wirkliche Volksherrschaft beherrscht wissen will. Deren Aufgabe bestehe darin, einen Weltfrieden zustande zu bringen, bei dem die Arbeiter aller Länder sich die Hände reichen und, umschlungen vom Bande des internationalen Sozialismus, nie wieder ein Weltblutbad entstehen lassen würden. In den einzelnen Versammlungen sprachen die Reichstagsabgeordneten Büchner, Ledebour, Herzberg, Zubeil und Landtagsabgeordneter Hoffmann. In den Sophiensälen betrat unter anderen auch ein Vertreter der neuen Fortschrittspartei die Rednertribüne, welcher die Sympathie dieser neuen Spielart der Demokratie den „Unabhängigen" überbrachte. Es erregte große Heiterkeit, als Reichstagsabgeordneter Ledebour hierauf eindringlich vor dieser „Bauernfängerei" warnte und sich die Hilfe dieser Herren ebenso höflich wie energisch verbat. Ledebour schloß seine Rede, in welcher er aufforderte, alle Kräfte einzusetzen für einen proletarischen Frieden, für den Sieg der Arbeiterklasse, für den internationalen Sozialismus mit den bezeichnenden Worten „Genossen, seid bereit zu allem! Seid bereit zur Tat!" — In einer Entschließung heißt es, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten weder für Kempner, den Vertreter des Bank- und Industriekapitals, noch für Heimann, den Regierungssozialisten, zur Wahlurne gehen werden.

*

Amtlich wird über die Straßenumzüge folgendes berichtet: Im Anschluß an fünf Wahlversammlungen, welche die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands Sonntag mittag in Berlin veranstaltet hatte, und an denen insgesamt etwa 5—6000 Menschen teilnahmen, kam es an einigen Stellen der Stadt zu unbedeutenden Ruhestörungen, welche von der Polizei ohne Schwierigkeit unterdrückt wurden. Vor der russischen Botschaft hatte sich am späten Nachmittag eine größere Anzahl unreifer Burschen versammelt, welche durch ihr lärmendes Auftreten zahlreiche Neugierige herbeizogen. Dadurch wurde der Verkehr behindert, so daß er durch Eingreifen der Schutzmannschaft geregelt werden mußte. Es fanden im ganzen sechs Festnahmen statt.

Berner Bund 28./X. 1918

Eine Volkserhebung in Budapest

Der ungarische Nationalrat

Budapest, 26. d. (U. K. B.) Vergangene Nacht wurde in einer Konferenz der Vertreter der Karolyi-Partei, der Sozialdemokraten und Radikalen die Bildung eines ungarischen Nationalrates beschlossen. Der Nationalrat erließ eine Proklamation an das Ungarnvolk, welche in 12 Punkten das Programm des Nationalrates zusammenfaßt.

Dieses verlangt die unverzügliche Entfernung des jetzigen korrupten parlamentarischen und Regierungssystems, die unverzügliche Sicherung der vollständigen Unabhängigkeit Ungarns, sowohl außenpolitisch wie wirtschaftlich und militärisch. Die ungarländischen Heere sind aus dem Auslande zurückzuberufen und die ausländischen in die Heimat zurückzubefördern. Dem hoffnungslosen Kriege müsse sofort ein Ende gemacht werden. Bei Friedensschluß dürfen allein die Interessen Ungarns vor Augen gehalten werden unter Auflösung des deutschen Bündnisses. Die Auflösung des Abgeordnetenhauses, die Ausschreibung von Neuwahlen, die Inartikulierung des allgemeinen, gleichen und geheimen, auch auf die Frauen sich erstreckenden Wahlrechts. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse unverzüglich gesichert werden für die nicht ungarisch sprechenden Völker des Landes im Sinne der Wilsonschen Prinzipien. Weiter werden gefordert das Vereins- und Versammlungsrecht, die Abschaffung der Zensur, die Preßfreiheit, Amnestie für politische Verbrechen, großzügige Grundbesitz- und sozialpolitische Reformen, die Anerkennung der neu entstandenen ukrainischen, polnischen, tschechischen, südslavischen, deutschösterreichischen Nationalstaaten. In dem allgemeinen Friedenskongreß müssen in Vertretung Ungarns Männer entsendet werden, die vorbehaltlose Anhänger der Abrüstung, der obligatorischen Schiedsgerichte und der Liga der Nationen sind. Ueber die Fragen des Krieges und Friedens hat die Volksvertretung zu entscheiden. Die Proklamation kündigt für den Sonntag eine Volksversammlung an.

Große Bewegung in Budapest

SPT. **Berlin**, 26. d. In der ungarischen Hauptstadt ist es zu einer gewaltigen Auflehnung gegen die bisherigen Regierungsgewalten, wenn man will, zu einer offenen Revolution gekommen. Unter dem Vorsitz des Grafen Michael Karolyi hat sich ein ungarischer Nationalrat gebildet Ebenso bildete sich in Budapest ein Arbeiter- und Soldatenrat. Karolyi teilte in einer Audienz dem König die Absicht des Nationalrates mit, über das Schicksal des Landes in Zukunft allein bestimmen zu wollen.

Fast alle Zeitungen von Budapest treten für Karolyi ein. Sie treten für die direkte Aktion ein. Alle Zeitungen erscheinen mit dem fettgedruckten Vermerk „Unzensiert" und kündigen auch weiterhin die Ablehnung der politischen Zensur an.

Die Universitätsjugend geht organisiert vor, wie die Jugend der Märztage von 1848. Auch die Bürgerschaft schloß sich der Aktion an, und am Freitag abend erschien eine aus 200 Offizieren bestehende Gruppe im Klublokal des Grafen Karolyi und veranstaltete eine Friedenskundgebung. Aber selbst Graf Karolyi ist nicht mehr ganz Herr seiner Entschließungen. Ihm wird von dem neugegründeten Volksrat, betitelt „Ungarischer Nationalrat", jede Handlung vorgeschrieben.

Karolyi, die Sozialdemokraten und Radikalen beim König

Budapest, 27. d. Der Kaiser empfing gestern in Goedelloe eine Anzahl ungarischer Parteiführer und Abgeordnete. Die größte Bedeutung wird den wiederholten Audienzen des Grafen Michael Karolyi und des Oberbürgermeisters von Budapest, Barecz, und des Grafen Hadig zugemessen. Berichtet wird ferner, daß der Kaiser auch die Führer der sozialdemokratischen und radikalen Parteien empfangen hat, nämlich den Radikalen Jaci und die Sozialdemokraten Garari und Kunfi. Durch die Rückkehr des Kaisers nach Wien erlitt die Klärung der politischen Lage in Ungarn einen kurzen Aufschub. Wie verlautet, begaben sich Karolyi, Barcz und Hadig nach Wien, um mit dem Minister des Aeußern, Andrassy, und den österreichischen Faktoren Verhandlungen wegen der Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern zu führen.

Eine Studentenkundgebung

Budapest, 26. d. (U. K. B.) Studenten veranstalteten am Freitag eine Kundgebung. Sie zogen nach Ofen vor das Palais des Grafen Julius Andrassy, welcher eben mit dem Grafen Apponyi und dem Abgeordneten Karl Huszar eine Beratung hatte. Auf die stürmischen Rufe der versammelten Menge erschien Graf Andrassy auf dem Balkon und hielt eine Ansprache. Auch Apponyi und Huszar richteten einige Worte an die Studentenschaft, worauf sich diese zerstreute. Eine ähnliche Kundgebung fand auch vor dem Palais des Grafen Karolyi statt.

Graf Andrassy legte am Freitag den Amtseid als Minister des Aeußern ab.

Da im Kaisermanifest die Rechte der heiligen ungarischen Krone ausdrücklich vorbehalten wurden, ist die Einsetzung eines Nationalrates in Ungarn an Stelle der ordentlichen Behörden ein aufständischer Akt, und die weitere Entwicklung der Ereignisse der Versuch zu einem Staatsstreich zugunsten einer Volksregierung. Karolyi ist in Budapest der Mann des Tages; die Radikalen, die Sozialdemokraten und die Presse haben sich ihm angeschlossen; bei den Bauern hat er Sympathien, weil er, um bei sich selbst den Anfang zu machen, seine großen Güter zu billigem Preis in Kleingrundbesitz aufteilen ließ. Die Sozialisten und die junge Partei der Radikalen sind nicht sehr zahlreich und sind infolge des veralteten Wahlgesetzes in der Kammer nicht vertreten; sie sammelten sich aber in jüngster Zeit, so daß die Bewegung ernst zu nehmen ist.

Berner Bund 28/X. 1918.

100

Eine böhmische Republik?

Die tschechische Abordnung. Tschechen und Deutschböhmen

Auf Grund des Manifestes von Kaiser Karl wollen die Tschechen in den historischen Grenzen des Königreichs Böhmen den neuen tschechischen Staat aufrichten, und zwar in der Staatsform einer Republik, die in engen Beziehungen stehen würde mit der Republik, die der Bruderstamm der Südslawen zu gründen sich anschickt. So lauten die Mitteilungen, die uns anläßlich der Durchreise der tschechischen Abordnung durch die Schweiz gemacht wurden. Diese Abordnung reiste Samstags über Bern nach Genf, wo Besprechungen mit den Vertretern der Tschechenvereine in der Schweiz abgehalten werden. Sie setzt sich zusammen aus den Reichsratsabgeordneten Stanek (Agrarier), Habermann (Sozialdemokrat) und Klofac (National-Radikaler). In Zürich wurde sie von zwei Vertretern der tschechischen Vereine in der Schweiz empfangen. Der bekannte Tschechenführer Dr. Kramarz konnte erst später eintreffen und fuhr direkt nach Genf. Mit ihm reist Bankdirektor Preis, der die tschechische Nationalbank einrichten soll und in der Schweiz Beziehungen anknüpfen möchte, die zum Warenaustausch und Handelsverkehr überhaupt der Schweiz mit dem jungen Tschechenstaat führen könnten.

Die Abordnung war in Wien von Burian empfangen worden und erhielt ohne weiteres die Pässe zur Reise nach Paris, wo sie von der neugebildeten Regierung Masaryk erfahren will, was diese für die Aufrichtung des Staates für Arbeit geleistet hat. Daran werden sich Beratungen knüpfen über das weitere Vorgehen. Die österreichische Regierung hatte gewünscht, daß die Herren Lobkowitz und v. Nadherny auch an der Abordnung teilnehmen sollten. Das wurde abgelehnt, die beiden Herren mögen für sich persönlich reisen, aber nicht als Teilnehmer der Delegation. Die Reise ging gut von statten, in Bern besichtigte die Abordnung das Bundeshaus.

Auch eine Abordnung der Südslawen wird in Paris erwartet, sie soll unter Führung von Kosezorec, der die Agramer Resolution für den Nationalstaat unterzeichnete, in Genf eintreffen. Man versichert uns, daß sich voraussichtlich beide Abordnungen für die Republik aussprechen, aber getrennte Staaten bilden wollen, die bei Preßburg durch einen Korridor, der als Zugang zum Adriatischen Meere dienen würde, Verbindung erhielten. Der tschechische Staat soll sich nach seinen alten Grenzen: Böhmen, Mähren, Schlesien und Slowaken in Nordungarn ausprägen, also ungefähr acht Millionen Tschechen, über drei Millionen Deutsche und zwei Millionen Slowaken umfassen. Mit den Deutschen wären sofort Unterhandlungen anzuknüpfen, um einen Ausgleich herbeizuführen, der ein freundschaftliches und ersprießliches Zusammenleben im Staate sichern würde. Die Bolschewiki wären den Tschechen nicht gefährlich, da alle Kreise national gesinnt sind, insbesondere auch die Truppen, die aus Frankreich und Rußland zurückkehren werden. Einen guten Rückhalt hätten die Tschechen an ihren Landsleuten in Amerika, die in großer Zahl wohl in die alte Heimat zurückkehren würden, sobald diese ihre staatliche Selbständigkeit erlangt.

Das sind die Mitteilungen, die uns von seiten in der Schweiz vorhandenen Tschechen, die mit der Abordnung in Verbindung stehen, über die Pläne für die Einrichtung der neuen slawischen Staaten gemacht werden.

*

Daß die Tschechen ein politisch hervorragend begabtes Volk sind, das sich zu rühren und geltend zu machen versteht, haben sie längst erwiesen.

Sie sind wohl befähigt, eine Republik zu gründen und zu halten, wenn sie den festen Willen dazu haben, und es wäre kein großer Anfang ihrer Selbständigkeit, wenn sie auf die Königssuche ausgehen müßten. Daß sie aber zu allererst mit den Deutschen in Böhmen unterhandeln wollen, um einen Ausgleich zwischen den beiden Volksteilen herbeizuführen, würde der Republik und dem Deutschtum eine weite Perspektive eröffnen. Wir haben dazu nichts zu sagen, aber den Gedanken der weiten Perspektive müssen wir aussprechen. Die Deutschen in Böhmen treten als besonderes Volk aus dem Rahmen des Deutschtums hervor, so kennt sie die Geschichte, so kennen wir sie, es sind Böhmen. Sie sind ein unternehmender, tatkräftiger Schlag und haben am Rand der tschechischen Gebiete die reichen, berühmten Fabriken und Industriestädte, die böhmisches Glas, Porzellan, böhmische Spitzen und böhmisches Bier liefern, überall unter diesen Namen bekannt. Daß die Tschechen die Deutschböhmen in ihrem Staat erhalten möchten, ist selbstverständlich. Wie ist's aber mit den Deutschen? Hätten nicht auch sie ein großes Interesse, in Böhmen zu bleiben, wenn dieses als Republik in den Völkerbund eintreten würde und es dabei einen richtigen Ausgleich, eine Verständigung und Versöhnung mit den Tschechen gäbe? In der Demokratie und im Völkerbund muß künftig die Vergewaltigung eines Volksteils durch den andern von selbst aufhören. In der Republik hätten die Deutschböhmen andern deutschen Stämmen gegenüber sofort einen Vorsprung an Ansehen und politischen Aufgaben.

Und noch eines. Wir wissen, wie schwer es so vielen Deutschen in Böhmen fallen würde, sich vom tschechischen Gebiet zu trennen, ihre bisherige Hauptstadt, das goldene Prag, wo 40,000 Deutsche wohnen, zu verlieren. Es wäre ein großes Verdienst, gerade auch um das Deutschtum, wenn sie ihre Arbeit und Kultur auf dem ganzen Gebiet behaupten und im Verein mit ihren tschechischen Mitbürgern weiter entwickeln würden. Noch mehr, es wäre für die Tschechen und die Deutschen eine Ruhmestat, wenn sie draußen an der Ostmark zusammen einen Freistaat gründen würden, wo verschiedene Nationalitäten sich vertragen und schätzen lernen könnten, während anderwärts in ungesunder Uebertreibung des Prinzips die Nationalitäten sich abschließen wollen, um Mißachtung und Verständnislosigkeit gegeneinander zu pflanzen.

Pester Lloyd

28/X. 1918

28
102

Eine vernünftige englische Stimme.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 28. Oktober.

Manchester Guardian veröffentlicht einen Artikel seines diplomatischen Mitarbeiters, der ausführt, daß zu weitgehende Forderungen von seiten der Entente die Friedensaussichten nur verderben können. Deutschland scheint tatsächlich bereit, den preußischen Militarismus abzuschaffen. Dieser Stimmung wird jedoch ein Versuch der Alliierten, in Deutschlands interne Angelegenheiten hart einzugreifen, ein Ende machen. Es ist bedauerlich, daß die Entente sich bereits in Verfassungsfragen, die laut unserer Prinzipien, Fragen des Selbstbestimmungsrechtes sind, hineingemischt hat, während der Waffenstillstand oder sogar der Friede zu völlig genügenden Bedingungen erreichbar erscheint, besonders wenn die Führung der Ententepolitik in einer Hand vereinigt werden könnte. Diese Forderungen könnten in Deutschland den Eindruck erwecken, daß London und Washington uneinig sind, was aber nicht der Fall ist, da man sich nur zu erinnern braucht, daß sämtliche Minister mit den Wilsonschen Forderungen einverstanden sind. Alles was für die Regelung von Europas inneren Angelegenheiten verwirklicht werden kann, ist greifbar in unserem Bereich, und es ist nutzlos, ja sogar schädlich, alles zu verlieren oder zu gefährden.

Die französische Presse für die Aufrechterhaltung Oesterreichs.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Wien, 28. Oktober.

Der Berner Korrespondent des Neuen Wiener Tagblattes meldet: Die französische Presse fährt fort, sich für die Aufrechterhaltung Oesterreichs einzusetzen. Die Action Française schreibt: Die Absichten Wilsons und der Entente ist nicht, Oesterreich zu zerstückeln, sondern Deutschland zu besiegen, wozu es nötig sei, seine Verbündeten ihm abspenstig zu machen, wie es mit Bulgarien gelungen ist. Oesterreich ist militärisch nicht besiegt, sondern steht besser als Deutschland. Es muß durch politischen Druck zur Kündigung des Bündnisses gezwungen werden. Eine Zerstückelung könnte nur dazu führen, daß Mitteleuropa erst balkanisiert und dann sowjetisiert werde, dann aber würde eine deutsche Einheit geschaffen werden, die mit Anschluß Deutschösterreichs und dem Bündnisse mit Ungarn bis zu den Toren des Orients sich ausdehnen würde. Dies sei zu verhindern. Die Entente müsse verstehen, was Frankreichs öffentliche Meinung schon weiß, daß das Endresultat des Krieges und die Zukunft Europas von der Neugestaltung der Donaumonarchie abhängt. In ähnlichem Sinne äußert sich die Humanité, die hinzufügt, daß ein unabhängiges Deutschösterreich und ein Jugoslawia aus wirtschaftlichen Gründen nicht lebensfähig wären, deshalb müssen die österreichischen Völker sich verbinden, sogar unter dem jetzigen Kaiser. Le Journal glaubt, die Meldung vom Zerfall Oeststerreichs sei eine tendenziöse deutsche Nachricht, um Deutschösterreich zum Anschluß an Deutschland zu bringen.

Vossische Zeitung 29./X. 1918.

Gesamtdeutsche Nationalversammlung.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Quessel veröffentlicht in der heute erscheinenden Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ einen Aufsatz, worin die positive Seite entwickelt wird, die das Selbstbestimmungsrecht für die Entwicklung der deutschen Nation hat, und die geradlinig zu der Teilnahme an einer Zusammenfassung Kontinentaleuropas führt. Von besonders hohem Interesse ist die Anregung Quessels, eine konstituierende Nationalversammlung der deutschen Nation zu bilden, die ihr die künftige Einheit geben soll. Wir geben nachstehend die wesentlichen Stellen des höchst bemerkenswerten Artikels wieder.

Will man eine Lehre aus den letzten Jahren ziehen, so wird man sagen müssen, daß die Nationen sich überall weit stärker erwiesen haben als die Staaten. Das autokratische Rußland brach auch deshalb so hilflos zusammen, weil es das Recht der Nationen systematisch verneint hatte. Auf den Trümmern des autokratischen Imperiums nahmen dann die freien Völker Rußlands Platz, denen es wohl gelungen wäre, haltbare Lebensformen für ein östliches, auf nationalstaatlichen Grundlagen errichtetes föderatives Imperium zu schaffen, wenn nicht die Gewaltakte der kurzsichtigen Bethmann-Kühlmannschen Randstaatenpolitik sie daran gehindert hätten. Was den freien Völkern Rußlands, wenn auch vielleicht erst nach vielen Reibungen und Fehlgriffen, hätte gelingen können, war bei den Nationen der Donaumonarchie von vornherein zum Mißerfolg verurteilt. Im Gegensatz zum alten und neuen Rußland drängten die Randvölker der Donaumonarchie ganz naturgemäß anderen staatlichen Gemeinschaften zu.

Wird nun aber an die Stelle des österreichisch-ungarischen Reiches nichts anderes treten? Daß die deutschösterreichischen Landesteile ihre Wiedervereinigung mit Deutschland erstreben müssen, versteht sich eigentlich von selbst. Es wird Sache einer aus allen deutschen Volksteilen, die sich zu einem neuen Deutschen Reich zusammenschließen wollen, zu bildenden konstituierenden Nationalversammlung sein der deutschen Nation ihre staatliche Einheit zu geben, die Grenzen des Reiches zu bestimmen und so eine wirkliche deutsche Demokratie zu schaffen. Wie sich das Verhältnis des neuen Deutschlands zum Tschechenstaat gestalten wird, das hängt natürlich noch von mancherlei Faktoren ab, namentlich davon, wie sich diese Staatsbildung vollzieht und welche Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten und Westen in Zukunft zu erwarten sind. Der tschechische Staat kann jedenfalls in wirtschaftlicher Isolierung auf die Dauer nicht leben. Er wird sich, rein wirtschaftlich, entweder an ein vorhandenes Imperium anlehnen oder sich einem werdenden Imperium eingliedern müssen. Er kann sich unter den Schutz der angelsächsischen Weltreiche stellen, er kann sich an Rußland anlehnen, er kann einen wichtigen Bestandteil eines neuen Kontinentaleuropas bilden. Verkehrslage und Volkswirtschaft weisen ihn ökonomisch wohl mehr auf Deutschland als auf Rußland hin. Das gilt auch für den neuen magyarischen und den rumänischen Staat, die aus der Friedenskonferenz hervorgehen werden. Nicht zu zweifeln ist auch daran, daß ein Großdeutschland, das in Freundschaft mit dem neuen Rußland lebt, gar keine Reibungsflächen mit dem neuen Großserbien hat. Und wie das alte, so wird auch das neue Italien wirtschaftlich auf Deutschland angewiesen sein.

Für die politische Stellungnahme der romanischen Völker zum neuen Deutschland wird freilich unser Verhältnis zu Frankreich von ausschlaggebender Bedeutung sein. Gemäß Punkt 8 der Wilsonschen Botschaft vom 8. Januar 1918, die von der deutschen Regierung in ihrer Note vom 12. Oktober 1918 vorbehaltlos angenommen wurde, hat sich das deutsche Volk durch seine demokratische Regierung bereit erklärt, „das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde, wiedergutzumachen“. Damit ist die intransigente Haltung Deutschlands, und namentlich der deutschen Linken, die die elsaß-lothringische Frage durchaus als eine innerdeutsche statt als eine internationale Frage ansehen wollte, und die in dem Kühlmannschen „Nein! Niemals!“ ihren bezeichnenden Ausdruck fand, endlich, endlich aufgegeben. Das kann sich nur so vollziehen, daß das deutsche Volk der elsaß-lothringischen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung vom Deutschen Reich zuerkennt, so daß es ihr überlassen bleibt, darüber zu entscheiden, ob sie die Wiedervereinigung mit Frankreich herbeiführen oder einen selbständigen neutralen Staat bilden oder sich an einen anderen Staat anschließen will. Wie auch die Entscheidung der elsaß-lothringischen Bevölkerung ausfallen wird: das deutsche Volk wird eine solche freie Auswirkung des Selbstbestimmungsrechtes als Endurteil annehmen.

Was das obrigkeitlich regierte Ost- und Mitteleuropa wohl als Ideal erkannte, aber nicht zu verwirklichen vermochte: nämlich die Völker des europäischen Kontinents zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenzufassen, wird dem demokratischen Ost- und Mitteleuropa kein unerreichbares Ziel mehr sein. Die Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die zu erstreben uns der 3. Punkt der Wilsonschen Friedensbedingungen verpflichtet, wird und muß zu einem kontinentaleuropäischen Wirtschaftsimperium führen, weil eine solche Gleichheit sich durch völkerrechtliche Verträge nur unvollkommen erreichen läßt, vielmehr zu ihrer vollen Verwirklichung eine überstaatliche Organisation, eben das ökonomische Imperium, notwendig macht. Die Zusammenfassung Kontinentaleuropas, wie sie hier seit jeher gefordert wurde, bedeutet nicht die Schaffung eines Machtkörpers oder einer Mächtegruppe zur Bedrohung anderer. Sie bedeutet nur einen Zusammenschluß zu Arbeitszwecken, der die angeschlossenen Völker auf eine höhere Stufe ihres Daseins hebt, weil er eine weitgreifende Rationalisierung ihrer Produktion zu seinem eigentlichen Inhalt hat. Auf der Basis ökonomischer Verhältnisse war Kontinentaleuropa schon vor dem Kriege eine wirtschaftliche Einheit geworden, ähnlich wie Australien, Südamerika und Indien. Durch die Vereinigung seiner Völker zu einem Wirtschaftskomplex würde es auch zu einer produktiven Einheit werden und damit nicht nur seine eigene Zukunft sicherstellen, sondern auch höheren Menschheitsinteressen dienen.

Vossische Zeitung 29./X.1918.

Türkisches Sonderfriedensangebot.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Genf**, 28. Oktober.

Das „Journal de Genève" veröffentlicht eine Depesche aus Bern, die besagt, die türkische Gesandtschaft in Bern habe am Freitag morgen der französischen Botschaft und der englischen Gesandtschaft eine Note der türkischen Regierung an die französische und die englische Regierung überreicht, in der sie Waffenstillstand sowie Verhandlungen über einen Frieden verlangt.

Konstantinopel, 28. Oktober.

Das Blatt „Akscham" meldete gestern von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit General Townshend abgereist. Die Nachricht beschäftigt heute die Presse und wird meist in anerkennendem Sinne besprochen. Viele geben sogar schon die Bedingungen bekannt. „Tanin" erklärt dagegen, alle derartigen Nachrichten, auch aus offizieller Quelle, als reine Vermutungen. Es sei anzunehmen, daß eine amtliche Persönlichkeit derartige Meldungen gegeben hatte, um das aufgeregte Publikum zu beruhigen. Wahr scheine zu sein, daß Verhandlungen inoffiziell eingeleitet sind. Eine feindliche Gegenäußerung sei gestern eingelaufen.

„Tanin" erklärt, man könne nur versichern, daß die offiziellen Kreise hoffnungsvoll gestimmt seien. Einige versichern, daß die feindlichen Bedingungen günstig seien und ein Abschluß bevorstehe. Andere erwarten tagelange Verhandlungen und glauben, daß die Bedingungen schwer seien. Nach den vorliegenden Aeußerungen scheint man zu wünschen, daß die Meerengen geöffnet werden und die Flotte einfahre, ohne, bis auf eine kleine Abteilung zur Ueberwachung der Demobilisation, eine Landung zu unternehmen. „Seman" nennt die Bedingung der Bildung eines Gendarmeriekorps zur Sicherheit sowie der Bestrafung gewisser Personen eine ungebührliche Einmischung in türkische Angelegenheiten. „Sabah" erwartet ein Weiterkämpfen Deutschlands und begrüßt es, daß die Türkei ihr Schicksal von dem Deutschlands getrennt habe. Das Blatt verlangt gehässig ein sofortiges Ausschalten des deutschen Militärs aus dem türkischen Heere, da die Feinde sonst nicht an die Ehrlichkeit des türkischen Friedenswillens glauben würden. „Ikdam" spricht für eine Loslösung von dem Zentralkomitee und eine Neuorientierung der Komiteepolitik.

Vossische Zeitung 29./X. 1918.

Kein Gewaltfrieden!

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

* **Genf**, 28. Oktober.

Die sozialistischen Vereine, die „Confédération générale du travail", die Liga der Menschenrechte, die „Coalition républiquaine" und die sozialistische Partei haben ein Manifest veröffentlicht, das folgendermaßen schließt: „Wilson hat die Vorbedingungen eines Waffenstillstandes präzisiert, der weder eine Täuschung noch eine kurze Rast sein soll, sondern eine Etappe zum Frieden. Er hat in geschickter Weise von den Antworten der feindlichen Regierungen Kenntnis genommen und hat in Deutschland selbst Unruhe aufkeimen lassen. Um den Gedanken der „Confédération générale du travail" konstatieren wir, daß er die Garantien formuliert hat, die dazu bestimmt sind, den alliierten Ländern Gewißheit zu bringen, daß der Schaden, der ihnen zugefügt worden ist, repariert werden soll, daß die Völker, die jetzt dem Gesetz des Stärkeren unterworfen sind, befreit werden sollen, und daß die Möglichkeiten eines neuen Krieges definitiv beseitigt werden sollen." Jede andere Auffassung würde die entschiedene Opposition seitens der demokratischen Kreise in allen anderen Ländern finden. Die unterzeichneten Organisationen und Vereine erwarten also von der französischen Regierung, daß sie in Uebereinstimmung mit den anderen alliierten Regierungen und Herrn Wilson beschließt, dem Waffenstillstandsangebot der Zentralmächte die energische, aber auch die vernünftige Antwort („la plus sage") zu erteilen, die einzig von den wirklichen Interessen der Völker inspiriert ist.

* **Genf**, 28. Oktober.

Der sozialistische „Populaire" schreibt unter dem Titel „Am hellen Tage": „Wilson hat sich nochmals von dem Druck derjenigen befreit, die hier und anderswo ihn aufforderten, Max von Baden nicht zu antworten, und den Notenwechsel abzubrechen. Wenn sie auch gute Miene zum bösen Spiel machen, so sind sie doch enttäuscht und unzufrieden. Diese Herren fangen an, zu verstehen, daß sie nicht mehr in der Welt mitzählen können. Im Grunde hat jede der amerikanischen Antworten ihnen eine neue Enttäuschung bereitet. Die einleitende Phase der Unterhandlungen ist jetzt abgeschlossen. So hat das Proletariat von beiden Seiten das Recht zu verlangen, daß jetzt alles am hellen Tage sich abspiele. Wenn man anderen die Praktiken der Demokratie auferlegen will, so muß man sie zunächst selbst respektieren. Wilson wird die alliierten Mächte fragen, ob sie die Friedensbedingungen annehmen, welche er diktiert hat und denen Deutschland zugestimmt hat. Die französischen Sozialisten haben vergebens versucht, darüber Aufklärung zu bekommen. Amerika wird ohne Zweifel glücklicher sein; aber auf jeden Fall ist es notwendig, daß die Unterhandlungen nicht vertraulich bleiben, und daß die verschiedenen Strömungen der öffentlichen Meinung über diesen Gegenstand zum Ausdruck kommen können. Hoffen wir, daß das französische Volk ebenso wie das englische und das italienische, das Recht erhalten wird über sich selbst zu verfügen und daß nicht zwei Dutzend Persönlichkeiten zehn Millionen Menschen durch geheime Beratungen festlegen können."

In einem anderen Artikel sagt der „Popoulaire", daß sich die Extremisten in Frankreich sowie in England und Italien freuen, daß die Alliierten jetzt das Wort haben. „Für gewisse Boches," schreibt das Blatt, „die es nicht nur in Deutschland gibt, bedeutet „Recht" das Faustrecht und die Gesellschaft der Nationen ist für sie nur eine fruchtbringende Vereinigung der Imperialisten, die unter sich teilen, was sie bekommen können. Demgegenüber hat die sozialistische Partei die Pflicht, sich von diesen Herren loszutrennen. Es muß ihre hauptsächliche Sorge sein, in keiner Weise für das Uebel verantwortlich zu werden, das angerichtet werden könnte. Sie will nicht die Verantwortlichkeit für einen imperialistischen Frieden übernehmen."

Auch das „Journal du Peuple" verlangt Bekanntgabe der Friedensbedingungen. Das Blatt schreibt: „Der Krieg ist eine zu ernste Sache, er interessiert zu viele Nationen der Entente, als daß die Leitenden nicht am hellen Tage ihre Verantwortlichkeit übernehmen müßten. Wir befinden uns jetzt gegenüber den Bedingungen Wilsons. Wollen wir sie zu den unsrigen machen? Das müssen wir vor allem wissen. Restitutionen, Reparationen, Garantien, diese drei Worte schließen die Idee einer Annexion und einer Unterdrückung aus. Das Volk, das arbeitet und kämpft, erwartet mit der größten Erregung die Entscheidungen der Diplomaten in der Hoffnung, daß diese die Wiedergeburt der Welt bezeichnen werden."

os **Rotterdam**, 28. Oktober.

Der Londoner Korrespondent des liberalen „Manchester Guardian" drahtet seinem Blatte: Die Auffassung am Sonntag in London ging dahin, daß die deutsche Antwort an Wilson das Ende des Krieges bedeute. Die Türkei sei erledigt, Oesterreich-Ungarn habe aufgehört zu bestehen. Dazu komme die deutsche Antwort auf die jüngste Note des Präsidenten, die einer Annahme der Wilsonschen Bedingungen gleichkomme. Im Leitartikel sagt das Blatt: „Die Aussichten auf einen Frieden werden heller, alles bewegt sich in der Friedensrichtung. Deutschlands Note, womit Wilsons frühere Noten so gut wie angenommen werden, bereite den Weg für die definitive Aufstellung der Waffenstillstandsbedingungen vor. Die ganze Debatte, die auf die Mitteilungen des Reichskanzlers im Reichstag gefolgt ist, beweist, daß Deutschland alles bewilligen wird, was Wilson verlangt hat, wie bitter es auch manchem ankommen möge. Die neue Phase kommt nun, wenn die Alliierten ihre Bedingungen des Waffenstillstandes aufstellen. Aber ehe Deutschland sich entwaffnet, hat es ein Recht, zu wissen, auf welcher Grundlage der Frieden geregelt werden soll, mit anderen Worten: Die Präliminarien für den Frieden müssen in den Bedingungen des Waffenstillstandes aufgenommen sein. Was Amerika betreffe, sei dies schon geschehen. Das Blatt wendet sich jetzt an die Alliierten mit der Aufforderung, ihre Bedingungen bekanntzugeben."

Fremdenblatt Abendblatt
29./X. 1918

Die angeblichen Waffenstillstandsbedingungen.

Gr. Berlin, 29. Oktober. (Tel. d. „Fremden-Blatt".)
Der „Lokalanzeiger" meldet aus Genf: Unter den Oesterreich-Ungarn aufzuerlegenden Waffenstillstandsbedingungen verlautet in Pariser parlamentarischen Kreisen, die Aufteilung der Geschütze, Handwaffen, Munition und des sonstigen Kriegsmaterials sei unter die vom Verbande anerkannten, bezw. anzuerkennenden Staatsorganismen unter einer Kontrolle vorzunehmen, deren Einzelheiten noch festzustellen wären. Gleichzeitig wäre in den Waffenstillstandsbedingungen auch die Bürgschaft bezüglich der Adriahäfen aufzustellen.

Reichspost
29./X. 1918

110

Im Namen der Menschlichkeit.

Appell des Grafen Andrassy an Lansing.

KB. Wien, 28. Oktober.

Der Minister des Aeußern Graf Andrassy hat heute an den Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm gerichtet:

„Sofort nach Uebernahme der Leitung des Ministeriums des Aeußern habe ich eine offizielle Antwort auf Ihre Note vom 18. Oktober abgesendet, aus welcher Sie entnehmen werden, daß wir in allen Punkten die Grundsätze annehmen, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen verschiedenen Erklärungen aufgestellt hat. In voller Uebereinstimmung mit den Bestrebungen Herrn Wilsons zur Sicherung vor künftigen Kriegen und zur Schaffung einer Völkerfamilie haben wir bereits Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Oesterreichs und Ungarns ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsche gänzlich unbehindert bestimmen und vollziehen können.

Seit dem Regierungsantritte des Kaisers und Königs Karl war es sein unentwegtes Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen. Mehr als je ist das heute der Wunsch des Herrschers und aller Völker Oesterreich-Ungarns, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß ihr künftiges Schicksal nur in einer friedlichen Welt, frei von Erschütterungen, Prüfungen, Entbehrungen und Bitternissen des Krieges gestaltet werden könne.

Ich wende mich deshalb direkt an Sie, Herr Staatssekretär, mit der Bitte, bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten dahin wirken zu wollen, daß im Interesse der Humanität sowie im Interesse aller Völker, die in Oesterreich und Ungarn leben, der sofortige Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen erfolge".

Auch die Verbandsregierungen von der Note verständigt.

Wien, 28. Oktober.

Die österreich-ungarische Regierung hat gleichzeitig mit der an den Staatssekretär Lansing gerichteten Note den Inhalt derselben der französischen, königlich großbritannischen, kaiserlich japanischen und königlich italienischen Regierung mit der Bitte mitgeteilt, dem darin enthaltenen Vorschlag auch ihrerseits zuzustimmen und denselben bei dem Herrn Präsidenten Wilson zu unterstützen.

Neue Freie Presse
29./X. 1918

111

Das österreichisch-ungarische Anerbieten eines Sonderfriedens an Wilson.

Unterredung mit Graf Botho von Wedel.

Kaiserlich deutscher Botschafter in Wien.

Wien, 28. Oktober.

Der kaiserlich deutsche Botschafter Graf Wedel empfing heute einen Mitarbeiter unseres Blattes und äußerte sich über die österreichisch-ungarische Note an den Präsidenten Wilson folgendermaßen:

„Wie aus der Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson vom gestrigen Tag zu ersehen ist, haben wir, nachdem auf sämtliche Fragen des Präsidenten eine bündige Antwort gegeben werden konnte, ihm mitgeteilt, daß wir den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegensetzen.

Daraus ergibt sich, daß wir an unserem Plan vom 5. Oktober konsequent festhalten. Wir streben, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, einen Waffenstillstand mit anschließendem Frieden an.

Um so mehr hat es uns überrascht, daß uns gestern ganz plötzlich der nunmehr erfolgte Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung, ohne daß wir über den Inhalt näher informiert wurden, als eine unabänderliche Tatsache angekündigt wurde und wir derart vor ein Fait accompli gestellt worden sind.

Der Schritt ist um so weniger verständlich, als aus keiner der bisherigen Erklärungen des Präsidenten Wilson die Absicht hervorging, daß er nur getrennt mit uns verhandeln wolle.

Ich glaube, daß es auch im Interesse Oesterreich-Ungarns gelegen wäre, wenn wir uns gemeinschaftlich an den Friedenstisch setzen würden.

Noch immer gilt das alte Wort: „Einigkeit macht stark."

Neue Freie Presse

29./X. 1918

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung an den Staatssekretär Lansing.

Wien, 28. Oktober.

Der Minister des Aeußern Graf Andrassy hat heute an den Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm gerichtet:

„Sofort nach Uebernahme der Leitung des Ministeriums des Aeußern habe ich eine offizielle Antwort auf Ihre Note vom 18. Oktober abgesendet, aus welcher Sie entnehmen werden, daß wir in allen Punkten die Grundsätze annehmen, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen verschiedenen Erklärungen aufgestellt hat.

In voller Uebereinstimmung mit den Bestrebungen Herrn Wilsons zur Sicherung vor künftigen Kriegen und zur Schaffung einer Völkerfamilie haben wir bereits Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Oesterreichs und Ungarns ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsche gänzlich unbehindert bestimmen und vollziehen können.

Seit dem Regierungsantritte des Kaisers und Königs Karl war es sein unentwegtes Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen.

Mehr als je ist das heute der Wunsch des Herrschers und aller Völker Oesterreichs und Ungarns, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß ihr künftiges Schicksal nur in einer friedlichen Welt, frei von Erschütterungen, Prüfungen, Entbehrungen und Bitternissen des Krieges, gestaltet werden könne.

Ich wende mich deshalb direkt an Sie, Herr Staatssekretär, mit der Bitte, bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten dahin wirken zu wollen, daß im Interesse der Humanität sowie im Interesse aller Völker, die in Oesterreich und Ungarn leben, der sofortige Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen erfolge.

Wien, am 28. Oktober 1918."

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung an die Mächte der Entente.

Wien, 28. Oktober.

Die österreichisch-ungarische Regierung hat gleichzeitig mit der an den Staatssekretär Lansing gerichteten Note den Inhalt derselben der französischen, königlich großbritannischen, kaiserlich japanischen und königlich italienischen Regierung mit der Bitte mitgeteilt, dem darin enthaltenen Vorschlag auch ihrerseits zuzustimmen und denselben bei dem Herrn Präsidenten Wilson zu unterstützen.

Fremdenblatt 29/X. 1918

Deutscher Vollzugsausschuß.

Die Note des Grafen Andrassy.

Der Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung trat gestern vormittags zu einer Sitzung zusammen. Zu Beginn derselben berichteten die beiden Präsidenten Dr. Dinghofer und Seitz über die Konferenz, die sie Sonntag vormittags über Einladung des Ministers des Aeußern Grafen Andrassy mit diesem hatten. Sie brachten den Text der Note und den von der Regierung ausgegebenen Kommentar zur Kenntnis des Vollzugsausschusses. Dieser trat hierauf in die Debatte über diese Angelegenheit ein.

Die Beschlüsse werden heute veröffentlicht werden.

Auswärtiges Amt Deutschösterreichs.

Der Vollzugsausschuß stimmte dem der Vollversammlung der deutschösterreichischen Nationalversammlung vorzulegenden Entwurf einer Note an Wilson zu; ferner wurde beschlossen: Es wird ein Beauftragter für auswärtige Angelegenheiten bestellt mit folgenden Aufgaben: 1. Dem Vollzugsausschusse ständig Bericht zu erstatten in allen Angelegenheiten der äußeren Politik; 2. den Vollzugsausschuß in auswärtigen Angelegenheiten zu vertreten, insbesondere bei der bisherigen k. u. k. Regierung; 3. Vorschläge für die Einrichtung des Auswärtigen Amtes für Deutschösterreich zu erstatten.

Ferner wurde eine Reihe von Beschlüssen in Ernährungsangelegenheiten gefaßt, darunter ein Beschluß mit den Vertretern der anderen Nationen für alle gemeinsamen Ernährungsangelegenheiten ein gemeinsames Ernährungsdirektorium zu bilden.

Weiters wurde eine Anzahl von programmatischen Anträgen über die Ueberführung der Industrie in die Friedenswirtschaft zum Beschlusse erhoben.

Wiederherstellung der vollen Preß- und Versammlungsfreiheit.

Schließlich beschloß der Vollzugsausschuß folgende Anträge der Nationalversammlung vorzulegen: 1. Die Zensur ist, als dem Grundrechte der Staatsbürger widersprechend, als rechtsungiltig aufgehoben; 2. eine Einstellung von Druckschriften findet nicht mehr statt; bisher verfügte Einstellungen sind aufgehoben; die volle Freiheit der Presse ist hergestellt;

3. die Ausnahmsverfügungen betreffend das Versammlungs- und Vereinsgesetz sind aufgehoben. Die volle Vereins- und Versammlungsfreiheit ist hergestellt, sie gilt für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes.

11 Uhr nachts: Die Sitzung dauert fort.

Ein Beschluß des Grazer Gemeinderates.

Graz, 28. Oktober. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) In der heutigen Gemeinderatssitzung begrüßte Bürgermeister Fizia die Einsetzung des deutschen Nationalrates in Wien, die als die einzige legitime Körperschaft die politische Führung der Deutschen des ehemaligen Staates Oesterreich in die Hand nehmen soll. Der Bürgermeister sprach die Erwartung aus, daß er die Regierungsgewalt über die deutschen Länder des ehemaligen Staates sofort als möglich restlos in die Hand nehmen werde. Er sprach die Hoffnung aus, daß es dem Nationalrat gelingen wird, den neuen deutschen Ostmarkstaat so zu gestalten, daß er auf vollkommener neuer Grundlage fußend sich zu einem Reich entwickelt, das die schweren Erschütterungen dieses unheilvollen Krieges ehebaldigst überwinde und im engsten Anschluß an das Deutsche Reich einer besseren Zukunft entgegensehen kann.

Der Gemeinderat beschloß, ehestens eine Eingabe an den Deutschen Nationalrat mit dem Inhalt abzusenden, daß mit der Notwendigkeit eines strengen Sparsystems in der Verwaltung der Ostmark gerechnet wird. Es sollen daher hohe und höhere Würdenträger nur in dem Maße übernommen und verwendet werden, als dies bei tatkräftiger Mitarbeit und zum Aufbau erforderlich ist.

Die deutschnationalen Parteien gegen den Grafen Andrassy.

Die deutschnationalen Parteien hielten gestern abends unter Vorsitz Dr. Sylvesters eine Sitzung ab, in der zu der durch die Antwortnote des Grafen Andrassy an den Präsidenten Wilson geschaffenen Lage Stellung genommen wurde. Ueber die Beratung wurde folgendes verlautbart:

Die anwesenden Mitglieder der deutschnationalen Parteien waren über die Art und Weise, wie Graf Andrassy die Note Wilsons beantwortete, tief entrüstet.

Graf Andrassy war von Ungarn gekommen, setzte sich weder mit der deutschen Reichsregierung, noch mit der Vertretung des deutschen Vollzugsausschusses ins Einvernehmen, bevor er die Note verfaßt hatte. Obwohl man auf das lebhafteste die Friedensverhandlungen begrüßt und diese als notwendig erachtet, so hatte doch das einseitige Vorgehen des Grafen Andrassy, daß er ohne Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche die Note an Wilson ergehen ließ, tiefste Entrüstung unter den deutschen Parteien hervorgerufen.

Vor wenigen Tagen noch war eine Abordnung des deutschen Vollzugsausschusses in Berlin und hat bei der deutschen Reichsregierung für die Versorgung Deutschösterreichs das weitestgehende Entgegenkommen gefunden. Trotzdem und obwohl deutsche Soldaten in den Alpenländern und in den Karpathen an der Seite der unserigen gekämpft und für die Verteidigung Oesterreich-Ungarns sich eingesetzt haben, wurde jetzt die Form verletzt und ohne Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche, wie es ja auch in der Note ausdrücklich heißt, an Wilson herangetreten.

Außerdem hat man auch ein vorheriges Einvernehmen mit den Vertretern des deutschen Vollzugsausschusses nicht gesucht, sondern über dessen Kopf hinweg die Note Wilsons beantwortet. Die deutschnationalen Parteien erheben gegen ein solches unqualifizierbares Vorgehen entschiedenen Einspruch und werden im deutschen Vollzugsausschuß darauf bringen, daß das Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs unbedingt gewahrt und der Friede im Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche durchgesetzt werde.

Kölnische Zeitung 29./X. 1918.

Rumänien.

Das Treiben der Verbandsgesandten in Jassy.

Bukarest, 27. Okt. (Telegr.) Die Gesandten der Westmächte in Jassy setzen unter den gegenwärtigen Umständen alle Hebel in Bewegung, um Rumänien wiederum als Sturmbock gegen Österreich-Ungarn zu benutzen. Während sie in der öffentlichen Meinung des Landes die Hoffnung auf den Zerfall dieser Großmacht und damit auf die Erwerbung Siebenbürgens und der Bukowina neu beleben, sind sie anderseits nicht im Stande, in der wichtigen Dobrudschafrage bündige Erklärungen abzugeben. Auf dringendes Ersuchen der Bratianu-Partei, die Rumänien in einen neuen Krieg mit Österreich-Ungarn hineinhetzen möchte, wurde die französische Regierung veranlaßt, sich öffentlich hierüber zu äußern. Das Telegramm des Ministers des Äußern Pichon an den französischen Gesandten in Jassy beschränkte sich aber auf eine allgemein gehaltene Erklärung, welche die Ansprüche Rumäniens zwar anerkennt, es aber vermeidet, die Rückgabe der Dobrudscha an das Königreich in vollem Umfang zuzusagen, mit Rücksicht auf Bulgarien, da „die Entscheidung über alle territorialen Fragen dem künftigen Friedenskongreß vorbehalten sei". Diese gewundene Erklärung in einer so bedeutenden Frage, von der die ganze Stellung Rumäniens am Schwarzen Meer abhängt, hat sogar in den dem Vielverband ergebenen Kreisen in Jassy einen schlechten Eindruck gemacht; denn man hat jetzt allen Grund zu der Annahme, daß die Westmächte in der Dobrudschafrage an Bulgarien gewisse Zusagen auf Kosten Rumäniens gemacht haben. Obgleich die Westmächte, als sie im Jahre 1916 das Bündnis Rumäniens mit Rußland ihrerseits verbürgten, außer den weitgehenden Eroberungen auf Kosten Österreich-Ungarns den territorialen Bestand des Königreichs gewährleisteten, sind sie heute nicht imstande, mindestens die Rückgabe der ganzen Dobrudscha an Rumänien unbedingt zuzusagen. Während Rumänien durch die Aussicht auf Aufteilung Ungarns neuerdings geködert werden soll, wird gleichzeitig von den Westmächten demselben Ungarn die Unversehrtheit seines heutigen Besitzstandes versprochen, falls es sofort von Deutschland abfällt und sich dessen Feinden anschließt. Anderseits soll Bulgarien, das auf alle seine nationalen Ansprüche in Serbien und Mazedonien verzichten mußte, zum Teil auch auf Kosten Rumäniens entschädigt werden. Um diese Gegensätze und Widersprüche möglichst lange zu vertuschen, versuchen die Gesandtschaften der Westmächte in Jassy, sich mit allgemeinen und zweideutigen Erklärungen abzufinden.

Ostdeutsche Rundschau 115

29/X. 1918

Der Völkerbund.

„Es ist nicht sehr glückverheißend, wenn man schon bei dem ersten Versuch, näher in die Frage des „Völkerbundes" einzudringen, auf den unsinnigen Gesichtspunkt stößt, daß die großen Aktieninhaber über die kleineren zu bestimmen haben sollen, und daß diese letzten nicht zu dem Verwaltungsrat gehören. Dieser Gesichtspunkt ist bekanntlich von einem der ersten Volksrechtspolitiker Englands betont worden, und der nähert sich sehr der Anschauung, welche vor acht Jahren ihren schicksalsschweren Sieg über die Pläne Asquiths und Greys, ein internationales Prisengericht betreffend, feierten. Es wäre ein bedeutungsvoller Schritt vorwärts zu einer internationalen Rechtsordnung und eine keineswegs unwichtige Basis zu einem Verband der Nationen („Völkerbund") gewesen, welche die damalige Regierung Englands herbeiführen wollte, ganz gewiß in Uebereinstimmung mit Englands wohlverstandenem Interesse. Dieser Vorschlag wurde verworfen und Englands Zufuhr während des Krieges wurde fortwährend auf die reinen Machtmittel und das Vermögen, Gesetze für die Weltmeere zu schreiben, begründet, anstatt auf ein anerkanntes Recht der Neutralen, selbst mit den Kriegführenden frei verkehren und handeln zu dürfen, ein Recht, welches unter der Aegide eines internationalen Gerichtes stehen sollte.

Daß ein solches Gericht zustande kommen und etwas anderes, als eine Aktiengesellschaft, welche die Interessen der größten Aktieninhaber wahrte, darstellen könnte, rief damals vor acht Jahren in bestimmten englischen Kreisen große Mißbilligung hervor, genau dem gleichend, was man jetzt zu hören bekommt.

Und dort sehen wir das beste Bild der Verkündigung des „Verbandes der Nationen", welcher ganz andere Grundlagen aufstellt, als ein Prinzip der Gleichheit zwischen den Groß- und Nichtgroßmächten.

Auch in anderer Hinsicht erscheint diese Aktiengesellschaft eines „Verbandes der Nationen" einleuchtender für die Gesichtspunkte der Urheben, als hoffnungsvoll für die Zukunft zu sein. Die Zukunftsperspektive umfaßt eine zielbewußte Anwendung der unerhörtesten Machtmittel, welche vor allem die Herrschergewalt Englands und der U. S. A. über den größten Teil der Rohprodukte der Welt in sich trägt. Zwar fallen alle Resursen Zentral- und Südamerikas außerhalb dieser Trustbildung, aber man sieht, wie selbst die kleinsten Republiken zu einer Kriegserklärung an Deutschland gedrängt werden.

Selbst wenn es sich um nichts mehr als um Haiti handelt, so ist doch immerhin ein neues Gebiet für den großen Trust gewonnen. Auch die nach dem Kriege fortgesetzte Blockade gegen Deutschland enthält die angestrebten Ausgangspunkte für die profitable Kontrolle des Trustes über das Erwerbsleben der neutralen Staaten.

Hierbei tritt unleugbar ein Verhältnis hervor, das den von englischer Seite gewählten Ausdruck einer Aktiengesellschaft als „Verband der Nationen" sehr treffend erscheinen läßt. Man weiß, daß es eines der schwersten Probleme bei der Gründung einer Aktiengesellschaft ist, die kleineren und weniger tragfähigen Aktieninhaber vor der Auspressung, welche von seiten einer kapitalstarken Mehrheit durch die Verteilung kleiner oder keiner Gewinne ausgeübt werden kann, zu schützen. Unter dem Schein, das Unternehmen zu konsolidieren, können also die abhängigen kleineren Aktieninhaber einfach gezwungen werden, ihre Aktien zu verkaufen, wonach der Gewinn des Ganzen dem zufällt, der schon vorher am meisten besaß.

Diese gesetzliche „Methode" gibt ein vollkommen treffendes Bild der ökonomischen Zwangsmittel, zu welchen man nun zu greifen geneigt scheint, um kleinere Nationen definitiv unter die Vormundschaft einiger Großmächte zu stellen. Und mit vollendetem Cynismus sucht man sie in die Zwangssacke einzuschnüren. Vor ein paar Tagen wurde unseren leitenden Zeitungen eine Mitteilung von U. S. A. gedrahtet, welche die schwedische Tonnageabmachung als von volksrechtlicher Bedeutung rühmlich hervorhob. Wenn Schweden auf alles eingeht, so wird es für seinen Teil die „Prinzipien" akzeptieren, welche, wie oben gesagt, das uns abgepreßte Uebereinkommen umfassen, und wir haben dann für die Zukunft die Blockade- und Rationierungsprinzipien mit allem, was dazu gehört, gutgeheißen.

Kann der Cynismus weiter getrieben werden?"

— — — — — — — — — — — —

Wer so fragt und dem — man möchte sagen — naiven Cynismus des Herrn Wilson ins Gesicht leuchtet, das ist nicht etwa „Germany", das verhaßte, und seine Verbündeten, die morgen in den ausgezeichnet erklügelten „Völkerbund" hineingepreßt werden sollen, sondern das „Svenska Dagblatt", ein vollkommen neutrales Organ, das trotz aller seiner Unparteilichkeit die unübertrefflich edlen Beweggründe, welche Herrn Wilson zum „Völkerbund" treiben, dermaßen zu verkennen imstande ist! Wir haben allen Anlaß, dem Herrn Einsender dieser Uebersetzung dankbar zu sein. Unser Urteil über Herrn Wilson und seine Ehrlichkeit stand zwar längst fest; auch schon vor seinen letzten Noten. Aber es gibt bei uns gewisse Stellen, die sich immer noch Illusionen machen, und zu deren Nutz und Frommen scheint es uns zweckmäßig, die Auffassung des „Svenska Tagblatt" an unserem Teile zu verbreiten.

Vossische Zeitung 30/X. 1918.

Die Neuordnung in Bayern.

Parlamentarier ins Ministerium. — Proklamation des Königs.

st **München**, 30. Oktober.

Sicherem Vernehmen nach hat sich die Krone, wie die „Münch. N. Nachr." erfahren, entschlossen, die Volksvertretung in Bayern zur unmittelbaren Beteiligung an den Regierungsgeschäften heranzuziehen. Zu diesem Zweck stehe ein Schritt des Königs bevor, der etwa dahingeht, das bisherige Staatsministerium aufzulösen und den bisherigen Vorsitzenden im Ministerrat v. Dandl, der für seine Person bei keiner Partei auf Schwierigkeiten gestoßen ist, mit der Neubildung eines Ministeriums im Benehmen mit den Parteien im Landtag zu betrauen. Die Landtagsfraktionen haben für diesen Fall bereits begonnen, vertrauliche Vorbereitungen zu treffen.

Auch die „Frankf. Ztg." kündigt eine demnächst erfolgende Proklamation des Königs Ludwig und eine Umbildung des Kabinetts an. Diese werde sich voraussichtlich so vollziehen, daß neben Herrn v. Dandl der Minister des Innern v. Brettreich, der Kriegsminister von Belligrath und Kultusminister Knilling im Amte bleiben. An Stelle der ausscheidenden Minister, nämlich des Verkehrsministers von Seidlein, des Finanzministers von Bräunig, des Justizministers Theiemann, und zwar über die Zahl dieser drei hinaus, werden mehrere Abgeordnete der verschiedenen Parteien, darunter auch der Sozialdemokratie, teilweise als Minister ohne Portefeuille in das Kabinett eintreten. In der nächsten Woche bereits tritt das neue Koalitionskabinett vor den Landtag. Neben der Frage der Parlamentarisierung soll auch die der Einführung der Verhältniswahl und der Reform der Reichsratskammer eine Lösung in entschieden freiheitlicherem Sinne finden, als es auf der Grundlage des vergebens erstrebten Parteikompromisses gelungen wäre. Vor allem wird die Verhältniswahl für das ganze Land uneingeschränkt ohne die vom Zentrum verlangten Sicherungen zur Vorlage gelangen.

*

Zu diesen Meldungen schreibt man uns noch aus München:

Obwohl Bayern in jeder Beziehung ein weit freiheitlicheres Wahlrecht seit langem hatte als Preußen, so ließ sich die Demokratisierung auch dort nicht zurückhalten. Die junge Freiheit will überall zu ihrem Recht gelangen, überall in ganz Deutschland. In der Rede des Ministers v. Dandl, die er in der vorigen Woche hielt, kam denn auch der gute Wille zum Ausdruck, Reformen nichts in den Weg zu stellen.

Zunächst handelt es sich um die Einführung der Proporzwahlen im Lande. Das Zentrum war lange ein Gegner des Proporzes und auch heute noch gibt es viele Mitglieder der Partei, die ihm widersprechen, weil der Parteibesitzstand durch die Einführung dieses Systems sehr geschwächt werden muß. Außerdem mögen auch Bedenken vorhanden sein, daß die Proporzwahl ein gutes Agitationsmittel selbst für radikalste Anschauungen im Lande ist. Trotzdem darf man annehmen, daß der Widerstand kein solcher ist, daß er das Kommen des beabsichtigten Wahlmodus hindern kann.

In zweiter Linie wird die Kammer der Reichsräte gründlich aufgefrischt werden, und das tut wahrlich not. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Auffrischung eine Forderung der Gerechtigkeit ist, wird sie auch die Kammer selbst in der Achtung des Volkes heben. Heute ist sie nur eine interessante Antiquität, die für den Kenner des Gothaischen Kalenders mehr Interesse hat als für den Politiker. Das wird in Zukunft aufhören: es werden unter Schonung der bisherigen Verhältnisse so viele neue Mitglieder in sie einziehen, daß das fossile Bild Leben gewinnt und wieder im Leben steht.

Man dachte auch in Bayern an Parlamentarisierung und wollte eine Anzahl Minister ohne Portefeuille aus den Parteien berufen. Man darf aber als sicher annehmen, daß dieser Plan in das Meer der Vergessenheit sinken wird. Entweder hat eine Parlamentsmehrheit den Mut, ein selbständiges Ministerium zu bilden, oder es muß eine andere Form gefunden werden, den parlamentarischen Einfluß zu sichern. Im Reich kann man allenfalls parlamentarische Staatssekretäre ohne Portefeuille haben, weil sich eine Mehrheit gebildet hat zu dem ganz bestimmten Zweck, den Frieden herbeizuführen. In Bayern ist die Mehrheit Zentrum. Ein reines Zentrumsministerium zu berufen, geht aber heute nicht mehr. Einen gemeinsamen Zweck gibt es nicht für die verschiedenen Parteien in Bayern, daher hätte eine Berufung von Ministern aus allen Parteien gar keinen Sinn.

So schein es denn, daß man einen Ausweg gefunden hat: man wird nämlich den Artikel 36 des Landtagswahlrechts aufheben. Ist er aufgehoben, so können die Mitglieder der Kammer an und für sich Minister werden. Des weiteren ist es nicht ausgeschlossen, daß ein neuer Artikel in die Verfassung aufgenommen wird, der bestimmt, daß Ministerberufungen nur dann vom König vollzogen werden können, wenn sich die Regierung und die Kammern über die Person des Ministers geeinigt haben. Eine solche doppelte Verbesserung des bisherigen Zustandes würde dem Parlament einen großen, ja bestimmenden Einfluß auf die Kabinettsbildung gewähren und die Möglichkeit offen lassen, Parlamentarier zu Ministern zu machen.

Vossische Zeitung 30/X. 1918.

Der neue Kurs in der Ukraine.

Sechstmeldung unseres Kriegsberichterstatters.

* Kiew, 29. Oktober.

Das neue ukrainische Ministerium ist wie das alte ein Kabinett Lisegub, aber der Kurs hat gewechselt. Er hat zum Teil unter dem Einfluß der Umwälzung in Deutschland einen kräftigen Ruck nach links genommen und dadurch einen bedeutenden Schritt auf dem Wege gemacht, der allein dazu führen kann, dem ukrainischen Staatswesen den Rückhalt breiter Volksschichten zu sichern. Zugleich wird die Ukraine auf diesem Wege zweifellos am ehesten der Aufgabe dienen, in der vielleicht ihre geschichtliche Mission beruht: Das große Muster und Urbeispiel für die Gesundung der allgemeinen russischen Verhältnisse zu bilden. Die neue Regierung wird von einem Koalitionsministerium getragen, in dem sich die Vertreter der ausgesprochen national-ukrainischen Idee und der in der nationalen Frage zu Kompromissen neigenden Parteien der Zahl nach die Wage halten. In der Frage der demokratischen Reformen aber haben beide Gruppen einen gemeinsamen Boden gefunden. Die Mitglieder des neuen Kabinetts, mit denen ich in diesen Tagen sprach, sind fest davon überzeugt.

Die erste Aufgabe, an die man herantreten will, ist die Agrarform. Es besteht nun der Plan, ernstlich das große Unternehmen zu wahren, durch das dem Ueberwiegen des Großgrundbesitzes ein Ziel gesetzt und die Lage der Bauern von Grund auf gebessert wird. In manchen Einzelheiten wird man sich dabei den Vorschlägen anschließen, die der Berliner Nationalökonom Professor Gering gemacht hat, der sich zu dem ukrainischen Landproblem in einigen Aufsätzen geäußert, sowie bei seiner Anwesenheit in Kiew gelegentlich der deutschen Hochschulkurse Ende August auch persönlich mit den ukrainischen Politikern konferiert hat. Der Grundgedanke der Reform sollte der sein, größere Güter in Zukunft nur bis zu einer gesetzlich festgelegten Grenze zuzulassen, etwa bis zu 500 oder höchstens 1000 Desjatinen. Ueber die genaue Höchstzahl ist noch kein Beschluß gefaßt. Möglicherweise wird man einen gewissen Spielraum freilassen, um bei besonders rationell bewirtschafteten Gütern nicht gar zu schematisch verfahren zu müssen. Eine völlige Aufteilung will man im Interesse der Landwirtschaft selbst vermeiden. Namentlich das Areal der Zuckerfabriken, die ein wesentliches volkswirtschaftliches Element in der Ukraine bedeuten, soll unangetastet bleiben. Dafür beschäftigt man sich mit dem Gedanken einer Verstaatlichung der Zuckerfabriken.

Den Großgrundbesitzern würde ein halbes Jahr zum freihändigen Verkauf bleiben. Was bis dahin nicht verkauft ist, übernimmt die staatliche Landbank durch Gesetzeskraft zu festgesetzten Preisen. Die Besitzer erhalten dann auf fünf Jahre Schatzscheine mit festem Zinsfuß und eventuell nach fünf Jahren das Kapital. Auf diese Weise würde man etwa 14 Millionen Hektar Land zur Verfügung bekommen, für die als Käufer allein die kleinen Besitzer in Betracht kämen, die weniger als zehn Hektar ihr eigen nennen. Der Gedanke, die Landlosen durch Verteilung zu Besitzern zu machen, erscheint undurchführbar, weil das verfügbare Land nicht ausreichen und der Anteil des einzelnen winzig sein würde. Die Hauptmasse des freiwerdenden Landes würde in den Gouvernements westlich des Dnjepr liegen.

Durch diese Reform erhofft man sich einen doppelten Vorteil. Wenn neben der Festigung des Bauernstandes würde man ein erhebliches Anwachsen des für die Fortentwicklung der ukrainischen Industrie nutzbringenden einheimischen Kapitals gewinnen. Eine neu zu gründende staatliche Industriebank soll hier fördernd eingreifen und den Großgrundbesitzern soll freistehen, ihre Landbank-Schatzscheine sofort in Anteile der Industriebank umzutauschen. Dadurch käme man zu dem weiteren Vorteil, der Arbeiterbevölkerung erweiterte Gelegenheit zur Arbeit zu geben. Die neue Arbeitergesetzgebung, die zugleich in Angriff genommen wird, stellt den zweiten Hauptpunkt der Reformen dar. Der Arbeitsminister Slavinski ist bereits damit beschäftigt, gemeinsam mit den Berufsorganisationen der Arbeiter die neuen Gesetze vorzubereiten. Im Ausbau der sozialen Schutz- und Versicherungsgesetze wird man dabei die deutschen Bestimmungen und Erfahrungen zu Rate ziehen.

Den dritten Punkt bildet die Schaffung eines „Sejm", einer Volksvertretung. Man will zunächst eine Art Vorparlament ins Leben rufen. Seinen Kern soll die für die Agrarreform bereits bestehende Kommission darstellen, die man durch ständische Abordnungen, durch Vertreter der politischen Organisationen und andere Gruppen ergänzen wird. Diesem Vorparlament würde die Schaffung des Wahlgesetzes für den Sejm selbst obliegen. Man denkt sich dabei ungefähr an die Grundsätze zu halten, die für die städtischen und Semstwo-Wahlen gelten. Die Durchführung eines allgemeinen Wahlrechts nach deutschem Muster hält man beim Bildungsstande der Massen, bei der noch immer erheblichen Anzahl von Analphabeten für unmöglich.

Hier aber soll der vierte Programmpunkt einsetzen, eine weit ausgreifende Reform der Schulgesetzgebung, die zu den allerwichtigsten Aufgaben hierzulande gehört. Es ist gar kein Zweifel, daß alle diese Aenderungen notwendig sind. Nur durch sie kann man der drohenden Gefahr begegnen, die noch über dem Lande hängt, der Gefahr des Bolschewismus. Keine eisernen Maßregeln von außen können hier wahrhaft und dauernd nützen, sondern allein diese demokratischen Mittel, die der bolschewistischen Agitation den Boden und den Zündstoff allmählich entziehen.

In der auswärtigen Politik will das neue Ministerium dem Programm folgen, das sich mit den Worten strengster Neutralität, Anknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern und Ausbau der autonomen ukrainischen Staatlichkeit umschreiben läßt. Hierzu gehört auch als weiterer wichtiger Punkt die Beschleunigung der Arbeit für die ukrainische Armee, deren Organisation schon geschaffen ist.

Dr. Max Osborn, Kriegsberichterstatter.

Reichspost
30./X. 1918

120

Die Tiroler und die Friedensverhandlungen.

Auf der am 27. d. in Innsbruck abgehaltenen Tiroler Nationalversammlung wurde folgender Antrag des LAbg. Archivdirektors Hofrat Dr. M. Mayr zum Beschlusse erhoben: „Vermöge seiner geographischen Lage und der besonderen politischen Verhältnisse ist von allen deutschösterreichischen Ländern Tirol am nächsten und am gefährlichsten bedroht wie auch am meisten der Gefahr einer Zerstückelung oder gewaltsamen Abtrennung deutscher oder ladinischer Gebiete durch Italien ausgesetzt. Der Tiroler Nationalrat stellt daher das Begehren, daß in allen das Schicksal Tirols berührenden Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen oder auch Vorbesprechungen eine besondere Vertretung Tirols beigezogen werde, zumal die in Betracht kommenden Einzelverhältnisse z. B. bezüglich der künftigen Grenzgestaltung gegen Italien weder auf Seite unserer Gegner noch in den entscheidenden Kreisen zur Genüge bekannt sind."

Reichspost
30./X. 1918

121

Aufklärender Depeschenwechsel zwischen Wien und Berlin.

Dem Ministerpräsidenten Dr. Lammasch ist vom Staatssekretär Erzberger folgendes Telegramm zugekommen:

„Herzlichste Glückwünsche zur Kabinettsbildung. Mögen Wien und Berlin bald vereint zum ehrenvollen Frieden ihrer opferbereiten tapferen Völker gelangen."

Ministerpräsident Dr. Lammasch erwiderte das Telegramm mit folgenden Worten:

„Für Ihre liebenswürdigen Glückwünsche allerherzlichsten Dank. Auch ich hoffe, daß wir recht bald, wie wir bisher für den Frieden eingetreten sind, solange wir noch mit mächtigen Gegenwirkungen zu kämpfen hatten, nun auch ebenso vereint am Konferenztisch dafür wirken werden können, daß unseren Staaten ein dauernder ehrenvoller Friede gesichert ist."

Dem Finanzminister Dr. Redlich ist vom Staatssekretär Erzberger folgendes Telegramm zugekommen:

„Herzliche Glückwünsche zu Uebernahme neuen Amtes. Die Friedensbereitschaft, welche Wien und Berlin gemeinsam betätigen, möge beiden Reichen baldigst ehrenvollen Frieden bringen."

Finanzminister Dr. Redlich erwiderte mit nachstehender Depesche:

„Ich bitte Eure Exzellenz, den Ausdruck meines wärmsten Dankes für die mir freundlichst ausgesprochenen Glückwünsche entgegenzunehmen. Ich teile mit Ihnen, hochverehrter Herr Staatssekretär, das Gefühl tiefster Befriedigung darüber, daß nunmehr in beiden verbündeten Reichen die Friedensbereitschaft voll in Wirksamkeit getreten ist. Ich hoffe zuversichtlich, daß die bewährte Treue der Verbündeten auch die feste Grundlage fruchtbarer gemeinsamer Arbeit am Friedenswerke bilden werde."

Neue Freie Presse
30./X. 1918
122

Eine Friedensdemonstration vor dem Ministerium des Aeußern auf dem Ballplatz.

Vor dem Ministerium des Aeußern auf dem Ballplatz fand heute in den späten Nachmittagsstunden eine Friedensdemonstration statt, in deren Verlauf der Minister des Aeußern Graf Julius Andrassy auf den Balkon des Gebäudes trat und an die Menge, die sich auf etwa 800 Personen belief, eine kurze Ansprache hielt. Man muß nicht weniger als um siebzig Jahre, bis in die Sturmtage des Jahres 1848, zurückgehen, um eine Demonstration vor der alten Staatskanzlei des Fürsten Kaunitz zu verzeichnen.

Heute nachmittag waren an verschiedenen Stellen der Innern Stadt Flugzettel verteilt worden, welche die Unterschriften des Reichsratsabgeordneten Zenker, der Frau Beer-Angerer und des Bezirksvorstehers des zweiten Bezirkes Dr. Blasel trugen und die Wiener Bevölkerung aufforderten, um 5 Uhr nachmittags in die Hofburg zu kommen und dort eine Kundgebung zugunsten des Friedens zu veranstalten. Einige hundert Personen leisteten dieser Einladung Folge und fanden sich zu der angegebenen Stunde in der Umgebung der Hofburg ein. Die Burggendarmen ließen jedoch Ansammlungen in den Höfen des Burggebäudes selbst nicht zu und das Tor, das den Durchlaß vom inneren Burghof auf den Ballplatz schließt, wurde für die Dauer der Demonstration abgesperrt. Nach 5 Uhr hatten sich auf dem Ballplatz, auf der Bellaria und in der Löwelstraße ungefähr ein halbes Tausend Personen versammelt, die durch Leute, die zufällig ihres Weges kamen, später durch heimkehrende Angestellte aus Geschäften und Bureaux eine namhafte Verstärkung erfuhren. Aus zwei Schiebkarren, die außerhalb der Gitter des Volksgartens standen, wurde eine Rednertribüne improvisiert, von der herab die Veranstalter der Demonstration Ansprachen hielten, in denen sie ihre Zustimmung zu der Note des Grafen Andrassy ausdrückten. Ihre Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen, in den sich freilich auch gelegentlicher Widerspruch mischte. Dann massierte sich die Menge auf dem Ballplatz vor dem Ministerialgebäude. Lebhafte Rufe „Hoch Andrassy!" wurden laut. Das Ministerium war hell erleuchtet, aber die großen Fenster des Saales im ersten Stockwerk, in dem man mit Recht den Minister vermutete, waren mit dichten Vorhängen versehen. Die Rufe wurden immer stürmischer, und jetzt hörte man aus dem Hintergrund in scharfem und schneidendem Ton die Worte: „Wenn uns Graf Andrassy nicht hört und uns keine Antwort gibt, so werden wir uns an eine andere Adresse wenden!"

Im ersten Stockwerk entsteht nun eine gewisse Bewegung. „Er kommt!" heißt es in der Menge. Die Vorhänge werden von geschäftigen Händen zurückgezogen, die Flügeltüren, die auf den Balkon im ersten Stockwerk führen, öffnen sich mit einem Schlag, und in dem ungewissen Zwielicht des Spätherbstabends sieht man die hohe schlanke Gestalt des Grafen Andrassy. Barhäuptig ist der Minister herausgetreten. Durch die geöffnete Tür quillt das volle Licht der Luster des großen Salons, von dem sich der Kopf des Ministers mit dem vollen, eisgrauen Haar scharf abhebt.

„Ruhe! Ruhe!" schallt es über den Platz. „Graf Andrassy will reden!" Die Menge folgt dieser Aufforderung und der Minister beginnt zu sprechen. Jedes seiner mit lauter Stimme langsam und gemessen gesprochenen Worte ist deutlich vernehmbar.

Ansprache des Ministers des Aeußern Grafen Andrassy.

Graf Andrassy sagte:

„In diesen schwierigen Zeiten und in meiner verantwortungsvollen Stellung möchte ich keine längere Rede halten. Ich danke Ihnen, daß Sie erschienen sind. Ich will Ihnen nur versichern, daß ich alles Menschenmögliche tun werde, um einen den Umständen angemessenen guten und (nach einer Pause mit starker Betonung) schnellen Frieden zu verschaffen. (Hochrufe.) Nach vierjährigem Kampfe verdienen unsere Völker, die so treu ihre Pflicht erfüllt haben, den Frieden, den Se. Majestät vom ersten Tage seiner Regierung an angestrebt hat. Es lebe der Friedenskaiser, es lebe das tapfere [illegible] und das Wiener Volk!"

Mit der ungarischen Redewendung „Ich empfehle mich Ihnen, meine Herren!", schloß Graf Andrassy seine Ansprache. Die Worte des Ministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In die Akklamationen mischten sich aber auch entschiedene Gegenrufe und insbesondere hörte man laut und vernehmlich die Worte: „Anschluß an Deutschland!"

Nach ungefähr dreiviertelstündiger Dauer war diese Friedensdemonstration zu Ende, die Teilnehmer zogen ab und der Ballplatz lag wieder in traditioneller Ruhe und Abgeschiedenheit da.

30./X. 1918 123

Die Friedensnote der deutschösterreichischen Nationalversammlung an Wilson.

Wien, 29. Oktober.

Der Vollzugsausschuß der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs hat beschlossen, folgende an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu richtende Note der morgen Mittwoch stattfindenden Vollversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen:

Herr Präsident! Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Nation in Oesterreich beschlossen hat, einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden. Am 21. Oktober 1918 haben sich in Wien die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählten Abgeordneten aller deutschen Wahlbezirke in Oesterreich versammelt und haben beschlossen: 1. einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden; 2. sich als provisorische Nationalversammlung dieses neuen Staates zu konstituieren und die Aufgabe zu übernehmen, diesen Staat so lange zu vertreten, bis eine auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes neu zu wählende konstituierende Nationalversammlung zusammentreten kann; 3. einen Vollzugsausschuß zu wählen, der bis zur Bildung der Regierung des deutschösterreichischen Staates diesen Staat nach außen zu vertreten und die Uebernahme der Verwaltung im Innern vorzubereiten und zu reorganisieren hat.

Die Deutschen sind in Oesterreich ein Volk von 9·7 Millionen Menschen; bisher waren sie Bürger des österreichischen Staates, jetzt, da die anderen Nationen daran gehen, ihre selbständigen Staaten zu bilden, konstituiert sich auch die deutsche Nation in Oesterreich als ein selbständiger Nationalstaat. Der neue Staat beansprucht die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen Oesterreich, in denen die Deutschen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Er nimmt das Recht auf völkerrechtliche Persönlichkeit für sich in Anspruch. Er erkennt den anderen Nationen der Monarchie das uneingeschränkte Recht zu, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft der Nationen in voller Freiheit zu bestimmen und fordert dasselbe Recht auch für die deutsche Nation. Er verlangt, daß seine Vertreter als die Vertreter eines selbständigen Staates zu den Friedensverhandlungen zugelassen werden und mit den Vertretern der anderen Nationen über die Bedingungen des Friedens verhandeln. Er behält seiner Regierung das Recht vor, den Frieden zu schließen.

Der Vollzugsausschuß erklärt, daß niemand berechtigt ist, im Namen Deutschösterreichs über den Frieden zu verhandeln und Frieden zu schließen als die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung eingesetzte Vollzugsgewalt. Der unterzeichnete Vollzugsausschuß der provisorischen deutschösterreichischen Nationalversammlung bittet Sie daher, Herr Präsident, ihm Gelegenheit zu bieten, unverzüglich in direkte Verhandlungen mit den Vertretern aller kriegführenden Mächte über einen allgemeinen Frieden einzutreten.

Der Vollzugsausschuß verpflichtet sich zur Annahme der folgenden Grundsätze:

1. Der Vollzugsausschuß nimmt vorbehaltlos die Grundsätze an, die Sie, Herr Präsident, in der Botschaft vom 8. Januar 1918 und in den Reden vom 12. Februar und vom 4. Juli 1918 festgesetzt haben.

2. Der Vollzugsausschuß betrachtet, der Note des Herrn Staatssekretärs der Vereinigten Staaten an die österreichisch-ungarische Monarchie vom 18. Oktober 1918 vollständig entsprechend, die czecho-slowakische und die südslawische Nation als vollkommen unabhängige Staaten und ist bereit, die Beziehungen des deutschösterreichischen Staates zu dem czechischen und dem südslawischen Staate durch freie Vereinbarungen mit diesen Staaten zu regeln. Der Vollzugsausschuß schlägt vor, alle Streitfragen zwischen dem deutschösterreichischen Staate einerseits und dem czechischen und dem südslawischen Staate anderseits, soweit sie durch freie Vereinbarungen nicht bereinigt werden können, der Entscheidung eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen, das nach den Bestimmungen der Haager Konferenzen zusammengesetzt werden soll.

3. Der Vollzugsausschuß bittet Sie, Herr Präsident, Ihre Aufmerksamkeit der Frage der deutschen Gebiete der Sudetenländer zuzuwenden. In Böhmen gibt es neben 60 Bezirken, in denen die Czechen die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, 36 Bezirke, in denen die Mehrheit der Bevölkerung deutscher Nationalität ist und die deutsche Sprache spricht. Diese 36 Bezirke stellen ein Gebiet von 16.311 Quadratkilometer dar. Nach der Volkszählung vom Jahre 1900 betrug die Bevölkerung dieses Gebietes 2,186.637 Personen. Von ihnen bedienen sich im täglichen Verkehr 2,001.962 Personen der deutschen und nur 148.051 Personen der czechischen Sprache. Es besteht also innerhalb Böhmens ein zusammenhängendes Gebiet, dessen überwiegende Bevölkerungsmehrheit deutsch ist. Ebenso bildet der westliche Teil von Oesterreichisch-Schlesien und der an ihn grenzende nördliche Teil von Mähren ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet und auch die südlichen, an das deutsche Niederösterreich angrenzenden Gebiete Mährens sind deutsch.

Insgesamt wohnen in Böhmen, Mähren und Schlesien nach der letzten Volkszählung 3,512.682 Deutsche. Es ist selbstverständlich, daß der neue deutschösterreichische Staat auch die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens beansprucht. Wir sind überzeugt, Herr Präsident, daß Sie nach sorgfältiger Prüfung dieser Fragen, den von Ihnen verkündeten Grundsätzen entsprechend, es ablehnen werden, 3½ Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem czechischen Staate zu unterwerfen und sie zu einem Verzweiflungskampfe gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen. Das Zeitalter der Demokratie in Mitteleuropa kann nicht damit beginnen, daß ein Volk von 3½ Millionen Menschen mit Waffengewalt einem Volke von 6·3 Millionen Menschen unterworfen wird.

Der dauernde Friede in Europa kann nicht dadurch begründet werden, daß in dem neuen czecho-slowakischen Staate eine deutsche Irredenta geschaffen wird, deren ständige Hilferufe nach Berlin und Wien dringen und den Frieden Europas gefährden würden. Und eine solche Vergewaltigung der Deutschen widerspräche auch dem von Ihnen, Herr Präsident, im Punkt 2 Ihrer Rede vom 12. Februar d. J. aufgestellten Grundsatze, „daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte", und ebenso dem 3. und 4. der dort aufgestellten Grundsätze, wonach „jede Lösung einer Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen" und derart erfolgen müsse, „daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen".

Wir fordern daher, daß die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens als ein Bestandteil des deutschösterreichischen Staates anerkannt werden und ihre künftige staatliche Zugehörigkeit in Gemeinsamkeit mit ihm frei bestimmen sollen. Wir sind bereit, mit der berufenen Vertretung der czechischen Nation über die Abgrenzung unserer Gebiete zu verhandeln. Sollte es sich aber als unmöglich erweisen, die Grenzen einvernehmlich festzusetzen, so schlagen wir vor, daß die Bevölkerung der umstrittenen Gebiete berufen werden soll, selbst durch allgemeine Volksabstimmung zu entscheiden, zu welchem Staat sie gehören wollen. Wir sind einverstanden damit, daß diese Volksabstimmung unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen von Beamten neutraler Mächte durchgeführt werde und daß alle näheren Bedingungen dieser Volksabstimmung vom Friedenskongreß oder von einem Schiedsgerichte in solcher Weise festgesetzt werden, daß jede Vergewaltigung der Abstimmenden und jede künstliche Beeinflussung des Abstimmungsergebnisses unbedingt vermieden werden. Die Regelung des Schutzes der in fremden Siedelungsgebieten immerhin noch übrigbleibenden nationalen Minoritäten wird im Wege der gegenseitigen Vereinbarung erfolgen können.

In analoger Weise wären diese Grundsätze auch auf die deutschen Siedelungsgebiete im Süden und auf die Regelung der staatlichen Grenzen gegenüber Italien und dem südslawischen Staat anzuwenden.

Sie, Herr Präsident, haben erklärt, daß Sie gegen die Regierungen der Mittelmächte, aber nicht gegen das deutsche Volk Krieg führen. Sie haben erklärt, daß Sie gleiche Gerechtigkeit für alle Nationen, auch für das deutsche Volk verwirklichen wollen. Wir appellieren daher an Sie, Ihre Autorität für das Selbstbestimmungsrecht unserer Nation einzusetzen. Da wir uns mithin ganz auf den Boden der Grundsätze stellen, die Sie, Herr Präsident, verkündet haben, wäre jede Verlängerung des Krieges zweckloser Mord an vielen Menschen.

Wir bitten Sie daher, Herr Präsident, Ihre Autorität dafür einzusetzen, daß sofortige allgemeine Waffenruhe auf allen Fronten eintrete und uns die Möglichkeit geboten werde, auf einem allgemeinen Friedenskongreß in direkte Verhandlungen mit allen Nationen einzutreten, aus denen ein Friede hervorgehen soll, der jeder Nation ihre volle Freiheit gibt und alle Nationen zu einem dauernden Friedensbund vereinigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung.

Der Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Dinghofer. Fink. Heinz.

Neue Freie Presse
30./X. 1918
124

Der österreichisch-ungarische Friedensschritt und die deutsche Regierung.

Wien, 29. Oktober.

Gegenüber den von verschiedenen inländischen Blättern gebrachten Mitteilungen, von denen sich eine auf eine Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter beruft, sind wir ermächtigt, nachstehendes festzustellen:

Die kaiserlich deutsche Regierung war durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen Oesterreich-Ungarns seit längerem in Kenntnis, daß die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkte fortführen könne.

Unmittelbar nach dem Amtsantritte des Grafen Andrassy am 26. Oktober hat der Kaiser dem deutschen Kaiser in einem freundschaftlichen Telegramm in unzweideutiger Weise mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn nunmehr veranlaßt sei, den entscheidenden Schritt in der Friedenssache zu unternehmen. In einer am selben Tage zwischen dem Minister des Aeußern und dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien stattgehabten Unterredung war letzterer gleichfalls auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet worden. Noch vor Absendung der Note an den Präsidenten der Vereinigten Staaten fand dann am 27. d. eine hierauf bezügliche Unterredung zwischen dem Grafen Andrassy und dem Grafen Wedel statt.

Der Sonderfriede und Deutschland.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Doktor Lammasch gegenüber einem unserer Mitarbeiter.

Wien, 29. Oktober.

„Ich spreche meine Ueberzeugung aus, daß es gewiß im Interesse Oesterreich-Ungarns gelegen wäre, daß wir uns gemeinsam mit Deutschland an den Friedenstisch setzen.

Darin stimme ich mit dem Grafen Wedel überein.

Wenn auch Graf Wedel vielleicht insofern überrascht war, daß ihm die Note nur wenige Stunden vor ihrer Absendung mitgeteilt wurde — der deutschen Regierung ist sie mindestens vierundzwanzig Stunden vorher mitgeteilt worden — so ist doch Graf Wedel zweifellos seit langer Zeit in Kenntnis der Tatsache, daß wir aus militärischen, politischen und insbesondere wirtschaftlichen Gründen den Krieg nicht weiterführen können."

Die deutschösterreichische Nationalversammlung an Wilson.

Wien, 29. Oktober.

Der deutschösterreichischen Nationalversammlung wird morgen eine vom Vollzugsausschusse beschlossene Note an den Präsidenten Wilson zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Den Wortlaut veröffentlichen wir an anderer Stelle.

Österr. Volkszeitung
30./X. 1918

Das Sonderfriedensangebot des Grafen Andrassy.

Eine amtliche Mitteilung.

Amtlich wird mitgeteilt:

Wien, 29. Oktober. Gegenüber den von verschiedenen Blättern gebrachten Mitteilungen, von denen sich eine auf eine Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter beruft, sind wir ermächtigt, nachstehendes festzustellen:

Die kaiserlich deutsche Regierung war durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen Oesterreich-Ungarns seit längerem in Kenntnis, daß die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkte fortführen könne.

Unmittelbar nach dem Amtsantritte des Grafen Andrassy am 26. d. hat der Kaiser den deutschen Kaiser in einem freundschaftlichen Telegramm in unzweideutiger Weise mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn nunmehr veranlaßt sei, den entscheidenden Schritt in der Friedenssache zu unternehmen. In einer am selben Tage zwischen dem Minister des Aeußern und dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien stattgehabten Unterredung war letzterer gleichfalls auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet worden. Noch vor Absendung der Note an den Präsidenten der Vereinigten Staaten fand dann am 27. d. eine hierauf bezügliche Unterredung zwischen dem Grafen Andrassy und dem Grafen Wedel statt.

Die Aeußerung des deutschen Botschafters.

Die in der „N. Fr. Pr." veröffentlichte Aeußerung des deutschen Botschafters Grafen Wedel, auf die sich die amtliche Mitteilung bezieht, lautet: Es hat uns überrascht, daß uns Sonntag ganz plötzlich der nunmehr erfolgte Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung ohne daß wir über den Inhalt näher informiert wurden, als eine unabänderliche Tatsache angekündigt wurde und wir derart vor ein Fait accompli gestellt worden sind. Der Schritt ist um so weniger verständlich, als aus keiner der bisherigen Erklärungen des Präsidenten Wilson die Absicht hervorging, daß er nur getrennt mit uns verhandeln wolle. Ich glaube, daß es auch im Interesse Oesterreich-Ungarns gelegen wäre, wenn wir uns gemeinschaftlich an den Friedenstisch setzen würden.

Scharfe Zurückweisung aus Deutschland.

Berlin, 29. Oktober. (Privat.) Die im Ministerium des Aeußern in Wien unternommenen Versuche, es so darzustellen, als sei man in Berlin von dem bevorstehenden Schritt Oesterreich-Ungarns unterrichtet gewesen und als habe man ihm zugestimmt, muß von hier aus sehr entschieden zurückgewiesen werden. Durch die Absendung der Note ist die deutsche Regierung vielmehr vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Am Samstag war man in Berlin noch bemüht, in Wien gewissermaßen zu bremsen. Aber es war umsonst. Anerkannt wird hier jedoch, daß der Hauptdruck von Ungarn ausging und daß es in Wien schwer, vielleicht unmöglich gewesen sein mag, diesem Druck zu widerstehen, der seine Stärke besonders daraus zog, daß in jener kritischen Stunde Graf Karolyi nahe daran schien, an die Spitze der Geschäfte zu treten. Jedenfalls ist dieses Einvernehmen mit Berlin unterblieben, und es liegt gar kein Grund vor, zu verschweigen, daß damit hier keine anderen Gefühle als die der Enttäuschung und des Unmutes erwartet werden konnten. Aber auch in dieser Hinsicht wendet sich der Unmut in erster Linie nach ungarischer Seite hin.

Berliner Blätterstimmen.

Berlin, 29. Oktober. (Privat.) In der Berliner Presse aller Parteien spiegelt sich der starke Eindruck der Note des Grafen Andrassy an Wilson wider. Die meisten Blätter erinnern an die großen Opfer, die Deutschland zum Schutze Oesterreich-Ungarns im Laufe des Krieges brachte.

Der „Vorwärts" schreibt: Nibelungentreue, Nibelungennot! Des neuen Deutschland blühende Jugend und feste Mannschaft verblutete sich zur Rettung des Donaureiches, dessen innere Schwierigkeiten und Halbheiten den Stein ins Rollen gebracht haben. Die k. u. k. Regierung spricht nur für die Dynastie. In ihrem Namen ist die Kapitulation angetragen worden. Der von der k. u. k. Regierung vorgeschlagene Sonderfriede will bewußt die Deutschösterreicher den Tschechen opfern, um dadurch zugleich die Tschechen festzuhalten und den Vierverband durch das Opfer eines völlig slawisierten Oesterreich gnädig zu stimmen.

Die „Morgenpost" schreibt: Für uns besteht kein Zweifel, daß die Lösung des Waffenbündnisses nicht das geeignete Mittel war, die Feinde für Oesterreich-Ungarn günstig zu stimmen.

In der „Täglichen Rundschau" heißt es: Die Wendung lag seit dem Abfall Bulgariens vor unser aller Augen. Und wir hoffen, daß wir darauf eingerichtet sind. Wir haben unsere Armee völlig frei und sind gewisser politischer Verpflichtungen ledig, die unsere Situation auch bei Friedensverhandlungen erschwert hätten.

Die „Kreuzzeitung" verweist auf die Schwierigkeiten, die sich für die deutschen Truppen in der Ukraine, in Rumänien und an der serbischen Grenze ergeben, wo deutsche Truppen zusammen mit österreichisch-ungarischen Truppen im Kampf gegen die Saloniki-Armee stehen.

Fremdenblatt
30./X. 1918

* (Demonstrationsversammlung auf dem Ballhausplatz.) Gestern nachmittags 5 Uhr fand auf dem Ballhausplatz vor dem Ministerium des Aeußern eine durch am Nachmittag in der Stadt verteilte Flugzettel einberufene Friedensversammlung statt. Als Einberufer hatten Abgeordneter Viktor Zenker und Bezirksvorsteher Blasel gezeichnet. Eine etwa zweitausendköpfige Menge, darunter viele zufällige Passanten, hatte sich eingefunden. Punkt 5 Uhr ergriff Abgeordneter Zenker das Wort und hielt eine weithin vernehmbare Ansprache. Der Redner führte aus, daß es nun nach vier Jahren Krieg Zeit sei, daß alle Menschen sich friedlich die Hände reichen, daß endlich neues Leben einziehe. Das deutsche Volk Oesterreichs wolle nichts mit jenen Leuten zu tun haben, die den Weltkrieg fortzusetzen gedenken (Lebhafte Zustimmung. Rufe: „Nieder mit den Kriegsverlängerern!"), die noch Nutzen aus dem fortgesetzten Blutvergießen ziehen möchten. Das deutsche Volk von Wien ist nicht der Ansicht, daß es die Treue gegenüber Deutschland gebrochen hat (Bravorufe), da es genügend Opfer gebracht hat, es seinen Staat in Trümmer gehen gesehen, fast verhungert und nicht geneigt ist, dem preußischen Militarismus Helfersdienste zu leisten. Mit jedem Tag, da der Krieg fortdauert, verschlechtern sich die Friedensbedingungen, und man falle Deutschland nicht in den Rücken, wenn man getrennt Frieden schließe, sondern man rette Deutschland vor völligem Untergange. Das deutsche Volk von Wien kann aber auch nicht auf die Schlafmützen des deutschen Nationalrates warten, sondern es wolle einen sofortigen Frieden, auch wenn er von Andrassy gemacht wird. (Lebhafter Applaus und Zurufe.) Es sprachen in ähnlichem Sinne noch Frau Beer-Angerer und Bezirksvorsteher Blasel. Hierauf wurden im Publikum lebhafte Rufe nach dem Minister des Aeußern Grafen Andrassy laut. Man hörte: „Andrassy heraus!" Obgleich die Fenster des Ministeriums während der ganzen Kundgebung dicht besetzt waren, öffnete sich trotz der lauten Zurufe die Balkontüre lange nicht. Abgeordneter Zenker rief: „In Ungarn würde es Andrassy nicht wagen, einer harrenden Volksmenge keine Auskunft zu erteilen!" Es waren hierauf schon Pfuirufe auf den Grafen Andrassy und auf Ungarn vernehmbar, als sich die Balkontüre langsam öffnete und Graf Andrassy, lebhaftest begrüßt, auf den Balkon trat. Er hielt eine kurze Ansprache, in der er sagte: „In diesen schwierigen Zeiten und in meiner verantwortlichen Stellung möchte ich keine längere Rede halten. Ich will Ihnen nur versichern, daß ich alles Menschenmögliche tun werde, um einen den Umständen angemessenen guten und raschen Frieden zu bringen. (Hochrufe.) Nach vierjährigem Kampfe verdienen unsere Völker, die so treu ihre Pflicht erfüllt haben, den Frieden, den Se. Majestät vom ersten Tage seiner Regierung an angestrebt hat. Es lebe der Friedenskaiser! Es lebe das tapfere österreichische und das Wiener Volk!" Die angesammelte Menschenmenge verließ darauf langsam den Ballhausplatz. Das starke Polizeiaufgebot, das die Zugänge zur Hofburg besetzt hielt, hatte keinen Anlaß zum Einschreiten.

Nord Expo Exposé

Abschrift 129

30./X. 1918

Erklärungen des Ministerpräsidenten Doktor Lammasch.

Wien, 30. Oktober.

Nach Schluß der heutigen Obmännerkonferenz ergriff Ministerpräsident Dr. Lammasch das Wort zu folgenden Ausführungen:

Ich möchte gewissermaßen in Schlagworten dasjenige vorbringen, was ich im Hause darlegen wollte. Natürlich hätte ich zunächst von dem Waffenstillstand und dem Frieden zu sprechen und davon, daß doch alle Nationen Oesterreichs das dringende Bedürfnis haben, aus diesem fürchterlichen, mörderischen Krieg herauszukommen, und daß dies in einer möglichst ehrenvollen und anständigen Form geschehe. Ich möchte gegen den Vorwurf eines Treubruches gegenüber dem Deutschen Reiche Verwahrung einlegen. Wir haben die kaiserlich deutsche Regierung mindestens 24 oder 28 Stunden vorher von dem Schritte in Kenntnis gesetzt, den die Regierung zu unternehmen genötigt war. Die deutsche Regierung hat seit Wochen und Monaten — ich glaube seit ungefähr einem Jahre — gewußt, daß wir nicht mehr weiter kämpfen können, als über einen gewissen Zeitpunkt hinaus. Das ist dem deutschen Botschafter und den Vertretern der deutschen Regierung auch in Berlin wiederholt kundgemacht worden. Wir haben ausgehalten, so lange es unsere kriegerische, finanzielle und wirtschaftliche Situation ermöglichte. Ueber diesen Zeitpunkt hinaus konnten wir nicht. Wir haben diese Erklärung loyal sowohl Kaiser Wilhelm gegenüber abgegeben als auch dem deutschen Botschafter. Sie ist nicht im allerletzten Moment abgegeben worden, allerdings nicht lange Zeit vorher.

Der Ministerpräsident hätte in seiner Rede auch eine dringende Aufforderung an die Front gerichtet, sich nicht durch die Aussicht auf den Waffenstillstand und den Frieden sofort aufzulösen, sondern jene Ordnung und Selbstzucht zu bewahren, welche die Armee zu so vielen Erfolgen geführt hat und die im jetzigen Moment notwendig ist, damit die Gefahr der Ueberflutung der Länder durch die ordnungslos zurückziehende Armee abgewendet werde. Die Regierung hat in dieser Richtung alle Vorkehrungen getroffen, die erforderlich sind, damit die Truppen möglichst geordnet zurückkommen können. Ob diese Maßregeln in allen Richtungen entsprechen werden, könne man natürlich nicht voraussehen, es sei aber das Möglichste geschehen. Der Ministerpräsident möchte

---

verabreicht, mit zwei Pesetas Strafe belegt werde. Die Madrider Zeitungen billigten das Vorgehen des Alkalden.

[Die Kosten der Zuidersee-Trockenlegung.] Das große Werk der Trockenlegung der Zuidersee, welche Holland die neue Provinz Wilhelmina verschaffen soll, wird in diesem Augenblicke bereits in Angriff genommen. Die mutmaßlichen Kosten der auf eine zehnjährige Dauer berechneten Arbeit werden mit 350 Millionen Gulden angegeben.

[Vorträge und Versammlungen.] Am Mittwoch finden folgende Vorträge und Versammlungen statt: „Die Bereitschaft", ½8 Uhr, Café City, Porzellangasse 1: „Wie werden wir nach dem Kriege leben können?" (Redner: Rudolf Goldscheid, [illegible] und Direktor Edgar

Ostdeutsche – Rundschau 130

31./X. 1918

Ein mißglückter Rechtfertigungsversuch.

Wien, 29. Oktober. Gegenüber den von verschiedenen inländischen Blättern gebrachten Mitteilungen, von denen sich eine auf eine Unterredung mit dem hiesigen deutschen Botschafter beruft, ist das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau ermächtigt, nachstehendes festzustellen:

„Die kaiserlich deutsche Regierung war durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen Oesterreich-Ungarns seit längerem in Kenntnis, **daß die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkte fortführen könne.**

Unmittelbar nach dem Amtsantritte des Grafen Andrassy am 26. Oktober hat der Kaiser dem deutschen Kaiser in einem freundschaftlichen Telegramm in unzweideutiger Weise mitgeteilt, **daß Oesterreich-Ungarn nunmehr veranlaßt sei, den entscheidenden Schritt in der Friedenssache zu unternehmen.**

In einer am selben Tage zwischen dem Minister des Aeußern und dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien stattgehabten Unterredung war letzterer gleichfalls auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet worden. Noch vor Absendung der Note an den Präsidenten der Vereinigten Staaten fand dann am 27. d. M. eine hierauf bezügliche Unterredung zwischen dem Grafen Andrassy und dem Grafen Wedel statt."

Neue Freie Presse Abendbl 131
31./X. 1918

In Erwartung wichtiger Entscheidungen.

Fragen der Politik im Vordergrunde.

Wien, 31. Oktober.

Die Zeit ist voll politischer Bewegung. Die nächsten Wochen dürften wieder inhaltsreich sein. Die Fragen, die mit dem Kriege zusammenhängen, können nicht zur Ruhe kommen, und die schaffenden Kräfte müssen auch während der Fortdauer der allgemeinen Kämpfe und noch ehe die befreiende Stunde des Friedens kommt, den Aufbau beginnen. Das Wort, daß neben dem Schwerte in der einen Hand die Kelle in der anderen Hand sein müsse, gilt auch heute, und durch die Luft zieht es wie Erwartung, daß manche Entscheidungen bevorstehen, die nicht mehr leicht verzögert werden können. Das könnte den nächsten Wochen eine besondere Bedeutung geben.

Bei solchen Stimmungen und bei der Erwartung, daß wichtige Fragen zur Lösung reif geworden sind, ist es gut, daß die Verhandlungen und Förmlichkeiten, die zur Bildung des neuen österreichischen Ministeriums nötig sind, dem Abschlusse sich nähern. Das Bedürfnis, auch den österreichischen Ministerpräsidenten auf seinem Platze in der großen Politik zu sehen, war immer vorhanden und dürfte in der nächsten Zeit noch stärker werden. Die Bemerkung in der Debatte des ungarischen Abgeordnetenhauses über das seltene Hervortreten des früheren österreichischen Ministerpräsidenten in der Oeffentlichkeit mußte nachdenklich machen. Es ist beinahe eine Pflicht, daß der Teil, der Oesterreich an den politischen Entscheidungen in der Monarchie gebührt, verkörpert im Ministerpräsidenten, dem Publikum sichtbar und erkennbar sei. Wir können das in den nächsten Tagen vielleicht noch weniger entbehren als früher. Ein Vorteil war das Bleiben im Hintergrunde niemals und jetzt, da uns so viele ernste Probleme unmittelbar berühren, wäre es ein großer Nachteil. Es dürfte der allgemeine Wunsch sein, daß in diesen Tagen mit Klarheit sich zeige, wer Oesterreich zu vertreten habe.

Ostdeutsche – Rundschau
31./X. 1918

B2 0
31

Was man im Deutschen Reiche erwartet.

Lammasch-Andrassy sind auch nur ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Noch nie war die gesamte öffentliche Meinung im Deutschen Reiche so einig in ihrem Urteil ohne Unterschied der Partei: Solch eine Flucht und Felonie ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte!

Das Deutsche Reich war entschlossen, uns für neunzig Tage mit Lebensmitteln zu versorgen. Der Akt der Felonie von Lammasch-Andrassy hat diesen Entschluß wankend gemacht. Lammasch ist übrigens schon schwer bestraft: Erzberger hat ihn drahtlich angestrudelt! Das hat hier in Deutschösterreich den schwarzen Mann von Buttenhausen in die richtige Beleuchtung gesetzt. Für jeden wahrhaft Deutschempfindenden in dem freien und selbstständigen Deutschösterreich ohne Unterschied der Partei sind Lammasch-Andrassy erledigt und für jeden wirklichen Deutschen im Bismarckreiche erst recht.

Was erwartet nun das Deutsche Reich von uns? Daß wir ohne Wanken und Schwanken treu zur gemeinsamen deutschen Sache stehen. Bisher hatten sich die Blätter aller Parteien in der Behandlung der inneren Angelegenheiten Oesterreichs große Zurückhaltung auferlegt. Jetzt fordern sie alle offen die **Vereinigung aller deutschen Stämme!**

Andrassy kann auf diesen Erfolg seiner Felonie stolz sein. Wir aber stimmen mit unseren Brüdern im Deutschen Reiche völlig überein in dem glühenden Wunsche: die **Südostmark ein deutscher Bundesstaat!**

Prag im Freudenrausch.

An dem Tage, da Oesterreich kapitulierte, wurde der tschechische Staat geboren. Die Stadt erwachte mit der Nachricht: Oesterreich ist nicht mehr.

Als die Symbole des alten Staates, die Doppeladler von den Häusern herabgenommen wurden, in beinahe unheimlicher Eilfertigkeit, da fühlte man, daß Oesterreich gestorben sei. Krachend stürzten Firmenschilder von Hoflieferanten und Bankinstituten aus der Höhe auf die Straße. Eine ungeheure Menschenmenge rief Beifall. Metallene Aare wurden über das Brückengeländer in die Moldau geworfen. Tausende folgten enthusiastisch dem Schauspiel.

Die Geschäfte schlossen, Umzüge bewegten sich durch die Straßen. Ueberall wehen Fahnen, weiß-rot und weiß-rot-blau. Vom Nationaltheater, in wenigen Stunden mit Blumen geschmückt, leuchte in blutigem Rot die Standarte des tschechischen Staates mit dem Löwen in der Mitte.

Menschengewoge. Die Elektrischen fahren nicht mehr. Soldaten nehmen die kaiserliche Kokarde von der Mütze. Offiziere werden angehalten. Sie müssen das kaiserliche Emblem herunternehmen.

Seltsame Szenen spielen sich ab, in denen die Revolution mit dem Alten ringt. Grauhaarige Stabsoffiziere, die von den Dingen überrascht wurden, leisten passiven Widerstand. Es nützt ihnen nichts.

Automobile fahren durch die Stadt, es regnet Aufrufe. Eine ungeheure Menschenmenge wartet auf die Nachrichten, die durch Extrablätter verbreitet werden.

Eine riesige Versammlung von Soldaten und Offizieren mit der tschechischen Kokarde. In ihrer Mitte ein Redner. Der ganze Wenzelsplatz ist von Menschen überfüllt. „Es lebe der tschechoslowakische Staat!" braust es herüber. „Seit 300 Jahren hatte kein Redner eine solche Zuhörerschaft" ...

Tragik, Komik, Hohn, Satire, Schrecken, Begeisterung, Traum, alle Leidenschaften, alle Stimmungen sind um dieses Sterben herum.

Während die Straßen mit Leben erfüllt sind, haben die Führer der Nation alle Hände voll zu tun. Und still wird des alten Oesterreichs Erbe angetreten. Am Abend wird durch Extrablätter bekannt: Die gesamte Gewalt ist auf den tschecho-slowakischen Staat übergegangen. Das Militärkommando hat sich dem neuen Staat untergeordnet, die ganze Verwaltung, die Polizei, die Post, die Eisenbahnen unterstehen dem Nationalausschuß. Der Nachrichtendienst ist organisiert.

Auf der Straße Verbrüderungsszenen der Demokratie. Soldaten begrüßen kameradschaftlich die Offiziere, die Mützen werden geschwenkt, Küsse ausgetauscht. Offiziere und Sokoln schließen einander in die Arme. Ein jahrhundertelanger Traum ist Wahrheit geworden ...

Der Abend ist ein Freudentaumel. Alle Gasthäuser, alle Kaffeehäuser voll von Leidenschaft und freudigem Enthusiasmus. Musik, Reden, Akklamationen.

Zur Feier der Nacht brennen alle Lampen, die Sperrstunde ist aufgehoben.

Aber während sich die Menge dem Begeisterungsrausch hingibt, ist die Organisation am Werk. Die Polizei, an weiß-rot-blauen Armstreifen kenntlich, und Sokoln ziehen auf Posten, bewachen Staatsgebäude, bewachen Zeitungen, schützen vor Ausschreitungen Unbesonnener deutsches Eigentum. Schützen das deutsche Konsulat, schützen das deutsche Theater.

Die „slawische Linde" auf dem Wenzelsplatz ist geschmückt und illuminiert. Vor den Bildern Masaryks und Kramarsch' gibt's Jubel.

In der Nacht werden durch das Tschechoslowakische Preßbureau, das ehemalige k. k. Korrespondenzbureau, die ersten Gesetze der vorläufigen Regierung verlautbart.

Dieser Staat ist nicht von heute auf morgen geworden. Er hat nur auf den Augenblick gewartet, zu sein. Und er ist, er besteht.

In Wien aber dementiert der Ministerrat, ein Schatten des alten Oesterreich, daß es einen tschechischen Staat gebe.

Zwölf Stunden liegen zwischen der Kapitulation und der völligen Machtergreifung des tschechischen Staates. Sie waren erfüllt von den sonderbarsten, und für den, der's mit angesehen, unvergeßlichsten Ereignissen. Der Doppeladler ist gesunken. Auf dem Alten Graben, der feudalen Promenade Prags, haben Klempner die neuen Straßentafeln angebracht: Trida Wilsonova — Wilsonstraße. Selbst das stand augenscheinlich im Programm. Die Tafeln waren fertig. Sie mußten nur befestigt werden.

Prag, im Oktober. Walter Tschurtschenthaler.

Die Zeit 31. X. 1918

133

Arbeiterzeitung
31./X. 1918

Das Volk wartet auf Wilhelms Rücktritt.

Die „Münchener Post" schreibt: An der Mitteilung von dem Rücktritt Ludendorffs war das einzig Befremdliche die Tatsache, daß Wilhelm II. noch den Rücktritt dieses ehrgeizigen Gewaltmenschen mitteilen konnte, da alle Welt in dem sicheren Glauben lebte, der Rücktritt Wilhelms II. würde dem des Generals vorangehen oder mindestens mit ihm gleichzeitig erfolgen. Wenn Wilhelm II. endlich allergnädigst geruht hätte, höchstselbst in den majestätischen Ruhestand zu gehen, dann hätte der in Gehorsam ersterbende Untertan Seiner Majestät den allerergebensten Dank zu Füßen zu legen gewagt. Ja der demütigste Untertan sieht heute schon den Rücktritt Wilhelms II. als eine politische Notwendigkeit an.

Der General Ludendorff war infolge der byzantinischen Lobhudeleien der scharfmacherischen und hurrapatriotischen Presse allmählich der Illusion verfallen, ein überragender Politiker zu sein. Und er hatte doch einem Bismarck nur einige Armbewegungen abgeguckt. Ein politisierender General mehr, von denen Preußen-Deutschland stets übergenug hatte. Und das in den großen Tagen einer Weltumwälzung, in der Deutschland einen wirklichen Weltpolitiker brauchte, der in Kontinenten dachte und mit Jahrhunderten rechnete. Ludendorff aber betrachtete die Welt nur durch das Fenster eines nicht gerade sehr hoch gelegenen Stockes der Lichterfelder Kadettenanstalt und lebte in den Eintagsschöpfungen des säbelrasselnden Militarismus. Wo ein Staatsmann in Deutschland reden sollte, sprach nur immer ein Soldat. Und das wurde zum Verhängnis unseres Vaterlandes.

In der Stunde, da der Militarismus entthront worden ist, fällt der typische Vertreter dieses Systems. Und nun wartet das schon sehr ungeduldig werdende Volk, daß endlich der Mann zurücktritt, der als Verkörperung des alten militärischen Deutschland gilt.

Neue Freie Presse Abendbl. 2./XI. 1918 a 1 136

Die Bedingungen des Waffenstillstandes mit der Türkei.

London, 1. November.

Reuter meldet: Der mit der Türkei abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag enthält folgende Bedingungen:

1. Oeffnung der Dardanellen und des Bosporus und freier Zugang zum Schwarzen Meer. Besetzung der Forts in den Dardanellen und im Bosporus durch die verbündeten Truppen.

2. Die Lage aller Minenfelder, Torpedolanciervorrichtungen und anderer Sperrmittel in den türkischen Gewässern wird mitgeteilt und bei ihrer Zerstörung oder Beseitigung Beistand geleistet.

3. Alle verfügbaren Informationen über Minen im Schwarzen Meer sind mitzuteilen.

4. Alle alliierten Kriegsgefangenen der alliierten Mächte und die internierten oder gefangenen Armenier sind in Konstantinopel zu versammeln und bedingungslos den Alliierten zu übergeben.

5. Sofortige Demobilisierung der türkischen Armee mit Ausnahme solcher Truppen, die für die Bewachung der Grenze und Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind. Der Effektivbestand des Heeres und seine Verteilung werden später von den Alliierten nach vorheriger Beratung mit der türkischen Regierung festgesetzt werden.

6. Auslieferung aller Kriegsschiffe, die sich in türkischen Gewässern oder in von der Türkei okkupierten Gewässern befinden. Diese Schiffe sind in einem von der Entente bezeichneten türkischen oder anderen Hafen zu internieren, mit Ausnahme solcher kleineren Fahrzeuge, die für den Polizeidienst und ähnliche Zwecke in den türkischen Hoheitsgewässern notwendig sind.

7. Die Alliierten erhalten das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen, falls eine Lage entsteht, die die Sicherheit der Alliierten bedroht.

8. Allen alliierten Schiffen stehen sämtliche Häfen und Ankerplätze, die augenblicklich in türkischen Händen sind, zur freien Verfügung. Feindlichen Schiffen ist ein derartiger Gebrauch zu verweigern. Aehnliche Bedingungen sind auf die Demobilisierung der Armee anzuwenden.

9. Alle Schiffsreparaturvorrichtungen in sämtlichen türkischen Häfen und Arsenalen werden zur Verfügung gestellt.

10. Die Alliierten besetzen die Taurus-Tunnelanlagen.

11. Die unverzügliche Zurückziehung der türkischen Truppen aus Nordwestpersien bis hinter die vor dem Kriege gültige Grenze ist bereits befohlen worden und wird ausgeführt werden. Die Räumung eines Teiles des Kaukasus durch die türkischen Truppen ist bereits befohlen worden. Der Rest ist zu räumen, wenn es von den Alliierten gefordert wird, nach dem sie zuvor die dortige Lage geprüft haben.

12. Drahtlose Telegramme und Kabelstationen kommen unter die Kontrolle der Alliierten; ausgenommen sind türkische Regierungstelegramme.

13. Der Türkei wird verboten, irgend welches Marine-, Militär- und Handelsmaterial zu zerstören.

14. Erleichterungen werden für Ankauf von Kohle, Oel und Brennstoffen sowie Schiffsmaterial türkischer Produktion gewährt, nachdem zuvor die Bedürfnisse des Landes befriedigt sind. Nichts von dem oberwähnten Material darf exportiert werden.

15. Alle Bahnen sind unter Kontrolle alliierter Offiziere zu stellen, einschließlich der Teile der transkaukasischen Eisenbahnen, die augenblicklich unter türkischer Herrschaft stehen und die zur freien und vollständigen Verfügung der alliierten Behörden zu stellen sind, wobei den Bedürfnissen der Bevölkerung in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Diese Bestimmung schließt die Besetzung von Batum durch die Alliierten in sich. Die Türkei wird keinen Einspruch gegen die Besetzung von Baku durch die Alliierten erheben.

16. Auslieferung aller Garnisonen im Hedschas, Jemen, in Assyrien, Syrien und Mesopotamien an die nächsten Kommandanten der alliierten Mächte und Zurückziehung der Truppen aus Zilizien, mit Ausnahme derjenigen, die notwendig sind, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

17. Auslieferung aller türkischen Offiziere in Tripolis und der Cyrenaika an die nächsten italienischen Garnisonen. Die Türkei verpflichtet sich, die Versorgung dieser Offiziere und jede Verbindung mit ihnen einzustellen, sollten sie dem Befehl, sich zu ergeben, nicht Folge leisten.

18. Alle Häfen in Tripolis und der Cyrenaika einschließlich Misurata müssen der nächsten verbündeten Garnison ausgeliefert werden.

19. Alle deutschen und österreichisch-ungarischen Marine-, Militär- und Zivilpersonen müssen innerhalb eines Monats aus türkischen Gebieten entfernt werden. Die in entfernteren Distrikten befindlichen Personen müßten so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

20. Die Türkei verpflichtet sich, den Anordnungen nachzukommen, die die Bestimmungen über die Ausrüstungen, Waffen und Munitionsvorräte betreffen einschließlich des Transports desjenigen Teiles des türkischen Heeres, der nach Punkt 5 zu demobilisieren ist.

21. Ein Vertreter der Verbündeten wird dem türkischen Versorgungsministerium beigegeben, um die Interessen der Verbündeten wahrzunehmen. Diesem Vertreter werden die dazu notwendigen Vollmachten gegeben werden.

22. Die türkischen Kriegsgefangenen stehen zur weiteren Verfügung der verbündeten Mächte. Die Entlassung der türkischen Zivilgefangenen und solcher Gefangener, die das militärische Alter überschritten haben, wird in Erwägung gezogen.

23. Die Türkei verpflichtet sich, alle Beziehungen zu den Mittelmächten aufzugeben.

Neues Wiener Tagblatt
2./XI. 1918

Kapitulation der Türken.

In Syrien, Mesopotamien und im Kaukasus.

London, 31. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wie „Evening News" mitteilen, strecken die türkischen Armeen in Mesopotamien, in Syrien und im Kaukasus die Waffen. Die Truppen ergeben sich dem Oberkommandanten Allenby und den andern britischen Befehlshabern unter Garantien, die, soweit die Türken in Betracht kommen, das Ende der Feindseligkeiten sicherstellen. Eine der Bedingungen der Waffenstreckung ist die sofortige Freilassung aller britischen Gefangenen.

Oeffnung der Dardanellen. — Bevorstehende Besetzung Konstantinopels durch England.

Das Blatt erfährt weiter, daß auch die Bedingung gestellt wurde, die Dardanellen der britischen Flotte zu öffnen. Es könne jeden Augenblick die Nachricht eintreffen, daß Konstantinopel von den britischen Seestreitkräften in Besitz genommen wurde.

Es verlautet, daß die gesamten den Türken bewilligten Waffenstillstandsbedingungen heute im Parlament mitgeteilt werden.

London, 31. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt: Die britische Regierung erhielt heute die endgültigen Friedensvorschläge der Türkei.

London, 31. Oktober. „Evening Standard" erfährt, daß Ismael Hakki-Pascha, der in Mesopotamien die türkische Tigrisarmee kommandiert, sich mit einer ganzen Division und den besten Teilen einer andern Division ergeben habe.

London, 31. Oktober. Im Unterhause teilte Staatssekretär des Innern Bave den Abschluß des Waffenstillstandes mit der Türkei mit und erklärte: Vor einigen Tagen wurde General Townshend in Freiheit gesetzt, um den englischen Admiral, der die Streitkräfte im Aegäischen Meere kommandiert, davon in Kenntnis zu setzen, daß die türkische Regierung um die sofortige Eröffnung von Verhandlungen zwischen der Türkei und den Alliierten über einen Waffenstillstand ersuche. Man gab zur Antwort, daß Vizeadmiral Calthorpe, wenn die türkische Regierung ihm ausreichend beglaubigte Bevollmächtigte sende, ermächtigt sei, ihnen die Bedingungen mitzuteilen, unter denen die Alliierten der Beendigung der Feindseligkeiten zustimmen würden und einen Waffenstillstand zu diesen Bedingungen in ihrem Namen zu unterzeichnen. Die türkischen Bevollmächtigten kamen Freitag dieser Woche in Mudros an, und der Waffenstillstand wurde in der letzten Nacht im Namen der [illegible] thorpe unterzeichnet. Er trat heute mittag in Kraft. (Lebhafter Beifall.) Es ist wohl nicht nötig, die vollständigen Bedingungen des Waffenstillstandes zu veröffentlichen. Sie schließen jedoch die freie Durchfahrt für die alliierten Truppen durch den Bosporus nach dem Schwarzen Meere ein. Die Besetzung der Forts an den Dardanellen und am Bosporus ist notwendig, um die Durchfahrt und die sofortige Rückkehr aller alliierten Kriegsgefangenen zu sichern. (Lebhafter andauernder Beifall.)

Neue Freie Presse

3./XI. 1918

Meldung über die Abdankung des Zaren Boris von Bulgarien.

Ausrufung der Republik in Tirnowo.

Nachrichten, die aus Bulgarien hier eintreffen, melden, daß Zar Boris von Bulgarien, der Sohn des früheren Königs Ferdinand von Bulgarien, auf den Thron verzichtet hat.

In der alten Krönungsstadt Tirnowo wurde die bulgarische Republik ausgerufen.

König Boris befindet sich bereits auf dem Wege nach Wien.

Fremdenblatt
3./XI. 1918

Die Waffenstillstandsbedingungen für unsere Front.

Das Präsidium des Staatsrates beim Kaiser.

Ueber Einladung erschienen mittags um 2 Uhr das Präsidium des Staatsrates und einige Staatssekretäre, unter ihnen Dr. Viktor Adler, beim Kaiser in Schönbrunn zu einer Aussprache, die etwa zwei Stunden währte.

Am Abend fand im Ministerratspräsidium eine Konferenz des Präsidiums und der Staatssekretäre mit dem k. k. Ministerpräsidenten Lammasch statt.

Wie verlautet, hat bei dieser Aussprache der Kaiser die Waffenstillstandsbedingungen mitgeteilt, welche uns Italien, im Einvernehmen mit einer gemischten Kommission der Entente, gestellt hat.

In parlamentarischen Kreisen heißt es, daß diese Bedingungen u. a. die Besetzung Tirols bis zum Brenner, Südkärntens, Südkrains, des Küstenlandes und Dalmatiens, sowie der strategischen Eisenbahnen enthalten sollen.

Ostdeutsche Rundschau 140

3./XI. 1918

Eine Kundgebung des Gewerbevereins zum Friedensangebote.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein hat auf Grund eines Beschlusses seines Verwaltungsrates eine Kundgebung beschlossen und dieselbe durch den Abgeordneten Friedmann an den Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung geleitet. Diese Kundgebung lautet:

Der Niederösterreichische Gewerbeverein, dessen 3500 Mitglieder nicht bloß das Gewerbe, sondern auch die mittleren Industrien und den Handel umfassen, hat von der Note des gegenwärtigen Ministers des Aeußern Grafen Andrassy an die Vereinigten Staaten von Amerika und die Verbandsregierungen, betreffend **gesonderte Friedensverhandlungen, mit tiefstem und schmerzlichstem Bedauern Kenntnis erhalten. Das in diesen Akten enthaltene Anbot eines Sonderfriedens und die dadurch bewirkte Lösung des politisch-militärischen Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, welches uns in bedrängter Lage so oft und so erfolgreiche Waffenhilfe gewährte, widerstrebt nicht bloß dem natürlichen Empfinden jedes Deutschösterreichers, sondern verstößt auch gegen ernste wirtschaftliche Interessen unserer deutschen Länder, welche jetzt fast überall von feindlichen Staaten und uns fremd gewordenen Völkern umgeben, im Bezuge der wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel auf das Deutsche Reich angewiesen sind,** obwohl dieses selbst unter der Aushungerung und Absperrung des Verbandes so sehr zu leiden hat. Dieses Vorgehen des Auswärtigen Amtes ist um so betrübender, als es gerade in jenem Zeitpunkte geschehen ist, in welchem berufene Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich mit der deutschen Regierung über die Aushilfe mit Lebensmitteln verhandelten und als das Friedensanbot hinter dem Rücken und ohne das Wissen der Vertreter des deutschösterreichischen Volkes erfolgt ist.

Wenn wir auch, **wie alle Bewohner Deutschösterreichs, wärmste Anhänger der Friedenspolitik sind, so wäre der Friede in keiner Weise verzögert worden, wenn die österreichisch-ungarische Regierung gemeinsam und auch in diesem Augenblick im Einvernehmen** mit der deutschen Regierung vorgegangen wäre.

Kaiser Karl I. und die österreichisch-ungarischen Staatsmänner versäumten während des Krieges keine Gelegenheit, ihr Festhalten an dem Bündnisse mit dem Deutschen Reich nachdrücklichst zu betonen. Und jetzt, da der Augenblick gekommen ist, wo diese Zusicherungen auf die Probe gestellt wurden, wich man in unverantwortlicher Weise zurück, in der Hoffnung, durch Aufgeben des Bündnisses Sonderbegünstigungen von dem Verband gewährt zu erhalten.

Die in den Zeitungen mitgeteilte vorherige Bekanntgabe der Absicht eines Sonderabkommens mit dem Verband an die deutsche Regierung **ändert an dem Tatbestand nichts, daß dieser Schritt selbständig geschah und dadurch das Bündnis mit dem Deutschen Reich gelöst wurde.**

Wir bitten den Vollzugsausschuß daher, den schärfsten Protest gegen diesen Schritt des im übrigen **für Deutschösterreich durchaus nicht mehr legitimierten Ministers zu erheben, die auswärtige Vertretung Deutschösterreichs durch den Minister Grafen Andrassy in aller Form abzulehnen** und in der Oeffentlichkeit das **unbedingte Festhalten an dem innigsten und freundschaftlichsten Verhältnisse zu dem Deutschen Reiche feierlichst zu bekunden.**

Ostdeutsche Rundschau 141

3./XI. 1918

Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Verbandsmächten.

Oeffnung der Dardanellen und des Bosporus.

K. London, 31. Oktober. Im Unterhause teilte Staatssekretär des Innern Cuve den Abschluß des Waffenstillstandes mit der Türkei mit und erklärte: Vor einigen Tagen wurde General Townshend in Freiheit gesetzt, um den englischen Admiral, der die Streitkräfte im Aegäischen Meere kommandiert, davon in Kenntnis zu setzen, daß die türkische Regierung um die sofortige Eröffnung von Verhandlungen zwischen der Türkei und den Verbündeten über einen Waffenstillstand ersuche. Man gab zur Antwort, daß Vizeadmirat Kalthorpe, wenn die türkische Regierung ihm ausreichend beglaubigte Bevollmächtigte sende, ermächtigt sei, ihnen die Bedingungen mitzuteilen, unter denen die Verbündeten der Beendigung der Feindseligkeiten zustimmen würden und einen Waffenstillstand zu diesen Bedingungen in ihrem Namen zu unterzeichnen. Die türkischen Bevollmächtigten kamen anfangs dieser Woche in Mudros an und **der Waffenstillstand wurde in der letzten Nacht im Namen der verbündeten Regierungen vom Vizeadmiral Kalthorpe unterzeichnet. Er trat heute mittags in Kraft.** (Lebhafter Beifall.) Es ist wohl nicht nötig, die vollständigen Bedingungen des Waffenstillstandes zu veröffentlichen. Sie schließen jedoch die **freie Durchfahrt für die verbündeten Truppen durch den Bosporus nach dem Schwarzen Meer** ein. Die **Besetzung der Forts an den Dardanellen und im Bosporus** ist notwendig, um die Durchfahrt und die sofortige Rückkehr aller verbündeten Kriegsgefangenen zu sichern. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Die endgültigen Friedensvorschläge.

K. London, 31. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt: Die britische Regierung erhielt heute die **endgültigen Friedensvorschläge der Türkei.**

Neue Freie Presse
5./XI. 1918

Die Waffenstillstandsbedingungen unterzeichnet.

Paris, 3. November.

Die Agence Havas meldet: Der Waffenstillstand mit Oesterreich-Ungarn ist unterzeichnet worden. Die Feindseligkeiten werden Montag den 4. November, 3 Uhr nachmittags, eingestellt werden. Die Waffenstillstandsbedingungen sollen am Dienstag veröffentlicht werden.

Der Waffenstillstand und Deutschland.

Berlin, 4. November.

Wie die „Germania" hört, werden die zuständigen Stellen Deutschlands sofort in die Beratung aller Maßnahmen eintreten, die sich für die militärische Sicherheit aus den Oesterreich-Ungarn auferlegten Waffenstillstandsbedingungen ergeben. In Süddeutschland könne man vollkommen beruhigt sein.

Der Eindruck in Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 4. November.

Die Waffenstillstandsbedingungen, welche Oesterreich-Ungarn auferlegt worden sind, findet man hier ungeheuerlich. Die Blätter sagen, daß diejenigen Politiker in Oesterreich und Ungarn, die auf die Großmut der Feinde vertrauten, jetzt sehen können, wie falsch ihre Rechnung gewesen ist. In der liberalen Presse wird ausgeführt: Wilson hat erklärt, es dürften aus dem Friedensschluß und aus der Neuordnung der Dinge nicht neuer Haß und neue Erbitterung in der Welt entstehen. Es kann wohl fraglich sein, ob die Waffenstillstandsbedingungen, die Oesterreich-Ungarn jetzt annehmen mußte, mit diesen Absichten in Einklang zu bringen sind. Diese Bedingungen sind so niederdrückend, daß wahrhaftig kein frohes Gefühl der Erleichterung aus einer solchen Waffenruhe erblühen kann. Die Völker Oesterreich-Ungarns, die so lange unerhörte und schwere Opfer gebracht haben, haben etwas anderes verdient.

Neue Freie Presse

5/XI. 1918

Das Recht der Feinde auf den Marsch nach Wien.

In den Bestimmungen des Waffenstillstandes.

Wien, 4. November.

Es war an einem Oktobersonntag unter der Regierung des Kaisers Franz. Napoleon wohnte in Schönbrunn und von den Höhen der Gloriette meldeten Kanonenschüsse die Unterzeichnung des Friedens. Ein Tagebuch, das sich in der Hofbibliothek befindet, schildert den Eindruck. Die Leute stürzten auf die Straßen, Freude, Entzücken verbreiteten sich in der Stadt, Menschen, die einander fremd waren, umarmten und küßten sich in einem Gefühl befriedigter Sehnsucht nach Erlösung. Dieser Friede hatte starke Aehnlichkeit mit den Bedingungen des Waffenstillstandes, den der neue Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht Feldmarschall Freiherr v. Köveß am Sonntag mit seinem Namen gezeichnet hat. Salzburg, Berchtesgaden und das Innviertel mußten dem Rheinbunde, Westgalizien und ein Stück von Ostgalizien dem Herzogtum Warschau, Görz, Monfalcone, Triest, der Villacher Kreis, die kroatische und dalmatinische Küste den Franzosen überlassen werden. Die Wiener sind wegen dieses Ausbruches der Freude gescholten worden und noch heute klingt der Vorwurf nach, daß sie aus Leichtsinn sich der ersten Regung hingegeben und gejubelt haben, als die österreichische Monarchie verstümmelt, erniedrigt, vom Meere abgetrennt und zur Treulosigkeit gegen das deutsche Volk gezwungen wurde. Wir können jetzt schwer beurteilen, ob der Tadel begründet war. Jede Zeit läßt sich nur wieder herstellen durch den Versuch, sich in sie hineinzuleben. Die Franzosen waren damals in Wien und der Mordanschlag, den Staps auf das Leben des Kaisers Napoleon in Schönbrunn unternahm, hatte seinen Ursprung in den aufgeregten Stimmungen des Volkes, in dem Trotz und Groll, mit dem die Besetzung der Stadt durch die feindlichen Truppen ertragen wurde. Vielleicht ist Wien niemals so männlich, so deutsch und vaterländisch gewesen, wie in den Zeiten, da Napoleon in Schönbrunn die Befehle zur Vertreibung und zur Einsetzung von alten Herrscherfamilien gab und den Erzherzog Karl verführen wollte, den Platz seines Bruders einzunehmen. Die Feinde in den Mauern von Wien nicht mehr sehen zu müssen und von ihnen befreit zu sein, war die Ursache der im Tagebuche beschriebenen Straßenszenen. Die Nachricht vom Waffenstillstande, den die Monarchie gestern wieder an einem Sonntag mit den Feinden abgeschlossen hat, ist wie ein großer Schmerz aufgenommen worden. Gegen die Wahrheit würde es sein, nicht zu erzählen, daß die Möglichkeit, mit den Angehörigen bald vereinigt zu sein, und die begründete Aussicht, daß die Sorgen der Ernährung milder werden könnten, eindruckslos geblieben wären. Was die Menschen am nächsten bedrückt, wirkt auf sie am stärksten, und zu lange hat der Hunger gewütet, als daß der Gedanke an die nahe Entlastung nicht fühlbar werden müßte. Die Bestimmung des Vertrages, daß die Feinde über unser Gebiet gegen Deutschland vorrücken dürfen, hat jedoch die ernsteste Bestürzung hervorgerufen. Was haben die Deutschen in diesem Kriege alles für uns getan, von wieviel gemeinsamem Heldentum werden die spätesten Geschlechter noch berichten, wie haben sie in jeder Krise, da die Verwüstung blühender Landstriche drohte, eingegriffen. Die Feinde haben jetzt das Recht, über unsere Bahnen gegen die deutsche Grenze vorzustoßen. Wenn sie es tun sollten, wird die Monarchie protestieren. Nach dieser leeren Verwahrung könnte es geschehen, daß der deutsche Botschafter von Wien abreist und daß wir uns werden schämen müssen vor der Welt und vor den eigenen Nachkommen.

Die Stadt war in bewegter Stimmung, als der Abschluß des Waffenstillstandes veröffentlicht worden ist. Wer einen Sohn, einen Bruder, einen Gatten oder Freund verloren hat, mußte aufstöhnen bei der Frage: Wofür ist er gestorben und wofür hat er in Schmerzen sich gewunden, blutend, fiebernd und röchelnd auf Schnee und Eis, einsam, ohne daß die Hand der Mutter die brechenden Augen schlösse. Vor etwa vier Jahren hätten wir um denselben Preis, fast unter gleichen Bedingungen den Frieden mit Italien haben können. Millionen diesseits und jenseits des Isonzo wären am Leben geblieben. Denken wir an die Steinsplitter auf dem Karst, welche die armen Soldaten durchlöchert haben, an die grauenvollen Winternächte auf den höchsten Gipfeln der Alpen, an die erfrornen Füße und Hände, an den unendlichen Jammer auf dem Schlachtfelde und im Hinterlande, an die Bangigkeiten durch einundfünfzig Monate. Immer wiederholt sich die Frage: Warum mußte er, von den Eltern mit liebender Sorgfalt erzogen, in den Anfängen des Lebens, so mutig und so frisch an Körper und Seele, hinunter ins Grab? Wir hätten, als die Verhandlungen mit Italien schwebten, beiläufig verloren, was jetzt verloren geht, aber die Menschenkraft wäre erhalten geblieben und der Krieg längst zu Ende gewesen.

Wien hatte die Empfindung, als würde der Kerker, wo es durch einundfünfzig Monate eingeschlossen war, sich öffnen und ein Weg gestattet sein zu fernen Getreidefeldern. Wenn das Körperliche die Menschen unterjocht und im Doppelwesen, das jeder ist, auch der Hunger seinen Willen hat, so ist das die bezwingende Macht der Natur. Die Meinung schwingt mit, daß Nahrung auch Sicherheit, Ruhe und der beste Schutz vor Gewalttätigkeiten sei. Was stürmt nicht auf die Bevölkerung in dem deutschen Staate von Oesterreich ein. Die ungewohnte Verfassung, der Mangel an Klarheit über den Pflichtenkreis von zwei Regierungen, die nebeneinander hergehen, die Sorge um den Besitz und in so vielen die Bangigkeit über den Verlust des weiteren Vaterlandes, das in den Gefühlen nicht so rasch ausgelöscht werden kann und dem manche ihr Lebenswerk gewidmet haben. Aber dieser Waffenstillstand, der das Gewissen martert und die Monarchie vor dem verbündeten deutschen Volke bloßstellt, ist auch für Wien keineswegs das volle Ende des Krieges. Die feindlichen Truppen können, wenn sie es für nützlich hielten oder die Selbstgefälligkeit zum Marsche nach Wien drängen würde, in wenigen Tagen über die Ringstraße einziehen. Wien kann in feindliche Gewalt kommen.

Wir können nicht sagen, ob das geschehen werde; wir sind überzeugt, daß Amerikaner und Engländer die Gesetze der Zivilisation und die Verträge über den Landkrieg achten werden. Aber der Feind würde in der Stadt sein, wie dereinst die Franzosen unter Napoleon. Er hat sich das Recht vorbehalten, zu requirieren und was er braucht, gegen Bezahlung zu nehmen. Er kann bestimmen, in welchen Häusern den Soldaten die nötigen Wohnungen anzuweisen sind, und die Bevölkerung hat zu gehorchen und zu tun, was ihr befohlen wird. Sieger würden kommen, fröhlich, übermütig; sie würden Umschau halten nach dem lustigen Wien, von dem ihnen so viel erzählt worden ist und von dessen gefälligen Sitten bei Männern und Frauen sie schon oft gelesen haben dürften, seit den Schilderungen der Lady Montague über den Winter, den sie in der Wohnung auf dem Hohen Markt zugebracht hat. Der Wiener ist nicht mehr, was die Bücher von ihm sagen. Er hat viel Groll in sich aufgenommen und die Ordnung ist auch hier von mancherlei Elementen bedroht wie in anderen großen Städten. Deshalb haben die Führer der neuen Staaten, in die Oesterreich sich zersplittert, keine ernstere Pflicht, als eine Macht aufzubauen, die für den Schutz von Leben und Eigentum bürgt. Geben wir den Feinden keinen Vorwand, hier einzurücken, damit die Ordnung kein Geschenk aus ihrer Hand sei. Ein Bündnis der Nationalregierungen zur gegenseitigen Hilfe in Notfällen, die von anarchischer Gewalt hervorgerufen werden sollten, ist das Gebot der Stunde. Helfen wir uns selbst, damit die Feinde uns nicht helfen müssen.

Reichspost
5./XI. 1918

„Oesterreichs Verrat."

Wien, am 4. November.

Unter vorstehendem und ähnlichen Schlagworten werden von einer ganzen Anzahl von Blättern, heimischen und reichsdeutschen, die grimmigsten Verbalinjurien gegen Oesterreich, seine Politik und seine Dynastie gerichtet. Zu jenen vielen, die jetzt ihrem alten, bisher mühsam zurückgehaltenen Oesterreichhaß keinen Zwang mehr tun, gesellen sich die Oberflächlichen, die sich von jedem Windstoß nicht nur Schirm und Hut, sondern auch den Kopf davontragen lassen.

„Oesterreich" und sein Kaiser haben nichts und Niemanden „verraten", am wenigsten den treuen Verbündeten. Nach dem furchtbaren Zusammenbruch der Nerven Ungarns, dessen seither zur Macht gelangte radikalen Parteien nicht nur mit der alten Mehrheit Ungarns Selbständigkeit und Unabhängigkeit verkündeten, sondern auch unter heftigen Anklagen gegen die Verbündeten (Karolyis Rede gegen Kaiser Wilhelm!) und unter Ausrufen, wie „Wir sind Ententefreunde" den sofortigen Sonderfrieden Ungarns und die sofortige Zurückberufung der ungarischen Truppen nach Ungarn verlangten, war die Fortführung des Krieges für die Monarchie um so mehr zur blanken Unmöglichkeit geworden, als sofort auch die neuen Nationalstaaten der Tschecho-Slovaken, Südslaven und Polen sich die ungarische Gelegenheit zunutze machten und den zum Teil von langer Hand mit der Entente vereinbarten tödlichen Streich der Armeezerstörung gegen die Wehrkraft der Monarchie führten. Wie hätte unter solchen Verhältnissen, welche unsere Armee von innen heraus zersetzten, der Krieg fortgeführt werden können? Eine geschlossene Armee Deutschösterreichs gab es nicht und konnte es nicht geben, da es ein Deutschösterreich ja erst seit einigen Tagen gibt. Und selbst wenn es eine solche deutschösterreichische Wehrmacht bereits gegeben hätte, wer hätte den Mut gehabt, sie nach den entsetzlichen Blutopfern Deutschösterreichs, allein und hilflos, im Rücken von den bisherigen Kameraden der neuen, sich ententefreundlich betätigenden Nationalstaaten bedroht, der erdrückenden feindlichen Uebermacht zum Schlachtopfer hinzuwerfen? Es ist Wahnwitz, wenn deutsch geschriebene, wenn deutschösterreichische Blätter dem österreichischen Kaiser eine solche Politik zumuten, die unermeßliches Unglück über Deutschösterreichs Bevölkerung, ihren endgültigen Ruin gebracht hätte. Auch der deutschösterreichische Staatsrat konnte unter den gegebenen Verhältnissen nichts anders mehr tun, als mit blutendem Herzen unter Hinweis auf Deutschösterreichs Wehrlosigkeit sich den harten Waffenstillstandsbedingungen der Feinde zu unterwerfen. In der gleichen Lage befand sich nach dem Abfalle Ungarns vom Bündnisse der Kaiser. Daß er einen an der Entwicklung in Ungarn mitbeteiligten ungarischen Parteiführer, den Grafen Andrassy, dazu berief, die traurigen Schlußfolgerungen aus dem Verhalten Ungarns zu ziehen, wie jetzt ein ungarischer Oberkommandierender bestellt wurde, den Waffenstillstandsvertrag durchzuführen, entsprach ganz dem tatsächlichen Sachverhalt und wird es den spätesten Geschlechtern urkundlich bezeugen, wodurch und durch wen das beweinenswerte Ende einer ruhmvollen Waffenbrüderschaft herbeigeführt wurde. Es ist unredlich, den Kaiser für eine von anderen geschaffene Zwangslage verantwortlich zu machen, aus der auch der deutschösterreichische Staatsrat keinen anderen Ausweg mehr wußte.

Reichsdeutschen Stimmen, auch solchen innerhalb Deutschösterreichs, die angesichts des Unglückes des Verbündeten eine in Anbetracht der verhängnisvollen Rückwirkungen auf Deutschland zwar begreifliche, aber doch alles gerechte Maß vermissen lassende Sprache des Zornes gegen „Wien" führen, darf der Gerechtigkeit halber doch auch in Erinnerung gerufen werden, daß die schon vor und besonders laut zu Beginn des Krieges verkündete Parole vom einem „Krieg zwischen Germanentum und Slaventum" nicht geeignet war, das Durchhalten der österreich-ungarischen Völkerarmee zu erleichtern, und von der Mitschuld an ihrem schließlichen Auseinanderfalle nach vierjährigem wunderbaren Widerstande nicht freizusprechen ist. Die Monarchie hat alles geopfert für das Bündnis, was sie besaß. Was hätte sie denn noch tun können? Nach Ungarns und der slavischen Nationalstaaten Abfall blieb, sollte Deutschösterreichs Unglück, dessen entsetzliche Größe ohnehin erschütternd ist, nicht zur furchtbarsten Katastrophe werden, gar nichts anderes mehr übrig, als das Ersuchen um schleunigste Waffenruhe.

Neues Wiener Tagblatt
5/XI. 1918

146

Der Durchmarsch der Entente durch Oesterreich.

Berlin, 4. November. (Privattelegramm.) In ihren Besprechungen der Kapitulationsbedingungen für Oesterreich-Ungarn betonen die Blätter die besonders schwerwiegende Bedeutung der Bestimmung, wonach das Donaureich Durchmarschgebiet für die Entente werden soll. Diese Bedingung richtet sich unmittelbar gegen Deutschland, und man findet sie hier um so verletzender, als sie mit dem Waffenstillstand an sich gar nichts zu tun haben wird. Offenbar hofft die Entente dadurch einen schweren Druck auf Deutschland ausüben zu können und sie hat sich aus diesem Grund ohne Zweifel bemüht, den Abschluß mit Oesterreich-Ungarn möglichst zu beschleunigen. Sie rechnet jetzt damit, daß Deutschland die ihm auferlegten Bedingungen nunmehr glatt annehmen muß, weil ihm eine neue Gefahr an der Südgrenze entstanden ist.

Hier tritt deutlich zutage, wie sehr die Note des Grafen Andrassy die deutschen Interessen geschädigt hat, als er selbständig und ohne Fühlung mit Deutschland mit der Entente verhandelte. Nun habe es keinen Zweck mehr, diese Sache heute nochmals festzustellen; es ist von viel größerem Interesse, welche Waffenstillstandsbedingungen Deutschland zu gewärtigen hat, nachdem die für Oesterreich-Ungarn und der Türkei gestellten eine so höhnische Mißachtung der Gegner ausdrückten. Was die drohende Gefahr der deutschen Südfront betrifft, so ist man sich hier in politischen wie in militärischen Kreisen darüber klar, daß eine wirkliche Gefahr doch wohl nur sehr langsam eintreten könnte, dafür würden schon die schwierigen Transportverhältnisse in Oesterreich sorgen.

Berlin, 4. November. Wie die „Germania" hört, werden die zuständigen Stellen Deutschlands sofort in die Beratung der Maßnahmen eintreten, die sich für die militärische Sicherheit aus den Oesterreich-Ungarn auferlegten Waffenstillstandsbedingungen ergeben. In Süddeutschland könne man vollkommen beruhigt sein.

Österr. Volkszeitung
5./XI. 1918

Die Bevölkerung der von den Waffenstillstandsbedingungen betroffenen Gebiete.

Die Gebiete, deren sofortige Besetzung durch Ententetruppen die Waffenstillstandsbedingungen fordern, werden von verschiedensprachigen Rassen bewohnt.

In Tirol setzt sich die Bevölkerung der zu besetzenden Gebiete aus 400.000 Italienern und 200.000 Deutschen zusammen, deren Sprache und Siedlungsgebiete scharf gegeneinander abgegrenzt sind.

In Kärnten folgt die Demarkationslinie so ziemlich der alten Landesgrenze bis auf Tarvis, so daß immerhin 20.000 Slowenen und 10.000 Deutsche hinter die Besetzungslinie fallen werden.

In Istrien, das die Entente, beziehungsweise Italien ganz zu okkupieren gedenkt, wohnen 150.000 Italiener (in den Städten an der Westküste) neben 180.000 Kroaten, 80.000 Slowenen und 10.000 Deutschen.

In Krain (Bezirke Idria und Adelsberg), Görz, Gradiska und Triest mit Küstenland würden neben 300.000 Italienern 300.000 Slowenen, Kroaten und 20.000 Deutsche von der italienischen Demarkationslinie eingeschlossen werden.

In Dalmatien kommen 400.000 Kroaten unter die Okkupation der Entente.

Die Bevölkerung des Okkupationsgebietes beträgt mithin 240.000 Deutsche, 400.000 Slowenen, 850.000 Italiener und 580.000 Kroaten. In den ganzen von der ehemaligen k. u. k. Armee zu räumenden Landstrichen, die die Entente zu besetzen gedenkt, wohnen mithin 850.000 Italiener neben oder unter 1,220.000 Südslawen und Deutschen.

Von den bisher in der österreichisch-ungarischen Monarchie lebenden Südslawen, Serben, Kroaten und Slowenen würden, wenn die Waffenstillstandsbedingungen zur Grundlage der neuen Staatsgrenzen im künftigen Friedensvertrag gemacht werden sollten, ungefähr 20 Prozent der Gesamtseelenanzahl unter das romanische Joch kommen und 210.000 Deutsche von ihrem geschlossenen Sprachgebiete abgerissen werden. Wie sich ein solcher überaus drückender Ausbau des italienischen Imperialismus durch die Entente und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit dem ausgegebenen Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vereinigen ließe, dürfte freilich niemand verständlich sein.

In südslawischen Ländern scheint man sich schließlich mit der beabsichtigten Verstümmelung bis auf weiteres abfinden zu wollen, weil man um so energischer die Vereinigung der drei von Südslawen bewohnten Staatsgebilde betreiben will, die die Entente auf die Landkarte von Europa einzuzeichnen beabsichtigt. Es wären dies der südslawische Staat mit Agram als Hauptstadt mit 5,400.000 Bewohnern, Serbien mit Belgrad mit ungefähr der gleichen Bewohnerzahl, endlich Montenegro mit einer Bevölkerung von 450.000 Seelen. Alle Verlautbarungen der südslawischen Presse und Aeußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten in der südslawischen Bewegung zeigen, daß man dort die Vereinigung rücksichtslos anzustreben beabsichtigt, gleichzeitig aber für den Verlust südslawischer Länder an Italien sich durch Abreißung möglichst großer Stücke vom geschlossenen deutschen Sprachgebiet zu entschädigen gedenkt. Gleichzeitig macht auch die gegen das Haus Habsburg gerichtete Strömung in Kroatien große Fortschritte. In einer vor wenigen Tagen in Agram abgehaltenen Volksversammlung erklärte der Bürgermeister Dr. Srkulj unter lautem Beifall der Zuhörer: Zum drittenmal steht Kroatien vor der Entscheidung über seine künftige Existenz. Zweimal wählte es „Herrscher fremder Zunge". Jetzt ist eine neue Entscheidung über die künftige Regierungsform notwendig geworden, die die Einigung der Südslawen zu einem Königreich der Kroaten, Serben und Slowenen beschleunigen soll."

Ostdeutsche Rundschau 148

5./XI. 1918

Was wird das Deutsche Reich tun?

Aus tiefster Not schrei' ich zu dir — so müssen wir in der deutschen Südostmark den Brüdern im Bismarckreiche zurufen, wenn wir die schmachvollen Bedingungen jenes Waffenstillstandes vernehmen, den die angeblich für einen „Rechtsfrieden" in unerreichtem Edelmut kämpfenden Feinde uns aufzuerlegen wagen.

Wird es nun unseren ewig winselnden Weltbürgern, Pazifisten und Entsagungsgrößen klar, daß Recht ohne Macht ein Nichts ist? Weil die „ritterlichen" Madjaren zuerst feige von der Front wichen, weil unsere Slaven nicht mehr kämpfen wollen, müssen wir Deutschen in dieser Südostmark rechtslos zusehen, wie die Welschen die Früchte ihres Verrates pflücken. Sei im Besitze und du wohnst im Recht — wie Brennus einst hohnlachend sein Schwert in die Wagschale warf, so rufen uns die edlen Römer von heute, diese Vorkämpfer für den von unseren Winslern so heiß ersehnten „Rechtsfrieden" triumphierend zu: Wehe den Besiegten!

Nicht mit dem Schwerte vermochten uns diese Welschen zu besiegen. Den einzigen Trost im namenlosen Unglück haben die Deutschen der Südostmark, daß die welschen Verräter auch nur wieder durch madjarischen und slavischen Verrat siegen konnten. Mit reinem Schild kehren unsere deutschen Truppen von der Piave und aus den Alpen heim. Nicht mit dem Lorbeer des ehrlichen Siegers dürfen sich die Römer schmücken, für sie gilt das Dichterwort: Du spinnst nun Seide noch aus schmählichem Verrat . . .

Die Bedingungen des Waffenstillstandes sind entehrend. Auch hier gilt das historische Wort: Ein König, der das unterzeichnet, ist kein König mehr. Für unseren deutschen Staatsrat war es wohl die niederdrückenste Stunde, als diese vom Vertrauen der ganzen Südostmark berufenen Männer einsehen mußten: Was ist Recht ohne Macht? Wer kann da noch dem Unrecht wehren? Weil wir machtlos sind gegen die brutalen Anmaßungen derer, die da in Lüge eines „Rechtsfriedens" der Welt vorgaukeln, müssen wir so Schmachvolles rechtlos erdulden . . .

„Der Staatsrat hat die Mitteilung des Armeeoberkommandos entgegengenommen, daß sich das Armeeoberkommando infolge der vollständigen Auflösung der Armee gezwungen gesehen hat, den Bedingungen des Siegers zu **unterwerfen.**

Deutschösterreich hat keine eigene Armee. Seine Truppenkörper sind Verbänden zugeteilt, deren slavisch-madjarische Mehrheit nicht mehr kämpfen will.

Daher ist Deutschösterreich nicht imstande, den Kampf allein fortzusetzen. Aber wenn auch Deutschösterreich den Kampf an der Seite des Deutschen Reiches nicht allein fortsetzen kann, steht es doch nach wie vor **in treuer Freundschaft zum Deutschen Reiche** und will die Friedensverhandlungen im engsten Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche führen. Es hält an der Hoffnung fest, daß aus dem Zusammenbruche Oesterreich-Ungarns eine staatliche Ordnung hervorgehen wird, die eine **enge und dauernde Gemeinschaft zwischen dem Deutschen Reich und Deutschösterreich begründen wird.**

Der Staatsrat erklärt schließlich, daß er die deutschen Gebiete Südtirols, deren Besetzung durch Italien er nicht verhindern kann, als einen **unabtrennbaren Bestandteil des deutschösterreichischen Staates** betrachtet und die vorübergehende Okkupation dieser Gebiete **das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Südtirols nicht aufheben kann."**

Das sind gute, mutige Worte, aus denen wir Trost schöpfen für kommende Tage. Unser Staatsrat hat gehandelt, wie die trübe Stunde gebot. Betont ist die unbedingte Treue zum Deutschen Reiche, betont das unverbrüchliche Festhalten an Deutschtirol, das untrennbar zur Südostmark, zu Deutschösterreich gehört. Betont ist die Hoffnung, die wir alle hegen: Wir kommen zum Deutschen Reich . . . Nun aber ist die dringendste Frage der Stunde: Was werden die Männer der Mehrheit im deutschen Reichstag beschließen? Sie haben ja die Macht, die Volksseele emporzureißen, haben sie auch den Willen, das deutsche Volk entschlossen zur Tat zu führen, zur allein befreienden Tat? Die Pazifisten, Weltbürger und Alljuden, kurz alle Undeutschen, werden zur schleunigen Unterwerfung auch im Deutschen Reiche mahnen. Aber in des deutschen Volkes Seele tief eingeschrieben ist der Mahnruf, daß ohne völkisches Ehrgefühl eine Nation auf die Dauer nicht bestehen kann. Noch ist das Deutsche Reich nicht machtlos, es braucht nicht rechtlos zu werden. Wir müssen dulden, daß unsere Feinde unsere deutsche Südostmark zum Aufmarschgebiet gegen das Deutsche Reich mißbrauchen wollen, wir müssen es tatenlos dulden, weil wir waffenlos sind. Man behandelt uns Wehrlose wie Ehrlose — so bereiten die Männer des „Rechtsfriedens" den gepriesenen „Völkerbund" vor; und eine gewisse rassefremde Sorte bei uns findet das ganz in der Ordnung und gefällt sich in giftigen Glossen gegen das Deutsche Reich — pfui Teufel!

Armes, herrliches, kerndeutsches Tirol — nun naht dir frohlockend mit brutaler Herrenmiene der Welsche. Aber noch lebt der Geist eines Andreas Hofer in diesem prächtigen Volke, er ist unzerstörbar, wie die ewigen Berge. Wir Deutschen in der Südostmark geben unser Tirol niemals verloren. Aus München dringen schon Töne zu uns herüber, die uns erhoffen lassen: Bayern wacht. Blut bekennt sich zum Blut . . .

Da wir machtlos sind, wurden wir rechtlos; eine Warnung und Lehre für alle verträumten Mitbürger, die von dem „Völkerbund" unserer herrischen Feinde den ewigen Rechtsfrieden erhoffen. Wagen sich jetzt noch die Lobredner eines Wilson bei uns hervor? Denn dieser Wilson hat solchen Waffenstillstand gutgeheißen, solche Demütigung für recht befunden. Doch Wilson ist ein ehrenwerter Mann . . . Das sind sie alle, alle ehrenwert . . .

Was wird das Deutsche Reich tun? Teut.

Reichspost
6./XI. 1918

Besetzung von Wien und Prag?

Tk. Mailand, 4. November.

Nach einem Pariser Telegramm des „Corriere della Sera" verlangen die militärischen Sachverständigen, daß als Garantie für die Friedensverhandlungen Prag und Wien von den Ententetruppen besetzt werden.

Ostdeutsche – Rundschau
6./XI. 1918

150

Die Stimmung im Deutschen Reiche.

Das ganze Deutsche Reich steht unter dem Eindruck der ungeheuerlichen Bedingungen, die uns von Wilson und seinen Verbündeten auferlegt sind. Denn es kann nicht oft genug betont werden: Nicht etwa Italien in seiner wilden Rachsucht hat uns diese härtesten Bedingungen auferlegt, die jemals eine Großmacht über sich ergehen lassen mußte, sondern alle Verbündeten mit Wilson an der Spitze haben diese Bedingungen gut geheißen und sind vollkommen mit ihnen einverstanden.

Das muß festgehalten werden. In unserer alljüdischen Presse ist Wilson stets über den grünen Klee gelobt worden als der erhabene, ehrliche Schiedsrichter der Welt, der nichts weiter will als den gesicherten Rechtsfrieden bringen und den dauernden Völkerbund. Die alljüdischen Blätter haben es den Wienern vorgebetet und die Spießbürger haben es geduldig nachgebetet.

Wie dieser Rechtsfrieden aussehen wird, davon haben wir jetzt den Vorgeschmack! Im Deutschen Reiche herrscht nach allen Zeitungsstimmen eine gewaltige Erregung. Wenn jetzt eine wirklich deutsche Regierung in Berlin am Ruder wäre, dann würden Taten sprechen. Aber Exzellenz Erzberger und Exzellenz Scheidemann denken anders über diese Fragen, als es sonst Deutsche zu tun pflegen. Der Reichskanzler aber hat bekanntlich nur immer das „Weltgewissen" im Auge, da hat er natürlich keine Zeit, an sein eigenes deutsches Gewissen zu denken. Wenn man nur einen Blick in die wirklich deutschen Blätter tut, dann spürt man aus jeder Zeile die tiefe Empörung, die sich aller Gemüter bemächtigt hat. Namentlich wird in der Presse betont, wie falsch die Rechnung aller jener Weltbürger gewesen ist, die da auf Wilson geschworen haben und in ihm wirklich einn Hort der Gerechtigkeit sahen. Von Washington aus ist die frohe Kunde in die Welt gegangen, die Neuordnung der Dinge nach diesem Kriege dürfe nirgends Haß und Erbitterung schaffen. Wer sich die Bedingungen des Waffenstillstandes durchliest, die man uns diktiert, mit denen man uns knebelt, entrechtet und entehrt, weil wir wehrlos, machtlos alles über uns ergehen lassen müssen, der wird sich selbst die Frage beantworten können, ob nach diesem Kriege bei solchen Bedingungen eine wirkliche Völkerversöhnung möglich ist. Die nationalen Zeitungen sprechen es offen aus: Nur ehrlose Gesinnung kann solche Bedingungen ohne Rachegefühle vernehmen.

Selbst lammfromme Pazifisten, die bisher felsenfest an die Möglichkeit eines Völkerbundes geglaubt haben, schreiben an die liberalen Blätter entrüstete Briefe, daß ein solcher Waffenstillstand doch unmöglich mit den Worten Wilsons in Einklang zu bringen sei. „Es ist zu ungeheuerlich, was da jetzt dem ehemaligen Kaiserreiche Oesterreich geschehen ist." Darin sind alle Blätter einer Meinung.

Es ist ganz gut und nützlich, wenn sich die Leute im Wolkenkuckucksheim auch einmal den Schlaf aus den Augen reiben ...

Die unsagbare Härte der Bedingungen hat die Geister im Deutschen Reiche von dem kläglichen, jämmerlichen inneren Tagesstreit abgezogen und geeint in dem Gedanken, daß, wenn Wilson und seine Verbündeten mit ähnlichem Ansinnen an das Deutsche Reich herantreten sollten, nur Widerstand bis zum äußersten die einzige Antwort sein kann. Die alljüdische Presse vom Schlage des angenehmen „Berliner Tageblattes" und der „Frankfurter Zeitung" ist natürlich außer sich darüber, daß der gute, ehrliche Wilson ihnen so gründlich das Konzept der Weltbeglückung verdorben hat; sie winden sich daher und drehen sich, sie schmusen und schmocken und vollführen einen wahren Eiertanz vor dem angebeteten Mann im Weißen Hause zu Washington.

Wer aber wirklich ein deutsches Herz im Leibe trägt, der denkt jetzt an die Worte Schillers aus der Braut von Messina: Die Rachegötter schaffen im Stillen ...

Teut.

Neue Freie Presse Abend
8/XI. 1918

a 8
152

Eine Botschaft Wilsons an Rumänien.

Washington, 6. November.

Der Staatssekretär gibt folgende Botschaft an die Vertretung der rumänischen Regierung bekannt:

„Staatsdepartement Washington, 5. November 1918.

Mein Herr! Die Regierung der Vereinigten Staaten hat stets an die künftige Wohlfahrt und Integrität Rumäniens als eines freien und unabhängigen Staates gedacht. Ehe die Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn sich im Kriegszustande befanden, hat der Präsident an den König von Rumänien eine Botschaft gesandt, in der er ihm seine Sympathie und seine Wertschätzung bezeigte. Die Lage hat sich seither verändert, und der Präsident wünscht demgemäß, daß ich Sie davon in Kenntnis setze, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Wünsche des rumänischen Volkes außerhalb wie innerhalb der Schranken des Königreiches eingegangen ist. Sie ist Zeuge seiner großen Leiden und Opfer für die Sache der Freiheit gegenüber seinen Feinden und Unterdrückern. Mit dem Geiste der nationalen Einigkeit und den Wünschen der Rumänen aller Gegenden sympathisierend, wird die Regierung der Vereinigten Staaten nicht versäumen, zu geeigneter Zeit ihren Einfluß gelten zu machen, daß die berechtigten (just) politischen und territorialen Rechte des rumänischen Volkes erlangt und gegen jeden Angriff vom Auslande gesichert werden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung. Robert Lansing."

Neues Pester Journal

8./XI. 1918

0
8
153

Die Entente will dem Kaiser-König Karl Zugeständnisse machen?

Verhandlungen in der Schweiz.

Berlin, 7. November. (Privat-Telegramm.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet: So unabänderlich für Deutschland der Zusammenbruch des alten Donaureiches aussieht, so muß doch festgestellt werden, daß die Anhänger des österreichischen Kaiserhauses ihre Hoffnungen keineswegs aufgegeben haben. Zwischen der Wiener Regierung und den Anhängern des monarchischen Systems in Oesterreich ist eine Entfremdung sichtbar geworden, die dazu beitragen wird, die Tendenz eines Anschlusses an die Entente zu verstärken. Welche Gründe England und Frankreich haben, dem Kaiser von Oesterreich Zugeständnisse zu machen, davon werden nur seine Vertrauten Kenntnis besitzen. Von diesen befindet sich eine auffällig große Zahl in der Schweiz. So waren oder weilen noch in Bern der frühere Minister des Aeußern Graf Berchtold, der gewesene ungarische Minister Graf Albert Apponyi und der kaisertreue Prinz Windischgrätz. Diese verhandeln zwischen dem Wiener Hofe und der Entente mindestens seit der Mitte des Vorjahres.

Sturz Clemenceaus. — Poincaré auf der Flucht.

Wegen revolutionärer Umtriebe in der französischen Armee.

Berlin, 11. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Holland hat der französische Ministerpräsident Clemenceau demissioniert. Als Grund seines Rücktrittes wird das Ueberhandnehmen der bolschewikischen Bewegung in der französischen Armee und die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, die er nicht zugeben wollte, bezeichnet.

Gr. Berlin, 11. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Aus Bremen wird gemeldet, daß der dortige Arbeiter- und Soldatenrat auf der in seinem Besitze befindlichen Funkenstation an der Nordseeküste Mitteilungen aufgefangen habe, wonach die französische Regierung gestürzt und Poincaré aus Paris geflüchtet sei.

Fremdenblatt 12./XI. 1918 154

Neues Wiener Tagblatt 12./XI. 1918

Abendblatt 155

Das Ende des Krieges.

Die Verkündigung des Waffenstillstandes im englischen Unterhause.

London, 11. November. Im Unterhause verlas Lloyd George, mit begeisterten Kundgebungen begrüßt, die Waffenstillstandsbedingungen, die, wie er sagte, um 5 Uhr morgens nach einem die ganze Nacht hindurch währenden Meinungsaustausch unterzeichnet wurden, und fuhr fort: Heute vormittags um 11 Uhr ist der grausamste und furchtbarste Krieg, der je die Menschheit zerfleischt hat, zu Ende gegangen. Ich hoffe, daß an diesem ereignisvollen Morgen der letzte aller Kriege zu seinem Ende gekommen ist. (Langanhaltender Beifall.)

Es ist jetzt keine Zeit zu reden; unsere Herzen sind übervoll von Dankbarkeit, für die es keine Worte gibt. Ich beantrage deshalb die sofortige Vertagung des Hauses, um in der Kirche Gott unsern Dank für die Befreiung aus großer Gefahr darzubringen.

Asquith gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen der Krieg nicht wieder aufgenommen werden wird. Auch er sprach die Meinung aus, daß die Welt in eine Aera eintrete, in der der Krieg etwas Ueberwundenes sei.

Die Mitglieder des Hauses begaben sich darauf in feierlichem Zuge zur Kirche.

Pester Lloyd
13./XI. 1918

Präsident Wilson über die Waffenstillstandsbedingungen.

Washington, 12. November.

(Drahtlos.) Präsident Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in dem er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und unter anderem ausführte:

Das Ziel dieses Krieges ist erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, wie ihn die Männer verstanden haben, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende. Die Willkürmacht der Militärkaste, die geheim und aus eigener Macht den Weltfrieden stören konnte, ist vernichtet und viel mehr als das, ist erreicht. Die großen Nationen, die sich verbündet haben, um sie zu vernichten, haben sich jetzt endgültig zu dem gemeinsamen Ziele vereint, einen Frieden zu errichten, der die Sehnsucht der ganzen Welt nach uneigennütziger Gerechtigkeit befriedigen und in Ausgleichen bestehen wird, die auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhen werden als selbstischen, konkurrierenden Interessen mächtige Staaten. Der humane Sinn und die Absicht der siegreichen Regierungen haben sich bereits in praktischer Weise bekundet. Ihre Vertreter im obersten Kriegsrate zu Versailles haben durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert, daß alles, was den Umständen zufolge möglich ist, geschehen soll, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und das Elend zu erleichtern. Es sollen unmittelbar Schritte getan werden, diese Unterstützungsmaßregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraumes dürfte es alsbald möglich sein, die unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien und ihnen den Sinn für die große Aufgabe des politischen Aufbaues vorzumachen, dem sie sich jetzt überall gegenüberstehen. Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüberstehen und mit welcher Bürgschaft dafür, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für nicht geringe Sorge und Befürchtung, und wenn der Friede geschlossen ist, auf wessen Versprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst, wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst und geben wir zu, daß diese Fragen jetzt nicht sofort befriedigend beantwortet werden können. Aber die Moral ist, daß Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich sein wird. Die Völker, die eben erst aus dem Joch der Willkür herausgekommen und jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangt sind, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig halten, damit sie sich selbst finden und in der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrichten, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und bisherigen Herren beseitigt und sie instand setzt, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigene Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben.

Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Absicht oder an ihrer Fähigkeit. Es sind einige glückliche Anzeichen vorhanden, daß sie den Weg der Selbstbeherrschung und der friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir ihnen unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zur Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir Geduld und Sympathie bewahren und die Genesung abwarten, die am Ende sicher kommen wird.

Reichspost
16./XI. 1918

Deutschösterreich an Wilson.

Ersuchen um Einleitung der Präliminarfriedensverhandlungen und um schleunige Lebensmittelhilfe.

Ueber Beschluß des Staatsrates ist folgendes Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ergangen:

Herr Präsident!

Die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs hat am 12. November 1918 einstimmig beschlossen, Deutschösterreich die Verfassung einer demokratischen Republik zu geben, die ein Bestandteil der großen Deutschen Republik werden soll. Das deutsche Volk in Oesterreich hat damit, sein Selbstbestimmungsrecht ausübend, kundgetan, daß es fortan keiner Staatsgewalt unterworfen sein will als der, die es sich selbst einsetzt, und daß es die enge staatsrechtliche Verbindung mit Deutschland wieder herstellen will, die vor 52 Jahren durch das Schwert zerrissen worden ist. Wir hoffen, Herr Präsident, daß Sie den von Ihnen so oft ausgesprochenen Grundsätzen entsprechend, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich unterstützen werden. Das Recht der Polen, der Italiener, der Südslaven, die bisher dem österreichischen Staate angehört haben, sich mit ihren Nationalstaaten außerhalb Oesterreichs zu vereinigen, haben Sie, Herr Präsident, verfochten; wir sind überzeugt, daß Sie dasselbe Recht auch dem deutschen Volke in Oesterreich zuerkennen werden. Wir bitten Sie, Herr Präsident, uns möglichst bald Gelegenheit zu bieten, in die Verhandlungen über einen Präliminarfrieden einzutreten. Zur Führung dieser Verhandlungen ist in unserem Namen ausschließlich der Staatsrat der Deutschösterreichischen Republik bevollmächtigt. Das Mandat des bisherigen österreich-ungarischen Ministeriums des Aeußern ist erloschen. Die österreich-ungarischen Missionen im Auslande sind provisorisch bis zur Schaffung eigener Vertretungsbehörden der Deutschösterreichischen Republik bevollmächtigt, den Staatsrat zu vertreten.

Wir haben mit großer Aufmerksamkeit die Mahnung zur Festigkeit und zur Besonnenheit gelesen, die Sie, Herr Präsident, an die befreiten Völker Oesterreichs gerichtet haben. Unsere Regierung, die aus Vertretern aller Parteien Deutschösterreichs zusammengesetzt ist, ist bisher mit vollem Erfolg bemüht, Ordnung und Freiheit in unserem Lande aufrechtzuerhalten. Die Bemühungen sind jedoch wesentlich erschwert durch den schweren Mangel an Lebensmitteln, der in unserem Lande herrscht. Die Aufrechterhaltung der Blockade bedroht das deutsche Volk in Oesterreich mit umso schwererer Gefahr, da sich auch die slavischen Nationalstaaten, die auf dem Boden Oesterreichs entstanden sind, gegen die Deutschösterreichische Republik absperren und sich weigern, dem deutschösterreichischen Industrievolk die Ueberschüsse ihrer Landwirtschaft zu liefern. Unter solchen Umständen droht der Deutschösterreichischen Republik eine Hungerkatastrophe. Wir nehmen daher, Herr Präsident, mit großer Genugtuung die Mitteilung zur Kenntnis, daß Sie Deutschösterreich durch Sendung von Lebensmitteln helfen wollen, und bitten Sie, diese Hilfe möglichst zu beschleunigen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung

Das Staatsamt für Aeußeres der Deutschösterreichischen Republik:
Dr. Bauer.

Neues Wiener Tagblatt
18/XI. 1918

Der Putschversuch vom 12. November.

Verhaftung der Mitglieder der kommunistischen Partei.

Die „Korrespondenz Wilhelm" verlautbart folgendes:

Zu der in den einzelnen Tagesblättern vom 17. November von Dr. Kämpfe namens der Redaktion des „Weckruf" veröffentlichten Erklärung daß die kommunistische Partei mit der „unseligen Schießerei" beim Parlamente nichts zu schaffen und keine Mitschuld an den „entsetzlichen Vorgängen" habe, und daß keinerlei Verabredung zur Durchführung eines kommunistischen Putsches bestanden habe, wird bemerkt:

Dr. Kämpfe ist mit Dr. Paul Friedländer, dem Gatten der wegen der Vorfälle vom 12. November verhafteten Frau Elfriede Eisler-Friedländer, identisch. Das vorgefundene Material beweist, daß zwischen der kommunistischen Partei und einzelnen Mitgliedern der Roten Garde ein enger Kontakt bestand, und daß für einen der nächsten Tage die gewaltsame Besetzung von Regierungsgebäuden sowie von Zeitungsredaktionen und auch die Verhaftung des Staatsrates in Aussicht genommen war.

Der gleichfalls angehaltene Führer der kommunistischen Partei Karl Steinhart gibt zu, daß er beim Parlament eine Rede gehalten habe und sodann gleich mit Soldaten auf die Rampe geeilt sei. Auch Frau Friedländer gibt zu, zur kritischen Zeit vor dem Parlament anwesend gewesen zu sein. Beide geben ebenso zu, während der Besetzung der „Neuen Freien Presse" dort geweilt zu haben. Desgleichen ist einwandfrei festgestellt, daß sich Karl Steinhart und Frau Friedländer an der zwangsweisen Herstellung einer Sonderausgabe beteiligt haben. Gegen Karl Steinhart und Frau Elfriede Eisler-Friedländer wurde die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet. Weitere Erhebungen sind im Gange.

Neue Freie Presse
18./XI. 1918

Der Kampf vor dem Parlament und die Besetzung der „Neuen Freien Presse".

Wien, 18. November.

Die „Korrespondenz Wilhelm" meldet:

„Zu der in einzelnen Tagesblättern am 17. d. von Dr. Kämpfe namens der Redaktion des „Weckruf" veröffentlichten Erklärung, daß die kommunistische Partei mit der „unseligen Schießerei" beim Parlament nichts zu schaffen, somit keine Mitschuld an dem „entsetzlichen Vorgange" habe, und daß keinerlei Verabredung zur Durchführung eines kommunistischen Putsches bestanden habe, wird bemerkt:

Dr. Kämpfe ist mit Dr. Paul Friedländer, dem Gatten der wegen der Vorfälle am 12. d. verhafteten Frau Elfriede Eisler-Friedländer, identisch.

Das vorgefundene Material beweist, daß zwischen der kommunistischen Partei und einzelnen Mitgliedern der „Roten Garde" ein enger Kontakt bestand und daß für einen der nächsten Tage die gewaltsame Besetzung von Regierungsgebäuden und auch die Inhaftierung des Staatsrates mindestens in Aussicht genommen war.

Der gleichfalls angehaltene Führer der kommunistischen Partei Karl Steinhardt gibt zu, daß er beim Parlament eine Rede gehalten und sodann zugleich mit Soldaten auf die Rampe geeilt sei. Auch Frau Friedländer gibt zu, zur kritischen Zeit vor dem Parlament anwesend gewesen zu sein. Beide geben auch zu, während der Besetzung der „Neuen Freien Presse" dort geweilt zu haben. Auch ist einwandfrei festgestellt, daß sich Herr Steinhardt und Frau Friedländer an der zwangsweisen Herstellung einer Sonderausgabe beteiligt haben.

Gegen Steinhardt und Frau Friedländer wurde die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet. Die weiteren Erhebungen sind im Zuge."

* * *

In derselben Angelegenheit hat die „Arbeiterzeitung" gestern die nachstehende Zuschrift veröffentlicht:

1. Der ordnungsmäßig gewählte Soldatenrat der Volkswehr, Abteilung Stiftskaserne, hat sich heute Freitag wie folgt konstituiert: Vorsitzender: Heinrich Mohsbauer; Stellvertreter: Karl Schicker; Mitglieder: Krauß, Rößl, Dietrich, Pöperl, Stepanski, Elster, Rothziegel, Frey, Waller.

2. Zum Führer des Ganzen wurde Josef Frey, zum Führer des ersten Bataillons Josef Peter bestimmt.

3. Alle Verlautbarungen und Schriftstücke, die sich an die Oeffentlichkeit wenden, müssen vom Vorsitzenden Heinrich Mohsbauer (oder von seinem Stellvertreter Karl Schicker) und vom Kommandanten Josef Frey gezeichnet sein. Für alle anderen Verlautbarungen lehnt die Volkswehr, Abteilung Stiftskaserne, die Verantwortung ab. Schwindler wird sie zur Verantwortung ziehen.

4. Die Ereignisse am Dienstag den 12. d.: Geplant war nichts als die Spalierbildung vor dem Parlament. Alle, die sich darüber hinaus Eigenmächtigkeiten haben zuschulden kommen lassen und dadurch den Ruf der Roten Garde aufs schwerste gefährdet haben, wurden aus der Roten Garde ausgestoßen. Insbesondere wurden unverzüglich ausgestoßen: Lindner wegen verschiedener Eigenmächtigkeiten vor dem Parlament; die Leutnants Osternig und Koniakowsky wegen Eigenmächtigkeiten, begangen durch Besetzung der „Neuen Freien Presse". Die Untersuchung wird fortgesetzt.

5. Die Aufnahme in die Volkswehr, Abteilung Stiftskaserne, wird bis zum Sonntag den 24. d. (inklusive) eingestellt.

6. Bis Montag den 25. d., 12 Uhr mittags, wird die Rote Garde keinen Dienst außerhalb der Stiftskaserne bestreiten. Mitglieder der Roten Garde, die im äußeren Wachdienst stehen, haben unverzüglich, spätestens bis Montag den 19. d., 12 Uhr mittags, in die Stiftskaserne einzurücken. Wer sich Montag den 18. d., von 12 Uhr mittags angefangen, bis Montag den 25. d., 12 Uhr mittags, außerhalb der Stiftskaserne, sei es in einem Bahnhof oder bei einem Magazin oder sonst wo als von der Roten Garde im Wachtdienst oder sonstigen Dienst stehend ausgibt, ist als Schwindler zu behandeln, ohne Rücksicht darauf, ob er wirklich Mitglied der Roten Garde ist oder nicht.

7. Wegen der für den Dienst notwendigen Kraftwagen wurden strenge Vorkehrungen getroffen, um Ausschreitungen unmöglich zu machen.

8. Wer nach dieser heutigen Verlautbarung, sei er nun wirklich Mitglied der Roten Garde oder habe er sich fälschlich als Mitglied der Roten Garde ausgegeben, auf handfester Tat beim Plündern betreten wird, der ist in Begleitung von mindestens drei zuverlässigen Zeugen dem Kommando der Roten Garde (in der Nacht der Kasernenwache der Roten Garde) in die Stiftskaserne einzuliefern. Der Soldatenrat der Roten Garde wird solche Schurken so zu behandeln wissen, wie sie es verdienen.

Für den Soldatenrat der Roten Garde:
Heinrich Mohsbauer, Vorsitzender des Soldatenrates. Josef Frey, Kommandant.

Die Zeit
21./XI. 1918

Englische Offiziere in Wien.

Ankunft einer englischen Autokolonne.

Wien beherbergt seit gestern 13 Mitglieder der englischen Armee, die in offizieller Mission hier eingetroffen sind, um den in Niederösterreich untergebrachten englischen Kriegsgefangenen und englischen Verwundeten Lebensmittel, Kleidung und Medikamente zu überbringen. Die Engländer trafen nicht per Bahn, sondern per Auto hier ein. Die Führer der Abordnung, drei Offiziere, nahmen im Hotel Bristol Absteigequartier. Zehn Mannschaftspersonen nächtigten heute bei den Autos in der Garage. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten:

Es war kurz nach 5 Uhr nachmittags, als sich, aus dem 4. Bezirk kommend, eine eigenartige Autogruppe in mäßigem Tempo dem Kärntnerring näherte. Die Autos, sechs große Lastwagen und ein kleinerer Fiat-Personenwagen, hielten vor dem Hotel Bristol. Dem Fiatwagen entstiegen drei Offiziere in englischen Uniformen, die sich sofort in das Hotel begaben, sich dort als englische Offiziere vorstellten und um Quartier ansuchten. Es waren Oberst John Sommerhayes, Kapitän Ernst Hiario und ein Leutnant. Der Hoteldirektor begrüßte die Engländer, deren erste Frage war, ob ihre von Graz, dem letzten Aufenthaltsort, abgesendete Depesche, in der sie drei Zimmer bestellten, angekommen sei. Der Hoteldirektor mußte erklären, daß dieses Telegramm nicht eingetroffen war und daher auch keine Zimmer reserviert seien. Es konnten aber trotzdem den drei Offizieren drei Salons nebst Badezimmern zur Verfügung gestellt werden. Die Lastautos mit ihren zehn Begleitpersonen fuhren hierauf nach einer in der Annagasse befindlichen Garage.

Die Ankunft der Engländer erregte natürlich ungeheueres Aufsehen, um so mehr, als sowohl Offiziere wie Mannschaftspersonen die Felduniform trugen. Es fiel jedoch auf, daß die Engländer keine Waffen bei sich hatten. Die Offiziere trugen lediglich Spazierstöcke. Nachdem sich die drei Offiziere ins Fremdenbuch eingetragen hatten, begaben sie sich in ihre Logis, erschienen aber kurze Zeit später in der Halle, wo sie den Tee nahmen. Sie waren alsbald von einer Anzahl Hotelgäste umringt, die sich in lebhaftester Weise in englischer Sprache mit den Gästen unterhielten. Hierbei erzählte Oberst Sommerhayes, daß die Kolonne, abgesehen von einem technischen Zwischenfall, eine sehr gute Fahrt hatte und unterwegs bei der Bevölkerung jede Unterstützung fand. Einem der Autos stieß unterwegs ein kleiner Unfall zu: es brach ein Rad, doch konnte der Schade rasch behoben werden.

Die Lastautos sind schwer beladen mit Lebensmitteln aller Art, Kleidungsstücken und Schuhwerk. Auch sonstige Bedarfsgegenstände sowie Medikamente führen sie mit sich. Oberst Sommerhayes sprach sich über den ersten Eindruck, den er von Wien und der Wiener Gastfreundschaft gewonnen habe, außerordentlich befriedigt aus. Abends unternahmen die Offiziere einen Spaziergang durch die Stadt, um außer Haus zu speisen. Heute vormittags werden sie sich mit den hiesigen militärischen Stellen ins Einvernehmen setzen und sodann, wahrscheinlich noch im Laufe des Nachmittags, die Fahrt nach den einzelnen Gefangenenlagern fortsetzen.

Neues Wiener Tagblatt
21./XI. 1918

Englische Offiziere in Wien.

Gestern traf in den ersten Nachmittagsstunden eine englische Autokolonne von fünf Lastautos hier ein, die vor dem Hotel Bristol vorfuhr. Die Insassen derselben, darunter drei englische Offiziere, sind in diesem Hotel abgestiegen. Es sind dieselben, die auf der Durchreise über Graz nach den Gefangenenlagern in Niederösterreich begriffen sind, um den gefangenen englischen Soldaten Lebensmittel zu bringen.

Gleichzeitig mit den englischen Offizieren sind auch drei amerikanische und ein englischer Journalist im Hotel Bristol abgestiegen. Einer der englischen Journalisten, Herr Beaumont, Korrespondent des „Daily Telegraph" in Mailand, teilte einem unsrer Mitarbeiter mit, daß er seit drei Tagen aus Mailand abgereist sei, von wo aus er in den vergangenen Kriegsjahren häufig die italienische Front besichtigt hätte. Er betonte, daß in Italien höchstens gegen die alte Monarchie, nie aber gegen die Völker Oesterreichs Haß geherrscht hätte. Die italienische Regierung wäre auch gern bereit, Lebensmittel über Triest nach Wien zu senden, wenn nur die österreichische Regierung in einer Erklärung betone, daß sie den Umtrieben der Jugoslawen fernstünde und mit Italien in Freundschaft leben wolle. Er selbst sei von der Filiale der amerikanischen Fleischfirma Armour bevollmächtigt worden, den Transport von zwei Schiffen von je 5000 Tonnen Gefrierfleisch nach Wien über Triest zu vermitteln, und betonte, daß es nur des freien Weges über Triest bedürfe, um Lebensmitteltransporte abgehen zu lassen.

Die englischen Offiziere teilten mit, daß sie heute vormittag die Weiterreise nach Prag antreten werden.

Neues Wiener Tagblatt Abendblatt 162
23./XI. 1918

Ein angebliches Friedensangebot Wilsons an die Mittelmächte.

Nach Erkundigungen, welche die „Pol. Korr." an unterrichteter Stelle eingezogen hat, ist die von den „Münchner Neuesten Nachrichten" veröffentlichte Behauptung des Professors Jaffé, daß im Herbst 1917 der österreichisch-ungarischen Regierung ein Friedensangebot der Regierung der Vereinigten Staaten übermittelt worden sei, durchaus unrichtig.

Von einem ähnlichen Friedensangebot, das nach der Darstellung des Professors Jaffé mehrere Wochen vorher seitens der Regierung der Vereinigten Staaten an die deutsche Reichsregierung ergangen sein soll, hat man hier keine Kenntnis.

Neue Freie Presse

23./XI. 1918

Das angebliche Friedensangebot im Jahre 1917.

Wien, 22. November.

Vom Grafen Ottokar Czernin erhalten wir folgendes Schreiben:

„Euer Wohlgeboren!

Ich ersuche höflichst um die Veröffentlichung folgender Zeilen:

In der gestrigen Morgenausgabe der „Neuen Freien Presse" fand sich unter dem Titel „Meldung über ein nicht beantwortetes Friedensanbot Wilsons" ein den „Münchner Neuesten Nachrichten" entnommener Ausspruch Herrn Dr. Jaffés, nach welchem Deutschland mit Oesterreich-Ungarn im Herbst 1917 ein Friedensangebot von Amerika erhalten und trotz mehrerer Anfragen nicht beantwortet hätten.

Die Nachricht ist, soweit Oesterreich-Ungarn in Betracht kommt, falsch. Auch ist mir von einer angeblichen Aktion eines „Genfer Vertrauensmannes des Herrn Präsidenten Wilson", welcher sich an Deutschland gewendet haben soll, nichts bekannt.

Mit größter Hochachtung

Graf Ottokar Czernin."

Neue Freie Presse

24./XI. 1918

Aufklärung Amerikas über die Lage in Deutschösterreich.

Ein amerikanischer Journalist in Salzburg.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Salzburg, 23. November.

Das „Salzburger Volksblatt" meldet: Gestern Freitag abends wurde bei der Landesregierung durch den Abgeordneten Dr. Stölzl der amerikanische Journalist Becker, der verschiedene Zeitungen von Newyork und Chicago vertritt, beim Präsidenten Preußler eingeführt. Der amerikanische Journalist erkundigte sich über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs; insbesondere aber auch über die Ernährungsverhältnisse in Salzburg. Ueber die Ernährungsverhältnisse und die Einrichtungen des Kartensystems, insbesondere über den absoluten Mangel an Kartoffeln, Zucker, Fett und Hülsenfrüchten, wurde der Korrespondent genau informiert.

Noch im Laufe des gestrigen Tages wurde das aufgenommene Gespräch über Paris nach Amerika an die Zeitungen vermittelt. Insbesondere sei darauf hingewiesen, daß das Präsidium und Dr. Stölzl um rasche Hilfe für Salzburg ersuchten. Der amerikanische Journalist erklärte, daß in ganz Amerika eine große Hilfsbereitschaft für die Gebiete Oesterreichs, welche besonders unter den Ernährungsschwierigkeiten zu leiden haben, bestehe, doch seien durch die deutschen und österreichischen Unterseeboote so viel Schiffsraum versenkt worden, daß es unmöglich sei, diesen Schiffsraum so rasch wieder zu ersetzen, um mit der notwendigen Schnelligkeit Lebensmittel herbeizuschaffen.

Der amerikanische Journalist hat sich mit einer Empfehlung der Salzburger Landesregierung nach Oberösterreich begeben, um dort gleichfalls Informationen einzuziehen. Auch wird er die czechische Nationalregierung in Prag besuchen. Er wurde auch auf den czechischen Boykott gegen die deutsche Bevölkerung, der nur aus nationalen Gründen entspringt, aufmerksam gemacht.

Reichspost

26./XI. 1918

Amerikas Friedensangebot im Herbst 1917.

Schwere Beschuldigungen gegen den Grafen Czernin und das Berliner Auswärtige Amt.

München, 25. November.

Professor Dr. Jaffé teilt in der „Korrespondenz Hoffmann" mit:

Unter dem 23. November veröffentlicht Graf Czernin in der „Neuen Freien Presse" ein Schreiben des Inhalts, die Nachricht, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Herbst 1917 ein Friedensangebot von Amerika erhalten hätten, sei, soweit Oesterreich-Ungarn in Betracht käme, falsch. Dem Grafen Czernin sei von einer Aktion des Genfer Vertrauensmannes Wilsons, der sich an Deutschland gewendet habe, „nichts bekannt". Graf Czernin scheint ein etwas kurzes Gedächtnis zu haben. Es wird wohl genügen, wenn ich nachstehend den Wortlaut eines Briefes, den Graf Czernin dem Ueberbringer des amerikanischen Friedensangebotes schrieb, zum Abdrucke bringe. Das Schreiben, dessen Original mir vorgelegen hat, ist vom 2. Jänner 1918 datiert und lautet:

„Euer Hochwohlgeboren! Ihre mündlichen Darlegungen haben mich, wie ich Ihnen bereits sagte, in hohem Maße interessiert. Ich würdige vollauf das patriotische Interesse, womit Sie sich schwierigen Problemen widmen, komme aber bei näherem Ueberdenken Ihrer Mitteilungen zu dem Schlusse, daß es sich aus taktisch-politischen Erwägungen nicht empfiehlt, im gegebenen Momente — wohl auch für die nächste Zukunft — die von Ihnen aufgenommenen Fäden fortzuspinnen. Ich beehre mich daher, das Ersuchen zu stellen, sich bis auf weiteres nicht ins Ausland zu begeben und behalte mir im gegebenen Momente vor, an Euer Hochwohlgeboren heranzutreten, um mir Ihre wertvolle Mitarbeit zu sichern.

Empfangen usw. Czernin m. p."

Damit ist die Angelegenheit Czernin wohl beendet. Zu den Mitteilungen des Auswärtigen Amtes bezüglich des Friedensangebotes an Deutschland möchte ich noch bemerken, daß das betreffende Schriftstück meinerseits nicht, wie das Auswärtige Amt sagt, am 10. September 1917, sondern am 10. Dezember 1917 in die Hände des Unterstaatssekretärs von dem Busche übergeben wurde. Es war ursprünglich meine Absicht, Mitteilungen über das Friedensangebot erst vor dem künftigen

---

Staatsgerichtshof zu machen, der sowohl die Vorgeschichte des Krieges, wie das Verhalten unserer Diplomaten während des Krieges zu prüfen haben wird. Nun verbreitete aber Wolffs Telegraphenbureau unter dem 20. d. jenes Dementi, das den mir bekannten Tatsachen widerspricht. Es zeigt sich also, daß auch heute nach vollzogener Revolution das Auswärtige Amt an denjenigen Methoden festhält, die in den letzten Jahrzehnten so unsägliches Elend über Deutschland gebracht haben. Die Gefahr mußte vermieden werden, daß diese selben Männer, die für die Fehler der Vergangenheit mitverantwortlich waren, im Namen des Deutschen Reiches und Volkes an den kommenden Friedensverhandlungen teilnehmen würden. Nur um dieser meinem Ermessen nach unermeßlichen Gefahr vorzubeugen, entschloß ich mich, zur Veröffentlichung jener Tatsachen zu schreiten. Es muß eindeutig vor aller Welt festgestellt werden, was die merkwürdige Phraseologie des Auswärtigen Amtes eigentlich bedeutet. Ich wiederhole: Am 21. November erklärt Wolffs Bureau, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkriege jemals ein Friedensangebot gemacht habe. Am 23. November ist dasselbe Auswärtige Amt genötigt, zuzugestehen, daß eine derartige Mitteilung tatsächlich an das Auswärtige Amt ergangen sei. Da nunmehr laut Mitteilung der Abendblätter vom 23. November die Herren Unterstaatssekretäre von dem Busche und Stumm in den nächsten Tagen ihr Abschiedsgesuch einreichen werden, so darf man damit die Angelegenheit wohl als erledigt betrachten. Jaffé m. p.

Neues Wiener Tagblatt

1./XII. 1918

167

Die Friedenskonferenz.

Beginn der Vorbesprechungen am 14. Dezember.

Rotterdam, 30. November. Dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant" zufolge meldet „Manchester Guardian" aus London: Die Konferenzen der Verbündeten werden am 14. Dezember beginnen. In amtlichen Kreisen erklärt man anzunehmen, daß die Uebereinstimmung in vierzehn Tagen erreicht sein wird, doch sind vier Wochen wahrscheinlicher.

Die Diplomaten halten es nicht für wahrscheinlich, daß der große Friedensvertrag vor dem April geschlossen sein wird.

Die Härte der Friedensbedingungen.

London, 29. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Kolonialminister King führte in einer in Bristol gehaltenen Rede folgendes aus: Als Mitglied des Ausschusses, den der Premierminister gebildet hat, um über die Deutschland aufzuerlegenden Bestrafungen zu beraten, kann ich erklären, daß die Annahme einer ungebührlichen Milde von seiten Großbritanniens oder der Alliierten nicht zu befürchten ist.

New-York, 29. November. Marinesekretär Daniels erklärte in einer Rede, die kommenden Friedensberatungen müßten mit Gerechtigkeit und mit einem Zusatz von Barmherzigkeit mit den Schwachen geführt werden und nicht mit Leidenschaft der Erregung. Die Verbündeten und die Vereinigten Staaten haben den Krieg gewonnen. Es ist jetzt die Philosophie aller Nationen geworden, daß jedermann in der Welt, ob hoch oder niedrig, reich oder arm, freie Bahn haben soll. Mit Deutschland muß man auf der Friedenskonferenz mit Festigkeit verfahren. Sein Verbrechen verdiene die volle Strafe, die die Zukunft sicherstellt.

* * *

Bern, 30. November. (Privattelegramm.) Ueber den Friedensschluß mit Oesterreich berichtet der „Temps" aus London, daß Deutschösterreich und Ungarn nicht genügend feste Regierungen bildeten, um mit ihnen zu verhandeln. Die andern Völker Oesterreichs sind Ententebundesgenossen, mit denen kein Friede zu schließen ist, im Gegenteil, sie sind es, die im Einvernehmen mit der Entente Frieden mit ihren deutschen und ungarischen Nachbarn schließen müssen, wenn der Zeitpunkt gekommen sei. Was Deutschland anlangt, wird es blaß zu unterschreiben haben, was ihm vorgelegt werden wird

Neue Freie Presse

3./XII. 1918

168

Eine Unterredung mit dem Grafen Ottokar Czernin.

Mit dem Vertreter der Associated Preß of Amerika.

Wien, 2. Dezember.

Frage: „War Kaiser Karl wirklich stets so friedlich gesinnt wie jetzt?"

Antwort: „Bestimmt! Er hatte nur den einen Wunsch, den Krieg, an dessen Ausbruch er unschuldig war, zu beenden. Sein heißer Friedenswunsch war stets ehrlich und wahr."

Frage: „Warum haben Sie dann keinen Separatfrieden geschlossen, da Sie doch sehen mußten, daß Sie den Krieg verlieren werden?"

Antwort: „Abgesehen von Ehre und Bundespflicht, lag die physische Möglichkeit, den Krieg ohne Deutschland zu beenden, niemals vor. Ein Separatfrieden mit der Entente hätte nur den Krieg mit Deutschland bringen müssen. Ich werde einmal hierüber öffentlich sprechen oder schreiben und dies begründen."

Frage: „Hat Kaiser Wilhelm wirklich, wie er sagt, bei Kriegsausbruch alles Bethmann und Jagow überlassen?"

Antwort: „Darüber weiß ich weniger als irgend jemand, weil ich zur Zeit des Kriegsausbruches Gesandter in Rumänien war und von den Vorgängen nicht viel mehr erfuhr, als in den Zeitungen stand."

Frage: „Wie war die bekannte „Briefangelegenheit" im Frühjahre 1918 mit Clemenceau? Ist es wahr, daß Sie selbst den Brief an den Prinzen Sixtus geschrieben haben?"

Antwort: „Nein! Und das ist auch vom Kaiser Karl, so viel ich weiß, niemals behauptet worden. Ich kann hierüber nur das sagen, was ich beweisen kann und was heute öffentlich bekannt ist: Der Kaiser hat ohne mein Wissen einen privaten Familienbrief an seinen Schwager geschrieben. Ich erfuhr von der Existenz dieses Briefes erst durch die Veröffentlichung Herrn Clemenceaus. Was den Inhalt dieses Briefes anbelangt, so gab mir der Kaiser nach der Veröffentlichung Clemenceaus sein Ehrenwort, daß der von ihm angegebene Text der richtige sei und nicht der von Herrn Clemenceau veröffentlichte."

Frage: „Was glauben Sie von der Zukunft Deutsch-österreichs?"

Antwort: „Es wird alles in Ruhe und Ordnung verlaufen, wenn die Entente uns rechtzeitig Nahrungsmittel zukommen läßt. Nahrungsmittel und Kohle sind die Hauptsache. Der Mangel an beiden ist furchtbar und die arme Bevölkerung leidet entsetzlich. Es wäre von großem Wert, wenn Sie die amerikanische Oeffentlichkeit darüber aufklären würden, in welch schrecklicher Lage sich das Volk hier befindet und daß die Zustände unhaltbar sind, wenn nicht bald eine Hilfe erfolgt."

Reichspost Abend
3./XII. 1918
A 3
169

Wilson über den Frieden.

Formeller Friedensschluß im Frühjahr. — Vorberatungen in London.

Washington, 2. Dezember.

In der gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärte Präsident Wilson in einer Botschaft, er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde. Er trat für das neue, auf drei Jahre berechnete Flottenprogramm ein, da er es für einen unverständigen Versuch halte, das Flottenprogramm einer künftigen Weltpolitik anzupassen, die noch ganz unbestimmt sei. Er betrachte es als seine oberste Pflicht, vollen Anteil an der Friedenskonferenz zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert haben.

Als der Präsident seine Absicht mitteilte, persönlich zur Friedenskonferenz zu gehen, erhoben sich die demokratischen Senatoren und applaudierten stürmisch. Die Republikaner verhielten sich schweigend. Die Verlesung der Botschaft dauerte beinahe ¾ Stunden, worauf Wilson unter lebhaftem Beifall der Demokraten den Saal verließ.

Nach der Verlesung der Botschaft wurden zwei Resolutionen eingebracht. In einer derselben schlug der Republikaner Roderberg vor, der Kongreß solle erklären, daß Wilsons Reisees ihm unmöglich mache, seinen Pflichten als Präsident nachzukommen. Diese Resolution wurde einer Kommission überwiesen.

Amsterdam, 3. Dezember.

Nach einer Reutermeldung sagte Wilson in seiner Botschaft u. a.:

Wir wenden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Koterien gesichert und für eine Neuordnung auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriffe, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen, nicht die häusliche Sicherheit. Unsere Gedanken haben sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und dem fernen Osten beschäftigt und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns selbst auf ihre Durchführung wartet. Ist es, während wir unsere Beziehungen zu dem Rechte der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich fühlen, erbringen? Ich hoffe, daß die Mitglieder des Senats mir gestatten werden, noch einmal von dem unratifizierten Freundschaftsvertrag mit der Republik Columbien zu sprechen. Ich fordere Sie ernstlich auf, in dieser wichtigen Angelegenheit bald günstige Maßregeln zu treffen. Ich glaube, Sie werden mit mir das Gefühl haben, daß die Lage jetzt für eine solche nicht nur berechtigte, sondern auch edelmütige und dem Geiste der neuen Zeit, in die wir so glücklich eingetreten sind, entsprechende Aktion geeignet ist. Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rückkehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Verlusten des Krieges zu leiden hatten, als wir.

Die Rohstoffe sind frei geworden und dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schiffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Getreidespeichern ernährt werden muß und die Schiffe noch immer dazu benützt werden, unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßregeln werden im Verlaufe der Wochen in immer weitergehendem Maße gemildert werden. Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte der Präsident: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosen Nachteilen zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Ueberfluß hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können.

Belgien und Nordfrankreich dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig werden sollte, irgendeine Stelle, wie z. B. dem Kriegshandelsamt, das Recht zu gewähren, eine Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen einzuräumen.

London, 2. Dezember.

In der Downingstreet wurde heute eine Konferenz abgehalten, an der Lloyd George, Balfour, Bonar Law, Generalstabschef Sir Henry Wilson, sowie Foch, Clémenceau, Orlando und Sonnino teilnahmen.

Die Besprechung am Vormittag befaßte sich mit der vorläufigen Erörterung über das Datum und das Verfahren der Friedenskonferenz sowie mit den Angelegenheiten, die mit den Einzelheiten für die weitere Ausführung des Waffenstillstandes zusammenhängen. Auch die Frage bezüglich des früheren Kaisers wurde erwähnt. Die Erörterungen dienten natürlich nur zur Vorbereitung der Beschlüsse, die erst nach Ankunft des Präsidenten Wilson gefaßt werden können.

Kein Diktierfriede.

(Drahtmeldung der „Reichspost".)

Zürich, 3. Dezember.

„Herald" meldet aus New-York: Auf die Anfragen mehrerer Senatoren erwiderte Lansing, es finde keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten, sondern eine freie Aussprache statt.

Angebliche Kriegsentschädigungsforderungen des Verbandes.

Berlin, 3. Dezember.

Das „Berl. Tagebl." meldet aus dem Haag unter dem 2. d.: „Daily News" schreibt, daß angeblich folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht würden:

Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf zwei bis zweieinhalb Milliarden Pfund geschätzt.

Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern und mit deutschem Material aufgebaut werden.

Als Ersatz für den vernichteten Schiffsraum sollen entweder sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der Alliierten fahren oder auf den deutschen Werften neue Schiffe gebaut werden.

Außer dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu geben.

Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert. (!)

Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalte nwerden soll. Außerdem ist die deutsche Kohlenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.

Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind ebenfalls gutzumachen (!).

Die Zeit
5./XII. 1918

Die Kriegsentschädigungsfrage.

In der englischen Wochenschrift Nation vom 28. November d. J. erörtert ein finanzieller Mitarbeiter die Frage der Kriegsentschädigung. Seiner Meinung nach, bietet die gegenwärtige Lage Deutschlands und Oesterreichs keine greifbare Möglichkeit einer Kriegsentschädigung. Die deutschen Kriegslasten sind angeblich auf 8000 Millionen Pfd. St. gestiegen, das ist die Hälfte des vor dem Kriegegeschätzten deutschen Nationalvermögens.

Ueberdies sind die Schwierigkeiten durch die politischen Umwälzungen in Deutschland und Oesterreich außerordentlich gewachsen. Die englische Diplomatie hat bereits die Tschecho-Sl[illegible], die die zwei reichsten Länder Oesterreichs bewohnen, als Verbündete anerkannt, und die Südslawen nehmen anscheinend dieselbe Stellung in Anspruch; natürlich ebenso die Polen und wahrscheinlich auch die Ruthenen. Es ist ausgeschlossen, von Bundesgenossen eine Kriegsentschädigung einzutreiben. So schwindet jede Hoffnung dahin, von Oesterreich eine tüchtige Kriegsentschädigung zu erhalten. Das Deutsche Reich allerdings ist ein Einheitsstaat. Aber was geschieht mit der Schuld des Deutschen Reiches, wenn das Kaiserreich in eine lose Föderation unabhängiger Republiken auseinanderbricht, von denen jede ihren Lebenslauf verhungert oder halb verhungert beginnt? Die Aussichten also, eine reichliche Kriegsentschädigung zu erhalten, sind sehr gering. Aber welche Entschädigungen immer gefordert werden könnten, man sollte sie sofort einheben. Die Gefahr und der Schade einer längeren Besetzung deutschen Gebietes ist zu offenkundig, um besonders betont zu werden. Es ist eine schlechte Politik, ein Pfund auszugeben, um 18 Pence einzunehmen. Wir müssen unsere Armee so schnell wie möglich demobilisieren, denn die Kosten, um sie auf einem ihrem gegenwärtigen gleichen Stand noch mehrere Monate zu erhalten, würden einfach ruinös sein. Die englischen Kriegskosten können nicht ausgiebig vermindert werden, bevor nicht die Armee demobilisiert ist.

Neues Wiener Tagblatt
5./XII.1918

Eine Anfrage im englischen Unterhause über Deutschösterreich.

Bern, 3. Dezember. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 20. November stellte das liberale Mitglied Wedgwood die Frage, ob es der Regierung bekannt sei, daß Versuche gemacht würden, Deutschösterreich in eine Union mit dem Deutschen Reiche hineinzutreiben.

Bonar Law erwiderte: Meine Aufmerksamkeit ist auf diesen Gegenstand gelenkt worden. Es scheinen in Oesterreich von deutschen Agenten Gerüchte verbreitet worden zu sein, daß Großbritannien bestrebt sei, die österreichischen Deutschen zu verhindern, in eine Donauföderation einzutreten, oder sie zu hindern, sich mit Deutschland zu vereinigen, wenn sie dies tun wollen. Diese Gerüchte sind unbegründet.

Fremdenblatt
7./XII. 1918
175

Wilsons Friedensfahrt nach Europa.

Die Abreise.

Amsterdam, 4. Dezember. Nach einer Meldung des niederländischen Preßbureaus Radio aus Amerika trug die Abreise des Präsidenten Wilson von New-York den Charakter einer großen Festlichkeit. Außer den bereits gemeldeten Personen befinden sich in der Umgebung des Präsidenten der französische und der italienische Botschafter mit ihren Familien und der belgische Gesandte mit seiner Familie.

Der Dampfer „George Washington" wird von einer Flotte der Vereinigten Staaten unter Führung des Dreadnoughts „Pennsylvania", des Schlachtschiffes des Admirals Mayo, nach Frankreich geleitet.

Einladung an Wilson zum Besuche in Köln.

Gr. Köln, 6. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Kölnische Zeitung" veröffentlich einen Aufruf, in dem Präsident Wilson gebeten wird, die Stadt Köln zu besuchen.

Debatte über die 14 Punkte Wilsons.

Berlin, 5. Dezember. Nachrichten aus Holland zufolge werde die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbandsländern interniert lassen müsse. England vertrete diese Forderung, um zu verhindern, daß Deutschland als Militärmacht noch einmal Bedeutung erlangen könne.

Washington, 4. Dezember. Im Senat begann die allgemeine Debatte über Wilsons 14 Punkte.

Ein republikanischer Senator verlangte, daß der Präsident seine Prinzipien, die verschiedene Auslegungen zuließen, öffentlich erörtere. Er sagte, der Präsident sone keine radikalen Vorschläge machen, ehe er die Gewißheit habe, daß das Volk ihnen zustimme.

Ein anderer Republikaner sagte, der Völkerbund dürfe keine übergeordnete Regierung sein, die die inneren Angelegenheiten der Völker beherrsche und sich in dieselben einmenge, wohl aber könne er ein Welttribunal für die Entscheidungen in internationalen Streitfragen sein.

Reichspost 11/XII. 1918

Richterstuhl oder Rachetribunal.

Wien, am 10. Dezember.

Wenn der eine die „früheren Machthaber" wegen einer angeblichen Schuld am Ausbruch des Krieges bedrohte, dann wird der andere nicht faul sein und den heutigen sozialistischen Machthabern die Schuld am kommenden Schmachfrieden vorwerfen, denen die uns vorredeten, daß wir nur die Waffen wegzuwerfen brauchten, um von unseren Feinden in brüderlicher Liebe umfangen zu werden; die behaupteten, daß wir keinen Tag länger die Kriegsnot ertragen könnten und die uns heute in der tausendmal größeren Not der Selbstentmannung zur Geduld mahnen.

In diesem Bruderstreite unsere Feinde zum Richter aufzurufen, ob wir recht taten, uns gegen sie zu wehren, ist der größte Widersinn. Hält man es denn überhaupt nur für möglich, daß jemand Mittäter, Ankläger und Richter in einer Person sein kann, daß unseren Feinden ernstlich an der Aufdeckung der Wahrheit gelegen ist, so lange sie nicht bereit sind, ihre Schuldbücher mit unseren zugleich einem unbeteiligten Dritten zur Fällung des Richterspruches zu übergeben? Daß dieser unbeteiligte Dritte nur die Geschichte sein kann, weil wir alle den Ereignissen viel zu nahe stehen und weil heute überhaupt kein unbefangener Unbeteiligter auf unserem Planeten lebt, ist von Einsichtigen oft genug ausgesprochen worden. Daß in den diplomatischen Archiven jedes am Kriege direkt beteiligten Landes Urkunden zu finden sein werden, die wochen- und monatelang vor Kriegsausbruch die Kriegsmöglichkeiten und -aussichten behandelten, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Wer möchte glauben, daß ein so ungeheures Ereignis wie dieser Weltkrieg nicht schon lange vorher in alle diplomatischen Kanzleien seine Schatten vorausgeworfen hat? Man müßte ja die damaligen politischen Lenker geradezu für Kinder halten, wenn sie so nahe vor dem Weltbrande seine Vorzeichen ahnungslos verkannt hätten, und wir könnten ihnen im Gegenteile heute die schwersten Vorwürfe machen, wenn uns eine Durchsicht der Akten vom Frühling und Sommer des Jahres 1914 beweisen sollte, daß sie den drohenden Gefahren des nach der ganzen europäischen Lage offenbar unvermeidlich gewordenen Krieges unvorbereitet entgegengingen. Wo immer also die Tür zu einem geheimen Aktenschrank aus jener Zeit geöffnet werden wird, muß man, wenn ihn nur Männer von einiger Voraussicht und Verantwortung verwalteten, Urkunden finden, die, für sich allein betrachtet, natürlich als Beweise der „Schuld am Kriege" angesehen werden könnten. Trotzdem beweisen sie einzeln gar nichts. Ueberhaupt werden Papiere die letzten und kräftigsten Beweise nie enthalten. Da wird man schon tiefer ins Leben greifen müssen. So wird der künftige Geschichtsschreiber z. B. aus der Gestaltung des kommenden Friedens weit bündigere Schlüsse über die Kriegsursachen ziehen können, als aus allen Aktenbündeln zusammengenommen, weil eben der Friede die geheimsten Absichten unserer Gegner weit deutlicher offenbaren wird, als irgend ein geschriebenes Blatt Papier. Schon heute würde ein unvoreingenommener Beobachter aus den von Vernichtungswillen, Haß, Eitelkeit und Machtdünkel diktierten Waffenstillstandsbedingungen kaum auf schuldlose Gemüter der Sieger schließen. So benehmen sich keine Menschen, die nur widerwillig in den Krieg eintraten und nur für die Verwirklichung der höchsten Menschheitsideale kämpfen. Ihre Taten entschleiern uns also deutlicher, als es je ein Aktenbündel könnte, auch ihre kalt berechneten Absichten und damit ihre Schuld.

Das wissen unsere Feinde. Sie fürchten ebenso sehr wie unsere heutigen sozialistischen Machthaber, daß der Gewaltfriede ein Beweis für ihre Schuld sein werde. Daher wünschen sie denn der Welt eine Gerichtskomödie aufzuführen, in der statt des Rechtes die Gewalt das Urteil über die von ihnen zu dieser Rolle auserkorenen „Schuldigen" fällen soll.

Wir sollten ihnen aber doch, um Gottes Willen, nicht den Gefallen tun, diesen Akt der nackten brutalen Gewalt eines haßerfüllten Siegers als Gerichtsverfahren anzuerkennen. Wir müssen uns der Gewalt fügen. Selbstverständlich, denn wir können nicht anders. Aber niemand kann uns zwingen, die Gewalt Recht zu nennen, denn eines können wir der Gewalt und Rachsucht immer noch entgegensetzen: Unseren männlichen knirschenden Stolz!

Deutschland muß, wenn die jüngste Meldung recht behält, zwei seiner „früheren Machthaber" zur Aufführung des geplanten Spektakels ausliefern. Es war ja vorauszusehen, daß die feindlichen Verfechter der Menschheitsideale nicht von dem Verlangen ablassen werden, gleich den Barbaren im grauen Altertum auf dem Höhepunkte ihres Siegesglückes, die feindlichen Führer in Ketten vor sich stehen zu sehen. Wir beißen die Zähne zusammen, ganz gleichgültig, wie wir selber über Schuld oder Unschuld denken. Wir spüren nur die Beschimpfung. Nie werden wir ein Rachetribunal als Gerichtshof anerkennen. Die Verteidigung vor solchen Richtern kann nur stolzes Schweigen sein. Die Qual, sich dem gaffenden Publikum in einer Gerichtskomödie als verhöhnter Statist vorführen lassen zu müssen, kann nur durch den wahrhaft königlichen Vorsatz erträglich werden, aus freiem Entschlusse die schwere Schuldenlast einer verantwortungsscheuen Zeit ohne ein Wort der Verteidigung opferbereit auf seine Schultern zu laden und ohne einem hämischen Auditorium die Belustigung zu bieten, wie sich hohe Herren gegenseitig anzuschwärzen suchen. Wenn die Angeklagten so hocherhobenen Hauptes einfach als Sühnopfer alle Schuld in Bausch und Bogen auf sich nehmen, haben sie aber zugleich das Recht erworben, für ihre Völker Straflosigkeit zu fordern; denn wenn den „Machthabern" die Schuld am Kriege zugemessen wird, wenn das Volk also wirklich nur das willen- und rechtlose Werkzeug ihrer Herrschergelüste war, wenn es wirklich nur von verbrecherischen Führern zur Schlachtbank geschleppt wurde, dann wäre es ein himmelschreiendes Unrecht, es auch noch durch drakonische Friedensbedingungen strafen zu wollen. Eins oder das andere! Entweder man straft die „Machthaber", dann erkennt man damit die Schuldlosigkeit des Volkes an und muß es straffrei ausgehen lassen, oder man glaubt auf die Bestrafung des Volkes nicht verzichten zu können, dann erkennt man an, daß auch dem Volke ein vollgerüttelt Maß an Schuld zukommt, und hat kein Recht, sich an den „Machthabern" besonders zu vergreifen, da sie die über das ganze Volk verhängte Strafe als Glieder des Volkes miterleiden.

Es wäre eine befreiende Tat, wenn nun auch die anderen „Machthaber" den beiden Männern, denen sie im verhängnisvollen Sommer des Jahres 1914 in der schweren Stunde der Entscheidung über Krieg und Frieden verantwortlich zur Seite standen, in dieser schweren Stunde der Aufopferung die Last der Verantwortung nicht allein überließen, sondern ihnen freiwillig mit stolzem Schritte zur Seite träten, gleich schweigend und gleich opferbereit. Es wäre eine Tat von erlösender moralischer Gewalt, eine heroische Tat vom Maßstabe dieses Weltkrieges — und dennoch nicht mehr, als was tausend und aber tausend schlichte treue Söhne unseres Volkes zu seiner Rettung und damit auch für das Glück der „Machthaber" heldenhaft still und selbstverständlich getan haben.

Vielleicht könnte diese Tat von antiker Größe in dem heutigen Chaos entfesselter Gesindelinstinkte das ganze unglückliche, zerrissene, vergiftete Volk noch einmal zu leidenschaftlicher Einigkeit aufrufen, vielleicht würde es beschämt die Treue mit Treue vergelten und die Schuld dann mit denen zu teilen bereit sein, für die es willig vier Jahre lang millionenfaches Glück opferte. Vielleicht besänne es sich dann darauf, daß es in alle Ewigkeit schändlich bleiben wird, im Glücke seinen Führern zuzujubeln und sie im Unglücke zu steinigen.

Dr. Alphons Paquet.

Neue Freie Presse

11./XII.1918

Loyd-George für einen strengen, aber gerechten Frieden.

London, 9. Dezember.

Reuter meldet: In einer Frauenversammlung in London sagte Lloyd-George zur Frage der Friedensbedingungen: Es muß einen Frieden geben, der zukünftige Kriege unmöglich macht oder doch mindestens erschwert. Es muß ein gerechter Friede sein. Die Bedingungen dürfen keine leichten sein, sonst wären sie nicht gerecht. Denn leichte Bedingungen würden zu einem neuen Kriege anreizen. Nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit handelt es sich. Ein Friede der Rache würde nicht Gerechtigkeit sein. Wir dürfen keine neue elsaß-lothringische Frage haben aus dem einfachen Grunde, weil wir nur den Fehler Deutschlands wiederholen würden, was in 50 Jahren das Schicksal Deutschlands fände. Der Friede muß streng, gerecht und billig sein. Die für die Schrecken des Krieges Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist um so notwendiger, je höher sie stehen. Ohne sie wäre es nicht zum Kriege gekommen. Unser Urteil muß derart ausfallen, daß Könige, Kaiser und Kronprinzen für alle Ewigkeit wissen, daß, wenn sie Verruchtheiten dieser Art über die Erde bringen, die Strafe unausbleiblich auf ihr Haupt fallen wird.

Lloyd-George fuhr fort: Aber das deutsche Volk, das sich im Kriege gut gehalten hat, das mit voller Begeisterung in den Kampf zog und das jetzt über den Sieg jubeln würde, wenn er ihm zuteil geworden wäre, muß auch zur Verantwortung gezogen werden. Die Völker müssen wissen, daß sie nicht ungestraft einen Krieg anfangen dürfen. Ferner müssen wir bei der Festsetzung der Friedensbedingungen darauf sehen, daß der Bestand von Riesenheeren, die zum Kriege verleiten und die Menschen in Versuchung bringen können, hinfort nicht mehr gestattet sein darf. Wenn Friede auf Erden herrschen soll, darf es in Europa keine großen Heere geben. Ich bin ein Anhänger des Völkerbundes, weil er ein Mittel darstellt, eine Kriegserklärung zu erschweren.

Auf eine Anfrage, ob die Deutschen aus England ausgewiesen werden sollten, antwortete Lloyd-George: Ich kann der Fragestellerin versichern, daß auch die Männer darauf achten werden. Ich habe wiederholt gesagt, daß nach meiner Ansicht diese Leute die Gastfreundschaft mißbraucht haben und daß man ihnen nicht eine zweite Gelegenheit geben darf, dies zu tun.

178

22./XII. 1918

Die Grundsätze des Friedens.

Eine Unterredung mit Wilson.

London, 20. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die morgigen „Times" werden ein Interview veröffentlichen, das ihr Pariser Korrespondent mit Wilson hatte. Der Korrespondent teilt mit, daß ihm Wilson seine Haltung gegenüber der ganz ungeheuren Reihe von Problemen auseinandersetzte, die nächsten Monat zur Beratung gelangen werden.

Der Korrespondent sagte zu Wilson, daß viele Menschen sich fragten, warum der Präsident der Vereinigten Staaten gerade jetzt nach Europa komme.

Wilson erwiderte: Die Antwort scheint mir sehr naheliegend zu sein. Die Fragen, die bei der bevorstehenden Konferenz erledigt werden müssen, werden von so überragender Bedeutung sein, daß die Vereinigten Staaten es nicht verweigern können, sich mit den Alliierten in ihre große Verantwortlichkeit gegenüber der Zivilisation zu teilen, und ich kann nur durch die freimütigste persönliche Aussprache mit den Staatsmännern der alliierten Länder einigermaßen zur Lösung dieser Probleme beitragen.

Als der Korrespondent den Präsidenten fragte, was seiner Ansicht nach die Hauptabsicht der Konferenz und das große Ziel sei, nach dem die Alliierten trachten wollten, antwortete er:

Ich glaube, es ist deutlich, daß jetzt die Nationen mit ängstlicher Erwartung nach Versailles blicken, und ich bin sicher, daß die Menschen nur eine Frage stellen werden: Werden die Staatsmänner, die dort versammelt sind, über genug Klugheit und Entschlossenheit verfügen, um Schutz gegen künftige Kriege zu schaffen?

Die Schwierigkeiten und Verantwortlichkeiten, die durch die erfolgreiche Beendigung des großen Krieges entstanden und von denen einige sehr ernst und dringend sind, müssen natürlich von den großen Nationen der Welt als Kameraden der weniger Mächtigen geteilt werde.

Falls ich keine Gelegenheit haben sollte, die alliierten Armeen zu besuchen, so hoffe ich doch, wenigstens etwas von unseren Waffenkameraden in ihrem eigenen Lande zu sehen. Ich möchte gerne Italien besuchen, das Land, aus dem so viele meiner Mitbürger gekommen sind. Es interessiert und befriedigt mich, zu hören, daß in der italienischen Armee so viele Männer sind, die wenigstens einen Teil ihres Lebens in den Vereinigten Staaten zugebracht haben. Auch dem Besuche der Stadt Brüssel, die jetzt glücklicherweise aus den Händen der Feinde befreit und seinem Volke und König wiedergegeben ist, sehe ich mit besonderem Interesse und besonderer Genugtuung entgegen. Wir in den Vereinigten Staaten haben für das belgische Volk wegen seines standhaften Vertrauens ebenso wie für die Völker von Nordfrankreich und Italien, denen der Krieg eine so tragische Last auferlegt hat, sehr starke Sympathien gefühlt und versucht, dies auch zum Ausdruck zu bringen.

Der Korrespondent fragte den Präsidenten sodann, ob er auch Zeit zu einem Besuche der großen Flotte haben würde, was der Präsident verneinte. Dabei kam Wilson auf die Rolle zu sprechen, die die britische Flotte bei der Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere für die freien Völker der Welt während des Krieges spielte.

Der Korrespondent fragte Wilson weiters, ob er bei seinem jetzigen Besuch in Europa Zeit haben werde, nach England zu gehen.

Wilson antwortete: Es freut mich sagen zu können, daß ich England in allernächster Zeit zu besuchen hoffe. Ich gehe umso lieber dorthin, als ich weiß, mit welcher Einstimmigkeit und begeisterten Ueberzeugung die Völker Großbritanniens und Amerikas über Freiheit und Gerechtigkeit dachten. Es ist von wesentlicher Bedeutung für die Zukunft des Weltfriedens, daß zwischen den beiden englisch sprechenden Demokratien ein möglichst aufrichtiges Zusammenarbeiten und großzügiges Verständnis herrschen. Ich glaube, wir verstehen und würdigen die schwierigen Probleme, die der Krieg für das britische Volk mit sich gebracht hat und wir haben volles Verständnis für die besonderen internationalen Fragen, die aus der Tatsache der besonderen Stellung Englands als Inselreich entstehen. Wilson gab schließlich seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß nichts die herannahende Konferenz daran werde hindern können, wirklich solide Garantien für den künftigen Frieden zu schaffen.

Der Korrespondent fragte den Präsidenten, ob er bezüglich des Ergebnisses der bevorstehenden Zusammenkünfte irgendwie besorgt sei, da es Leute gebe, die sagten, daß die Schrecken des Friedens beinahe noch schlimmer sein würden, als die Schrecken des Krieges.

Wilson antwortete, er fühle keine Besorgnis, und fuhr fort: Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß es den Staatsmännern der Welt möglich sein wird, in gemeinsamer Beratschlagung eine gerechte und vernünftige Lösung der Probleme zu erreichen, vor die sie gestellt werden, und sich auf diese Weise die Dankbarkeit der Welt für den kritischesten und notwendigsten Dienst erwerben werden, der ihr jemals geleistet wurde.

24./XII. 1918

180

Meinungsverschiedenheiten in der Entente über die deutschösterreichische Frage.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Bern, 23. Dezember.

Ein von Reuter verbreiteter Artikel des ehemaligen „Times"-Korrespondenten in Berlin, Mackenzie, über Deutschlands Grenzen im neuen Europa erregt in England sowohl wie in Frankreich und auch hier Aufmerksamkeit. Bis nun hat die gesamte englische Presse über den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland auffallendes Stillschweigen bewahrt. Es ist dies die erste, bedeutsame und, wie man in unterrichteten Kreisen weiß, vorsichtig inspirierte und für den gegebenen Zeitpunkt berechnete Aeußerung zur deutschösterreichischen Frage. Der Grundton der Ausführungen Mackenzies ist in folgendem Satz enthalten:

„Der Prüfstein unserer Aufrichtigkeit liegt im Vermeiden aller Versuche, die deutsche nationale Einheit zu zerstören, sobald sie einmal die militärische, wirtschaftliche und nationale Aggressivität verloren hat." In einer längeren Betrachtung setzt dann Mackenzie auseinander, daß nur reaktionäre Kräfte innerhalb und außerhalb Deutschlands gegen einen Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland wirksam seien, und daß Bismarck ebenfalls gegen einen Zusammenschluß auftreten würde, wäre er in der Lage, der kommenden Friedenskonferenz beizuwohnen. Mit dem Eintritt Deutschösterreichs in die deutsche Republik sei die Hegemonie des Bismarckschen Preußen für immer vorbei.

Gleichzeitig veröffentlichen die „Times" einen Leitartikel über die Friedensprobleme, in dem eine Vereinigung Deutschösterreichs mit Deutschland als selbstverständliche, gegebene Tatsache hingenommen wird. Die „Times" warnen vor der Gefahr, ein paralysiertes Rußland im Osten Deutschlands zu belassen, eines Deutschland, das alle seine Kräfte brauchen werde, um die Vereinigung mit Deutschösterreich und die innere Einigung auf demokratischer Grundlage durchzuführen.

In Paris hat diese plötzliche Enthüllung der englischen Stellungnahme derart verblüfft, daß bis jetzt einzelne Blätter nur gegen die Bedenken der „Times" betreffs der Annexion Danzigs durch die Polen polemisieren, ohne auf die deutschösterreichische Frage einzugehen. Man wußte längst, daß Paris und London in den österreichischen Angelegenheiten gegensätzlich orientiert waren und sind, hat aber eine so vorbehaltlose englische Zustimmung zum Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland nicht erwartet.

Von englischer Seite wird Ihrem Korrespondenten bestätigt, daß Mackenzies Artikel und die redaktionellen Ausführungen der „Times" gewiß nicht willkürliche Auslassungen darstellen und sehr bald durch ministerielle Aeußerungen verstärkt werden dürften.

Vossische Zeitung

27./XII. 1918. 181

Die Grenzen Deutsch-Oesterreichs.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters
Karl Lahm.

* **Wien**, 25. Dezember.

Das „Fremdenblatt" veröffentlicht von angeblich bestunterrichteter Seite eine Nachricht aus dem Haag, daß von der amerikanischen Gesandtschaft im Auftrage Wilsons für die Friedenskonferenz ein Vorschlag zur Lösung der österreichischen Frage ausgearbeitet werde, der vollkommen auf den 14 Punkten Wilsons basiert. Dem Gewährsmann des „Fremdenblattes" wurde von einer mit der Ausarbeitung betrauten Persönlichkeit eine Kartenskizze mit den vorgesehenen Grenzen Deutsch-Oesterreichs gezeigt, derzufolge die deutsch-österreichische Grenze am Ortler beginnt, Tirol bei Salurn durchschneidet, einen Bogen um die Dolomiten zieht und in Kärnten längs der Drau geht, diese in Steiermark übersetzt und im spitzen Winkel zur Drau die ungarische Grenze schneidet. Dann folgt sie im allgemeinen der ungarischen, nieder- und oberösterreichischen Grenze bis Bayern.

Im Böhmerwald grenzt der tschechische Staat direkt an Bayern, doch fällt sein nördlicher und nordöstlicher Rand mit Eger, den böhmischen Bädern Aussig, Tetschen und Reichenberg nicht an den tschechischen Staat, ebensowenig im allgemeinen die jetzige sogenannte Provinz Sudetenland. Die geographisch von Deutsch-Oesterreich getrennten Gebiete Deutsch-Böhmens entscheiden nach dem Selbstbestimmungsrecht über ihre Zugehörigkeit. Auf die Frage, was auf der Kartenskizze die punktierte Linie zwischen Serbien und Kroatien bedeute, wurde angegeben: Das bedeutet die Möglichkeit der Schaffung eines Königreiches Serbien und einer davon getrennten südslawischen Republik, wogegen Amerika voraussichtlich nichts einzuwenden haben dürfte.

Auf die Frage, ob diese Vorschläge schon mit Vertretern der Alliierten besprochen wurden, erfolgte die Antwort: Gewiß. Frankreich freilich begrüßt jede Lösung, die Deutsch-Oesterreich wirtschaftlich und national von Deutschland trennt. Es arbeitet auf eine Donauföderation mit einem großen slawischen Uebergewicht hin und wäre dann bereit, Deutsch-Oesterreich in der Grenzfrage entgegenzukommen, wenn nur die Wahrscheinlichkeit besteht, daß die nationale Selbständigkeit Deutsch-Oesterreichs durch den slawischen Einfluß vermindert wird, d. h. daß durch äußere Deutsch-Oesterreich gebotene Vorteile sein Anschluß an Deutschland verhindert wird. Italien unterstützt jede Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland und ist geneigt, Deutsch-Oesterreich in der Triester Frage entgegenzukommen. England spielt, ohne eine bestimmte Meinung zu äußern, die Rolle des abwartenden Beobachters. Der Gewährsmann betonte, Wilson bestehe auf seinen 14 Punkten. Ob auf dem Friedenskongreß Wilsons Auffassung auch zum Durchbruch komme, wäre heute unmöglich vorauszusagen, da unter den Alliierten große Verschiedenheiten in der Auslegung der Wilsonschen Grundsätze bestehen.

Ich bin diesen Informationen des „Fremdenblattes" nachgegangen und kann, wenn auch Haag als Ursprung der Meldung eine beabsichtigte Irreführung sein dürfte, doch bestätigen, daß die Darstellung der amerikanischen Friedensarbeit glaubhaft ist. Dieselben Kreise, die vor dem Zusammenbruch des Kaiserreiches ihre alten Beziehungen mit Washington auswerteten und zu spät von Kaiser Karl zur Regierung gerufen wurden, haben letzthin neue Fühlung gefunden. Die neue deutsch-österreichische Regierung ist durchaus nicht abgeneigt, sich dieser Vermittlung zu bedienen und beurteilt den amerikanischen Vorschlag, falls er sich als richtig herausstellt, als durchaus nicht ungünstig für Deutsch-Oesterreich, zumal heute feststeht, daß auch Masaryk keine bindende Zusicherung der Alliierten, wodurch die Selbstbestimmung Deutsch-Böhmens vergewaltigt würde, mitgebracht hat, wohl aber den Auftrag, eine Zollunion und Donauföderation in die Wege zu leiten. Bislang war, so wird mir erklärt, nur die Arbeit des deutschfeindlichen Frankreich bemerkbar. Deutsch-Oesterreich erhofft von Wilson Gerechtigkeit.

ng

Preis der Anzeigen:
Die kleine Zeile 40 ₰ Abendblatt 60 ₰ Reklamen ℳ 2.50 Abendbl. ℳ 3.— 40% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 15% Teuerungszuschl. Familienanzeig. Sondertarif. Platz- u. Datenvorschr. ohne Verbindlichk. — Anzeig.-Annahme an Geschäftsstelle Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 23/27, Schillerstr. 19, Kaiser Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstr. 16/18, Dresden: Watzenhausstr. 25, München: Pernerstr. 8, Offenbach: Bismarckstr. 34, Stuttgart: Poststr. 7, Frankf. Nordstr. 12. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4439.

„Bethmann — Wilson".

Man schreibt uns von einer Herrn von Bethmann Hollweg nahestehenden Seite:

Das Ersuchen der deutschen Regierung an Wilson, einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen herbeizuführen, hat Anlaß gegeben, die früheren Friedensbemühungen Wilsons und deren wirkliche oder angebliche Durchkreuzung durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges einer neuen Erörterung zu unterziehen. Professor v. Schulze-Gaevernitz hat in einem Artikel der „Vossischen Zeitung" die Diskussion eröffnet; Georg Bernhard hat im gleichen Blatt mehrere Artikel folgen lassen und auch die „Münchener Post" und andere Blätter haben sich mit dem Gegenstand beschäftigt. Dabei stellte sich für den mit den damaligen Vorgängen Vertrauten heraus, daß manches, was sogar öffentlich bekannt ist, in diesen Erörterungen gar nicht oder nicht richtig behandelt wird. Für Personen, die nicht nur das öffentlich Bekannte im Gedächtnis haben, sondern auch einiges von den amtlichen Vorgängen und von dem wissen, was im Ausschuß des Reichstages seinerzeit vertraulich mitgeteilt worden ist, ist es nicht schwer, an der Hand von größtenteils leicht kontrollierbaren Daten den tatsächlichen Hergang kurz darzustellen und damit die bisher gegebenen Schilderungen in einigen für die Beurteilung wichtigen Punkten zu ergänzen und zu berichtigen.

Prof. v. Schulze-Gaevernitz glaubt — es ist nicht ersichtlich, auf Grund welcher Anhaltspunkte — daß die Reichsregierung bei der Einschränkung des U-Bootkrieges aus Anlaß des „Sussex"-Falles im Frühjahr 1916 von der ausdrücklichen Voraussetzung ausgegangen sei, daß die Vereinigten Staaten sich um den Frieden bemühen würden und daß Wilson bereitwilligst auf diesen Vorschlag eingegangen sei, jedoch erklärt habe, einige Zeit zu brauchen, bis die öffentliche Meinung sich beruhigt habe. Die Note, in der Anfang Mai 1916 dem Präsidenten Wilson die Einschränkung des U-Bootkrieges mitgeteilt wurde, enthielt keine derartige Voraussetzung, sie sprach lediglich die Erwartung aus, daß Wilson nunmehr auch bei der großbritannischen Regierung mit allem Nachdruck die Beobachtung der vor dem Krieg allgemein anerkannten völkerrechtlichen Normen der Seekriegführung durchsetzen werde, eine Erwartung, die bekanntlich nicht erfüllt wurde. Wohl aber glaube ich nicht darin zu irren, daß von amerikanischer Seite der deutschen Regierung wiederholt angedeutet war, der U-Bootkrieg, wie er damals geführt wurde, sei ein Hindernis, das dem Präsidenten Wilson die Möglichkeit beschränke, sich seinem Wunsche entsprechend für die baldige Wiederherstellung des Friedens einzusetzen.

Die erste Sondierung von deutscher Seite, ob Wilson als Friedensvermittler in Betracht komme, liegt erheblich später, wohl anfangs Dezember 1916. Graf Bernstorff sprach sich damals in dem Sinne aus, daß vor der anfangs November stattfindenden Präsidentenwahl von Wilson nichts zu erwarten sei. Werde er wiedergewählt, dann werde er wohl geneigt sein, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen. Wilson durfte natürlich nicht die einzige Karte in dem diplomatischen Spiel der deutschen Regierung sein, zumal offenbar auf Monate hinaus nicht auf ihn zu rechnen war. Unabhängig von Wilson suchte deshalb die deutsche Regierung nach anderen Möglichkeiten, zu Friedensverhandlungen zu kommen. Die günstige Entwicklung des rumänischen Feldzuges — gegen Ende Oktober fielen Constanza und Czernawoda — schien eine gute Gelegenheit zu schaffen. Dazu kam eine Rede Greys, der neben einem neuen Versuch, uns die Schuld am Kriegsausbruch zuzuschieben, sich über Völkerbund und Schiedsgerichte in einer Weise aussprach, die Anknüpfungsmöglichkeiten zu bieten schien. Es geht aus einem später von Herrn v. Bethmann bekanntgegebenen eigenhändigen Schreiben des Kaisers hervor, daß die Anfänge des Friedensschrittes der Zentralmächte vom 12. Dezember in jene Zeit zurückreichten. Verhandlungen mit unseren Verbündeten über Inhalt und Form des etwa zu unternehmenden Schrittes wurden damals eingeleitet. Einstweilen antwortete Bethmann im Hauptausschuß des Reichstages am 9. November auf Greys Rede und erklärte die prinzipielle Zustimmung zu Völkerbund und Schiedsgericht offenbar in der Absicht, den Boden vorzubereiten.

Am 6. November wurde Wilson wiedergewählt. Gleichwohl zögerte er auch jetzt noch mit einem Schritt zu Gunsten des Friedens. Am 6. Dezember fiel Bukarest. Der rumänische Feldzug war jetzt so gut wie beendet und damit war abermals eine Phase des Weltkrieges in einer Weise abgeschlossen, die alle Kriegführenden zur Selbstbesinnung mahnen mußte. In dieser Lage traten am 12. Dezember die Mittelmächte mit ihrer Aufforderung zu Verhandlungen über einen Frieden hervor, „der Daseins- und Entwicklungsmöglichkeiten aller am Kriege beteiligten Völker" wahren sollte. Der Schritt war mit Wilson im Gegensatz zu der Behauptung Bernhards in keiner Weise vereinbart. Auf der anderen Seite hatte Wilson keinen Anlaß, sich verletzt zu fühlen, weil die Mittelmächte in ihrem Bestreben, möglichst bald zum Frieden zu kommen, nicht ausschließlich auf eine immer noch ungewisse und trotz gelegentlichen Anklopfens (nicht Drängens) ungewiß gebliebene amerikanische Demarche warteten, sondern in dem ihnen geeignet erscheinenden Augenblicke selbständig vorgingen.

Die Minister der Ententestaaten antworteten auf unser Friedensangebot alsbald in Parlamentsreden, die auf eine glatte Ablehnung herauskamen, vor allem Lloyd George in einer Rede vom 18. Dezember. Nunmehr griff Wilson mit einer Note vom 21. Dezember an alle kriegführenden Länder ein, in der er anregte, „daß baldigst Gelegenheit genommen werde, von allen kriegführenden Staaten ihre Ansichten über die Bedingungen zu erfahren, unter denen der Krieg zum Abschluß gebracht werden könnte". Die Note fügte hinzu, daß dem Präsidenten die Wahl der zur Erreichung dieses Ziels geeigneten Mittel gleich sei. Sehr prompt, bereits am 26. Dezember, beantwortete die deutsche Regierung die amerikanische Note und zwar im Prinzip zustimmend mit dem Hinzufügen, daß ein unmittelbarer Gedankenaustausch ihr als der geeignete Weg erscheine, zu dem erstrebten Ziel zu gelangen, und daß sie zu diesem Zweck den alsbaldigen Zusammentritt von Delegierten der Kriegführenden an einem neutralen Ort vorschlage. Die Ententeregierungen ließen sich mit ihrer Antwort auf Wilsons Note Zeit. Dagegen erteilten sie in einer gemeinschaftlichen Note zu Händen des amerikanischen Botschafters in Paris am 30. Dezember ihre offielle Antwort auf den Friedensvorschlag der Zentralmächte, der als „Vorschlag ohne Aufrichtigkeit und ohne Bedeutung" glatt und höhnisch abgelehnt wurde. Materiell war damit auch die Wilsonsche Friedensanregung gescheitert. So war die Lage, als am 6. Januar 1917 in Berlin das viel besprochene Festmahl der amerikanischen Handelskammer zu Ehren des gerade aus Amerika zurückgekehrten Botschafters Gerard stattfand. Gerard hatte aus Amerika nichts Positives im Sinne des Friedens mitgebracht, aber er bezeichnete bei dem erwähnten Mahl die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika als „so gut wie sie noch niemals gewesen" seien.

Wenn Bernhard behauptet, man habe Gerard damals solche Worte sprechen lassen, obwohl der uneingeschränkte U-Bootkrieg damals schon beschlossen gewesen sei, so ist das unzutreffend. Der U-Bootkrieg war damals noch nicht beschlossen und die Rede Gerards, die offensichtlich aus dem Stegreif gehalten wurde, war vorher den deutschen Vertretern nicht bekannt. Ebenso unzutreffend ist die Behauptung, die Reichsregierung habe Wilson dauernd um Friedensvermittlung gebeten und habe ihm dann, als er ihrer Bitte nachge-

IX. 1918. 2

Quo vadis? (Originalzeichnung von Theo Zasche.)



Die unerbittlichen Feinde: „Wohin gehst Du, Herr?“
Der Heiland: „Die Menschheit zu retten, muß ich ein zweites Mal den Tod am Kreuz erleiden ....“

8

Österr. Volkszeitung
20. X. 1918

Tägliche Rundschau 20/X. 1918.

Die Polen-Tragikomödie.

Wer später einmal als objektiver Beurteiler an die Aufgabe herantreten wird, die Geschichte des Krieges zu schreiben, wer den Ausgang des Krieges an der politischen Denkweise der Deutschen und ihrem Handeln bemessen will, der muß sich vor allem an den polnischen Teil der Dinge halten, um zu begreifen und anderen verständlich zu machen, warum Deutschland in vier Kriegsjahren durch ein Meer von Leid und Dummheiten waten mußte. Selten hat ein Befreiervolk so viel Enttäuschung an den mit seinem Blute Befreiten erlebt, wie das deutsche von 1914 bis 1918. „Erhebt euch und vertreibt die russischen Barbaren, die euch knechteten, aus eurem Lande, das seine politische und religiöse Freiheit wieder erhalten soll. Das ist der Wille des mächtigen und gnädigen Deutschen Kaisers, dessen Truppen angewiesen sind, die Polen als Freunde zu behandeln." Das war der Anfang. So lautete in ihrem Kern die erste deutsche Proklamation an die ehemals russischen Polen, als die deutschen Truppen die deutsch-polnische Grenze überschritten. Aber es erhob sich niemand. Die erste Enttäuschung und der erste Schlag ins Gesicht der Befreier. Die erste Verkennung der Sachlage, der Zustände und der Gesinnungen in Polen. Man wollte dort gar nicht so sehr befreit werden. Der wirtschaftliche Aufschwung Rußlands nach dem russisch-japanischen Kriege hatte starken Geldzufluß nach Polen gebracht und die Orientierung vor allem wirtschaftlich stark nach Osten gerichtet; politisch glaubten die Polen an Zugeständnisse des Zaren; die Mißstimmung der Polen richtete sich, von der russischen Regierung rechtzeitig beeinflußt, mehr gegen die preußische als gegen die russische Polenpolitik. Die zaristische Regierung hatte in Vorbereitung des Krieges gewußt, was für den Anfang eines deutsch-russischen Krieges in Frage kam: eine Abneigung der Polen gegen die Deutschen; die Anfachung ihrer Furcht, die Deutschen könnten nicht als Befreier, sondern als Bedrücker kommen, könnten zu einer neuen Aufteilung des Landes schreiten. So mißlang die deutsche Erwartung auf eine polnische Volkserhebung, und Rußland hatte seinen ersten politischen Erfolg davongetragen. Väterchen Zar hatte sich auf seine lieben Polen mit Recht verlassen. Seine Versprechungen auf Freiheit der Polen, die alsbald darauf gegeben wurden, stellten den Dank des Hauses Romanow dar. Aber wir ließen uns nicht abschrecken. Wir gingen unseren Weg, als gelte der Krieg mit Rußland nur der Befreiung der Polen, ohne ihnen selbst Unkosten zu bereiten. Wir verscherzten uns im September-Oktober 1916 den Friedensschluß mit dem zaristischen Rußland, weil wir beweisen mußten, daß wir ganz uneigennützig im besetzten Land handelten. Wir machten die Proklamation vom 5. November 1916, unter deren Wirkung automatisch der Friedenswille des Zaren und seines Hofes gebrochen wurde. Bethmann redete sich ein, die Polen wollten sich westlich orientieren, und machte die Wiederherstellung des polnischen Königreiches, ohne Garantien dafür zu fordern, daß das polnische Streben sich nicht auch auf die ehemals polnischen Teile Preußens erstrecken würde. Wir bauten unsere Freundschaft mit Oesterreich wegen der polnischen Frage ab, und gefragt, warum wir den Streich vom 5. November begingen, versicherte uns die Bethmann-Presse, es sei damit ein Wunsch der Obersten Heeresleitung erfüllt worden, die Wert auf polnische Truppen gelegt habe. Zwar stellte sich hinterher heraus, daß die Oberste Heeresleitung von Bethmann vor eine vollendete Tatsache gestellt worden war, aber auch die Hoffnung auf das polnische Heer erfüllte sich nicht. Die „große" Zahl der Freiwilligen hat das ganze Ausland mit Recht belacht. Bei uns wurden die Dinge von der Zensur totgeschwiegen. Und wo das polnische Heer in die Erscheinung trat, da war es nichts Erfreuliches, was man hörte. Die Affäre des Brigadiers Pilsudski ist ja jetzt gerade durch die vor einigen Tagen erfolgte Begnadigung des Mannes wieder in das Erinnerungsvermögen getreten.

Wir berauschten uns an den polnischen Phrasen, streichelten die Polen, damit sie uns freundlich blieben, und kniffen die Augen zu, wenn in Polen Flugblätter verbreitet wurden, in denen die wahre Meinung zum Ausdruck kam. Wenn die Polen sich weigerten, Kriegsanleihe zu zeichnen, — in der Provinz Posen kommt auf 70 v. H. Polen ein Zeichnungs-Anteil von kaum 5 v. H. — so wurde das totgeschwiegen und Posener amtliche deutsche Blätter verweigerten die Aufnahme von Notizen über Feste deutscher Bürger, „weil man alles vermeiden müsse, was den Polen Anlaß zu weiterer Aufregung bieten könne". Wenn es in polnischen Flugschriften hieß, man wolle „lieber den Satan als euch" (Deutsche); „schrecklicher als der Moskowiter, schrecklicher als der Satan ist der Kreuzritter, derselbe litige

Die Zeit
20./X. 1918

Der Völkerbund.

Von Bertold Molden.*)

Die wichtigste Aufgabe, die ein Völkerbund zu erfüllen hätte, wäre eine Beschränkung der Rüstungen, denn die finanzielle Bürde, mit der wir alle in Europa aus dem Kriege hervorgehen werden, ist über alle Begriffe entsetzlich. Präsident Wilson verlangt „die Herabsetzung der Rüstungen auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß". Zur inneren Sicherheit gehört aber für England und Frankreich zweifellos die Erhaltung der asiatischen und afrikanischen Besitzungen, die abfallen würden, wenn die Truppen herausgezogen würden. Auch Amerika wird seine Philippinen nicht aufgeben wollen, und Japan wird Korea und die Mandschurei bestimmt nicht verlassen. Diese Staaten müssen also sehr ausgiebige Streitkräfte halten, und schon dadurch sind die übrigen genötigt, auf der Hut zu sein und gleichfalls zu rüsten. Auch ist es selbstverständlich, daß zum mindesten England, Amerika und Japan ihre großen Kriegsflotten werden behalten wollen. Es würde sich also nur um weitgehende Beschränkung der Rüstungen handeln, und diese ist allerdings unausbleiblich. Ein befristetes Uebereinkommen über sie ließe sich am besten treffen durch Begrenzung der Rüstungsbudgets, und vielleicht könnte die Höhe gewisser öffentlicher Ausgaben, wobei die Verschiedenheit der Staatsorganisationen, des Umfanges der Staatsbetriebe usw. in Betracht gezogen werden müßte, zugrunde gelegt werden. Das Problem wäre schwierig genug; es würde noch erschwert werden durch die Notwendigkeit, einander zu beaufsichtigen, und mehr noch durch die Verschiedenheit der Schutzbedürftigkeit der einzelnen Staaten, die von der geographischen Lage und anderen Bedingungen abhängt.

*) Vergl. den vorangegangenen Artikel in unserer Nummer vom 18. Oktober.

Man könnte sagen, daß, wenn sich die Unterschiede in der Schutzbedürftigkeit nicht ausgleichen ließen, doch wie bisher der Ausweg bleiben würde, sich durch Bündnisse zu stärken. Hier tritt nun aber Präsident Wilson mit seinem Einspruch dazwischen. „In der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es," so sagte er in New-York, „kein Band, kein Bündnis und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben." Und er stellt die weitere Bedingung: „Es kann innerhalb des Bundes keine besonderen selbstischen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung von Boykott oder wirtschaftlicher Ausschließung in irgendeiner Form, ausgenommen die Machtvollkommenheit, die dem Völkerbund erteilt wird, wirtschaftliche Strafe durch Ausschluß von den Märkten zu verhängen, und dies wiederum als Mittel zur Disziplin und Kontrolle." Damit ist ein System vorgeschlagen, das zwar manche gute Absicht zeigt, das sich aber auch als äußerst drückend erweisen kann. Die nordamerikanische Hundertmillionenmacht, die überdies in Mittelamerika schon jetzt einen übergewaltigen Einfluß ausübt, würde unter dem Verbot wirtschaftlicher Kombinationen, wenn die Klausel „selbstisch" nicht sehr genau begrenzt ist, allerdings nicht zu leiden haben. Anders die kleineren und weniger begünstigten Mächte. Die europäischen Festlandstaaten und die spanisch-amerikanischen Republiken, die es versäumt haben, nach dem Vorbild der Nordrepublik „Vereinigte Staaten" zu werden, wären verhindert, sich die Vorteile zu verschaffen, die ein politischer oder wirtschaftlicher Zusammenschluß verleiht. Als Vereinzelte müßten sie der Konkurrenz Amerikas standhalten, das im Weltkrieg seine Wirtschaftskräfte verdoppelt hat, und der Konkurrenz Englands, das die Mittelmächte einengt und seine eigene riesige Einflußsphäre noch mehr erweitern will! Und vermögen diese Konkurrenz etwa die Bestimmungen über Freiheit und Gleichheit im Handelsverkehr wirksam einzudämmen? Die großen Wirtschaftsverbände, die über Riesenkapitalien verfügen, werden uns auf allen Rohstoffmärkten, auch auf denen der fremden Länder, im Einkauf überlegen sein, und zum mindesten auf den nicht vor unseren Toren gelegenen im Verkauf. Nicht um den deutschen Kaufmann wieder einzulassen, haben die Amerikaner ihn in den letzten anderthalb Jahren aus Ostasien, Mittelamerika und Brasilien vertrieben. Ein Völkerbund müßte aber jedem Volk die Sicherheit bieten, daß es sich für seinen Lebensbedarf und seine Industrie ausgiebig versorgen kann, und zwar ohne dafür den Nationen, die die großen Kolonialbesitzer und Wirtschaftsherren sind, direkt oder indirekt eine besondere Prämie zahlen zu müssen. Während England die Losreißung der deutschen Kolonien verlangt, müßte der Völkerbund ganz im Gegenteil dafür sorgen, daß jedes europäische Volk in Afrika alles haben könne, was es dort braucht.

Sehen wir von den Vereinbarungen über die Beschränkung der Rüstungen ab, so müßte der oberste Zweck eines Völkerbundes die Herbeiführung einer inneren Annäherung unter den Völkern und die Herstellung einer gerechten Ordnung sein. Mit der Beilegung von Streitfällen, die aus nebensächlichen Gründen entstehen, oder mit der Unterdrückung von Konflikten, die sich aus dem Zwang einer ungerechten Ordnung ergeben, ist für die Völker, die bei der Teilung der Erde leer oder nahezu leer ausgegangen sind, sehr wenig getan. Vergessen wir nicht, daß der Völkerbund eine Vereinigung von Staaten sein soll, von denen die einen, England und Amerika, alle Meere, alle Meereszugänge und die fruchtbarsten Gebiete der Erde beherrschen, die meisten übrigen aber auf ihren schmalen Heimatboden angewiesen sind. Diese Ungleichheit einigermaßen zu mildern, wäre, neben der Milderung der Gefühlsgegensätze zwischen den Nationen, die einander so erbittert bekämpft haben, die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes. Die Gefühlsgegensätze können sich aber nur dann entscheidend abschwächen, wenn auch die Interessengegensätze abgeschwächt werden, das heißt, wenn nicht die Begünstigten die Möglichkeit erhalten, noch viel reicher zu werden, die Zurückgesetzten aber noch mehr zurückgesetzt werden. Und unter diesen, durch die geographische Lage ihrer Wohnstätten Zurückgesetzten sind nicht nur die Menschen deutscher Sprache, sondern, mit vielen anderen, auch die Tschechen, die Polen, selbst die Südslawen. In den Fragen des Völkerbundes haben wir gemeinsame Interessen; die natürlichen Voraussetzungen, die das österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet geschaffen haben, bleiben bestehen, und bestehen bleiben nach wie vor, wenngleich das Wort Mitteleuropa durch das Unheil, das uns getroffen hat, verschüttet ist, auch die natürlichen Voraussetzungen, die dazu geführt haben, daß der Begriff Mitteleuropa in der Politik Geltung bekommen hat. Wir alle gehören gegenüber der großen Außenwelt irgendwie zusammen. Die bedeutungsvollsten Punkte jedes Völkerbundprogramms sind also, wenn wir von der Beschränkung der Rüstungen absehen, diejenigen, die die künftige Ordnung des internationalen Wirtschaftslebens betreffen, und an ihrer für uns nützlichen Ausgestaltung und Präzisierung zu arbeiten, ist für uns ganz besonders wichtig. Vielleicht wird in späterer Zukunft auf der Grundlage des zu schaffenden Völkerbundes eine Art von Völkerhaus möglich sein, in dem alle zu Worte kommen und wo man, vorausgesetzt, daß Majorisierung ausgeschlossen ist, in Rede und Gegenrede über manche Schwierigkeit hinweggelangen wird. Nur der Täuschung dürfen wir uns nicht hingeben, daß jemals Recht und Billigkeit geschaffen und aufrechterhalten werden können, wenn nicht irgendwelche Kraft hinter ihnen steht, und sicher ist, daß Erniedrigung, Ungerechtigkeit und Unbilligkeit keinen Frieden zu Zeiten kommen lassen. Wie nagende Würmer müssen sie ihn früher oder später zerstören.

Pester Lloyd
20./X. 1918

13

Budapest, 19. Oktober.

Präsident Wilson ist der oberste Kriegsherr der Welt geworden. Der Mann im Bürgerrock, der nie die bunten Farben des Soldatenkleides angelegt hat, gebietet heute über Krieg und Frieden in vier Weltteilen. Die Ententearmeen haben in dem französischen General Foch einen Oberstkommandierenden erhalten. Die französische Kriegspresse und ihr Wortführer, der alte Revanchard Clemenceau, nahmen für den Generalissimus Foch die letzte Entscheidung über das Waffenstillstandsangebot Deutschlands in Anspruch. Allein Foch gebietet nur auf den Schlachtfeldern. Die Seele der Ententekriegführung ist der Herr im Weißen Hause zu Washington. Ihm hat die amerikanische Verfassung die unumschränkte Verfügung über die Streitmächte des Volkes der Vereinigten Staaten gegeben, ihm hat der Kongreß in allem, was die Kriegführung treibt und nährt, uneingeschränkte Vollmacht erteilt. Präsident Wilson kann den amerikanischen Truppen Halt gebieten und damit den rechten Flügel der Ententestreitkräfte in Frankreich stillsetzen. Er kann Frankreich, England und Italien, die auf Nahrungszufuhr von Uebersee angewiesen sind, mit dem Hunger bedrohen, er kann die Zufuhr an Kriegsmaterial hemmen und solcherart die europäische Entente zur Einstellung der kriegerischen Operationen zwingen. Präsident Wilson hat in seiner letzten Note höflicherweise den Regierungen der Entente und ihren militärischen Organen Spielraum bei der Beschlußfassung über den Waffenstillstand eingeräumt. Die Mitwirkung der Regierungen von London, Paris und Rom ist jedoch in Wahrheit durch das Gutdünken des Präsidenten der Vereinigten Staaten begrenzt. Seine Hand hält die Kurbel, die die gewaltige Kriegsmaschinerie beschwingt, auf sein Geheiß muß der Krieg enden. Nicht die Glut des französischen Chauvinismus, nicht der raumgreifende Appetit des englischen Imperialismus hat die Kraft, den Kampf auch nur eine Minute länger fortzuführen, wenn der Präsident in Washington ihm Halt gebietet. Wenn er das Zauberwort ausspricht, stehen alle Räder des Krieges still.

Der Präsident der türkischen Kammer Halil Bei hat heute in einer würdevollen Rede über das Schicksal des türkischen Reiches in diesem Kriege ein treffendes Wort gesprochen. Hätte die Türkei an dem Kriege nicht teilgenommen, sagte Halil Bei, so wäre nicht der Präsident der Vereinigten Staaten beim Abschlusse des Weltkrieges Schiedsrichter, sondern der grausame und despotische Zar von Rußland. In der Tat, der kluge Satz des türkischen Kammerpräsidenten leuchtet tief in das innerste Wesen dieses Krieges und seines Ausganges hinein. Als in den verhängnisvollen Julitagen des Jahres 1914 die verbrecherische Clique am Zarenhofe in Petersburg den europäischen Brand entzündete, stand die kultivierte Welt vor der Gefahr, zum Anhängsel der gewalttätigsten, kriegerregendsten Macht zu werden, die es zurzeit auf Erden gab. Blieb der Zar Sieger, warfen seine Heere Oesterreich-Ungarn und das deutsche Heer nieder, wehten seine Fahnen in Konstantinopel, so waren nicht bloß das russische Volk und die Nationen Mitteleuropas, sondern alle Völker des westlichen Kulturkreises einer Gewalt untertan, die, wie zwei Jahrhunderte gezeigt haben, die eigene reichbegabte Nation nicht zu gesunder Staatlichkeit emporzuführen vermochte, die überall, wo ihr Gebot galt, Knechtschaft und Vergiftung des politischen Lebens gebracht hat. Das große Ergebnis dieses Krieges, darauf muß auch in diesen ernsten Tagen immer wieder mit Nachdruck hingewiesen werden, ist die Zertrümmerung des Zarismus, die Befreiung Europas von der gewaltigen Bedrohung seiner Freiheit und der Eigenart aller seiner Völker durch eine auf Willkür und niedrigen höfischen Intrigen ruhende Herrschaftsorganisation, die der finstere Feind aller Demokratie und jeglichen Fortschritts gewesen ist. Die Mittelmächte und die Türkei haben für ganz Europa, für die ganze Welt gefochten, als sie den Zarismus entwurzelten, seine Macht zermürbten und den breiten Strömen freien russischen Volkslebens mit dem Schwerte den Weg bahnten. Wären die Pläne geglückt, die in den Geheimverträgen der Entente niedergelegt sind, so wäre der russische Zar Allgebieter geworden. Nur einen Schein an Machtzuwachs hätten seine Verbündeten aus dem Kriege davongetragen. Der Ländergewinn Englands in Aegypten und Vorderasien wäre nur auf Zeit geborgt gewesen. Der wirkliche Herr ganz Asiens wäre der russische Kaiser geworden, der, wann immer er wollte, Millionen von Soldaten, die Hilfsquellen eines ungeheuren Reiches gegen das britische Asien hätte loslassen können. Frankreich und Italien vollends wären nur Satrapien eines Rußland geworden, das von Konstantinopel aus das Mittelländische Meer beherrscht hätte. Der Sieg über Rußland hat die Gefahr, daß das Schiedsrichteramt über die Welt vom Zarenhofe ausgeübt werde, beseitigt. Die gebietende Stellung, die heute der Präsident der amerikanischen Demokratie inne hat, ist auf den russischen Schlachtfeldern erkämpft worden.

Präsident Wilson hat, wenn Wahrheit hinter den Worten seiner Proklamationen steht, sich immer geweigert, die amerikanische Politik in die finsteren Winkelgänge der unter der Aegide des Zaren entworfenen Pläne wüster Eroberung und Vergewaltigung hineinziehen zu lassen. So kann er sich auch heute in den reinen Höhen jener Grundsätze allgemeiner Gerechtigkeit und der Solidarität der Kulturvölker halten, die seine Botschaften verkünden. Der Präsident der Vereinigten Staaten sprach aus, daß er für die Verteidigung der Demokratie, für die Freiheit der Meere, für die Unbeschränktheit wirtschaftlicher Entfaltung in den blutigen Krieg gezogen sei. Noch ist jedoch der böse Wille, der die Geheimverträge mit dem Zaren geschlossen hat, in Frankreich, England und Italien nicht völlig erloschen. Nicht die Mittelmächte, die von der Ententepresse wider besseres Wissen Horte des Rückschrittes und des autokratischen Gedankens gescholten werden, sind heute die Widersacher, die sich gegen die neue Ordnung der Völkerwelt auflehnen. Die Feinde der Ideen Wilsons sitzen in den Hauptstädten der europäischen Entente, dort, wo man von einer Zerstückelung Oesterreichs und Ungarns, von einer Zertrümmerung der deutschen Einheit, von einer Versklavung der Bevölkerungen Mitteleuropas träumt und spricht. Amerika würde weder der Demokratie noch dem künftigen Frieden der Welt dienen, wenn seine Soldaten für die Wünsche der Clemenceau und Northcliffe fechten, wenn seine Industrie einen Krieg der Eroberung und Vernichtung freier Völker fördern würde. Der Geist, in dem Wilson in den Krieg gezogen ist, würde verfälscht, das Schiedsrichteramt, das dem Oberhaupte der größten Demokratie der Welt zugefallen ist, würde befleckt und entwertet, wenn die Machtmittel der freien Republik am Ende des Krieges für unlautere Ziele mißbraucht würden, die ihren Ursprung in dem barbarischen Drange der russischen Autokratie nach ungemessenem Länderzuwachs und nach Verödung der blühenden politischen Kultur des europäischen Staatensystems genommen haben.

Die Mittelmächte haben die Grundsätze des Präsidenten Wilson angenommen, sie wollen den Frieden der Welt im Namen der Verbrüderung aller Völker. Im Deutschen Reiche wird fürderhin das Volk durch die Vertrauensmänner der Reichstagsmehrheit die Entscheidung über Krieg und Frieden üben. Die Demokratie marschiert mit gewaltigen Schritten vorwärts. Das neue Völkersystem will freie und aufrechte Nationen mit dem gleichen Rechte auf Leben und Entfaltung in einem Friedensbunde vereinigen. Gedemütigte, verstümmelte Nationen an der Galeerenkette in den Kreis der Völkerwelt zu schleppen, würde die noblen Wahrheiten von allgemeiner Gerechtigkeit und vom Völkerbunde zur Lüge machen. Die Antwort der deutschen Regierung auf die jüngste Note Wilsons wird dem Frieden der Welt einen neuen Dienst leisten. Deutschland wird das Friedensgespräch fortführen, Präsident Wilson wird nach Erhalt der deutschen Note auf die rasche Beendigung der Feindseligkeiten hinwirken können. Die Macht, der Welt das Heil zu bringen, neue blutige Opfer zu vermeiden, den Haß zu stauen, liegt in seiner Hand. Nicht in seinem Lande, noch weniger in den Ländern der europäischen Entente gibt es Kräfte, die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in den Arm fallen können, wenn er die Völker zum Friedensschlusse aufruft. Die Welt kennt in der Flucht der Jahrhunderte keinen Augenblick, da so viel Gewalt einem einzelnen Manne zu eigen gewesen wäre, da ein Mensch Gebieter über Leben und Tod von Soldaten so vieler Völker, über Glück und Unglück von Bürgern so vieler Länder gewesen wäre. Ist dieser Allgewalt ein Gewissen gepaart, das die ungeheure Verantwortung der Stunde ausschöpft, ist der Schiedsrichter der Welt im Innersten erschüttert von dem Gedanken, daß sein Wort die Geschicke der Kulturvölker auf Jahrzehnte hinaus entscheiden, das lichte Reich einer versöhnten Völkerfamilie oder die Hölle von verewigtem Haß und Mißtrauen heraufführen kann? Wenn der Welt dieses Geschenk gegeben ist, dann wird die Macht, die keiner der großen Eroberer der Erde in solcher Fülle besessen hat wie der Bürger im Weißen Hause in Washington, zum Wohle der Menschheit genutzt werden.

Sonntagsausgabe
69. Jahrgang

Inseratenannahme: Publicitas A.-G.
Schweiz. Annoncen-Expedition
Bureau in Bern: Waisenhausplatz 2
Telephon 15.97 — Postscheckkonto III/327

Keine Verbindlichkeit
für Aufnahme der Inserate an bestimmten Stellen oder Tagen

...en des Postvereins: halbjährlich Fr. 30. —, vierteljährlich Fr. 15.—. ...reuzband-Zusendung. Man abonniert direkt bei der Expedition ...Postanweisung. — Insertionspreis für die Schweiz 50 Rappen die ...für das Ausland 75 Rappen. Reklamepreis Fr. 2.50 die Kolonelzeile. ...oncen-Expedition in Bern und deren Filialen im In- und Auslande.

Die Woche

Es war eine der bewegtesten Wochen seit Ausbruch des Weltkrieges, eine Woche, in der Hoffnungen und Befürchtungen nebeneinander herjagten. Mit den Meldungen über die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Wilson und Deutschland kreuzten sich die Alarm-Nachrichten über den Zerfall des alten Oesterreich, über die Neugestaltung seines Verhältnisses zu Ungarn. Alles weltpolitische Ereignisse erster Ordnung. Die Linien des neuen Europa, das aus dem Weltkriege geboren werden soll, beginnen sich leise abzuzeichnen. Heute weiß man allerdings noch nicht, wie die große Auseinandersetzung in ihrem Endergebnis aussehen wird.

Die Tschechen haben am Montag den Beginn der Anerkennung ihrer Bestrebungen nach Selbständigkeit durch einen eintägigen Generalstreik in Prag gefeiert, der den Zweck hatte, gegen die Ausfuhr von Lebensmitteln und Kohlen aus Böhmen zu protestieren. Man erwartete dabei schwere Ausschreitungen und hatte die Stadt stark mit Militär belegt. Doch scheint die Sache ziemlich glimpflich verlaufen zu sein — wenigstens sind keine Meldungen durchgekommen, die anders lauten. In den österreichischen Zeitungen liest man wohl von Versammlungen unter freiem Himmel, die in wenigen Minuten zerstreut worden seien, von militärisch abgesperrten Straßenzügen, von tschechischen Nationalliedern, die auf den Straßen gesungen wurden, zu heftigen Ausschreitungen aber scheint es nicht gekommen zu sein. Man kann das begreifen, wenn man sich einer Meldung erinnert, die davon sprach, Prag habe am Montag ausgesehen wie ein Kriegslager!

Ueber den Empfang der tschechischen Abgeordneten beim Kaiser sickern nun auch von der Zensur stark gekürzte Meldungen durch, aus denen sich ergibt, daß von dieser Seite sehr radikale Maßregeln verlangt worden sind. Nämlich: 1. Sofortige Einsetzung einer nationalen tschechischen Regierung; 2. deren Teilnahme an den Friedensverhandlungen; 3. sofortige Zurückziehung aller tschechischen Truppen aus der Front in ihre böhmische Heimat. Das wäre die völlige staatliche Loslösung.

*

Zu Ende der Woche kam das Manifest Kaiser Karls, das Oesterreich in einen Bundesstaat oder Staatenbund umwandeln will, mit Aushingabe Polnisch-Galiziens an das neu erstehende Polenreich. Der Kaiser will unter Mitwirkung seiner Völker den Wiederaufbau des Vaterlandes in Angriff nehmen und das neue Reich auf die Selbstbestimmung der Völker gründen. Als Bund freier Völker soll Oesterreich aus dem Kriege hervorgehen. Das sind große Worte und sie heischen große Taten. Der Anfang dazu ist gemacht: aus den Reichsratsabgeordneten sollen für die einzelnen Volksstämme Nationalräte gebildet werden, welche im Verkehr mit der Regierung die Interessen ihrer Nationalität zur Geltung bringen sollen. Diese Spielart von Nationalräten ist im Krieg emporgekommen, die Randvölker des ehemaligen Rußland haben in der Schweiz und in Amerika ihre Nationalräte, die ihr Land vertreten sollen, aber nicht auf Grund des allgemeinen Wahlrechts vom Volke gewählt sind. Die österreichischen Nationalräte sind dagegen die aus den regelmäßigen Wahlen hervorgegangenen Parlamentarier. Zwei Hemmnisse hoffte man von vornherein beseitigt zu haben, einmal den galizischen Zankapfel, indem Westgalizien an das unabhängige Polenreich abgetreten wird und Triest mit seinem Hinterland eine Sonderstellung erhalten soll. Mit Spannung wird man die Durchführung des Programms verfolgen, die zu gewaltigen Bewegungen führen muß, bis die Umgestaltung zum Föderalismus und zur Demokratie vollzogen sein wird.

Der junge Kaiser ist mitten im Krieg auf den Thron gelangt. Er hatte in seinem Oberzeremonienmeister Hohenlohe einen guten Ratgeber und verabschiedete demonstrativ den alten spanischen Stiefel der Hofetikette, um sich als demokratischen Herrscher zu geben. In richtiger Voraussicht hat er sich bald den Friedensbestrebungen angeschlossen. Der Hof hat seine engen Beziehungen zur Geistlichkeit und den Bourbonen und auf diesen Wegen wandelten die Anknüpfungsversuche mit Frankreich. Später kamen pazifistische Sendlinge nach der Schweiz. Die Leser erinnern sich an die in unserem Blatt veröffentlichten Artikel von Professor Uhde, eines Geistlichen, der buchstäblich und bildlich auf modernen Sandalen einhergeht. Die Artikel hießen: „Das österreichische Nationalitätenproblem und der Weltfriede“ und „Wer soll über Krieg und Frieden entscheiden?“. Diese Artikel waren die Plansitze der Aufteilung Oesterreichs in Natio-

National-Zeitung. 24/10.1918. 16

Bis zum letzten Hauch von Mann und Roß.

Die deutsche Antwort soll derart abgefaßt sein, daß sie zwar die Anschuldigungen Wilsons zurückweist, jedoch die Möglichkeit bietet, die Konversation fortzusetzen. So wird aus Berlin versichert, und mit einer Mischung von Mitleid und Zorn vernimmt man solche Kunde. Als ob es heute auf Zurückweisungen und Notenwechsel, auf Beteuerungen gekränkter Unschuld ankäme! Wie wenig sich die Völker begreifen, das wurde nie so deutlich wie in diesen Tagen, und auch die Neutralen ertappen sich selbst bei einer Ungeduld, die ungerecht ist. In Deutschland verweist man auf die Zustimmung zu den 14 Punkten Wilsons, auf die angeblich bereits erfolgte Demokratisierung und man möchte gerne die Omelette backen, ohne die Eier zu zerschlagen. Die wesentliche, ja die entscheidende Forderung Wilsons besteht jedoch in der Beseitigung jener „Macht", die offenbar durchaus nicht willens scheint, sich beseitigen zu lassen, und es findet sich noch niemand, der dies versuchen möchte. In radikalen deutschen Zeitungen kann man Erörterungen lesen, wonach doch nicht der Kaiser gefährlich für Frieden und Freiheit sei, sondern die unumschränkte Macht des großen Generalstabes. Das mag schon stimmen, und sicherlich entspricht es nicht der historischen Wahrheit, gerade einen einzigen Mann mit der Verantwortung für alle Fehler und Verbrechen zu belasten. Aber kommt es denn jetzt darauf an, der historischen Wahrheit zu genügen oder handelt es sich nicht vielmehr darum, sich endlich dem Empfinden einer hassenden und mißtrauischen Welt anzunähern? Es scheint offenbar, daß die Entente, solange sie nicht dazu gezwungen ist, nicht mit den Hohenzollern zu unterhandeln wünscht; mindestens würde sie diesfalls noch viel schwerere Bedingungen stellen und nicht geneigt sein, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Nun sieht man nicht, inwiefern Deutschland die Entente dazu zwingen könnte, und man frägt sich ferner, welche Vorteile eine kompromittierte dynastische Scheinmacht dem deutschen Volke zu bieten vermag. Deutschland muß begreifen, daß es dem Weltempfinden nicht widerstehen darf, ohne seine Katastrophe noch zu vergrößern. Was von ihm jetzt nicht gegeben wird, das wird ihm bald abgezwungen, doch dann wird es der unglücklichen Nation keine Hilfe mehr sein.

In Deutschland hatte das Volk geglaubt, es genüge, Wilson anzurufen und sofort wäre dank dem Präsidenten ein guter Friede da. Aber die Sache steht doch nicht so, daß man einfach Wilsons Vermittlung zurückweisen konnte, solange man glaubte, es ginge mit der Gewalt besser, und daß er dennoch nun gleichsam bereit stehen und beglückt warten muß, wenn es Deutschland beliebt, sich an ihn zu wenden. Die Amerikaner und ihr Präsident wurden in Deutschland aufs schändlichste verhöhnt und beschimpft, und nunmehr sollte er ganz beseligt sein, weil Ludendorff den Verlust der Partie erkennt, und herbeieilen, um nur zu verhindern, daß die deutschen Machthaber gar zu hart fallen? Es heißt, von Wilson Unmögliches zu erwarten, wenn man ihm dieses zumutet. Was man in seiner Antwort leider vermißte, das war seine Zusage, dem deutschen Volke Gerechtigkeit zu sichern und auch bei seinen Alliierten sein Programm durchzusetzen. Nicht daß er zu viel von Deutschland forderte, enttäuschte, sondern daß er ihm nicht die Sicherheiten seiner moralischen, politischen und wirtschaftlichen Wiederherstellung bot, wohl weil er vorerst sie noch nicht bieten konnte. Wir werden nicht aufhören, dies zu beklagen; doch wir werden darüber nicht verkennen dürfen, daß die Vereinigten Staaten in einer Koalition stehen, deren Mitglieder eine große Rechnung mit Deutschland zu begleichen haben, daß der Krieg noch nicht beendigt ist und daher eine Sonderpolitik des Präsidenten störend, gefährlich und verfrüht wäre. Wilson hat sein ganzes Volk auf Krieg eingestellt, und dessen Kriegsziel besteht in der Vernichtung des deutschen Militarismus, der sich für die amerikanische öffentliche Meinung in der Familie der Hohenzollern symbolisiert. Ob diese Auffassung nun falsch sei oder nicht, für sie haben sie ihr Leben umgestürzt, ihr Vermögen aufs Spiel gesetzt, sind sie nach Frankreich gezogen, um dort zu kämpfen und zu sterben. Wilson mag noch so rein denken, noch so innig den Völkerbund wünschen, ein noch so glühender Gegner jeder Vergewaltigung sein, er kann nicht auf einen Wink irgend einer deutschen Regierung einfach aus Reih und Glied seiner Koalition springen und wieder der Unparteiische werden. Eben dies erwartete jedoch von ihm die öffentliche Meinung Deutschlands, weil sie sich nicht der Wirkung ihrer Kriegshandlungen bewußt ist. Sie versteht nicht, was die Kriegserklärungen von 1914, der Einmarsch in Belgien, die Versenkungen von Handelsschiffen, die Luxburgtelegramme, Zimmermanns Bündnisangebot an Mexiko, das Ferngeschütz gegen Paris, die Deportationen und tausend andere häßliche Tölpeleien an Ingrimm erzeugt haben. Wilson wünscht sicherlich nichts sehnlicher als der Vertreter der Gerechtigkeit und der große Schiedsrichter zu werden; aber um es werden zu können, muß vorher das Kriegsziel der Union erreicht sein. Die Sammies zogen übers Meer, um die große Gewaltmaschine des preußischen Regierungssystems zu zerstören und sie werden nicht durch Ernennungen von Staatssekretären, die sie nicht kennen, überzeugt, nicht durch sanfte Noten, sondern indem jene Menschen sich zurückziehen, die sie für verantwortlich am Weltkriege und dessen Ausartungen ansehen. Es ist ein Glück für das deutsche Volk, daß es selbst in seiner Gesamtheit nicht allen seinen Feinden als der eigentlich Schuldige gilt, sondern daß sie ihren Haß auf bestimmte Personen konzentriert haben. Dieses Glück, fast das letzte Deutschlands, wird augenblicklich ebenfalls feige und zögernd vertan.

Wieder glaubte die deutsche Demokratie mit Worten überzeugen zu können; sie ist diesmal allerdings zu kleinen Taten vorgeschritten, die für das bisherige Deutschland sogar als groß gelten können. Doch die übrige Welt ist nicht gesonnen, für Deutschlands Dilettantismus in Demokratie ein besonderes Wohlwollen aufzubringen. Paragraphenänderungen der Verfassung, die das Wesentliche unverändert lassen, mögen in Deutschland als Kühnheiten gelten; anderswo erwecken sie bloß Spott und Geringschätzung. Wie aber soll die Welt von der ernstlichen Zustimmung Deutschlands zum Völkerbunde überzeugt sein, wenn es noch immer für sich ein besonderes Recht beansprucht, das den von ihm angenommenen Wilsonthesen widerspricht? Die „Unversehrtheit des Reichsgebietes" wird nach wie vor als Selbstverständlichkeit erklärt, als hätte Wilson weder die Wiedergutmachung des Frankreich 1871 angetanen Unrechts, noch die Wiedervereinigung der unzweifelhaft polnischen Gebiete gefordert. Selbstverständlich kann man sehr wohl die Ansicht vertreten, daß die Wiedergutmachung nicht in der Annexion durch Frankreich bestehen muß — ein Elsässer schreibt uns, er würde in einer elsässischen Republik unter amerikanischem Protektorat die günstigste Lösung sehen, und man kann dies oder anderes vorschlagen. Und sicherlich wird man das reindeutsche Danzig und das zu Zweidritteln deutsche Westpreußen nicht zu den unzweifelhaft polnischen Ländern rechnen und überall mit Rücksicht auf Zusammenhänge und Wunsch der Einwohner verfahren müssen. Doch all dies hat mit dem Anspruch auf „Unversehrtheit des deutschen Reichsgebietes" nichts zu tun, dem man auch bei den Zeitungen der angeblich so wilsonistischen Mehrheit begegnet. Warum sollen denn gerade die deutschen Grenzen unversehrt bleiben müssen, wo Deutschland doch die französischen, belgischen, italienischen, serbischen, rumänischen und russischen verletzte und fast überall Eroberungspläne durchführen wollte? Es soll nicht weniger Recht für Deutschland geben als für die andern Nationen, aber auch nicht mehr. Je deutlicher sich Deutschland auf diesen Standpunkt stellt und je mehr es freiwillig bereit ist, an militärischen Sicherungen anzubieten, was ihm doch bald entrissen werden wird, und je mehr es vor allem den Amerikanern deren eigentliches Kriegsziel erfüllt, desto eher kann es erwarten, daß Wilson bei der Friedenskonferenz sein Fürsprech wird und die Rachgier und Eroberungsluft seiner leidenschaftlichsten Gegner zu dämpfen weiß.

Deutschlands Irrtum war es, Wilson schon jetzt als Neutralen zu betrachten, nachdem es doch selbst ihn aus seiner Neutralität trieb; Deutschlands Aufgabe muß es sein, die Kriegsziele des Präsidenten zu erfüllen und es ihm dadurch zu ermöglichen, die Aufgaben eines Neutralen wieder zu übernehmen. Asquith sah darin Deutschlands Tücke, daß es sich nur an Wilson und nicht an die ganze Entente wendete. Man wird aus seinen Worten mehr die verletzte englische Eitelkeit heraushören, und sehr wohl begreifen, daß Deutschland den einzigen unter seinen Gegnern anrief, der ein allgemeines Kriegsziel der Verbrüderung und des Völkerbundes verkündete. Darauf allein kommt es an: gelingt es Deutschland nicht, dies zu erreichen, und sich Wilson vollkommen anzuvertrauen, so wäre es sogar dann verloren, wenn es sich wider jedes Erwarten in der Verteidigung militärisch behaupten könnte. Hat Wilson in unwiderleglicher Weise jenes deutsche System in seinen dafür repräsentativen Männern gestürzt, gegen das sich die Seele Amerikas mit so hinreißender Empörung und Kraft erhob, dann hat er im eigenen Lande weniger Widerstand zu fürchten und kann eher versuchen, Deutschland gerecht zu werden. Es wäre der Gipfel der Torheit, an den militärischen Garantien allzuviel abhandeln und sich als unbesiegt hinstellen zu wollen und derart die verhaßte Militärmacht den Feinden noch immer als gefährlich hinzustellen, indes ihre Kraft doch schon gebrochen ist. Der Krieg würde sich dann, vielleicht sogar überraschend schnell, auf deutsches Gebiet verpflanzen und er würde dann zum Hauskriege für eine bedrohte Familie, der mit Sicherheit in eine schreckliche Revolution münden müßte. Es fehlt an der inneren Einheit ebenso wie an den materiellen Mitteln, um die „nationale Verteidigung" zu proklamieren und die letzten Reste der Volkskraft, die Deutschland für seine umdüsterte Zukunft benötigt, wären vergeudet. Es gilt, endlich jenen lügnerischen Optimismus zu verabschieden, der Deutschland dorthin brachte, wo es jetzt steht und fällt. „Bis zum letzten Hauch von Mann und Roß" kündigte am 4. August 1914 der gegenwärtige deutsche Kaiser den Krieg an. Sollte ein großes Volk, dessen die Menschheit bedarf, aus Verstocktheit und Eingesponnensein in Lügen und Illusionen zu solchem Selbstmord sich bereit finden? Möge Deutschland wollen, was es muß, möge es durch Würde und Aufrichtigkeit sich das Vertrauen Wilsons erobern und ihn gegen die Gattung der Clemenceaus stützen, damit er dann seinerseits bei den Friedensverhandlungen Deutschland zu stützen vermöge und möge es nicht für einige Menschen sterben, statt für sich und die ganze versöhnte und befreite Menschheit zu leben.

OYD

Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Győri & Nagy, Jaulus & Co., Geb. Leopold, Ant. Mezei, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hegyi, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 30 Heller, Abendblatt 20 Heller.

Redaktion und Administration: V., Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

918 Nr. 246

* * *

Budapest, 21. Oktober.

Die Antwort Wilsons auf den Friedensvorschlag unserer Monarchie rechtfertigt in keiner Weise die lange Spanne Zeit, die man in Washington für ihre Abfassung und Absendung in Anspruch genommen hat. Nahe mag die Annahme liegen, Wilson, von unserem Friedensvorschlag beim Worte genommen, habe nicht leicht eine Ausflucht gefunden, um dem eigenen Worte zu entschlüpfen. Der Präsident der Vereinigten Staaten, der in seinen vierzehn Punkten für die Nationalitäten in Ungarn und Oesterreich bloß „die freieste Möglichkeit zur autonomen Entwicklung" gefordert hatte, ist durch unsere feierlich verkündete Bereitwilligkeit, diesen Wunsch zu erfüllen, vor ein Dilemma gestellt worden: entweder seinem Worte treu zu bleiben ohne Rücksicht auf die Folgen, die dies auf die Haltung der assoziierten Regierungen haben würde, oder aber wortbrüchig an sich selbst zu werden und diesen Abfall von den eigenen Prinzipien, so peinlich es auch sei, vor aller Welt Augen zu vollziehen. Präsident Wilson hat das letztere gewählt. Und zwar hat er es, das muß man schon sagen: mit einer wenigstens nach europäischen Begriffen verblüffenden Ungeniertheit getan. Die Antwortnote erklärt, der Präsident könne sich mit unserem Vorschlage überhaupt nicht befassen, weil kürzlich die Anerkennung des tschecho-slowakischen Nationalrates als einer de facto kriegführenden Regierung durch die Vereinigten Staaten erfolgt ist und weil ferner die Regierung der Vereinigten Staaten auch die Gerechtigkeit der jugoslawischen Aspirationen inzwischen anerkannt habe. Wie man sieht, macht sich Präsident Wilson die Sache sehr leicht. Zuerst verpfändet er sein Wort ohne jede Einschränkung, dann schafft er eine Tatsache, die als Vorwand zur Abschwenkung vom eigenen Worte herhalten soll, und schließlich läßt er mit Berufung auf die selbstgeschaffene Tatsache das eigene verpfändete Wort im Stich. Präsident Wilson will also sich nicht mehr mit dem Ausmaß der Autonomien für die Nationalitäten Ungarns und Oesterreichs befassen, auch lehnt er es ab, die Sache dieser Nationalitäten weiter zu führen, vielmehr sollen diese selbst „Richter darüber sein", was für sie von ungarischer und österreichischer Seite geleistet werden soll, um sie zu befriedigen. Herr Wilson mutet uns nichts Geringeres zu, als die Demütigung, uns von den tschechischen und jugoslawischen Führern vorschreiben zu lassen, welchen Teil des ungarischen Staatsgebietes wir an sie abzugeben haben.

Wilsons Antwort schafft unleugbar eine schwierige Lage, für Ungarn nicht minder als für den zukünftigen österreichischen Bundesstaat. Was die Jugoslawen betrifft, so liegt ja seit gestern das Manifest des südslawischen Nationalrates vor, das — offenbar in Kenntnis von Wilsons Stellungnahme — als ein Akt offener Auflehnung gegen die feierlichen Verträge und Staatsgrundgesetze sich darstellt, auf denen die ungarisch-kroatische Staatsgemeinschaft beruht. Die Südslawen erklären aber auch, die Grenzen ihres nationalen Selbstbestimmungsrechtes selbst durch das Manifest des Kaisers von Oesterreich nicht ziehen zu lassen, die Unversehrtheit des Gebiets der Stefanskrone nicht zu respektieren, vielmehr einen „einheitlichen selbständigen südslawischen Nationalstaat aus allen Territorien, wo Slowenen, Kroaten und Serben wohnen, zu bilden, ohne Rücksicht auf staatliche oder provinzielle Grenzen". Was auf der anderen Seite der tschecho-slowakische Nationalrat für territoriale Ansprüche an Ungarn stellt, braucht ja nicht weiter nachgewiesen zu werden. Bescheidener sind diese Ansprüche durch die Art und Weise, wie Wilson sich mit ihnen identifiziert, sicherlich nicht geworden.

Wenn Herr Wilson erwartet hat, daß die Tschechen und die Jugoslawen, als deren Gönner er sich aufwirft, den wenigstens formell einwandfreien Weg einschlagen werden, im Sinne seiner Worte die Auseinandersetzung mit ihrer bisherigen Staatsobrigkeit anzustreben, so wird es sogar ihn befremden, nunmehr zu erfahren, daß sowohl seine tschechischen wie seine jugoslawischen Schützlinge in selbstherrlicher Energie vollendete Tatsachen schaffen zu können glauben, mit denen Ungarn schon jetzt, der Friedenskongreß später sich wird abfinden müssen. So hat gleich dem südslawischen Nationalrat gestern auch der tschechische eine Kundgebung erlassen, nach der das tschechische Volk keine andere Lösung der böhmischen Frage zuläßt, „als die absolute staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Vaterlandes". Die Gaukelei, die in diesem Schriftstück mit dem Begriff der tschecho-slowakischen Nation getrieben wird, soll hier an einem lehrreichen Beispiel illustriert werden. Der Nationalrat beteuert die Einheit der tschecho-slowakischen Nation, äußert aber höchst verdächtige Bedenken gegen ein Plebiszit, durch das der unverfälschte Volkswille der ungarländischen Slowaken erst zum Ausdruck gebracht werden sollte. Bezeichnenderweise spricht das Schriftstück an anderer Stelle davon, daß das tschechische Volk „die slowakische Sprache ebenso wie seine eigene Muttersprache liebt" und daß es „den slowakischen Brüdern alle ihre Eigenart und alles, was sie zur Entwicklung bedürfen, sichern wird". Für Herrn Wilson wird diese amtliche Kundgebung der tschechischen Volksführer eine belehrsame Lektüre sein; er wird daraus ersehen, daß die Slowaken ihre eigene Sprache nicht von den Ungarn, sondern von den Tschechen bedroht erachten, wie ja der tschechische Nationalrat den slowakischen Brüdern auch mit allem Nachdruck die Beruhigung zu erteilen sich bemüht, daß ihre Eigenart nicht geschmälert werden soll und die Mittel ihrer kulturellen Entwicklung ihnen im tschecho-slowakischen Nationalstaat zur Verfügung stehen sollen. Die Slowaken, die ihre Eigenart innerhalb des ungarischen Staates immer frei pflegen und behalten konnten, wollen eben Slowaken bleiben, nicht vom Tschechentum aufgesogen werden.

Wie dem auch sei, Wilsons Antwort will kühl erwogen sein. Schweres wird darin der staatlichen Würde Ungarns und dem berechtigten Selbstgefühl der ungarischen Nation zugemutet. Nicht mit heißem Kopf, nicht mit aufwallenden Gefühlen soll bei uns darüber entschieden werden. Ueber eines freilich dürfen wir die Welt nicht im Zweifel lassen: wer Ungarn verstümmeln und seine nationale Ehre antasten will, wird es mit der geschlossenen Abwehrkraft aller Parteien, dem einmütigen Widerstande der gesamten ungarischen Nation zu tun haben.

* * *

Die Auffassung in Wien.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Die österreichisch-ungarische Regierung hat auf ihr Ansuchen um Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen vom Präsidenten Wilson eine Antwort erhalten, die keine Antwort ist. Es hätte keines Sinn, sich dies zu verhehlen und darüber hinwegsehen zu wollen, daß durch die amerikanische Note ein Fortschritt in der Friedensfrage leider nicht erzielt ist. Durch sie wird für uns die Politik des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht durchsichtiger, sie gibt uns vielmehr ein neues Rätsel auf, über dessen Lösung zu unserem tiefsten Bedauern eine für die Förderung des Friedens so kostbare und dringend notwendige Zeit verloren gehen muß. Statt mit uns über die Bedingungen eines Waffenstillstandes und die Grundzüge eines künftigen Friedens zu sprechen, entwickelt Präsident Wilson in seiner Antwortnote seine gewiß sehr interessante Auffassung über die innerpolitischen Probleme, die heute in der Monarchie auf der Tagesordnung stehen. Diese Auffassung, das gibt Präsident Wilson selbst zu, ist nicht mehr die gleiche, die er noch vor einigen Monaten gehabt und in einem seiner berühmten vierzehn Punkte festgelegt hat. Die Politik Wilsons ist darüber hinaus, in einem System autonomer Regelungen die richtige Lösung jener Probleme zu sehen, und der heutige amerikanische Standpunkt deutet, ohne daß es in der Antwort gerade herausgesagt wird, auf radikalere Lösungen hin. Diese Lösungen werden, wie erwähnt, vom Präsidenten Wilson in seiner Note nicht direkt, weder nach ihrem Inhalt noch nach ihrem Umfang bezeichnet. Seine Antwort enthält vielmehr lediglich eine Forderung oder Anregung bezüglich der Arbeitsmethode, mittels deren man nach seiner Meinung den Lösungen näherzukommen versuchen muß. Und zwar besteht — so wird hier wenigstens die amerikanische Note verstanden — diese Arbeitsmethode darin, daß die heute für die Behandlung jener Probleme verfassungsmäßig berufenen Faktoren innerhalb der Monarchie Verhandlungen mit den Vertretern des tschecho-slowakischen Volkes zu eröffnen hätten.

Nun ist es selbstverständlich, daß solche Verhandlungen werden stattfinden müssen. Sowohl die Regierung Oesterreichs wie die Regierung Ungarns haben ja bereits erklärt, daß sie den berechtigten Wünschen der Nationalitäten auf ungehemmte nationale Entwicklung entgegenkommen wollen. Ein Gegensatz zwischen dieser Auffassung und jener des Präsidenten Wilson besteht also nur insofern, als der Präsident als autorisierte Vertretung der Tschechen und Slowaken, mit denen die Faktoren der Monarchie zu verhandeln hätten, den derzeit in Paris konstituierten tschecho-slowakischen Nationalrat ansieht, während man es hier für allein zulässig und natürlich findet, mit den Tschechen in Oesterreich und mit den ungarischen Slowaken unmittelbar über ihre Wünsche zu sprechen. Das dies, soweit es sich heute erkennen läßt, auch die Meinung der österreichischen Tschechen selbst ist, geht aus dem Beschlusse des Národní Výbor vom 19. d. M. hervor, der sich selbst ausdrücklich als einzige kompetente innerpolitische Zweckvertretung des tschechischen Standpunktes bezeichnet.

Der weitere Weg, der man angesichts der Wilsonnote einzuschlagen haben wird, ergibt sich aus dem Ge-

Reichspost
21./X.1918

Die Schlußfolgerungen aus Wilsons Antwort.

Wien, am 21. Oktober.

Wilson lehnt den Antrag Oesterreich-Ungarns auf Einleitung von Friedensverhandlungen auf der Grundlage seines Programmes der 14 Punkte ab, er widerruft gegenüber Oesterreich-Ungarn dieses Programm und erklärt, sich nicht mehr mußten selbst entscheiden, in welcher Weise sie von Oesterreich-Ungarn befriedigt werden könnten. Wen Wilson unter den Völkern versteht und wie er die Befriedigung aufgefaßt wissen will, das beweist seine Berufung auf die Anerkennung des „tschechisch-slovakischen Nationalrates", nicht des in Prag konstituierten „Narodni Vybor", sondern jener Gesellschaft von Landesflüchtigen und Hochverrätern, die vom tschechischen Volke nie zum Nationalrat gewählt worden ist und sich mit fremdem Gelde während des Krieges im Auslande als „Regierung" ausstaffiert hat.

Aber es nützt nichts, darüber zu rechten und die Handlungsweise Wilsons auf ihren sittlichen Wert oder Unwert zu qualifizieren. Auch dafür wird es einen Richterstuhl geben. Aber jetzt heißt es, den Ereignissen voll ins Auge schauen und die Folgerungen daraus mit klarer Festigkeit ziehen. Wilson stellt die Gewalt Amerikas und der Entente hinter die Forderungen derjenigen, die Oesterreich zerstören wollen. Können wir dieser Gewalt noch widerstehen? Wenn die Antwort verneinend lautet, wenn die uns angetane Gewalt trotz aller tapferen Siege unserer Armee und aller tapferen Gegenwehr unserer Truppen und der willig gebrachten Opfer des Hinterlandes überwältigend ist, dann müssen wir damit rechnen, daß Wilson und sein Verbandsanhang auch den Willen jener durchsetzen wird, welche die Zereißung Oesterreichs wollen. Nicht für immer, denn die dem Donaureiche zugrunde liegenden Tatsachen sind unausrottbar, aber wenigstens für den Augenblick und solange, bis die Ueberlegung dieser Tatsachen gegenüber Verrat und bösen Leidenschaften das Uebergewicht gewinnt.

Wenn es aber so ist, dann haben die Deutschen in Oesterreich durch Einigkeit zu ersetzen, was die anderen an brutaler Gewalt geltend machen. Jetzt gilt es, alle Parteiunterschiede zurückzustellen und den festen, unüberwindlichen Block des deutschen Volkes in Oesterreich herzustellen. In dieser geschlossenen Einheit, womöglich verbündet mit dem magyarischen Volk, dem man dasselbe Schicksal bereiten möchte wie uns österreichischen Deutschen, wollen wir den Ereignissen gegenübertreten.

Welcher Art sind diese Ereignisse? Der tschechische „Narodni Vybor" in Prag verkündet die absolute Unabhängigkeit des Tschecho-slovakischen Staates und lehnt mit Wien jede Verhandlung über seine Zukunft ab. Aehnliches erklärt jene Versammlung von Politikern, welche behauptet, im Namen der Slovenen und Kroaten reden zu dürfen. Sie wollen auch nicht mehr die Entscheidung auf der Friedenskonferenz, sondern machen ihre Forderungen wie ein unumstößliches Recht geltend. Wilson tritt ihnen bei. Daran ist nichts zu ändern. Gut, setzen wir uns also endgültig auseinander, was immer das Ergebnis sei. Mögen sie tun, was sie nicht lassen können. Wenn die Tschechen für sich den völlig unabhängigen Staat wollen, so können wir sie jetzt nicht zu anderm zwingen, nur die Deutschen sollen sie bei diesem Staate aus dem Spiele lassen. Gehen die Tschechen ihre Wege, so wollen auch wir die unseren gehen. Es mögen die Völker sich entscheiden, die Völker selbst, freilich, nicht ein paar zufällige Wortführer, sie haben ein Anrecht darauf, wo ihr Haus zerstört werden soll, in dem sie seit Urelternszeiten wohnen und das Tausende ihrer Söhne noch durch die blutigen Jahre des Weltkrieges getreu bis in den Tod verteidigt haben. Aber zu dieser Entscheidung der Völker und zu der in alle Aeußerungen des Lebens eingreifenden Auseinandersetzung zwischen den Völkern ist der Friede notwendig. Er soll jetzt ohne längeren Verzug herbeigeführt werden.

Bis zu der endgültigen Auseinandersetzung aber schlichte man die provisorische Vereinbarung der gegenseitigen Aufrechterhaltnng des Verkehres und der Ordnung, um die sich bildenden neuen Gemeinwesen nicht bolschewistischer Anarchie preiszugeben und schon im Keime unglücklich zu machen.

•

Die Stellungnahme der Regierung zur Antwort Wilsons.

Wien, 21. Oktober.

Die Tatsache, daß entgegen der kurz vorher in Wien eingetroffenen offiziösen Meldung aus Washington, Wilson werde seine Antwort an Oesterreich-Ungarn erst nach Einlangen der Antwort Deutschlands erteilen, der Präsident der Vereinigten Staaten bereits jetzt seine Antwort an uns herausgegeben hat, wird in unterrichteten Kreisen mit dem Erscheinen des Manifestes des Kaisers in Zusammenhang gebracht. Dieses Manifest, welches am 17. d. bereits in der Schweiz war, mußte am 19. d. bereits Wilson bei Abfassung seiner Antwort vorgelegen haben. Vielleicht wollte der im Fluß geratenen Bewegung Wilson einen kräftigen Anstoß geben. Am 15. Oktober hatte der Präsident noch von keiner Aenderung seines Standpunktes gesprochen.

In Wien müsse man als Vertretung des tschechischen Volkes den „Narodny Vibor" ansehen und nicht den Nationalrat in Paris, welcher nur die tschecho-slovakische Legion vertrete. Zudem habe erst am Samstag der „Narodny Vybor" in Prag sich als die einzige Vertretung des tschechischen Volkes erklärt. Mit Masaryk in Paris werde nicht verhandelt werden.

Prinzipiell sind wir auf Grund des kaiserlichen Manifestes eines Sinnes über die Reformen im Verhältnis der österreichischen Nationen zu einander. Es besteht daher kein Grund, diese Frage, welche im Innern der Monarchie zwischen den Völkern selbst ausgetragen werden muß, in Verbindung mit der Frage des Waffenstillstandes zu bringen, da naturgemäß der Ausbau des Staatenbundes einige Zeit erfordere, während der rasche Abschluß des Waffenstillstandes eine allen Völkern Oesterreichs gleich nahegehende Frage sei. In diesem Sinne werde die Regierung antworten, daß der von Wilson geforderte Ausbau des Völkerstaates bereits in vollem Flusse sei und daher kein Grund zur Verzögerung des Waffenstillstandes von Seite Wilsons vorliegen könne.

•

Kronrat und gemeinsamer Ministerrat

Die „Ungarische Post" meldet: Heute vormittag um 9 Uhr begann im Ministerium des Aeußern eine gemeinsame Ministerkonferenz, an welcher die Mitglieder der gemeinsamen Regierung und die beiden Ministerpräsidenten teilgenommen haben. Nach der gemeinsamen Ministerkonferenz begaben sich die Mitglieder der gemeinsamen Regierung und die beiden Ministerpräsidenten zum Standort des Monarchen, wo unter dem Vorsitz des Kaisers eine längere Beratung stattgefunden hat.

Der ungarische Ministerpräsident war Sonntag abend in Begleitung seines Sekretärs Baron Kazy in Wien eingetroffen. Er hatte gleich darauf im Ministerium des Aeußern eine längere Besprechung mit dem Grafen Burian. — Der ungarische Landesverteidigungsminister Baron Szurmay, der am Samstag hier in Wien Angelegenheiten seines Ressorts erledigt hat, wurde am Sonntag von Sr. Majestät in Audienz empfangen, über die er abends dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle berichtete, worauf er nachts nach Budapest zurückfuhr.

•

Vossische Zeitung 21./X 1918

Zwei Noten.

Von
Georg Bernhard.

Wider alles Erwarten scheint nun auch gestern die Note der deutschen Regierung an den Präsidenten Wilson noch nicht soweit fertiggestellt worden zu sein, daß sie abgesandt werden konnte. Sie galt am Sonnabend abend bereits als fertig, ist aber noch einmal revidiert worden. Man fragt sich erstaunt nach dem Grunde solchen Säumens. Wie noch erinnerlich sein dürfte, ist die amerikanische Note in der Fassung des Reuterschen Büros bereits am letzten Dienstag vormittag auf drahtlosem Wege nach Rotterdam gelangt. Von dort ist sie am frühen Nachmittag desselben Tages im Besitze des Auswärtigen Amtes gewesen, spätestens zwei Tage darauf wird der amtliche Text von der schweizerischen Gesandtschaft dem hiesigen Auswärtigen Amt übergeben worden sein. Von Anfang an stand eigentlich fest, was auf die Note zu antworten war. Der Anknüpfungspunkt zu weiteren Unterhaltungen ist ohne weiteres durch die Stelle gegeben, an der Wilson davon spricht, daß die Beratung der Waffenstillstandsbedingungen Sache der militärischen Fachmänner sei. Das ist selbstverständlich und deckt sich mit dem Verlangen nach Entsendung einer gemischten Kommission. Im übrigen waren die Behauptungen Wilsons über die angeblichen deutschen Greuel ebenso zurückweisen wie die Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse, die gegen den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verstoßen. Diesen von der deutschen Regierung und vom amerikanischen Präsidenten gleichermaßen anerkannten Grundsatz kann und muß das große deutsche Volk für sich selbst doch mindestens in gleichem Maße in Anspruch nehmen, wie er für jede kleine Nation gelten soll.

Ebenso wie der Inhalt der deutschen Antwort, stand auch von Anfang an ihre Form fest. Der Ton durfte ein Fortspinnen des Unterhandlungsfadens nicht verhindern. Aber er mußte gleichzeitig männlich, würdig und fest sein. Der deutschen Regierung war die Möglichkeit gegeben, ein historisches Dokument erster Ordnung zu liefern. Gleichzeitig eines von besonderer propagandistischer Wirkung. Die Wilsonnote ist in der ganzen Welt gelesen worden. Sie drückt das [illegible]siegel auf alle die Lügen, die seit Jahren in der feindlichen Presse über die deutsche Kriegführung verbreitet wurden. Alle Gegenbeweise und Verständigungsversuche der deutschen Presse sind entweder überhaupt nicht oder nur verstümmelt zur Kenntnis der feindlichen Völker gelangt. Die deutsche Antwortnote aber kann nicht unterdrückt werden. Sie gelangt ebenso in die Hütte des französischen Proletariers wie in die entlegenste amerikanische Farm. Der Schweizer liest sie wie der Fischer am norwegischen Fjord. Der Präsident Wilson selbst hat das Beispiel dafür gegeben, daß auch ein diplomatischer Notenschreiber des trockenen Tones einmal satt werden kann. Das Deutsche Auswärtige Amt sollte seinem Beispiel folgen. Der propagandistisch geschulte Journalist muß dem Diplomaten die Feder führen.

Wir hoffen noch immer, daß die Abfassung der Note diesen Anforderungen entsprechen wird. Aber ein Teil der Propagandamöglichkeit ist bereits verloren. Denn die durch Wilson geprägte Vorstellung hat sich in den fremden Köpfen bereits eine Woche hindurch eingenistet. Die Langsamkeit der deutschen Note hat somit der Bearbeitung der Geister unserer Feinde Vorschub geleistet. Aber auch noch nach anderer Richtung hin ist die Verzögerung der deutschen Note geeignet, der deutschen Sache Abbruch zu tun. Nach keiner Richtung hin ist die Regierung vor eine neue Sachlage durch die Note gestellt worden. Sie konnte von unseren führenden Politikern immer nur als das Glied einer Kette angesehen werden, an deren Ende der Rechtsfrieden stehen sollte. Ueber die Gestaltung dieses Friedens hat sich jedermann im Volk eine Vorstellung gebildet. Unter den führenden Parteimännern innerhalb der deutschen Regierung darf keiner sein, der nicht ebenfalls seine feste Vorstellung von Anfang an gehabt hat. Glaubt man, daß das Vertrauen des deutschen Volkes in seine Regierung durch Zögern gefördert wer-

den kann? Sieht man nicht die Gefahr, daß sich im Volk des ungeheuer ernste Lage in Oesterreich-Ungarn jetzt einem katastrophalen Höhepunkt zustrebt, und daß der kaum mehr vermeidliche Auflösungsprozeß zu inneren Wirren führen kann, deren Konsequenzen sich gar nicht absehen lassen.

Wir wissen nicht, ob der Präsident Wilson mit diesen Folgen seines Schrittes rechnet, und ob er sie will. Er und vor allem seine europäischen Verbündeten aber müßten eigentlich darüber klar werden, daß der Brand, der mit ihrer Zustimmung und Hilfe im Hause des Nachbarn gelegt wird, gar leicht auch seinen Weg zu dem Zündstoff finden kann, der in ihren eigenen Häusern aufgehäuft liegt. Niemand in Europa darf heute einen anderen Staat an die Schwelle des Bürgerkrieges stoßen, wenn er nicht will, daß der Alarmruf, über die wankenden Fronten hinweg, von Volk zu Volk durch die Welt geht und überall zündet, wo er laut wird. Es kann der Tag kommen, wo unsere Gegner sich schaudernd ihres Uebermutes von heute erinnern und die Völker den Tag verfluchen werden, an dem ihre Regierungen frevelnd an ihr eigenes Haus den Brand legten. Man kann mit heißer Inbrunst nur wünschen, daß die uns jetzt noch feindlichen Völker rechtzeitig das frevelnde Spiel ihrer Regierungen durchschauen.

Hamburger Fremdenblatt 21./X. 1918.

Wilsons Stoß gegen Oesterreich.

Nun hat Präsident Wilson endlich auch auf die Wiener Note geantwortet. Das lange Ausbleiben seiner Erwiderung hatte schon zu den beunruhigendsten Gerüchten von einem Separatfrieden geführt. Blüht doch gegenwärtig überhaupt der Gerüchte-Unfug mehr denn je, so daß gar eine Meldung über feindliche Sonderanerbietungen an Bayern eines ausdrücklichen Dementis gewürdigt worden ist. Es ist wahrlich an der Zeit, daß sich jeder, der es mit dem Vaterlande gut meint und dessen höchste Angelegenheiten ernst nimmt, auf die Pflicht besinnt, alles unbegründete Gerede auch in vertraulichstem Kreise zu unterlassen. Von falschen Gerüchten ziehen nur die Feinde Nutzen.

Wie weit von der Wirklichkeit ein österreichisch-ungarischer Separatfriede liegt, zeigt jetzt die Wilsonsche Note. Sie wirkt geradezu wie ein Stoß gegen das Herz des Staates Oesterreich. Bei der Besprechung des kaiserlichen Manifestes vom 17. Oktober verwiesen wir auf die Wilsonsche Botschaft vom 8. Januar, in deren 10. Punkt erklärt wurde, daß die Völker Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen er gesichert und gewährleistet sehen wolle, die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung geboten werden solle. Wilson selbst nimmt jetzt in seiner Antwort Bezug auf diesen Satz, nicht aber, um anzuerkennen, daß im kaiserlichen Manifest ein Programm enthalten ist, das dieser Forderung entspricht. Vielmehr erklärt er jenen Programmpunkt für überholt durch die Tatsache, daß er inzwischen den tschecho-slowakischen Nationalrat und die tschecho-slowakische Nation als kriegführende Macht anerkannt hat. Er mißt dieser Neubildung das Recht zu, ihre politischen und militärischen Angelegenheiten selbständig zu entscheiden und erkennt auch die südslawischen Bestrebungen als berechtigt an. Die vom Kaiser den Nationalitäten verliehene Autonomie genügt dem amerikanischen Präsidenten nicht mehr. Das will sagen, daß er den Verfall Oesterreichs als seine Forderung hinstellt, er, der wiederholt erklärt hat, sich in die inneren Angelegenheiten Europas nicht einmischen zu wollen.

Das Vorgehen Wilsons wäre weniger bestürzend, wenn die Möglichkeit vorläge, daß sich in dieser Zeit der österreichischen Not seine Völker darauf besinnen, daß sie ihre politische und kulturelle Entwicklung unter dem habsburgischen Szepter haben durchführen können. Wie unendliche Wohltaten sind, oft zum Schaden der Deutschen, von Wien aus auf die Tschechen gehäuft worden! Von den Zeiten der Taaffeschen Zugeständnisse bis zur Begnadigung der Hochverräter zieht eine Kette von Nachgiebigkeit gegen das Slawentum. Aber alles ist vergessen, ist verbrannt vom Feuer der panslawistischen Leidenschaft.

Schon bei der Besprechung des kaiserlichen Manifestes haben wir angedeutet, daß die Tschechen wohl deshalb von Wien keine Fingerzeige mehr entgegennehmen wollten, weil sie darauf rechneten, daß von außen her die Kräfte kommen würden, die dem von ihnen erstrebten Staat zum Leben verhelfen sollen. Wilson leistet ihnen jetzt diesen Dienst. Seinen Stoß zu parieren scheint die Wiener Regierung nicht mehr stark genug. Auch von Ungarn ist keine Hilfe in dieser Not zu erwarten. Es hat sich von Wien losgesagt und schielt bereits unverkennbar zur Entente hinüber. So verdüstert sich das Bild der bisher mit uns verbündeten Donau-Monarchie. Stehen auch die gegen sie erhobenen Kräfte einstweilen nur auf dem Papier, ohne sich militärisch konzentriert geltend machen zu können, so dürfen wir uns über die Rückwirkung dieses Einsturzes keinen Täuschungen hingeben. In der Stunde unserer Gefahr haben wir keinen starken Rückhalt mehr an dem Staatengebilde, das sich als Oesterreich-Ungarn mit uns verbündet hat: Die ganze Last des Krieges ruht auf den Schultern Deutschlands. Welche Mahnung darin für jeden Deutschen liegt, der sein Vaterland liebt, braucht nicht mehr gesagt zu werden.

Kölnische Zeitung 22./X. 1918

Wilsons Note an Oesterreich-Ungarn.

Berechtigte Einwendungen in Wien.

✡ **Wien,** 21. Okt. **(Telegr.)** Wilsons Antwort ist hier schneller eingetroffen, als man nach der halbamtlichen Washingtoner Mitteilung angenommen hatte, wonach erst die deutsche Rückantwort abgewartet werden sollte. Warum diese Absicht geändert wurde, ist hier nicht bekannt. Die Antwort Wilsons erscheint in jenem vagen amerikanischen Stil abgefaßt, der einige nicht sehr klare Sätze mit agitatorischen Phrasen verbindet. Inhaltlich hat sie durch die Aufgabe von Wilsons Friedensprogramm überrascht, da Wilson bekanntlich nach Burians selbständigem Friedensschritt am 15. September eine Antwort darauf für überflüssig erklärt hat, weil sein Friedensprogramm ohnehin bekannt sei, und das Ereignis, das er jetzt als den einen Grund für die Änderung seiner Bedingungen angibt, die Anerkennung des tschecho-slowakischen Nationalrates als de facto kriegführende Regierung durch die Vereinigten Staaten, schon damals vorlag. Übrigens führt Wilson die beiden Tatsachen, die ihn zur Änderung seiner Stellung veranlassen, unrichtig an, denn damals erkannten die Vereinigten Staaten den tschecho-slowakischen Nationalrat in Paris noch nicht als die Vertretung der militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschechoslowaken an, wie ihn auch der Prager tschechische Nationalausschuß in seiner Kundgebung vom Samstag nicht als solche anerkannt, sondern sich selbst für den einzigen legalen Vertreter des Willens des ganzen tschecho-slowakischen Volkes und aller seiner Parteien erklärt hat. Die auf die Südslawen bezügliche Bedingung seines Programms muß keineswegs als eine Anerkennung der nationalen Freiheitsbestrebungen derselben im weitestgehenden Sinne aufgefaßt werden. Eine Antwort auf die österreichisch-ungarische Note ist Wilsons Note überhaupt nicht, denn auf den Vorschlag Österreichs-Ungarns auf Abschluß eines Waffenstillstandes und Einleitung der Friedensverhandlungen antwortet sie nicht. Österreich-Ungarns Rückantwort wird auf alles das höflich hinweisen und erwähnen, daß das kaiserliche Manifest inzwischen Österreichs Völker aufgefordert hat, ihre Rechte selbst zu bestimmen.

Aus der Wiener Presse.

✡ **Wien,** 21. Okt. **(Telegr.)** Wilsons Antwort an Österreich-Ungarn wird von den Montagsblättern nicht eben fassungsvoll aufgenommen. Der Morgen, der Wilson immer als Friedenshort betrachtet hat, sieht ihn jetzt infolge der Preisgabe des Friedensprogramms völlig im Fahrwasser des Verbandes, der Österreich-Ungarn zertrümmern wolle, und fordert deshalb die Deutschösterreicher auf, ihre Geschicke schleunigst in die eignen Hände zu nehmen. Die Sonn- und Montagszeitung findet Wilsons Antwort an den entscheidenden Stellen gewollt unklar, meint aber, daß zwei Tatsachen daraus deutlich hervorgehen: sie lehne den Antrag der Monarchie nicht ab, ermögliche vielmehr durch Ton und Inhalt die Fortsetzung der Erörterung, und sie gebe den Slawen Österreich-Ungarns den Willen des Verbandes zu verstehen, er wolle die Regelung der österreichisch-ungarischen Nationalitätenfragen nicht der allgemeinen Friedenskonferenz überlassen, sondern durch eine Verständigung innerhalb der Monarchie durchgeführt sehen. Das letzte hält das Blatt für einen Schlag gegen die Tschechen, die am Samstag zu Prag in der Versammlung ihres Nationalausschusses eben erst erklärt haben, daß die tschecho-slowakische Frage eine internationale sei, und daß es für die Tschechen keine Verhandlungen mit Wien gebe.

Der Eindruck in Ungarn.

v **Budapest,** 21. Okt. **(Telegr.)** Die Lansingsche Note wird in Ungarn nicht als friedenfördernd beurteilt. Man mißbilligt nicht so sehr die Inkonsequenz Wilsons in der Behandlung der Nationalitätenfrage, als vielmehr die Zumutung, daß sich Ungarn von tschechischen und jugoslawischen Führern vorschreiben lassen müßte, welche Teile des ungarischen Staatsgebiets abgetreten werden sollen. Es wird sich kaum eine ungarische Regierung finden, die geneigt wäre, mit den tschechoslowakischen und jugoslawischen Nationalräten zu verhandeln, geschweige denn, sie als Richter anzuerkennen. Verhandelt kann nur mit den im eignen Bereich des ungarischen Staates lebenden Slowaken und Kroaten werden, unter Wahrung der Gebietsunversehrtheit des Landes. Die Slowaken Ungarns zeigen auch gar keine Geneigtheit, sich vor den Wagen der Tschechen spannen zu lassen, selbst nicht die Vertreter der extremsten Richtung. Der Abgeordnete Juriga forderte im Parlament das Selbstbestimmungsrecht für seine Nation nicht im Namen des tschecho-slowakischen, sondern eines slowakischen Nationalrats. Immer häufiger werden Kundgebungen der slowakischen Bevölkerung, die Einspruch erhebt gegen die Einmengung der Tschechen in die Angelegenheiten der ungarländischen Slowaken. Nicht umsonst nahm der tschechische Nationalrat in Prag letzthin gegen die Volksabstimmung der Slowaken Stellung. Was Verhandlungen mit den Kroaten anlangt, so dürfte die Möglichkeit dazu, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, vorhanden sein. Die kroatischen Ansprüche auf die Murinsel [ein 783qkm großes fruchtbares Gebiet zwischen der Mur und der Drau] haben von der dortigen wendischen Bevölkerung eine scharfe Zurückweisung empfangen. Die nunmehr an Amerika abzusendende Note wird — so nimmt man in ungarischen politischen Kreisen an — den Faden der Friedensmöglichkeit nicht abreißen lassen, sondern trachten, aus dem in der Nationalitätenfrage schlecht unterrichteten Wilson einen besser unterrichteten Wilson zu machen.

Frankfurter Zeitung 22/X. 1918.

Die deutsche Antwort an Wilson.

So mächtig, wie heute der Präsident der Vereinigten Staaten in der Welt dasteht, ist nicht oft ein Herrscher oder Machthaber gewesen. Der Lauf des Krieges und das Verhalten der europäischen Nationen haben es zuwege gebracht, daß er die Wagschalen in der Hand hält, in denen Krieg und Frieden abgewogen werden sollen. Freilich ist auch er nicht ganz frei, und man hat es seiner letzten Note, die auffallend von der ersten abwich, sehr deutlich angemerkt, daß auch noch andere Einflüsse auf ihn eingewirkt haben. Aber doch ist er es, von dessen Wollen und Verstehen heute in erster Reihe die Beantwortung der Frage abhängt, wie lange die Welt noch unter Mord und Zerstörung seufzen soll, obwohl der Krieg sinnlos geworden ist. Deutschland hat die von Herrn Wilson aufgestellten vierzehn Friedensbedingungen angenommen, obwohl einige davon Schweres enthalten und die Unversehrtheit seiner Grenzen bedrohen. Nur die praktische Anwendung der in ihnen niedergelegten Grundsätze soll einer Verständigung vorbehalten bleiben. Man fragt sich, warum nun noch Krieg geführt werden muß und täglich Tausende blühender Menschenleben vernichtet werden, wenn ein Unterschied der Auffassungen nicht mehr besteht! Denn alles das, was Präsident Wilson in seiner letzten Note ausführte, betraf im Grunde nicht den Inhalt des Friedens selbst, sondern das Gesuch um einen Waffenstillstand und die Schaffung verfassungsmäßiger Sicherungen für die Beständigkeit und Dauer des zu schließenden Friedens.

Die Antwort der deutschen Regierung kommt auch diesen Forderungen des Herrn Wilson weit entgegen. Sie verwahrt sich lediglich gegen den von ihm erhobenen Vorwurf absichtlicher Grausamkeiten der deutschen Kriegführung zu Wasser und zu Lande. Sie bestreitet entschieden, daß absichtlich ungesetzliche und unmenschliche Handlungen begangen werden. Wo Ausschreitungen vorkommen, da geschehen sie gegen die strengen Weisungen der Heeresführung und werden bestraft. Auch der ungeheuerliche Vorwurf, daß deutsche Tauchboote die Rettungsboote versenkter Schiffe vernichtet hätten, der sich für jeden Deutschen als eine aus der Erregung des Krieges entsprungene Unwahrheit kennzeichnet, wird zurückgewiesen. Im übrigen aber haben wir so wenig ein gerechtes Urteil zu scheuen, daß die Note die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorschlägt. Es wäre ein Glück für die ganze Menschheit, wenn einmal ein wirklich unparteiischer Gerichtshof alle die furchtbaren Verleumdungen und Greuellegenden, die so viel zur Erzeugung wilden Hasses gegen Deutschland beigetragen haben und die doch bis auf ganz winzige Ausnahmen ein grausiges Gewebe von Haß, Irrtum, Lüge und Dummheit sind, ohne Voreingenommenheit untersuchen und auf ihren wahren Wert zurückführen würde. Der amerikanische Präsident würde sich ein großes Verdienst um die Beseitigung der Kriegsstimmung und um die Wiederherstellung der menschlichen Selbstachtung erwerben, wenn er dafür sorgen wollte, daß der deutsche Vorschlag bald verwirklicht würde.

Abgesehen von diesem Einspruch gegen eine unwahre Bezichtigung, die die Ehre Deutschlands und unserer Tapferen, die draußen seit Jahren für deutsches Land und Volk ihr Leben einsetzen, in gröblichster Weise verletzt, nimmt die deutsche Antwort grundsätzlich alles, was Wilson und Lansing als Voraussetzungen für weitere Verhandlungen aufgestellt haben, an. Sowohl die in der amerikanischen Note ausgesprochene Auffassung über die Bedeutung, das Wesen und die Vorbedingungen eines Waffenstillstandes, als auch die andere über die Macht, welche auf der deutschen Seite den Frieden zu verbürgen hätte, werden in der deutschen Antwort anerkannt. Dabei ist festzuhalten, daß ein Unterschied gemacht wird zwischen dem, was den Waffenstillstand betrifft und den Bedingungen des Friedens selbst. Herr Wilson hatte ausgesprochen, daß „die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater" der amerikanischen Regierung und ihrer Verbündeten überlassen werden müssen. Damit wird zwischen den militärischen und politischen Dingen eine nicht zu übersehende Scheidewand gemacht. Die deutsche Regierung stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Sie erklärt sich auch grundsätzlich damit einverstanden, daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis auf den Kriegsschauplätzen eine Ueberlegenheit der Ententeheere bedeutet und daß dieses Verhältnis durch den Waffenstillstand sich nicht verändern soll. Welche Bedingungen erfüllt werden können, um ein solches Verhältnis sicherzustellen, das wird in den Beratungen von den militärischen Bevollmächtigten festzustellen sein. Daß die von Deutschland angenommene Räumung der von unseren Heeren besetzten Gebiete an sich schon geeignet ist, den deutschen Heeren wichtige Mittel des Widerstandes zu entziehen und eine Wiederaufnahme des Kampfes nach einem etwaigen Ablauf des Waffenstillstandes so gut wie unmöglich macht, liegt so sehr auf der Hand, daß es auch von angesehenen Blättern der Entente, wie dem „Journal des Debats", schon ausgesprochen worden ist. Damit nun aber das, was diesen Auffassungen entspricht, vereinbart werden kann, müssen Besprechungen der „militärischen Ratgeber" stattfinden, und dem Präsidenten Wilson wird es anheimgegeben, „zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen." Wenn Herr Wilson ernstlich das Aufhören des Blutvergießens und der Zerstörung will, dann hat er es jetzt in der Hand, durch Vereinbarung von Zeit und Ort Vertretern der Heere auf beiden Seiten Gelegenheit zur Aussprache und zur Vereinbarung dessen zu geben, was einen Waffenstillstand möglich macht. Er wird sich dieser großen Verantwortung nicht entziehen können.

Die deutsche Note geht noch weiter und spricht das Vertrauen der deutschen Regierung aus, daß der Präsident für die Einleitung eines Waffenstillstandes keine Forderung gutheißen werde, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sei. In solchen Forderungen liegt eine der großen Gefahren für den kommenden Frieden. Präsident Wilson wird sich sagen müssen, daß ein Rechtsfriede, ein Friede, der Dauer haben soll, nicht zustande kommen könnte, wenn er eingeleitet würde durch schwere Verletzungen der Ehre des deutschen Volkes. Würde man heute den Waffenstillstand an Bedingungen knüpfen, die für das deutsche Ehrgefühl unerträglich wären, so müßte man sich sagen, daß durch solche Demütigungen nicht etwa nur die Heerführung und diejenigen getroffen würden, die man als Träger des militaristischen Systems ansieht, sondern auch das deutsche Heer, das mit dem deutschen Volke eins ist. Das würde lange und schmerzlich nachwirken, und selbst wenn der Friede selbst keine Bedingungen enthielte, die das neue Deutschland als eine Entehrung empfinden müßte, würde eine solche brennende Wunde ein Hindernis für die Versöhnung der Völker bleiben. Ein tapferes und ehrliebendes Volk vergißt Kränkungen erst in Generationen.

Wie sehr Deutschland bemüht ist, den Weg zum Frieden zu bahnen, zeigt auch die Mitteilung, daß an sämtliche U-Bootkommandanten Befehle ergangen sind, die eine Torpedierung von Passagierdampfern ausschließen. Man versteht nicht, warum nicht ausgesprochen wird, welcher Art diese Befehle sind. Aber es ist doch wohl so, wie in diesen Tagen bereits durch Zeitungsmeldungen angedeutet wurde, daß nämlich der verschärfte Tauchbootkrieg aufgegeben ist. Der Beginn dieses Krieges hat vor anderthalb Jahren Amerika, das den Frieden hätte vermitteln sollen, in den Krieg gezogen. Hört er jetzt auf, so kann Präsident Wilson dies als einen starken Erfolg seiner Politik buchen. Für Deutschland, das nun auf diese Form des Krieges verzichtet, obwohl England seine völkerrechtswidrige Hungerblockade, die von Herrn Wilson gleichfalls bekämpft wurde, fortsetzt, ist dieser Verzicht das schmerzliche Eingeständnis eines schicksalsschweren Fehlers, dessen Folgen wir heute zu tragen haben. Daß aber die neue Regierung, die für diesen Fehler keine Verantwortung trifft, rasch und bereitwillig die Folgerungen aus ihrer Einsicht zieht, beweist, wie sehr sie bemüht ist, den Weg zum Frieden freizumachen.

Dem entsprechen auch die Ausführungen, die sich auf die Ausgestaltung der deutschen Verfassung beziehen. Daß wir eine Art Verantwortungs- und Rechtfertigungsschrift in dieser Note überreichen und den Beweis führen, daß unsere Verfassung nach der Umgestaltung, die sie in diesen Wochen erfährt, den Anforderungen des Staatsoberhauptes einer auswärtigen Macht entspricht, kennzeichnet hinlänglich die Lage, die, was immer wieder betont werden muß, von den jetzt regierenden Männern als eine unverschuldete Last übernommen wurde. Worauf es in diesen Darlegungen ankommt, das ist im Grunde nur dieses, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot von einer Regierung ausgeht, „die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes". Dieser Unterschied ist entscheidend. Dem Zweck, dem diese ausführlichen Darlegungen dienen, würde es noch mehr entsprochen haben, wenn man ganz deutlich ausgesprochen hätte, daß die persönliche Einwirkung des Trägers der monarchischen Gewalt, die bisher oft so fühlbar in den Lauf der Dinge eingegriffen hat, von nun an nicht mehr besteht. Es muß und wird auch in den weiteren im Gange befindlichen Umgestaltungen unserer Verfassung zum Ausdruck kommen, daß Deutschland von nun an durch sein Volk und die durch sein Vertrauen berufenen Männer regiert werden wird. Für persönliche Willkür und „eigenes Belieben" ist kein Platz mehr, und es scheint uns, daß die Regierung und der Reichstag nicht rasch und entschieden genug die Erneuerung der Reichsverfassung nach diesem Richtpunkte hin durchführen können. Immerhin, was bisher geschehen ist, zeigt deutlich die Richtung auf eine Ausschließung jeder unverantwortlichen Gewalt.

Welches das Schicksal und die Wirkung der deutschen Note sein wird, ist heute noch nicht zu sagen. Das hängt wesentlich davon ab, ob Wilson in der Richtung seiner ersten oder seiner zweiten Antwort den Meinungsaustausch fortsetzen wird. Darauf wirken allerlei Kräfte und Erwägungen ein, nicht bloß die Rücksicht auf die europäischen Bundesgenossen, die in seiner letzten Note so stark zu hören waren, sondern auch die andere auf die am 5. November bevorstehenden amerikanischen Kongreßwahlen, die ihre Schatten vorauswerfen und die für die Stellung der demokratischen Partei und damit des Präsidenten im Kongreß von großer Bedeutung sein können. Der Präsident wird von den Republikanern auf der einen Seite, die nach dem Muster aller Chauvinisten arbeiten und einen reinen Gewaltfrieden wollen, und den Sozialisten auf der anderen bedrängt, die vor allem einen raschen Frieden verlangen. Welches sein Weg sein wird, läßt sich heute nicht sagen. Es ist wohl möglich, daß er danach trachten wird, bindende Entscheidungen nach der einen oder anderen Seite noch eine Zeitlang, bis nach den Wahlen, zu vermeiden. Es wäre möglich, daß der Meinungsaustausch über den Frieden weiter ginge, auch wenn ein Waffenstillstand bei dem die Ansichten und der Wille der militärischen Berater stark ins Gewicht fallen und der immerhin in gewisser Beziehung eine Entscheidung in sich schließt, noch nicht bald zustande käme. Die Trennung, die Wilson selbst zwischen auf politischem Gebiet liegenden Friedensverhandlungen und dem auf den rein militärischen Boden verwiesenen Waffenstillstand macht, ebnet der Möglichkeit den Weg, über den Inhalt des Friedens zu verhandeln, auch wenn zunächst ein Waffenstillstand noch nicht zustande käme. Der Waffenstillstand ergäbe sich wohl als das Natürliche, wenn einmal die Friedensverhandlungen auch zu einer Einigung über die Anwendung der allgemeinen Grundsätze geführt hätten. Die Antwort der deutschen Regierung entspringt dem ehrlichen Willen, das Ende des Krieges so bald als möglich herbeizuführen, und das Bestreben, so weit entgegenzukommen, als es irgendwie möglich ist. Präsident Wilson wird nicht vermeiden können, auf das, was hier vorgeschlagen wird, mit konkreten Vorschlägen zu antworten. Wir meinen, es könne ihm nicht leicht werden, den Weg zu verfehlen, der uns zur Klarheit und dem Ende dieses Krieges führt.

Eine neutrale Kommission

Vossische Zeitung 22./X. 1918.

Den Kanzler über unsere Antwort an Wilson

ausgefochten wird, wie er auch bei uns öffentlich ausgefochten werden mußte. Auf der einen Seite erheben die Leute ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, wo sie ihre angesammelte Leidenschaft und ihren Haß auf den Boden unserer deutschen Heimat anbringen könnten. Auf der anderen Seite stehen die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes, denen klar ist, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht.

Dieser Grundgedanke ist: Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchführung des Rechtes gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, ob nicht auf dem Wege der freiwilligen Uebereinkunft der Friede erhalten werden kann oder, auf die gegenwärtige Lage angewandt, erreicht werden kann. Dieser Kampf ist noch unentschieden. Wir kennen die seelischen Gewalten, die gegeneinander stehen. Aber wir können nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der Streit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort endgültig Gewißheit bringen. Dagegen, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und Handlungen auf beide Möglichkeiten rüsten. Die erste Möglichkeit ist die, daß die feindlichen Regierungen den Krieg weiterführen wollen und uns dann keine Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Aeußersten treibt. Wenn dieser Fall eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Einverständnis mit dem ganzen Volke das deutsche Volk zur nationalen Verteidigung aufrufen kann. Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, hat auch die Pflicht, sich nicht kampflos dem Gewaltfrieden zu beugen. (Lebhaftes Bravo!) Eine Regierung, die dafür kein Empfinden hätte, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden deutschen Volkes preisgegeben. Sie würde vom Zorn der öffentlichen Meinung hinweggefegt werden.

Aber wir müssen auch an die zweite Möglichkeit denken und die ganze Tragweite ermessen, der das deutsche Volk nicht blind zugeführt werden darf. Die Nation hat ein Recht darauf, die Frage zu stellen: wenn nun der Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustandekommt, was bedeutet dies für unser Leben und unsere Zukunft? Unsere Antwort auf die erste Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht, um was es sich handelt. Jetzt muß uns klar werden, was der Friedensschluß auf Grund der Wilsonschen Bedingungen für uns bedeutet. Für unsere Machtstellung gilt künftighin nicht mehr, was wir bestimmen, sondern was in freier Aussprache als Recht erkannt wird. Die Sätze, die wir als maßgebend für uns angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebiets.

Meine Herren, mir ist entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutschlandfeindliches Tribunal bedeuten würde. Wenn dem so wäre, worum scheuen dann die extremen Machtpolitiker der Entente eine Aussprache darüber, warum fürchten sie sich vor dem Verhandlungszimmer, wie der Schuldige vor dem Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann gar nicht zustandekommen, wenn nicht alle Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich durchringen.

Er verlangt die Aufgebung der unbedingten Selbständigkeit in innerpolitischen Fragen, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war und zwar von uns wie von den anderen Völkern. Das wird für unsere ganze Zukunft von Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung auch innerlich zu folgen vermögen. Wenn wir nicht innerlich folgen können, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung, dann bleibt das Gefühl der Demütigung in uns zurück. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sieg der Rechtsidee unseremeigenen Empfinden nicht widerstrebt, wenn wir ihn nicht mit innerem Vorbehalte annehmen, sondern ihn für uns voll anerkennen, so liegt darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und für die Aufgaben unserer Zukunft. Den Aufgaben dieser Zukunft wollen wir uns mit aller Sachlichkeit, allem Ernst und Gewissenhaftigkeit, die unser Volk stets ausgezeichnet haben, widmen.

Ich möchte an meine Worte erinnern, die ich am 15. Februar sagte: Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große Kraftquellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe dieser Gedanke wirk Wirklichkeit werden können.

Niemand kann heute sagen, ob es rasch oder langsam damit gehen wird. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges wie des Friedens nur gewachsen sein werden durch die volle Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr von dem alten Wege bedeutet. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Damit bin ich dann zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung ebenfalls Rechenschaft geben will. Ich habe schon am 5. Oktober hier die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke. Von diesen Grundsätzen geleitet, habe ich im Zusammenarbeiten mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschland freiheitliche Zustände herbeiführen sollen.

Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen gesichert ist. (Lebhaftes Bravo!) Dem Reichstage liegen weitere Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf wird den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit geben, in die Reichsleitung einzutreten, ohne daß sie den Sitz in diesem Hause verlieren. Das ist unerläßlich, wenn die Verbindung zwischen Parlament und der obersten Regierungsbehörde so fest bleiben soll, wie es die gemeinsame Arbeit und das notwendige gegenseitige Vertrauen erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden, in Zukunft sollen nun auch Abgeordnete an der Leitung der Reichspolitik sich beteiligen dürfen, und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne daß sie zugleich ein Ressort erhalten müßten. Wir sind überzeugt, daß dieser neue Weg als außerordentlich wertvoll für die Handhabung bisher brachliegender Volkskräfte für Regierung und Parlament sich erweisen wird.

Im Zusammenhang damit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes gesichert werden soll. Man könnte nun bezweifeln, ob es der Bekräftigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da ja in Zukunft kein Kanzler oder Staatssekretär im Amte bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses nicht mehr hat. (Richtig! in der Mitte.) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine Neueinrichtung des öffentlichen Lebens bekräftigt und verwirkt wird, wie sie der Staatsgerichtshof darstellt, und ich hoffe, deshalb, dem Reichstage das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können.

Das neue System der Reichsregierung hat auch eine neue Regierung in den Reichslanden zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elsässer übernommen und ein Elsässer auch ist Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es der Oeffentlichkeit bald darlegen wird.

Der Entwurf, der die Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsart. Er will, daß der Reichstag als berufene Vertretung des Volkes bei der Entscheidung über wichtige Lebensfragen der ganzen Nation, bei der Frage über Krieg und Frieden das volle Recht der Mitbestimmung hat. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Präsident Fehrenbach zunächst mit, daß durch eine Vereinbarung aller Parteien die auf der heutigen Tagesordnung stehenden Kurzen Anfragen abgesetzt worden sind. Weiter ist eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen worden. Der letzte Punkt, erste und zweite Lesung der Vorlage über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangszeit wird zunächst behandelt und auf Antrag des Abgeordneten Dove ohne Debatte der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen. Sodann wird der Punkt 1 und 3 der Tagesordnung auf Antrag des Präsidenten zusammengefaßt. Dieser betrifft die dem Hause vorliegenden Gesetzentwürfe über die Neuordnung im Innern. In der Generaldiskussion erteilt der Präsident zunächst das Wort dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden.

Die Rede des Kanzlers.

Der Reichskanzler führt aus: Seitdem ich zum ersten Male vor Ihnen über die Friedensaktion sprach, sind in Verfolgung der Aktion weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst hat Präsident Wilson auf unsere Note Anfragen an uns gerichtet, und unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu einer erneuten Anfrage des Präsidenten geführt. Unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren, das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden aber verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, sich in der Debatte, dem Ernst der Stunde entsprechend, möglichste Beschränkung aufzuerlegen.

Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson zur Teilnahme an der Friedensbesprechung eingeladen worden. Diese Tatsache gibt den Aeußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als das eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Friedensschritt der Meinungen, ob Rechtsfriede oder Gewaltfriede, auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um einen Gesinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich

Vossische Zeitung 22./X. 1918.

Kaiser und Reichstag.

Von
Erich Eyck,
Rechtsanwalt am Kammergericht.

Die deutsche Antwortnote an Wilson vom 21. Oktober bringt der ganzen Welt die geradezu umstürzende Umbildung unserer Reichsverfassung zur Kenntnis, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen soll. Aber wenn diese Umbildung jetzt auch unter dem Druck einer aufs äußerste gespannten auswärtigen Situation in Erscheinung tritt, in Wahrheit handelt es sich um den Erfolg einer Reformbewegung, deren Anfänge viele Jahre, ja Jahrzehnte zurückliegen, und die stets von der deutschen Demokratie ohne jede Nachsicht auf ausländische Empfindungen und Wünsche vertreten worden ist. Die Aenderungen des Wortlautes der Reichsverfassung, die jetzt durchgeführt werden, sind zum großen Teil in den Tagen der durch das „Daily Telegraph"-Interview verursachten Novemberkrisis von 1908 von den freisinnigen Parteien und der Sozialdemokratie im Reichstag beantragt worden. Die gleichen Bestrebungen wurden während der Kriegsjahre wiederholt laut. Im Juli vorigen Jahres, als das erste Wetterleuchten des Systemwechsels bemerkbar wurde, hat Hugo Preuß, der in seinem Buche „Das deutsche Volk und die Politik" zuerst die grundsätzlichen innerpolitischen Folgerungen aus dem Weltkrieg gezogen und in der Gegenüberstellung von Obrigkeitsstaat und Volksstaat den entscheidenden Gegensatz klargestellt hat, Aenderungen der Reichsverfassung vorgeschlagen, die sich großenteils mit den jetzt beabsichtigten decken.

Das worum es sich handelt, ist mit kurzen Worten gesagt: Die Abhängigkeit der Reichsregierung von dem Vertrauen der Volksvertretung und die Unterordnung aller Teile der Verwaltung unter die Kontrolle der verantwortlichen Regierung. Das bedeutet auf der anderen Seite eine entscheidende Einschränkung der kaiserlichen Machtbefugnisse, wie sie in der Verfassung geordnet und darüber hinaus in der staatsrechtlichen Praxis entwickelt worden sind.

Will man den Unterschied zwischen dem, was war, und dem, was wird, an einem Satze erkennen, so mag man sich die Wendung ins Gedächtnis rufen, mit der früher ein Reichskanzler oder Staatssekretär dem Ansturm eines kritischen Parlaments gegenübertrat: „Ich bin an diese Stelle durch das Vertrauen Sr. Majestät berufen und werde hier bleiben, so lange ich das Vertrauen des Kaisers besitze." Das Vertrauen der Volksvertretung war von einem solchen Standpunkt aus grundsätzlich gleichgültig, und es war kein Zufall, daß die Minister stets dann zu wechseln pflegten, wenn der Reichstag nicht versammelt war. Das soll jetzt grundsätzlich anders werden. Kein Reichskanzler und kein Staatssekretär darf auf seinem Posten bleiben, wenn er das Vertrauen des Parlaments verliert. Die Verfassung bedarf daher einer Ergänzung etwa in dem Sinne, daß sie ihre Entlassung nehmen müssen, wenn der Reichstag durch einen gegen sie gerichteten Mehrheitsbeschluß ihnen sein Mißtrauen ausspricht. Eine Verletzung dieser Verpflichtung ist eine Verletzung der Verfassung und als solche zu verfolgen. Dazu bedarf es eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit unter Einsetzung eines Staatsgerichtshofes. Auch dies gehört zu den Reformen, welche die deutsche Note mit den Worten ankündigt: „Künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen."

Ist durch eine derartige Verfassungsänderung die Verantwortlichkeit der Reichsminister gegenüber dem Reichstag zum Gesetz erhoben, so muß auf der anderen Seite endlich der elementare konstitutionelle Grundsatz durchgeführt werden, daß die Reichsminister schlechthin für alle Verwaltungsakte ohne jede Ausnahme verantwortlich sind, die im Reiche geschehen. Das bedeutet insbesondere noch zwei Richtungen einen notwendigen Ausbau der Verfassung. Art. 17, wonach die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt, hat sich als unzulänglich erwiesen. Es gibt zahlreiche Handlungen des Kaisers, die weder als Anordnungen, noch als Verfügungen im Sinne der Verfassung bezeichnet werden können und die gleichwohl die weitesttragenden politischen Wirkungen gehabt haben. Was hilft es, wenn der Reichskanzler, der bei ihnen nicht mitgewirkt hat, später leichthin erklärt, daß er die Ver-

Kölnische Zeitung 22. IX. 1918.

Ein weiteres Entgegenkommen.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober schreitet weiter auf der Bahn, die am 5. Oktober mit der Antrittsrede des Prinzen Max von Baden und dem Waffenstillstandsangebot eingeschlagen wurde. Die Note Wilsons vom 15. Oktober hatte mit der Schärfe ihres Tons und ihrer Forderungen in weiten Kreisen unsers Volkes entschiedensten Widerspruch geweckt, und vielen würde es gewiß erfreulicher zu hören gewesen sein, wenn auf die scharfen Töne von Washington gleichfalls mit einer entschiedenen Erklärung geantwortet worden wäre. Entschieden in dem Verlangen, was der Präsident eigentlich wolle, wie weit seine Forderungen gingen, ob er ehrlich die Verständigung suche oder ob er eine bedingungslose Übergabe verlange. Dann würde es nur eine klare Antwort seinerseits gegeben haben; das Friedenswerk wäre endgültig eingeleitet oder endgültig gescheitert gewesen. Statt dessen hat unsre Regierung Wilson gegenüber neues Entgegenkommen gezeigt. Sie beweist damit noch einmal, daß sie sich selbst durch bewußte Unfreundlichkeiten der Gegenpartei nicht abschrecken läßt, sondern ihrerseits das Möglichste, das Äußerste des irgendwie Angängigen tun will, wenn sie dadurch ihr Ziel, die Einleitung der Friedensverhandlungen, erreichen kann.

Welches sind nun die neuen Zugeständnisse an die Forderungen Wilsons und den Standpunkt der Alliierten, den diese jetzt im Rausch über die Erfolge an der Westfront so hartnäckig festhalten? Der hauptsächlichste Punkt unsrer neuen Antwort an Wilson betrifft den Unterseebootkrieg. Eine Wendung in Wilsons letzter Note hatte deutlich auf ihn als einen Hinderungsgrund, zum Frieden zu gelangen, hingewiesen. Jetzt ist an unsre Tauchbootkommandanten der Befehl ergangen, Passagierschiffe von der Vernichtung auszunehmen. Das heißt aber nichts anderes, als daß der unbeschränkte Tauchbootkrieg ein Ende haben soll, denn ohne eine eingehende Untersuchung läßt sich natürlich nicht feststellen, was für ein Schiff das Tauchboot vor sich hat; es muß den Unterseekrieg als Kreuzerkrieg führen, offen auftauchen, die Schiffe stoppen lassen und zur Untersuchung von Schiff und Ladung schreiten. Mit der Führung des Tauchbootkrieges als Kreuzerkrieg fallen natürlich auch die Sperrgebiete fort. Die Gefahr, die für unsre Tauchboote daraus erwächst, ist groß bei dem bekannten Barabbasgeist der Engländer: das Entgegenkommen gegen Wilsons Beschwerde über unsern unbeschränkten Tauchbootkrieg also ungeheuer. Wenn Wilson sehen will, so muß er darin wieder einen Beweis dafür erblicken, daß es uns ernst ist mit dem Wunsch nach Frieden, daß wir wirksame Mittel unsrer Kriegsführung preiszugeben bereit sind, wenn wir dadurch die Gewähr erlangen können, den Frieden einzuleiten. Bürgschaft genug für den, der selber guten Willens ist, zu einer Verständigung zu gelangen.

Der zweite wichtige Punkt betrifft die Räumung der besetzten Gebiete. Wilson hatte mit ihr die Fragen der Waffenstillstandsbedingungen verknüpft, deren Entscheidung den militärischen Führern des Verbandes überwiesen und Bürgschaften dafür verlangt, daß das augenblicklich vorwaltende Übergewicht der Verbandsmächte auf den Schlachtfeldern erhalten bliebe. Ohne Umschweife gesprochen, hatte er damit von uns diejenige bedingungslose Ergebenheit in den guten Willen des Verbandes verlangt, der von Bulgarien gefordert worden war und dort zum Waffenstillstand geführt hatte mit dem Ergebnis, daß Bulgarien, gebunden an Händen und Füßen, erst am allgemeinen Friedenstisch erfahren wird, was in Zukunft sein Schicksal sein wird. Dieser Forderung entgegnet die deutsche Regierung mit dem Angebot, „die Bedingungen des Waffenstillstands der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen," sie betont also, daß unsre Sicherheit ebenso Berücksichtigung und Bürgschaften verlange wie die Interessen des Verbandes; Sicherheiten und Bürgschaften, nach Maßgabe unsrer militärischen Lage. Nur auf dem Wege der Gleichberechtigung soll diese Frage gelöst werden: unsre Regierung „vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde".

Endlich enthält unsre neue Antwort an Wilson einen Einspruch gegen die Beschuldigung der mutwilligen Zerstörung der besetzten Gebiete Frankreichs, wie den Vorwurf der Beschießung von Rettungsbooten nach der Versenkung von Schiffen: neutrale Kommissionen sollen den Sachverhalt klarstellen. Es kann Wilson nur angenehm sein — immer vorausgesetzt, daß ihm ehrlich um eine Verständigung zu tun ist —, wenn neutrale Beobachter ihr einwandfreies Urteil abgeben. Im neutralen Ausland jedenfalls wird dieses Angebot gewiß nur begrüßt werden als der beste Ausweg aus einem Zwiespalt zwischen den Kriegführenden, der durch diese selbst anscheinend nicht restlos überbrückt werden kann. Der letzte Teil unsrer Note schließlich, der Nachweis der Zuständigkeit dieser Regierung in Berlin, im Namen des Volkes zu sprechen, die Begründung der Dauerbarkeit des neuen Systems, ist so klar, daß Worte sich erübrigen. Wenn Wilson noch mehr in dieser Hinsicht verlangt, soll er offen heraus mit der Sprache, wir haben auf seine Andeutungen nichts anderes zu antworten.

Klarheit in den Forderungen des Verbandes, das ist ja auch das, [illegible] in den Verbandsländern selbst jetzt mehr oder minder offen von weiten Kreisen der Bevölkerung gefordert wird. Klarheit gegenüber dem Helldunkel, in dem Wilson sich zurzeit gefällt. Als letzte Meldung darüber liegt der Bericht über die Versammlung der Anhänger Lansdownes in der Esserhalle zu London vor. Ihre einstimmig angenommene Entschließung verlangt einen ehrenvollen Friedensschluß auf Grund der von Wilson vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen; die Redner des Tages verurteilten die Ohnmacht des Parlaments, die Minister zu einer deutlichen Erklärung über ihre Politik zu nötigen: man wisse nicht, was Wilsons Verbündete glaubten oder wünschten. Auch bei uns ist diese Empfindung vorhanden, wie schon angedeutet wurde. Es wird von der neuen Entgegnung Wilsons abhängen, ob dies Gefühl sich verstärkt oder verschwindet. Muß es sich durch die Art der Entgegnung verstärken, so wird auch unsrer Regierung nichts anderes übrigbleiben, als Wilson klipp und klar zu fragen: Was willst du eigentlich? Übersteigen seine Forderungen dann das, was wir zugestehen können im Interesse des Weltfriedens, so wissen wir, welchen Weg wir gehen müssen, so weiß die Welt, daß Wilsons Rechtsfriede ein Gewaltfriede sein soll, der den Kriegszustand und die Kriegsstimmung in Europa verewigen würde. Dann gilt die Losung: Lever dod, as Sklav'.

Deutschland für den Rechtsfrieden.

Berlin, 21. Okt. (Telegr.) Schon äußerlich, durch die Zeitspanne bis zu der heute nacht erfolgten Absendung der neuen deutschen Note, ist erkennbar, daß die beteiligten Stellen die Antwort mit der größten Gründlichkeit beraten haben, im Bewußtsein der wachsenden Tragweite dieser neuen Äußerung in der am 5. Oktober von der neuen deutschen Regierung begonnenen Aussprache über den Weg zum Frieden. Die Forderung einer raschen Gegenäußerung von deutscher Seite mußte zurücktreten hinter der Notwendigkeit der besonders gründlichen Abwägung unsrer diesmaligen Äußerung. Wahrte doch unsre neueste Note nicht nur eine Beantwortung der Note Wilsons vom 15. Oktober sein, sondern auch gleichzeitig nochmals eine Gegenäußerung auf die Note des Präsidenten vom 8. Oktober und, ebenso wie unsre Äußerung vom 12. Oktober, an den Geist und den Inhalt der Botschaften des Präsidenten vom 8. Januar und 27. September anknüpfen. Das Friedenswerk kann nur dann zustandekommen, wenn beide Teile bei jedem Schritt von den vom Präsidenten Wilson dargelegten Grundsätzen ausgehen und in Übereinstimmung und grundsätzlicher Einigkeit daran festhalten. Die 14 Punkte des Präsidenten und seine fünf Grundsätze bilden die Grundlagen aller Friedensunterhandlungen und ein dauernder Rechtsfriede kann nur zustandekommen, wenn ihr Geist nicht verletzt wird. Von diesem Geist war die Note des Präsidenten vom 8. Oktober getragen und darum hat die deutsche Regierung in ihrer Note vom 12. Oktober auch die darin vom Präsidenten gestellten Fragen grundsätzlich zustimmend beantwortet. Unsre Note vom 12. Oktober stellt ein Entgegenkommen dar, das deutlich zeigt, wie aufrichtig die deutsche Regierung und das deutsche Volk gesonnen sind, im Geist der vom Präsidenten aufgestellten Grundsätze eines völkerversöhnenden Rechtsfriedens zu wirken. In seiner Note vom 8. Oktober hatte der Präsident erklärt, er würde sich nicht berechtigt fühlen, den Verbandsregierungen einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Heere der Mittelmächte auf dem Boden jener Mächte stünden, und er fügte hinzu, der gute Glaube bei jeder Diskussion würde von der Zustimmung der Mittelmächte zur sofortigen Zurückziehung ihrer Truppen aus den besetzten Gebieten abhängen. Das konnte nur bedeuten, daß der Präsident, sobald die Mittelmächte die Räumungsklausel annahmen, bereit sein würde, den Mächten des Verbandes einen Waffenstillstand vorzuschlagen. Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung haben sich in der deutschen Note vom 12. Oktober bereit erklärt, den Räumungsvorschlag anzunehmen und die Vorbereitung der Räumung durch eine gemischte Kommission vorgeschlagen. In seiner Note vom 15. Oktober hat Präsident Wilson nicht das erklärt, was man nach der klar ausgesprochenen Voraussetzung seiner Note vom 8. Oktober hätte erwarten sollen, sondern er hat, anstatt dem Vorschlag eines Waffenstillstandes zuzustimmen, die Entscheidung der Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes, ohne sich darüber zu äußern, ob er einen dahingehenden Vorschlag machen würde, von der Entscheidung der militärischen Ratgeber des Verbandes abhängig gemacht. Gleichzeitig hat er zur Voraussetzung aller Abmachungen die Sicherheit der Aufrechterhaltung der heutigen militärischen Überlegenheit der Verbandsstreitkräfte erklärt. Es liegt auf der Hand, daß die Note des Präsidenten vom 8. Oktober diese Verschärfung der Vorbedingungen eines Waffenstillstandes nicht hatte erwarten lassen. Ebensowenig konnte erwartet werden, daß der Präsident die Frage der Herbeiführung eines Waffenstillstandes mit Anschuldigungen über angebliche Grausamkeiten der deutschen Land- und Seekriegsführung belasten würde. Zu beiden neuen Gesichtspunkten galt es nunmehr Stellung zu nehmen und im Geist unsrer bisherigen Schritte den begangenen Weg weiter zu verfolgen. Das ist geschehen durch die Annahme der gewünschten Zusicherungen hinsichtlich des Waffenstillstandes unter der Voraussetzung, daß dabei die Forderungen der Gerechtigkeit erfüllt werden. Dem Präsidenten ist nunmehr anheimgestellt, zu zeigen, ob ihm am baldigen Aufhören der Kriegsschrecken gelegen ist. Daß der Präsident sich Anschuldigungen gegen das deutsche Heer und die deutsche Flotte zu eigen gemacht hat, die vor einer unparteiischen Prüfung nicht bestehen können, wird in der Note betont, und der Weg vorgeschlagen, der, anstatt weitern unfruchtbaren Streitens allein Klarheit bringen kann, nämlich die Prüfung des Sachverhalts durch Neutrale. Setzt der Präsident nunmehr ernstlich seinen Einfluß für das Zustandekommen des Waffenstillstandes ein, so wäre das der kürzeste Weg, Belgien und Frankreich weitere sonst unvermeidliche Kriegsleiden zu ersparen. Hierzu sollte er jetzt um so mehr Anlaß finden, als die deutsche Regierung trotz der Fortdauer der in ihren Wirkungen auf Kinder, Frauen und schwache Personen immer schrecklicher fühlbaren Hungerblockade, um das Friedenswerk zu fördern, Befehl gegeben hat, den unbeschränkten Unterseebootkrieg einzustellen und ihn nur als Kreuzerkrieg weiterzuführen. Das ist ein Beweis für die Ehrlichkeit des deutschen Willens zum Frieden, wie er stärker nicht gedacht werden kann. Es ist ein freiwilliger, ein großes Opfer darstellender Schritt auf dem Weg, von dem Wilson seinerzeit erklärt hat, daß er zum Frieden führe. Es wird sich jetzt zeigen, ob er diesen Weg wieder betreten will. Die frei und bereits vor Wilsons Darlegungen begonnenen innern Reformen unsers Regierungssystems, die in der Note genau dargestellt sind und erkennen lassen, daß das deutsche Volk nunmehr in der ersten Reihe der Völker mit freier Selbstbestimmung marschiert, die Annahme der Räumungsklausel, die Aufgabe des unbeschränkten Unterseebootkrieges, das sind bedeutsame Schritte auf der Bahn, die durch die Verkündigung der Grundsätze Wilsons als die zum dauernden Rechtsfrieden führenden gekennzeichnet sind. Auf diese Bahn sind Hindernisse geworfen worden. Wir haben auch jetzt wieder das unsere getan, diese Hindernisse zu beseitigen. Am Präsidenten Wilson ist es jetzt, den Weg weiter zu gehen, den er gewiesen und zu beschreiten begonnen hat, auf dem er aber neuerdings zu zögern scheint. Deutschland hat für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit jetzt unendlich viel getan und Opfer gebracht, die auch ein Feind anerkennen müßte. Jetzt ist es an der andern Seite, zu zeigen, ob man auch dort Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Völker will. Wie auf den guten Willen, so werden wir auf den bösen die rechte Antwort finden.

Berner Bund 22./X. 1918.

Die dritte deutsche Note an Wilson

Aus Berlin wird gemeldet, die deutsche Note sei in der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober nach der Schweiz abgegangen, zur Weitergabe nach Washington. Die Agentur Reuter sagt in einem Drahtbericht, nach in London eingetroffenen Telegrammen hätte bei der österreichisch-ungarischen Regierung einige Aengstlichkeit bestanden, weil man glaubte, die Note werde nicht befriedigend sein, d. h. von den Ententemächten nicht angenommen werden können.

Diese Voraussetzungen trafen nicht zu. Wohl wurde die Note sorgfältig vorbereitet und mit allen berufenen oder maßgebenden Stellen durchberaten, aber sie ist nach Ton und Inhalt so gehalten wie die früheren und läßt daher eine Antwort erwarten. Mit Entschiedenheit verwahrt sich Deutschland gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen beim Rückzug und bei Versenkung von Schiffen und die Note macht den Vorschlag, den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen untersuchen und feststellen zu lassen. Zur Bekräftigung der Versicherungen, daß keine unnötigen Zerstörungen vorgenommen werden, wird mitgeteilt, daß die Unterseebootskommandanten Befehle erhalten haben, die eine Torpedierung von Passagierdampfern ausschließen.

Es kommt also wieder die Frage der Untersuchung durch neutrale Kommissionen, die zu Anfang des Krieges gegenüber den Anschuldigungen und Berichten betreffend Greueltaten oder völkerrechtswidriger Handlungen überhaupt viel besprochen wurde. Und ein Wolff-Telegramm aus Berlin meldet, daß bereits eine neutrale Kommission, bestehend aus in Brüssel wohnhaften Vertretern neutraler Staaten, an die Front abgegangen sei, um die angeblichen zwecklosen Zerstörungen und Verwüstungen bei dem Rückzuge der deutschen Truppen in Augenschein zu nehmen. Diese Kommission steht unter deutscher Führung, nämlich unter der Führung des Chefs der politischen Abteilung in Brüssel, Freiherr von der Langen, und man weiß noch nicht, was für neutrale Vertreter teilnehmen. Die Inanspruchnahme der Neutralen in diesem Falle zeigt aber, daß die deutsche Regierung alle Zuversicht hat, ihr Rückzug werde nach streng militärischen Gesichtspunkten und Regeln durchgeführt.

Ein weiteres Entgegenkommen enthält die Note hinsichtlich der Bedingungen des Waffenstillstandes und der Räumung der besetzten Gebiete, indem sie dem Präsidenten der Vereinigten Staaten anheim gibt, darüber Forderungen vorzuschlagen, auf seine hohe Gesinnung und Gerechtigkeit vertrauend.

Mit in die Einzelheiten eingehenden Erörterungen wird die Beweisführung unternommen, daß die deutsche Regierung von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes getragen und frei sei von jedem unverantwortlichen und willkürlichen Einfluß.

In dieser Beweisführung bestand bisher eine Lücke; es fehlt in den Entwürfen zur Verfassungsrevision die Bestimmung, daß die gesamte Regierung dem Reichstag gegenüber verantwortlich sei, und damit die Militärgewalt unter die Zivilgewalt gestellt werde. Bis zur Stunde sind der Kriegsminister, der Marineminister usw. nur dem Kaiser gegenüber verantwortlich. Das verträgt sich mit der neuen Zeit und ihren Reformen nicht mehr; auch Deutschland muß es einsehen und die Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag in seine Verfassung schreiben. Darauf wartet der Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas, das ist die Bekämpfung des Militarismus, die Parlamentarisierung der Regierung, die Demokratisierung des Landes. Davon hängt heute der Friede ab, das muß man in Deutschland endlich einsehen, und man tut es auch. Gleichzeitig mit der Note kommt die Meldung, daß der Reichskanzler in seiner Rede vor dem Reichstag Verfassungsänderungen befürworten werde, die zur Durchführung des parlamentarischen Systems die Verantwortlichkeit der Reichsleitung gegenüber festlegen wolle, auch in militärischen Dingen. Es ist dies die Aufhebung der unbeschränkten Kommandogewalt des Kaisers, und darauf kommt es an. Es ist wichtig, daß diese Revision der Verfassung im Augenblick angekündigt wird, in welchem die Note an Wilson unterwegs ist. Oesterreich ist noch weiter gegangen, das Manifest Kaiser Karls ladet alle Völker Oesterreichs ein, sich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes frei einzurichten, nach welcher Staatsform sie wollen; sie können auch Republiken werden. Damit sind die Forderungen Wilsons erfüllt, und um zu zeigen, daß sie auch durchgeführt werden sollen, gab die Regierung den Tschechen die Pässe, damit sie in der Schweiz mit der Tschechenregierung in Paris unterhandeln können über die Gründung des neuen tschechischen Staates. Es sind das Bewegungen, die politisch und staatsrechtlich kaum zu fassen sind, so rasch ist ihr Tempo geworden.

Preßstimmen

Berlin, 22. d. (Wolff.) Die „Vossische Zeitung" schreibt zu der deutschen Antwortnote: Auf militärischen Gbiete hat die deutsche Regierung alle geforderten Voraussetzungen geschaffen, die eine ehrliche Friedensanbahnung ermöglichten. Sie hat ferner über das Maß dessen, was von einem unabhängigen Volk überhaupt gefordert werden dürfte, Rechenschaft darüber gegeben, daß auch die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands den Anschauungen Wilsons vollkommen entsprechen. Dieser Nachweis ist so eingehend, daß er sehr wohl als Gegengewicht den Hinweis auf das von Wilson selbst so hoch gehaltene Selbstbestimmungsrecht hätte vertragen können, das keinem Staate die Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates gestattet. Der Eindruck darf nicht aufkommen, daß die inneren Reformen, von denen die deutsche Note spricht, Konzessionen an ausländische Wünsche darstellen. Er würde ja auch den Wert dieses Arguments in der Friedensdiskussion erheblich vermindern. Tatsächlich sind diese außerordentlich weitgehenden Veränderungen der deutschen Verfassung schon am 6. Oktober grundsätzlich vom Kriegskabinette beschlossen worden. Es kann noch hinzugefügt werden, daß die Parlamentarisierung in Deutschland noch über das hinausgehen wird, was in der Note angekündigt ist, und daß die erweiterte Anwendung des Artikels 17 der Verfassung über die Gegenzeichnung kaiserlicher Verfügungen durch den dem Reichstage verantwortlichen Kanzler jede Lücke in der Mitwirkung des Parlaments an der Regierung des Reiches ausfüllen wird.

Paris, 21. d. (Havas.) Die deutschen Auslegungen des Sinnes der Antwortnote an Wilson werden kommentiert und es wird auf die Verschlagenheit der Note hingewiesen. In Wirklichkeit suchen die Deutschen das unvermeidliche Geständnis ihrer Niederlage zu umgehen durch den Versuch, unter den Bevölkerungen der Entente eine Friedensbewegung hervorzurufen. Sie fassen ihre Wünsche schon als Wirklichkeit auf und verbreiten ein Radiotelegramm, wonach in Marseille, Lyon und andern großen Städten Friedenskundgebungen stattfänden und große Streiks zur Beschleunigung des Abschlusses des Weltfriedens unmittelbar bevorständen. Aber gerade gestern hat Paris patriotische Kundgebungen gesehen, die in Deutschland Schrecken erregen werden, da sie unsere unbesiegbare Ausdauer beweisen. Anderseits glaubte Hindenburg die Leerheit der Vorwürfe über die Unmenschlichkeit seiner Armeen zu beweisen, indem er den Generälen vorschrieb, weitere unnötige Verwüstungen zu vermeiden. Di Presse hält dafür, daß diese Instruktion gerade ein Beweis ist für die Vornahme systematischer Verwüstungen. Das „Petit Journal" macht auf die Falle aufmerksam, die in dem Vorschlag einer Ersetzung Generals Foch durch Pershing besteht. Es betont, daß Wilson ein eifriger Anhänger des Einheitskommandos war und erklärt, daß es nur dem Generalissimus zusteht die Bedingungen des Waffenstillstandes festzulegen. Die angeblichen Zugeständnisse hinsichtlich des Unterseebootkrieges sind ebenfalls eine Falle. Nach dem Fall von Ostende und Zeebrügge war das Scheitern des Unterseebootskrieges besiegelt.

...tung

...terreich.

...r nachmittags.

Bezugsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus:
Wöchentlich . . . . K 1.—
Monatlich . . . . . „ 4.20
Vierteljährig . . . „ 12.60
Provinz und Ungarn:
Monatlich . . . . K 4.60
Vierteljährig . . . „ 13.80
Deutschland: Viertelj. K 20.—.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 25.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Tel. 9191
II. Taxmanitengasse 30, Tel. 40223
X. Wielandplatz 5, Tel. 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33123
XVI. Klausgasse 34, Tel. 34146
XVII. Lacknergasse 24, Tel. 17175
XXI. Augererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

XXX. Jahrgang.

Der einzige Weg.

Deutschlands Antwort an Wilson ist endlich bekannt geworden. Wird sie den Frieden bringen? Wilson hat erklärt, Waffenstillstand könne nur unter Bedingungen geschlossen werden, die die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Entente verbürgen. Die deutsche Regierung antwortet, sie sei damit einverstanden, daß den Abmachungen über den Waffenstillstand „das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten zugrunde zulegen ist". Damit ist Wilsons Forderung wenigstens grundsätzlich bewilligt. Ob aber auf dieser Grundlage ein Waffenstillstand möglich ist, wird man erst dann beurteilen können, wenn man erfährt, was die Entente eigentlich fordert, um die Fortdauer ihrer militärischen Ueberlegenheit zu sichern; erst dann also, wenn man von den allgemeinen Redensarten zur Erörterung der konkreten Bedingungen des Waffenstillstandes übergehen wird. Ob die Entente jetzt endlich geneigt sein wird, Verhandlungen über diese Bedingungen zu eröffnen, ist aber sehr fraglich.

Die Armeen der Entente dringen in Belgien und in Frankreich schnell vor. Das deutsche Heer war bisher nicht imstande, ihrem Vormarsch eine Schranke zu setzen. Die Entente ist im Gefühl des Sieges. Sie hofft, daß jeder Tag ihre militärische Lage verbessern wird; sie hält es für möglich, in wenigen Wochen einem besiegten Deutschland den Frieden zu diktieren, wie es ihr beliebt. In solcher Lage haben siegreiche Generale und machtgierige Imperialisten keine Neigung, einen Waffenstillstand zu schließen, der dem Siegeszug ihrer Heere Einhalt gebietet. Jedes Land hat seinen General Hoffmann. Der Ententeimperialismus ist heute zu einem Rechtsfrieden so wenig bereit, wie es der deutsche Imperialismus vor einem halben Jahre war. Und selbst wenn Wilson den Rechtsfrieden will, kann er doch gegen den offenkundigen Widerstand der Imperialisten seines eigenen Landes und der Ententeländer schwer aufkommen. Nur e i n e s könnte die Lage zu Gunsten des Friedens ändern: eine Volksbewegung in den Ententeländern selbst, ein Umschwung der öffentlichen Meinung in diesen Ländern. Man muß also die deutsche Note vor allem danach beurteilen, ob sie geeignet ist, die Friedensbewegung in den Ententeländern dermaßen zu stärken, daß sie den Imperialismus, der den Krieg bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands will, zum Frieden zwingt.

Nun wollen wir nicht bestreiten, daß sich die deutsche Regierung bemüht, die Friedensbestrebungen in den feindlichen Ländern zu stärken. Aber wir fürchten, daß sie das zögernd und unzulänglich tut. Die deutsche Regierung verbietet den U-Booten, Passagierdampfer zu versenken; aber warum stellt sie den U-Boot-Krieg, dessen militärische Wirksamkeit heute doch niemand mehr überschätzen kann und der nach dem Verlust der U-Boot-Basis in Flandern jetzt doch noch viel kleinere Erfolgsaussichten hat als bisher, nicht überhaupt ein? Gerade das würde auf die öffentliche Meinung in Amerika und in England den stärksten Eindruck machen! Die deutsche Regierung bemüht sich, die feindlichen Völker zu überzeugen, daß Deutschland sich schnell und gründlich demokratisiert und daß seine Regierung nicht im Namen irgend einer „willkürlichen Macht", sondern im Namen des deutschen Volkes spricht. Aber die umständliche Darlegung der Aenderungen der Reichsverfassung kann einen starken Eindruck auf die breiten Volksmassen der feindlichen Länder nicht machen. Juristische Satzschriften haben keine volkstümliche Wirkung. Ein symbolischer Akt, der sich dem Volksbewußtsein einprägt: die Entfernung all derer, die die ganze feindliche Welt und ein sehr großer Teil der neutralen Welt für all das, was geschehen ist, verantwortlich machen, würde die Lage Deutschlands in der Welt und die Aussichten des Weltfriedens wesentlich verbessern. Deutschland wird zum Frieden nicht gelangen, solange es nicht den feindlichen Völkern recht anschaulich zeigt, daß sie einem anderen, einem neuen Deutschland gegenüberstehen. Die innere Wandlung, die sich in Deutschland bereits vollzogen hat, genügt nicht, den Haß zu entwaffnen, mit dem der alte Militarismus, der alte Imperialismus, die alte Obrigkeitsregierung das deutsche Volk belastet haben.

Ohne vollständige innere Wandlung kommen wir nicht zum Frieden. Das gilt für Deutschland, gilt aber in noch weit höherem Maße für Oesterreich und für Ungarn. Der Präsident Wilson hat am 8. Jänner erklärt, er könne mit Oesterreich-Ungarn nicht Frieden schließen, solange es seinen Völkern nicht „die freieste Möglichkeit zu autonomer Entwicklung gewährt". Diese Bedingung hat Oesterreich-Ungarn angenommen und Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage hat es angeboten. Wilson antwortet aber, jetzt genüge ihm nicht mehr, was er im Jänner gefordert hat. Denn indessen hat Amerika die Tschecho-Slovaken als kriegführende Macht, ihren Nationalrat als unabhängige Regierung anerkannt. Daher könne ihm jetzt die Gewährung nationaler Autonomie an Tschechen und Südslaven nicht mehr genügen; jetzt müsse er die vollständige Befriedigung der Forderungen dieser Nationen zur Bedingung machen. Was nun diese Forderungen sind, ist bekannt: sowohl die Tschechen als auch die Südslaven fordern ihre vollständige Unabhängigkeit. Ist es möglich, daß die k. u. k. Regierung diese Forderung erfüllt, um zum Frieden zu gelangen?

Daß wir den Frieden, den allerbaldigsten Frieden dringendst brauchen, bezweifelt niemand mehr. Aber k a n n die k. u. k. Regierung Wilsons Forderung erfüllen? Die Trennung der Polen von Oesterreich ist schon durch die Annahme der vierzehn Punkte Wilsons anerkannt worden. Nun soll die Regierung auch noch die Unabhängigkeit der Tschechen und der Südslaven anerkennen, mit ihnen nicht wie mit Völkern, die zu Oesterreich gehören, sondern wie mit fremden Mächten verhandeln! Was bleibt da noch von Oesterreich übrig? Kann man glauben, daß die österreichisch-ungarische Regierung einen Frieden schließen kann und schließen wird, dessen Inhalt die Aufteilung Oesterreichs und die Zerstückelung Ungarns wäre?

Den Frieden brauchen wir dringendst, das kann niemand bezweifeln, der den Zustand kennt, in dem sich der Staat und die Volkswirtschaft befinden. Aber den Frieden, der allein noch möglich wäre, kann weder der Graf Burian noch irgend ein Nachfolger des Grafen Burian, wie immer er hieße, schließen. Was aber tun? Oesterreich-Ungarn kann diesen Frieden nicht schließen, aber das deutsche Volk in Oesterreich kann ihn schließen. Das deutsche Volk in Oesterreich hat das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und der Südslaven anerkannt. Es erkennt den slavischen Nationen das Recht zu, völlig frei über ihre staatliche Ordnung zu entscheiden. Es erkennt also das an, was Wilson fordert: die vollständige Unabhängigkeit der Tschechen und der Südslaven. Es will mit den slavischen Nationen von Volk zu Volk, von Macht zu Macht über unsere Grenzen, über unsere künftigen Beziehungen, über die Uebergabe der österreichischen Staatsverwaltung und des Staatsvermögens an die neuen Nationalstaaten verhandeln. Das deutsche Volk in Oesterreich kann also den Frieden auf der Grundlage der neuen Note Wilsons schließen. Das alte Oesterreich kann das nicht; denn es kann sich nicht selbst auflösen. Das deutsche Volk in Oesterreich kann es; denn indem es die volle Freiheit der anderen Nationen anerkennt, wird es selbst frei, über seine eigene staatliche Ordnung nach seinem Willen zu entscheiden.

Die Abgeordneten aller deutschen Wahlbezirke haben sich heute als provisorische Nationalversammlung konstituiert und sie haben einen Vollzugsausschuß eingesetzt. Die Nationalversammlung ist das Parlament des werdenden deutschösterreichischen Staates; der Vollzugsausschuß ist die Keimzelle seiner künftigen Regierung. Mit dieser Konstituierung ist der erste Schritt zur Bildung eines deutschösterreichischen Volksstaates geschehen. Aber dieser Entschluß wird nur dann Wert und Bedeutung erlangen, wenn man schnell und mutig auf dem betretenen Wege weiter geht. Es gilt jetzt, unmittelbare Beziehungen zu Wilson und zu den slavischen Nationen anzuknüpfen und ihnen sofort nicht im Namen des alten Oesterreich, sondern im Namen des neuen deutschösterreichischen Staates Waffenstillstand und Frieden anzubieten: Frieden unter den Bedingungen, die Wilson jetzt gestellt hat; Frieden auf der Grundlage der Unabhängigkeit der Nationen. Deutschösterreich muß seine Regierung bilden, sein eigenes Auswärtiges Amt schaffen und dieses Amt muß

Reichspost
22./X. 1918
51

Die reichsdeutsche Antwort an Wilson.

Heute wird der Wortlaut der von der deutschen Reichsregierung an Wilson abgeschickten Antwort bekanntgegeben. Er entspricht ungefähr dem, was nach den bisherigen Andeutungen der Berliner Presse zu erwarten stand.

Bekanntlich hatte Wilson auf das Ersuchen der deutschen Reichsregierung vom 4. Oktober, der Präsident der Union möge das Friedenswerk in die Hand nehmen und Verhandlungen auf der Grundlage der 14 Punkte sowie einen sofortigen Waffenstillstand vermitteln, drei Vorfragen nach Berlin gerichtet, nämlich ob die deutsche Regierung bereit sei, die Punkte Wilsons anzunehmen und nur über deren praktische Anwendung und Einzelheiten Verhandlungen wünsche, dann, ob die deutsche Reichsregierung nicht etwa bloß im Namen willkürlicher unverantwortlicher Kreise spreche und endlich, ob sie, um dem Präsidenten den Vorschlag eines Waffenstillstandes bei den Verbandsregierungen zu ermöglichen, zur Räumung des besetzten Gebietes bereit sei. Auf diese Vorfragen antwortete die deutsche Reichsregierung unterm 12. d. in entgegenkommendster Weise, indem sie die Fragen bezüglich der Punkte und der Räumung bejahte und die Frage nach ihrer Zuständigkeit mit dem Hinweise auf ihre Zusammensetzung aus Vertrauensmännern der Reichstagsmehrheit beantwortete. Statt nun sofort den Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen zu vermitteln, um dem zwecklosen Morden an den Fronten ein Ende zu machen und Zehntausenden von Menschen das Leben zu retten, richtete Wilson zwei Tage darauf eine neue Note mit neuen Bedingungen nach Berlin, die im wesentlichen eine Erschwerung in der Räumungsfrage, den Verzicht Deutschlands auf den verschärften U-Boot-Krieg und auf gewisse Verteidigungsmaßnahmen beim Rückzug seiner Armeen sowie auf die politische Kaltstellung des Kaisertums hinausliefen. Auf diese neuen Bedingungen antwortet nun die heute veröffentlichte Berliner Note.

Die Antwort der deutschen Reichsregierung ist abermals so entgegenkommend als nur möglich. Sie stimmt zu, daß der Waffenstillstand zu Bedingungen abgeschlossen werde, die den Fortbestand des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses an den Fronten,

---

Die Gerüchte über die Zahl der neuen Gymnasien, die nicht aber in den gefährlichen Übergangsjahren, sondern auch in den nächstfolgenden Friedensjahren, in denen deutsche Geistesarbeit, deutsches Können, deutsche Tüchtigkeit, das große Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Förderung fordert.

Die Frage des Fortfallenden, mit wenn er und die gegen Deutschland verfochtenen Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem militärischen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Stimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, am 20. Oktober 1918.

Ges. Sott. Staatssekretär im Auswärtigen Amt."

Die Parteien und die Frage über die Note.

Berlin, 21. Oktober.

Die Fraktionsführer des Reichstages versammelten sich gestern nachmittag 2 Uhr, um von dem Entwurf der deutschen Antwort an den Präsidenten Wilson in Kenntnis und Beratung zu treten, im kleinen Sitzungssaale des Reichstages. Es waren alle Fraktionen vertreten mit Ausnahme der Polen. Zu die Beratungsabe des Textes der Note durch den Kanzler, die bis gegen 3 Uhr dauerte, vertagte sich die Fraktionsführer-Konferenz. Nachdem dem Kanzler Gelegenheit gegeben worden war, sich zu dem Entwurf der Note zu äußern, trat abends das Reichskabinett nochmals zusammen, um an der Redaktion der Antwort zu arbeiten.

Zur Annahme an Million schreibt von den heutigen Blättern, die bereits in der Lage waren, die Note zu würdigen, das Zentrumsblatt "Germania":

[illegible]

Die Abgeordneten wurden beim Verlassen des Hauses mit stürmischen Heilrufen und Kundgebungen für Deutschösterreich empfangen.

Die Bildung des Vollzugsausschusses.

Notifizierung an das Ausland.

Nach der Sitzung der Nationalversammlung trat unter dem Vorsitze des Präsidenten Dr. Dinghofer der Vollzugsausschuß zu seiner ersten Sitzung zusammen und beschloß zunächst, aus seiner Mitte drei Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete, nämlich Krieg und Aeußeres, innere Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung, zu bilden. Gruppe 1 leitet Präsident Seitz, Gruppe 2 Präsident Dr. Dinghofer, Gruppe 3 Präsident Fink. Diese Gruppen werden ihre Beratungen sofort aufnehmen und dem Vollzugsausschuß Anträge über die Bildung der im Beschlußantrage der Nationalversammlung vorgesehenen Sonderausschüsse und deren Arbeitsplan vorlegen. Gruppe 1 wurde insbesondere beauftragt, über die Wilsonsche Note sofort zu beraten und darüber dem Vollzugsausschusse ehestens zu berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen, der österreich-ungarischen Regierung, den österreichischen Staatsrat, die deutsche Friedensdelegation in Brest-Litowsk, die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa, die Gesandtschaft in Bern, das Auswärtige Amt in Berlin und das Deutsche Nachrichtenbüro in Berlin mitzuteilen.

Reichspost Abendl
22./X. 1918
22 a 52

Zuversichtliche Beurteilung der Antwort Wilsons durch Hofrat Lammasch.

Legitimer Umsturz.

Nicht nationale Selbstsucht, sondern Selbstbestimmung für alle!

Was wir jetzt treiben, wie es alle Welt treibt, ist insoferne „Revolution", als die uns von außen aufgezwungene Plötzlichkeit der Umwandlung unserer Monarchie aus einer Vielheit von Ländern mit geschichtlich gewordenen Grenzen in eine Vielheit von nationalen Siedlungsgebieten einen unerhörten Umsturz, eine grundstürzende und in ihren wirtschaftlichen und politischen Wirkungen unabsehbare Veränderung des Bestehenden bedeutet; es ist keine Revolution insofern, als die höchste Autorität des Reiches selbst, der Kaiser in seinem Manifest vom 16. Oktober, den Völkern nicht nur den Weg zur Umgestaltung Oesterreichs auf der Grundlage der nationalen Selbstbestimmung frei gibt, sondern sie väterlich auffordert, ihn zu beschreiten. Das Unerhörte, das jetzt geschieht, geschieht nicht nur, weil es unter dem Zwange äußerer Gewalt geschehen muß, sondern es geschieht rechtens; es geschieht nicht nur aus „Not, die kein Gebot kennt", sondern, nachdem die oberste Autorität des bisherigen Staates den Völkern geboten hat, der Not zu gehorchen, die so manchen eigenen Trieben entgegenkommt. Wir müssen nicht nur, sondern wir dürfen daher auch bei dieser „Revolution" mit ganzem Herzen, mit allen unseren geistigen Kräften mitwirken, nur von einem Gedanken geleitet: zunächst einmal das Leben und die Zukunft Deutschösterreichs sicherzustellen und dann auf dem neuen Fundament der nationalen Selbstbestimmung mitzubauen an der Wiederversöhnung der Völker und darauf zu sehen, daß die neue Ordnung, die aus den Trümmern der zusammengebrochenen alten emporwachsen soll, der Menschheit zum Segen und nicht zu neuem, noch größerem Verderben werde.

Aber die Voraussetzung des Gelingens ist die Redlichkeit der Absichten der Mitbauenden. Die Selbstbestimmung muß das Fundament, muß der Rahmen, muß das alleverpflichtende Grundgesetz sein und darf nicht von einzelnen nur als werbendes Mittel für einen unlauteren selbstischen Zweck mißbraucht werden. Die neue Aera der Völker darf nicht schon in der Wiege verfälscht, durch Unehrlichkeit vergiftet werden, damit die Menschheit nicht abermals um den heißbegehrten Dauerfrieden betrogen werde. Die Selbstbestimmung darf mit einem Worte nicht bloßes Schlagwort bleiben, mit dem jeder Spekulant sein Spiel treibt, sondern muß Wahrheit sein und Wirklichkeit werden.

Wir denken da weniger an die Gefahr neuen Streits, die aus den zwei Vorstellungen vom Selbstbestimmungsrecht droht, indem die eine Partei, wenn sie von diesem Rechte spricht, das der Nation, der Sprachgemeinschaft meint, während die andere, wie aus der gestern im niederösterreichischen Landhaus abgegebenen Erklärung des sozialdemokratischen Führers hervorgeht, vor allem und hauptsächlich die durch keinerlei Autorität behinderte Auswirkung dessen, was als Volkswille gilt, als Selbstbestimmung begreift und so der weltkriegsgeborenen nationalen Idee mit der französischen Revolutionsidee der freien Volkssouveränität — im Gegensatz zur Monarchie — verquickt. Hier sind die Begriffe klar, hier ringen Weltanschauungen miteinander, die der politischen und sozialen Ordnung einer demokratischen Monarchie zustrebende christlich-germanische mit der des atheistisch-materialistischen Marxismus. Der Gegensatz ist hier so ausgeprägt, so allgemein erkennbar, daß das Fischen im Trüben wenig Erfolg verspricht.

Aber einer gefährlichen Verfälschung des Selbstbestimmungsrechtes machen sich jene schuldig, die, wie es gestern seitens der tschechischen Deklaranten im Herrenhause geschehen ist, abwechselnd das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung und das damit unvereinbare der geschichtlichen Staatsrechtlerei in Anspruch nehmen, je nach den größeren Vorteilen, die sich die nationale Selbstsucht davon verspricht. Entweder das eine oder das andere! Beides zugleich ist unmöglich. Wenn die neue Ordnung des Zusammenlebens nicht auf der Gerechtigkeit, sondern wieder auf Eigennutz, auf sacro egoismo, auf Uebervorteilung der andern beruhen soll, dann stand es nicht dafür, die alte Ordnung in Trümmer zu schlagen. Wenn die Tschechen auf Grund der nationalen Selbstbestimmung sich von Oesterreich lossagen und mit der Unteilbarkeit des ungarischen Staates aufräumen wollen, dann können sie nicht den Deutschböhmen mit der Unteilbarkeit Böhmens und den Sudetendeutschen mit der Zusammengehörigkeit der Länder der Wenzelskrone die Selbstbestimmung versperren. Solche Unehrlichkeit müßte sich an ihren Urhebern rächen. Gleiches Recht für alle! Das nämliche gilt von den Polen, von denen viele wohl das nationale Selbstbestimmungsrecht gegenüber Oesterreich und Preußen anwenden möchten, aber sofort ins Historische, ins angeblich Historische und selbst ins Annexionistische verfallen, wenn sie an das ukrainische Ostgalizien oder an gewisse deutsche Gebiete und Städte Preußens und Schlesiens denken, die der neue Polenstaat gern mitverschlucken möchte. Die italienische Irredenta macht es bekanntlich gegenüber den Südslaven, den ladinischen und deutschen Südtirolern nicht anders.

Fort mit diesen Falschheiten der nationalen Selbstsucht! Die neue Ordnung muß auf Gerechtigkeit fußen, soll sie nicht zu einer noch entsetzlicheren Katastrophe führen, als die ist, in der die alte Ordnung versank.

Vossische Zeitung 23./X. 1918.

Der Reichskanzler über Demokra

Der Sitzungsbericht.

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Präsident Fehrenbach zunächst mit, daß durch eine Vereinbarung aller Parteien die auf der heutigen Tagesordnung stehenden Kurzen Anfragen abgesetzt worden sind. Weiter ist eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen worden. Der letzte Punkt, erste und zweite Lesung der Vorlage über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangszeit wird zunächst behandelt und auf Antrag des Abgeordneten Dove ohne Debatte der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen. Sodann wird der Punkt 1 und 3 der Tagesordnung auf Antrag des Präsidenten zusammengefaßt. Dieser betrifft die dem Hause vorliegenden Gesetzentwürfe über die Neuordnung im Innern. In der Generaldiskussion erteilt der Präsident zunächst das Wort dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden.

Reichskanzler Prinz Max:

Seitdem ich zum ersten Male vor Ihnen über die Friedensaktion sprach, sind in Verfolgung der Aktion weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst hat Präsident Wilson auf unsere Note Anfragen an uns gerichtet, und unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu einer erneuten Anfrage des Präsidenten geführt. Unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden. Meine Herren, das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden aber verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, sich in der Debatte, dem Ernst der Stunde entsprechend, möglichste Beschränkung aufzuerlegen.

Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson zur Teilnahme an der Friedensbesprechung eingeladen worden. Diese Tatsache gibt den Aeußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als das eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen, ob Rechtsfriede oder Gewaltfriede, auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um einen Gesinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch bei uns öffentlich ausgefochten werden mußte. Auf der einen Seite erheben die Leute ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, wo sie ihre angesammelte Leidenschaft und ihren Haß auf den Boden unserer deutschen Heimat tragen könnten. Auf der anderen Seite stehen die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes, denen klar ist, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht.

Dieser Grundgedanke ist: Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchführung des Rechtes gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, ob nicht auf dem Wege der freiwilligen Uebereinkunft der Friede erhalten werden kann oder, auf die gegenwärtige Lage angewandt, erreicht werden kann. Dieser Kampf ist noch unentschieden. Wir kennen die seelischen Gewalten, die gegeneinander stehen. Aber wir können nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der Streit ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort endgiltig Gewißheit bringen. Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und Handlungen auf beide Möglichkeiten rüsten. Die erste Möglichkeit ist die, daß die feindlichen Regierungen den Bruch herbeiführen wollen und uns dann keine Wahl

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann gar nicht zustandekommen, wenn nicht alle Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich durchringen. Er verlangt die Aufgebung der unbedingten Selbständigkeit in innerpolitischen Fragen, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, und zwar von uns wie von den anderen Völkern. Es wird für unsere ganze Zukunft von Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung auch innerlich zu folgen vermögen. Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. (Sehr richtig!) Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lahmlegen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.) An dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbteil ist.

Ich möchte an meine Worte erinnern, die ich am 15. Februar sagte: Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt große Kraftquellen unerschlossen. Wir müssen das Glück und das Recht anderer Völker in unser nationales Leben aufnehmen. Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Volke den Völkerbundgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe dieser Gedanke wird Wirklichkeit werden können.

Niemand kann heute sagen, ob es rasch oder langsam damit gehen wird. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen: darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges wie des Friedens nur gewachsen sein werden durch die volle Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr von dem alten Wege bedeutet. (Lebhaftes Bravo links und in der Mitte.)

Damit bin ich dann zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung ebenfalls Rechenschaft geben will. Ich habe schon am 5. Oktober hier die allgemeinen Grundsätze dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke. Von diesen Grundsätzen geleitet, habe ich im Zusammenarbeiten mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschland freiheitliche Zustände herbeiführen sollen.

Die Reform des Wahlrechts in Preußen ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen gesichert ist. (Lebhaftes Bravo!) Dem Reichstage liegen weitere Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf wird den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit geben, in die Reichsleitung einzutreten, ohne daß sie den Sitz in diesem Hause verlieren. Das ist unerläßlich, wenn die Verbindung zwischen Parlament und der obersten Regierungsbehörde so fest bleiben soll, wie es die gemeinsame Arbeit und das notwendige gegenseitige Vertrauen erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden, in Zukunft sollen nun auch Abgeordnete an der Leitung der Reichspolitik sich beteiligen dürfen, und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne daß sie zu-

Vossische Zeitung 23/X. 1918.

Ein Vertrauensantrag der Mehrheit.

Im weiteren Verlauf seiner Rede in der gestrigen Reichstagssitzung, über die wir in der zweiten Beilage berichten, führte Abgeordneter Naumann aus:

Zum Wesen der Mehrheit gehört die Opposition der Minderheit, die sich in Deutschland nur etwas merkwürdig zusammensetzt. (Heiterkeit u. Sehr richtig.) Für die Gruppe des Herrn Ledebour bringt ja das neue Regierungssystem keine Aenderung des bisherigen Verfahrens der reinen Kritik, seine Partei bleibt, was sie war: das konservativste Element in diesem Haus. (Sehr richtig.) Anders liegt es bei den Konservativen. Sie hatten bisher die engsten Beziehungen zu der Regierung. (Widerspruch rechts.) Wie können Sie das bestreiten? Denken Sie nur an Preußen. Was saß alles in der preußischen Regierung? (Zuruf links: Und sitzt heute noch!) Aber die Opposition wird für die Konservativen von ungeheuer erziehlicher Wirkung sein. Wenn die Konservativen nochmals zur Macht kommen wollen, können sie es nicht anders, als auf dem Wege zur Mehrheit. (Widerspruch rechts.) Es gibt keinen anderen legalen Weg (Sehr richtig! links), daher müssen sich die Konservativen in viel höherem Maß als bisher den Bedürfnissen der Massen anbequemen, sie unterliegen einer Wandlung, die für die Partei nur förderlich sein kann.

Der Kanzler hat ernste Worte zu uns gesprochen. Unsere Regierung hat für den Frieden getan, was sie tun kann. Aber über den Willen unserer Gegner sind wir nicht Herr. Wir müssen abwarten, was die Gegner beschließen. Auch wir sagen, daß es Grenzen gibt, über die ein großes Volk nicht hinausgehen kann, will es sich nicht selbst preisgeben. Wenn diese Grenzen erreicht sind, dann ist auch der Punkt erreicht, an dem die parlamentarischen Kämpfe aufhören, wo das Volk als Ganzes besteht. Wir auf der Linken befanden uns teilweise in einer sehr schwierigen Lage. Diejenigen von uns, welche die Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges für den allergrößten Fehler gehalten haben, der in der deutschen Geschichte überhaupt gemacht worden ist (Sehr richtig! links), konnten nicht anders, als uns hinter die Regierung zu stellen und unseren Einspruch in den Akten niederzulegen, obgleich wir das Gefühl hatten, daß hier etwas versäumt worden war, was nicht wieder eingeholt werden konnte. (Lebhafte Zustimmung links.) So gut wir uns in diese Lage gefügt haben, so gut muß es auch die jetzige Opposition auf anderem Gebiete tun. Auch hier erleben wir jetzt erst den Anfang zum Uebergang in die neue Zeit.

Oberster Grundsatz der neuen Regierung muß sein: jede Vermeidung von Zweideutigkeiten. Es kann etwas wahr sein und es kann etwas anderes wahr sein. Aber man kann auswärtige Politik mit Erfolg nicht treiben, wenn man wie bisher A und B sagt.

Wir haben über den Krieg die Meinung, die Herr von Kühlmann hier ausgesprochen hat, daß mit militärischen Mitteln allein der Friede nicht erreicht werden kann. Jetzt müssen die diplomatischen und moralischen Mittel der ganzen Menschheitsgemeinde eingesetzt werden. Auch uns sind noch nicht alle Einzelheiten des neuen Völkerbundgedankens in Fleisch und Blut übergegangen. Wir müssen das Problem aber als Weltproblem erst einmal in die Hand nehmen. Wir müssen den Wilson aufmerksam lesen. Dann werden wir auch der deutschen Minderheiten gedenken, deren Rechte wir in den anderen Ländern geschützt zu sehen wünschen. Von dort führt der Gedanke sogleich auf die fremdsprachigen Bewohner unseres Vaterlandes, die wir so behandeln müssen, wie wir wünschen, daß die deutschen Minderheiten im Ausland behandelt werden.

Die Menschheitsgemeinde ist kein fremdländisches Werk, ist nicht zuerst von Lloyd George oder Wilson in die Debatte geworfen. Eine gerade Linie führt von Kant bis zu Hegel und wir werden uns zu den Füßen unserer Großväter niedersetzen müssen, um aus den Gedanken unserer großen Geister etwas hinüberzuretten für den Neuaufbau in der Gegenwart. Pessimisten glauben, das deutsche Volk sei niedergebrochen, weil es nach so vielen Siegen eine Niederlage erlitten hat. O nein, auch wir glauben, daß wir als eine Nation, die der Welt gegenüber vier Jahre so ausgehalten hat, nicht totzumachen ist weder von den Heeren Europas, noch von den Heeren jenseits des Ozeans. Die Feinde sollen es nur versuchen, sie werden sehen, daß das nicht geht. Aber mit uns in Frieden leben, das geht, wenn die anderen nur wollen. (Stürmischer Beifall bei d. Mehrheit.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Was die deutschen Heere geleistet haben, muß als die höchste Kraftentfaltung eines Volkes im Daseinskampf anerkannt werden. Ungebrudt konnte die Regierung Friedensschritte tun, wir sind dem Reichskanzler dankbar, daß er den Angriffen gegen unser Heer entgegengetreten ist. An der Tatsache kann die Welt nicht vorbei, daß das deutsche Heer weit mehr ein Volksheer war, als die anderen. Unserem Heer ist der Gedanke fremd, zu den Greueln des Krieges notwendig neue hinzuzufügen. Die Entscheidung, ob den Völkern weitere Blutopfer erspart werden sollen, noch weiter Städte und Dörfer in Rauch und Trümmern aufgehen sollen, liegt in der Hand des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Vor seinem Gewissen hat er die Frage zu verantworten, ob er es tragen will, den Frieden nach den von ihm selbst aufgestellten Grundsätzen noch vorzuenthalten. Das Blut, das noch weiter vergossen wird, kommt nicht auf unser Haupt. Wir stehen weltpolitisch vereinsamt da. Es ist von einem Verrat Bulgariens gesprochen worden. Das halte ich für falsch. Wieweit wir selber die Schuld daran tragen, daß die deutschfreundlichen Parteien Bulgariens sich nicht halten konnten, darüber wird die Geschichte urteilen, wenn die Geschichte des Friedens von Bukarest geschrieben wird. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Saat des Zusammenlebens in der Kriegszeit uns in Zukunft eine Wiederanknüpfung erleichtert.

Deutschland wird mit Deutsch-Oesterreich stets Schulter an Schulter stehen. Es ist eine falsche Auffassung, daß Graf Tisza das Bündnis gekündigt habe, er hat lediglich die Folgerung gezogen, daß mit Uebernahme des Wilsonschen Völkerbundes ein Bund gar nicht mehr möglich und nötig ist.

Es ist gesagt worden, durch den Friedensschritt sei der Tapferkeitssinn der Truppen geschwächt worden. Für die Stirne, mit der jemand das niederschreibt, habe ich keinen parlamentarischen Ausdruck. Es handelt sich um Aeußerungen der unabhängigen Nationalkorrespondenz in Stuttgart von Professor Haug. (Hört, hört!) Wir haben an den deutschen Sieg geglaubt und schämen uns des nicht. Wir teilen dieses Verbrechen mit Millionen von Deutschen. Dem Ruhm dessen, was unsere Heere in diesem Weltkrieg geleistet haben, war es erlaubt, uns über den Sieg zu täuschen. Unsere Kriegsziele sind nicht erfüllbar. Billiger Spott ist in dieser Zeit nicht angebracht. Wer in dieser Beziehung ohne Schuld und Fehl ist, werfe den ersten Stein.

Wir sehen den Krieg nicht als verloren an, auch wenn dieses oder jenes nicht erreicht wird. Aus dem, was sich entwickelt hat, haben wir den Schluß gezogen, daß das System, das uns hierher führte, sein Recht verwirkt hat. Deshalb stimmen wir den neuen Anträgen zu. Eine solche Erklärung für unsere Partei abzugeben, ist wegen der geschichtlichen Entwicklung unserer Parteien nicht leicht, aber gerade deswegen bedeutungsvoll.

Die Geschichte unserer Ostpolitik vor dem Kriege und während des Krieges war ein einziger diplomatischer Fehler. Die Vorgeschichte des Weltkrieges ist voll von unglücklichen diplomatischen Aktionen und Depeschen. Was aber das Schlimmste ist: Unser System hat selbst da versagt, wo es seine stärkste Stütze hatte, nämlich kriegstechnisch. Wir hatten zwar keinen Organisationskünstler, wie Lloyd George. Aber wenn man weiß, daß Angebote der deutschen Industrie für den U-Bootbau nicht voll ausgenutzt sind, steigt einem eine bittere Empfindung auf.

Ich will nicht vom Geheimratsgeist sprechen, aber zwischen dem hohen Beamtentum und dem Volk war früher eine abgrundtiefe Kluft, während in England die Minister zwanglos zu den Arbeitern sprachen. Das deutsche Volk will geführt sein, aber die Führer müssen sein Vertrauen haben. Den Willen der Sozialdemokratie zur positiven Mitarbeit haben wir nicht nur anerkannt, sondern freudig begrüßt. Die Mitübernahme der Verantwortlichkeit durch die Arbeiterführer eröffnet uns ganz neue Perspektiven. Den Vorlagen, die diese Mitarbeit ermöglichen sollen, stimmen wir zu. Durch sie wird der Reichstag mehr als bisher in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens gerückt.

Wir brauchen die Anspannung aller Kräfte für den Wiederaufbau des Reiches nach dem Kriege. Mit bisher unerhörten Ansprüchen an das Volk wird die Allgemeinheit hervortreten müssen, um ihr Dasein zu behaupten. Wir wollen als ein freies Volk für unseren Platz im Leben der Völker kämpfen. (Beifall b. d. Natl.)

Abg. Graf Westarp (kons.):

In der vollzogenen politischen Entwicklung erblicken wir keinen Fortschritt. Wir halten sie für verhängnisvoll für die Zukunft des deutschen Volkes. Die Ziele der Demokratie und die Wünsche unserer Feinde sind gleichzeitig erfüllt worden. Die Minister sind jetzt lediglich der Vollzugsausschuß der hinter ihnen stehenden Parteien. Dadurch sind die wertvollen Grundlagen beseitigt, auf denen Bismarck das Deutsche Reich errichtet hatte, und auf denen es zu hoher Blüte gediehen ist. Wer dem Kaiser die Entscheidung über die Ernennung der Minister entzieht, enteignet auch den König von Preußen. (Heiterkeit.) Wer das Reichsministerium vom Bundesrat unabhängig macht, der nimmt der preußischen Stimme ihr Gewicht.

Den Vorlagen über Verfassungsänderungen können wir nicht zustimmen. Das parlamentarische System untergräbt die Grundlagen des Heeres. Wir lehnen diese Radikalisierung ab, wir sehen ihre Folgen voraus: die Massenherrschaft wird gegen unsere Stimmen eingeführt. Den neuen Aufgaben wollen wir auf Grund unseres konservativen Programmes nachkommen. Es ist unrichtig, daß wir geherrscht hätten und daß das junkerlich-bürokratische System zusammengebrochen sei. Seit Bethmann Hollweg herrscht die Sozialdemokratie. Auf dem Boden des parlamentarischen Systems sind wir Opposition, wir hoffen aber, daß konservative Gedanken einst gerechter gewürdigt werden als heute. Uebernimmt der Reichskanzler die Verantwortung für den Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, für diese Kundgebung aus Regierungskreisen, für diese Handlung des Staatssekretärs Scheidemann? Der im Regierungsorgan „Vorwärts" erschienene Aufruf greift uns gehässig an und wirft uns dunkle gegenrevolutionäre Treibereien vor. Wir waren bereit, an der neuen Regierung mitzuwirken. Man hat uns von Anfang an ausgeschaltet! Entgegen den Grundsätzen des parlamentarischen Systems ist das Friedensangebot dem ganzen Reichstag oder den Parteiführern nicht vorher vorgelegt worden. Die Parteiführer erhalten jetzt auch weniger Informationen als vorher. Ich klage nicht, ich stelle nur die Verantwortlichkeiten fest.

Obgleich wir die Gründe kennen und würdigen, erscheint uns das Friedensangebot nicht als notwendig und nützlich. Die bisherigen Erfolge können uns nicht eines besseren belehren. Wir wünschen aus ganzem Herzen diesem Schritt vollen Erfolg. Deutschland aber ist nicht genötigt und nicht gewillt zur Kapitulation, zur Annahme von Bedingungen, die unvereinbar sind mit der Ehre und Zukunft des deutschen Volkes, dessen Gebiet unverletzt bleiben muß. Insbesondere gilt das für den Osten und die unerhörten Forderungen der Polen weisen wir auf das Entschiedenste zurück. (Beifall.)

Wir bedauern die Einschränkung des U-Bootes, ohne daß man zugleich Einschränkung der englischen Hungerblockade verlangte. Wenn der Waffenstillstand eintritt, hört der U-Bootkrieg ohnehin auf. Wir rechnen mit der großen Wahrscheinlichkeit, daß auf die neue Antwort Wilsons der Kampf neu entbrennen wird. Trotz all unserer Bedenken stellen wir uns gemeinsam mit den anderen Parteien hinter die Regierung, die die Kampfkraft des Volkes durch Zuführung neuer Menschen- und moralischer Kraft in jeder Weise stärken muß.

In der Heimat muß der Geist der Opferwilligkeit herrschen. Da infolge verschiedener Hetzereien und der politischen Entwicklung große Teile des Volkes auf uns nicht hören, fordern wir die Regierung auf, das Volk aufzuklären, worum es geht, es zum Kampf aufzurufen. Wir sind überzeugt, das deutsche Volk wird keinen Frieden der Kapitulation, keinen schmachvollen Frieden in dem sein Dasein und seine Zukunft vernichtet wird, einzugehen und anzunehmen brauchen. (Beifall.)

Eine Entschließung Gothein (Vpt.), Ebert (Soz.), Herold (Ztr.), Dr. Stresemann (natlib.) lautet:

„Der Reichstag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus."

Das Haus vertagt sich.

Weiterberatung: Mittwoch 2 Uhr.

Schluß 6¼ Uhr.

Mittwoch, 23. Oktober 1918

Zeitung

...704

...gelehrten Sachen

...ch 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich ...Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 % Teuerungszuschlag. ...Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. ...lin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Frieden oder Endkampf.

Von

Georg Bernhard.

Die Rede, die gestern der Reichskanzler im Reichstag vortrug, war geeignet, erheblich mehr Eindruck zu machen als die Worte, die er zum erstenmal nach der Uebernahme des Kanzleramts gesprochen hat. Ihre Form stand in einem wohltuenden Gegensatz zu der trockenen und milden Diktion der letzten deutschen Note an Wilson. Ja, sie war sogar in manchen Punkten etwas leicht und allzu sehr mit geistreichen Gegensatzspielereien gespickt. Aber trotz der Leichtigkeit der Form ließ ihr Inhalt doch den Ernst der Stunde sehr deutlich erkennen. Es war das erstemal, daß von amtlicher Seite das Wort „nationale Verteidigung" ausgesprochen wurde. Prinz Max ließ keinen Zweifel daran, daß die deutsche Regierung durchaus den Fall einer Ablehnung des deutschen Friedensersuchens durch den Präsidenten Wilson in Betracht zieht.

Sowohl die letzte Antwort aus Washington als auch der Ton, den neuerdings die englische Hetzpresse anschlägt, legt diese Vermutung sehr nahe. Es ist neuerdings mehrfach darauf hingewiesen worden, daß dieser Ton der Wilsonschen Noten durch die bevorstehenden Ergänzungswahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften in Amerika bestimmt sein kann. Angeblich wirft die gegnerische Partei dem Präsidenten vor, daß er wertvolle Friedensvorteile um professoraler Doktrinen willen verschenkt. Möglich, daß solche Vorwürfe eine Rolle spielen. Aber man sollte doch nicht außer Betracht lassen, daß sehr wohl auch das Gegenteil der Fall sein kann, daß nämlich die Weiterführung des Friedensgesprächs gerade vor den Wahlen für den Präsidenten von Wert ist, obwohl er entweder den Frieden gar nicht herbeiführen will oder ihn nicht mehr auf dem Boden des Rechtsfriedens gewährleisten kann. Denn man muß annehmen, daß beim größten Teil des amerikanischen Volkes doch wohl die Größe der Idee eines Weltfriedens auf ganz neuen völkerrechtlichen Grundlagen mehr Verständnis findet, als der Wunsch gewisser Cliquen (der ja auch in Amerika vorhanden ist), den Gegner bis zum äußersten niederzuschlagen. Es wird jedenfalls gut sein, sich diese beiden Möglichkeiten vor Augen zu halten. Man wird auch gut tun, sich bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß schon einmal die Friedensbereitschaft des — damals noch neutralen — amerikanischen Präsidenten durch eine Wahl (es war damals seine eigene) unterbrochen wurde, und daß nach dieser Wahl die Taten des Präsidenten mindestens nicht deutschfreundlicher gewesen waren als vor der Wahlaktion.

Deshalb halten wir es für durchaus richtig, wenn der Reichskanzler auf die eventuell notwendig werdende herbe Enttäuschung und harte Belastung eines Endkampfes vorbereitet. Sehr hübsch war die Prägung des Satzes: „Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, hat auch die Pflicht, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen." Und man muß dem Reichskanzler unbedingt zustimmen, wenn er meint, daß eine Regierung, die dafür kein Empfinden habe, der Verachtung ebensowohl des kämpfenden, wie des in der Heimat arbeitenden und darbenden Volkes anheimfallen müßte. Aber bei aller Anerkennung der klaren Erkenntnis der Lage, die aus den Worten des Kanzlers sprach, können wir uns doch nicht versagen, daran zu erinnern, daß es nicht genügt, Klarheit in Worten zu schaffen, sondern daß Taten notwendig sind, und zwar vorbereitende und politische Taten.

Wenn das deutsche Volk sich wirklich vor das bittere Muß eines Endkampfes gestellt sehen wird, so können die großen Opfer, die dann verlangt werden, nur aus einer Stimmung der Begeisterung und Opferwilligkeit gebracht werden, die der von 1914 nicht nachstehen darf. Die Quellen, aus denen die Begeisterung jener Tage floß, sind lange versiegt. Inzwischen hat der Kampf der Parteien vielleicht in milderen Formen sich ausgelebt als früher. Aber der Kampf der Parteiungen ist vielfach wüster gewesen und hat das Volk zerklüftet. Dazu kommt, daß Jahre der Entbehrung vom Volke ertragen, daß viele Tausende von Menschen im Dienste des Vaterlandes an Körper und auch an Geisteskraft schwere Einbuße erlitten haben. Das Zusammenstehen zum letzten Kampfe kann nur aus einer durch den Trotz zusammengeschmiedeten Einheit der Gesinnung herauswachsen. Aber was hat die Regierung bisher getan, um das Volk solcher Gesinnung zuzuführen? Wir verlangen wahrhaftig nicht tönende Phrasen und schöne Redensarten. Aber man kann nicht plötzlich starke Töne im Volkschor erzeugen wollen, wenn die diplomatischen Noten, die doch jetzt von den Vertrauensmännern der Mehrheit des Volkes verfaßt werden, weiche Grundakkorde anreben. Wenn, was jedermann in ...hofft, aber nicht jeder ebenso sicher glaubt, der

den Tagen, da das Attentat von Sarajevo die Leidenschaften bis zum Aufflammen anfachte, den Gedanken an einen Krieg noch von sich wies und jeden Weg, der zur friedlichen Wahrung unserer staatlichen Autorität und Ehre führen konnte, suchte und zu Ende gehen wollte. Ein Dokument, das Graf Stefan Tißa dem Hause vorlegte, beweist in starker Eindringlichkeit, daß er auch noch in der Sitzung des gemeinsamen Ministerrates vom 19. Juli 1914 ausdrücklich aussprach, daß die königlich ungarische Regierung ihre Zustimmung zur Aktion davon abhängig machen müsse, daß der Ministerrat einstimmig ausspreche, daß mit der Aktion gegen Serbien keine Eroberungspläne für die Monarchie verknüpft seien. Als dann in diesem Ministerrat hervorgehoben wurde, daß man mit der Möglichkeit rechnen müsse, daß es am Ende des Krieges vielleicht nicht mehr möglich sein werde, nichts zu annektieren, erklärte Graf Stefan Tißa, er könne diese Reserven nicht gelten lassen. Hierauf wurde sein Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben. Dieses Dokument spricht Bände und schlägt einen Wald von Lügen zu Boden, vor allem die große Verleumdung, die der Monarchie oder gar unserem Staate Eroberungsabsichten zuschreiben will.

Doch die Schriftstücke, die Graf Stefan Tißa dem Hause vorlegte, strecken auch jene Taktik der äußersten Linken des Abgeordnetenhauses zu Boden, die noch heute ihr Ziel darin sah, die Mehrheit zu diskreditieren, indem sie die auswärtige Politik des früheren Kabinetts Tißa und die Fortführung der auswärtigen Politik dieses Kabinetts durch die späteren Regierungen als Ursache des kriegerischen Mißgeschickes hinstellte. Namentlich die Károlyipartei hat auch heute nicht aufgehört, unser Bündnis mit Deutschland und die Tatsache, daß die Regierung von diesem Bündnis nicht abgerückt ist, für die gegebene Situation verantwortlich zu machen. Es ist nunmehr an der Zeit, nachdem Graf Stefan Tißa dokumentarisch den Defensivcharakter unserer Kriegführung festgestellt hat, auch einiges über die mangelhafte Aufrichtigkeit zu sagen, die in dem Beschuldigungsmanöver der äußersten Linken zum Ausdruck kommt. Als heute zum Beispiel der Herr Abgeordnete Johann Vaß seiner bereits bekundeten Ententefreundschaft in scharfen Zwischenrufen wiedereinmal Ausdruck gab, drängte sich wohl manchem die Frage auf, was dieser Abgeordnete getan hätte, wenn er in der Zeit, da er Obergespan einer Regierung war, die das entschiedene Festhalten an dem Bündnis mit Deutschland als Grundsatz ihrer Auslandspolitik verkündete, gefragt worden wäre, ob er vom deutschen Bündnis abrücken wolle?

Doch wir wollen nicht bei den kleineren Göttern verweilen. Graf Theodor Batthyány hat heute in Zwischenrufen den Rednern seiner Partei kräftig sekundiert, als sie die Auslandspolitik der früheren Regierungen für die heutige Lage verantwortlich machten. Wenn uns die Erinnerung nicht täuscht, hat Graf Theodor Batthyány selbst einer dieser Regierungen angehört. Noch am 21. Juni des verflossenen Jahres, es war der festliche Tag, an dem sich das Kabinett Esterházy im Abgeordnetenhause vorstellte und der Chef des Kabinetts sich mit der Führung der auswärtigen Politik, die „an dem langbewährten engen Bündnis mit Deutschland" festhält, identifizierte, erklärte Graf Theodor Batthyány, daß er das auslandspolitische Programm des Grafen Moritz Esterházy angenommen habe und daß er, auf dieser Grundlage stehend, in das Kabinett eingetreten sei. Dieser feierlichen Kundgebung folgte dann eine Reihe ähnlicher mehr, weniger feierlicher Reden, in denen Graf Theodor Batthyány mit aller Entschiedenheit für die Bündnispolitik der Monarchie und für das entschlossene Durchhalten im Kriege eingetreten war, namentlich eine Sturmszene ist uns erinnerlich, in der Graf Theodor Batthyány gegenüber dem Abgeordneten Géza Antal mit wünschenswerter Vehemenz protestierend rief, daß er die Zumutung, Ententefreund zu sein, entschieden zurückweise. Und hat nicht Graf Michael Károlyi selbst, er, der heute den Konzentrationsgedanken so entschieden ablehnt, die Notwendigkeit der Konzentration im Interesse eines kraftvollen Durchhaltens des Staates schon am Anfang des Krieges verkündet, in einer Zeit, da Graf Julius Andrássy und Graf Albert Apponyi noch den Standpunkt einnahmen, daß eine Konzentration nicht am Platze sei, daß man aber die Regierung, ohne an ihr teilzunehmen, unterstützen müsse, um die Interessen des Landes zu wahren? Graf Michael Károlyi hat einmal, da das Gebiet Siebenbürgens bedroht war, im Namen seiner Partei die natürliche und lobenswerte Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit der Wut des Tigers für die Integrität Ungarns zu kämpfen. Heute macht er jenen, die unentwegtes Durchhalten als Pflicht und Ehre der im Kampfe um ihre Existenz stehenden Nation erkannt hatten, einen Vorwurf aus dieser Tatsache!

Wir schließen diese Revue, die wir sehr reichlich ergänzen könnten, mit einer kleinen Reminiszenz. Vor uns liegt ein Band einer Zeitschrift vom Dezember des Jahres 1914: Alexander Bródys „Fehér Könyv". In diesem Bande finden wir Erklärungen des Führers der ungarischen Demokraten, des später zum Justizminister avancierten Dr. Wilhelm Vázsonyi, der damals als, man darf es wohl sagen, nicht nur politischer, sondern auch persönlicher Gegner des Grafen Stefan Tißa an der Seite der Károlyi-Partei auf der äußersten Linken des Hauses focht. Wörtlich heißt es da in diesen an sich bleibend schönen und wertvollen Betrachtungen über die Psychologie des Krieges:

Die Frage der Kriegsverursachung im Abgeordnetenhause.

Unterbreitung wichtiger Dokumente durch den Grafen Stefan Tißa.

Budapest, 22. Oktober.

Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle hat heute vormittag im Abgeordnetenhause alle wichtigen Probleme dieser ernsten Tage eingehend erörtert und auch die Richtungen unserer inneren Politik aufgezeigt. Der heute erfolgte Zusammenschluß der Regierungspartei mit der Partei der nationalen Arbeit sprach sich nun auch im Hause in der vollen Identität der Auffassungen aus, die betreffend alle großen Fragen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Führer der Partei der nationalen Arbeit besteht, und in einer Rede, in der Graf Stefan Tißa heute in die Debatte über das Budgetprovisorium eingegriffen hat, zum Ausdruck kam. Gekennzeichnet ist diese Identität der Auffassungen am plastischesten in dem Willen, die Autorität des Staates auch im Sturme ungeschädigt und fest zu wahren. Dieser festen Absicht begegnen wir in der Rede des Ministerpräsidenten, ebenso wie in den Sätzen, mit denen die Rede des Grafen Stefan Tißa heute schloß.

Graf Stefan Tißa hat heute auch ein wenig die Schleier gelüftet, die die letzten Etappen zum Weltkriege, innere Vorgänge der Staatskanzleien, naturgemäß der Oeffentlichkeit entziehen. Er hat so Nebel zerstreut, hinter denen bisher allerlei Praktiken einer lichtscheuen Parteipolitik ihr Unwesen treiben konnten, hat aber auch der Monarchie einen wirksamen Dienst erwiesen, denn die Akten, die er zur Verlesung brachte, zeigen, ohne einen Widerspruch zu dulden, daß unsere Regierung in

Berner Bund 24./X. 1918.

Die Neuordnung in Bulgarien

Umbildung der Regierung. Das neue Konzentrationskabinett Malinows. Radoslawow ausgeschlossen. Die deutschen militärischen und diplomatischen Behörden verlassen Sofia. Die Politik des bulgarischen Volkes. Die Katastrophe und die Bolschewiki. Die sozialistische Bewegung. Eine republikanische Balkanföderation.

Die telegraphische Meldung, die Bolschewiki sollen in den Straßen der bulgarischen Hauptstadt der Polizei eine Schlacht geliefert haben, lenkt die Aufmerksamkeit wieder auf Bulgarien, das, wie die beiden Mittelmächte, sich anschickt, seiner Politik eine volkstümliche Richtung zu geben.

Das bisherige, Ende Juni dieses Jahres ernannte Kabinett Malinows war ausschließlich aus Demokraten und Radikalen zusammengesetzt, die jedoch kaum einen Sechstel der Sitze in der Sobranje inne haben. Trotz einer solchen Zusammensetzung des Kabinetts Malinow waren sofort nach seiner Bildung in den Hauptfragen der auswärtigen Politik und des Krieges alle Parteien Bulgariens einig. Dies bestätigte dann auch später die historische Sitzung der Sobranje, von der das Friedensangebot Bulgariens an die Alliierten einstimmig gutgeheißen wurde. Nichtsdestoweniger hat Malinow für notwendig gefunden, eine Umbildung seines Kabinetts vorzunehmen, um eine Festigung der Regierung und Vertiefung der neuen Orientierung zu bewirken.

Von den bisherigen Minister sind im Amte geblieben: Takew (Demokrat), Minister des Innern, Ljaptschew (Demokrat), Finanzminister, Kosturkow (Radikal), Unterrichtsminister. Der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Muschanow (Demokrat), hat jetzt das Post- und Telegraphenressort übernommen. Takew, Ljaptschew und Muschanow gehörten schon dem ersten Kabinett Malinows 1908 bis 1911 an. An Stelle des zurückgetretenen Justizministers Prof. Fadenhecht, eines Israeliten, hat der Premier Malinow selbst dieses Ressort übernommen. Es sind aus dem bisherigen Kabinett Malinows noch ausgetreten: der Landwirtschaftsminister Raschko Madscharow, der Handelsminister Prof. Danailow und der Eisenbahnminister Prof. Mollow. Alle drei Jungdemokraten, die nach ihrer Berufung im Juni von der Berliner Presse als deutschfreundlich bezeichnet wurden.

Das Landwirtschaftsministerium wird vorläufig vom Finanzminister Ljaptschew geleitet, bis der Führer der in der Sobranje 17 Sitze zählenden Partei der Bauernbündler, Dragiew, in Sofia eingetroffen ist, für welchen dieses Ministerium bestimmt ist. Zum Minister des Aeußern ist der Führer der Volkspartei, Teodorow, berufen worden. Seite Partei zählt neun Sitze in der Sobranje. Der Führer der Bauernpartei, die in der Sobranje über dreißig Sitze verfügt, Bakalow, hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten übernommen. Janko Sakasow, Parteichef der unifizierten sogenannten „weiten" Sozialisten, ist Handels- und Industrieminister geworden. Die unifizierten Sozialisten zählen in der Sobranje neun Sitze. Sie stützen ihre Politik mehr auf reformierenden und nationalistischen Grundsätzen, als auf revolutionäre Klasseninteressen. Wie die Sozialisten, so nimmt auch die Bauernpartei zum erstenmal an der Regierung teil. Diese Teilnahme ist für das Kabinett Malinow eine ausgezeichnete Stütze.

Wie wir von unterrichteter bulgarischer Seite vernehmen, war die Teilnahme der Sozialisten und der vor einem Monat wieder in eine gemeinsame Partei vereinigten Bauernbündler Dragiews und der Bauernpartei Bakalows an der Regierung unter Radoslawow ausgeschlossen. Der neue Zar Boris sei durchaus liberal gesinnt und er werde alle Beschlüsse der Volksvertreter in der inneren und auswärtigen Politik gutheißen.

Malinow ist es also gelungen, ein vollständiges Konzentrationskabinett zu bilden. Nur die Partei des landesflüchtigen und soeben in Berlin angekommenen ehemaligen Ministerpräsidenten Radoslawow ist von den Regierungsgeschäften ausgeschlossen, sowie die Vertreter der anderen zwei Parteien des früheren sogenannten liberalen Blocks, das heißt Tontschewisten und Stambulisten.

Die deutschen diplomatischen und militärischen Behörden haben Sofia verlassen. Die noch in Berlin weilenden bulgarischen Offiziere werden in den nächsten Tagen sich nach ihrer Heimat zurückbegeben. Auch die Abreise der bulgarischen Gesandtschaft aus Berlin steht bevor. In seiner Unterredung mit dem Berichterstatter des Pariser „Temps" sagte Malinow u. a.: „Der Alpdruck ist gewichen, hoffen wir für immer. Die Vergangenheit gehört der Geschichte an." Nun werde Bulgarien nur die Politik verfolgen, welche immer diejenige des bulgarischen Volkes war.

*

Dieser Tage war in der „Times" zu lesen, die Proklamation des neuen Zaren Boris sei von der Bevölkerung als eine Befreiung nach der Gewaltherrschaft des Zaren Ferdinand begrüßt worden; der Friede komme langsam über das Land. Zu gleicher Zeit las man aber in der „Vossischen Zeitung": Nach den aus Sofia vorliegenden konsularischen Berichten ist in nächster Zeit in Bulgarien mit dem Ausbruch schwerer Verwicklungen zu rechnen, die Arbeiter und die Kleinbauern verstärken den Anhang der Bolschewiki in gefahrdrohender Weise.

Nun kommt eine freilich noch nicht bestätigte Meldung über Kopenhagen-London, wonach es in Sofia zwischen bolschewistischen Arbeitern und der Polizei zu einer blutigen Schlacht gekommen wäre, der man nicht weniger als 3000 Tote nachsagt. Diese Zahl und die Art der Uebermittlung geben starken Zweifeln über die Richtigkeit der Meldung Raum; sie gab uns aber Anlaß, an unterrichteter bulgarischer Stelle Erkundigungen über die Lage in Bulgarien einzuziehen.

Es wurde uns bestätigt, daß die Katastrophe, die über Bulgarien hereingebrochen ist, eine Folge der Stimmung war, die sich während der zwei Jahre des Krieges, der für das kleine Land eine schwere Prüfung war, herausgebildet hatte. Unzufrieden war man mit der Haltung der Deutschen, die den begründeten Forderungen Bulgariens nicht mehr nachkamen, und Unzufriedenheit herrschte namentlich im bulgarischen Heere, das sich sagte, es sehe keinen Sinn mehr in der Fortsetzung des Krieges. Unter solchen Umständen fanden die zersetzenden Elemente einen günstigen Boden für ihre Tätigkeit, immerhin ist zu sagen, daß die Bewegung in der Armee keine organisierte, sondern im Ursprung eine elementare war. Und sie soll nicht weiter gehen, nachdem die Bauern- und Sozialistenführer im Kabinett sitzen.

*

Wie einer Uebersicht des jetzt zum Minister für Handel und Industrie ernannten Führers der bulgarischen unifizierten Sozialisten Janko Sakasow zu entnehmen ist, sind die ersten Ideen des Sozialismus in Bulgarien in den Jahren 1887 bis 1891 aufgetreten. 1891 bis 1894 entstanden die ersten politischen Organisationen des Sozialismus, und 1897 bis 1907 wurden die ersten professionellen Arbeiterorganisationen gegründet. Die Jahre 1890 bis 1894 waren zugleich von den Kämpfen gegen die Herrschaft Stambulows erfüllt. Schon in diesen Kämpfen spielten die Sozialisten Bulgariens eine führende Rolle. Im Jahre 1903 spalteten sich die bulgarischen Sozialisten in zwei Gruppen: die „Engen", eine radikale, und die „Weiten", eine mehr reformierende Richtung.

An der Spitze der „Engen", d. h. der Doktrinären, die in der Sobranje zurzeit 9 Sitze haben, stehen Blagojew und Kirkow, beide Abgeordnete der Sobranje und Redakteure ihres Parteiorgans „Rabotnitschesti Wjestnik" in Sofia. Blagojew stammt aus Mazedonien; er ist Mitbegründer der russischen sozialdemokratischen Partei und zwar aus der Zeit, als er noch in Odessa studierte. Kirkow ist mehr Schüler der deutschen Sozialdemokratie, da er längere Zeit in Wien lebte. Seinen Einfluß verschaffte er sich als Parlamentsredner und Parteiorganisator. Beide Führer der „Engen" teilen die Ansichten des äußersten linken internationalen Flügels, speziell Lenins. Die „Engen" stehen an Zahl hinter den „Weiten" zurück, sind aber besser organisiert und diszipliniert. Sie waren immer gegen den Krieg und für einen baldigen Frieden sowie für eine republikanische Föderation der Balkanstaaten. Ob sie in den gemeldeten Aufständen dieser Tage die Führung innehaben, muß erst festgestellt werden, die Zeit wäre ihnen allerdings günstig, doch können sie ohne die Bauern nichts ausrichten. Die bulgarischen Bauern waren ebenfalls in zwei Gruppen gespalten; angesichts der Katastrophe haben sie sich zu einer Bauernorganisation vereinigt, die weder in den andern bürgerlichen noch in den sozialistischen Parteien aufgehen soll. Das bulgarische Volk ist demokratisch, in seiner großen Mehrheit aber nicht bolschewistisch gesinnt.

Wl. E.

National-Zeitung. 24/11. 1918.

70

Die Schweiz und der Friede.

Von einem Schweizer.

Das Ende des Krieges naht. Die Zentralmächte liegen am Boden; ihre wahrhaft unglückselige Politik, die Verblendung ihrer leitenden Männer, haben sie zu Fall gebracht. Die militärische Maschine Deutschlands, als präzis funktionierender, glorios ausgetüftelter Mechanismus einst bewundernswert und auch von biedern Schweizern angestaunt, hat sich totgelaufen; die lebenspendenden Kräfte des Volkes, welche der Armee Rückgrat waren, sind erlahmt, und alle Versuche Ludendorffs, den Zusammenbruch aufzuhalten, versagen. Wo der moralische Widerstand schwindet, da ist es auch mit der militärischen Defensivkraft zu Ende. Mit diesem Faktum hat sich jeder abzufinden, und auch der treueste schweizerische Anhänger und Verkünder des alten deutschen Regimes, das diesen Niedergang verursacht hat und sich nun mit Aechzen und jeder Würde bar, in den neuen Zustand der Dinge fügt, muß umlernen. Den wahren Freund des deutschen Volkes, das von einer machtgierigen Kamarilla am Gängelbande geführt und in einen verderbenbringenden Krieg gezerrt wurde (der amtlich lange genug mit Erfolg als Verteidigungskampf hingestellt wurde), muß das selbstverschuldete Schicksal Deutschlands tief betrüben. Was hätte das nunmehr gebodigte Deutschland der Welt bedeuten können, welch eine Fülle von ehrlichen Bestrebungen auf industriellem und künstlerischem Gebiet gingen vom deutschen Volke aus; es ist trostlos, glauben zu müssen, daß alle diese Bemühungen nunmehr unterbunden seien. So schmerzlich auch der Gedanke ist, daß Deutschlands wirtschaftliche und künstlerische Kräfte auf lange Zeit hinaus lahmgelegt sind, so hat uns doch das Erwachen des deutschen Volkes aufrichtig gefreut, so spät und unter so erschütternden Umständen es auch kommt. Es hat zuerst der niederschmetternden Erkenntnis bedurft, von seinen militärischen und politischen Führern in beispielloser Weise irregeleitet worden zu sein, ehe das deutsche Volk sich aufraffte. Unter dem Druck der Zensur hat die deutsche Presse monate- und jahrelang schweigen müssen, und wenn sich etwa von neutraler Stelle aus ein gutmeinender Warner erhob, wurde er als „deutschfeindlich" gebrandmarkt. Die Zeitung, welcher wir diese Zeilen zur Veröffentlichung zustellen, hat lange vor dem jetzigen Zusammenbruch an den deutschen Zuständen Kritik geübt und ist darob von bewußt oder unbewußt Verblendeten angegriffen worden; wie sehr sie stets Recht hatte, zeigen die heutigen Ereignisse.

Heute ist man in Deutschland so weit, daß zwar noch nicht von einer vollständigen Volksherrschaft, wohl aber von einer gewissen Beeinflussung der regierenden Kreise durch freiheitliche Grundsätze gesprochen werden kann; man beginnt, sich mit demokratischem Oel zu salben. Dabei bleibt es indessen nicht; das deutsche Volk hat so Schweres und Entsetzliches wegen der Machtbestrebungen seiner Dynastien durchleben müssen, hat selbst unter größten Opfern sich läutern und von den Schlacken annexionistischer Gewaltfriedens- und Landerwerbsgelüste befreien gelernt, daß es schwerlich auf halbem Wege Halt machen wird. Die Zeichen trügen nicht: die Zeiten der Hohenzollern- und vielleicht auch der Wittelsbacher Dynastie werden bald, sehr bald vorbei sein; ein neues Geschlecht, eine neue Zeit kündet sich an, die in Frieden und Freundschaft mit den andern Nationen leben will und Waffenrüstung und den ganzen militaristischen Popanz, der sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vom General bis zum Feldweibel hinunter so widerlich breit gemacht hat, gründlich und aus tiefster Seele verabscheut.

Noch ist es ungewiß, wann die Geschütze und Gewehre schweigen werden; sicher ist nur, daß früher oder später, Deutschland die Waffen strecken muß und Ludendorff den Helm schleunigst mit dem Zylinder vertauscht; ob dann Prinz Max, Solf, Scheidemann oder Liebknecht den Frieden unterzeichnen werden, ist eine Sache für sich. Dann kommt der für die ganze Welt schwerwiegende Moment, da Deutschland wieder in unmittelbare Verbindung zur Entente tritt, und es sich zeigen muß, mögen auch die militärischen Kapitulationsbedingungen noch so schwer gewesen sein, ob die Alliierten gewillt sind, an der Wiederaufrichtung des durch alsdann hoffentlich gewesene Machthaber zu Grunde gerichteten und zu Boden gedrückten deutschen Volkes mitzuhelfen. Das können sie, indem sie den Gegner anständig behandeln und ihm die Möglichkeit des Weiterlebens — selbstverständlich auf demokratischer Basis, wofür das deutsche Volk übrigens selbst sorgen wird — gewähren. Die Grundlagen einer erneuten wirtschaftlichen Entwicklung dürfen Deutschland, das heute ausgehungert und am Rande des Ruins ist, nicht entzogen werden, sonst müßte auch der der Entente wohlgesinnteste Neutrale mit größtem Bedauern erkennen, daß auch bei den Alliierten dieselben Grundsätze gelten, welche die Gewaltpolitiker Deutschlands handhaben wollten, und daß ihnen als Kriegsziele keineswegs die Befreiung Deutschlands vom Militarismus und die Durchführung demokratischer Maßnahmen auf der ganzen Welt vorschwebten, sondern die rücksichtsloseste Knechtung und Ausbeutung des deutschen Volkes. Sie würde zwar wohl klüger und gewandter in Szene gesetzt, als es die plumpen deutschen Militaristen gegenüber Rußland verstanden; man würde äußerlich das Dekorum wahren, die Gesinnung wäre die gleiche.

Sollte eine derartige Entwicklung sich durchsetzen, so würden sich die allertrübsten Perspektiven für die Zukunft öffnen. Deutschland würde sich in inneren Verzweiflungskämpfen zerfressen, als Beute der Habgier der Gewaltmenschen der Entente wehrlos preisgegeben. Indessen dürfte dann auch bei den Alliierten rasch der Fluch der bösen Tat nachfolgen. Denn man täusche sich nicht: Auch in Frankreich, England und Italien sind die Massen nicht mit einer etwaigen Ausbeutungspolitik einverstanden. Die Zeichen sind so deutlich, daß es der Beschwichtigungs- und Schönfärberei-Politik, die jüngst ein schweizerischer Journalist in einem großen Zürcher Blatte von Paris aus trieb, gar nicht bedarf. — Die internationale Sozialdemokratie dürfte sich in diesem Falle rasch gefunden haben, und der brave Entente-Propagandist in Paris könnte unter Umständen seine hellen Wunder erleben. — Auch in den Ländern der Alliierten gärt es; auch dort hat der Krieg furchtbare Wunden geschlagen; auch dort ergeben sich für Demobilisation und Uebergangswirtschaft dieselben Probleme wie bei den Zentralmächten. Deshalb wird es sehr wohl angebracht sein, daß Lloyd George, Clemenceau und Orlando sich ganz genau überlegen, wie sie die Zentralmächte behandeln und was sie ihnen antun wollen; das internationale Proletariat ist rasch solidarisch und wird es wohl zu verhüten wissen, daß der „Tiger" in unstillbarer Racheluft seine Zähne ins Fleisch des deutschen Volkes eingräbt Deutschland hat seinen schweren Fehler hinreichend gebüßt; seine Machthaber müssen weg, das ist keine Frage, wie es ebenso sicher ist, daß auch alle Gewaltpolitiker der Entente raschestens den Schauplatz zu räumen hätten, falls sie ihre Gelüste zu befriedigen versuchen würden.

In diesem äußersten Falle hätten wir ringsum schwerste innere Erschütterungen zu gewärtigen; Frankreich, England und Italien würden ganz sicher ebenso wenig davon verschont wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn. — Was sagt diese drohende Möglichkeit einer Weltrevolution, deren Eintritt unausbleiblich ist, wenn die Regierungen der Entente beim Friedensschlusse nicht weitsichtig genug vorgehen, uns Schweizern? Wir sind vom Kriege verschont geblieben, wir haben kein Blut vergießen müssen, unsere Volkskraft steht ungeschwächt da; leidlich haben wir uns durch die Nöte der letzten vier Jahre hindurchgebracht. Gewisse Bedingungen, die einer Massenerhebung förderlich sind, fehlen uns also. Auf der andern Seite haben aber auch bei uns weiteste Volkskreise Not und Entbehrung leiden müssen, haben Teuerung und Mangel an Lebensmitteln die Erbitterung der arbeitenden Bevölkerung, welche die gut Situierten denselben Haushalt wie vor dem Kriege weiterführen sah, hervorgerufen. Wie nun, wenn rings um unsere Grenzen ein neuer Krieg entbrennt, ganz anders als der bald ausgekämpfte Nationalistenkrieg alter Sorte, ein sich selbst und alles zerfleischender Bürgerkrieg? Wird er an unseren Grenzen Halt machen, sind wir moralisch ihm gegenüber gerüstet, wird heute eine geistige Mobilisation dagegen auch so genau vorbereitet, wie die militärische vor 1914 vorbereitet wurde? Daß einer Invasion revolutionärer Gedanken, mögen sie auch fremdem Boden entsprossen sein, nicht leicht zu begegnen ist, am allerwenigsten mit militärischer oder polizeilicher Gewalt, scheint uns absolut klar. Gegen das Ueberfluten revolutionärer Wellen auf unser Gebiet gibt es nur einen Damm: Selbst rechtzeitig erkennen, wo es bei uns fehlt, freimütig das Gewissen erforschen, als strenger Richter der eigenen Grundsätze, und rasch und gründlich bessern, was zu bessern ist. Und es muß viel gebessert werden. Die behäbigen Gewohnheitsphilister, die gerne im bisherigen Tramp weiter wursteln möchten, mögen sich aufraffen; sie könnten sonst sehr unsanft aus ihren Kissen gerüttelt werden. Jenen knorzigen, verbissenen und nörgelnden konservativen Seelen, die hämisch und griesgrämig in die Welt hinausschauen und den neuen Wind, der ihnen um die Nase fährt, nicht zu begreifen vermögen, ist nicht zu helfen; sie lassen wir ruhig bei Seite, mögen sie dann Zeter und Mordio wimmern, wenn aus dem Wind ein brausender Orkan wird. Allen andern aber, die guten Herzens und aufgeklärten Verstandes sind, rufen wir zu: Lernt sozial fühlen, lernt die Leiden und die Nöte Eurer arbeitenden Brüder verstehen, setzt Euch ein für sie, für ihr Wohl und Wehe, schafft ihnen Geltung, laßt sie in weitem Umfang Anteil nehmen an der Gestaltung unseres staatlichen Lebens. Es ist die Sache eines geläuterten Gefühls, einer bessern menschlichen Denkart, der wir hier das Wort reden, einer Gesinnung, die sich vom Mammonismus abkehrt und im Nebenmenschen nicht den Knecht, sondern den Bruder sieht. Mögen sie lästern, die von rechts, weil heute jede nicht abgestempelte Ueberzeugung verboten, „unbürgerlich" und — huhu! — „sozialdemokratisch" ist, und die Extremen von links, weil wir eine allerdings radikale und dringende Behebung der sozialen Uebelstände, indessen nicht mit den Mitteln des proletarischen Klassenkampfes und der Klassenverhetzung, sondern auf dem Boden der Legalität durchsetzen wollen; wir wissen, daß die Jugend hinter uns steht, zumal auch die intellektuelle Jugend der Schweiz, der die Zukunft gehört. Wappnen wir uns so, moralisch und intellektuell, für den großen geistigen Verteidigungskampf gegen die Epidemie umstürzlerischer Tendenzen, nicht indem wir uns den Forderungen der Zeit hartnäckig verschließen, sondern indem wir freudig und überzeugt, eine gute Tat zu vollbringen, das Tor weit aufmachen helfen, durch das alle Volksklassen unseres Landes geeint in eine bessere Zukunft ziehen.

Vossische Zeitung 25/X. 1918.

Verhandlungen des Reichstages f. d. Regierung

72

Vertrauensvotum des Reichstags für die Regierung

Die gestrige Reichstagssitzung.

Nach dem Kriegsminister, dessen Rede im Abendblatt wiedergegeben wurde, sprach

Abg. Noske (Soz.):

Der Kriegsminister hat offenbar noch immer nicht begriffen, um was es sich in Deutschland eigentlich handelt. (Sehr richtig! links.) Daß gerade die Erklärung des Kriegsministers so aus dem üblichen Rahmen herausfiel, wundert uns nicht. Wir haben nie daran geglaubt, daß die Vertreter des alten militaristischen Systems rasch umlernen würden. (Lärm rechts, Zurufe links.)

Aber das wird anders werden. Hoffentlich bringen schon die nächsten Stunden den Beweis dafür, daß die Politik der neuen demokratischen Regierung allen Völkern den Frieden beträchtlich nähergebracht hat. (Hört! Hört!) Wir warten ab in stolzem Vertrauen auf das, was Deutschland in diesem Kriege geleistet hat, wie sich dieser Frieden gestaltet. Die französischen und englischen Imperialisten jubelten bis in die letzten Stunden, weil sie glaubten, daß Deutschland wehrlos erliegen würde. Sie hoffen auf eine Zerstückelung Deutschlands. Unter diesem Gesichtspunkt war auch für uns der gestrige Tag einer der trübsten Tage. (Sehr richtig!) Die Redner der Nationalliberalen verlangten die Abtretung selbst rein deutscher Gebiete. Gerade jetzt sehen wir, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aufs schwerste bedroht ist. Aber auch die höchste Not unseres Landes verpflichtet nicht zum Verzicht auf jede Kritik, nur darf es nicht ein beinahe wollüstiges Wühlen in den Wunden des Reiches sein. (Zustimmung.) Das Haus brennt, und der Abg. Haase hat gestern noch Oel ins Feuer gegossen. (Zustimmung.) Er hat dazu beigetragen, daß die Rettungsmannschaften einander in die Haare geraten. (Sehr richtig!) Wir wollen aber, daß dem deutschen Proletariat das Dach über dem Kopf erhalten bleibt. (Beifall.)

Das deutsche Volk ist noch nicht zusammengebrochen. Das mögen sich alle gesagt sein lassen, die deutsches Land abtrennen wollen. Gegenüber dem Abg. Ricklin erinnere ich an die frühere Loyalitätserklärung, die er hier abgegeben hat. (Sehr gut!) Daß die Polen ihre nationalen Interessen vertreten, ist begreiflich. Daß aber Männer, die innerhalb der deutschen Grenzen geboren wurden, sich von Deutschland wegsehnen, empfinden wir mit tiefstem Schmerz. (Zustimmung.) Freilich ist die Liebe zu Preußen und zu Deutschland ein Gefühl, das wir weder den Polen noch den Dänen, noch den Elsaß-Lothringern eingepflanzt haben. Das rächt sich jetzt. (Sehr richtig! links.) Die Konservativen waren die letzten, die gestern lärmen durften. (Sehr richtig! links.) Herr Strehel hatte gewiß ein Recht zur Kritik. Aber wenigstens ein Wort hätte er auch darüber sagen können, daß in polnischer Erde Tausende unserer besten deutschen Soldaten ruhen und daß die neue polnische Freiheit in reichlichem Maße mit deutschem Blute gedüngt ist.

Deutschland hat in diesem Kriege schwer gelitten. Aber soweit sind wir noch nicht, daß deutsche Nationalinteressen leichtfertig geopfert werden müßten. Wenn Herr Strehel mit seiner Ablehnung der heutigen Bevölkerungsstatistik recht hätte, dann müßte Amerika wieder an die Indianer fallen und Wilson müßte auswandern. Wir werden nie auf die deutsche Stadt Danzig verzichten. (Beifall.) Die Wilsonsche Forderung muß selbstverständlich ausgeführt werden. Ich hoffe, daß das demokratische Polen und das demokratische Deutschland sich in friedlicher Arbeit gegenseitig ergänzen werden. (Beifall.) Eine Abtretung der deutschen Kolonien an die Entente wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden. Die Völkerverständigung hat zur Voraussetzung, daß auch Deutschland an der Erschließung und Nutzbarmachung Afrikas einen gebührenden Anteil erhält.

Das deutsche Volk braucht sich des Kriegsausganges nicht zu schämen. (Zustimmung) Auch der ehrliche Feind wird das anerkennen, und spätere Geschlechter werden nicht begreifen, daß wir uns haben so lange halten können. Jetzt kämpft Deutschland um seine nackte Existenz gegen feindliche Eroberungspläne. Niemand darf daher dem Vaterlande die Mittel verweigern. Es war immer bedroht (Zuruf bei den U. Soz.: Auch als wir vor Paris standen?!) Jawohl, auch damals. (Sehr richtig) Wir beschönigen keine Fehler, aber der gegnerische Kriegswillen wird durch deutschen Verzicht nicht gebrochen. Das sehen wir jetzt. Unser Volk ist gar nicht verzagt, das mögen sich die Konservativen merken. Zusammengebrochen sind nur Junker und ihre Heerscharen.

Nicht Scheidemann und Erzberger haben das Waffenstillstandsangebot gemacht, sondern der Kronrat mit Hindenburg und Ludendorff. Nicht die Konsewativen haben Abrechnung zu fordern, wir werden sie fordern. Wir verlangen vor allem Aufklärungen über die Verhandlungen Bernstorffs mit Wilson. Auch der Staatssekretär des Reichsmarineamts, der erklärt hat, daß die amerikanischen Truppentransporte nur eine willkommene Beute für unsere U-Boote seien, wird zur Rechenschaft gezogen werden. England hat zuerst den Aushungerungskrieg begonnen, wir brauchen uns also wegen des U-Bootkrieges nicht zu entschuldigen. Der verschärfte U-Bootkrieg aber war ein schwerer politischer Fehler. Dafür wird Rechenschaft gefordert werden.

Graf Westarp hat gestern der Hoffnung auf bessere Zeiten unter einer starken Monarchie Ausdruck gegeben. Heute liegt die Sache so, daß es unehrlich wäre, zu verschweigen, daß Beifall im Volke nur eine große Geste des Trägers der Krone auslösen würde. (Sehr richtig bei den U. Soz.)

Präsident Fehrenbach ruft nachträglich den Abgeordneten Werner-Gießen zur Ordnung, weil er heute auf einen Zwischenruf des Abg. Korfanty (Pole) gerufen hatte: Raus mit dem Lumpen!

Staatssekretär des Innern Trimborn:

Gestern ist eine Versammlung der deutschen Friedensgesellschaft polizeilich verhindert worden. Ich stehe nicht an, mein lebhaftes Bedauern darüber auszusprechen, daß diese Versammlung nicht zustandegekommen ist. Der Vorfall gibt mir Anlaß zu folgender Erklärung: Zunächst stelle ich fest, daß die Verfügung des früheren Kriegsministers vom 8. Juli d. J. betreffend Verhinderung von Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften aufgehoben worden ist. (Beifall.) Damit ist dem Verlangen der Mehrheit dieses Hauses Rechnung getragen. (Beifall.) Weiter habe ich zu erklären: Versammlungen der Friedensgesellschaften sollen in der Folge gestattet werden. Die gestern erfolgte Verhinderung der Versammlung fällt, soweit sich die Tatsachen bisher übersehen lassen, nicht unmittelbar dem Berliner Polizei-Präsidium zur Last, sondern dem Umstande, daß das Oberkommando über die Erlaubnis der Versammlung nicht rechtzeitig entschieden hatte. (Hört! hört!) Inwieweit hier ein Verschulden vorliegt, konnte noch nicht völlig ermittelt werden. Eine Untersuchung wird erfolgen. Ich kann aber jetzt schon allgemein bemerken, daß Fürsorge getroffen wird, daß gemäß dem Programm der Regierung die Bestimmungen über Zensur und Belagerungszustand genau durchgeführt werden. Personen, die nicht geeignet sind oder sich nicht für geeignet halten, bei der strikten Durchführung dieser Bestimmungen gewissenhaft und energisch mitzuwirken, haben aus ihrem Amte auszuscheiden. (Lebhafter Beifall.) Die Einheitlichkeit der Reichsregierung wird auch auf diesem Gebiete unter allen Umständen gewährleistet werden. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Abg. Kreth (kons.):

In England kommen die Minister auch aus den Mehrheitsparteien, aber sie sprechen dann im Parlament nur für den Staat und nicht für die Partei. Der Vizekanzler hat gestern wieder im Sinne der Fortschrittlichen Volkspartei gesprochen. Er sollte das doch seinen Parteifreunden überlassen, die ja noch so viele ausgezeichnete Führer haben. Die Form, in der der Vizekanzler gestern gegen die Rechte gesprochen hat, war mindestens außergewöhnlich. Wir beneiden die westlichen Demokratien um Männer wie Lloyd George, Wilson und Clemenceau.

Vizekanzler v. Payer:

Der Vorredner hat sich darüber beschwert, daß keine Antwort auf die Frage erfolgt sei, ob der Reichskanzler die Verantwortung für den Aufruf der sozialdemokratischen Partei übernehme. Ich habe das für einen Scherz gehalten und nicht einmal für einen schlechten, als Graf Westarp ihn machte (Heiterkeit), aber durch Wiederholung kann er nicht gewinnen.

Der Vorwurf, das Parlament sei bei der zweiten Note an Wilson nur mangelhaft herangezogen worden, ist nicht berechtigt. Selbstverständlich muß der Text schon festgestellt sein, ehe er den anderen maßgebenden Faktoren unterbreitet wird. Aber die Herren haben Gelegenheit gehabt, sich über zwei Punkte, deren Text noch nicht feststand, zu äußern, und wir haben bei der endgültigen Fassung auch noch die Bemerkungen berücksichtigen können, die mir von den Parteiführern gemacht wurden.

Der Vorredner hat mir persönlich gute Lehren gegeben und darauf hingewiesen, daß ich umgelernt habe. Ich möchte [illegible] sehen, der in diesen Zeiten noch nicht umgelernt hat! Un[illegible] sind nicht die Klügsten und Besten, die selbst in solchen Zeiten nichts lernen. (Zustimmung.) Wenn er mir vorwirft, ich sei in die Rolle des fortschrittlichen Parteimannes verfallen, so setze ich seiner Behauptung meinen Standpunkt entgegen, daß ich für den Staat gesprochen habe. Ich habe die Politik der Regierung zu rechtfertigen gehabt gegenüber den heftigen Angriffen aus Kreisen der konservativen Partei, den ihr verbündeten Zeitungen und Organisationen, daß wir zum Schaden des Reiches die Konservativen von der Regierung ausgeschlossen hätten. Darum mußte ich darlegen, daß wir sie nicht aufnehmen konnten, weil ihr Politik falsch und der unsrigen widersprechend war. Behauptungen, wie die, daß außer Bismarck noch kein Konservativer der deutschen Reichsregierung gesessen habe oder daß der preußische Partikularismus im Verschwinden sei, sind ein Spiel mit Worten und Begriffen und können niemanden darüber täuschen, worum es sich tatsächlich handelt. Das Maß meiner Ausführungen kann ich mir nicht vorschreiben lassen. Meine Rede wäre ebenso gehalten worden, wenn kein Konservativer in diesem Hause gesprochen hätte, denn ich mußte all das vom Standpunkt der Regierung aus würdigen, was in der Luft lag. (Beifall.)

Abg. Ledebour (U. Soz.)

Was der Kriegsminister heute über die Kriegslage gesagt hat, verträgt sich nicht mit der Auffassung, die Hindenburg und Ludendorff hier in Berlin aus der Not der Stunde heraus zum Ausdruck gebracht haben, nämlich daß wir einen sofortigen Friedensschluß nötig haben. Es ist unverzeihlich von diesen Männern, daß sie Regierung und Volk nicht rechtzeitig über den bevorstehenden Zusammenbruch unterrichtet haben, sonst hätte rechtzeitig eine andere Politik eingeschlagen werden können. Es ist bezeichnend, daß sich der Kriegsminister bei Beurteilung der Kriegslage auf den Grafen Westarp berief und damit sich in Gegensatz zur Auffassung der Reichsregierung setzte. Von einer Parlamentarisierung kann keine Rede sein. Es sind lediglich einige Parlamentarier bürokratisiert worden. (Heiterkeit.) Die Politik der politischen Schikane wird fortgesetzt. Einer unserer Parteigenossen in Halle wurde zwar aus der Untersuchungshaft entlassen, aber gleich wieder in Schutzhaft genommen. (Abg Kunert, U. Soz.: Ein Schurkenstreich des Militarismus! — Der Abg. Kunert wird zur Ordnung gerufen und sogleich zum zweiten Mal, als er den Zuruf wiederholt.)

Der Abg. Stahl, Liebknechts Nachfolger, sollte sein Mandat niederlegen, damit die Wähler entscheiden können, ob er oder Liebknecht das Mandat innehaben soll. Es muß dafür gesorgt werden, daß der jetzige Träger der Krone seinen unheilvollen Einfluß nicht weiter ausüben kann. (Rufe der U. Soz.: Abdanken.) In einem Briefe, den der Kaiser im Jahre 1895 an Nikolaus II. schrieb, äußerte er seine Ansicht über den Deutschen Reichstag und erklärte, er sähe es am liebsten, wenn die Sozialdemokratie, die von den Juden unterstützt würden, und die Ultramontanen alle aufgehängt würden. Wäre dieser Wunsch in Erfüllung gegangen, dann hätte jetzt zum Beispiel der Staatssekretär Gröber nicht ein Portefeuille aus der Hand seines Herrn entgegennehmen können. (Heiterkeit.)

Die Polen sollten sich in ihrem eigenen Interesse vor maßlosen Forderungen hüten. Ich bin stets gegen das Unrecht aufgetreten, das man ihnen angetan hat. Ich gebe Ihnen daher als Freund einen Rat. Die Polen setzen sich in das schwerste Unrecht, wenn sie jetzt versuchen, Gebiete ihrem Staat einzuverleiben, die keine polnische Mehrheit besitzen. Niemand wird sich die Beherrschung durch eine polnische Minderheit gefallen lassen. (Zust.) Die Polen aber verlangen Länder, in denen sie in der Minderheit sind, so Wolhynien, Podolien, sogar Kiew und ganz Galizien. Angeblich sind sie außerordentlich tolerant. (Lachen.) Nach meinen geschichtlichen Kenntnissen sind die polnische Aristokratie und Bourgeoisie stets sehr gewalttätig vorgegangen, und heute noch führen in Ostgalizien die Ruthenen einen scharfen Kampf gegen die dortige polnische Regierung. (Hört, hört!) Nur die heutige Zusammensetzung der Bevölkerung kann den Ausschlag geben. Wo kommen wir sonst hin! Ich habe in England gegen die Unterdrückung der Buren und Iren gekämpft und kämpfe jetzt als Deutscher auch gegen jede Unterdrückung des deutschen Volkes. (Beifall.) Als internationaler Sozialist höre ich nicht auf, Deutscher zu sein. (Beifall.) Nur die Sprachgemeinschaft ist entscheidend, nicht die historische Staatszugehörigkeit. Daher sind die polnischen Ansprüche auf Westpreußen unhaltbar, ganz abgesehen davon, daß Ostpreußen dann ja in der Luft schweben würde. (Sehr richtig.) Mein Kampf gegen jede Unterdrückung zwingt mich auch zu einer Stellungnahme gegen die Versuche der amerikanischen Regierung, die Kultur der in den Vereinigten Staaten lebenden 10 Millionen Deutschen zu vernichten.

Der Redner vertritt in seinen weiteren Ausführungen das innerpolitische Programm seiner Partei.

Vizepräsident Dove ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung, weil er gegen den Abg. Noske den Ausdruck „Perfidie" gebraucht hat.

Vizekanzler v. Payer:

Ich muß mein Bedauern zum Ausdruck bringen über den Inhalt und den Ton eines Teiles der Ausführungeen des Abg. Ledebour, wie er das in dieser Schicksalsstunde des Deutschen Reiches im Deutschen Reichstage beliebt hat. Seine Worte sind nur bisher geeignet, unserem Vaterlande schweren Schaden zuzufügen. Die Verantwortung fällt auf den Abg. Ledebour. (Lebh. Zust.) Herr Ledebour hat dann einen Brief des Kaisers an den damaligen Zaren aus dem Jahre 1895 verlesen. Ich glaube nicht, daß mit einem solchen Schriftstück, das 25 Jahre zurückliegt, ein Eindruck auf die Parteien dieses hohen Hauses gemacht werden kann. Gelegentliche Wendungen aus einer alten privaten Korrespondenz, die wohl heute niemand mehr auf die Goldwage legen wird, können nichts bedeuten gegenüber der historischen Entwicklung, die unsere inneren Verhältnisse genommen haben und auf deren Boden der Kaiser getreten ist. Halten Sie sich doch, m. H., an die Kundgebungen des Kaisers, aus denen sich seine Stellung zur neuen Zeit klar ergibt, und lassen Sie Vergangenes begraben sein. Da es sich um eine russische Veröffentlichung handelt, möchte ich aber doch noch daran erinnern, daß gerade der Kaiser es seinerzeit gewesen ist, der dem Zaren dringend geraten hat, ehrlich die konstitutionellen Konsequenzen aus der Zeit zu ziehen. (Beifall.)

Kriegsminister Scheüch:

Auf die gestrige Beschwerde des Abg. Haase über die Einziehung eines zurückgestellten Mannes kann ich erklären, daß der Mann heute wieder entlassen wird und daß die Frage weiter geprüft wird. Herr Noske hat Angriffe gegen meinen Amtsvorgänger in der Tankfrage gerichtet. Der General v. Stein hat erklärt, daß wir einen Tank besitzen, der den feindlichen überlegen ist. Das ist auch richtig. Aber es handelt sich darum, in welcher Zahl wir einen solchen Tank haben und in welcher Zahl der Gegner eine Tanks herstellen konnte. Hier handelt es sich also um ein Modell und nicht um eine Zahl. Dem Abg. Ledebour gegenüber brauche ich die militärischen Fähigkeiten des Generals Ludendorff nicht zu verteidigen. Meine Ausführungen waren durchaus im gleichen Sinne gehalten wie die des Reichskanzlers. Wir gehen einer neuen Ordnung der Verhältnisse entgegen. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn ich den Versuch, neue Wirrnisse zu schaffen, nicht entgegentreten würde.

Abg. Gothein (Vp.):

In dieser schicksalsschweren Stunde waren die Ausführungen des Abg. Kreth besonders tiefbedauerlich. (Zust.) Alle diese Scherze und Witze waren der Zeit nicht angemessen. Wir sollten jetzt diese erste Lesung schließen. Später werden wir Gelegenheit haben, zu den neuen Verhältnissen Stellung zu nehmen.

Der Schluß der ersten Lesung wird darauf gegen die Stimmen der Soz. und Polen angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. **Stychel** (Pole) darauf hin, daß die Polen „historische Rechte" auf Westpreußen haben.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.) widerspricht erregt. Westpreußen ist heute kerndeutsches Land und will nicht polnisch werden.

Es folgt die

Zweite Lesung der Verfassungsvorlagen

Abg. Dr. **Zehnter** (Ztr.) bespricht die Verfassungsänderungen im einzelnen. Er beantragt im Artikel 11 folgende Bestimmungen zu treffen: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich. Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages."

Staatssekretär **Trimborn:** Die Regierung hat gegen diesen Antrag keine Bedenken. Sie behält sich vor, zu erwägen, ob Vorkehrungen getroffen werden müssen für die Zeit zwischen zwei Legislaturperioden.

Die Anträge werden darauf angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten, wonach bei Abschluß von Verträgen die Zustimmung des Bundesrats nicht erforderlich sein soll, wird abgelehnt.

Darauf werden die Verfassungsvorlagen mit den Abänderungsanträgen in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Vertrauenskundgebung für den Reichskanzler. Der Antrag lautet: „Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus."

Der Antrag wird mit 198 gegen 52 Stimmen bei 23 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmen nur die Konservativen und die Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Polen enthalten sich der Abstimmung.

Das Haus vertagt sich.

Freitag 2 Uhr: Dritte Lesung der Verfassungsvorlagen, Gesetz für Elsaß-Lothringen.

Schluß ¾5 Uhr.

Freitag, 25. Oktober 1918

Zeitung

1704

nd gelehrten Sachen

natlich 6 Mark bei tägl zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
ohne Bestellgebühr. Anzeigen Zeile 80 Pf. u. 40 % Teuerungszuschlag.
die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Berlin SW 68. Kochstr 22-26. und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2-26 Fernsprech Zentrale. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Vorbedingungen des Friedens.

In der gestrigen Abendausgabe haben wir bereits den Wortlaut der Antwortnote des Präsidenten Wilson veröffentlicht. Heute finden die Leser der „Vossischen Zeitung" auf der dritten Seite des Hauptblattes neben einem revidierten deutschen Text eine Wiedergabe der englischen Wortfassung.

Die neueste Note des Präsidenten Wilson bedeutet nicht nur einen Fortschritt in der diplomatischen Unterhaltung, sondern auch einen Fortschritt in der Unterhandlung. Denn der Präsident kündigt darin an, daß er nunmehr seine Korrespondenz mit dem Deutschen Reiche an seine Verbündeten zwecks Anregung zu Waffenstillstandsverhandlungen weitergegeben habe. Damit ist zunächst das Fortspinnen des Fadens auf die Feinde übergegangen. Es wird nun Sache der militärischen Führung der Entente-Armee sein, ihre Waffenstillstandsbedingungen bekanntzugeben.

Es hat keinen Zweck, sich darüber hinwegzutäuschen, daß diese Bedingungen nicht leicht sein werden. Denn eine Regierung, die zur Einleitung von Friedensverhandlungen den Waffenstillstand erbittet, beweist damit, daß sie nicht nur den Glauben an den Endsieg ihrer Truppen aufgegeben hat, sondern von weiterem Blutvergießen den größeren Nachteil für ihre eigene Sache fürchtet. Dieser Situation wird der Gegner genau so Rechnung tragen, wie die deutsche Heeresleitung es getan hätte, wenn das Waffenglück auf ihrer Seite gewesen wäre. Aber auf der andern Seite muß man es bis zum Beweis des Gegenteils für ebenso selbstverständlich halten, daß die deutsche Waffenehre geachtet werden wird. Abgesehen von einem verhältnismäßig kleinen Teil besetzten deutschen Landes kämpfen die deutschen Heere noch immer auf fremdem Boden. Und vor allem ist der mehr als vierjährige Kampf unserer Heere eine Kette von heldenmütigen Taten der Soldaten und Offiziere und eine Aufeinanderfolge von Feldherrnleistungen gewesen, die in der Geschichte späterer Geschlechter fortleben und dereinst der Gegenstand staunenden Studiums der Historiker und der Strategen sein werden.

Die Tragik, die darin für ein waffenfähiges Volk liegt, daß seine Leistungen auf dem Schlachtfeld nicht in politische Erfolge umgewertet zu werden vermochten, wird jeder Soldat, auch wenn er im feindlichen Lager steht, mitempfinden. Er weiß, daß er sich selbst ehrt, indem er solchen Gegner ehrt.

Wir hoffen, daß die Bedingungen des Waffenstillstands so sein werden, daß Deutschland sie annehmen kann. Die Regierung, die vom deutschen Volke den Auftrag hat, diesen Krieg so bald wie möglich zu beenden, wird in ihrem Entgegenkommen sicher bis an die Grenze dessen gehen, was möglich ist. Aber, wie der Reichskanzler Prinz Max in seiner letzten Rede bereits ausführte: es gibt auch für eine demokratische und gerade für eine demokratische Regierung ein Höchstmaß des Entgegenkommens, das da erreicht ist, wo über die militärische Notwendigkeit (mag deren Bewilligung auch hart sein) hinausgegangen und dem Feinde Schmach und Schimpf zugemutet wird. Dann kann solche Regierung nicht anders, als die letzte Entscheidung in die Hand des Volkes legen. Und für diese Volksentscheidung über den letzten Verzweiflungskampf kann die Tatsache nicht ohne Bedeutung bleiben, daß die deutschen Armeen im Westen nach wie vor dem täglich neuen Ansturm der Feinde Widerstand leisten, und daß ein Heer, das nach so außerordentlichen Rückwärtsbewegungen in hohem Maße Kampfkraft und Ordnung aufrechterhalten hat, beweist, daß es sich ferner seinen Führern willig fügt. Das ist kein Ergebnis sklavischer Unterwürfigkeit, sondern die Erkenntnis, daß der Schutz der Heimat und der eigenen Zukunft von dem erfolgreichen Widerstand abhängt.

Deshalb kann aber die deutsche Armee auch verlangen, daß die Entscheidung über die Waffenstillstandsbedingungen von unseren Feinden ohne jede unnötige Verzögerung gefällt wird. Denn schon die jetzigen Zugeständnisse, die Deutschland als Zeichen seines vertrauensseligen Entgegenkommens gemacht hat, schaffen eine sehr ungleiche Lage und verschlechtern bei längerer Dauer die deutsche Situation. Die Regierung hat sich bereiterklärt, den U-Boot-Krieg in einer Weise einzuschränken, die beinahe einer völligen Einstellung gleichkommt. Es geht aber im Interesse der Gerechtigkeit auf die Dauer nicht an, daß von den deutschen U-Booten die Passagiere feindlicher Nationalität geschont werden, während gleichzeitig die Bewohner offener deutscher Städte in West- und Südwestdeutschland dauernd das Opfer feindlicher Fliegerbomben bleiben. Präsident Wilson, der so sehr um das Wohl aller Menschen bemüht ist, muß auch ein Herz für die Leiden der deutschen Frauen und Kinder haben, die täglich den feindlichen Fliegern innerhalb Deutschland zum Opfer fallen.

Vossische Zeitung 25/X. 1918.

Der Ausbau des parlamentarischen Systems

Die Reform des inneren Neuaufbaues des Deutschen Reiches wird im Rahmen der seit Wochen festgelegten Grundlinien während der nächsten Tage zu Ende geführt werden. Auf die einschneidende Bedeutung der jetzt zu fassenden Beschlüsse deuten schon die andauernden Beratungen der maßgebenden Instanzen hin. Unter anderem hat heute mittag im Reichskanzlerpalais eine Beratung von Ministern und sonstigen leitenden Persönlichkeiten stattgefunden, an der auch der Kaiser teilgenommen hat.

Die bisher noch ausstehenden wichtigen Verfassungsänderungen werden schon morgen den Reichstag beschäftigen, dessen Plenum zu diesem Zweck noch eine Sitzung abhält. Es handelt sich um jene Aenderungen in den Verhältnissen der Obersten Kommandogewalt, die auch im heutigen Leitartikel der „Vossischen Zeitung" als notwendig bezeichnet worden sind. Es ist also anzunehmen, daß die neuen Gesetzesvorlagen, die den Reichstagsmitgliedern noch heute im Druck zugehen sollen, eine Abänderung der Artikel 63 und 64 der Reichsverfassung zum Gegenstande haben werden.

Dadurch wird die parlamentarische Regierung in die Lage versetzt, sämtliche Akte der Kommandogewalt mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken. Am besten wird dies wohl durch die Schaffung eines Reichskriegsamts mit einem verantwortlichen Staatssekretär an der Spitze geschehen, ferner dadurch, daß alle übrigen militärischen Instanzen zu diesem Amt in ein Verhältnis gebracht werden, das die Uebernahme der parlamentarischen Verantwortlichkeit für alle ihre Akte durch den Staatssekretär des Krieges ermöglicht.

Diese Verfassungsänderung ist nichts anderes, als die Durchführung einer Absicht, die bereits seit Wochen besteht. Auch sie gehört in den Kreis jener Maßnahmen, die grundsätzlich schon am 6. Oktober von den Mitgliedern der neuen Reichsleitung beschlossen worden sind. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Neuregelung der Verhältnisse nicht ohne umfassende Vorbereitungen als Gesetzentwurf vorgelegt werden konnte. Diese Vorarbeiten sind offenbar jetzt beendet, und es zeigt sich, daß der Präsident Wilson auf diesem Gebiete in seiner letzten Note nur Dinge gefordert hat, die das deutsche Volk bzw. seine Vertretung und die durch ihr Vertrauen eingesetzte Regierung schon vorher in allen Einzelheiten beschlossen hatten.

*

Die Antwortnote Wilsons bringt die Frage des Waffenstillstandes und der deutschen Regierungsform in einen Zusammenhang, der im Vordergrunde der Erörterungen der Presse steht. Wir haben bereits im heutigen Morgenblatt eine Aeußerung der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht, die sich scharf gegen den bisherigen Träger der Krone wendet. Das Blatt wiederholt in seiner heutigen Morgenausgabe diese Darlegung und schreibt:

> „Wenn es sich nun wirklich darum handelt, ob Deutschland kapitulieren soll, oder ob man mit ihm frei über den Frieden verhandeln wird, dann steht die Entscheidung über diese Alternative zunächst beim Kaiser. Von seinem Entschluß wird für Deutschlands Zukunft und vor allem für die Entwicklung der Friedensfrage vieles abhängen. Dieser Entschluß könnte so manches, was in den letzten Jahrzehnten gesagt und getan worden ist, vergessen machen, und wir möchten hoffen, daß er bald und weise gefaßt würde."

Etwas weniger deutlich äußert sich der „Vorwärts". Immerhin erklärt auch er:

> „Wir haben in der früheren Verteilung der Machtverhältnisse im Deutschen Reiche stets eine Gefahr für unser Volk gesehen und nach ihrer radikalen Aenderung gedrängt. Die Tatsachen haben uns in noch höherem Maße recht gegeben, als wir selbst in unseren dunkelsten Befürchtungen geahnt haben. Jetzt ist es Zeit, aus dieser Lehre rücksichtslos jede Konsequenz zu ziehen, welche die Notlage des deutschen Volkes fordert. Wilson ist übrigens im Irrtum, wenn er meint, daß die früheren Machthaber in Deutschland jemals wieder eine ausschlaggebende Rolle spielen könnten. Dazu sind sie viel zu sehr kompromittiert, ist die Verständnislosigkeit, mit der das Volk ihrem früheren und gegenwärtigen Verhalten gegenübersteht, viel zu groß. Es wird in Zukunft keine Macht in Deutschland geben, als das deutsche Volk, das seine politische Gewalt durch die Volksvertretung und die von ihrem Vertrauen gestützte Regierung ausüben wird. Was dazu noch notwendig ist, das muß geschehen, und insbesondere muß die Armee mit ihren Spitzen derart in das demokratische Ganze eingegliedert werden, daß über ihre Rolle, als die eines dienenden Gliedes, kein Zweifel bestehen kann."

Das sozialdemokratische Blatt, dessen Optimismus gänzlich verflogen scheint, sagt dann weiter:

> „Nachdem wir das Programm Wilsons angenommen haben, wäre es widersinnig, sich mit der Waffe in der Hand ihm zu widersetzen. Aber die Gefahr dürfen wir uns nicht verbergen, daß am Friedenstisch das Wilsonprogramm als wesenlose Hülle sinken und der nackte Machttrieb des Siegers zum Vorschein kommen könnte. Wir müssen uns fragen, ob diese Gefahr durch weiteren Widerstand vergrößert oder verkleinert wird. Nur diese Frage, die durch nüchterne Abwägung der Möglichkeiten zu entscheiden ist, kann unseren Entschluß bestimmen. Die Gegner aber, die die Entwaffnung des deutschen Volkes verlangen, werden sich darüber klar sein müssen, daß man ein großes Volk auf die Dauer nicht wehrlos machen kann. Auf der Friedenskonferenz wird sich zeigen, ob der Krieg nur vertagt oder ob er wirklich abgeschlossen sein wird. In diesem Sinne sind Wilsons Ziel und Deutschlands Geschick untrennbar miteinander verbunden, und es wird sich entscheiden, ob die Geschichte den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu den Unterlegenen dieses Krieges zählen oder ob sie ihn als den siegreichen Vorkämpfer einer großen Idee und als den größten Heilbringer der Welt feiern wird."

Das sozialdemokratische „Hamburger Echo" schreibt: „Wilson läßt keinen Zweifel darüber, daß er, wenn ihm und seinen Verbündeten zugemutet würde, mit dem deutschen Kaiser und dessen Generälen zu verhandeln, auf bedingungsloser Uebergabe bestehen würde. Diese Demütigung will er uns ersparen, wenn die neue Reichsverfassung so gestaltet wird, daß die bisherigen Herrscher Deutschlands bei den kommenden Friedensunterhandlungen, sowie bei allen künftigen internationalen Verträgen ausgeschaltet und an ihrer Stelle Vertreter des Volkes gesetzt sind. In diesem Falle wären also Verhandlungen ohne Uebergabe möglich. Die Schlußbemerkung in Wilsons Note kann aber auch als „Wink" aufgefaßt werden, daß die Hohenzollern und ihr militärischer Anhang völlig auf die künftige Lenkung der Geschicke des deutschen Volkes verzichten sollen. Es muß sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß im weiteren Verlaufe der Verhandlungen das deutsche Volk ganz eindeutig vor die Wahl gestellt wird, ob es den Frieden erhalten oder das bisherige Herrscherhaus behalten will. Um sich selbst und dem deutschen Volke diese Wahl zu ersparen, könnte Wilhelm II. etwas tun, was heute schon Millionen guter Deutscher von ihm erwarten, und daß, wenn es nicht freiwillig geschieht, vielleicht die Mehrheit des Volkes doch einmal fordern wird. Es ist keine Schande, einer Uebermacht zu weichen, und Wilson ist nun einmal mächtiger als Wilhelm II., denn er führt heute das Wort nicht nur als Präsident des Nordamerikanischen Staatenbundes, sondern als Vorsitzender des ganzen, uns feindlich gegenüberstehenden Völkerbundes.

Die „Germania" meint, es liege keine Notwendigkeit vor, aus Wilsons Worten ein Verlangen nach Absetzung des Kaisers oder gar der Hohenzollern herauszulesen.

Die rechtsstehende Presse ist einig in der Forderung, die unfruchtbare Aussprache abzubrechen, da es sich wie die „Deutsche Tageszeitung" in der Ueberschrift sagt, nur darum handele, uns erst zu erniedrigen und dann zu vernichten". Die „Kreuzzeitung" meint, der Autokrat Wilson wolle die Brandfackel der Zwietracht zwischen Herrscher und Volk werfen, aber selbst ein deutscher Republikaner könne seiner Forderung nicht das Ohr leihen, auch er könne sich nicht von einem fremden Machthaber Vorschreibungen machen lassen. — Gleichzeitig veröffentlichen die konservativen Blätter folgenden Beschluß, den die Konservative Fraktion des Reichstages gestern gefaßt hat:

> „In der heute veröffentlichten Note des Präsidenten Wilson wird die bedingungslose Kapitulation, die Entthronung des Kaisers, die Entlassung unserer Heerführer, die volle Unterwerfung unter einem Gewaltfrieden gefordert. Deutschland soll zuerst entehrt und wehrlos gemacht, dann vernichtet werden. Die Annahme dieser Bedingungen würde auf Geschlechter hinaus jeden Deutschen politischer Entrechtung und wirtschaftlicher Sklaverei ausliefern. Süd- und Westdeutschland sind unmittelbar bedroht; die deutschen Fluren, jedes Gehöft, jede Werkstatt wären der Willkür der Feinde, unsere Frauen und Kinder den Gewalttaten haßerfüllter barbarischer Horden preisgegeben. Will das das deutsche Volk und Heer, solange unsere Truppen in Feindesland stehen? Ein Volk, das unbezwungen schmachvollen Bedingungen sich unterwirft, verliert Ehre und Kraft für alle Zukunft. Die deutsche Ehre gebietet, daß die Regierung solche Zumutung zurückweist; die Sicherheit des Reiches erfordert, daß sie das deutsche Volk zum letzten Kampf aufruft. Heer und Volk sind nicht gewillt, auf Befehl unserer Feinde dem Kaiser und König die Treue zu brechen; noch lebt in beiden der Wille und die Kraft, einem Feinde, der bedingungslose Unterwerfung fordert, Widerstand zu leisten bis zum Aeußersten."

Berner Bund 25/X. 1918.

77

Schwere Fragen

Das Wort ist draußen, im deutschen Reichstag wurde es gesprochen, der Elsässer Abgeordnete Ricklin sagte: Was auch von Berlin oder Straßburg aus geschehe, es kann keine wesentliche Aenderung in der Stimmung der Elsaß-Lothringer mehr hervorbringen, die elsässisch-lothringische Frage ist eine internationale geworden. Wäre die Autonomie früher gewährt worden, so ...

Wie die Stimmung der Elsaß-Lothringer ist, brauchte Ricklin nicht zu sagen, er kann es wissen und aus seinen Worten ist leicht zu folgern, was er von ihr hält. Graf Posadowsky von der deutschen Fraktion hatte zuvor ausgeführt, was Deutschland mit Elsaß-Lothringen verlieren würde: Eisen und Kali seiner Industrien. Der Name Elsaß-Lothringen hat jetzt im Reichstag einen ganz andern Klang als früher, die Zuversicht ist gewichen. Die Entente will es nicht einmal auf eine Volksabstimmung mehr ankommen lassen, da sie behauptet, es handle sich um einen Fall der Desannexion, und darüber, wie der Entscheid der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes ausfallen würde, bestehen keine Zweifel. Daß sie in letzterem Punkte richtig urteilen, werden ihnen auch Außenstehende bestätigen, das ist doppelt schmerzlich für Deutschland.

Auch die Dänen haben ihre Ansprüche im Reichstag angemeldet. Unmittelbar nach dem Elsaß-Lothringer nahm der Däne Hansen das Wort, um eine endgültige Lösung der nordschleswigschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu fordern. Auch er fühlt sich sicher darin, wie die Entscheidung ausfallen würde. Man vergleiche, wie ganz anders sich in viel kürzerer Zeit das Verhältnis zwischen Engländern und Buren gestaltete, nachdem sie in blutigen Feldschlachten sich geschlagen. Auch die Polen betrachten ihre Forderungen als internationale Angelegenheit, die bei den allgemeinen Friedensverhandlungen zu regeln sei, sie möchten bis ans Meer gelangen.

Die deutsche Presse übt in diesen Fragen große Zurückhaltung; Zentrum und Sozialdemokratie schrieben darüber im Anschluß an die Reichstagsverhandlungen elegische Betrachtungen. Die „Germania" meint, die Reichslande fahren zweifellos am besten, wenn sie selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen und als vollberechtigte Bundesstaaten in Deutschland bleiben. Würde dieser Krieg wirklich als erster mit einem wahren Rechtsfrieden enden, schreibt der „Vorwärts", so könnten die deutschen Randvölker selbst über sich bestimmen. Das ist das Recht aller Völker, das heißt selbstverständlich auch das des deutschen Volkes, nach dem leitenden Grundsatz: Werden die Türen des Reichs für die aufgetan, die hinaus wollen, so müssen sie auch denen offen stehen, die hinein streben. Dabei wird sich eine völlig gerechte Lösung nicht finden lassen. Sie könnte nur gefunden werden in der Freiheit der staatlichen Minderheiten und in der Freiheit des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den einzelnen Ländern. Ungern werden wir die scheiden sehen, die keine staatliche Gemeinschaft mehr mit uns haben wollen. Aber die bei uns bleiben oder zu uns kommen, denen eine wohnliche Wohnstatt zu bereiten, bleibt das Ziel der deutschen Sozialdemokratie.

*

Das zweite Unbehagen verursachte der unabhängige Sozialist Haase, der an der alten und neuen Regierung Kritik übte und erklärte, seine Partei sei für Wilson keineswegs begeistert. Unter Lärm rechts und in der Mitte stellte Haase die Frage der Kronen und der Hohenzollern und zum Schluß verlangte er die Revision der ganzen Verfassung. Als Entgegnung auf die Ausfälle des Wortführers der unabhängigen Sozialisten ist die Rede des Vizepräsidenten Payers aufzufassen, die in der deutschen Presse allgemein Zustimmung findet.

*

Der gestrige zweite Tag der großen Reichstagsdebatte war der Tag der unabhängigen Sozialisten, der Dänen, der Polen und der Elsaß-Lothringer, schreibt die „Morgenpost". Er wäre ein trüber gewesen, wenn nicht von der großen Rede des Vizekanzlers Payer über unsere innerpolitische Reform ein Sonnenstrahl der Zukunftshoffnung ausgegangen wäre. Was Haase in 1½stündiger Rede ausführte, war im Grunde nichts als Nörgelei. Die Rede Payers war die eines weisen Staatsmannes, klar, gerade und getragen vom ehrlichen Bekenntnis zu den großen Ideen des Rechtsfriedens und Volksstaates. Das „Berliner Tageblatt" hebt hervor, daß nach den Worten Payers vierzig Jahre lang die Mitglieder der Regierung aus den Kreisen der Konservativen gewählt worden seien, da können die Konservativen auch einmal vierzig Jahre lang kaltgestellt bleiben. Andere Blätter unterstreichen den Satz, der sich gegen die antimonarchischen Extravaganzen Haases richtet, und der dem menschlichen und dem Völkerempfinden gerecht wird im Geist der Männer, die das Deutsche Reich geschaffen und Deutschland groß gemacht haben. Auch der „Lokalanzeiger", der den Ton scharf rügt, in dem Haase seinem Zorn, seinem Haß und seiner Selbstgefälligkeit Genugtuung zu verschaffen suchte, bezeichnet die Rede Payers als wohldurchdachte Verteidigung gegen einander widersprechende Angriffe, die von der äußersten Linken und von der Rechten gegen das neue System erhoben wurden.

Wenn die „Post" glaubt, daß zu viel bei offenen Türen und Fenstern regiert werde, während Engländer, Franzosen und Amerikaner Deutschland bedrohen und Polen und Dänen deutschen Boden fordern, mag dazu bemerkt werden, daß das geheime Regieren wie das geheime Unterhandeln und Bündnisschließen in diesen großen geschichtlichen Augenblicken keinen Kredit mehr genießt und doch alles bekannt wird und daß Naumann und andere Redner mit Recht geltend machten, es heiße jetzt, jede Zweideutigkeit vermeiden und die Neuordnung der Dinge als freies Volk durchführen. Der konservative Westarp sieht in dieser Neuordnung eine verhängnisvolle Wendung, während die andern im Reich beklagen müssen, daß sie so spät gekommen.

Die Revision der Verfassung muß weitergehen. Man kann dort den Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg nicht halten, weil ja gerade darüber der ärgste Streit waltet, wer in diesem Kriege einen Verteidigungs- und wer einen Angriffskrieg führe. Die Mehrheitsparteien haben sich auf folgende Fassung geeinigt:

„Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich. Friedensverträge, sowie solche Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages."

Ein Antrag der unabhängigen Sozialisten will die Legislaturperiode des Reichstages auf ein Jahr, statt wie bisher auf fünf Jahre festgesetzt wissen. Die Bestimmung des Art. 24 der Verfassung, wonach zur Auflösung des Reichstages ein Beschluß des Bundesrates und die Zustimmung des Kaisers erforderlich ist, soll gestrichen werden.

Im ganzen seien acht Anträge für weitere Demokratisierung der Verfassung eingereicht worden und andere seien angemeldet, so daß die Revision in dieser Tagung nicht zum Abschluß gelangen kann.

tei hält, das ist, man muß es stets wiederholen, gerade der Druck von außen; wenn das deutsche Volk weiß, es muß nicht den Einmarsch der feindlichen Heere mehr befürchten, so wird es zur großen Abrechnung schreiten. Das ist nicht etwa bloße Vertröstung, sondern es entspricht allen Erfahrungen der Geschichte und dem Stande der Geister in Deutschland.

Der Präsident und die Entente haben dennoch nicht darauf verzichtet, durch ihren Druck die deutsche Dynastie zum Umfallen zu bringen. Wir haben soeben nochmals die Gründe angeführt, weswegen dies beklagenswert scheint, jedoch wenn die Vernunft es auch mißbilligen mag, das Gefühl versteht jenes Verhalten des Präsidenten. Hier hat er eben keine freie Wahl, und je mehr er vielleicht und hoffentlich geneigt ist, beim Frieden Deutschland vor Beraubung und Ausplünderung zu schützen und der Anwalt der Gerechtigkeit zu sein, desto mehr muß er, um zum Frieden überhaupt zu kommen und seine Stellung vor seinem eigenen Volke und seiner Kriegspartei zu festigen, jenen großen moralischen Erfolg erzielt haben. Die Erregung ist zu leidenschaftlich in den Ententenationen, und er muß ihr nachgeben, wenn er im übrigen seine Ziele erreichen will. Es ist klar, daß der unbeteiligte Betrachter von außen her sehr wohl erkennen kann, dies oder jenes sei falsch; doch die Geschichte entwickelt sich nicht nach den Erkenntnissen ferner Betrachter, sondern aus den Empfindungen und Kräfteverhältnissen der Menschen. Die Amerikaner betrachten die Häupter der deutschen Militärpartei wie den leibhaftigen Teufel, wie die verkörperte Macht des Bösen; Amerika entscheidet den Krieg, sein Präsident empfängt seine Macht nur aus dessen Volksbewußtsein, und daher kann er mit den Hohenzollern keinen Vertrag schließen, selbst wenn er es wollte. Bleiben die Machthaber dennoch in Deutschland, dann wird dies überall als Zeichen seiner Unbelehrbarkeit empfunden, dann muß Deutschland die Verantwortung für seine Kriegsherren mitübernehmen und tragen. Man mag hundertmal wünschen, die Entente hätte mehr Rücksicht auf den deutschen Seelenzustand genommen und nicht plump gefordert, was nur Wert hat, wenn es freiwillig gegeben wird; jene Empfindungen der Ententewelt sind nun einmal gewaltige Tatsachen und mit ihnen muß man wohl oder übel rechnen und sich abfinden.

Ein jeder Freund Deutschlands hätte gewünscht, daß sein Volksbewußtsein besser und rascher verstanden hätte, worauf es ankommt. Hier wie überall: das Notwendige selbst und freiwillig zu tun, nicht ich abzwingen lassen, günstigere Auffassungen von Deutschland in der Welt zu schaffen. Dies ist nicht geschehen und leider hat es auch jetzt noch nicht den Anschein, als sollte es geschehen; noch immer wird, vermutlich unter Mitwirkung der Zensur, dem deutschen Volke verschwiegen, worauf es allein ankommt, und darin sehen wir die Rückständigkeit und Unredlichkeit des neuen Systems, mag auch Prinz Max persönlich ein vornehmer und menschenfreundlicher Herr sein und gedanklich recht wertvolle Vorlesungen im Reichstage halten. In Deutschland bemüht man sich jetzt, um strengen Waffenstillstandsbedingungen zu entkommen, die Friedensverhandlungen in den Vordergrund zu schieben und sich um die Bedingungen der Entente zu erkundigen. Man möchte mit Taktik und kleinen Künsten machen, was durch die offene und längst fällige Tat, durch den Beweis eines wahrhaft neuen Systems sofort zu machen wäre. Daraus muß jedermann, auch der Wohlwollende, folgern, daß die Männer des alten Systems doch noch sehr stark sein müssen. Der Schluß mag unrichtig sein; vielleicht wagt man nur nicht inmitten der großen militärischen Krise die Befehlshaber zu wechseln und fürchtet den Geist des Heeres ganz zu brechen. Aber es ist offenbar, daß die schreckliche und für den Frieden tödliche Zweideutigkeit innerhalb der deutschen Politik leider nicht verschwunden ist.

Die Führer des alten Systems glauben offenbar, daß ihre Zeit schon wieder kommen wird. Der Verlauf der Reichstagsdebatten scheint jener Zuversicht leider nicht zu widersprechen; doch wir wissen, daß das deutsche Volk fortgeschrittener ist als sein Reichstag und seine Presse. Im Reichstag liest Herr Solf den Elsässern die Leviten, obwohl deren Redner früher als Kronzeuge der deutschen Propaganda in den Reichslanden galt. Er nimmt im selben Atem die Wilsonthesen mit dem Selbstbestimmungsrecht an und weist die Forderung der Dänen nach einer Volksabstimmung in Nordschleswig zurück, weil Wilson sie als Volksgenossen eines neutralen Staates nicht namentlich erwähnen konnte. Kriegsminister und Sozialdemokraten versichern um die Wette drohend, das deutsche Heer sei unbesiegt, das deutsche Hinterland ungebrochen. Es sei — aber welchen Zweck hat es, zu warten, bis das deutsche Heer besiegt und das Hinterland zusammengebrochen ist? Wer kann dies hindern, wenn nicht die Hoffnung auf eine Weltrevolution, die sicher vor dem deutschen Nationalstaate nicht Halt machen würde? Und warum drohen, wo doch Deutschland der Weg gezeigt ist, um Demütigungen zu entgehen?

Eines darf nicht vergessen werden: Wilson hat sich diesmal weit vorgewagt. Er hat zum Unterschied von der öffentlichen Meinung fast der gesamten Entente versucht, dem deutschen Volke Vertrauen zu zeigen. Wird es enttäuscht, bleibt es auch jetzt machtlos und warten es ergeben ab, ob seine Kriegsherren bereit sind, das Harakiri an sich zu vollziehen, dann ist die letzte Hoffnung verschwunden, die Katastrophe für Deutschland wenigstens zu mildern. Wilson wagte trotz der ungenügenden Unterlage der deutschen Note jenen Versuch, der noch verfrüht sein mag, weil er fühlt, wie er die Führung verliert und wie sie zu den Extremen und zur Militärpartei der Entente übergeht. Seine Aufforderung zum Waffenstillstand nötigt auch seine Alliierten, seine Thesen und damit die Grundlagen eines Verständigungsfriedens anzunehmen. Wir wissen ja nicht, was sich hinter den Kulissen der Entente ereignet; es scheint, daß dort versucht wird, die Union für alle möglichen Beuteziele einzuspannen, und wenn Deutschland nicht einlenkt, dann hat Wilson die Macht verloren, zu widerstehen, und die Entwicklung geht über ihn hinweg. Würde Deutschland die persönliche Garantie schaffen, die Wilson verlangt und verlangen muß, so hätte der Präsident einen derartigen Triumph erzielt, daß er sich der Roosevelt, Lodge, Orlando, Clemenceau und Balfour erwehren könnte. Statt, wie es die Gemäßigten in Deutschland tun, sich bereits zu freuen, wie weit Deutschland freiheitlich schon vorangekommen sei, ist es notwendig, ans Ziel zu gehen, sonst war der Weg bisher vergeblich. Es scheint, daß die Gebieter Deutschlands dies nicht verstehen wollen und sich für unentbehrlich halten; es wäre Aufgabe von Regierung und Reichstag, ihnen zu erklären, daß sie sich irren. Allerdings, man droht ihnen diesfalls mit einer Regierung des Volkszorns und mit der Militärdiktatur. Das ist ein Bluff der Militärpartei, nicht ihr erster, aber, wenn endlich Deutschland das Notwendige erkennt, ihr letzter. Die Kriegsfortsetzung ist aussichtslos, Drohungen vermögen nichts gegen die Wirklichkeit, und die innere Einheit fehlt. In letzter Stunde bietet Wilson dem deutschen Volke die Hand — möge es sie ergreifen!

National

79

Wilson gegen Wilhelm.

Die letzte Antwort des Präsidenten scheint eine ziemliche Verwirrung im allgemeinen Urteil auszulösen. Wohl jubeln die Ententeblätter, daß nunmehr Foch das Wort habe und vom Präsidenten zum Stellen von schweren Waffenstillstandsbedingungen geradezu aufgemuntert werde, doch es verstimmt sie trotzdem, daß der Präsident sich mit der inneren Umwandlung in Deutschland ernstlich beschäftigt und sie derart gewissermaßen anerkennt. In Deutschland empfindet man hingegen Wilsons Ton und Forderungen als demütigend, und das ist an sich ja ohne weiteres verständlich; nur vergißt man dabei eben in Deutschland, daß es doch die deutsche Regierung selbst war, die jenen Ton und jene Forderungen Wilsons entstehen ließ. Bei dem Streben der beiden Kriegsparteien, sowohl der Gewaltpolitiker der Entente wie der deutschen Generalspartei, den Stand der Dinge zu verfälschen, ist es notwendig, die verschüttete Wahrheit wieder freizulegen. Wilson hat allerdings der deutschen Regierung trotz ihrer recht farblosen und unerfreulichen Antwort scheinbar Glauben geschenkt und oberflächliche Beurteiler mögen darin eine Art von Anerkennung sehen. Aber in Wahrheit hat Wilson jene Anerkennung zwar einleitend ausgesprochen, um überhaupt den toten Punkt zu überwinden, doch er ging dann sofort ins Wesentliche und zeigte dem neuen System, wo es sich sofort als leistungsfähig erweisen könne und wo seine dringendste Aufgabe stecke, nämlich in der Beendigung dieses Krieges. Und um ihn zu beendigen, scheint es notwendig, daß jene Gestalten endlich nicht mehr anwesend seien, die das Weltempfinden als für ihn verantwortlich ansieht. Wilson hat daher nicht der deutschen Note und der neuen Regierung vertraut, er wollte sie nur zwingen, einen Beweis ihres Geistes und ihrer Macht zu geben; wenn man vertraut, verlangt man ja keine Beweise. Auf diesen Beweis wartet jetzt die Welt.

Das Vorgehen des Präsidenten hat dabei einen außerordentlichen agitatorischen Wert, was für ihn wichtig sein muß, weil er ja noch Kriegspartei ist. Erst im Augenblick, da der Waffenstillstand geschlossen, der Sieg der Union vollkommen, deren moralisches Kriegsziel erreicht ist, kann der Präsident aufhören, Kriegspartei zu sein und wieder anfangen, Vermittler und Schiedsrichter zu werden. Alles kommt darauf an, daß jene notwendige Metamorphose sich bald vollziehe. Er hat mit großer Geschicklichkeit die letzte deutsche Note benutzt, um sie als Sprungbrett für eine moralische Offensive zu verwenden. An sich aber beurteilt er den gegenwärtigen Stand der öffentlichen Meinung Deutschlands dahin, daß das neue System ihm keine genügenden Garantien gibt; deshalb verlangt er solche entweder persönlicher Art, indem er die Beseitigung der Häupter der prußischen Militärpartei fordert, oder sachlicher Art, indem Deutschland kapituliert. In der Form hat er daher das neue System anerkannt, in der Sache jedoch nicht, da er es nicht als ausreichende Garantie annimmt, sondern andere dafür verlangt. Die Wahl überläßt er den Deutschen. Falls der Kaiser bleibt: volle Unterwerfung; denn dann scheint ihm äußerstes Mißtrauen geboten; falls er und die Militärpartei gehen, dann mildere Bedingungen, denn die Sicherheit für die Entente würde in jenem Verschwinden liegen. In Deutschland scheint man sehr geneigt zu sein, darin eine Herabwürdigung der nationalen Ehre und eine unzulässige Einmischung zu sehen. Das kann nicht überraschen und wurde hier oft und eindringlich vorausgesagt; es schien und scheint uns durchaus nicht im Interesse der Entente zu liegen, die Hohenzollern zu Märtyrern zu machen. Wenn sie durch die Gewalt ihrer Feinde zum Verzichte gezwungen werden, so würde sich in ihnen für das Volksbewußtsein sehr vieler Deutscher Glanz und Herrlichkeit alter Kraft, Reichtums und Blüte verkörpern; sie würden zum Sinnbild nationaler Auferstehung. Wenn jedoch die Entente sich vor solcher Forderung hütet, so sind sie nur mehr die Repräsentanten eines Systems, das Deutschland ruiniert hat und innen wie außen kapitulieren mußte; das Volk würde dann aus eigenem Antrieb in seinem Hause Ordnung machen, und diese Wendung wäre sicherer, dauerhafter und würdiger, sowohl mehr im deutschen wie im Weltinteresse gelegen. Was die Militärpar-

Polen die ganze Buglinie zu belassen, wie es ihnen die Oesterreicher versprochen haben. Was Wilna anbelangt, so wird es in Litauen immer ein Fremdkörper bleiben. Die Rückgabe Wilnas an Rußland hätte das negative Resultat, daß die russische Grenze sich uns wiederum in bedrohlicher Weise nähern würde."

Ludendorff erwiderte: „Hinsichtlich der polnischen Frage mache ich den Gesichtspunkt geltend, daß ihre Lösung unbedingt vor dem Beginn der Verhandlungen im Westen erfolgt sein muß. Ich kann daher meine Uebereinstimmung zur Lösung Warschau-Wilna geben unter der Bedingung sicherer Garantien dafür, daß uns ein in diesem Falle unbedingt erforderliches enges Bündnis zwischen Polen und Deutschland gesichert, und daß unser Transport durch Polen nach der Ukraine nicht erschwert wird (ein Bündnis auf der Grundlage von Verträgen über das Militär-, Post-, Telegraphen- und Wirtschaftswesen, die Bjelowjescher Ebene mit dem notwendigen kleinen Vorland muß unter deutscher Herrschaft stehen, Befreiung der Transitwaren vom Zoll und Uebernahme eines Teils unserer Kriegsschulden durch Polen). Für die Entwicklung und das Aufblühen Litauens kann die Lostrennung einiger polnischer Gebiete von keiner großen Bedeutung sein. Freilich hat der Reichskanzler in seiner Antwort auf die Erklärung des Landrats am 2. Dezember 1917 Wilna den Litauern versprochen. Litauen wurde in dieser Antwort als selbständiger und unabhängiger Staat „auf der Grundlage der gegebenen Erklärungen" anerkannt, d. h. mit der Hauptstadt Wilna. Aber wenn wir die Stimmung des Landrats in der letzten Zeit in Betracht ziehen, so könnten wir uns dieses Versprechens auf dem Wege eines Konflikts entledigen. In jedem Falle könnte „Klein"-Litauen als selbständiger Staat existieren, aber nur unter der Bedingung einer Personalunion mit dem Deutschen Reiche oder noch besser mit Preußen. In Litauen wäre dann ein Aufruhr zu erwarten. Aber dagegen muß man gleichzeitig militärische Maßnahmen ergreifen, ehe der neue politische Kurs zur Kenntnis der Bevölkerung gelangt. Die von Grafen Roniker vorgeschlagene Volksabstimmung würde ich als ungünstig betrachten. Sie könnte den Polen die Möglichkeit eröffnen, auf diesem Wege auch andere beliebige polnische Gebiete zu fordern. Außerdem betrachte ich es als unumgänglich notwendig, ähnlichen Forderungen Widerstand entgegenzusetzen, denn ich sehe darin eine große Gefahr, daß diesen Prätentionen leicht Forderungen auf andere polnische Gebiete folgen können. Dann müßte man im Verein mit einem Vertrage die klare und unzweideutige Erklärung Polens fordern, daß es auf jeden Anspruch auf Litauen verzichtet und sich jeder polnischen Agitation in Deutschland und Litauen enthalten wird. Ich sende Ew. Exzellenz eine Karte mit den darin eingetragenen Grenzlinien, die der Lösung Warschau-Wilna entsprechen. Ich rechne damit, daß wir beim Beginn eines eventuellen Angriffes in Groß-Litauen keinen sicheren Waffenplatz haben, und wir müssen, vom militärischen Gesichtspunkt aus betrachtet, unbedingt als Brückenkopf die Gebiete Ostrowenka—Lomscha—Ossowiez bekommen, was meiner Ansicht nach nicht schwer sein wird. Ich würde mit Freuden eine Uebereinstimmung in der Frage einer ukrainisch-polnischen Grenze begrüßen, die Ew. Exzellenz zu erlangen hoffen. Ich lege Ew. Exzellenz das Projekt der Grenzlinie, vom militärischen Gesichtspunkt aus ausgearbeitet, vor, um als interessierte Instanz Ihr Urteil darüber abzugeben. Ich bitte Ew. Exzellenz, möglichst breit die Grenzpfeiler zu verteilen, die wir militärischerseits benötigen werden, beispielsweise so, daß sie die Grenzlinie Pilica—Mura—Rawka—Narew erreichen, und — wenn Ew. Exzellenz sich nicht durch ein Versprechen bezüglich Polens Oesterreich gegenüber gebunden haben — die Grenze auf der Grundlage des Memorandums vom 5. Juli 1917 festzusetzen, was mir als das Minimum der militärischen Forderungen erscheint. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im Falle einer austro-polnischen Lösung Polen keine gemeinsame Grenze mit Rußland bekommen kann, sondern durch das litauische Territorium getrennt von Rußland sein muß."

Ich rede nicht von der Wegführung unserer Maschinen, von der Zerschlagung unserer Industrie. Ein hoher Beamter erklärte unseren Industriellen lächelnd: „M. H. Was brauchen Sie eine Industrie, Sie können es ja von uns billiger haben!" In Chemnitz allein hat die Kriegsrohstoffabteilung für 8 Millionen Teppiche und andere Waren aus Polen verkauft. 700 000 arme polnische Leute hat man nach Deutschland geführt, wo sie das Leben entrechteter Sklaven geführt haben. Pilsudski, dem die polnische Nation heute das Kriegsministerium anvertraut, sitzt trotz aller Gesuche noch auf der Festung Magdeburg. Für alle diese Verfolgungen klagen wir nicht das deutsche Volk an, sondern den deutschen Militarismus. Undankbar sind nur die Machthaber gegenüber dem polnischen Volk, das allein die Fortführung des Krieges Deutschland solange ermöglicht hat. Für die Moral, die für ein von den Russen niedergebranntes Dorf 40 polnische oder litauische niederbrennen wollte, die sich darüber freute, daß Lodz hungerte, haben wir kein Verständnis. Abg. Ledebour hat die Sprache als Kennzeichen der Nationalität angeführt. Nun, wir haben doch hier gesehen, daß die Elsaß-Lothringer, trotzdem sie Deutsche sind, die Selbstbestimmung verlangen, weil sie sich innerlich als Franzosen fühlen. Deutsche und Polen sind aufeinander angewiesen, wir strecken dem deutschen Volke die Hand zur Versöhnung und zum gemeinsamen Wohle hin.

Abg. Schultz-Bromberg (Dt. Fr.):

Die Abtretung deutscher Gebiete wird hier im deutschen Reichstage mit einer Selbstverständlichkeit verlangt, die die Angehörigen der Ostmark nicht verstehen. Bezeichnend für Korfanty ist, daß er die unzweifelhaft deutsche Stadt Danzig für sich in Anspruch nimmt. Aber auch Mitglieder von Parteien, von denen wir häufig genug Loyalitätserklärungen gehört haben, halten jetzt, mit dem elsässischen Redner zu sprechen, diese Erklärungen durch den Gang der Ereignisse für überholt und streben offen fort vom deutschen Reich. Als Angehöriger der Ostmark muß ich im Namen aller Deutschen dort ohne Unterschied flammenden Protest einlegen gegen den Versuch, auch nur ein Stück dieser Landesteile vom Deutschen Reiche abzutrennen. Unsere Erklärungen und Mahnungen wurden von den maßgebenden Stellen des Reichs immer in den Wind geschlagen. Durch die Zweikaiserproklamation wurde den Polen in den Sattel geholfen. Auf das Programm Wilsons können wir ruhig eingehen. Es gibt keinen unzweifelhaft polnischen Gebietsteil innerhalb unseres Reiches. Wir im Osten sind Deutsche und wollen deutsch bleiben. (Beifall rechts.)

Der Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen, wonach auch in Elsaß-Lothringen Parlamentarier Staatssekretäre werden können, ohne ihr Mandat zu verlieren, wird mit der Aussprache verbunden.

Abg. Dr. Graf Westarp (kons.): Meine Freunde stimmen der Vorlage zu. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Dr. Graf Westarp (kons.): Meine Freunde stimmen der Vorlage zu. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Dr. Graf Westarp (kons.): Meine Freunde stimmen der Vorlage zu. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir sind der Ansicht, daß es sich hier um eine Maßnahme handelt, die nicht geeignet ist, die Stellung der Regierung zu stärken, sondern nur dazu dient, die Regierung in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Neue Freie Presse
26/X. 1918

Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung.

Die Note an Wilson.

Wien, 25. Oktober.

Der Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung hat heute von 10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und von 5 bis halb 9 Uhr abends getagt. Es wurde endgültig der Text der Note an den Präsidenten Wilson über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens fortgesetzt.

Der Entwurf der Konstituierungsurkunde.

Die Abteilung für innere Verwaltungsfragen berichtete über die Gründung einer deutschböhmischen Landesversammlung und des Landesausschusses und legte den Entwurf der Konstituierungsurkunde vor, der grundsätzlich genehmigt wurde.

Provisorische Landesversammlungen und Landesausschüsse.

In der Nachmittagssitzung wurde folgender Beschluß gefaßt: In Erwägung, daß die bisherige Zusammensetzung der Landtage und der Landesausschüsse des deutschösterreichischen Volkes nicht entspricht; in weiterer Erwägung, daß die Länder in der gegenwärtigen Staatskrise einer provisorischen Vertretung bedürfen, beschließt der Vollzugsausschuß, der Nationalversammlung folgenden Antrag vorzulegen: „Die Nationalversammlung wolle beschließen: Bis zur endgültigen Festsetzung der deutschösterreichischen Verwaltungsorganisation werden zur Vertretung der Länder provisorische Landesversammlungen und Landesausschüsse berufen.

Die deutschen politischen Parteien jedes Landes haben zu vereinbaren, in welcher Weise die provisorische Landesversammlung zusammengesetzt werden soll, wie in jenen Ländern, wo Landesausschüsse nicht bestehen, solche zu bilden, und in jenen Ländern, wo nicht alle Parteien im Landesausschusse vertreten sind, Berufungen in die Landesausschüsse erfolgen sollen.

Von der Konstituierung der provisorischen Landesversammlungen und Landesausschüsse ist der Vollzugsausschuß zu verständigen."

Der Obmann des Ernährungsausschusses berichtete über dessen Beratungen und legte Anträge vor, mit denen sich der Vollzugsausschuß morgen beschäftigen wird.

Ferner wurde ein Beirat mit dem Auftrag eingesetzt, Vorschläge über die Verwendung von Arbeitskräften und die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit beim Uebergang von der Kriegs- in die Friedensindustrie zu erstatten. In diesem Beirate sollen sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter paritätisch vertreten sein. Den Vorsitz wird ein Mitglied des Vollzugsausschusses führen.

Nächste Sitzung morgen Samstag, 26. d., 10 Uhr vormittags.

Forderungen des deutschösterreichischen Städtetages an die Nationalversammlung.

Die Vertreter der deutschösterreichischen Städte hielten im Wiener Rathause eine außerordentliche Tagung ab. Der Obmann des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Versammlung und gab bekannt, daß sich in seinem Auftrage Oberkurator v. Steiner der Abordnung der deutschen Nationalversammlung angeschlossen habe, welche in Berlin die Hilfe des Deutschen Reiches bezüglich der Ernährung der Stadt Wien und des deutschösterreichischen Gebietes anzusprechen habe. Die bestehende Regierung habe tatsächlich zu funktionieren aufgehört, die deutsche Nationalversammlung habe noch keine Exekutive. Der Ernährungsminister habe ihm erklärt, er sei nicht mehr in der Lage, einzugreifen, die Regierung habe keine Gewalt mehr, der Bürgermeister möge sich selbst helfen. Dies sei schwer möglich, da ihm der staatliche Apparat nicht zur Verfügung stehe. Wenn die Regierung erkläre, sie habe keine Macht mehr, dann sei es Pflicht der Nationalversammlung, sich selbst diese Macht zu geben und jenen Apparat zu schaffen, der imstande sei, die Lebensbedürfnisse der städtischen Bevölkerung sicherzustellen.

Der Bürgermeister legte dann eine Entschließung vor, die verlangt, daß die deutsche Nationalversammlung möglichst rasch die gesamte Verwaltung des neuen deutschen Staates übernehme und dafür sorge, daß nicht nur zweckentsprechende Anordnungen an die Verwaltungsbehörden hinausgehen, sondern daß diese Anordnungen auch klaglos und restlos durchgeführt werden. Am dringendsten ist dies auf dem Gebiete der Volksernährung, wo die staatliche Gewalt längst versagt hat. Die deutschen Gebiete des ehemaligen Oesterreich bilden heute bereits ein besonderes, von seinen Nachbarn abgeschlossenes Ernährungsgebiet und bedürfen deshalb auch eines eigenen öffentlichen Ernährungsdienstes. Es wird deshalb für diese Gebiete die sofortige Errichtung eines selbständigen Volksernährungsamtes und dessen Unterstellung unter die Nationalversammlung verlangt. Bei der bevorstehenden Abrüstung und Heimkehr der im Felde stehenden Truppen wird es eine besonders wichtige Aufgabe der Nationalversammlung sein, die Ordnung aufrechtzuhalten und durch rechtzeitige Vorbeugungsmaßregeln Ausschreitungen und Unruhen zu vermeiden.

Die durch den Beschluß der Nationalversammlung angekündigte Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung und einer demokratischen Gemeindewahlordnung wird vom Städtetag gebilligt und begrüßt. Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs ist zur Mitarbeit an diesem Reformwerk heranzuziehen.

Bei der staatsfinanziellen Auseinandersetzung mit den übrigen Nationen des in seine natürlichen Bestandteile zerfallenden Staates wird nicht außer acht gelassen werden dürfen, daß die schwersten finanziellen Opfer im Kriege das deutsche Volk und insbesondere die städtische Bevölkerung und die städtischen Gemeinwesen zu tragen hatten.

Der Städtetag spricht schließlich seine Zuversicht aus, daß durch zielbewußtes und einmütiges Zusammenwirken die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage überwunden, ein baldiger, dauernden Bestand verheißender Friede erreicht und einer glücklichen Zukunft der Weg geebnet werde. Auf uns selbst gestellt, werden wir in unentwegter Bündnistreue zum Deutschen Reiche halten und in engster Verbindung mit diesem an der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des gesamten deutschen Volkes arbeiten.

Bürgermeister Fizia (Graz) beantragte einen Zusatz, nach welchem der Wunsch auszusprechen sei, daß die Nationalversammlung Vertreter der Wirtschafts- und Berufsorganisationen zur Mitarbeit heranziehe.

Abgeordneter Marckhl legt eine Entschließung des Gemeinderates der Stadt Cilli vor, in welcher verlangt wird, es möge alles aufgeboten werden, damit der auf das Deutschtum Untersteiermarks und die Einheit des Landes geplante Anschlag abgewehrt werde.

Bürgermeister Dr. Strobl (Villach) stellt einen Antrag bezüglich der Errichtung einer Staatsbank.

Abgeordneter Knirsch (Dux) spricht sich für den sofortigen Anschluß an das Deutsche Reich aus.

Direktor Pietsch (Bielitz) regt die Bildung einer Bürgerwehr an, welcher alle wehrfähigen Männer vom 18. bis zum 40. Lebensjahre anzugehören hätten und beantragt eine Entschließung gegen die Eingliederung schlesischer Gebietsteile in ein zukünftiges czecho-slowakisches oder polnisches Staatswesen.

Der Obmann der Geschäftsleitung, Abgeordneter Kraft, bezeichnet es als erste Forderung, daß das Ernährungswesen sofort verwaltungstechnisch übernommen werde.

Bei der Abstimmung wird die vom Bürgermeister Doktor Weiskirchner vorgelegte Resolution mit dem Zusatze des Bürgermeisters Fizia einstimmig angenommen, die in der Aussprache vorgebrachten Anträge und Anregungen werden von der Geschäftsleitung der deutschen Nationalversammlung unterbreitet werden.

Besprechung des deutschen Botschafters mit den Abgeordneten Dinghofer und Seitz.

Der deutsche Botschafter Graf Wedel erschien heute nachmittag im Parlament und hatte eine längere Besprechung mit den Präsidenten des deutschen Nationalrates Dr. Dinghofer und Seitz. Der dritte Präsident Fink weilt in Ernährungsangelegenheiten in Berlin und konnte an der Konferenz nicht teilnehmen. Die Konferenz hat Ernährungsangelegenheiten betroffen.

Bevorstehende Aufhebung der Zensur durch die deutsche Nationalversammlung.

Wie aus dem Parlament verlautet, beabsichtigt der Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung, in den nächsten Tagen die Präventivzensur als aufgehoben zu erklären.

Schaffung einer deutschösterreichischen Nationalgarde.

Die Wiener nationalen Körperschaften hielten in den letzten Tagen gemeinsame Beratungen ab, in denen außer nationalpolitischen Fragen auch die Schaffung einer deutschösterreichischen Nationalgarde besprochen wurde. Wie verlautet, sind die Vorbereitungen zur Bildung dieser deutschösterreichischen Nationalgarde in Wien und in ganz Deutschösterreich bereits im Gange.

Die konstituierende Landesversammlung Deutschböhmens.

Der vorbereitende Ausschuß der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten hielt heute eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, Dienstag den 29. d. eine Vollversammlung der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten in Wien mit der Tagesordnung abzuhalten: Beschlußfassung über die Konstituierung Deutschböhmens. Dieser Vollversammlung wird der vorbereitende Ausschuß vorschlagen, für Montag der 4. November nach Aussig die konstituierende Landesversammlung Deutschböhmens einzuberufen.

Die deutschösterreichischen Abgeordneten in Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 25. Oktober.

Die gestern in Berlin eingetroffenen deutschösterreichischen Abgeordneten traten heute mittag zu einer Beratung mit dem Vizekanzler v. Payer zusammen. Die deutschösterreichischen Abgeordneten ergriffen alle nacheinander das Wort. Sie setzten ihre Wünsche bezüglich der Beihilfe zur Ernährung Deutschösterreichs auseinander. Der Leiter des Kriegsernährungsamtes v. Waldow beteiligte sich an der Debatte und brachte den Standpunkt seines Ressorts zur Geltung.

Heute nachmittag um 5 Uhr erschienen die deutschösterreichischen Abgeordneten im Reichstag. Sie hielten sich zuerst in der Wandelhalle auf und wurden mit zahlreichen Reichstagsabgeordneten aller Parteien bekanntgemacht, denen sie im Einzelgespräch die Gründe ihrer Anwesenheit auseinandersetzten. Um halb 6 Uhr trat der innerparteiliche Ausschuß mit den deutschösterreichischen Abgeordneten zu einer Sitzung zusammen. Die deutschösterreichischen Abgeordneten sind vom Staatssekretär des auswärtigen Amtes Dr. Solf zum Abendessen geladen.

Irgendwelche Beschlüsse bezüglich der Wünsche der deutschösterreichischen Abgeordneten sind bisher nicht gefaßt worden. Es besteht in Regierungskreisen große Neigung, diese Wünsche nach Möglichkeit zu erfüllen, doch werden erst Erwägungen darüber stattfinden, inwieweit die Ernährungsbedürfnisse des deutschen Volkes in Deutschland eine Hilfe erlauben.

Vossische Zeitung 27./X.1918.

Annahme der neuen Verfassungsänderungen.

Deutscher Reichstag.

197. Sitzung vom Sonnabend, 26. Oktober 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Payer, Trimborn, Gröber, Erzberger, v. Manz.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Abg. Siebenbürger darauf hin, daß der „Vorwärts" betont habe, daß die Konservativen an der Ausschußsitzung zur Erhöhung der Mannschaftslöhnung nicht teilgenommen hätten. Den Konservativen sei aber zu dieser Sitzung keine Einladung zugegangen.

Dritte Lesung der Verfassungsvorlagen.

Dazu liegt der Abänderungsantrag der Mehrheitsparteien zu den Artikeln 11, 15, 17, 53, 64 und 66 vor, den wir im gestrigen Abendblatt wiedergegeben haben.

Eine Geschäftsordungsaussprache.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Wir haben die Auffassung, daß die Beratung dieses Antrages im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zulässig ist. Es handelt sich hier nicht um einen Abänderungsantrag, sondern um den Vorschlag eines neuen Gesetzes. Die Drucksache ist erst heute Vormittag verteilt worden, nachdem der Antrag im Dunkelkabinett der Mehrheitsparteien vorbereitet worden ist. Politische Gründe können für eine solche überhastete Erledigung nicht sprechen. Solche Abänderungen der Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn niemand widerspricht.

Das Haus erklärt mit großer Mehrheit, daß die Beratung des Antrags in der vorliegenden Form zulässig sei.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Ich habe die Anträge der Mehrheitsparteien zu begründen. Die konservative und die alldeutsche Presse erhebt gegen uns den Vorwurf, daß die Anträge vom Auslande diktiert seien. Nur Unwissenheit kann eine solche Behauptung aufstellen. (Sehr richtig! b. d. Mehrheit.) In unseren Anträgen befindet sich kein Satz, der nicht längst von großen Parteien des Reichstags gefordert worden wäre. Sämtliche Anträge entsprechen dem, was der Verfassungsausschuß bereits im Frühjahr 1917 beschlossen hat. Wir setzen an die Stelle der bisherigen rein platonisch-moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers die rechtliche Verantwortlichkeit. Das ist eine Forderung, die seit 1869 im Reichstag gestellt worden ist. Damals haben sich die Freikonservativen auch auf diesen Boden gestellt. Gewiß, Fürst Bismarck hat sich gegen die Anträge gesträubt. Aber er hat seinen Irrtum eingesehen. In seiner Rede auf dem Markte in Jena 1892 ist er gewissermaßen bahnbrechend für das jetzige Vorgehen der Mehrheitsparteien aufgetreten. (Hört! hört! b. d. Mehrh.) In Zukunft sollen alle Handlungen der Militärgewalt von unzweifelhaft politischer Bedeutung unter die Verantwortung des Reichskanzlers fallen. (Abg. Graf **Westarp**: Wann ist das der Fall?) Ich will einige Beispiele nennen. Nach unserer Meinung fällt unzweifelhaft unter die Kontrolle des Reichstags und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, wenn der Träger der Reichsgewalt zum Durchmarsch der Truppen durch ein neutrales Land auffordert oder wenn aus dem feindlichen Ausland die Zurückführung der männlichen Arbeitskräfte befohlen oder wenn ein unbeschränkter U-Bootkrieg befohlen wird, — alles dies sind Handlungen, die unzweifelhaft von großer politischer Bedeutung sind und daher unter den Artikel 15 Absatz 2 der Verfassung fallen. Rein militärische Fragen ohne politische Bedeutung fallen nicht darunter. Auf Bayern finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Wir wollen mit unseren Anträgen auch die Ausnahmestellung des Militärkabinetts beseitigen, die wir seit 50 Jahren aufs schärfste bekämpfen. Das Militärkabinett soll wieder seine Personalbearbeitung werden und unter die verfassungsmäßige Verantwortung des Kriegsministers gestellt werden. Für eine Protektions-, Kabinetts- und Willkürherrschaft ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Alle Bevorzugungen einzelner Klassen und Kliquen sollen aufhören. Wir wollen, um mit Bismarck zu sprechen, unserem Volke den Grad der Freiheit geben, der mit der Sicherheit des Reiches irgendwie verträglich ist. Mit dem 30. September und 5. Oktober hat der alte Bürokratenstaat mit seiner Kabinettsregierung zu bestehen aufgehört. Im Volke besteht eine tiefe Sehnsucht nach einer neuen Zeit. Für diese neue Zeit wollen wir jetzt die Bahn freimachen. Klarheit und Freiheit ergänzen einander und im Sinne dieser Klarheit bitten wir um Annahme dieser Anträge. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.)

Die Unabhängigen Sozialdemokraten haben einen Abänderungsantrag eingebracht, der u. a. das gleiche Wahlrecht für alle Bundesstaaten, auch für die Frauen anstrebt. Der Antrag kann nicht zur Beratung gestellt werden, da er nur von 24 Abgeordneten unterzeichnet ist und nach der Geschäftsordnung bei der dritten Lesung Anträge mindestens 30 Unterschriften haben müssen.

Abg. Lilt-Eßlingen (nl.):

Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Schritte, die Regierung und Oberste Heeresleitung unternommen haben, mußten schwerwiegende innen- und außenpolitische Folgen für unser Vaterland herbeiführen. Die Entwicklung der internationalen Lage und die Noten des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika legen der Regierung die gebieterische Pflicht auf, den schriftlichen Meinungsaustausch mit unseren Gegnern bis zu einer Klarstellung über die Bedingungen fortzusetzen, die die mit uns im Kriege befindlichen Staaten für einen Waffenstillstand, wie für einen Frieden stellen werden. (Sehr richtig!) Erst dann wird es Regierung oder Volksvertretung möglich sein, die nächste Entscheidung zu fällen und nur ein solches Verfahren vermag die Bildung eines einigenden Volkswillens zu sichern. Wir pflichten dem Reichskanzler bei: „Wer den Rechtsfrieden, von dem Wilson spricht, ehrlich will, darf sich einem Gewaltfrieden nicht kampflos beugen. Aus diesen Gründen haben wir, wie sich das aus unserer Beteiligung an der Vertrauenskundgebung für die Reichsleitung ergibt, die Antworten, die die Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten erteilt hat, gebilligt. Wir erwarten, daß auch seine letzte Note von der Reichsleitung beantwortet werden wird.

Sowohl die Verfassungsänderungen, die der Reichstag gestern angenommen hat, wie die heute zur Beratung stehenden Anträge bewegen sich in einer Richtung, die mit der Haltung unserer Fraktion bei Beratungen des Verfassungsausschusses im Einklang stehen. Bei der weittragenden Bedeutung der Materie hätten wir allerdings eine eingehendere Aussprache über diese Anträge gewünscht. Aus dem Entschluß, das parlamentarische System in Deutschland einzuführen, ergibt sich aber die Notwendigkeit, alle Zweige der ausübenden Gewalt dem Einfluß der auf dem Willen des Reichstags beruhenden verantwortlichen Regierung unterzuordnen. Das nationale Interesse gebietet auch, die somit erforderlich gewordenen Verfassungsänderungen schnellstens geltendes Recht werden zu lassen, damit dem Auslande jeder Vorwurf zu der Behauptung genommen wird, eine Fortführung dieses Krieges richte sich gegen irgendwelche Machthaber in Deutschland und nicht gegen das deutsche Volk. Wir werden den Anträgen unsere Zustimmung geben.

Präsident **Fehrenbach**: Der Satz, daß die Partei des Vorredners eine Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson erwarte, entsprach nicht den gestrigen Abmachungen. Ich wollte dagegen vorgehen, da war die Sache schon vorbei. (Heiterkeit.)

Abg. von Graefe (kons.):

In diesem Augenblicke, wo unser Haus draußen toller brennt, denn je, wird es einem schwer, hier innere Fragen zu behandeln. Im fünften Kriegsjahr und in dessen kritischster Stunde sollte man, wie der Vizekanzler richtig sagte, keine staatsrechtlichen Experimente und Kunststücke der Volksvertretung zur Beratung vorlegen. Ganz besonders nicht mit einer derartigen Eile. Diese Eile ist wenig berechtigt, das zeigt die Besetzung der Ministerbank, denn trotz dieser wichtigen Umänderungen unserer Reichsverfassung haben eine Anzahl von Ministern offenbar wichtigere Geschäfte. Die Sache soll ja noch weitergehen. Die „Vossische Zeitung" spricht von einer Abänderung des Fahneneides, von einem Staatssekretariat für den Krieg, von der Stellung des Generalstabs unter den Reichskanzler.

Es handelt sich hier um die ernstesten Fragen von Vergangenheit und Zukunft, um einen völligen Umsturz unserer Reichsverfassung. (Sehr richtig! rechts. — Abg. Ledebour: Noch nicht genug!) Ganz richtig, es werden weitere Aenderungen in Ihrem Sinne erfolgen. (Abg. Ledebour: Ganz recht!) Ich habe immer recht, Sie merken es nur nicht immer. (Heiterkeit.)

Der zweite Teil der Anträge erstrebt die restlose Beseitigung der Kommandogewalt der Krone. Gewiß haben wir uns schon früher mit dieser Frage beschäftigt. Aber früher hat die Regierung sich stets dagegen erklärt, weil wir kein Reichsheer haben und weil damit der föderative Charakter des Reiches vernichtet würde. In Bayern und Württemberg besteht die Gegenzeichnung des Kriegsministers. Aber es kommt auf die Tendenz an. Hier handelt es sich um die offen zugegebene Tendenz, die Kommandogewalt der Krone auszuschalten. (Sehr richtig! rechts.) Das aber halten wir für so verhängnisvoll, daß wir die Zustimmung von Parteien nicht verstehen, die bisher volles Verständnis für unser Heer hatten. (Unruhe b. d. Mehrheit.) Gewiß, das Militärkabinett ist in Offizierskreisen unbeliebt und über eine Aenderung ließe sich reden. Aber auch hier kommt es auf die Tendenz an, die Kommandogewalt soll abgeschafft werden, weil Wilson es will. Das aber mache ich als alter Soldat, als alter Preuße und als Deutscher nicht mit. (Zuruf links: Dann lassen Sie sich begraben!) Ob ich mich begraben oder verbrennen lasse, ist meine Sache. (Heiterkeit.) Werden die Anträge angenommen, dann wird nur ein Schattenkaisertum übrig bleiben, die wechselnden Parlamentsmehrheiten haben alle Macht. Als früher einmal Dr. Cohn verlangte, daß unsere Heerführer unter parlamentarische Kontrolle gestellt würden, da ging ein Sturm der Entrüstung durch das Haus. Heute sind wir so weit, heute ist der Cohnsche Ausschuß da. (Heiterkeit rechts.) Wir treiben russischen Zuständen entgegen. Die Armee wird politisiert werden, und das ausgerechnet in dem jetzigen Augenblick. Unterschätzen Sie nicht das in der Armee weit verbreitete persönliche Gefühl zum Obersten Befehlshaber (Sehr richtig! rechts, Lachen links). Sie sind ja überhaupt schlechte Psychologen, wie der gestrige Beifall der Galerie bewies, als nationale Töne angeschlagen wurden (Lachen links). Wenn Sie schon das Wahlrecht ohne die Feldgrauen machen, so lassen Sie die Finger von dieser Sache, die die persönlichsten Beziehungen der Soldaten zu den Heerführern berühren, freilich Fragen, von denen Sie (nach links) nichts wissen, da die Mehrzahl von Ihnen nicht vor dem Feind gestanden hat (stürmische Unterbrechungen links, Zurufe: Sie werden Ihr blaues Wunder erleben, wenn die Feldgrauen heimkommen). Schließlich werden Laien die Heerführung übernehmen. Treitschke hat ein debattierendes Heer eine schreckliche Pest genannt. Ganz unsere Meinung. Ich bin überzeugt, daß die Armee diesen Eingriff in die höchste Kommandogewalt als eine schwere Kränkung empfinden wird (Zustimmung rechts, Lachen links). Darum kann ich noch nicht daran glauben, daß die maßgebenden militärischen Stellen diese Sachen mitmachen werden. (Sehr gut! rechts. Große Unruhe bei der Mehrheit. Erneute Zustimmung rechts. Lärm bei der Mehrheit. Rufe links: Aufforderung zum Staatsstreich!) Die Stellungnahme der militärischen Stellen ist Ihnen immer nur dann angenehm, wenn sie Ihnen paßt. Dann wird die Oberste Heeresleitung vor den Karren gespannt. Wenn aber die militärischen Stellen einmal eine andere Ansicht haben, dann wird nicht veröffentlicht, was ein Hindenburg z. B. über eine Antwort aus Amerika denkt. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit.) Ich vertraue nicht nur auf die militärischen Stellen, ich vertraue auch noch darauf, daß die Allerhöchste Stelle sich nicht ohne weiteres ihre Rechte nehmen lassen wird. (Hört, hört! bei der Mehrheit, Zurufe: Schieben Sie die Allerhöchste Stelle nicht vor!)

Ich hoffe, daß sich unter Umständen noch Männer finden werden, die die Lage so ansehen, wie es Bismarck tat, als sein König freiwillig auf wichtige Rechte verzichten wollte. Er sagte, es sei die Pflicht des Trägers der Krone, seine Rechte unter allen Umständen, nötigenfalls unter Einsatz von Leib und Leben zu schützen, denn diese Rechte seien ihm von Gott verliehen. Ob er auf dem Schaffott oder auf dem Schlachtfeld ende, tue nichts, nur dürfe ein König nicht kapitulieren. Er müsse jeder Vergewaltigung entgegentreten. Bismarck verwies dabei auch auf Karl I. (Hört! Hört! b. d. Mehrheit. Zurufe: Sie spielen mit dem Feuer!) Es war kein schlechter Rat, den Bismarck damit seinem Könige gab.

Auch wir haben oft von dem Recht der Kritik auch der Allerhöchsten Stelle gegenüber Gebrauch gemacht. Das ist das gute Recht freier deutscher Männer. Aber das deutsche Volk läßt sich das monarchische Gefühl nicht aus dem Herzen reißen. Wenn Sie auf diesem Wege weiter schreiten, so wird sich sogar aus weiten sozialdemokratischen Kreisen die Mauer verstärken, die sich schützend vor die Person des Kaisers stellen wird. (Beifall rechts. — Zuruf links: Sie reißen die Mauer ein.) Das „Berliner Tageblatt" verweist heute auf den engen Zusammenhang dieser Anträge mit der Friedensfrage. Damit wird zugegeben, daß diese Anträge gestellt sind, um die Verhandlungen mit Wilson zu erleichtern. Wilson besteht, daß das Reich eine ohnmächtige Krone haben soll, und die Mehrheit beugt sich. (Lärm.) Das machen wir nicht mit, wir glauben, daß die Geschichte uns recht geben wird. (Bravo rechts. — Zischen bei der Mehrheit.)

Staatssekretär Groeber:

Wenn die Anträge Annahme finden, wird die Reichsleitung im Bundesrat für die Anträge eintreten. (Beifall bei der Mehrheit.) Zunächst handelt es sich um die Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden. Gerade dieser Krieg beweist, daß die Verantwortung für einen Krieg ein einzelner, und mag er noch so hervorragend und gewissenhaft sein, nicht tragen kann. Die Verantwortung muß vom ganzen Volke getragen werden. Heutzutage kann ein Krieg nur geführt werden, wenn er ein wahrer Volkskrieg ist. Daß der Reichskanzler das Vertrauen bedarf, ist nicht etwa eine neue Forderung, es ist nur die Formulierung der Erklärung des Reichskanzlers, daß ein Kanzler in aller Zukunft seines Amtes nicht walten könne, wenn er nicht des Vertrauens der Mehrheit sicher ist. (Zustimmung.)

Die Ausdehnung der Verantwortlichkeit auf alle Handlungen des Kaisers entspricht heute schon einer richtigen Auslegung. Zum Beispiel ist die Entsendung von Truppen nach Finnland nicht nur von militärischer, sondern auch von großer politischer Bedeutung. Dasselbe gilt für die Behandlung der besetzten Gebiete und ihrer Bevölkerung. Dem Reichstag gegenüber muß dafür eine verantwortliche Stelle vorhanden sein. Schon in der Bewilligung der Gelder liegt eine Rechtsgrundlage für die Mitverantwortung und Mitwirkung des Reichstages und für die Verantwortung des Reichskanzlers, der über die Verwendung der Gelder zu verfügen hat. Fürst Bismarck hat am 24. Februar 1882 in der „Post" einen Artikel erscheinen lassen, der das Problem der belgischen Neutralität erörterte und worin er es am Schlusse als einen Irrtum bezeichnet, daß die Leitung der Politik den Gesichtspunkten des Generalstabes unterworfen sei und nicht umgekehrt. Er stellt fest: die Politik steht über den Gesichtspunkten des Generalstabes. Auch Fürst Bülow hat am 19. Januar 1913 erklärt, daß er in weitem Rahmen die Verantwortung für die Rückwirkung persönlicher Kundgebungen übernehme, und hat damit erläutert, daß er verantwortlich sei für eine Führung der Geschäfte, die weder den äußeren noch den inneren Frieden des Reiches gefährde.

Vizepräsident **Dove** teilt mit, daß die Anträge der Unabhängigen Sozialisten mit zur Beratung stehen, da inzwischen weitere sechs Unterschriften geleistet worden sind.

Abg. Landsberg (Soz.):

Es ist uns darum zu tun, daß die Verfassungsanträge noch heute verabschiedet werden. Die Anträge der Unabhängigen Sozialisten enthalten durchaus beachtenswertes Material, und ich schlage ihre Zuweisung an den Verfassungsausschuß vor. Herr von Graefe hat den Mut gehabt, zu rufen: Die Armee wird sich eine Aenderung der Verfassung nicht gefallen lassen. Das ist eine unerhörte, eine ruchlose Aeußerung. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Hat ein Mann, über dessen Lipen solche Worte kommen, das geringste Verständnis für die Lage unseres Volkes? Wie ist das Gewissen dieses Mannes gestellt. Die Armee hat den Beruf, die Freiheit des Volkes zu schützen, nicht aber sie zu vernichten. Wer in diesen Tagen mit dem Gedanken des Appells an die Gewalt spielt, der spielt va banque. (Beifall bei der Mehrheit.) Keiner will einen Frieden der Schmach, der nationalen Zerstückelung. Jeder will sein Bestes einsetzen, um von Deutschland ein namenloses Unglück abzuwenden. Bricht die Front im Westen zusammen, so haben wir unser Schicksal nicht mehr in der Hand, so sind wir ausschließlich Objekte der Friedensverhandlungen. (Sehr richtig!) Und die Front muß zusammenbrechen, wenn im Inlande der Bürgerkrieg tobt! (Sehr richtig!) Hier im Reichstag ist eine Mehrheit an der Arbeit, die gewillt ist und die die Kraft haben wird, der Freiheit in Deutschland eine Gasse zu bahnen. Niemand darf diese Mehrheit bei ihrer Arbeit hindern und wird sie hindern können. Meine politischen Freunde haben stets das Recht der Völker auf Revolution anerkannt, wenn eine Volksmehrheit von einer Minderheit geknechtet wird. Niemals aber hat eine Minderheit das Recht der bewaffneten Erhebung zum Zwecke der Verhängung einer Diktatur. (Beifall.)

Abg. Bernstein (U. Soz.):

Je radikaler reformiert wird, um so eher bekommen wir den Frieden, und um so besser wird er ausfallen. Ihn zu hintertreiben ist verbrecherisch. Eine Regierung darf nicht vabanque spielen wie ein Bankerotteur, der die drohende Gefahr hinausschieben will.

Wir können ohne Elsaß-Lothringen und Polen bestehen. Aber die verbrecherische Agitation, wie sie jetzt von den Alldeutschen und ihren Helfershelfern getrieben wird, kann im gegenwärtigen Augenblick unsere ganze Zukunft gefährden. Einer der Hauptheger war von jeher der General Keim. Ich stelle deshalb fest, daß er seit 1901 von einer der ersten Rüstungsfirmen ein festes Gehalt und außerdem unregelmäßige Zuwendungen bezogen hat. (Unruhe.) Es ist nicht der einzige General, der von dieser Firma ein Gehalt bezieht. Dieser Agitation kann nicht stark und energisch genug entgegengetreten werden. Unser Volk und unsere Soldaten sind den Krieg satt, wie man eine Sache nur satt haben kann.

General Scheüch:

In Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär Groeber kann ich nach reiflicher Prüfung der vorliegenden Anträge nach Form und Inhalt nichts finden, was eine Gefährdung des festen Gefüges unseres Heeres verursachen könnte. (Hört! Hört!) Insbesondere wird das persönliche Verhältnis zwischen König und Offizier durch die Anträge nicht berührt. (Hört! Hört!) Die deutsche Mannestreue wird auch in Zukunft als eine der sichersten Stützen unseres Heerwesens gesichert bleiben. (Lebh. Beif.).

Die Aussprache schließt.

Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten geht an den Verfassungsausschuß.

Darauf werden die Verfassungsanträge der Mehrheitsparteien unter lebhaftem Beifall der Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen nur die Konservativen und einige Mitglieder der Deutschen Fraktion.

Das Haus vertagt sich. Vizepräsident **Dove** erbittet für den Präsidenten die Ermächtigung, die nächste Sitzung anzusetzen. Das Haus ist damit einverstanden.

Schluß 6 Uhr.

Phönix Deutschösterreich. (Originalzeichnung von Theo Zasche.)



Die Flut der Zeit geht hoch und schwer;
sie fegte übers Reich dahin,
und Oestreich-Ungarn ist nicht mehr.
Was aber ist der Sturmflut Sinn?

Den andern, was ihr Recht erheischt,
doch uns, Deutschöstreich, unser Teil.
Ob ihr das alte Reich zerfleischt
gilt gleich —, doch unser Recht bleib heil!

O Phönix, Jung-Deutschösterreich,
heb dich empor aus Schutt und Rauch!
Steig sonnenwärts, zum Himmelreich!
Spürst du der neuen Freiheit Hauch?

92
Österr. Volkszeitung
27/X. 1918

Reichspost
27./X. 1918

Die Gründung Deutschösterreichs.

Die Antwort an Wilson. — Kundgebungen der Wiener Universität und der Deutschradikalen. — Der Minoritätenschutz.

Der Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung hat heute vormittags den Text seiner Antwortnote an Wilson endgültig festgestellt, ebenso die Mitteilungen seiner Gründung an die österreichische, ungarische, deutsche und an die neutralen Regierungen verfaßt. Die Verhandlung über die übrigen Punkte wurde auf Montag vertagt.

Der akademische Senat der Wiener Universität hat heute abend eine Kundgebung beschlossen, in der er sich feierlichst zu dem neugegründeten Staate Deutschösterreich bekennt, von der Nationalversammlung die politische Zusammenfassung sämtlicher deutscher Siedlungsgebiete der Monarchie und Schutz der deutschen Sprachinseln und Minderheiten in den Fremdsprachgebieten erwartet. Das deutsche Volk dürfe, gestützt auf seine wirtschaftliche und geistige Kraft sowie auf seine kulturellen Leistungen, hellen Blickes in die Zukunft schauen; die Wiener Universität werde getreu an der Seite ihres Volkes stehen und nach wie vor dahin wirken, daß Deutschösterreich als lebensvoller Zweig am Stamme des deutschen Volkes, der sich niemals von ihm wolle trennen lassen, gedeihe und daß sie selbst bleibe, was sie bisher gewesen sei: ein geistiger Brennpunkt und ein kulturelles Zentrum für das eigene Volk und zugleich für die gesamte Kulturwelt. — Diese Kundgebung wurde an den Vollzugsausschuß der Nationalversammlung, an das Unterrichtsministerium und an alle deutschen Hochschulen Oesterreichs übermittelt.

Die deutschradikale Reichsparteileitung fordert in einer Verlautbarung ihrer Beschlüsse vom Vollzugsausschuß Deutschösterreichs:

eheste Einsetzung einer Regierung, die die militärisch-politische und wirtschaftliche Macht in Deutschösterreich übernimmt, engsten Anschluß an das Deutsche Reich als einzige Gewähr für eine gesunde völkische und wirtschaftliche Entwicklung; sie fordert mit Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Schaffung eines deutschen Hinterlandes im Osten für Wien, die Heimholung der deutschen Grenzbezirke Ungarns, Schaffung eines deutschösterreichischen Reichsgesetzblattes. Die Volkszugehörigkeit der in Deutschösterreich tätigen Beamten sei raschestens festzustellen, die nichtdeutschen Beamten seien an die slavischen Nationalstaaten abzugeben, die in slavischen Gebieten bediensteten deutschen Beamten rückzuversetzen. Angesichts der Lebensmittelabsperrung wird die Einstellung der Millionenbeiträge, die zum Wiederaufbau Galiziens und der südlichen nichtdeutschen Gebiete ausgeworfen werden, und die sofortige Abschiebung der galizischen Flüchtlinge verlangt. Nach Einstellung der Kämpfe sollen die deutschen Soldaten und Offiziere aus den nichtdeutschen Verbänden zurückgezogen und das deutsche Militär in die heimischen Garnisonen Deutschösterreichs rückversetzt werden.

Der Deutsche Volksrat für Oesterreich hat für Donnerstag und Freitag eine Tagung der deutschen Minderheiten aus den Sudeten- und Alpenländern nach Wien einberufen, um die Sicherung zu beraten, die entweder der deutschösterreichische Staat selbst oder seine Verträge mit den Nachbarstaaten den deutschen Minderheiten zu erwirken imstande wären.

Aufhebung der Zensur durch den deutschen Vollzugsausschuß.

Das „Neue Wiener Tagblatt" veröffentlicht heute in einem Aufsatze, der sich mit den Schäden der Zensur befaßt, folgende Mitteilung:

„Der deutsche Vollzugsausschuß will der Deutschösterreichischen Nationalversammlung in ihrer nächsten Sitzung den Beschlußantrag empfehlen, die Präventivzensur als aufgehoben zu betrachten; es unterliegt keinem Zweifel, daß die Deutschösterreichische Nationalversammlung diesen Beschluß annehmen und bekanntgeben wird. Die Presse wird danach die praktischen Folgerungen dieses Beschlusses zu ziehen wissen, wie es die Budapester Presse bereits getan hat."

Was hier als die Absicht des Deutschen Vollzugsausschusses bezeichnet wird, mag vielleicht die Absicht einzelner Gruppen desselben sein. Wir sind keine Freunde der Zensur und haben ihre Mängel genügend am eigenen Leibe erfahren, wir wissen auch, daß, wenn jene Herrschaft aufgerichtet wird, nach welcher die Gegner unserer Grundsätze verlangen, wir die Knute der Zensur in einer Weise zu spüren bekommen werden, wie niemand bisher in Oesterreich der politischen Freiheit beraubt worden ist. Dennoch möchten wir warnen. Es sei hier nicht die Rechtsfrage erörtert, ob die Deutsche Nationalversammlung überhaupt schon eine Verordnungsgewalt besitzt, jetzt

---

der zündende Funke gerade an dem Tage fällt, an dem der Landtag des Jahres 1848 eröffnet wurde, an dem denkwürdigen 13. März, und daß das erregte Volk, wie magnetisch angezogen, in den Hof des Landhauses in der Herrengasse strömte. Landmarschall Graf Montecuccoli empfängt die Deputationen, im Hof hält Adolf Fischhof die erste große Volksrede. In der Nähe

Frankfurter Zeitung 28./X. 1918

95

Das Programm der „unterdrückten Nationalitäten".

Im Haag, 27. Oktbr. Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus Philadelphia: In der Independance Hall fand ein Kongreß der unterdrückten Nationalitäten unter Vorsitz von Masaryk statt. Der Kongreß stellte folgende Grundsätze fest, die die Union der unterdrückten Völker bestimmen soll: 1) Der Verein stellt sich auf den Standpunkt des Nationalitätenprinzips, das in seinen demokratischen und sozialen Konsequenzen gewissenhaft durchgeführt werden muß, sodaß die Nation oder die Teile der Nation das Recht der Selbstbestimmung ausüben können. Da die Vermischung der Nationalitäten an ihren Grenzen in den meisten Fällen auf die Entnationalisierungspolitik der Dynastien und der autokratischen Regierungen zurückzuführen ist, ist oft eine scharfe Unterscheidung der Nationalitäten unmöglich. Deshalb müssen die bestehenden wirtschaftlichen, kulturellen und geographischen Bedingungen und die militärischen und strategischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Die mitteleuropäische der unterdrückten Nationen ist der Ansicht, daß es die Aufgabe der Friedenskonferenz ist, bei der Abfassung der Bedingungen für einen dauerhaften Frieden die alten militärischen Richtlinien und Methoden auszuschalten. 2) Die Union lehnt alle Versuche der Autokratien, zwangsweise die Nationalisierung durchzuführen, entschieden ab, ebenso die Versuche, die natürlichen Kräfte der verschiedenen Nationalitäten zu unterdrücken. Die Absicht der Friedenskonferenz muß sein, diese materiellen und geistigen Kräfte zu befreien und ihnen volle Gelegenheit zu geben, zum Wohl der allgemeinen Kultur und der Menschheit mitzuwirken; 3) Die Union nimmt keineswegs Stellung gegen eine Volksabstimmung, die die nationalen, politischen Fragen entscheiden soll, aber, weil ihr bekannt ist, daß diesen praktische Mittel oft mißbraucht werden kann, genehmigt sie eine Volksabstimmung nur, wenn sich die in Betracht kommenden Nationalitäten oder deren Teile völlig ohne Zwang äußern können. Daher ihr Wunsch, daß die Heere der Vereinigtene Staaten diejenigen Gebiete, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll, vorübergehend besetzen, denn die Vereinigten Staaten haben keinerlei territoriale Wünsche in Europa. Daher würde ihr Heer gerne zur Ausübung der Kontrolle in den Gebieten, wo man eine Volksabstimmung abhalten will, willkommen geheißen werden; 4. Nationale Minderheiten sollen in allen Ländern volle Freiheit und gleiches Recht haben. Die Völkerunion spricht sich dafür aus, daß das Völkerrecht die Rechte der nationalen Minderheiten stützen soll. Der Völkerbund kann verwirklicht werden, wenn diese nationalen Minderheiten gegen Entnationalisierungsbestrebungen geschützt werden! 5. Die Union protestiert gegen alle Versuche, Nationen oder Teile von Nationen gewaltsam umsiedeln zu lassen. Sie widerspricht derartigen alldeutschen Plänen und den Freveltaten, die die Zentralmächte bereits verschiedenen Teilen der unterdrückten Nationalitäten verübt haben, indem sie die Bevölkerung ganzer Distrikte fortschickte und eine fremde Bevölkerung dort ansiedelte. Als Beispiel dafür braucht nur Slevanien, Kroatien, Bosnien und Teile Griechenlands erwähnt zu werden; 6. Die Union bedauert die Unzuverlässigkeit der offiziellen Mitteilungen und Ziffern über Nationalitäten und Minderheiten, die von der Regierung als Mittel zur Endnationalisierung benutzt wurden. Die Friedenskonferenz soll die notwendigen Korrekturen vornehmen, wozu die verschiedenen Nationalitäten ihr statistisches Material über Erhöhung der Geburtenziffer, Ansiedlung usw. zur Verfügung des Friedenskongresses stellen müssen.

Bei der Besprechung der politischen Ziele der mitteleuropäischen Union wird darauf hingewiesen, daß wir weder erwarten noch verlangen, daß alle Nationalitäten in der Union voll vertreten sein sollen, da im Rahmen der Union Raum für eine teilweise Vertretung ist. Eine Föderation der Balkanvölker, eine engere Vereinigung der Tschechen und Polen und anderer Gruppen wird beabsichtigt.

Alle Vertreter betonten ausdrücklich die große Bedeutung der wirtschaftlichen Grundlage der Union, die die Wahrung der wirklichen gemeinschaftlichen Interessen sichert. Die befreiten Nationen wünschen eine neue Eisenbahn- und Kanalpolitik, die einen direkten Austausch der Erzeugnisse zwischen den Verbündeten ermöglicht und eine rationelle Verteilung der nationalen Reichtümer durch die Union der Nationen fördern kann. Es gibt Nationen, welche keinen freien Ausweg nach dem Meere haben. Dieser könnte von den dazwischenliegenden Ländern gegeben werden. Diese und andere ähnlichen Fragen hängen mit dem schon erwähnten Problem des künstlich herbeigeführten Zuwachses zusammen.

Nicht nur die wirtschaftlichen gemeinsamen Interessen, sondern auch eine gemeinsame Unterrichtspolitik wird die Ziele der Union fördern. Die Schulen der befreiten Nationalitäten werden einen neuen Patriotismus pflegen, aber gleichzeitig die freundschaftlichen Gefühle für die Nachbarn und alle Nationen pflegen.

Die Union hofft, daß die irregeführten Deutschen und Ungarn im Laufe der Zeit sich ihr anschließen werden in dem aufrichtigen Wunsch der alliierten Nationen, den Wiederaufbau und die Wiedergeburt Europas und der Menschheit zu fördern. Das Ziel der Union ist positiv und aufbauend und nicht nur negativ. Selbstredend ist notwendig, die Autokratie zu beseitigen und ein demokratisches Europa aufzubauen.

Montag, 28. Oktober 1918

Zeitung

gelehrten Sachen

3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich
estellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 % Teuerungszuschlag.
eile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

3 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Wilson.

Schuld oder Schuldige?

Von

Georg Bernhard.

Kein König hat eine Bataille, sondern ein Volk hat einen Krieg verloren, ein Volk, das stark, opferwillig und in einem Maße tüchtig sich bewährte, das die Welt in Erstaunen setzte. Ein Volk mit einem Heer, dessen Heldentum vom Feinde ehrend anerkannt wird. Ein Heer mit Führern, deren Namen in Walhallas Ruhmestafel für alle Zeiten eingegraben sind. Noch fassen viele der Volksgenossen die Entscheidung des Schicksals nicht, sie sträuben sich, den Verlust des Krieges einzugestehen, wo doch die deutschen Truppen noch immer in Ost und und West in fremdem Lande stehen. Sie haben nicht begriffen, daß in den großen Verhältnissen von heute nicht mehr wie früher der Krieg erst dann entschieden ist, wenn der Feind ins Land hereinbrechen konnte. Diese mangelnde Uebersicht des Politischen und Strategischen erschwert natürlich der neuen Regierung ihre Arbeit ganz außerordentlich. Sie hat die Aufgabe, die Liquidation der Fehler ihrer Vorgänger vorzunehmen. Jeder ihrer Schritte begegnet einem Mißtrauen, das der Verwechslung von Ursache und Folgen entspringt. Sie begegnet auf Schritt und Tritt dem Tadel, daß sie preisgebe, was in Wirklichkeit seit langem preisgegeben ist, und daß sie nicht Karten ausspielt, die tatsächlich durch das schlechte Spiel der Vorgänger lange den Trumpfcharakter verloren haben.

Was in den letzten Wochen Ereignis ward, ist im schnellen Wechsel der Dinge und besonders durch diesen schnellen Wechsel der großen Menge des Volkes unbegreiflich geblieben. Und es ist wahrlich zu verstehen, wenn unter diesen Umständen die Gemüter aller Menschen, die durch Jahre Verlust an Gut und Blut gebracht haben, die Frage bewegt: wiedasalles gekommen ist. Der Charakter des Deutschen neigt nicht zu der heißblütigen Aufwallung, die dem Franzosen in ähnlichen Lagen eigen ist. Deshalb formt sich in seiner Seele und in seinem Munde das Wort „Verrat" sehr schwer. Aber auch das deutsche Volk neigt, wie die Völker im allgemeinen, dazu, die Frage nach der Schuld auf leichte Weise dadurch zu lösen, indem einzelne Männer als Schuldige gestempelt werden. Diese Stimmung machen sich jetzt einige seltsame Patrioten zunutze, die sich als „Hängekommission" auftun. Sie finden jeden Tag neue Schuldige, kleine und große, und scheinen sich nicht darüber klar zu sein, daß, wenn erst einmal die Volksleidenschaft auf diesen Weg gepeitscht ist, es kein Halten mehr gibt. Denn so töricht ist kein Volk, daß es nicht aus der Lebenserfahrung (wenn schon nicht aus der Geschichte) wüßte, daß nur die Sünder selbst nach Sündenböcken suchen. Die übereifrigen Angeber sollten sich doch darüber klar sein, daß das Tribunal politischer Umwälzungen mit Wandeldekorationen arbeitet, und daß bereits hinter jedem Ankläger der neue Prokurator steht, der den, der eben erst selbstgerecht einen Schuldigen zu Fall brachte, nun seinerseits unter Anklage stellt.

Die Frage nach der Schuld an dem Unglück des deutschen Volkes kann gar nicht früh und ernst genug gestellt werden. Denn dieses Unglück ist die Schuld der deutschen Politik während des Weltkrieges. Und die Fehler, die jetzt seit vier Jahren und schon lange vor dem Krieg gemacht wurden, dürfen nicht weiter fortwirken. Politik muß nicht nur sofort nach dem Frieden, sondern insbesondere schon während der Friedensverhandlungen weiterbetrieben werden. Und deshalb kann nicht schnell genug das System dieser Politik geändert werden, wenn es sich herausstellt, daß dieses System fehlerhaft war und ist. Aber verhältnismäßig nebensächlich ist die Frage, ob einzelne Personen über die Belastung durch das System hinaus schuldig geworden und gewesen sind. Damit, daß irgend ein Staatsmann nachträglich belastet oder entlastete wird, kann, wenn die Anklage nicht grundsätzliche Bedeutung hat, höchstens der Blick von der Notwendigkeit der Aenderung und dem Verhüten von Wiederholungen abgelenkt werden.

Die Untersuchung der Schuldfrage — auch nach der sachlichen Seite — hat damit eingesetzt, daß für alles, was geschehen ist, von gewissen Seiten der U-Bootkrieg, wenn auch nicht allein, so doch in der Hauptsache verantwortlich gemacht wurde. Die Erklärung des unbeschränkten U-Bootkrieges soll nach der Auffassung dieser Leute Amerika auf den Plan gerufen und damit jene Uebermacht geschaffen haben, die zu dem jetzigen Ende führte. Ueber die Vor-

Österr. Volkszeitung
29./X. 1918

106

Prag im Freudenrausch.

Massenumzüge der tschechischen Bevölkerung. — Volksredner verkünden die Freiheit des tschechischen Volkes. — Offiziere und Soldaten entfernen die österreichischen Kokarden. — Abreise des Statthalters Grafen Coudenhove.

Prag, 28. Oktober. (Privat.) Prag hatte heute seinen bewegten Tag. Die Stadt schwebte in einem Freudenrausch. Als heute vormittags die Sonderausgaben der Blätter mit dem Sonderfriedensangebot erschienen, hißten alsbald zahlreiche Häuser weiß-rote Fahnen und auch das Altstädter Rathaus wurde beflaggt. Neben den weiß-roten Fahnen bemerkte man auch zahlreiche amerikanische Fahnen. Die Nachricht löste in der tschechischen Bevölkerung Prags ungeheuren Jubel aus. Man sah, wie wildfremde Menschen einander umarmten und küßten.

Auf dem Wenzelsplatze sammelte sich um 12 Uhr mittags eine vieltausendköpfige Menschenmenge an, so daß der Verkehr der elektrischen Straßenbahn stillstand. Nachdem einige Redner zum Volk gesprochen hatten, wurden nationale Lieder gesungen, und die Menge bewegte sich im Zuge über den Graben zum Repräsentationshause und von dort wieder zum Wenzelsplatz. Vom Wenzelsdenkmal und von einigen Balkonen des „Café Parlament" wurden Ansprachen an die Versammelten gehalten, die in der Verkündigung der Freiheit des tschechischen Volkes ausklangen. Sie wurden mit tausendstimmigen Jubelrufen aufgenommen. Soldaten nahmen unter dem Beifall und Jubel der Menge die Kappen von den Köpfen und entfernten die österreichischen Kokarden, die sie in weitem Bogen von sich warfen. Offiziere wurden angehalten und ebenfalls zur Herabnahme der Kokarden gezwungen.

Schließlich zog ein großer Teil der Versammelten unter Absingung nationaler Lieder über den im Flaggenschmuck prangenden Wenzelsplatz zum Altstädter Ring. In den Gassen wurden kleine weiß-rote und amerikanische Fahnen verteilt, die Versammelten trugen Bänder in den großslawischen Farben auf Kappen und in Knopflöchern. Gegen ½2 Uhr erschien auf dem unteren Wenzelsplatz inmitten einer vieltausendköpfigen Menge ein Zug tschechischer Offiziere und Soldaten. Alle hatten die Kokarden heruntergerissen und trugen weiß-blau-rote Bändchen auf den Kappen. Ein Leutnant, der den Säbel ebenfalls mit einem Band in den großslawischen Farben umwickelt trug, kommandierte seinen Zug zum Marsche über den Graben. Gefolgt von einer riesigen Menschenmenge zogen die Soldaten bis zum Josefsplatz und von dort zum Altstädter Ring zum Hußdenkmal.

Soldaten, mit den großslawischen Farben geschmückt, kletterten auf das Denkmal, an dessen Stufen ein alter Herr eine mit lautem Jubel aufgenommene Ansprache an die sich rasch angesammelte Volksmenge hielt. In der Volksmenge bemerkte man außer stärkeren Trupps demonstrierender Soldaten auch ganze Gruppen von Eisenbahnern, welche, wie die Militärs, die Kokarden von den Kappen entfernt hatten. An zahlreichen Geschäften, Trafiken und Aemtern wurden die kaiserlichen Adler unter dem Jubel der Zuschauer entfernt. An manchen Stellen wurden die kaiserlichen Adler mit schwarzem Tuch verkleidet. An einigen Stellen wurden auch deutsche Firmentafeln herabgenommen. Auch die Tafel des reichsdeutschen Hilfsvereins wurde abgenommen.

Kurz nach 3 Uhr stürmte eine Menge vor das Hauptpostgebäude in der Heinrichsgasse, wo ein Bursche ein Fenstergesimse bestieg und mit einer Stange unter dem Gejohle der Volksmenge die dortigen Adler herunterriß, welche von den untenstehenden Burschen auf dem Pflaster in Trümmer geschlagen wurden.

Der tschechische Nationalrat hat die Beamten der Statthalterei, der Polizei und der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch Handschlag verpflichtet, daß sie zu seinen Diensten stehen werden. Der tschechische Nationalrat hat die Verwaltung übernommen, und zwar die Abgeordneten Dr. Soukop, Stribrny und Svehla sowie der gewesene Abgeordnete Dr. Raschin, der an Stelle des Doktor Kramarz die Geschäfte führt.

Statthalter Graf Coudenhove ist heute vormittags nach Wien abgereist. Auch Polizeidirektor Dr. Kunz befindet sich in Wien.

Das 28. Infanterieregiment, das seinerzeit wegen Ueberlaufens zu den Russen aufgelöst, dann aber in der 11. Isonzoschlacht wegen tapferen Verhaltens eines Bataillons dieses Regiments wieder hergestellt wurde, ist aus Bruck an der Mur zurückgekehrt und hielt unter dem Jubel der Bevölkerung seinen Einzug in Prag.

Mit dem Militärkommandanten von Prag wurde das Abkommen getroffen, daß das Militär zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung verwendet werde.

Der tschechische Nationalrat hat sofort die Verbindung mit sämtlichen Eisenbahnstationen aufgenommen und wie es heißt, die Züge nach Deutschland und Innerösterreich sistiert.

Eine amtliche Meldung.

Aus Prag, 28. d., meldet das Telegraphen-Korrespondenzbureau:

Wie aus Wien gemeldet wird, sind dort heute über die hiesigen Vorgänge zahlreiche Gerüchte verbreitet, welche davon wissen wollen, daß der Narodni Vybor die Geschäfte der k. k. Behörden übernommen habe und daß sich im Zusammenhange damit stürmische Vorgänge abgespielt hätten.

Demgegenüber wird von maßgebender Seite festgestellt, daß in Prag die Staatsverwaltung nach wie vor von den Organen der k. k. Regierung versehen wird und daß es trotz der herrschenden beunruhigenden Erregung der Bevölkerung und öffentlichen Massenkundgebungen zu schwereren Ruhestörungen nicht gekommen ist.

Neues Wiener Tagblatt
29./X. 1918

Zwecklose Bloßstellung.

Der Gedanke, daß Deutschösterreich mitverantwortlich gemacht werden könnte für die Note des Grafen Andrassy, macht unsre Herzen zucken. Doch in dem Augenblicke, in dem wir Deutschen in Oesterreich, von Tschechen und Ungarn bedrängt, bei den deutschen Brüdern im Reich, die uns so oft in diesem Kriege mit ihren Waffen geholfen haben, auch die Rettung vor Hungersnot suchen — in dem Augenblick, da Deutschland unsre einzige Hoffnung in schlimmster Gefahr ist, wird man es begreifen, daß diese wenig würdige Note vor allem ein Schlag gegen Deutschösterreich ist. Dieses Deutschösterreich, das so vieles geduldet hat, wird aber der neuen österreichischen Regierung Lammasch-Redlich nicht das Recht zuerkennen, in seinem Namen zu sprechen, nachdem sie ihre Zustimmung erteilt hat zu dem Versuche, durch Absonderung von Deutschland bei der Entente Gnade für den wankenden ungarischen Staat zu erkaufen. Einmütig sind alle Deutschösterreicher vom rötesten Sozialdemokraten bis zum tiefst schwarzgelben Konservativen in der Erregung über diese Tat. Und nun ist es am deutschen Nationalrat, für Deutschösterreich zu sprechen und zu handeln. Wir warten auf die Nationalratsnote an Wilson!

Woodrow Wilson ist unser Feind, aber er hat nichts begangen, wodurch er sich um den Anspruch auf den Namen eines Ehrenmannes gebracht hätte. Es ist nicht wahr, daß er der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Belohnung für den Abfall in Aussicht gestellt hätte. Niemals hat er durch eine Handlung oder Aeußerung den Entschluß bekundet, von dem die Note unsres Auswärtigen Amtes spricht: „mit Oesterreich-Ungarn abgesondert über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens zu sprechen". Wahr ist vielmehr, daß Wilson, nachdem Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Einvernehmen besondere Noten an ihn gerichtet hatten, zuerst Deutschland eine Antwort erteilt hat, worin er die Frage des Waffenstillstandes auch für Oesterreich-Ungarn behandelte, und daß er erst später auch nach Wien eine Note geschickt hat, die, ohne auf unser Waffenstillstands- und Friedensbegehren einzugehen, lediglich die Forderung aufstellt, daß die österreichisch-ungarische Regierung dem Begehren der Tschecho-Slowaken und der Südslawen nach voller staatlicher Selbständigkeit nachzugeben habe. Von Sonderfrieden war da nicht die Rede. Wohl aber hat die Entente bereits, als Bulgarien einen Sonderfrieden begehrte, rundweg erklärt, daß ein solcher unmöglich sei: alle territorialen Fragen dürften erst auf der allgemeinen Friedenskonferenz geregelt werden. Kann es danach über den Erfolg der Note noch einen Zweifel geben? Graf Julius Andrassy ist kein Wirrkopf vom Schlage Karolyis. Er hat seine Note nicht in einem Rausch verfaßt, der ihm die klaren Tatsachen umnebelt hätte. Ihm ist wohl bewußt, daß diese Note ebenso zwecklos wie würdelos wäre, wenn sie nicht den einzigen Zweck hätte: eilige Lossagung von Deutschland. Und er hofft, damit Pardon für Ungarn zu erhalten.

Aber Deutschösterreich hatte und hat einen Kameraden: einen bessern find'st du nit, auch wenn er jetzt selbst in schwerster Bedrängnis ist. „Deutschland, Deutschland über alles!" ist in seinen trübsten Tagen gesungen worden, und wenn es heute heißt: „Alle, alle über Deutschland!", so soll die Welt ein mannhaftes Wort

Reichspost
29./X. 1918

109

Das Sonderfriedensanbot Andrassys.

Wien, am 28. Oktober.

Der Antwortnote Oesterreich-Ungarns an Wilson hat der Minister des Aeußern Graf Julius Andrassy eine Kundgebung an Staatssekretär Lansing folgen lassen, in der er mit Berufung auf den steten Friedenswillen Kaiser Karls erklärt, es seien schon in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen Wilsons die Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Oesterreichs und Ungarns — man darf das: „und Ungarns" wohl in einer so feierlichen Kundgebung eines ungarischen Staatsmannes besonders betonen — ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsche gänzlich unbehindert bestimmen können. Er spricht deshalb im Interesse der Menschlichkeit und aller Völker, „die in Oesterreich und Ungarn leben", an, Wilson möge erwirken, daß an allen Fronten Oesterreich-Ungarns der sofortige Waffenstillstand und die Einleitung der Friedensverhandlungen beginne. Diese Kundgebung wurde zugleich den Großmächten des Verbandes eröffnet. Es liegt somit ein formelles gesondertes Waffenstillstands- und Friedensanerbietens Oesterreich-Ungarns vor.

Als heute mittag die Note des neuen Ministers des Aeußern an die amerikanische Regierung der Oeffentlichkeit übergeben wurde, da mußte man nach allem Vorausgegangenen, nicht nur nach den ausdrücklichen Zusagen Graf Burians, sondern auch nach dem Gebot der gesamten politischen Lage annehmen, diese Note sei im Einverständnisse mit den berufenen Vertretungen der Nationalräte und in Verständigung mit dem deutschen Bundesgenossen abgefaßt worden. Man hielt deshalb das Anbot, daß Oesterreich-Ungarn bereit sei, „ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten", in Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden einzutreten, für das Ergebnis einer entsprechenden Auseinandersetzung mit den deutschösterreichischen Vertretern und der verbündeten deutschen Regierung und es liege also nicht mehr vor, als eine vereinbarte taktische Trennung der beiden Verbündeten im zeitlichen Gleichschritte, etwa, wie eine marschierende Truppe beim Passieren einer schwanken Brücke aus Gründen der Sicherheit aufhört, im gleichmäßigen Takte zu marschieren, dennoch aber dem anderen Ufer gemeinsam zustrebt.

Dem ist aber nicht so. Die Note ist, wie man jetzt erst vernimmt, ohne Heranziehung der Vertreter Deutschösterreichs abgefaßt worden und ebenso stellt es sich heraus, daß die amtlichen Stellen des verbündeten Deutschen Reiches, zum ersten Male im bisherigen Notenverkehre, ohne vorherige Verständigung geblieben und durch die Note völlig überrascht worden sind. Das schafft eine völlig veränderte Lage. Was ist heute das Ministerium des Aeußern? Auch diejenigen, welche Anhänger der gemeinsamen Einrichtungen sind, müssen erkennen, daß soviel zur Durchbrechung der Gemeinsamkeit geschehen ist, namentlich in Ungarn, daß das Ministerium des Aeußern nicht mehr allein aus eigener Autorität zu sprechen vermag, sondern bei seinen einzelnen Schritten die Uebereinstimmung mit den vorhandenen nationalen Gruppen herzustellen versuchen muß. Diese Uebereinstimmung im einzelnen Falle zu erzielen, mag für den Minister des Aeußern, ob er nun ein Ungar oder ein Oesterreicher ist, schwierig sein, aber es wird dies dem Ministerium des Aeußern, das im Besitze ganz anderer Kenntnisse über die internationale Lage und die vielen, naturgemäß vertraulichen Beziehungen der Friedensfragen ist, als der außenstehende Politiker, immer noch leichter gelingen, als den Nationalvertretungen ohne Vermittlung des Ministeriums des Aeußern. Denn die Nationalregierungen sind vielfach noch nicht gebildet und wenn auch an deren Statt in Oesterreich die nationalen Ausschüsse fungieren können, so fehlt doch in Ungarn noch die Durchbildung derselben nationalen Gliederung. Der Deutsche Vollzugsausschuß hat in seinen Donnerstag gefaßten Beschlüssen die Einsetzung der gemeinsamen Delegation der Nationalräte der einzelnen Nationen vorgeschlagen, welche den Waffenstillstand zu schließen hätten; in Erkenntnis der Schwierigkeit, die dabei Ungarn bietet, spricht der Vollzugsausschuß nicht von Ungarn. Da somit vorläufig diese „gemeinsame Delegation der Nationalräte" für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht existiert, so notwendig und dringlich sie wäre, so soll das Ministerium des Aeußern, das ja gewiß verpflichtet ist, für den Frieden ohne Verzug zu handeln, mindestens inzwischen alles unternehmen, um im Einvernehmen mit den Nationalräten zu handeln. Graf Andrassy hat dies nicht getan, und wenigstens kein Einvernehmen mit den Deutschen Oesterreichs herbeigeführt, als er seine Note hinausgab, der man auch in dem Einvernehmen mit dem deutschen Bundesgenossen andere Voraussetzungen gewünscht hätte. Es mag sein, daß die übermächtigen Verhältnisse, die uns ebenso wie Deutschland jetzt von allen Seiten umringen, zu einem Sonderfrieden nötigen; das kann nur in genauester und übersichtlicher Kenntnis der zahlreichen politischen und militärischen Tatsachen sicher bejaht oder verneint werden. Aber wenn eine Bejahung erfolgen mußte, dann mußte sie so vorbereitet erfolgen, daß niemand in Deutschland auf einen Vorwurf verfallen kann und niemand in der Monarchie auf den Gedanken, die Note Andrassys sei etwa nur ein rein ungarisches Erzeugnis und nicht völlig herausgewachsen aus dem gemeinsamen Entschlusse der Völker. Die Deutschösterreicher bedrückt das Geschehene um so mehr, als sie bis zum heutigen Tage die Bundesgenossenschaft Deutschlands tief empfunden und deren Wohltaten gern und dankbar in Anspruch genommen haben. Es klingt noch die in Berlin jetzt erhaltene Zusage in unseren Ohren, daß Deutschösterreich hunderttausend Tonnen Getreide und Kartoffeln als Lebensmittelaushilfe erhalten werde, eine Hilfeleistung, die in der jetzigen Lage nicht nur eine Hilfe gegen den Hunger ist, sondern noch gegen ganz andere Gefahren. Wenn Graf Julius Andrassy, als Vertreter der Gemeinsamkeit, vor keine andere Wahl gestellt war, als den Sonderschritt zu tun, so muß er auch die Haftbarkeit dafür übernehmen, daß Deutschösterreich von den Nutznießern seines Handelns für die zu befürchtenden Verluste seiner Volksernährung schadlos gehalten werde. Wird Ungarn dafür aufkommen, wenn Deutschösterreich infolge der heutigen Ereignisse die versprochene Zufuhr aus Deutschland nicht mehr erhält?

Inmitten der Entwicklung, die jetzt das Geschehen nimmt, vermag uns nur der Gedanke zu trösten, daß wie immer die Staatsform sein möge, in der sich die Deutschösterreicher nach dem Kriege befinden werden, die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Donaulande abwärts von Passau so fest gehärtet sind, daß von der höheren Warte der Rückschauenden aus, auch der unwiderstehliche Zwang, der sie jetzt für den Augenblick zu getrenntem Handeln nötigen mag, nur als ein gemeinsam ertragenes Unglück, aber nicht als ein dem Freunde angetanes Unrecht nachwirken wird.

einer solchen Lösung nicht zustimmen darf. Wenn heute die Weltdemokratie versagt, einen gerechten Frieden zu schaffen, dann wird später die Weltrevolution und noch später vielleicht ein neu erwachender Imperialismus versuchen, eine andere Welt zu schaffen. Die Entente-Annexionisten sehen in solchem Hinweise eine deutsche Propaganda, in dem Wahnsinn ihrer Rachgier und Beutelust sind sie besessen genug, über sich selbst und ihre angeblichen Schützlinge jedes Unglück heraufzubeschwören, bloß aus Leidenschaft, Grausamkeit und den durch die Kriegspsychose geil emporgeschossenen bösen Instinkten. So begehen sie den gleichen Fehler wie seinerzeit die Mittelmächte. Wer jene damals warnte, wer auf den Einfluß ihrer Militärpartei verwies, wer ihre Politik als zweideutig, unredlich kennzeichnete, wer bei Brest Verzicht und bei der Intervention Wilsons sofortige Annahme forderte, wie es hier geschah, der galt als Deutschfeind; ebenso wie jener, der dem Kaiser Karl zur sofortigen Einführung eines Bundesstaates, zur Verständigung mit der Entente und zu einem Druck auf Deutschland zwecks allgemeinen Friedens riet. Die Entente würde bald ebenso erfahren, daß der ihr Freund ist, der ihr dazu rät, den Bogen nicht zu überspannen, keine Vergewaltigungen zu begehen, den Versöhnungswunsch des deutschen Volkes nicht zurückzustoßen. Es ist nicht ihr Interesse, daß Deutschland bloß in Bolschewiki und Alldeutsche zerfällt und zwischen diesen beiden Mühlsteinen die Demokratie zerrieben wird, nicht ihr Interesse, daß die Internationale des Aufruhrs sich gegen die ewigen Kriegsverlängerer, Beutemacher und Vorbereiter der neuen Kriege wende. Wilson wird viel vermögen, wenn er zum Vorkämpfer der Gerechtigkeit und Vernunft wird, aber noch bedarf er des großen persönlichen Beweises, den Deutschland bisher ihm schuldig geblieben ist.

Allseits wundert man sich, daß die Abdankung der Hohenzollern bisher noch nicht erfolgte. Das heißt, ohne Menschenkenntnis urteilen. Es liegt im Wesen des Preußentums, darin eine Pflicht und kein Recht zu sehen; Kaiser Wilhelm betrachtet seine Würde wie ein ihm von Gott übergebenes Amt, er würde glauben, seine Pflicht gegen seine Ahnen, gegen den Herrn der Heerscharen, gegen sein Volk zu verletzen, wenn er es in der Stunde der Not im Stich ließe. Wir alle denken darüber anders, doch wir müssen uns, wenn wir begreifen wollen, in die strengere Auffassung eines preußischen Offiziers und eines Hohenzollern hineindenken. Wilhelm der Zweite erblickt in der Abdankung eine Desertion, würde er nur an seine persönliche Sicherheit und sein Wohlbefinden denken, so hätte er schon längst abgedankt. Man darf nicht vergessen, wie jene Empfindung das Ergebnis einer Tradition und der Zucht von Jahrhunderten ist; es ist gleichgiltig, ob man sie für rückständig empfindet oder nicht. Fraglich ist nur, ob das deutsche Volk durch jene an sich ehrenwerte Auffassung, die sicher von vielen Millionen Preußen geteilt wird, weiter in Schaden gebracht werden darf. Es scheint, daß die Machthaber des jetzigen Kriegskabinetts es nicht auf einen Zwang ankommen lassen wollen; später wird ein solcher, wenn nur erst die deutsche Konstituante gewählt und der ganze Umfang des angerichteten Unheils und der persönlichen Verantwortung des Kaisers am Kriegsanfang und an der Kriegsverlängerung zu übersehen ist, ganz sicher nicht zu vermeiden sein. Aber freilich kann niemand wissen, ob nicht die Entwicklung ein noch rascheres Tempo einschlägt; die Zersetzung in Oesterreich wird sie gewiß beschleunigen.

Heute kommen die alarmierendsten Nachrichten über die Staaten der ehemaligen Doppelmonarchie aus Deutschland: jene über den Budapester Aufruhr waren ersichtlich stark übertrieben. Man merkt die Absicht, daß Deutschland jetzt versucht, die Vereinigten Staaten von Oesterreich für unmöglich hinzustellen, damit der Anschluß von Deutsch-Oesterreich an Deutschland sich vollziehe. Vermutlich dürfte gerade jener Uebereifer des Wolff-Büros auf die Regierungen der Entente die entgegengesetzte Wirkung üben. Sicher ist das Eine, daß die Entente sich klar darüber

Vor dem Waffenstillstand.

Nunmehr darf man täglich die Mitteilung der Waffenstillstandsgarantien seitens der Entente erwarten; vorerst schwelgen alle Kriegshetzer in der Vorstellung aller Räumungen, ausgelieferter Flotten, geschleifter Festungen und abgetretener Länder, die man nur irgend als richtiger Kämpfer gegen Annexionismus und Imperialismus verlangen darf. Die Forderungen der Unverantwortlichen werden täglich ausschweifender. Wilson läßt unterdessen nach den Friedensbedingungen seiner Verbündeten fragen, was dort recht verstimmen dürfte. Das Kriegführen war immerhin viel bequemer als das Friedenschließen, und deshalb dürften die Kriegsparteien bestrebt sein, alles Wünschbare bereits als Bedingung des Waffenstillstandes zu fordern, damit es unter den früher bei den Deutschen so beliebten Begriff der militärischen „Sicherungen" falle. Ob nun die Städte des deutschen Südtirol oder Brückenköpfe am Rhein oder gar das ganze linke Rheinufer: Es sind alles bloß Sicherungen der Anti-Militaristen! Wer kann sie in ihrem Wahnsinn hindern? Wilson? Das ist die Kernfrage. Der November bringt die Kongreßwahlen in der Union; bald wird es sich entscheiden, ob die Demagogie der Roosevelts stärker ist als Wilsons Völkerbundsidee. Das einzige Hindernis zwischen einem Gewaltfrieden und der Zukunft ist die Person dieses einzigen Mannes, den die Einen gewinnen, die Anderen einschüchtern wollen. Bereits spricht man in London, Paris und Rom in Andeutungen von seiner Diktatur. Paris möchte doch sehen, was mit dem linken Rheinufer und einem süddeutschen Bunde zu machen ist; das Selbstbestimmungsrecht wirkt dabei störend; es hat seine Schuldigkeit getan und könnte nunmehr verschwinden. In London gedenkt man sich zu Tisch zu setzen: Arabien, Palästina, Mesopotamien, die deutschen Kolonien — es ist nur ärgerlich, daß Wilson stets von der „Freiheit der Meere" sprach, das ist taktlos . . . Man muß rechtzeitig zu vergessen wissen! In Italien aber möchte man am liebsten mit beiden Händen in all die schönen aufgestellten Schüsseln greifen: Epirus, Dalmatien, Kilikien, griechische Inseln, Südtirol, Istrien, Albanien, der sacro egoismo möchte sich nunmehr austoben. Wilson wird doch Spaß verstehen?

Man stellt sich großenteils noch immer in Deutschland, als könnte dieses aus eigener Kraft das Verhängnis eines Zerschmetterungsfriedens abwehren. Das ist Volksbetrug und die zugleich unwürdige und törichte Art, mit der die Wiener Regierung sich drei Wochen nach bestätigter Unverbrüchlichkeit des Bündnisses zu einem sinnlosen und gar nicht geforderten Sonderfrieden drängt, bestätigt bloß, daß Deutschland schrecklich allein steht. Im weiteren Verlaufe würde die Entente durch Oesterreich durchmarschieren und Sachsen, Bayern und Schlesien bedrohen. Außerdem würde Petroleum und mancher für Munitionserzeugung unbedingt notwendige Rohstoff bald völlig ausgehen. Man kann sich kaum vorstellen, daß Menschen so töricht sein sollten, diese Tatsachen nicht einzusehen und sich, wie die Alldeutschen, darauf zu berufen, daß Deutschland selbst noch keine Invasion erlitten habe. Soll auch noch jenes letzte Aktivum der deutschen Zukunft von jenen Ruchlosen ebenso vergeudet werden wie der andere Besitz der Nation? Deutschlands Widerstandskraft ist nicht militärischer Art, könnte es auch allenfalls noch einige Wochen oder Monate sich behaupten, und das Gerede von Volkserhebung ist sinnlos: Kinoromantik, nicht Wirklichkeit. Mit Dreschflegeln, Morgensternen und Vorderladern aus Zeughaus und Museum wehrt man sich nicht gegen die Serienerzeugung von Tanks, Gasbomben und Flammenwerfern einer feindlichen Welt. Natürlich wissen dies auch die Alldeutschen sehr wohl, aber sie wünschen ihre Großmäuligkeit weiter zu betätigen und die Gemäßigten mit der Verantwortung zu belasten. Wenn heute Tirpitz und Ludendorff die Regierung antreten würden, so könnten sie auch nichts weiter tun als kapitulieren, nur vermutlich erst zu Neujahr, wenn die Rheinprovinzen, vielleicht auch Dresden und München verwüstet wären und der Bürgerkrieg im Gange ist. Es ist immerhin besser, daß dies schon jetzt und ohne einen vorhergehenden Aufruhr an der deutschen Front geschieht.

Die Ententepresse wünscht, daß sich die Alliierten über ihre Beuteziele einigen und diese dann Deutschland einfach auferlegen; dieses selbst habe auf der Friedenskonferenz nichts zu suchen, es habe ebenso wie Oesterreich, Ungarn, die Türkei und Bulgarien hinter der Türe zu stehen und zu warten, welche Strafe über sie verhängt würde. Daß eine solche Behandlung den Erklärungen der eigenen Regierung, besonders Lloyd Georges, gröblich widersprechen würde, das kümmert die Anhänger der Ententeludendorffs wenig. Jene früheren scheinheiligen Versprechungen waren notwendig, als man noch nicht gesiegt hatte; aber nunmehr kann man sie in der Versenkung verschwinden lassen. Doch die Imperialisten bemerken mit Mißbehagen, daß es doch nicht so einfach geht, wie sie es sich dachten. Besonders in Frankreich, wo der Wunsch nach einem wirklichen Frieden tief im Volke sitzt und für viele Millionen Demokratie, Freiheit und Recht keine leeren Phrasen sind, sprechen die Führer und Zeitungen der Volksparteien eine recht drohende Sprache. Für den Augenblick mag der Sieg noch Clemenceau schützen, doch es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß die Welle revolutionärer, internationalistischer und antimilitaristischer Ideen gerade Frankreich und England nicht bespült! Frankreich hat es an sich selbst erlebt, daß jede einem großen Volke zugefügte Gewalt nur ein Provisorium schafft und neue Kriege einleitet. Seine Imperialisten schließen daraus nur, man müsse Deutschland noch besser drosseln und fesseln, als Bismarck dies 1871 bei Frankreich versuchte; doch das Gewissen und die Vernunft wehren sich dagegen. Auch ist es gewiß, daß Wilson, ohne sich zu entehren,

Nationale Zeitung · 3/10 1918

Postsparkasse Nr. 103.988

Tagblatt

ndschau

hrig K 60.—, halbjährig K 30.—, vierteljährig K 15.—, monatlich K 5.-
60.—, halbjährig K 30.—, vierteljährig K 15.—, monatlich K 5.—.
jährig Mark 48, halbjährig Mark 24.—, vierteljährig Mark 12.—.

e Zustellung durch die Post sind stets die bezüglichen Anschriftschleifen beizulegen.

28. Jahrgang.

Ostdeutsche –

Pfui Teufel!

Lange genug ist man mit dem Dolch im Gewande herumgeschlichen, jetzt ist der Dolch gezückt. Der Verrat liegt offen. Auf Bulgarien folgt Oesterreich-Ungarn. Nur die arme Türkei, die hält noch stand, Oesterreich-Ungarn aber blieb es vorbehalten, den ärgsten Verrat in diesem an Verrätereien so reichen Kriege zu begehen. Und es wird vielleicht bei uns auch noch Leute geben, die selbst darauf stolz sind! Staatsmänner sogar, Leute mit Namen in der Wissenschaft und Politik. Ohne sich mit den deutscher Politikern in Oesterreich beraten zu haben, als den Vertretern des Stammes in der Habsburger Monarchie, der in diesem Kriege die größten Opfer gebracht hat an Gut und Leben, ohne den treuesten aller Bundesgenossen, das Deutsche Reich, in Kenntnis gesetzt zu haben, ist jetzt Oesterreich-Ungarn vom Deutschen Reiche abgefallen. Man hat das Bündnis nicht erst gekündigt. Man hat ganz einfach Verrat geübt. Vielleicht entspricht das dem Charakter der leitenden Männer bei uns besser. Einem ungarischen Minister ist es vorbehalten geblieben, das Schriftstück zu fertigen, das das Zeugnis für Oesterreich-Ungarns schnöden Verrat ist. Ein böser Witz der Weltgeschichte will es, daß gerade der Sohn jenes Andrassy, der mit Bismarck das Bündnis geschaffen hat, jetzt zum Verräter wird. Nun wird man auch im Reiche draußen das Wort von der ungarischen Ritterlichkeit besser verstehen, als man es bis jetzt aufgefaßt hat. Das ist der Dank für die Waffenhilfe des Deutschen Reiches, so lohnt man die schirmende Wehr, mit der das Deutsche Reich mit seiner ganzen Kraft und Stärke sich an die Seite Oesterreich-Ungarns immer gestellt hat, wenn die beutegierigen Feinde uns bedrohten. Wegen des Mordes am Thronfolgerpaare, wegen des Mordes an einem Habsburger, hat der Krieg begonnen, der Krieg Oesterreichs mit Serbien, und daraus ist der Weltkrieg geworden, weil sich das Deutsche Reich, als Rußland sich anschickte den Serben zu Hilfe zu kommen, sofort auf die Seite seines „Bundesgenossen", Oesterreich-Ungarns, gestellt hat. Dann sind all die Feinde über Deutschland hergefallen, dann hat Italien Verrat geübt und Rumänien ist ihm gefolgt. Und wir haben uns empört, ob dieses Verrates, der — wie der greise Kaiser aus dem Habsburger Stamme im Mai des Jahres 1915 im Rufe an seine Völker geschrieben hat — der „in der Weltgeschichte seinesgleichen nicht hat." Jetzt ist dieser Verrat übertrumpft durch die — sagen wir — Politik des Reiches des greisen Franz Josef I.!

In Prag, in Laibach jubelt man, man begeht das Fest der Zertrümmerung des Bündnisses Oesterreich-Ungarns mit dem Deutschen Reiche! Die inneren Feinde der Habsburger Monarchie jubeln und freuen sich. In Prag ist das Hausregiment, die aus den Karpathenkämpfen „berühmten" 28er, wieder eingerückt, der Narodni vybor hat die Regierungsgewalt an sich gerissen, die Republik wird eingerichtet. Und in Wien und Pest macht man tschechische Politik! In Agram sind die Vorbereitungen zur Schaffung des großslavischen Reiches getroffen und es ist nur noch fraglich, ob der Mörderkönig Karageorgewitsch oder ein anderer seinesgleichen die Krone dieses neuen Reiches tragen soll. Kaiser Franz Josef 1. hat diesen Serbenkönig, der durch Mord auf den Thron gekommen ist, nie gesehen. Ihm, den Nachbar, die Hand zu drücken, davor wurde er bewahrt. Jetzt macht man in Wien und Pest Politik zur Freude dieser Karageorgewitsche! Man wird sich wohl auch mit ihnen zu verbrüdern wissen. Nach dem, was jetzt hier vorgeht, im sterbenden Oesterreich, muß man es fürwahr als eine Erlösung empfinden, wenn deutsche Politik damit nichts mehr zu tun hat. Deutschösterreich verwahrt sich durch alle seine Vertreter, durch die sozialdemokratischen wie durch die deutschnationalen, gegen diesen Grafen Andrassy und dessen Politik, gegen die verantwortliche und unverantwortliche Leitung des zum Kadaver gewordenen Habsburgerstaates. Wer gibt diesen Leuten das Recht, im Namen Oesterreich-Ungarns zu sprechen? Diese Frage ist dem Herrn Wilson vorzulegen, er hat vom Deutschen Reiche verlangt, daß es Bürgschaften dafür biete, daß seine Politik auch in Uebereinstimmung mit dem Volkswillen ist. Welche Bürgschaft mag Andrassy geben, daß sein Verrat in Uebereinstimmung mit dem Willen der Völker Oesterreichs und Ungarns geschehen ist? Soll vielleicht das kaiserliche Handschreiben, das ihn berufen hat, der Bürgschaftsbrief sein? Dagegen müßten wir uns erst recht verwahren! Deutschösterreich hat nichts gemein mit dieser Politik, weil es mit diesem Oesterreich nichts mehr gemein haben will.

Oesterreich-Ungarn schickt sich an, aus der Geschichte zu scheiden. Einen besseren Abgang hätte man sich doch noch sichern können. Aber man wollte nicht. Offenbar hat dieser, der Verrat am treuesten, am aufopferndsten Freunde und Bundesgenossen, dem Charakter der Männer, die berufen sind und berufen wurden diesen Staat zu leiten, am Besten entsprochen. Nach dem Verrate Bulgariens ist König Ferdinand, um nicht weiter mitschuldig zu sein an der Politik seines Landes, um nicht selbst als Verräter genannt zu werden, vom Throne zurückgetreten..

—l.

Ein Dokument der Schande.

Der Minister des Aeußern Graf Andrassy hat gestern an den Staatssekretär Lansing folgende Drahtung gerichtet:

„Sofort nach Uebernahme der Leitung des Ministeriums des Aeußern habe ich eine offizielle Antwort auf Ihre Note vom 18. Oktober abgesendet, aus welcher Sie entnehmen werden, **daß wir in allen Punkten die Grundsätze annehmen,** welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen verschiedenen Erklärungen aufgestellt hat.

In voller Uebereinstimmung mit den Bestrebungen Herrn Wilsons zur Sicherung vor künftigen Kriegen und zur Schaffung einer Völkerfamilie haben wir bereits Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Oesterreichs und Ungarns ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsche gänzlich unbehindert bestimmen und vollziehen können.

Seit dem Regierungsantritt des Kaisers und Königs Karl war es sein unentwegtes Bestreben, das Ende des Krieges herbeizuführen.

Mehr als je ist das heute der Wunsch des Herrschers und aller Völker Oesterreichs und Ungarns, die von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß ihr künftiges Schicksal nur in einer friedlichen Welt, frei von Erschütterungen, Prüfungen, Entbehrungen und Bitternissen des Krieges, gestaltet werden könne. I

Ich wende mich deshalb **direkt an Sie,** Herr Staatssekretär, mit der Bitte, bei dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten dahin wirken zu wollen, daß im Interesse der Humanität sowie im Interesse aller Völker, die in Oesterreich und Ungarn leben, der **sofortige Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns herbeigeführt werde und die Einleitung von Friedensverhandlungen erfolge.**

Unmittelbare Mitteilung an die Verbandsmächte.

Wien, 28. Oktober. Die österreichisch-ungarische Regierung hat gleichzeitig mit der an den Staatssekretär Lansing gerichteten Note den Inhalt derselben **der französischen, großbritannischen, japanischen und italischen Regierung mit der Bitte mitgeteilt, dem darin**

Reichspost
30./X. 1918

Die internationale Wirksamkeit Dr. Lammasch'.

Von Dr. Eduard Ritter v. Liszt, Dozent des Strafrechts an der Universität in Graz.

Der Grazer Gelehrte, der vorübergehend in Wien weilt, hatte die Liebenswürdigkeit, sich zu einem unserer Redakteure über das internationale Wirken des Ministerpräsidenten Dr. Lammasch in folgender Weise zu äußern. — D. Red.

Es ist nur selbstverständlich, daß ein Gelehrter von internationalem Rufe wie Dr. Lammasch überall im Auslande bekannt ist und hohes Ansehen genießt. Charakteristisch für Lammasch aber ist es, daß man ihn auch außerhalb der Gelehrtenkreise überall kennt und hochschätzt. Oft und oft wurden mir im Auslande Fragen über ihn gestellt und ein Bekannter, der wiederholt Amerika bereist hat, machte jenseits des Ozeans dieselbe Erfahrung. Der Lebenslauf Dr. Lammasch' ist bekannt. Sie kennen auch zweifellos seine vielseitige Wirksamkeit. Zu Beginn des Jahrhunderts vertrat er im Herrenhause bei der Debatte über die Wahlreform unter gewissen Voraussetzungen — langjährige Seßhaftigkeit und Wahl p f l i c h t — das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Er wurde bekanntlich dann auch in die Wahlreformkommission des Herrenhauses gewählt.

Als Mitglied des H a a g e r S c h i e d s g e r i c h t s h o f e s nahm er an mehreren aufsehenerregenden Verhandlungen teil. So waltete er im Jahre 1910 als Vorsitzender des Schiedsgerichtes in der Streitsache zwischen Amerika und England über die Fischereirechte in der Hudsonbai. Ebenso fungierte er bei einem ähnlichen Streite zwischen Amerika und England über Fischereirechte an gewissen Küstenstrecken von Neufundland, wobei — wenn ich nicht irre — auch Frankreich beteiligt war. Auch in einem Streite zwischen zwei südamerikanischen Staaten gehörte er dem Schiedsgerichte an. Auf der letzten Haager Konferenz hat er Oesterreich vertreten.

Allbekannt ist es, daß Lammasch seit vielen Jahren im Sinne der S i c h e r u n g d e s F r i e d e n s tätig war und ist, wenn auch seine Tätigkeit wohl keine „pazifistische" im landläufigen Sinne war. Auch nach Ausbruch des Krieges hat Lammasch in diesem Sinne gewirkt. Er stand in reger Verbindung mit Gleichgesinnten des In- und Auslandes und machte Reisen nach Deutschland und in die Schweiz. Sein streng wahrer Charakter ließ sich nie zu einer Verleugnung oder selbst nur Unterdrückung seiner Ueberzeugung herbei, und mehrmals erlebte er infolgedessen Anfeindungen großen Stiles. Das erstemal wegen eines von ihm ausgearbeiteten Memorandums, das ihm Angriffe namentlich seitens eines großen Wiener Blattes eintrug. Er antwortete auf diese Angriffe ruhig und sachlich, und wenn nicht schon seine eigenen Ausführungen das Nichtzutreffen der gegnerischen Vorwürfe erwiesen hätten, so zeigten die in der Replik des Gegners der Logik angetanen Vergewaltigungen dem denkenden Leser hinreichend, auf wessen Seite die Wahrheit lag. Nach der allgemeinen Ueberzeugung ging denn auch Lammasch aus der Auseinandersetzung durchaus gerechtfertigt hervor. Der zweite Angriff erfolgte im Herrenhause. Lammasch, der immer das die Völker Versöhnende und Einigende im Gegensatze zu der auf der anderen Seite üblichen Aufpeitschung des Hasses betonte und überhaupt mit großem Mute bei jeder Gelegenheit den Standpunkt des Verständigungs- und Versöhnungsfrieden vertrat, tat bei einer Rede im Herrenhause den berühmt gewordenen Ausspruch: „Wir sind verpflichtet, Straßburg zu verteidigen und den Besitzstand des Deutschen Reiches zu erhalten. Aber daraus folgt nicht, daß wir auch verpflichtet sind, jenen Verfassungszustand auch weiterhin mit unseren Kräften aufrechtzuerhalten, der in Elsaß-Lothringen vor dem Kriege bestand." Dieser Ausspruch trug dem Redner heftige Gegnerschaft auf vielen Seiten ein und wurde unter anderem als angebliche Einmischung in innere Angelegenheiten des Deutschen Reiches ausgelegt. Das war wohl eine kühne Auslegung, aber wie man auch darüber denken mag, es hätte Deutschland sicher nicht zum Nachteile gereicht, wenn es dieser Stimme außerhalb seiner Grenzpfähle mehr Gehör geschenkt hätte.

Die weitesten Kreise werden heute Lammasch' Ansichten über den V ö l k e r b u n d interessieren. Sie wurden häufig mißverstanden oder mißdeutet. Lammasch faßt den Völkerbund weder als eine der bisher üblichen Allianzen auf, noch als ein Weltparlament mit Weltschiedsgericht und Exekutivgewalt. Vielmehr sieht Lammasch in dem gedachten Bunde „e i n e g e g e n s e i t i g e V e r s i c h e r u n g s g e s e l l s c h a f t g e g e n p l ö t z l i c h e n U e b e r f a l l". Die praktische Wirksamkeit dieser „Versicherungsgesellschaft" ist folgendermaßen zu denken: Die Staaten sollen sich verpflichten, bei allen entstandenen Differenzen, gleichgültig ob für deren Entscheidung anerkannte Rechtsnormen gegeben sind oder nicht, sich dem schiedsgerichtlichen Verfahren zu unterwerfen. Die Tätigkeit des einzusetzenden Verständigungsrates soll darauf beschränkt sein, den Streitfall zu untersuchen und ein Gutachten abzugeben. D i e s e s G u t a c h t e n s o l l n u r d u r c h s e i n e m o r a l i s c h e A u t o r i t ä t w i r k e n. Zunächst bezweckt der Völkerbund nichts anderes, als das Anhören des Rates einer unbefangenen Instanz seitens der Streitteile zu erzielen. Unterwirft ein Staat sich dieser gewiß nicht allzuhoch geschraubten Forderung nicht, so soll eine offizielle Exekution allerdings nicht stattfinden. Es würde nach der Meinung Lammasch zur Durchsetzung der kurz dargelegten Grundsätze genügen, „wenn die Mitglieder des Friedensverbandes ihren Bürgern gestatteten, jenen Staat, der seiner Einlassungspflicht vor dem Verständigungsrate nachgekommen ist, in jeder erdenklichen Weise durch Lieferung von Kriegsmaterial oder von Lebensmitteln, Rohstoffen und Industrieprodukten, durch Eintritt von Freiwilligen in dessen Armee oder durch finanzielle Hilfe oder sonst was immer für eine Art zu unterstützen, während sie ihren Angehörigen und Bewohnern bei strenger Strafe untersagten, solche Unterstützungen dem Gegenteil zu leisten, der mit Verletzung jener Pflicht sofort zum Angriff übergegangen ist" (so Lammasch in dem Artikel „Der Sinn des Völkerbundes" in der „Oesterreichischen Rundschau" vom 1. Oktober 1918).

Lammasch hat eine Reihe von bedeutenden Werken über völkerrechtliche Themen (Auslieferungspflicht, Asylrecht, Rechtshilfe, Schiedsgerichtsbarkeit usw.) veröffentlicht. Von ganz aktuellem Interesse ist gegenwärtig das im Jahre 1917 erschienene Buch über das Völkerrecht n a c h dem Kriege. Erst vor wenigen Tagen erschien eine kleinere Schrift aus seiner Feder „Der Friedensbund der Staaten".

Hinter dieser Wirksamkeit Lammasch' wird im gegenwärtigen Augenblick das Interesse für seine Tätigkeit als Lehrer des S t r a f r e c h t s etwas zurücktreten. Daran aber möchte ich erinnern, daß der im Jahre 1913 erstattete „Bericht der Kommission für Justizgegenstände" des Herrenhauses ihn zum Verfasser hat. Jedenfalls läßt die Stellungnahme Lammasch' auch in verschiedenen Fragen des Strafrechts in ihm einen Mann strenger Zucht und Ordnung erkennen. Diese Eigenschaft, die Lammasch neben einem ungeheuren Wissen und einem festen, selbst den leisesten Zweifel ausschließenden Charakter mitbringt, berechtigt zu der Erwartung, daß er allen etwaigen Versuchen zur Lockerung der Ordnung während der Uebergangszeit mit eiserner Strenge entgegentreten und damit eine der ersten und wichtigsten Aufgaben in unserer gefahrvollen Zeit voll und ganz erfüllen werde.

*

Fremdenblatt
30./X. 1918

127

Die Note Deutschösterreichs an Wilson.

Der Vollzugsausschuß der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs hat beschlossen, folgende an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu richtende Note der heute Mittwoch stattfindenden Vollversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen:

„Herr Präsident! Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Nation in Oesterreich beschlossen hat, einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden. Am 21. Oktober 1918 haben sich in Wien die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählten Abgeordneten aller deutschen Wahlbezirke in Oesterreich versammelt und haben beschlossen:

1. einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden;

2. sich als provisorische Nationalversammlung dieses neuen Staates zu konstituieren und die Aufgabe zu übernehmen, diesen Staat solange zu vertreten, bis eine auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes neu zu wählende konstituierende Nationalversammlung zusammentreten kann;

3. einen Vollzugsausschuß zu wählen, der bis zur Bildung der Regierung des deutschösterreichischen Staates diesen Staat nach außen zu vertreten und die Uebernahme der Verwaltung im Innern vorzubereiten und zu organisieren hat.

Die Deutschen sind in Oesterreich ein Volk von 9,7 Millionen Menschen, bisher waren sie Bürger des österreichischen Staates, jetzt, da die anderen Nationen darangehen, ihre selbständigen Staaten zu bilden, konstituiert sich auch die deutsche Nation in Oesterreich als ein selbständiger Nationalstaat. Der neue Staat beansprucht die Gebietshoheit über alle jene Gebiete des bisherigen Oesterreich, in denen die Deutschen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Er nimmt das Recht auf völkerrechtliche Persönlichkeit für sich in Anspruch. Er erkennt den anderen Nationen der Monarchie das uneingeschränkte Recht zu, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft der Nationen in voller Freiheit zu bestimmen und fordert dasselbe Recht auch für die deutsche Nation. Er verlangt, daß seine Vertreter als die Vertreter eines selbständigen Staates zu den Friedensverhandlungen zugelassen werden und mit den Vertretern der anderen Nationen über die Bedingungen des Friedens verhandeln. Er behält seiner Regierung das Recht vor, den Frieden zu schließen.

Der Vollzugsausschuß erklärt, daß niemand berechtigt ist, im Namen Deutschösterreichs über den Frieden zu verhandeln und Frieden zu schließen, als die von der deutschösterreichischen Nationalversammlung eingesetzte Vollzugsgewalt.

Der unterzeichnete Vollzugsausschuß der provisorischen deutschösterreichischen Nationalversammlung bittet Sie daher, Herr Präsident, ihm Gelegenheit zu bieten,

unverzüglich indirekte Verhandlungen mit den Vertretern aller kriegführenden Mächte über einen allgemeinen Frieden einzutreten.

Der Vollzugsausschuß verpflichtet sich zur Annahme der folgenden Grundsätze:

1. Der Vollzugsausschuß nimmt vorbehaltlos die Grundsätze an, die Sie, Herr Präsident, in der Botschaft vom 8. Jänner 1918 und in den Reden vom 12. Februar und vom 4. Juli 1918 festgesetzt haben.

2. Der Vollzugsausschuß betrachtet, der Note des Herrn Staatssekretärs der Vereinigten Staaten an die österreichisch-ungarische Monarchie vom 18. Oktober 1918 vollständig entsprechend, die tschecho-slowakische und die südslawische Nation als vollkommen unabhängige Staaten und ist bereit, die Beziehungen des deutschösterreichischen Staates zu dem tschechischen und dem südslawischen Staate durch freie Vereinbarungen mit diesen Staaten zu regeln. Der Vollzugsausschuß schlägt vor, alle Streitfragen zwischen dem deutschösterreichischen Staate einerseits und dem tschechischen und dem südslawischen Staate anderseits, soweit sie durch freie Vereinbarungen nicht bereinigt werden können, der Entscheidung eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen, das nach den Bestimmungen der Haager Konferenzen zusammengesetzt werden soll.

3. Der Vollzugsausschuß bittet Sie, Herr Präsident, Ihre Aufmerksamkeit der Frage der deutschen Gebiete der Sudetenländer zuzuwenden. In Böhmen gibt es neben 60 Bezirken, in denen die Tschechen die Mehrheit der Bevölkerung darstellen, 36 Bezirke, in denen die Mehrheit der Bevölkerung deutscher Nationalität ist und die deutsche Sprache spricht. Diese 36 Bezirke stellen ein Gebiet von 16.311 Quadratkilometer dar. Nach der Volkszählung vom Jahre 1900 betrug die Bevölkerung dieses Gebietes 2,186.637 Personen. Von ihnen bedienen sich im täglichen Verkehr 2,001.962 Personen der deutschen und nur 148.051 Personen der tschechischen Sprache. Es besteht also innerhalb Böhmens ein zusammenhängendes Gebiet, dessen überwiegende Bevölkerungsmehrheit deutsch ist. Ebenso bildet der westliche Teil von Oesterreichisch-Schlesien und der an ihn grenzende nördliche Teil von Mähren ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet und auch die südlichen an das deutsche Niederösterreich angrenzenden Gebiete Mährens sind deutsch.

Insgesamt wohnen in Böhmen, Mähren und Schlesien nach der letzten Volkszählung 3,512.682 Deutsche. Es ist selbstverständlich, daß der neue deutschösterreichische Staat auch die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens beansprucht. Wir sind überzeugt, Herr Präsident, daß Sie nach sorgfältiger Prüfung dieser Fragen, den von Ihnen verkündeten Grundsätzen entsprechend, es ablehnen werden, dreieinhalb Millionen Deutsche gegen ihren Willen dem tschechischen Staate zu unterwerfen und sie zu einem Verzweiflungskampfe gegen die ihnen drohende Fremdherrschaft zu zwingen. Das Zeitalter der Demokratie in Mitteleuropa kann nicht damit beginnen, daß ein Volk von dreieinhalb Millionen Menschen mit Waffengewalt einem Volke von 6,3 Millionen Menschen unterworfen wird. Der dauernde Friede in Europa kann nicht dadurch begründet werden, daß in dem neuen tschecho-slowakischen Staat eine deutsche Irredenta geschaffen wird, deren ständige Hilferufe nach Berlin und Wien dringen und den Frieden Europas gefährden würden. Und eine solche Vergewaltigung der Deutschen widerspräche auch dem von Ihnen, Herr Präsident, im Punkt 2 Ihrer Rede vom 12. Februar d. J. aufgestellten Grundsatze, „daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte", und ebenso dem 3. und 4. der dort aufgestellten Grundsätze, wonach „jede Lösung einer Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen" und derart erfolgen müsse, „daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen."

Wir fordern daher, daß die deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens als ein Bestandteil des deutschösterreichischen Staates anerkannt werden

und ihre künftige staatliche Zugehörigkeit in Gemeinschaft mit ihm frei bestimmen sollen. Wir sind bereit, mit der berufenen Vertretung der tschechischen Nation über die Abgrenzung unserer Gebiete zu verhandeln. Sollte es sich aber als unmöglich erweisen, die Grenzen einvernehmlich festzusetzen, so schlagen wir vor, daß die Bevölkerung der umstrittenen Gebiete berufen werden soll, selbst durch allgemeine Volksabstimmung zu entscheiden, zu welchem Staate sie gehören will. Wir sind einverstanden damit, daß diese Volksabstimmung unter der Kontrolle der Gesellschaft der Nationen, von Beamten neutraler Mächte durchgeführt werde und daß alle näheren Bedingungen dieser Volksabstimmung vom Friedenskongreß oder von einem Schiedsgerichte in solcher Weise festgesetzt werden, daß jede Vergewaltigung der Abstimmenden und jede künstliche Beeinflußung des Abstimmungsergebnisses unbedingt vermieden werden. Die Regelung des Schutzes der in fremden Siedlungsgebieten immerhin noch übrig bleibenden nationalen Minoritäten wird im Wege der gegenseitigen Vereinbarung erfolgen können.

In analoger Weise wären diese Grundsätze auch auf die deutschen Siedlungsgebiete im Süden und auf die Regelung der staatlichen Grenzen gegenüber Italien und dem südslawischen Staate anzuwenden.

Sie, Herr Präsident, haben erklärt, daß Sie gegen die Regierungen der Mittelmächte, aber nicht gegen das deutsche Volk Krieg führen. Sie haben erklärt, daß Sie gleiche Gerechtigkeit für alle Nationen, auch für das deutsche Volk, verwirklichen wollen. Wir appellieren daher an Sie, Ihre Autorität für das Selbstbestimmungsrecht unserer Nation einzusetzen. Da wir uns mithin ganz auf den Boden der Grundsätze stellen, die Sie, Herr Präsident, verkündet haben, wäre

jede Verlängerung des Krieges zwecklos Mord an vielen Menschen.

Wir bitten Sie daher, Herr Präsident, Ihre Autorität dafür einzusetzen, daß

sofortige allgemeine Waffenruhe auf allen Fronten

eintrete und uns die Möglichkeit geboten werde, auf einem allgemeinen Friedenskongreß in direkte Verhandlungen mit allen Nationen einzutreten, aus denen ein Friede hervorgehen soll, der jeder Nation ihre volle Freiheit gibt und alle Nationen zu einem dauernden Friedensbund vereinigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung.

Der Vollzugsausschuß der deutschösterreichischen Nationalversammlung:

Dinghofer, Fink, ___ Seitz."

Westungarischer-Grenzbote

31./X. 1918

135

Wiener Brief.

(Unser Abfall von Deutschland.)

—, 28. Oktober.

So ist uns auch das schmerzlichste Erlebnis in diesem Kriege nicht erspart geblieben — wir haben uns von unserem deutschen Verbündeten gelöst! Wir sind „ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, bereit, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten." So lautet der Schluß der Note an Wilson, die Graf Julius Andrassy mit seinem Namen unterzeichnete.

Wenn der neue gemeinsame Minister des Aeußeren noch ein paar Tage gewartet hätte, würde er erfahren haben, ob Deutschland seinen Waffenstillstand mit den Feinden geschlossen hat und wir wären bis zum Ende an der Seite des Verbündeten gestanden. Denn Deutschland nahm die letzte brutale Note Wilsons zur Kenntnis und verlangte, die Vorschläge zu hören, die die vereinigten Feinde ihm zu machen haben. Ehe diese Anfrage Deutschlands beantwortet sein konnte, fielen wir ihm mit unserer Note in den Rücken und verdarben seine Aussichten auf loyale Bedingungen. Jetzt, da Oesterreich-Ungarn sich von ihm getrennt hat, jetzt, da Deutschland endlich allein seinen Feinden gegenübersteht, können diese Bedingungen nur grausame sein. „Dank vom Hause Habsburg!" wird es wieder einmal heißen nach dem Zitat aus „Wallenstein". Und das hätte man sich ersparen können.

Die Note Andrassys wird in Wien als eine Uebereilung empfunden, sie hat Bestürzung und Entrüstung hervorgerufen in den deutschen Kreisen, in Prag aber beflaggten sich alle Häuser wie auf ein Zauberwort.

Das ist das Kennzeichen der neuen Richtung. Wenn Prag beflaggt, kann Wien nur trauern. Der Sitz der Hochverräter, der Totengräber Oesterreichs ist der Sitz der Freude und des Jubels geworden, denn das Bündnis mit Deutschland, das Jahrzehnte bestand, ist gelöst worden. Und gleichzeitig hat die Note des Grafen Andrassy den „Jugoslawen" und den Tschecho-Slowaken ihre Staatenbildung zugesagt und dies an Wilson mitgeteilt. Wenn wir recht verstehen, ist damit die Integrität Ungarns, die noch kürzlich in einem Manifest des Kaisers und Königs zugesagt wurde, preisgegeben — denn die Tschechen verzichten nicht auf die Besitznahme der ganzen Slowakei. Und im Süden wird der Uebergriff nach Ungarn sich auch nicht abweisen lassen.

Die Eile, mit der dies verkündet wurde, führt man in Wien auch auf das neue Ministerium des Professors Lammasch zurück, das jetzt gebildet worden ist. Dr. Lammasch hat dem jungen Herrscher schon vor einem Jahr den Sonderfrieden empfohlen und er wurde jetzt berufen, um dieses Werk zu begründen und zu vertreten. Er und Graf Andrassy haben die eilige Note gemeinsam beschlossen und sie paßt so recht zum Regierungsantritt des Kabinetts Lammasch. Aber es soll sich erst zeigen, was dieser Schritt für Folgen haben wird, denn der Vollzugsausschuß dem die Bildung des neuen Staates Deutschösterreich obliegt, billigt ihn nicht. Man will in den Kreisen der Deutschen, die demnächst ein eigenes Ministerium bilden werden, sowohl die Stellung des Grafen Andrassy wie auch die Vollmachten des neuen österreichischen Ministeriums kritisch prüfen. Man bestreitet, daß ein gemeinsamer Minister des Aeußern heute im Namen einer Monarchie sprechen kann, die eigentlich nicht mehr bestehe, da Polen, Tschechen und Südslaven sich von ihr trennten und auch Ungarn abseits steht. In wessen Namen sprach Graf Andrassy? Die Deutschen weigern sich, seine Vollmacht anzuerkennen. Im Namen ihres Staates, der selbst eine Note an Wilson richten wird, hatte er nicht zu sprechen. Die andern aber lachen seiner. Und Professor Lammasch? Was will er? Er wird ja nächstens eine Programmrede halten, er will der Liquidierungsminister der alten Monarchie sein und ein neues Oesterreich als Staatenbund aufbauen, wenn der Krieg liquidiert ist. Er plant, Deutschösterreich mit drei slawischen Staaten unter einen Hut zu bringen, erzählt man sich. Es ist aber sehr fraglich ob ihm das gelingen kann. Jedenfalls besitzt er keine Vollmachten, in das Wesen der Völkerstaaten einzugreifen, die sich jetzt zu bilden im Begriffe sind. Und als ein schwerer Einwand in den deutschösterreichischen Staat wird das empfunden, was jetzt geschehen ist, denn dieser Staat ist gewillt, dem Deutschen Reich die Treue zu halten bis zum letzten Mann, er wird verneinen, was Lammasch und Andrassy getan haben. Sie waren nach der Auffassung der deutschen Juristen nicht berechtigt, auch im Namen Deutschösterreichs das Bündnis mit Deutschland aufzulösen.

Die heillose Verwirrung wird noch erhöht durch die besondere Note des deutschösterreichischen Nationalrats an Wilson. Der alte Heuchler in Washington wird seine Freude haben an der Zerklüftung, in die er uns stürzte durch seine halsstarrige Politik der Gewalt, die sich vom Anbeginn mit einem idealen Mäntelchen drapierte.

Deutschösterreich, dem man aus Ungarn und aus Böhmen die Lebensmittelzufuhren einstellte, hat sich schon nach Berlin gewendet und gebeten, daß man es in die deutsche Ernährungspolitik aufnehme. Und es sind unseren Vertretern dort auch Zusagen gemacht worden. Noch waren die Verhandlungen in Berlin nicht abgeschlossen, kam das eilige Geschoß Andrassy-Lammasch. Es paßt durchaus nicht in die Pläne des Professors Lammasch, daß Deutschösterreich sich in Berlin anfreunde und daß dieser neue Staat sich etwa an den deutschen Bundesstaat anzuschließen gedenkt. Dies zu stören, sieht Lammasch als eine seiner Hauptaufgaben an. Und es paßt auch der Entente nicht, mit der er seit jeher in guter Fühlung ist. Frankreich ist höchst betroffen davon, daß dem Deutschen Reich noch 10 Millionen deutsche Einwohner zuwachsen sollen. Es geht jetzt so etwas wie ein Bedauern durch die Entente, daß Oesterreich zerstört werden soll — um Deutschland zu kräftigen. Sie denken jetzt darüber nach, wie man Oesterreich doch noch in irgend einer Form erhalten könnte, damit das Deutsche Reich keinen Zuwachs erfahre. Es dürfte aber auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, mit dem man alle Völker verrückt machte, kaum möglich sein, wieder zusammenzuleimen, was man so gründlich zerschlagen hat. Selbst wenn man Lammasch zu helfen bereit ist, damit er seine Aufgabe doch noch löse wird sie kaum glücken. Deutschösterreich wird vor die Wahl gestellt, ob es in einen slawischen oder einen deutschen Staatenbund eintreten will, kaum im Zweifel sein, wohin es gehöre. Und der soeben vollzogene Bruch des Bündnisses mit Deutschland dürfte ihm diese Wahl ganz erheblich erleichtern.

Erschütternd ist es, zu denken, daß unser Schritt Deutschland jetzt zwingt, jede härteste Friedensbedingung seiner Feinde anzunehmen. Denn sobald wir einen Sonderfrieden mit der Entente schließen, werden unsere Länder zum Aufmarschgebiet für ihre Truppen. Wenn Deutschland sich wehren wollte kämen sie ihm durch unsere Länder in den Rücken. Die Schmach, uns zu zwingen, daß wir dabei auch mittun, dürfte uns erspart bleiben, aber sonst auch nichts.

Wien steht unter dem vollen Eindruck des großen Ereignisses, das sich vollzogen hat. Welchen Namen man diesem Ereignis in Deutschland geben wird, darüber wollen wir lieber gar nicht denken. Deutschösterreich lehnt jede Verantwortung für das Geschehene ab. Daß Prag beflaggte, sagt genug.

* * *

Verstehender Stimmungsbericht kennzeichnet die Auffassung der treu zu ihrem Volkstum haltenden Deutschösterreicher Wiens über die jüngsten Ereignisse unserer auswärtigen Politik. Ohne uns mit den Ausführungen unseres Korrespondenten zu identifizieren, geben wir denselben aus dem Grunde Raum, weil sich darin eine Anschauung wiederspiegelt, die der Politik des Grafen Julius Andrássy und seines intimsten Parteigängers, Graf Johann Hadik, der soeben ungarischer Ministerpräsident geworden, schnurstracks zuwiderläuft und dem neuen Regime auf dem Pallplatz noch viel Unannehmlichkeiten schaffen wird. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß die Annahme unseres Friedensangebotes anders, als durch eine entschiedene Abschwenkung von Deutschland nicht gesichert werden konnte, eine Fortsetzung des Krieges aber für unsere Monarchie leicht zu einer Katastrophe geführt hätte, im Vergleich zu welcher das jetzige — hoffentlich bald vorübergehende — Chaos das reinste Kinderspiel ist.

Die Redaktion.

Neues Pester Journal
5./XI. 1918
5 D
142

Der Waffenstillstand abgeschlossen.

Einstellung der Feindseligkeiten. — Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen. — Die Monarchie kann nicht als Aufmarschgebiet gegen Deutschland benützt werden. — Heimkehr unserer Soldaten. — Die Entente will Ungarns Integrität wahren? — Die Rolle des Armee-Oberkommandos bei den Waffenstillstandsverhandlungen.

Die Regierung hat die ausübende Gewalt allein in der Hand.

Uebereinkommen zwischen Regierung und Nationalrat. — Organisierung der Bürgerwehr. — Bekämpfung der Anarchie im Lande. — Unschädlichmachung der aus Illava entflohenen Sträflinge. — Treueid des Hofpersonals.

Nach hartem Kampfe mit dem Armeeoberkommando gelang es endlich der ungarischen Volksregierung, ihren in der Frage des Waffenstillstandes vom Anbeginne an eingenommenen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Der ungarischen Regierung war es nicht an Formen, sondern am Wesen gelegen. Sie wollte dem unsinnigen Blutvergießen ein Ende machen und konnte und durfte sich nicht um Spitzfindigkeiten und Tüfteleien kümmern, die zu nichts anderem taugten, als die kostbare Zeit zu vertrödeln. Natürlich konnten sonach die am 29. Oktober begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen kein greifbares Resultat liefern und es bedufte der ganzen Energie der ungarischen Regierung, um den in Baden geschürzten Knoten endlich durchzuhauen. Die ungarische Regierung hat am 1. November selbständig die sofortige Waffenstreckung beschlossen und Samstag nachts hat das Armeeoberkommando der Waffenstreckung endlich zugestimmt. Dem Wunsche des Armeeoberkommandos, daß hiefür die ungarische Regierung die Verantwortung übernehme, konnte Ministerpräsident Graf Michael Károlyi im Namen der Regierung umso bereitwilliger entsprechen, da dieser Schritt nicht nur von der ungarischen Gesamtregierung einhellig beschlossen wurde, sondern auch dem Wunsche der ganzen Nation, die das Ende dieses furchtbarsten aller Kriege aus voller Seele herbeisehnt, vollkommen entspricht. Ungarn will ehrlich den Frieden und da dieses Ziel nur auf diesem, allerdings sehr schmerzlichem Wege zu erreichen ist, mußte dieser Weg auch betreten und mit entschlossenem Ernst durchschritten werden. Wegen Formfragen darf keine Minute versäumt werden und die Nation wird der Regierung Dank wissen, daß sie ihre Auffassung bei den anderen Faktoren durchgesetzt und uns durch den allerdings schmerzlichen Akt der Waffenstreckung, den Vorboten des endgültigen Friedens, den Waffenstillstand erwirkt hat.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes sind hart, sie wurden vom Sieger dem Besiegten auferlegt. Im Wesen enthalten sie die folgenden Bestimmungen: Die gänzliche Demobilisierung und das sofortige Zurückziehen aller an der Front von der Nordsee bis zur Schweiz operierenden Einheiten. Im Innern darf nur ein Maximum von 20, auf den Friedensstand herabgesetzten Divisionen aufrechterhalten werden. Alle seit Kriegsbeginn besetzten Gebiete müssen ebenso wie Tirol bis zum Brennerberg und ein großer Teil der dalmatinischen Inseln geräumt und können vom Sieger nebst den strategischen Punkten auf dem Gebiete der Monarchie besetzt werden. In den besetzten Gebieten können die Ententetruppen die Verkehrswege und das rollende Material frei benützen. Die Hälfte des Kriegsmaterials und ein großer Teil der Flotte müssen übergeben werden. Unverkennbar zielen diese drückenden Bedingungen darauf ab, die Möglichkeit einer Weiterführung des Krieges für uns gänzlich auszuschließen. Dieses Ziel ist unbestreitbar erreicht und da wir vom ehrlichsten Friedenswillen beseelt sind und nichts anderes erstreben, als mit allen Völkern in Frieden zu leben und als Mitglied des Völkerbundes für den friedlichen Fortschritt der Menschheit zu arbeiten, müssen wir diesen bitteren Kelch bis zur Neige leeren und uns damit trösten, daß diese, wenn auch schwere, so doch hoffentlich kurze Uebergangszeit bald vorübergehen werde und wir an dem Aufbau des neuen Ungarn werktätig mitarbeiten und es in voller Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu einer nie geahnten Blüte sich entwickeln und zu der durch den unvergleichlichen Heldenmut seiner Söhne im Kriege und durch deren ernste Arbeit im Frieden verdienten Größe emporsteigen sehen werden. Ungarn hat im Kriege, den es nie gewollt, seine Pflicht erfüllt, es wird seine Pflicht auch im Frieden kennen und gewissenhaft erfüllen. Die Haltung Ungarns in der Waffenstillstandsfrage, besonders aber die Waffenstreckung selbst, die seinen Entschluß, den Krieg zu beenden und niemals mehr einen Krieg zu führen, klar beweisen, dürfte die internationale Lage des Landes erheblich bessern. Dies dürfte sich bald bei den eigentlichen Friedensverhandlungen zeigen, zu deren Einleitung Ministerpräsident Graf Michael Károlyi und Minister Dr. Oskar Jászi persönlich mit den Ententeführern verhandeln werden.

Kaum daß die erfolgreichen Bestrebungen der Regierung in der Frage des Waffenstillstandes von Erfolg begleitet waren, ist auch schon zur inneren Konsolidierung des Landes ein sehr bedeutungsvoller und einen vollen Erfolg verheißender Schritt unternommen worden. Jene Organe der siegreichen Revolution, die ins Leben gerufen wurden, um in den schicksalsschweren Anfangsstunden der grundstürzenden Umwälzung die Vollzugsgewalt auszuüben, namentlich der Nationalrat, der Soldatenrat und der Arbeiterrat, haben mit dem heutigen Tage aufgehört, die Exekutivgewalt auszuüben und haben anerkannt, daß diese Gewalt ausschließlich nur von der Volksregierung, als Vollzugsorgan des Volkswillens, ausgeübt werden könne. Fortab werden sich der Nationalrat, der Soldatenrat und der Arbeiterrat nur als Organe der Regierungskontrolle und der Propaganda betätigen und werden des Verfügungsrechts, das einzig und allein nur der Regierung zusteht, entbehren. Dieser hochwichtige Schritt kann nicht anders als gebilligt werden und wird nicht verfehlen, allgemeine Beruhigung hervorzurufen. Auf den Schultern der Regierung lastet eine schwere Bürde, die sie nur dann zu tragen vermag, wenn ihre volle Aktionsfreiheit gesichert ist. Sie trägt die volle Verantwortlichkeit für die schier übergroße Aufgabe, deren Lösung sie übernahm. Sie und mit ihr die ganze Nation kann mit Fug und Recht fordern, daß der Tätigkeit der Regierung, die Ungarns Staatsgeschäfte unter den schwierigsten Verhältnissen und in den allerschwersten Zeiten zu besorgen hat, wie nie eine Regierung vor ihr, keine Hemmungen entstehen, keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Die genannten Körperschaften bildeten, insolange sie ein Verfügungsrecht besaßen, gleichsam eine Nebenregierung, die zur Zersplitterung der öffentlichen Gewalt und zur Verdunkelung des Staatswillens führen konnte. Die Gefahren, die hieraus nicht bloß der Regierung, sondern dem ganzen Lande drohten, sind nun beseitigt und damit sind alle Machtmittel des Staates auf die hiezu einzig berechtigte, verantwortliche Regierung übergegangen. An der Regierung ist es nun, von diesen Machtmitteln einen dem Wohle dieses hartgeprüften Landes angemessenen Gebrauch zu machen.

Im Innern müssen die der Regierung nunmehr in vollem Maße zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmittel in erster Reihe zur Herstellung der inneren Ordnung verwendet werden. In der Hauptstadt ist die Ordnung glücklicherweise vollständig hergestellt, und wir können nicht nachdrücklich genug hervorheben, welchen Dank hiefür die Bevölkerung der Hauptstadt allen Faktoren schuldet, die sich um den Schutz ihrer Person und ihres Vermögens und überhaupt um die Wahrung der Ordnung so aufopferungsvoll und erfolgreich bemühten. Leider bieten die Sicherheitszustände in der Provinz kein so beruhigendes Bild. Dort sollen in manchen Gegenden schwere Ausschreitungen, Störungen der öffentlichen Ordnung und Vergehen gegen die Sicherheit der Person und des Vermögens häufig vorkommen. Die größte Sorge der Regierung sollte es bilden, diesem gefährlichen Treiben, das uns auch in den Augen des Auslandes, auf dessen Wohlwollen

Ostdeutsche Rundschau
7./XI. 1918

Tagesbericht.

Die Kaisertragödie.

Vom Schicksal auf die Höhen der Menschheit berufen, steht heute ein einsamer Mann, der wohl wie kaum ein anderer die wuchtende Schwere der Kaiserkrone fühlt. In ehrfürchtiger Scheu vor der ungeheuren Verantwortung, die jedes Wort und jede Tat dessen begleitet, der das Schicksal von Millionen zu leiten hat, zaudert das Herz, die Frage zu stellen, ob er durch eigene Schuld zu seiner und des deutschen Volkes tiefer Not beigetragen hat. Und jeder Vorwurf, der gegen den hohen Mann erhoben werden könnte, tritt heute, wenn man ihn auch nicht widerlegen kann, zurück vor der erschütternden Tragik dieses Fürstenschicksals. Ihn, der von dem leidenschaftlichen Verlangen getragen war, seinem Volke den Frieden zu erhalten, so daß er darin oft bis an die Grenze des Ehrgefühls ging, erdreistet sich heute die frechste Verleumdung, die je durch die feile Lügenpresse der ganzen Welt in und außerhalb des Deutschen Reiches verbreitet wurde, als den Urheber des Krieges zu bezeichnen, weil sie sich triebhaft und bewußt gegen alles wendet, was in germanischem Geist ehrenhaft und bieder, aufrecht und stark, dem Guten zum Siege verhelfen will. Mit einer einzigen Ausnahme bekundet alles, was er tat, mag man nun damit einverstanden sein oder nicht, den redlichsten Willen und das tiefste Pflichtgefühl. Was er in seinem verantwortungsvollen Amte gefehlt haben mag, er büßt es jetzt durch eine unerbittliche Sühne, vor deren Größe und Grausamkeit der Herzschlag stockt.

Am Anfang seines Regierungswerkes steht die unseligste aller Taten: die Verabschiedung des Reichsgründers. Und diese geschichtliche Schuld wirft ihre unheimlichen Schatten in die Not unserer Tage. Der Kaisertraum von der Neugründung des Reiches, der seit dem Untergang der Hohenstaufen das deutsche Volk durch die Jahrhunderte begleitet hatte, war durch Bismarcks Tat Wirklichkeit geworden und an den Hohenzollernsproß trat die heilige Pflicht heran, zu erwerben, was er von den Vätern ererbt hatte, um es in Wahrheit zu besitzen. Doch seine erste Tat war die Entlassung Bismarcks. Wären dafür nur persönliche Gründe maßgebend gewesen und wäre wenigstens die äußere und innere Politik im Geiste Bismarcks fortgesetzt worden, dann würden Kaiser und Volk nach menschlichem Ermessen heute nicht mit dem furchtbaren Schicksal zu ringen haben, wenn Bismarck auch mit seinem Seherblick den Daseinskampf seines Reiches vorausverkündet hatte. Aber die Politik wurde nicht sehr im Geiste des Großen weitergeführt, es war nicht mehr schöpferische Staatskunst, es hätte kluge Diplomatie sein sollen und war nur ein trauriger Beweis für einen unausrottbaren Erbfehler des deutschen Volkes: die unbelehrbare Ahnungslosigkeit in der Politik.

Dem Unheil, das so durch die Entlassung Bismarcks heraufbeschworen worden war, gesellte sich noch ein zweites: die Verfalls- und Entartungserscheinungen im deutschen Volke selber und die innerpolitischen Partei- und Klassenkämpfe. Und während in Ost und West nationale Eitelkeit und Raffgier bis zur Fieberhitze gediehen, predigten in Deutschland weltfremde Ideologen den völkerversöhnenden Internationalismus und talen die natürliche Liebe zum eigenen Volk als unchristlich und unsittlich und — undeutsch (!) in Acht und Bann. Mit satanischer Lust schürten die inneren und äußeren Volksfeinde dieses Feuer, so daß es ihnen gelang, einen erschreckend großen Teil des deutschen Volkes seiner angestammten Art zu entfremden. So konnte auch die verhängnisvolle Irrlehre Boden gewinnen, daß die monarchische Regierungsform dem Geist der Zeit nicht mehr entspreche, und wurde noch unterstützt durch den anspruchsvollen, knechtischen und verräterischen Byzantinismus, der in anderen Reichen an die Stelle der Monarchie getreten war. Das uralte germanische Verlangen, verehrend zu einer führenden Persönlichkeit aus edlem Stamme aufzuschauen, und mit ihr Leben und Schicksal in guten und schlimmen Tagen zu teilen, wurde einem großen Teil des deutschen Volkes aus dem Herzen gedrängt durch das verlogne Schlagwort der Demokratisierung.

Wenn irgendeiner auf der Welt, so war dieser Krieg für die Deutschen ein Volkskrieg. Und keiner, dessen Sinn in und mit seinem Volke lebt und webt, wird heute die unvernünftige Forderung aufstellen, daß ein Krieg gegen den wahrhaften Willen des eigentlichen Volkes geführt werden soll und kann, und kein Einsichtiger wird bestreiten, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden daher im letzten Grunde im Volke ruht. Aber gerade in der Kriegsnot bedarf es im Feld und in der Heimat erst recht eines Fürsten, zu dem es in stärkendem Vertrauen emporblickt, als zu der sichtbaren Verkörperung des eigenen Volkstums, dem es Leben und Gut opfert. Die Führer der heutigen Demokratie genießen dieses Vertrauen nicht. Das lehrt der ungeheure Gegensatz zwischen der nicht genug zu bewundernden heldenhaften Verteidigung im Westen, die ihre Kraft unmöglich aus den entehrenden amerikanischen Bittgängen der demokratischen Regierung schöpfen kann. Woher quillt die Kraft dieses Heldentums, wenn nicht aus einem Geist, der dem der Regierung völlig entgegengesetzt ist? Hier offenbart sich der Wille des Volkes und nicht in Aeußerungen der Regierung. Denn die Regierung ist aus Männern zusammengesetzt, die nicht von dem deutschen Volke, das die Erfahrungen der letzten vier Jahre gemacht hat, gewählt wurden, ganz abgesehen davon, daß auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, bei den sattsam bekannten betörenden und verhetzenden Wahlagitationen, der eigentliche Wille des Volkes niemals zum Ausdruck kommen kann.

Gewiß, das Volk, das draußen kämpft und blutet, es hat ein Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen durch das unverfälschte Vertrauen zu wahrhaft vertrauenswürdigen Führern. Das sind aber gewiß nicht die Demokratenhäuptlinge, die sich heute die Herrschaft angemaßt haben. So kommt es, daß die gegenwärtige demokratische Regierung, die in dem Wahn lebt oder vorgibt, das deutsche Volk hinter sich zu haben, die unvolkstümlichste ist, die Deutschland je besessen hat! Diese Demokratie ist nur eine Judäokratie, die mit echtem germanisch-demokratischen Geist nichts gemein hat.

An das Ohr des Trägers der deutschen Kaiserkrone schlugen die Stimmen der Zeit. Und wohl in dem Streben, dem deutschen Volke, das so Uebermenschliches geleistet hat, zum Dank dafür sein Schicksal selbst in die Hand zu geben und ein angebliches Hindernis für den Frieden aus dem Weg zu räumen, entäußerte er sich freiwillig — wer ahnt, welch inneren Kämpfe es ihn gelostet hat! — seiner angestammten, von ihm mit heiliger Pflichttreue verwalteten Rechte, um sie dem Volke zu geben — und legte sie in die Hände der volksfremden Demokratie. Das war der Augenblick, auf den äußere und innere Feinde gelauert hatten und den sie mit hämischer Freude begrüßten; es war ein erzwungener Selbstmordversuch des Deutschen Reiches! Unter der Tragik dieses Irrtums leidet heute der Kaiser zusamt seinem Volke. Damit stieß er seine Getreuesten zurück und

te

Jeder Elektro-Installateur führt sie.

n-Lampen

sind zeitgemäß

Neue Freie

Wilsons Friedensregungen.

Von **Konrad Haußmann.**

Mitglied des deutschen Reichstags.

Stuttgart, 25. November.

Die dem wiedergewählten Herrn Wilson in Washington und in Basel nachgesagte Vermittlungsneigung soll man weder sanguinisch noch spöttisch behandeln. In Wien und in Berlin werden die Schritte, die Absichten und die symptomatischen Gerüchte neutraler Staaten mit Gelassenheit und Aufmerksamkeit beobachtet.

Es ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, und ein „neutraler Diplomat" hat das den „Basler Nachrichten" versichert, daß man in Washington pflichtmäßig „erwägen" wird, wie lang man die Dinge so weiter laufen lassen will und ob man überhaupt Mittel hat, es zu verhindern. Für die Neigung zu einer amerikanischen Initiative mit dem Endziel einer Friedensvermittlung sprechen vom amerikanischen Standpunkt aus eine Anzahl realer, ideeller und staatsmännischer Gründe. Ein durch den Wahlsieg nach einem Riesenkampf gestärkter Präsident und seine geschwellte Anhängerschaft haben ein politisches und psychologisches Bedürfnis, ihre Aktivität durch eine Aktion zu markieren. Selbstverständlich ist es auch der heimliche Wunsch jedes Amerikaners, Amerika wenigstens als Schiedsrichter am Ausgang des Weltkrieges zu beteiligen und damit den heimlich ersehnten Uebergang der Hegemonie von Europa auf Amerika sichtbar zu machen. Wilson hat jetzt auch mehr Handlungsfreiheit und wieder festen Fuß unter dem Boden und ist nach einem Wahlkampf, der um seine Person ging, berufen und ermächtigt, auch persönliche Auffassungen und philanthropische Reminiszensen nicht ganz zu unterdrücken.

Die große Hemmung, die diesem Antrieb entgegenwirkt, ist innerer und äußerer Natur. Im Innern wünscht Wilson und die anglo-amerikanische Mehrheit der Vereinigten Staaten eine vorangehende militärische Dämpfung Deutschlands und einen Erfolg der Entente. Auf diesen Erfolg wartet man drüben seit zweieinhalb Jahren, und man hat sich heimlich an die Vorstellung gewöhnt, erst nach demselben „eingreifen" zu wollen. Nach außen aber glaubt man die Erlaubnis Londons zu einem ersten Schritt auf der Vermittlungslinie zu bedürfen. Hier beginnt der kritische Punkt der Diplomatie von Washington. Denn einerseits ist es wahr, daß bei Weigerung Englands, eine Konferenz zu beschicken, der praktische Erfolg der Konferenz von vornherein ausgeschieden ist. Anderseits belastet diese Weigerung England mit dem offenen Odium der Friedensfeindschaft. Der Wunsch, England dieses Odium zu ersparen, das ist ein Hauptgrund der bisherigen Passivität der Neutralen, „das ist die Rücksicht, die den Krieg zu hohen Jahren kommen läßt".

Die Haager Konvention hat gut vorschreiben, man dürfe die Friedensvermittlung eines neutralen Staates „nicht als unfreundlichen Akt" erklären. Die Neutralen wissen seit September 1914, daß England Schritte von ihrer Seite als unfreundlichen Akt nicht erklärt, aber empfindet. Als die Schweiz vor zwei Jahren bei Amerika wegen eines gemeinsamen Vorgehens der Neutralen sondierte, winkten die Vereinigten Staaten ab, weil England ihnen abwinkte. Die Neutralen haben sich damit um das Verdienst einer unsterblichen Wohltat an allen europäischen Völkern, einschließlich Englands, leider in einem psychologisch wichtigen Zeitpunkt, der dann im Mai 1915 noch einmal gekommen war, bringen lassen. Sie haben sich inzwischen auch in ihren privaten Interessen, das heißt in den Handels- und Lieferungsinteressen ihrer Gewerbetreibenden, spalten lassen. Die europäischen Neutralen sehen sich seit einem Jahr auch in ihrer staatlichen Bewegungsfreiheit durch die Meeressperre so stark eingeengt, daß sie den einheitlichen Block, den sie machtvoll zwischen den feindlichen Koalitionen bei deren Gleichgewicht entscheidend hätten bilden können, heute viel schwerer zusammenhalten und in Aktivität setzen können als im ersten Kriegsjahr. Daß jeder neutrale Staat den Wunsch und den berechtigten Ehrgeiz hat, schließlich der Friedensvermittler zu sein und daß die Konkurrenz dieser Wünsche latente Eifersucht als eine neue Hemmung erwirkt, liegt nicht auf der Hand, aber in den Verhältnissen.

Für Wilson steht letzten Endes die Frage an Weihnachten 1916 so:

Entweder will England in den Friedenszustand zurückkehren, dann fragt es nur sich, ob ihm eine direkte Unterhandlung oder eine amerikanisch vermittelte angemessener und vorteilhafter erscheint. Darüber kann sich Nordamerika ohne zu große Schwierigkeit vergewissern. Will aber England noch nicht einlenken, dann mobilisiert die neutrale Anregung Nordamerikas, unterstützt von den Noten oder den Sympathien der europäischen Neutralen und getragen von dem Friedensbedürfnis der Welt, die latente Friedensstimmung in den einzelnen Ententevölkern gegen ihre widerstrebenden Regierungen.

Ob er diese Wirkungen auslösen will, das wird sich Herr Wilson bis nach Neujahr überlegen und die Stahlindustrie Amerikas mit ihrem ganzen Munitionsanhang wird ihm scharf zusetzen, „neutral", das heißt dann passiv zu bleiben.

Man sieht, es ist kein Raum zum Sanguinismus noch auch zum Spott. Aber man sieht noch etwas anderes und wie unter einem Scheinwerfer.

England hält den Frieden im Tower eingekerkert. Der Friede ist selbst nach der Ansicht englandfreundlicher Neutraler reif und überreif. Die Mittelmächte sind kein Hindernis nach den Erklärungen ihrer Staatsmänner. Aus ihrem Standpunkt, daß sie den Krieg nicht gewollt haben, ziehen die Mittelmächte die kerzengerade Folgerung, daß sie bei erreichtem Schutz ihrer Grenzen den Krieg nicht fortsetzen wollen, daß sie weder den Schild noch das Schwert niederlegen, wenn der Feind weiter anrennt. Die Entente aber verstrickt sich in den unerhörten Widerspruch, den Krieg nicht gewollt zu haben, aber jahrelang fortsetzen zu wollen! Warum? Weil sie noch keine Eroberungen gemacht hat oder weil sie Deutschland und Oesterreich-Ungarn „strafen" will. Wer gibt ihr das Richteramt?

Der Friede ist im Tower eingekerkert. Die Belgier hätten seit Jahr und Tag aus England in ihr Vaterland zurückkehren können. Die Serben hätten nicht notwendig gehabt, das ihre zu verlassen. Die Rumänen stünden nicht vor dem schweren Schicksal, das ihr Vaterland heute bedroht, wenn nicht England unter Versprechungen, die von den Tatsachen widerlegt sind, den Frieden unter Verschluß halten würde. Diese Schuld der Friedensweigerung Englands, grell kontrastierend von der Friedensbereitschaft der Mittelmächte, wird die Geschichte noch schärfer hervorheben, als es in den Erregungen des Weltkrieges heute schon erkannt und gefühlt wird. Wilsons Aktion aber wird weitgehend abhängig bleiben von der Genehmigung Lloyd-Georges, vorausgesetzt, daß nicht die Minister des Friedenstrotzes von einer Woge aus der Tiefe des verständigen englischen Volkscharakters über Bord gespült werden.

Foster Lloyd

4./XII. 1918

H

170

Die Botschaft Wilsons.

Amsterdam, 3. Dezember.

Der ausführliche Text der Botschaft Wilsons an die gemeinsame Sitzung des Kongresses liegt jetzt in einer Reutermeldung hier vor. Danach sagte der Präsident unter anderem:

— Wir wenden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, eines Friedens, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Koterien gesichert und für eine Neuordnung, für neue Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriffe, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu ordnen und zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen, nicht nur die häusliche Sicherheit.

— Unsere Gedanken haben sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und dem fernen Osten beschäftigt, und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns selbst auf ihre Durchführung wartet. Ist es, während wir unsere Beziehungen zu dem Recht der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich fühlen, erbringen? Ich hoffe, daß die Mitglieder des Senats mir gestatten werden, noch einmal von dem unratifizierten Freundschaftsvertrag mit der Republik Kolumbien zu sprechen. Ich fordere Sie ernstlich auf, in dieser wichtigen Angelegenheit bald günstige Maßregeln zu treffen. Ich glaube, Sie werden mit mir das Gefühl haben, daß die Lage jetzt für eine solche nicht nur berechtigte, sondern auch edelmütige und dem Geiste der neuen Zeit, in die wir so glücklich eingetreten sind, entsprechende Aktion geeignet ist.

Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rückkehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und dem Verluste des Krieges zu leiden hatten als wir. In dem Augenblick, wo wir wußten, daß der Waffenstillstand unterzeichnet ist, legten wir die Rüstung zur Seite. Die Rohstoffe, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte, aus Angst, daß für die Industrie, die die Armee versorgt, nicht genug vorhanden sein würde, sind frei geworden und wieder dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Große Industrieanlagen, deren gesamte Erzeugnisse und Maschinerien von der Regierung zur Benützung übernommen worden waren, sind wieder für die Zwecke frei geworden, denen sie vor dem Kriege dienten. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und Schiffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Getreidespeichern ernährt werden muß und die Schiffe noch immer dazu benützt werden, unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßregeln werden, soviel wie möglich und im Verlaufe der Wochen, in immer weitergehendem Maße gemildert werden.

Wilson kam sodann auf die zum Zwecke der Kriegsorganisation errichteten neuen Aemter zu sprechen und erklärte:

Seitdem der Waffenstillstand gesichert ist (der tatsächlich auch auf eine vollständige Unterwerfung des Feindes hinausläuft), war es die Politik der Regierung, die Erfahrungen dieser Körperschaften den Geschäftsleuten dieses Landes zur Verfügung zu stellen. Es ist erstaunlich, wie rasch der Prozeß der Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen sich in den drei Wochen, seit Beendigung der Feindseligkeiten, entwickelt hat.

Wilson sprach sodann über die zu treffenden Maßregeln, um während der Uebergangszeit einer zu großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte der Präsident:

Keine, noch so große Entschädigung würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosen Nachteilen zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe in Ueberfluß hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können. Belgien und Nordfrankreich dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig sein sollte, irgendeiner Stelle, wie zum Beispiel dem Kriegshandelsamt, zu gewähren, eine Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen einzuräumen.

Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens ist nichts von größerer Wichtigkeit, als eine sofortige Entscheidung über die in den Jahren 1918, 1919 und 1920 zu erhebenden Steuern. Es wäre für das Land verhängnisvoll, bezüglich der Frage der Höhe der Steuern länger als es notwendig ist, im ungewissen zu bleiben. Wenn der Krieg fortgesetzt worden wäre, wäre es notwendig gewesen, für das Jahr 1919 acht Milliarden Dollar an Steuern zu erheben. Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, kann dieser Betrag auf sechs Milliarden herabgesetzt werden. Eine sofortige Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten.

Die Versorgung unserer Truppen auf der anderen Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Besetzung in Europa bleiben, und für die, die nach Hause zurückgebracht und demobilisiert werden, werden in den folgenden Monaten große Ausgaben gemacht werden müssen.

Wir nehmen bestimmt an, daß der Kongreß das Flottenprogramm, das festgesetzt wurde, ehe wir in den Krieg eintraten, ausführen wird. Der Sekretär für die Marine hat den Kommissionen der beiden Häuser einen Teil des Programms zur Genehmigung vorgelegt, der sich mit den Bauplänen der nächsten drei Jahre beschäftigt. Diese Pläne wurden nicht unter den Ausnahmezuständen des Krieges vorbereitet, sondern in der Absicht, zu einer endgültigen Methode für die Entwicklung der Flotte zu gelangen. Ich empfehle allen ernstlich die ununterbrochene Weiterführung dieser Politik. Es würde für uns unklug sein, zu versuchen, unser Programm einer noch unbestimmten zukünftigen Weltpolitik anzupassen.

Zum Schluß sagte der Präsident: Ich benütze diese Gelegenheit, um dem Kongreß meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziiert waren, zusammenzukommen, zu dem Zwecke, um mit ihnen die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, die sich daraus ergeben, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlasse, bewußt, aber der Entschluß, daß es meine unumstößliche Pflicht sei, hinzugehen, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die wie ich hoffe, für Sie ebenso entscheidend erscheinen werden, wie sie mir erschienen.

Die alliierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich dem Kongreß am 8. Januar dieses Jahres skizzierte, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Aus sehr begreiflichen Gründen wünschen die Alliierten jetzt meinen persönlichen Rat bei ihrer Auslegung und Anwendung zu haben. Es ist auch sehr wünschenswert, daß ich diesen Rat gebe, damit der aufrichtige Wunsch unserer Regierung ohne selbstliche Absichten irgendwelcher Art zu dem Abkommen, das zum gemeinsamen Wohle aller beteiligten Völker beitragen wird, zu gelangen, offenkundig gemacht werde.

Die Friedensabmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und für den Rest der Welt von größter Bedeutung, und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte. Die tapferen Männer unseren Streitkräfte zu Lande und zur See haben gewissenhaft für die Ideale gekämpft, von denen sie wußten, daß sie die Ideale ihres Landes seien.

Ich habe versucht, diesen Idealen Ausdruck zu geben. Sie sind von den Staatsmännern, als ihre eigenen Gedanken und Ansichten, als entsprechend angenommen worden, und auch die assoziierten Regierungen haben sie angenommen. Ich bin es mir schuldig, darauf zu achten, daß sie, soweit es an mir liegt, nicht falsch oder irrtümlich ausgelegt werden und daß keine Mühe gescheut wird, um sie zu verwirklichen. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verwirklichung dessen, wofür sie ihr Leben und Blut geopfert haben, auf mich zu nehmen. Ich könnte mir keinen Ruf zu einem Dienste denken, der wichtiger wäre als dieser.

Ich werde mit Ihnen und den Anteilen auf dieser Seite des Wassers in enger Fühlung bleiben und Sie werden alles, was ich tue, erfahren. Auf mein Ersuchen haben die französische und die englische Regierung die Zensur für Kabelnachrichten, die bis vor vierzehn Tagen beibehalten war, vollständig aufgehoben, und es gibt auch auf dieser Seite jetzt keinerlei Zensur, außer wenn es sich um den Versuch geschäftlicher Verbindungen mit den feindlichen Ländern handelt. Das ist notwendig gewesen, eine stets verfügbare Kraft zwischen Paris und dem Staatsdepartement und eine andere zwischen Frankreich und dem Kriegsdepartement offen zu halten.

Darf ich hoffen, meine Herren vom Kongreß, daß ich bei den heiklen Aufgaben, die ich auf der anderen Seite des Meeres zu erfüllen haben werde, auf Ihre Förderung und Ihre gemeinsame Unterstützung rechnen kann? Ich verkenne die Größe und Schwierigkeit der Pflicht, die ich auf mich nehme, nicht und ich bin mir Ihrer schweren Verantwortlichkeit voll bewußt. Ich bin ein Diener des Volkes. Ich kann keine privaten Gedanken und Absichten haben, wenn ich einen solchen Auftrag ausführe.

Ich gehe hin, um das Beste, was in mir ist, zu den gemeinsamen Abmachungen, zu deren Zustandekommen auf der Konferenz mit den anderen dort befindlichen Leuten der assoziierten Regierungen ich jetzt helfen muß, beizutragen.

Der Präsident sprach am Ende seiner Rede die Hoffnung aus, daß es ihm vergönnt sein möge, mit dem glücklichen Bewußtsein zurückzukehren, daß es ihm möglich war, die großen Ideale, für die Amerika gekämpft habe, in die Tat umzusetzen.

Fremdenblatt

4./XII. 1918

171

Botschaft Wilsons über den Frieden.

Friedensschluß im Frühjahr.

Washington, 2. Dezember. In der gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärte Präsident Wilson in einer Botschaft, er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde. Er trat für das neue, auf drei Jahre berechnete Flottenprogramm ein, da er es für einen unverständigen Versuch halte, das Flottenprogramm einer künftigen Weltzolltik anzupassen, die noch ganz unbestimmt sei. Er betrachte es als seine oberste Pflicht, vollen Anteil an der Friedenskonferenz zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert haben.

Bei Besprechung der innerpolitischen Probleme erklärte der Präsident, er sei bereit, auf die Verwaltung der Eisenbahnen zu verzichten, sobald eine andere befriedigende Lösung ausgearbeitet sei.

Die Europareise des Präsidenten.

Als der Präsident seine Absicht mitteilte, persönlich zur Friedenskonferenz zu gehen, erhoben sich die demokratischen Senatoren und applaudierten stürmisch. Die Republikaner verhielten sich schweigend. Die Verlesung der Botschaft dauerte beinahe ¾ Stunden, worauf Wilson unter lebhaftem Beifall der Demokraten den Saal verließ.

Nach der Verlesung der Botschaft wurden zwei Resolutionen eingebracht. In einer derselben schlug der Republikaner Rodenberg vor, der Kongreß solle erklären, daß Wilsons Reise es ihm unmöglich mache, seinen Pflichten als Präsident nachzukommen. Diese Resolution wurde einer Kommission überwiesen.

Die näheren Mitteilungen Wilsons.

Amsterdam, 3. Dezember. Nach dem jetzt in einer Meldung des Reuterschen Bureaus vorliegenden ausführlichen Text der Botschaft Wilsons sagte dieser unter anderem:

Ein Frieden der internationalen Gerechtigkeit.

Wir wenden uns jetzt wieder den Aufgaben des Friedens zu, eines Friedens, der gegen die Gewalt unverantwortlicher Monarchen und ehrgeiziger militärischer Koterien gesichert und für eine Neuordnung auf den Grundlagen der Gerechtigkeit und Billigkeit geeignet ist. Wir sind im Begriffe, diesen Frieden nicht nur für uns, sondern auch für die anderen Völker der Welt zu organisieren, falls sie uns gestatten, ihnen zu dienen. Es ist die internationale Gerechtigkeit, die wir suchen, nicht die häusliche Sicherheit.

Unsere Gedanken haben sich in der letzten Zeit mit Europa, Asien, dem nahen und dem fernen Osten beschäftigt und nur sehr wenig mit den Taten des Friedens und der Neuordnung, die bei uns selbst auf ihre Durchführung wartet. Ist es, während wir unsere Beziehungen zu dem Rechte der Welt einrichten, nicht von größter Wichtigkeit, daß wir mit allen Ursachen zu Mißverständnissen mit unseren nächsten Nachbarn aufräumen und den Beweis der Freundschaft, die wir wirklich fühlen, erbringen? Ich hoffe, daß die Mitglieder des Senats mir gestatten werden, noch einmal von dem unratifizierten Freundschaftsvertrag mit der Republik Kolumbien zu sprechen. Ich fordere Sie ernstlich auf, in dieser wichtigen Angelegenheit bald günstige Maßregeln zu treffen. Ich glaube, Sie werden mit mir das Gefühl haben, daß die Lage jetzt für eine solche nicht nur berechtigte, sondern auch edelmütige und dem Geiste der neuen Zeit, in die wir so glücklich eingetreten sind, entsprechende Aktion geeignet ist.

Was unsere inneren Angelegenheiten betrifft, so ist das Problem unserer Rücklehr zum Frieden ein Problem der wirtschaftlichen und industriellen Wiederherstellung. Dieses Problem ist vielleicht weniger ernst für uns als für die Völker, die länger unter der Unordnung und den Verlusten des Krieges zu leiden hatten als wir.

Das Freiwerden der Rohstoffe. — Die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers.

In dem Augenblick, wo wir wußten, daß der Waffenstillstand unterzeichnet ist, legten wir die Rüstung zur Seite. Die Rohstoffe, auf die die Regierung die Hand gelegt hatte, aus Angst, daß für die Industrien, die die Armeen versorgten, nicht genug vorhanden sein würde, sind frei geworden und wieder dem allgemeinen Markte zugeführt worden. Große Industrieanlagen, deren ganze Erzeugnisse und Maschinerien von der Regierung zur Benützung übernommen worden waren, sind wieder für die Zwecke frei geworden, denen sie vor dem Kriege dienten. Es war nicht möglich, die Kontrolle über die Lebensmittel und die Schiffahrt ebenso rasch zu beseitigen, weil die Welt noch immer aus unseren Getreidespeichern ernährt werden muß und die Schiffe noch immer dazu benützt werden, unsere Leute über See zu versorgen und die Soldaten so rasch zurückzuführen, als die verworrenen Verhältnisse auf der anderen Seite des Wassers es gestatten. Aber auch diese Zwangsmaßregeln werden soviel wie möglich und im Verlaufe der Wochen in immer weitergehendem Maße gemildert werden.

Rasche Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen in Amerika.

Wilson kam sodann auf die zum Zwecke der Kriegsorganisation errichteten neuen Aemter zu sprechen und erklärte: Seitdem der Waffenstillstand gesichert war (der tatsächlich auf eine vollständige Unterwerfung des Feindes hinausläuft), war es die Politik der Regierung, die Erfahrungen dieser Körperschaften den Geschäftsleuten dieses Landes zur Verfügung zu stellen. Es ist erstaunlich, wie rasch der Prozeß der Rückkehr zu friedlichen Verhältnissen sich in den drei Wochen seit Beendigung der Feindseligkeiten entwickelt hat.

Wilson sprach sodann über die zu treffenden Maßregeln, um während der Uebergangszeit einer zu großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen.

Vorzugsbehandlung für Belgien und Nordfrankreich.

Bezüglich Belgiens und Nordfrankreichs sagte der Präsident: Keine noch so große Entschädigungssumme würde allein genügen, um diese Länder auf Jahre hinaus vor hoffnungslosen Nachteilen zu bewahren. Es muß mehr geschehen. Wenn Belgien und Nordfrankreich morgen Geld und Rohstoffe im Ueberfluß hätten, so würden sie doch nicht ihren Platz in der Weltindustrie schon morgen einnehmen können. Belgien und Nord-Frankreich dürfen nicht den Zufälligkeiten einer scharfen Konkurrenz preisgegeben werden. Ich hoffe deshalb, daß der Kongreß nicht abgeneigt sein wird, wenn es notwendig werden sollte, irgend einer Stelle, wie z. B. dem Kriegshandelsamt, das Recht zu gewähren, eine Vorzugsbehandlung zugunsten dieser Bevölkerungen einzuräumen.

Die Steuerlasten der Zukunft.

Für die Stabilisierung und Erleichterung des Wiederaufbaues unseres Geschäftslebens ist nichts von größerer Wichtigkeit als eine sofortige Entscheidung über die 1918, 1919 und 1920 zu erhebenden Steuern. Es wäre für das Land verhängnisvoll, bezüglich der Frage der Höhe der Steuern länger, als es notwendig ist, im Ungewissen zu bleiben. Wenn der Krieg fortgesetzt worden wäre, wäre es notwendig gewesen, für das Jahr 1919 mindestens acht Milliarden Dollar an Steuern zu erheben. Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, kann der Betrag auf sechs Milliarden herabgesetzt werden. Eine sofortige rapide Abnahme in den Ausgaben der Regierung ist nicht zu erwarten.

Ein Großteil der amerikanischen Armee zur Besetzung von Europa bestimmt.

Eine Verforgung unserer Truppen auf der anderen Seite des Meeres ist noch immer notwendig. Ein beträchtlicher Teil dieser Truppen muß für die Dauer der Besetzung in Europa bleiben, und für die, die nach Hause zurückgebracht und demobilisiert werden, werden in den folgenden Monaten große Ausgaben gemacht werden müssen.

(Der Schluß der Rede wird, da er uns bis Schluß des Blattes nicht zugekommen ist, im Abendblatte veröffentlicht.)

Nationel-Z

174

10. Staatliche Elektrizitätsproduktion.
11. Vermehrte Fabrikgesetzgbung zum Schutze der Arbeiter.
12. Schaffung eines Ministeriums für Gesundheit und
13. eines Ministeriums für Anstellungen zur wirksamen Unterstützung der Existenzrechte der Armen, Kranken, Alten und Arbeitslosen.
14. Stärkung der lokalen Befugnisse von Grafschafts- und Gemeindebehörden auf dem Gebiet des Landerwerbs, der Pacht und der Veräußerung von Agrikulturboden.
15. Reform der Wohnungsverhältnisse; großzügige Durchführung von Arbeiterheimbauten.
16. Allgemeine landwirtschaftl. Gesetzgebung. Staatsankauf von Land; wissenschaftliche Ausbeutung des Bodens; Erhöhung der Löhne und Besserung der Wohnverhältnisse im landwirtschaftlichen Betrieb.
17. Unentgeltliche, ausreichende Erziehung für alle und bessere Auslöhnung der Lehrer.
18. Nationalisierung der Lebensversicherung.
19. Schutzmaßnahmen gegen den während des Krieges realisierten Geldtrust der Banken durch die Ausbildung der nationalen Postsparkassen und die Nationalisierung der Banken.
20. Steuerreform in dem Sinne, daß die Kriegskosten nicht indirekt bezahlt, sondern durch eine Kapitalabgabe, durch eine conscription of wealth (Vermögensaushebung) gedeckt werden sollen.

Die große Mehrheit dieser Programmpunkte wird uns kaum befremden oder überraschen. Soweit sie eine möglichst glimpfliche Transformierung des Kriegsbetriebes zum Friedensbetrieb erstreben und darauf ausgehen, den wirtschaftlich geschwächten Klassen aufzuhelfen, die allzu hochständigen Distelköpfe des Kapitalismus aber niederer zu stutzen, finden sie offenbar den Beifall aller verständigen und human gesinnten Elemente. Fraglich ist nur, ob der durch zu plötzliche Sozialisierung verwirklichte Staatsabsolutismus und die vielleicht sehr weitgehende conscription of wealth nicht den Unternehmungsgeist der Pioniere des Wirtschaftslebens tötet, den Produktionsbetrieb lahmlegt und die Freiheit des Einzelnen völlig illusorisch macht. Was nützte aber einem Volk die Verwirklichung der Ideale Gleichheit und Brüderlichkeit, wenn an die Stelle der Freiheit die Knechtschaft tritt, und wenn keine Freude an der fruchttragenden Betätigung der eigenen Hände und des eigenen Geistes die öde Monotonie der Gleichheit eines lebenerwürgenden Zwanges aufhellt?

Erwägungen derart, wie die eben angeführten, mögen die Liberalen Asquiths in ihren traditionellen Idealen vom individuellen Recht und von der Gesundheit freien Strebens bestärken. Asquith macht sich zwar keine Illusionen, er führt einen schweren Kampf; etwa die Hälfte seiner früheren Gefolgsleute sind ins Lager Lloyd Georges abgeschwenkt. Doch er kann sich damit trösten, seine Freiheitsparole hat für die kommenden Zeiten wachsende Bedeutung; wenn sich erst die Vergesellschaftungswut ausgetobt hat, wird man im Individualismus glückverklärt eine Auferstehung feiern. Asquiths Programm enthält vor allem die Kampfansage an den Etatismus; die englischen Liberalen meinen es ernst mit der Abschüttelung des erdrückenden Kriegsjochs. Alle Restriktionen und Reglementarisierungen des Lebens sollen Glied um Glied fallen; Preßfreiheit, Sprech- und Bewegungsfreiheit sollen gewahrt werden; die Aktivität der Bürger soll sich wieder möglichst unabhängig von staatlichen Direktiven in den Richtungen ergehen, in denen es ihr selbst am wohlsten ist. Deshalb treten die Liberalen auch entschieden für die Aufrechterhaltung des Freetrade-(Freihandels-)prinzips ein. Die irische Homerule und das Welsh Church Disestablishment (Enteignung der Kirche von Wales) stehen als Kriterien des nationalen Unabhängigkeitssinnes für die Liberalen im Vordergrund der zu unternehmenden Aktionen. Asquith könnte im Grund mit der Arbeiteropposition und den Iren in gewissen Fragen der Koalition erhebliche Schwierigkeiten bereiten: im ganzen aber wird man erwarten dürfen, Lloyd Georges durch den Krieg erhärtete Autorität und seine Genialität werden die Entwicklung der nächsten Zeit fast monarchisch beherrschen. Einstweilen ist es ja das Wichtigste, daß das britische Volk ohne wirtschaftliche Katastrophe und ohne soziale Revolutionen in den neuen Friedensbetrieb einlenkt; wenn der große Welshman das noch zustande bringt, so werden ihm selbst die Liberalen Asquiths und die Labourparteiler im Grund nicht gram sein, und auch wir in der Schweiz werden ihm, wenn er etwas darauf gäbe, unsere Anerkennung für das Kunststück seinerzeit nicht versagen können: unsere Existenz beruht jetzt — rein wirtschaftlich — auf der Erwartung, daß die Weststaaten samt Amerika, nicht nur sich selbst von der unsinnigen Kräfteabgabe des Krieges erholen und wieder den ruhigen Gang des Friedens einschlagen, sondern daß sie auch unsere fast aufgezehrten Lebenskraftvorräte speisen und in gesunde Zirkulation bringen können.

A. R.

Das Programm der englischen Opposition.

(Korrespondenz.)

Lloyd George und seine Koalition verfolgen in ihrer Politik einen mittlern Kurs zwischen dem extremen Sozialismus, der die absolutistische Staatswirtschaft herbeiführen möchte und dem alten Liberalismus, der durch den gesteigerten Etatismus der Kriegsjahre neue Widerstandsenergie und Zukunftsberechtigung bekommen hat. Wir haben in einem frühern Artikel unsern Lesern die wichtigsten Programmpunkte Lloyd Georges vorgelegt; es ist durchaus nötig, daß wir auch die Ideale und Postulate der englischen Arbeiterpartei einerseits und des Asquithschen Liberalismus andrerseits kennen, wenn wir einen Ueberblick über die politische Situation im Vereinigten Königreich gewinnen wollen.

Die britische Labour Party wünscht vor allem am Friedenskongreß vertreten zu sein. Der Friede soll nach ihrer Meinung — und wir sind durchaus derselben Ansicht — nicht eine Interessenabkartung von Regierungscliquen sein, sondern das Fundament für ein ersprießliches Leben von Millionen arbeitender Menschen. Zugleich mit dem Weltfriedenskongreß soll eine Weltarbeiterkonferenz tagen: mit großem Recht, denn die Liga der Völker muß demokratisch gebaut sein und nur eine internationale Verständigung kann haltbare Bestimmungen über die Fabrikarbeitsverhältnisse, über Maximalwerkzeit und über die Abstellung ungesunder Arbeit schaffen. Außer diesen allgemeinen präliminaren Wünschen erhebt die Arbeiterpartei folgende zwanzig Forderungen:

1. Ausreichende Sorge für die entlassenen Soldaten.
2. Staatliche Maßnahmen für die Umsattelung der Munitionsarbeiter.
3. Wiederherstellung der durch den Kriegsbetrieb gestörten Gewerkschaftsnormen.
4. Wiederherstellung der Sprech-, Preß-, Reise- und Arbeitsfreiheit. Abschaffung der Militärpflicht.
5. Allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter; uneingeschränkte Suprematie des Unterhauses.
6. Homerule für Irland.
7. Devolutionsmaßregeln im Sinne der Schaffung einer welshen und schottischen Landesautonomie.
8. Dauernde Verstaatlichung des Eisenbahn- und Kanalbetriebes.
9. Verstaatlichung der Kohlen- und Eisenminen.

179

23./XII. 1918

Wilson über seine Politik.

Rede Wilsons.

Die Diener der Menschheit.

Paris, 22. Dezember. (Meldung der Agence Havas.) Bei der anläßlich der Ueberreichung des Ehrendoktordiploms Samstag in der Pariser Sorbonne veranstalteten Feier hielt Präsident Wilson eine Rede, in der er erklärte, er sei außerordentlich dankbar für die Auszeichnung, die ihm die Pariser Universität verliehen habe, deren Geschichte die Bewunderung aller Gebildeten der Welt erwecke. Er stimme mit der Ansicht überein, daß der Krieg nicht bloß ein Krieg zwischen Völkern, sondern auch ein Krieg zwischen zwei Kultursystemen war, einem System des Angriffes, das sich aller geistigen Fähigkeiten bediente, um die Menschheit zu Boden zu drücken, und einem System, das an die höchsten Ueberlieferungen der Menschheit sowie an alle Kämpfe von Menschen von unbezwingbarem Mut erinnere, die überall um das Recht kämpften und die über alles nach der Freiheit strebten. In diesem Kampfe bedeutet der Sieg der Freiheit, daß die so gearteten Seelen nunmehr die Welt beherrschen. Ein mächtiger Strom moralischer Kraft geht durch die Welt und jedermann, der ihm widerstehen will, wird schmählich niedergeworfen werden. Die Aufgabe der Friedensunterhändler wird ganz besonders vereinfacht sein durch die Tatsache, daß sie niemandes Herren, wohl aber die Diener der Menschheit sind. Wenn wir nicht unser Ohr den Forderungen der Menschheit leihen, so werden wir einen moralischen Bankerott erleben, wie er noch nie in der Geschichte gewaltiger und noch nie mehr verdient war.

Der Völkerbund — die moralische Kraft der Welt.

Wilson legte sodann seine Auffassung vom Völkerbund dar und erklärte, dieser Bund müsse als organisierte moralische Kraft der ganzen Welt wirken, wo und wann immer Unrecht und Angriff vorbereitet werden, damit dieses durchdringende Licht des Gewissens sich auf alle Pläne konzentriere und damit die Menschen überall fragen: welche Absichten gegen die Geschicke der Welt hegt Ihr in Eurem Herzen? Wenn die Mittelmächte es gewagt hätten, nur noch 14 Tage ihre Ziele zur Diskussion zu stellen, so wäre dieser Krieg niemals ausgebrochen, und wenn, wie es hätte sein sollen, sie gezwungen gewesen wären, sie durch ein Jahr zu erörtern, dann wäre der Krieg eine unbegreifliche Sache gewesen. Wilson fühlt, daß der Krieg eng verbunden ist mit dem Geiste der Universität, der allem, was dem menschlichen Geiste Zwang auferlegt, sowie allem feindlich ist, was den Sieg des Ideals, das Abnehmen der Wahrheit und die Läuterung des Lebens zu verzögern trachtet, und der Geist der Wahrheit, welchem die Universitäten sich widmeten, ist zur Geltung gekommen und hat den Sieg kennen gelernt.

Wilsons Stolz.

Wilson schloß: Wenn er sich erlaubt habe, Stolz zu empfinden, so geschah es, weil es sein Vorrecht war, den Geist der Universität im öffentlichen Leben der großen Nation, welche er vertritt, zu deuten. Der Geist, den ich zu deuten suche, das ist ihr Geist, und in dem Maße, als ich ihm diene, habe ich die Ueberzeugung, daß ich die Sache der Freiheit vorwärts bringe.

Das Ehrendoktorat.

Paris, 22. Dezember. Die Ueberreichung des Ehrendoktordiplomes der Universität an den Präsidenten Wilson trug den Charakter großer Feierlichkeit. Sie fand in Gegenwart des Präsidenten Poincaré, des Kammerpräsidenten Deschanel, des Senatspräsidenten Dubost, aller Mitglieder des diplomatischen Korps, sowie zahlreicher hoher Zivil- und Militärwürdenträger statt. Larnaude überreichte dem Präsidenten im Namen sämtlicher Rechtsfakultäten der Ententevölker eine kalligraphierte, gebundene Reproduktion der von diesen Fakultäten im April 1917 abgesandten Adresse. Hierauf fand in den Salons der Universität ein Empfang statt. Sodann begab sich Präsident Wilson auf den Balkon, von wo er dem Vorbeimarsch der Schuljugend zusah, die ihn lebhaft akklamierte. Sowohl bei der Ankunft als auch bei der Abfahrt war der Präsident Gegenstand begeisterter Ovationen.

Die Motive des Londoner Besuches.

Bern, 21. Dezember. Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus London unter dem 19. d.: Infolge unvorhergesehener Aenderungen in dem Programm der Vorbesprechungen über die Friedenspräliminarien hat Premierminister Lloyd George, wie bereits gemeldet, seine Reise nach Paris aufgegeben, während sich Präsident Wilson Ende dieses Monats nach London begeben wird. Wilson beabsichtigt, wie wir vernehmen, die Ansichten der leitenden Männer der alliierten Mächte getrennt anzuhören, um sie dann miteinander zu vergleichen und zusammenzustellen. Der Völkerbund soll einen Teil des Friedensvertrages bilden. Was die Frage der Entschädigung betrifft, sollen zunächst die gerechtfertigten Ansprüche festgestellt und erst dann soll über die Mittel entschieden werden, durch welche Deutschland für dieselben aufkommen kann.

Der Besuch des Präsidenten Wilson erklärt sich durch die Bedenken, die wegen gewisser wesentlicher Punkte der als Friedensgrundlage akzeptierten vierzehn Artikel entstanden sind, sowie wegen gewisser Zweifel, die für die Verwirklichung des Völkerbundes gehegt werden.

London, 21. Dezember. Die Anordnungen für den Besuch des Präsidenten Wilson sind jetzt so getroffen, daß Wilson Donnerstag den 26. d. in Dover ankommt, wo er von dem Herzog von Connaught und dem amerikanischen Botschafter empfangen werden wird. Der Präsident wird London um 2 Uhr 30 Min. nachmittags erreichen, vom König und von der Königin auf dem Charing Croß-Bahnhofe empfangen werden und nach dem Buckingham-Palast fahren. Wilson wird am Vormittag und am Nachmittag des 27. d. mit den britischen Ministern konferieren, am 28. eine Willkommadresse der City entgegennehmen und am 30. zum Ehrenbürger von Manchester ernannt werden. Am 31. wird er London wieder verlassen.

Verhandlungen mit Romanones.

Paris, 21. Dezember. Heute hat Präsident Wilson mit dem spanischen Ministerpräsidenten Romanones verhandelt, wobei dieser ihn zu einem Besuch Spaniens einlud.

Die 14 Punkte.

Fünf sollen vertagt werden.

Washington, 21. Dezember. Im Senate schlug der republikanische Führer Lodge vor, fünf von den vierzehn Punkten Wilsons bis nach Abschluß des Friedenskongresses zu vertagen, nämlich den Völkerbund, die Freiheit der Meere, die Geheimdiplomatie, die wirtschaftlichen Beschränkungen und die Einschränkung der Rüstungen.

Die amerikanische Friedensdelegation in der Schweiz.

Bern, 22. Dezember. Wie die Pariser Blätter melden, hielt gestern die amerikanische Friedensdelegation ihre erste Zusammenkunft mit Vertretern der amerikanischen Presse ab. An den Zusammenkünften, die täglich stattfinden werden, nehmen Vertreter von etwa zehn der größten amerikanischen Zeitungen neben Lansing, Obersten House, Whigt und General Bliß teil.